Diplomatische Geschichte

der Jahre

1813, 1814, 1815.

Diplomatische Geschichte

der Jahre

1813, 1814, 1815.

Erster Theil.

Vom Brande Moskaus bis zum ersten pariser Frieden.

(Pappermann)

Leipzig:
F. A. Brockhaus.

—

1863.

Vorwort.

Der erste pariser Friede, durch den wiener Congreß in seinen Bestimmungen ergänzt, erhielt nach der völligen Niederwerfung Napoleon's bei Waterloo durch den zweiten pariser Frieden nur einige Zusätze, wodurch Frankreich zu Gewährung einer Geldentschädigung und zu einigen unerheblichen Gebietsabtretungen an die verbündeten Mächte verpflichtet wurde.

Dagegen hat während des halben Jahrhunderts, welches verflossen ist, seit die Donner der leipziger Völkerschlacht das Ende der französischen Zwingherrschaft verkündeten, das durch jene Verträge errichtete europäische Staatensystem große Veränderungen erlitten. Die Lieblingsschöpfung des wiener Congresses, das Königreich der Niederlande, besteht zwar noch dem Namen nach, allein mit Frankreichs Beistande hat dessen größere und volkreichere Hälfte sich von ihm losgerissen und das selbständige Königreich Belgien gebildet; das constitutionelle Königreich Polen ist zu einer russischen Provinz herabgesunken; der Freistaat Krakau, das letzte Ueberbleibsel eines unabhängigen Polen, wurde eine österreichische Provinzialstadt; das dem Könige von Preußen gehörige Fürstenthum Neufchatel ein unabhängiger Canton der Schweiz, welche in glücklicher Stunde aus einem zwietrachtsvollen Staatenbunde zu einem kräftigen Bundesstaate sich umgestaltete; die von Frankreichs Throne ausgeschlossene Dynastie Napoleon's hat denselben wieder bestiegen, und sein Neffe hat

durch Oesterreichs Besiegung in Italien eine neue staatliche Ordnung dort hervorgerufen, dafür aber Savoyen und Nizza mit Frankreich vereinigt.

Nur die Staaten, welche den Deutschen Bund bilden, haben abgesehen davon, daß sie für das an Belgien gefallene wallonische Luxemburg das holländische Limburg erhielten, und daß an die Stelle des deutschen Verfassungstraumes von 1849 der von den Todten wieder auferstandene alte Bundestag getreten ist, nach Innen und Außen den politischen Zustand bewahrt, welchen jene Verträge schufen. Der Augenblick scheint aber nicht fern, wo der noch bestehende Theil dieser Verträge ebenfalls im Strome der Zeit verschwinden wird.

Wozu also, kann man fragen, eine fernere Erörterung, wie diese Verträge entstanden sind, und weshalb Deutschland nicht eine gesichertere, ehrenvollere Stellung nach Außen, eine befriedigendere Einigung nach Innen durch sie erhalten hat?

Das hohe geschichtliche Interesse, welches die Jahre 1813, 1814 und 1815, in denen Deutschlands gegenwärtiger politischer Zustand vorbereitet und geschaffen wurde, in Anspruch nehmen, rechtfertigt an und für sich schon eine solche Untersuchung. Denn durch richtige Auffassung der Vergangenheit wird erst eine sachgemäße Beurtheilung der Gegenwart, wird mancher Blick in die Zukunft möglich, der uns befähigt ihr besser gerüstet entgegenzugehen. Allein die diplomatische Geschichte jenes höchst wichtigen Zeitraumes liegt auch noch nicht völlig zu Tage. Die verhängnißvollen Thatsachen sind bekannt, weit weniger jedoch die Umstände wie und weshalb sie ins Leben traten. Selbst jetzt noch vermag man den Schleier, der manches Ereigniß in seinem Ursprunge verhüllt, nur zu lüften, nicht völlig zu entfernen. Die offenen Gegner, welche dem deutschen Gesammtvaterlande die Wiedererwerbung seiner alten, den Südwesten schützenden Grenzprovinzen verweigerten, kennt das deutsche Volk; nicht so allgemein weiß es wer unter der Maske uneigennütziger Freundschaft in Paris und Wien der Haupturheber jener Zustände gewesen ist, welche es noch heute beklagt. Die vom Verfasser vorgenommene genaue und unparteiische Prüfung aller, über diesen Zeitabschnitt veröffentlichten diplomatischen

Urkunden sucht unter Wiedergabe der wichtigsten derselben diese, auch für Deutschlands Zukunft verhängnißvolle Frage zu lösen.

Das deutsche Volk hat in dem denkwürdigen Jahre 1848 gezeigt, daß es wisse was ihm noth thut. An die Stelle der aus Metternich's Händen hervorgegangenen Verfassung des deutschen Staatenbundes, deren Zweckwidrigkeit schon gleich nach ihrem Entstehen niemand bestritt, hatten Deutschlands Vertreter die Verfassung eines Bundesstaates zu setzen versucht, welche geeignet gewesen wäre die kühnsten Hoffnungen des Vaterlandes zu erfüllen. Von neunundzwanzig Gliedern des deutschen Bundes genehmigt, scheiterte diese Verfassung an dem Widerspruche von Preußens Beherrscher, welcher sie aus dem Reiche der Idee ins Leben einführen sollte. Preußen und mit ihm Deutschland haben es schmerzlich empfunden, daß die damalige Weltlage, welche zur Vollendung des großen Werkes kaum je so günstig wiederkehren wird, hierzu nicht benutzt worden ist. Wäre es geschehen, dann könnte Deutschland mit ruhigem Selbstvertrauen auf seine, durch Einigkeit unüberwindliche Stärke den Angriff erwarten, welchen der gewissenlose Ehrgeiz seines Erbfeindes unter heuchlerischen Versicherungen freundschaftlicher Gesinnung für den ihm günstig scheinenden Augenblick vorbereitet. Der Sieg der guten Sache wäre gesichert, wagte man überhaupt sie zu bekämpfen. Eine solche Zuversicht jetzt zu hegen würde vermessen sein. Aber das Erkennen der Gefahr, die richtige Unterscheidung wahrer und falscher Freunde erweckt wenigstens die Hoffnung, daß, so lange es noch Zeit ist, die rechten Mittel werden angewendet werden ihr kräftig zu begegnen. Klugheit, Ehre und Selbsterhaltung gebieten festes Aneinanderschließen der deutschen Stämme. Im Frieden mögen Eitelkeit, Neid und Selbstsucht der maßgebenden Kreise mächtig genug sein dem Verdienste die Führerschaft Deutschlands streitig zu machen; geht es ins Feld, dann überträgt, ist es nicht schon geschehen, die nie irrende Stimme des Volks sie demjenigen, welcher durch Einsicht, Muth und Stärke sein Vertrauen zu rechtfertigen verheißt.

Möge Preußen mit seiner Bevölkerung von 18 Millionen in der Stunde der Gefahr *für Deutschland* dieselbe Opferfreudigkeit und

Thatkraft bewähren, womit es zu seiner Wiederherstellung in den Freiheitskriegen die Welt in Erstaunen setzte, als von den ihm gebliebenen 5 Millionen mehr als der achtzehnte Mann zu den Waffen griff, und die begeisterte Tapferkeit seines Volksheeres der unübertroffenen Feldherrngröße Napoleon's den entscheidenden Sieg abrang. Wer würde dann der Gewalt solcher Thatsachen gegenüber noch Preußens Beruf zur Führerschaft zu bestreiten wagen?

Seit jenem unseligen Augenblicke aber, wo sein Herrscher diese Führerschaft zurückwies, welche die berechtigten Vertreter des deutschen Volkes ihm um den Preis der endlich zu Stande gebrachten Bundesverfassung anboten, hat Preußens Regierung zum Schmerze des eigenen Landes ihre große geschichtliche Aufgabe verkannt. Sie besteht darin: die Vollendung von Preußens unfertigen Verhältnissen auf dem einzigen, Erfolg verheißenden Wege, nämlich auf dem einer zeitgemäßen Wiedergeburt Deutschlands durch eine freisinnige Bundesverfassung zu erstreben.

Nur wenn Friedrich Wilhelm's IV. königliches Wort „Preußen geht fortan in Deutschland auf" verwirklicht wird, und dieses, unser großes Gesammtvaterland, obwol zum neugeschaffenen Bundesstaate geeint, mit Oesterreich im innigen völkerrechtlichen Bündnisse verbleibt, vermag Deutschland die ihm drohenden Gefahren, stürmten sie auch gleichzeitig von Osten und Westen auf dasselbe ein, siegreich zu bestehen. Und zeigt es sich stark in der Vertheidigung seiner gerechten Sache, so werden ihm die mächtigen Sympathien derjenigen Völker Europa's nicht fehlen, welche in der muthwilligen Störung des Weltfriedens ein Verbrechen erkennen, zu dessen gemeinsamer Ahndung ihr eigener Vortheil sie aufruft.

Inhaltsverzeichniss.

Erster Theil.

Vom Brande Moskaus bis zum ersten pariser Frieden.

Erster Abschnitt.

Zweiter Abschnitt.

Dritter Abschnitt.

Vierter Abschnitt.

Fünfter Abschnitt.

Sechster Abschnitt.

Siebenter Abschnitt.

Achter Abschnitt.

Neunter Abschnitt.

Zehnter Abschnitt.

Elfter Abschnitt.

Siebzehnter Abschnitt.

Achtzehnter Abschnitt.

Neunzehnter Abschnitt.

Zwanzigster Abschnitt.

Erster Abschnitt.

Rückzug der Franzosen aus Rußland. Napoleon verläßt die Trümmer seines Heeres und eilt über Warschau und Dresden nach Paris, wo er die Franzosen zu neuen Anstrengungen für den bevorstehenden Feldzug auffordert, und die Ergebenheitsversicherungen der Staatskörperschaften empfängt.

Der Brand Moskaus, der alten Zarenstadt, welche der in ihr befehligende Graf Rostopschin den Flammen und der Verödung überliefert hatte, zwang Napoleon und sein bisher siegreiches Heer zum Rückzuge.[1]) Mehr als eine halbe Million stark[2]) hatte es in drei Abtheilungen den russischen Boden betreten, kaum einem Siebentel war es vergönnt, denselben zu verlassen. Die übrigen waren dem Schwert des Feindes, der furchtbaren Kälte, vorzüglich aber übermenschlichen Anstrengungen und dem Mangel aller Art erlegen. Die Hülfstruppen, welche Oesterreich und Preußen genöthigt gewesen waren zu diesem verfehlten Eroberungszuge zu stellen, bildeten die Mehrzahl jenes Ueberrestes. Sie und die ihnen zugeordneten polnischen, sächsischen, westfälischen und französischen Truppen, welche den rechten und linken Flügel des ungeheuern Heeres ausgemacht hatten, kehrten allein in geordneten Reihen aus diesem verderblichen Feldzuge zurück, von dem Hauptheere dagegen nur waffenlose, mei-

[1]) Von den 6591 hölzernen Häusern Moskaus blieben 2100, von den 2576 steinernen 526 zwar übrig, allein die von ihren Einwohnern fast gänzlich verlassene Stadt wurde von der Bevölkerung der Umgegend nicht mehr mit Lebensmitteln versehen, und wurde deshalb unbewohnbar.

[2]) Schöll, Recueil de pièces officielles, I, 57. Nach den von den Russen erbeuteten Papieren des Major-Generals Berthier betrug es 575000 Mann nebst 1194 Kanonen. Das russische Heer soll nur 265467 Mann betragen haben.

stens den Tod im Herzen tragende Haufen. Die viel früher als gewöhnlich eintretende Winterkälte vermehrte zwar die Leiden und die Sterblichkeit in den Reihen des sich zurückziehenden Heeres, allein die Hauptursache seines Untergangs bestand darin, daß sein kaiserlicher Feldherr nicht nur die Pflicht, für die Bedürfnisse seiner Truppen zu sorgen, in seltener Weise vernachlässigt, sondern denselben auch unerträgliche Anstrengungen zugemuthet hatte. Napoleon hatte nicht bedacht, daß sein Grundsatz: der Krieg muß den Krieg ernähren, in einem schwach bevölkerten Lande wie Rußland unausführbar sei, zumal wenn dessen Einwohner ihm ihre Städte und Dörfer nur in rauchenden Trümmern überließen.

Die für das Heer zusammengebrachten Vorräthe waren weder an sich hinreichend, noch wurden sie zweckmäßig vertheilt. Als das Hauptheer am 19. Oct. 1812 Moskau verließ, war es nur noch 107000 Mann stark. Die Beute, welche es in sorgloser Gier mitschleppte, veranlaßte es, nur einen kleinen Theil der in Moskau noch vorhandenen Vorräthe mitzunehmen, den größten Theil zerstörte es vor seinem Abzuge. Seit dem 14. Sept. hatte Napoleon in Moskau verweilt, weil es seinem Stolze unerträglich dünkte, den Rückzug anzutreten, ohne dem Kaiser von Rußland den Frieden vorgeschrieben zu haben. Ja, er verweilte sogar noch 14 Tage in der verödeten Stadt, nachdem der russische Oberbefehlshaber, Fürst Kutusow, am 5. Oct. sowol den angetragenen Waffenstillstand als die Anknüpfung von Friedensunterhandlungen mit den Worten zurückgewiesen hatte: „Die Nachwelt würde mich verfluchen, wenn sie mich für denjenigen hielte, welcher zuerst irgendeine Uebereinkunft befördert hätte; denn so ist jetzt meine Nation gesinnt!" Als seien die Gefahren des Rückzugs, welchen das französische Heer bei der nahe bevorstehenden rauhen Jahreszeit unternahm, noch nicht hinreichend, wählte Napoleon in seiner Verblendung schließlich auch noch zum Rückwege denselben Landstrich, durch welchen er nach Moskau gezogen war, obschon er gänzlich verwüstet und nicht abzusehen war, auf welche Weise das Heer sich hinreichenden Lebensunterhalt werde verschaffen können. Noch vor Eintritt der Kälte war daher das Hauptheer bereits auf 57000 Mann und 12000 Pferde vermindert, obgleich es in den bis dahin stattgefundenen Kämpfen nur etwa 7000 Mann eingebüßt hatte.

Napoleon's eigene, nach der Räumung Moskaus erlassenen Heeresberichte bescheinigen übrigens, daß er über die Natur der russischen Witterungsverhältnisse gut unterrichtet war, denn in seinem

25. Bulletin vom 20. Oct. heißt es: „Das Wetter ist sehr schön, wie in Frankreich im October, vielleicht noch ein wenig wärmer. Aber in den ersten Tagen des November wird Frost eintreten. Alles deutet an, daß man auf Winterquartiere denken müsse." Im 27. Bulletin vom 27. Oct. aber wird gesagt: „Das Wetter ist vortrefflich. Die Wege sind gut. Es ist der Rest des Herbstes. Diese Witterung wird noch acht Tage dauern, und sodann werden wir unsere Stellungen eingenommen haben." [1])

Diese tröstliche Ankündigung ging nicht in Erfüllung. Das von den Russen bedrängte Heer fand in dem verwüsteten Lande weder Nahrung noch Obdach genug, um Winterquartiere beziehen zu können, und als es in Wilna ankam, war es bereits in einem so aufgelösten Zustande, daß die daselbst befindlichen Vorräthe theils wegen unzweckmäßiger deshalb getroffener Anordnungen, theils wegen der Eile kaum benutzt wurden, mit welcher man den verfolgenden Russen zu entgehen suchte.

Ehe der Kaiser der Franzosen die elenden Trümmer des von ihm befehligten Hauptheeres am Abend des 5. Dec. in Smorgoni verließ, suchte er der Welt durch sein 29. in Molodetschno am 3. Dec. erlassenes Bulletin dessen furchtbares Schicksal soviel als möglich zu verheimlichen. Nach diesem Bericht bestand das Heer noch, ja die zur Wiederausrüstung seiner Reiterei und seines Geschütz- und Fuhrwesens nöthigen Pferde sollten schon zum großen Theil zusammengebracht sein. In der Wirklichkeit aber war das Heer als geordneter Truppenkörper nicht mehr vorhanden, sondern mit Ausnahme des Ueberrestes der Garde bereits in kleine Haufen aufgelöst, deren Mehrzahl die Waffen als eine unerträgliche Last weggeworfen hatte, nachdem Kanonen und Gepäck schon vorher verloren gegangen waren. Nur die an der Beresina zum Hauptheer stoßenden Truppenkörper Oudinot's und Victor's besaßen noch Reiterei und Geschütz. [2])

Von jenem berüchtigten Bulletin sei deshalb, weil es den Charakter Napoleon's in seinem wahren Lichte erblicken läßt, folgende bezeichnende Stelle angeführt:

Dieses, am 6. November noch so schöne Heer bot seit dem 14. einen sehr verschiedenen Anblick dar. Ohne Reiterei, konnten wir nicht eine Viertelmeile weit Kundschaft einziehen. Gleichwol konnten wir ohne Artillerie auch nicht eine Schlacht wagen, und nicht festen Fußes stehen bleiben. Man mußte mar-

---

[1]) Moniteur, Nr. 317 vom 9. Nov. 1812.
[2]) Histoire de l'expédition de Russie, III, 57, 71.

schiren, um nicht zur Schlacht gezwungen zu werden, welche der Mangel an Schießbedarf uns nicht wünschenswerth machte. Man mußte einen gewissen Raum einnehmen, um nicht überflügelt zu werden, und dies ohne Reiterei, welche die Heersäulen benachrichtigen und deren Verbindung untereinander aufrecht erhalten konnte. Diese Schwierigkeit, verbunden mit der plötzlich (?) eingetretenen übermäßigen Kälte, machte unsere Lage traurig.

Diejenigen, welche die Natur nicht bis zu dem Grade gestählt hatte, um über alle Schicksals- und Glückswechsel erhaben zu sein, schienen erschüttert, verloren ihre Heiterkeit, ihre gute Laune und träumten nur von Unglück und Katastrophen. Diejenigen hingegen, welche sie über alles erhaben bildete, bewahrten ihre Heiterkeit und ihre gewöhnliche Art und Weise, und erblickten einen neuen Ruhm in der Ueberwindung der verschiedenen Schwierigkeiten.[1])

Napoleon hatte freilich nicht wie sein Heer mit Kälte, Mangel und Erschöpfung zu kämpfen gehabt. Auf ihn und etwa die wenigen Hochgestellten, welche ebenso glücklich gewesen waren und deshalb angeblich ihre Heiterkeit und gewöhnliche Art und Weise bewahrt hatten, kann also nur diese, von gefühllosem Selbstlob zeugende Stelle des Bulletin bezogen werden. Die Anspielung auf diese Worte des Bulletin in der spätern Rede des Staatsraths an den Kaiser beweist, daß man sie, wie es auch beabsichtigt war, auf seine Person bezog. Es ist dies Selbstlob aber um so verächtlicher, als nicht der mit den nothwendigen Lebensbedürfnissen reichlich Versorgte und von andern Beschützte, sondern der dem Hunger, der Kälte und feindlichen Angriffen preisgegebene Gelegenheit hatte Charakterstärke zu zeigen. Liegt es auch am Tage, daß die angebliche Heiterkeit Napoleon's auf dem Rückzuge von Moskau nur eine taktlose Ausschmückung jenes Heeresberichts war, welche die fehlenden siegreichen Erfolge ersetzen und Bewunderung erregen sollte, schätzte er auch seine Truppen nur als die unentbehrlichen Werkzeuge seines Ehrgeizes, so mußte doch der Anblick seines sicherer Vernichtung entgegengehenden Heeres ihn mit den verdüsternden Gefühlen der Demüthigung, Wuth, Rachlust und Besorgniß erfüllen. Dies wollte er aber um jeden Preis seinen Feinden verbergen, und sich selbst als einen über alle Schicksalsschläge erhabenen und bewundernswerthen Helden darstellen. Hätte ihn, den frevelhaften Urheber dieses beispiellosen Elends, dasselbe mit aufrichtigem, schmerzlichem Mitgefühl erfüllt, so würde er durch jene ruhmredigen Worte die schwere Selbstanklage völliger Unempfindlichkeit und verächtlicher Eitelkeit nicht ausgesprochen haben. Diese Herzlosigkeit bethätigte Napoleon auch auf andere Weise. Während Kaiser

---

[1]) Moniteur, Nr. 352 vom 5. Dec. 1812.

Alexander in Wilna edel oder klug genug war, die verpesteten schaudervollen Orte, wo die Kranken des französischen Heeres untergebracht waren, zu besuchen und ihre Leiden zu mildern, während alle Fürsten, welche dem Kaiser der Franzosen Hülfstruppen zum russischen Feldzuge hatten stellen müssen, durch Einsendung von Unterstützungen ihrer Pflicht, der Ihrigen sich anzunehmen, zu genügen suchten, that Napoleon allein nichts, um das von ihm verschuldete Elend zu lindern.[1])

Wenige Wochen nach Veröffentlichung dieses berüchtigten Heeresberichts war es für Europa kein Geheimniß mehr, daß „die große Armee" nicht mehr bestehe, und vom Hauptheer nur etwa 20000 Unglückliche zurückgekommen seien, welche waffenlos und kampfunfähig einen bejammernswerthen Anblick gewährten. Als dies jedoch bekannt wurde, befand sich Napoleon bereits in Paris, wo er am 18. Dec. zwischen 11 und 12 Uhr nachts angekommen war. In 13 Tagen und 2 Stunden hatte er, begleitet von Caulaincourt, Herzog von Vicenza, auf dessen Paß er als Secretär von Rayneval eingetragen war, theils im Schlitten, theils im Wagen die ungeheuere Strecke zurückgelegt. Schnelligkeit und Verbergung seiner Persönlichkeit hielt Napoleon für unerlaßlich, um den Gefahren einer Reise durch so weite Länderstrecken zu entgehen, wo der durch die Furcht nicht mehr gebändigte Haß der von ihm zertretenen Bevölkerung oder seiner eigenen verzweifelnden Soldaten ihn mit dem Verlust seiner Freiheit, ja seines Lebens bedrohte.

Unmittelbar nachdem Napoleon das Heer verlassen hatte, entging er in Oßmiana unbewußt einer solchen Gefahr. Die Grenadier-Compagnien der im Orte stehenden deutschen Regimenter waren vor dem Hause, wo er abgestiegen war, als Ehrenwache aufgestellt. Plötzlich sagte der französische Major Lapie vom 113. Regiment mit einer unverkennbaren Bedeutung zu den deutschen Offizieren: „Jetzt, meine Herren, wäre der Augenblick da!" Man verstand ihn sogleich und faßte nach kurzer Berathung den Entschluß: der älteste Hauptmann mit seiner Compagnie solle ins Haus dringen und Napoleon niederstoßen, dann wolle man zu den Russen übergehen, von denen ein Streifcorps unter General Seslawin in der Nähe der Stadt stand. Von dem 113. Regiment, welches fast ganz aus Piemontesen bestand, war man überzeugt, daß es diesem Beispiel folgen werde. Der im Range älteste Hauptmann von S. von den

---

1) Chambray, a. a. O., III, 147.

weimarischen Grenadieren zögerte aber, der ihm zugedachten Aufgabe sich zu unterziehen, und forderte Lapie auf, seinen Vorschlag auch selbst auszuführen, was dieser ablehnte, weil er keine Compagnie befehlige und keine Leute habe, auf welche er sich verlassen könne. Während dieses Wortwechsels trat Caulaincourt vor die Hausthür und rief nach Napoleon's Schlitten. Der Kaiser, in Pelze gehüllt, stieg in denselben und fuhr davon. Der verhängnißvolle Augenblick, welcher die Geschichte des Welttheils völlig verändert haben würde, war unbenutzt entflohen! [1])

In Warschau, wo Napoleon am 10. Dec. angekommen war, hatte er den Versuch gemacht, die Polen zu einer letzten äußersten Anstrengung gegen die Russen zu bewegen, indem er durch seinen dortigen Gesandten, den Erzbischof von Mecheln, de Pradt, eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten, Grafen Potozki, und dem Finanzminister in einem unansehnlichen Gasthause veranstalten ließ. Bevor die beiden Minister kamen, unterhielt er sich mit de Pradt. Derselbe schilderte ihm auf Befragen den traurigen Zustand des Großherzogthums, jedoch, um keinen Zornesausbruch seines kaiserlichen Zuhörers zu veranlassen, in sorgsam gewählten Ausdrücken.

Auf Napoleon's Frage: „Was wollen die Polen?" erwiderte de Pradt: „Preußen sein, wenn sie Polen nicht sein können", und erläuterte auf die Zwischenfrage „warum nicht Russen?" die Gründe, weshalb die Polen der preußischen Regierung zugethan sich zeigten, was dem Kaiser sehr unerwartet war. De Pradt konnte ihm unbedenklich diese Antwort ertheilen, weil erst am Tage vorher einige Minister des Herzogthums Warschau ihm ihren Entschluß mitgetheilt hatten, die preußische Regierung wie ein rettendes Bret im Schiffbruch zu ergreifen.

Ohne etwas hierauf zu erwidern, rief nun Napoleon: „Man muß 10000 polnische Kosacken ausheben. Lanze und Pferd genügen, damit wird man die Russen aufhalten!"

Sein Gesandter meinte jedoch, dies würden nur regelmäßige Truppen vermögen, und erwähnte dabei, daß die Oesterreicher, wie er vom Fürsten Liechtenstein vernommen habe, nichts weniger als warm empfangen worden seien. Als die hierauf eintretenden Minister dem Kaiser ihre Genugthuung ausdrückten, ihn so vielen Gefahren glücklich entronnen zu sehen, rief er, unangenehm hiervon berührt, aus: „Gefahren! nicht im geringsten. Ich führe ein be-

---

[1]) v. Bernhardi, Denkwürdigkeiten des Grafen Toll, II, 343.

wegtes Leben. Je mehr ich mir biete, desto mehr vermag ich. Nur faule Herrscher werden in ihren Palästen fett. Bei mir heißt es: zu Pferde und ins Feldlager! Vom Erhabenen bis zum Lächerlichen ist nur ein Schritt!“

Das bittere Bewußtsein, wie verschieden der dermalige Zustand der Dinge von demjenigen vor sechs Monaten sei, erpreßte die letzten, bei dieser Unterredung oft von ihm wiederholten Worte.

„Ich finde Sie sehr beunruhigt“, fuhr er fort, „dies kommt daher, daß Sie nichts wissen als den Inhalt der öffentlichen Gerüchte. Bah! das Heer ist vortrefflich, ich habe 120000 Mann. Stets habe ich die Russen geschlagen. Sie wagen nicht, uns zu bestehen. Sie sind nicht mehr die Krieger von Eylau und Friedland. Wilna wird man halten. Ich gehe, um 300000 Mann zu holen. Der Erfolg wird die Russen verwegen machen. Ich werde ihnen zwei oder drei Schlachten an der Oder liefern und in sechs Monaten wieder am Niemen sein.

„Auf meinem Throne vermag ich mehr als an der Spitze meines Heeres. Sicherlich verlasse ich es ungern, aber Oesterreich und Preußen müssen überwacht werden. Es ist ein Unglück, eine Wirkung des Klimas. Der Feind hat nichts dabei gethan. Ich habe ihn überall geschlagen. Man wollte mich von der Beresina abschneiden. Ich lachte dieses Schwachkopfs von Admiral. Ich hatte gute Truppen und Geschütz. Seine Stellung war vortrefflich. Fünfhundert Toisen Sumpf, ein Fluß!“

Nachdem Napoleon viel von hartgestählten Seelen und schwachen Gemüthern gesprochen hatte, wie im 29. Bulletin, rief er aus:

„Bei Marengo war ich bis um 6 Uhr abends der Geschlagene. Tags darauf war ich Italiens Herr. Bei Eßlingen war ich Oesterreichs Gebieter. Dieser Erzherzog hatte geglaubt mich aufhalten zu können. Er hat — ich weiß nicht was — veröffentlicht. Ich hatte ihm nicht die Ehre erzeigt Anordnungen zu treffen, und man weiß, was das sagen will, wenn ich in dieser Lage bin. Ich kann aber nicht verhindern, daß die Donau in einer Nacht um 16 Fuß steige. Ha, sonst hatte die österreichische Monarchie ein Ende! Aber“, setzte er hinzu, indem er eine äußerst heitere Miene annahm, „es war im Himmel niedergeschrieben, daß ich eine Erzherzogin heirathen sollte. Ebenso kann ich in Rußland nicht verhindern, daß es friere. Jeden Morgen meldete man mir, daß ich während der Nacht 10000 Pferde verloren habe. Nun, glückliche Reise! Unsere normännischen Pferde sind weniger abgehärtet als die russischen. Sie ertragen nicht über

9 Grad Kälte. Ebenso ist es mit den Menschen. Seht die Baiern, es ist nicht einer von ihnen übrig! . . . Vielleicht wird man sagen, daß ich zu lange in Moskau geblieben bin. Das kann sein, aber es war schönes Wetter, und ich wartete auf den Frieden. Ich gedachte nach Petersburg zu gehen — ich hatte Zeit dazu — in die südlichen Provinzen Rußlands —, den Winter in Smolensk zuzubringen. Doch man wird Wilna halten. Ich habe den König von Neapel dort gelassen. Ah, es ist ein großes politisches Schauspiel, doch wer nichts wagt, gewinnt nichts. Vom Erhabenen bis zum Lächerlichen ist nur ein Schritt!

„Die Russen haben gezeigt was sie sind. Kaiser Alexander ist geliebt. Sie haben ganze Wolken von Kosacken. An diesem Volke ist etwas. Die Kronbauern lieben ihre Regierung, der Adel ist zu Pferde gestiegen . . . Man hat mir den Vorschlag gemacht, die Leibeigenschaft aufzuheben. Ich habe es nicht gewollt. Sie hätten alles ermordet, es wäre scheußlich gewesen. Ich bekämpfte den Kaiser Alexander in geregelter Weise. Wer wäre darauf verfallen, daß man je einen solchen Streich wagen würde, wie die Einäscherung von Moskau! Sie schreiben ihn uns jetzt zu, aber sie sind es gewesen. Es hätte Rom zur Ehre gereicht!"

Hierauf kam der Kaiser auf die Bildung eines polnischen Kosackenheeres zurück, welches die Russen aufhalten sollte, die mit Mangel und Kälte im Bunde die kümmerlichen Ueberreste einer halben Million vor sich hertrieben. Freilich mußte es seine Zuhörer sonderbar dünken, daß 10000 blos mit einer Pike bewaffnete berittene Bauern eine Aufgabe lösen sollten, welcher das von Napoleon auf 120000 Mann angegebene französische Heer nicht genügen konnte. Die beiden polnischen Minister stellten eine solche Maßregel vergebens als unmöglich dar, er kam immer wieder darauf zurück. De Pradt mischte sich nun ins Gespräch und suchte Napoleon's Mitleid mit der Noth des Großherzogthums zu erregen, worauf der Kaiser zwei bis drei Millionen Francs in piemontesischem Kupfer und drei bis vier Millionen in Scheinen, welche in Kurland aufgebracht worden waren, auf den Schatz anwies.

So forderte Napoleon Truppenaushebungen und gewährte deshalb Millionen in einem Lande, welches er einen unabhängigen Staat nannte. Die Minister desselben, welche den Schein von dem Wesen der Unabhängigkeit am besten zu unterscheiden im Stande waren, betrachteten freilich nicht den Großherzog von Warschau, sondern den Kaiser der Franzosen als ihren eigentlichen Gebieter.

Bevor die Unterredung, welche über drei Stunden dauerte, schloß, kündigte Napoleon die Ankunft der beim Heere beglaubigten Diplomaten an, und rief dabei aus: „Spione sind es, welche ich nicht in meinem Hauptquartier haben wollte, Spione, deren einzige Beschäftigung es ist, an ihre Höfe Bericht zu erstatten!"

Auf den Vorschlag, seinen Weg durch Schlesien zu nehmen, entgegnete er nur: „Ha, Preußen!" Da er aber füglich keinen andern Weg einschlagen konnte, so ließ er seinen Schlitten, welcher in einem auf einige Stücke Fichtenholz befestigten halbzerbrochenen Kutschkasten bestand, diese Richtung einschlagen.[1])

Wer erstaunt nicht, von einem Manne wie Napoleon eine Sprache zu vernehmen, welche nur einem Abenteurer geziemt hätte. Durch Prahlerei und offenbare Unwahrheiten suchte er auf seine Zuhörer, welche er doch zu täuschen nicht hoffen durfte, Eindruck zu machen, und erreichte damit weiter nichts, als daß er alles Vertrauens und zugleich derjenigen Sympathien sich unwürdig zeigte, die sogar verschuldetes großes Unglück noch findet, wenn es würdig getragen wird. Es gehört dieser Vorfall zu den zahlreichen Thatsachen, die beweisen, daß diesem außerordentlichen Manne trotz vieler unübertroffener gewaltiger Eigenschaften die eigentliche Größe des Charakters fehlte, und daß der Besieger so vieler Völker der Sklave seiner eigenen unedeln Gefühle und Leidenschaften war.

Außerdem gab Napoleon auf seiner Reise nach Paris nur in Dresden sich zu erkennen, wo er am 14. Dec. bei seinem Gesandten de Serra abstieg. Den greisen König von Sachsen ließ er zu sich rufen, und tröstete den Bestürzten mit der Versicherung: er werde nach einigen Wochen mit einem furchtbaren Heere zurückkommen, und ihm alle, auch seine polnischen Länder erhalten. Er machte es ihm jedoch zur Pflicht, das Geheimniß seiner Durchreise noch 48 Stunden zu bewahren. Nichtsdestoweniger war er bemerkt worden, und er soll es nur seiner schnellen Abreise zu danken haben, daß von englischen Agenten nicht der Versuch gemacht wurde, sich seiner zu bemächtigen. Einer ähnlichen Gefahr war er in gleicher Weise in Schlesien entgangen.[2])

Bevor er Dresden verließ, schrieb er an den Kaiser von Oesterreich folgenden Brief:

Mein Herr Bruder und sehr theurer Schwiegervater! Ich halte einen Augenblick in Dresden an, um an Ew. Majestät zu schreiben und Ihr

---

[1]) De Pradt, Histoire de l'ambassade dans le grand-duché de Varsovie en 1812.
[2]) Manuscrit de 1813 par le baron Fain, I, 2.

Nachricht von mir zu geben. Ungeachtet so großer Anstrengungen ist meine Gesundheit nie besser gewesen. Ich habe mich am 5. d. M. nach der Schlacht an der Beresina aus Litauen entfernt, indem ich die große Armee unter den Befehlen des Königs von Neapel gelassen habe, und der Fürst von Neufchâtel den Obliegenheiten eines Major-Generals nachzukommen fortfährt. Ich werde in vier Tagen in Paris sein. Die Wintermonate hindurch werde ich daselbst bleiben, um die wichtigsten Geschäfte zu erledigen. Vielleicht wird es Ew. Majestät für ersprießlich halten, bei der Abwesenheit Ihres Gesandten jemanden abzusenden, dessen Gegenwart für die Heere nützlich ist. Die verschiedenen Heeresberichte, welche der Herzog von Bassano nicht ermangelt haben wird dem Grafen Otto zu übersenden, werden Ew. Majestät von dem Gange der Ereignisse unterrichtet haben. Es wäre unter diesen Umständen wichtig, daß Ew. Majestät einen Truppenkörper in Galizien und Siebenbürgen marschfertig machte, und so Ihre sämmtlichen Streitkräfte auf 60000 Mann brächte.

Ich habe vollkommenes Zutrauen zu den Gesinnungen Ew. Majestät. Das Bündniß, welches wir abschlossen, bildet ein dauerndes System, aus welchem unsere Völker so große Vortheile ziehen müssen, daß ich denke: Ew. Majestät werde alles thun, was Sie mir in Dresden versprochen hat, um den Triumph der gemeinschaftlichen Sache zu sichern. Sie kann überzeugt sein, daß Sie mich meinerseits stets bereit finden wird, alles zu thun, was Ihr angenehm ist und Sie von der Wichtigkeit überzeugen könnte, welche ich unsern gegenwärtigen Beziehungen beilege, sowie Ihr Beweise der vollkommenen Achtung und hohen Werthschätzung zu geben, mit der ich bin Ew. Majestät guter Bruder und Schwiegersohn. Napoleon.

Von Erfurt aus, wo er seinen Gesandten in Weimar, Baron St.-Aignan, antraf, dictirte er demselben Schreiben für die französischen Gesandten an den Höfen des Rheinbundes, sowie Verhaltungsbefehle an die vornehmsten französischen Generale in Deutschland und legte den noch übrigen Weg in St.-Aignan's Wagen zurück. [1])

Trotz der zuversichtlichen Miene, welche Napoleon den verschiedenen Höfen gegenüber annahm, fühlte er nur zu wohl, wie groß die Gefahr sei, daß ein allgemeiner Abfall seiner widerwilligen Bundesgenossen seinen Feinden die Uebermacht verschaffe, wenn er nicht früher als sie für den neuen Feldzug mit einem zahlreichen Heere gerüstet dastehe, denn seine Verstellungskunst konnte ja die furchtbare Wahrheit nur auf sehr kurze Zeit verhüllen. In Paris war unter diesen Umständen seine Gegenwart in doppelter Beziehung nothwendig, theils weil nur seine persönliche Leitung die Rüstungen ihrer unerlaßlich schnellen Vollendung zuführen konnte, theils weil die Kunde von dem abenteuerlichen Unternehmen des Generals Malet gezeigt hatte, wie geringe Wurzeln der Baum seiner Herrschaft in Frankreich geschlagen habe, obschon dessen Zweige fast ganz Europa überschatteten.

---

[1]) Fain, a. a. O., I, 5.

Malet, welcher wegen republikanischer Gesinnungen bereits im J. 1805 seinen Abschied erhalten hatte und bald darauf verhaftet worden war, faßte im Gefängniß den verwegenen Plan, Napoleon in seiner Hauptstadt anzugreifen und zu entthronen, während derselbe mit einem ungeheuern Heere ausgezogen war, um die letzte unabhängige Macht des europäischen Festlandes seiner Oberherrschaft zu unterwerfen.

Eine Krankheit vorschützend, hatte er seine Versetzung aus dem Gefängnisse in ein Krankenhaus zu bewirken gewußt, aus welchem er in der Nacht vom 22. zum 23. Oct. entfloh, indem er aus dem Fenster stieg. Mit einem angeblichen, von ihm selbst abgefaßten Decrete des Senats ausgerüstet, welches ihn zum Befehlshaber von Paris ernennt, gelingt es ihm durch untergeschobene Befehle, die gleich ihm verhafteten Generale Lahorie und Guidal sowie einige andere Gesinnungsgenossen zu befreien, welche unter dem Namen der Philadelphen schon seit Jahren zum Sturze Napoleon's sich verschworen hatten.

Mit ihnen begibt er sich keck in die nächste Kaserne, und weiß durch die Verkündigung von Napoleon's vor Moskau erfolgtem Tode, sowie durch Geltendmachung seiner selbstgeschaffenen Befehlshaberswürde sich an die Spitze einiger Bataillone zu stellen. Es gelingt ihm ferner, den Polizeipräfecten Savary, Herzog von Rovigo, zu verhaften, des Stadthauses, der Sturmglocke von St.-Jean sich zu bemächtigen und dem Präfecten von Paris, Grafen Frochot, den Tod des Kaisers einzureden. Er eilt hierauf zu dem Commandanten von Paris, dem General Hullin, welchen er durch einen Pistolenschuß zu Boden streckt. Der Tag beginnt zu grauen, und wenig fehlt, daß dessen Sonne eine andere als die kaiserliche Regierung in Paris beleuchtet, denn Malet steht nun im Begriff über Hullin's Bureau und Beamte zu verfügen. Doch während er den Platzcommandanten Doucet von seiner Autorität zu überzeugen strebt, stürzt der Bataillonschef Laborde, welchen er eben hatte festnehmen lassen und dem es gelungen war sich zu befreien, ins Zimmer und entwaffnet mit Doucet's Hülfe Malet, und mit ihm, dem kühnen Haupte, die fast gelungene Verschwörung. Die getäuschten Truppen und Offiziere ziehen sich beschämt zurück und die alte Ordnung der Dinge, welche von wenigen Stunden der Nacht umgestürzt zu werden drohte, ist wiederhergestellt. [1])

---

[1]) Fain, a. a. O., S. 13—18. Thibaudeau, Histoire de la France, VI, 158.

Führte aber diese Verschwörung auch keine thatsächliche Veränderungen in der von ihr bedrohten staatlichen Ordnung Frankreichs herbei, so machte sie doch innerhalb und außerhalb seiner Grenzen einen tiefen moralischen Eindruck. Man wußte anfänglich nicht, ob man über Malet's kühnen Plan, den Thron des von ganz Europa gefürchteten Napoleon durch schlaue Benutzung der ihm bekannten Verhältnisse umzustürzen, mehr erstaunen solle, oder darüber, daß derselbe, wie es schien, nur zufällig scheiterte. Denn wäre es Malet geglückt, die Zügel der Regierung in Paris zu ergreifen, so würde es Napoleon nach der Vernichtung seines Heeres in Rußland schwerlich gelungen sein, sich wieder der Regierungsgewalt zu bemächtigen.

Mit Staunen vernahm man, wie bei der von dem verwegenen Abenteurer verbreiteten falschen Nachricht von des Kaisers Tode Truppen, Offiziere und Civilbeamte ihm zu gehorchen bereit waren, ohne sich für verbunden zu halten, die durch die derzeitige französische Verfassung anerkannten Erbrechte des Königs von Rom zu vertheidigen. Der Besitz der Gewalt, in welchem sie Malet glaubten, die Besorgniß, dem derzeitigen Machthaber zu misfallen und ihre eigene Stellung zu gefährden, bestimmte allein den Entschluß aller jener Männer, deren Pflicht es gewesen wäre, die bestehende gesetzliche Ordnung der Dinge aufrecht zu erhalten. Man vernahm das wunderbare Ereigniß und gelangte zu dem nothwendigen Schluß: es sei Napoleon's Herrschaft nur so lange gesichert, als er selbst das Steuer des Staatsschiffs mit gewaltiger Hand zu führen vermöge, aber alle seine Siege hätten nicht vermocht, die Herzen der Franzosen in dem Grade zu gewinnen, daß sie, des Wechsels ihrer Beherrscher gewohnt, für ihn oder seine Dynastie freiwillig Gefahren sich auszusetzen gemeint wären. Kurz, man überzeugte sich, daß das französische Volk weit entfernt sei, Napoleon's und dessen Hauses Interesse als unzertrennlich von dem seinigen zu betrachten.

Schon am nächsten Mittag nach seiner Ankunft empfing Napoleon, von seinem Hofstaat umgeben und auf dem Throne sitzend, den überraschten Senat, welcher durch seinen Präsidenten, den Grafen de Lacepede, folgende Ansprache an ihn richtete:

Sire! Der Senat beeilt sich am Fuße des Thrones Ew. k. k. Majestät seine ehrerbietigen Glückwünsche über die glückliche Rückkehr Ew. Majestät in die Mitte Ihrer Völker darzubringen. Die Abwesenheit Ew. Majestät ist immer ein Nationalunglück, Ihre Gegenwart ist eine Wohlthat, welche das ganze französische Volk mit Freude und Vertrauen erfüllt.

Ew. k. k. Majestät hat alle Grundlagen der Organisation Ihres weiten Reichs gelegt, aber es bleiben Ihr noch viele Gegenstände fester zu begründen oder zu beendigen, und der mindeste Verzug in der Ergänzung unserer Einrichtungen ist ein Nationalunglück.

Während Ew. Majestät 800 Wegstunden von Ihrer Hauptstadt entfernt an der Spitze Ihrer siegreichen Heere sich befand, haben Leute, den Gefängnissen entronnen, wo Ihre kaiserliche Milde sie dem durch frühere Verbrechen verdienten Tode entzogen hatte, die öffentliche Ordnung in dieser großen Stadt stören wollen. Sie haben die Strafe ihrer verbrecherischen Versuche erlitten.

Glücklich ist Frankreich, Sire, daß seine monarchische Verfassung es vor den verderblichen Wirkungen bürgerlicher Zwietracht, blutigen, durch Parteiungen erzeugten Hasses und den schauderhaften Unordnungen schirmt, welche Staatsumwälzungen nach sich ziehen. Der Senat, die erste Rathsversammlung des Kaisers, deren Ansehen nur besteht, wenn der Monarch sich an dieselbe wendet und sie in Bewegung setzt, ist für die Erhaltung dieser Monarchie und der Erblichkeit Ihres Thrones in unserer vierten Herrscherfamilie gebildet. Frankreich und die Nachwelt werden ihn unter allen Umständen treu dieser geheiligten Pflicht finden, und alle seine Mitglieder werden stets bereit sein, für die Vertheidigung dieses Palladiums der Sicherheit und Nationalwohlfahrt zu sterben.

In den Anfängen unserer alten Herrscherfamilien, Sire, sieht man die Monarchen mehr als einmal die Anordnung treffen, daß ein feierlicher Eid im voraus die Franzosen jeden Ranges an den Erben ihres Thrones binde, und zuweilen, wenn das Alter des jungen Prinzen es erlaubte, ward eine Krone auf sein Haupt gesetzt als Pfand seines künftigen Herrscheransehens und als Sinnbild für die Dauerhaftigkeit seiner Regierung.

Die Anhänglichkeit des ganzen Volks für den König von Rom beweiset, Sire, sowol die Zuneigung der Franzosen für das Blut Ew. Majestät als jenes innere Gefühl, welches jeden Staatsbürger beruhigt und ihm in diesem erlauchten Kinde der Seinigen Sicherheit zeigt, seines Glückes Schutzwache und ein unüberwindliches Hinderniß für jene innern Zerwürfnisse, jene bürgerlichen Unruhen und jene staatlichen Umstürzungen, die größten Geiseln, welche die Völker treffen können.

Sire! Ew. Majestät hat die französischen Adler auf Moskaus Thürme gepflanzt. Der Feind hat Ihre Erfolge nur dadurch aufzuhalten, Ihre Pläne nur dadurch zu vereiteln vermocht, daß er zu den schrecklichen Hülfsmitteln despotischer Regierungen seine Zuflucht nahm, daß er Wüsten auf allen seinen Grenzen schuf, den Brand in seine Provinzen trug, seine Hauptstadt, den Mittelpunkt seiner Reichthümer und das Erzeugniß so vieler Jahrhunderte, den Flammen überlieferte.

Sire! Diejenigen kennen das Herz Ew. Majestät schlecht, welche diese barbarische Taktik ihrer wilden Vorfahren erneuert haben. Es würde gern den Trophäen entsagt haben, welche über die Menschheit soviel Blutvergießen, soviel Unglück bringen sollen.

Der Eifer, mit welchem man aus allen Departements des Reichs die durch Senatsbeschluß vom letzten September aufgerufenen Soldaten unter die Fahnen Ew. Majestät sich herandrängen sieht, ist ein Beispiel von dem, was Ew. Majestät von der Vaterlandsliebe und dem kriegerischen Eifer der Franzosen zu erwarten hat, um dem Einfluß unserer Feinde die verschiedenen Theile des Festlandes zu entreißen, und um einen ehrenvollen und dauerhaften Frieden zu erobern.

Möge Ew. Majestät den Tribut der Dankbarkeit, der Liebe und unverletzten Treue des Senats und des französischen Volks genehmigen.

So kurze Zeit nach der Ankunft des Kaisers auch diese Anrede des Senats erfolgte, so wenig ist es zweifelhaft, daß die zur Sicherheit der Thronfolge vorgeschlagenen Maßregeln von Napoleon dem Senat in den Mund gelegt worden waren; denn wie hätte sonst derselbe, welcher naiverweise von sich selbst sagt, daß sein Ansehn nur bestehe, wenn er vom Monarchen in Bewegung gesetzt werde, sich unterfangen, dem Kaiser öffentlich jene Maßregeln zu empfehlen? Jenes Selbstbekenntniß und die Betrachtung über das Herz Napoleon's, welches Trophäen gern entsagt haben würde, die soviel Blutvergießen und Unglück über die Menschheit gebracht hätten, sind unwillkürliche, aber um so treffendere Satiren auf den heuchlerischen Senat und seinen erbarmungslosen Gebieter. Wo waren denn jene so theuer erkauften Siegeszeichen, wo war das Heer, welches sie errungen? Der flüchtende Kaiser hatte sie in Rußlands Schneegefilden zurückgelassen und nur darauf bedacht sein müssen, Freiheit und Leben zu retten, indem er sein dahinsterbendes Heer dem grausigen Schicksal überließ, welches sein Ehrgeiz und seine frevelhafte Sorglosigkeit demselben bereitet hatte. Freilich würde er gern auf die Eroberung Moskaus verzichtet haben, wenn er geahnt hätte, daß er sie mit der Vernichtung seines Heeres bezahlen müsse.

Die Demüthigung, welche Napoleon darüber empfand, daß er zum ersten mal als besiegter Flüchtling, nicht als Sieger nach Paris zurückkehrte, und die Verlegenheit, unter solchen Umständen den Staatskörperschaften gegenüberzutreten, wurde dadurch gemindert, daß letztere ihrerseits seinen Zorn über das Benehmen der betreffenden Beamten und Truppen bei dem von Malet versuchten Staatsstreiche fürchteten. Es gereichte ihnen zu nicht geringer Verlegenheit, eines Ereignisses zu erwähnen, welches unmöglich gewesen wäre, wenn man die in so überschwenglichen Worten versicherte Liebe und Treue der Franzosen, für welche sie als Wortführer auftraten, in der Wirklichkeit, und nicht eben blos in ihrer Schilderung hätte finden können. Beide Theile sahen sich in den Erwartungen, welche sie voneinander gehegt hatten, getäuscht. Napoleon zeigte sich gnädig, und Senat und Staatsrath wetteiferten miteinander in Versicherungen treuester Ergebenheit gegen ihn und seinen Thronerben, und suchten durch blindes Nachbeten des kaiserlichen Heeresberichts mit der Vergangenheit abzuschließen.

Der Kaiser antwortete:

Senatoren! Sehr angenehm ist mir das, was Sie mir sagen. Frankreichs Ruhm und Macht liegen mir am Herzen, aber mein erster Gedanke

gehört allem dem, was die innere Ruhe dauerhaft machen und meine Völker auf immer vor der Zwietracht der Parteien und den Schrecken der Gesetzlosigkeit bewahren kann. Ueber diesen niedergeworfenen Feinden des Glücks meiner Völker habe ich durch den Willen und die Liebe der Franzosen den Thron gegründet, an welchen fortan die Geschicke des Vaterlandes geknüpft sind. Furchtsame und feige Soldaten richten die Unabhängigkeit der Nationen zu Grunde, aber kleinmüthige Obrigkeiten zerstören die Herrschaft der Gesetze, die Rechte des Thrones und selbst die gesellschaftliche Ordnung. Der schönste Tod ist der eines Soldaten, welcher auf dem Felde der Ehre fällt, wenn nicht etwa der Tod einer Magistratsperson, welche in Vertheidigung ihres Souveräns, des Thrones und der Gesetze stirbt, noch ruhmvoller ist.

Unserer Väter Vereinigungsruf war: Der König ist todt, es lebe der König! Diese wenigen Worte enthalten die Hauptvortheile der Monarchie. Ich glaube den Geist, welchen meine Völker in den verschiedenen Jahrhunderten zeigten, wohl studirt zu haben. Ich habe über das nachgedacht, was in den verschiedenen Zeiträumen unserer Geschichte geschehen ist, und werde ferner meine Gedanken darauf richten.

Der Krieg, welchen ich gegen Rußland führe, ist ein aus Staatsrücksichten geführter. Ich habe ihn ohne Gereiztheit geführt. Ich hätte Rußland die Uebel gern erspart, welche es sich selbst zugefügt hat. Ich würde den größten Theil seiner Bevölkerung gegen das Land haben bewaffnen können, indem ich die Freiheit der Leibeigenen verkündete. Eine große Anzahl von Dörfern hat es von mir verlangt. Aber als ich die Verthierung dieser zahlreichen Klasse des russischen Volks kennen lernte, habe ich die Maßregel verweigert, welche so viele dem Tode, der schauderhaftesten Ermordung geweiht haben würde.

Mein Heer hat Verluste erlitten, aber nur durch die vorzeitige Strenge der Jahreszeit.

Ich genehmige die Gesinnungen, welche Sie mir ausdrücken.

Wer muß nicht lächeln, der Napoleon's Behauptung vernimmt: Menschlichkeit habe ihn davon zurückgehalten, die russischen Leibeigenen gegen ihre Herren aufzureizen und so den größten Theil des Feindes zu seinem Bundesgenossen gegen den Rest desselben zu machen? Die Unmenschlichkeit des Mittels hielt ihn, welcher die Opfer seines Ehrgeizes nach Hunderttausenden zählte, nie ab, sich desselben zu bedienen, wenn es nur die Erreichung seines Zweckes sicherte. Im vorliegenden Falle hatte er aber einerseits die Unzufriedenheit des polnischen Adels mit einer solchen Maßregel zu fürchten, da sie dessen Herrschaft über den polnischen Bauer zugleich mit vernichtet hätte, und andererseits war es höchst wahrscheinlich, daß der russische Bauer, welcher von seinen Priestern gegen die kirchenschänderischen, ketzerischen und das Land verheerenden Feinde zur höchsten Wuth entflammt war, die von demselben angebotene Freiheit mit Mistrauen und Verachtung zurückgewiesen haben würde. Hatte doch Napoleon gegen de Pradt in Warschau geäußert: „Die Kronbauern lieben ihre Regierung." Obwol übrigens Napoleon als General der Republik den Völkern, deren Fürsten er bekriegte,

Freiheit und Achtung ihrer Volksthümlichkeit verheißen hatte, um sie auf seine Seite zu ziehen, so unterließ er dies doch, seitdem er den Kaiserthron bestiegen. Die Kraft des erregten Volksgeistes durch die französische Revolution kennend, war er einsichtsvoll genug zu begreifen, daß ein unumschränkter, auf Eroberungen sein Hauptaugenmerk richtender Herrscher sich solcher Mittel nicht bedienen dürfe, welche, wenn auch vielleicht für den Augenblick nützlich, doch früher oder später in ihren Folgen ihm verderblich werden mußten.

Ein Eroberer kann nie auf die Sympathie der Völker rechnen, mit deren Gut und Blut die Eroberungen gemacht werden, da sie ihnen selbst nichts nützen, wol aber auf den Beistand ihm verbündeter Fürsten, welchen er dafür einen Theil der Beute überläßt. Deshalb trug auch Napoleon bis kurz vor seinem Sturze Bedenken, von dem gewaltigen Mittel der Volksbewaffnung Gebrauch zu machen, als er Frankreich und seinen Thron gegen die eingedrungenen Verbündeten vertheidigte. Die Polen rief er zwar im J. 1806 zu seinen Fahnen, indem er ihnen die Wiederherstellung ihres dreifach zerrissenen Vaterlandes verhieß; allein, treulos, erfüllte er sein Versprechen nicht. Zuvörderst deshalb nicht, um das von ihm erstrebte Bündniß mit dem Kaiser Alexander nicht unmöglich zu machen, später um das geschlossene aufrecht zu erhalten, sowie aus Rücksicht auf seinen kaiserlichen Schwiegervater, Franz I., welchem er den größten Theil seiner polnischen Länder ließ. Als im J. 1813 diese Rücksichten nicht mehr bestanden, hatten die Polen den Glauben an die Erfüllung seiner Versprechungen, er selbst die Macht, diese zu erfüllen, verloren. Daß er je den Willen gehabt haben würde, sie zu erfüllen, ist nicht wahrscheinlich. Die politischen Rücksichten, welche ihn abhielten, dem polnischen Volke seine verlorene Unabhängigkeit wiederzugeben, sie waren in Italien nicht vorhanden. Hätte er Sinn für Volksthümlichkeit besessen, so würde er seinen Ruhm darin gesucht haben, das seit der Römerzeiten in mehr oder weniger Theile zerspaltene Italien, dessen Sohn er war, zu einem mächtigen Ganzen zu vereinen. Er that es nicht, denn er hatte zu besorgen, daß das Bewußtsein, ein großes Volk zu bilden, in den Italienern die Vaterlandsliebe und mit ihr die Frage erweckt hätte, ob sie dazu da seien, in fremden Kriegen ihr bestes Blut zu vergießen? Er wollte nur Unterthanen italienischer Abkunft oder italienische Bundesgenossen, welche seinen Befehlen blindlings gehorchten.

Mit der Ansprache des Senats und des Kaisers Antwort war aber das von den Regierungsorganen aufzuführende Schauspiel,

welches der „Moniteur" veröffentlichen sollte, noch nicht beendigt. Auch der Staatsrath, von dem Erzkanzler des Reichs, Cambacérès, Herzog von Parma, unter denselben pomphaften Formen wie der Senat vor die Stufen des Thrones geführt, versicherte durch den Grafen Defermont seinen Eifer und seine Ergebenheit, sprach seinen Abscheu über Malet's Unternehmen aus, und fuhr dann fort:

Alle Theile des Reichs haben ihre Anhänglichkeit erprobt, und alle Ihre Unterthanen haben mit den öffentlichen Beamten gewetteifert in der Achtung für die Grundsätze und in Anhänglichkeit an Ihre geheiligte Person und Ihre erlauchte Dynastie. Gott, welcher Frankreich schützt, wird es lange vor dem größten Uebel bewahren; aber in diesem Falle würden alle Herzen sich um den Prinzen vereinigen, welcher der Gegenstand unserer Wünsche und Hoffnungen ist, und jeder Franzose würde zu dessen Füßen seine Schwüre der Treue und Liebe für den Kaiser erneuern, den die Verfassung zum Nachfolger beruft.

Die in dem letzten Berichte von der großen Armee enthaltene Darstellung hat einen tiefen Eindruck auf uns gemacht. Welche Bewunderung muß nicht die Entwickelung des erhabensten Charakters während dieses Monats der Gefahren und des Ruhmes einflößen, wo die schmerzlichen Empfindungen des Herzens die Stärke des Geistes zu schwächen nicht vermochten! Welches Gefühl muß nicht bei einer wahrhaft edelmüthigen Nation das treue Gemälde unvorhergesehener Verluste hervorrufen, wenn sie wahrnimmt, daß der Schutzgeist Frankreichs deren Wirkungen vorzubeugen und daraus die Gelegenheit neuen Ruhmes zu schöpfen gewußt hat! War Ew. Majestät jemals über das Geschick erhabener als in jenen Augenblicken, wo das Glück, indem es die Elemente zu Waffen erkor, daran erinnern zu wollen schien, daß es unbeständig sein könne? Mögen unsere Feinde jubeln, wenn sie wollen, über die materiellen Verluste, welche uns die Strenge der Jahreszeit und die Rauheit des Klimas verursacht haben. Aber sie mögen unsere Kräfte in Rechnung bringen, sie mögen wissen, daß es keine Anstrengungen und Opfer gibt, deren nach dem Beispiele Ew. Majestät die französische Nation nicht fähig wäre, um Ihre ruhmvollen Pläne zu verwirklichen.

Sire! Wir, wie Ihr ganzes Reich, können in Anerkennung Ihrer Arbeiten und väterlichen Sorgen nichts als den Ausdruck unserer, von ehrerbietiger Bewunderung und Liebe erfüllten Gesinnungen darbringen. Wir wagen zu hoffen, daß Ew. Majestät diese Huldigung mit derselben Güte anzunehmen geruhen werde, mit welcher Sie nicht aufhört, die Treue und Hingebung Ihres Staatsraths zu ehren.

Jeder der beiden Staatskörper war also bemüht, den andern in dem heuchlerischen Preise eines Mannes zu übertreffen, dessen unersättlicher Ehrgeiz einen verderblichen Krieg mit einem viele Hunderte von Wegstunden entfernten Reiche entzündet, dessen frevelhafte Sorglosigkeit dem größten Heere neuerer Zeiten einen beispiellos jammervollen Untergang bereitet hatte. Sie errötheten nicht, ihn, welcher gekommen war, um einen neuen Blutzehnten für die Befriedigung seiner Herrschsucht von der Bevölkerung Frankreichs zu er=

heben, dessen Schutzgeist zu nennen, welchen zu missen das größte Unglück für dasselbe sei.

Der Senat entblödete sich nicht, von dem Eifer der unter die kaiserlichen Fahnen sich drängenden Franzosen zu sprechen, und doch murrte die Masse der Nation, daß man ihre Söhne wider ihren Willen auf ferne Schlachtfelder schleppte. Schon oft hatte das Volk Verhaftete befreit, welche sich für gewaltsam zum Kriegsdienst Ausgehobene ausgaben. Kranke Soldaten auf ihrem Wege in die Krankenhäuser waren häufig von Weibern umringt worden, welche ihnen Unterstützung anboten und sie als Opfer Bonaparte's beklagten. Durch die Wahl seines Familiennamens wollten sie andeuten, daß man von einem Kaiser, welcher unaufhörlich neue Menschenlieferungen für seine Schlachtfelder fordere, nichts wissen, sondern sich nur erinnern wolle, daß er ihr Mitbürger gewesen sei. Ja, es kam einmal vor, daß ein junger Conscribirter in der Vorstadt St.-Antoine dem vorüberreitenden Kaiser in der anstößigsten Weise die erlittene Aushebung vorwarf, und das Volk dessen von der Polizei deshalb beabsichtigte Verhaftung hinderte. [1])

Die herzlose, prahlerische Sprache des 29. Bulletins, den unsaglichen Leiden eines hingeopferten Heeres gegenüber, wurde von dem Staatsrathe als bewunderungswerther Beweis des erhabensten Charakters gepriesen, jedoch für räthlich geachtet, auch der schmerzlichen Empfindungen zu gedenken, welche jene Leiden in Napoleon's Herzen hervorgerufen hätten. Im Bulletin war freilich von letztern nichts erwähnt, sie waren auch mit der gerühmten Heiterkeit in jener Schreckenszeit unvereinbar; allein später fiel es Napoleon ein, daß jene Leiden sein Herz gebrochen haben würden, wenn er, wie er in seiner Antwort sagte, in jener großen Zeit für etwas anderes Sinn hätte haben können, als für den Ruhm und die Zukunft seiner Völker. Je verwerflicher des Kaisers Handlungsweise und Gesinnung waren, desto überschwenglicher lauteten die Ausdrücke der bewundernden Schmeichler. Indem sie aber in blindem Eifer ausriefen: Malet's verbrecherischer Versuch habe die Anhänglichkeit der Franzosen an das Napoleonische Kaiserthum in ein neues Licht gestellt, gossen sie unwillkürlich über dieselbe den bittersten Spott aus. Hatte doch Napoleon selbst bei Empfang der Nachricht über Malet's Unternehmen in zornigem Erstaunen ausgerufen: „Niemand hat also an Napoleon II. gedacht!“[2])

---

1) Thiers, Histoire du consulat et de l'empire, XV, 197.

2) Fain, Manuscrit de 1812, II, 285.

Jener Ruf, welchen die Anhänger des französischen Königthums ehemals beim Tode des Königs ertönen ließen und dessen der Kaiser in seiner Rede gedacht hatte, war von niemand vernommen worden, als Malet Napoleon's Tod verkündete. Deshalb sollte ein förmliches Gesetz die Franzosen künftig vor einer so ärgerlichen Vergeßlichkeit bewahren, und dem Thronfolger als solchem der Eid der Treue geleistet werden. Die jüngst vergangene Zeit brandmarkte solche Reden als verächtliche Heuchelei, und das noch im Schose der Zukunft ruhende Frühjahr von 1814 vollendete die Charakterzeichnung der damaligen französischen Staatskörper.

Dem Staatsrathe antwortete Napoleon in folgender Weise:

Jedesmal, wenn ich nach Frankreich zurückkomme, empfindet mein Herz eine lebhafte Befriedigung. Wenn das Volk so viel Liebe für meinen Sohn zeigt, so geschieht es deshalb, weil es sich von den Wohlthaten der Monarchie überzeugt fühlt.

Der Begriffslehre jener nebelhaften Metaphysik, welche, indem sie mit Spitzfindigkeit die ersten Ursachen aufsucht, auf deren Grundlagen sie die Gesetzgebung der Völker stützen will, statt die Gesetze der Kenntniß des menschlichen Herzens und den Lehren der Geschichte anzupassen, muß man alles Unglück zuschreiben, welches unser schönes Frankreich erfahren hat. Diese Irrthümer mußten die Herrschaft von Blutmenschen herbeiführen, und haben dies auch wirklich bewirkt. In der That, wer hat einen Grundsatz als eine Pflicht verkündigt? Wer hat die Heiligkeit und die Achtung vor den Gesetzen zerstört, indem er sie nicht von den geheiligten Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Natur der Dinge und von der bürgerlichen Rechtspflege, sondern allein von dem Willen einer Versammlung abhängig machte, aus Männern zusammengesetzt, denen die Gesetze in Bezug auf bürgerliches und peinliches Recht, auf Verwaltung, Staats- und Kriegsrecht unbekannt waren?

Wenn man berufen ist einen Staat wiederherzustellen, so muß man ganz entgegengesetzte Grundsätze befolgen. Die Geschichte ist ein Gemälde des menschlichen Herzens. In der Geschichte ist es, wo man die Vortheile und Unzuträglichkeiten der verschiedenen Gesetzgebungen suchen muß. Dies sind die Grundsätze, welche der Staatsrath eines großen Reichs nie aus dem Gesichte verlieren darf. Er muß damit einen, jede Probe bestehenden Muth verbinden, und gleich den Präsidenten Harley und Molé bereit sein, in der Vertheidigung des Souveräns, des Thrones und der Gesetze unterzugehen.[1])

Stände es nicht geschichtlich fest, wer würde glauben, Napoleon habe diese Antwort ertheilt, als er vom Staatsrathe wegen seiner Rückkehr aus dem Feldzuge nach Rußland beglückwünscht wurde? Denn er übergeht mit Stillschweigen dieses Nationalunglück, hinsichtlich dessen der Sprecher des Staatsraths sich bestrebt hatte, das

---

[1]) Fain, Manuscrit de 1813, I, 288. Moniteur, Nr. 356, vom 21. Dec. 1812.

schmeichlerische Echo des kaiserlichen Heeresberichts zu sein. Alles Unglück, welches Frankreich betroffen hat, also auch den Krieg und die Vernichtung seines Heeres in Rußland, leitet der gekrönte Lehrer einer neuen Staatswissenschaft von der Philosophie ab, ohne seinen erstaunten Zuhörern den Schlüssel zu diesem Mysterium zu gewähren. Die Ursachen der französischen Staatsumwälzung schreibt er nicht dem durch viele Menschenalter fortgesetzten Misbrauche einer unbeschränkten Königsgewalt, sondern der Philosophie zu, von deren Geiste durchdrungen der große Preußenkönig Friedrich II. den ihn ehrenden Grundsatz ausgesprochen hatte: „Die Völker seien nicht der Könige wegen da, sondern diese nur die ersten Diener des Staats." Freilich lag in dieser philosophischen Wahrheit die Verurtheilung des französischen Kaiserthums, und jede Handlung Napoleon's bestätigte es, daß er den entgegengesetzten Grundsatz befolge.

Diejenigen seiner ehrfurchtsvollen Zuhörer, welche ihres kaiserlichen Herrn Gedankengang zu erforschen unternahmen, fanden, daß derselbe folgender gewesen sein mochte. Weil die Anwendung philosophischer Grundsätze auf das Staatsleben jene Blutmenschen zur Herrschaft brachte, welche das französiche Königthum stürzten, diese aber die Revolutionskriege veranlaßten, welche mich zum Oberhaupte des Staats machten, die von mir als solchem geführten Kriege aber eine unvermeidliche Folge der Revolutionskriege waren, so findet das Unglück, welches alle diese Kriege, und also auch mein Krieg mit Rußland, über Frankreich brachten, seinen letzten und eigentlichen Grund in der Philosophie, deren Grundsätze mit der Natur des menschlichen Herzens und den Lehren der Geschichte unvereinbar sind!

Die Unverschämtheit, der französischen Nation gegenüber jene widersinnige Behauptung über die Grundursache ihres Unglücks für ausgemachte Wahrheit auszugeben, wird aber dadurch gekrönt, daß Napoleon selbst sich an jene, fälschlich als Anhänger der Philosophie von ihm bezeichneten Blutmenschen angeschlossen hatte. In einer zu jener Zeit von ihm herausgegebenen Flugschrift, „Le souper de Beaucaire", von welcher nur wenige Exemplare der später von Napoleon angeordneten Vernichtung entgangen sind, hatte er Marat, dessen blutige Laufbahn der Dolch der Charlotte Corday endete, die Grundsätze der Schreckensmänner gegen einen politischen Gegner siegreich vertheidigen lassen. Die Jakobiner hatten hierauf den beredten Vertheidiger ihrer Grundsätze mit dem Range eines Brigade-

generals der Artillerie nach Italien gesendet, um dort selbige mit Waffengewalt zu verbreiten. Hier wurde er nach dem Sturze Robespierre's (1794), mit dessen Bruder er während der Belagerung von Toulon sich näher befreundet hatte, als Anhänger des gestürzten Schreckenssystems verhaftet und seiner Befehlshaberschaft enthoben, jedoch bald wieder auf freien Fuß gesetzt, weil man eines so geschickten Generals sich nicht berauben wollte.

Achtzehn Jahre waren zwar seitdem verflossen, allein unzählige Zeugen dieser seiner Vergangenheit lebten noch, und schwerlich war irgend einem derjenigen, gegen welche er mit eherner Stirne jene Behauptungen aussprach, alles dies unbekannt. Dennoch entblödete er sich nicht, denselben das Studium der Geschichte und der aus ihr sich ergebenden Gesetzgebung anzuempfehlen. Seiner Schmeichler Geschichtsforschungen hatte er freilich nicht zu fürchten, wohl aber die Geschichte selbst, welche solche Schamlosigkeit der Nachwelt überlieferte. Sie hat es aufgezeichnet, wie Napoleon durch seinen Anschluß an die Schreckenspartei sein militärisches Emporsteigen beschleunigte, sodann als republikanischer Obergeneral die Rolle eines Befreiers der Völker von der Tyrannenherrschaft ihrer Fürsten spielte, als Kaiser aber die unterjochten Völker und Länder gleich Heerden und Aeckern unter seine mit Kronen belohnten Anhänger vertheilte, damit sie, blind gehorchend, seine ehrgeizigen Pläne ausführten, deren Ziel die Knechtung der Welt war. Von keinem Sterblichen hat sie zu berichten, welcher kraft seiner genialen Begabung und durch die Gunst der Zeitverhältnisse so segensreich auf Europa hätte einwirken können, wie er, statt dessen aber es so tief ins Elend gestürzt, soviel Thränen erpreßt, und solche Ströme Bluts vergossen hätte. Als ein Held der Gewalt und Lüge erscheint er, alles seiner Selbstsucht opfernd, Rechte nur achtend, wenn ihm dies nützlich wär, beredt im Preise seiner selbst, und in der Verleumdung und Beschimpfung seiner noch nicht zertretenen Feinde, bis die Maßlosigkeit seiner Leidenschaften die Welt von seiner Blutherrschaft befreite.

So zahlreich auch die Opfer des Schreckenssystems in Frankreich waren, verschwindet doch ihre Anzahl, wenn man sie mit der ungeheuern Masse vergleicht, welche Napoleon als Kaiser in seinen Kriegen schlachten ließ, obschon er bereits als Consul unumschränkt herrschte. Waren für die Zeit von 1793—1801 1,930000 Franzosen zu den Fahnen gerufen worden, um Frankreich gegen die äußern Feinde zu vertheidigen, so machten die Kriege von 1805—13,

also in neun Jahren, die Aushebung von 2,173000 Mann nothwendig. [1])

Nichtsdestoweniger bestand zu Ende des März 1814 das Hauptheer unter Napoleon nur noch aus 37500, das Heer unter Soult aus 27000 Mann. Rechnet man auch die große Zahl der in Gefangenschaft gefallenen oder kampfesunfähig gewordenen Franzosen ab, so waren immer noch mindestens zwei Millionen Männer, welche die Blüte des französischen Volks bildeten, dem unersättlichen Ehrgeize Napoleon's hingeopfert worden. Allein diese ungeheuere Zahl ist nur ein kleiner Theil seiner Schlachtopfer, denn die Zahl der unter Napoleon fechtenden fremden Völker, seiner gefallenen Feinde und aller derer, welche infolge des von ihm verschuldeten Kriegselends umkamen, ist hier nicht berechnet. In einer einzigen Hauptschlacht vergoß Napoleon mehr Blut, als die von ihm gebrandmarkten Schreckensmänner der Revolution zusammengenommen. Der Urheber solchen Greuels wurde aber in amtlichen Reden von seinen besoldeten Staatskomödianten als der Schutzgeist Frankreichs gepriesen, und genehmigte dies als einen Ausdruck der ihm schuldigen Dankbarkeit.

Malet's Verschwörung gab dem Kaiser der Franzosen die begierig ergriffene Gelegenheit, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Ergebnisse des russischen Feldzugs ab und den innern Verhältnissen zuzuwenden. Die durch die Umstände vollkommen gerechtfertigte Entlassung des leichtgläubigen und unzuverlässig befundenen Präfecten von Paris, Grafen von Frochot, wurde deshalb mit ungewöhnlicher Feierlichkeit behandelt. Allein halfen ihm auch allerlei Schauspieler-

---

[1])

Am	17. Januar 1805	60000	Mann
=	24. September 1805 . . .	80000	=
=	4. December 1806 . . .	80000	=
=	7. April 1807	80000	=
=	21. Januar 1808	80000	=
=	10. September 1808 . . .	160000	=
=	18. April 1809	40000	=
=	5. October 1809	36000	=
=	13. December 1810 . . .	160000	=
=	20. December 1811 . . .	120000	=
=	13. December 1812 . . .	100000	=
=	11. Januar 1813	250000	=
=	3. April 1813	180000	=
=	24. August 1813	30000	=
=	9. October 1813	280000	=
=	15. November 1813 . . .	300000	=
		2,173000	=

vergl. den Moniteur von den angegebenen Tagen.

künste über das öffentliche Eingeständniß seiner Niederlage hinweg, so vermochten sie doch nicht ihre verhängnißvollen Folgen zu beseitigen.

Schon am 10. Jan. 1813 forderte der Reichskanzler Cambacérès den Senat auf, neue Streitkräfte zur Verfügung des Kaisers zu stellen. Der Herzog von Bassano theilte hierbei dem Senate den nachstehenden Bericht mit, welchen er am Tage vorher dem Kaiser erstattet hatte. Derselbe lautete:

Sire! Als Rußland Ew. Majestät den Krieg erklärte, indem es seine Verträge verletzte, um sich dem Systeme Englands anzuschließen, würdigten Sie, Sire, die ganze Wichtigkeit des bevorstehenden Kampfes. Sie ordneten unter Benennung „Cohorten der Nationalgarde" die Bildung von 100 Bataillonen an, welche aus Leuten von 20—26 Jahren bestanden und zu den letzten sechs Klassen der Conscription, insoweit sie zum Heere nicht einberufen waren, gehörten. Diese Einrichtung hat allen Erfolg gehabt, welchen Ew. Majestät davon erwarten konnten. Eine kriegerische Jugend, durch Stämme alter Soldaten auf das Waffenhandwerk vorbereitet, verlangt dringend den Ruhm ihrer Waffenbrüder zu theilen. Als Ew. Majestät Ihre siegreichen Heere von Smolensk nach Moskau marschiren ließ, verhehlte Sie sich nicht, daß deren Fortschritte im feindlichen Lande neue Wechselfälle des Kriegs hinzufügten. Sie wollte die Grundlagen Ihrer Unternehmung noch befestigen, und ordnete deshalb die Aushebung der Conscription von 1813 an, welche heute vollständig unter den Waffen ist. Mit den Besatzungen der festen Plätze Frankreichs und Italiens hat also Ew. Majestät im Innern Ihrer Staaten eine Streitmacht von mehr als 300000 Mann, welche hinreicht, den Krieg während des nächsten Feldzugs zu unterhalten. Auch war es Ihre Absicht, Sire, keine außerordentliche Hülfe zu verlangen, wenn alle unsere Verbündete und insbesondere Oesterreich, Dänemark und Preußen der gemeinsamen Sache treu bleiben. Oesterreich, Dänemark und Preußen haben Ew. Majestät die feste Zusicherung ihrer diesfallsigen Gesinnungen gegeben. Preußen hat sich sogar erboten, das Contingent, welches es in Vollziehung der Verträge geliefert hatte, um ein Drittel zu verstärken, und es auf 30000 Mann zu bringen. Aber während diese Macht eine ihren Verpflichtungen so angemessene Bereitwilligkeit zeigte, bereiteten Englands Ränke eines jener Ereignisse vor, die den Geist der Unordnung und Gesetzlosigkeit charakterisiren, welche diese Macht nicht aufhört in Europa zu hegen.

Der General York, unter den Befehlen des Herzogs von Tarent, welcher den preußischen Truppenkörper befehligte, verrieth gleichzeitig seine Ehre, seinen Obergeneral und seinen König. Er ist treulos einen Vertrag mit dem Feinde eingegangen. Es gibt keine Ränke, es gibt keine Schleichwege, welche England nicht ins Werk gesetzt hätte, um eine Aenderung in den Gesinnungen der Souveräne hervorzubringen. Aber als es sie fest ihren wahren Interessen anhängend fand, hat es einen allgemeinen Umsturz zu bewirken unternommen, indem es die Treue der Völker zu erschüttern strebte. Außerhalb der Staaten Ew. Majestät, Sire, gibt es wenig Gegenden, wo die Kühnheit und die Intrigue der Unruhstifter nicht den öffentlichen Frieden der Bewohner gestört hätte. An denjenigen Höfen, welche der Bestechung sich bedienten, in den Lagern der elenden Aufwiegler, in den Städten, den Schulen und bis in das Herz der verehrtesten Satzungen bemühten sich falsche Enthusiasten ohne Unterlaß durch finstere Lehren sowol diejenigen, welche durch die muthvollste Treue die ihnen anvertraute Autorität aufrecht

erhalten sollen, als auch die Untergebenen zu verführen, welche keine andere Pflichten haben, als zu gehorchen.

Unter diesen Umständen Sire, und da selbst die Absichten eines verbündeten Fürsten die Vortheile nicht gewährleisten können, welche Ihr politisches System Ihnen hätte sichern müssen, wird es gebieterische Nothwendigkeit zu den Mitteln zu greifen, welche Ew. Majestät in der Macht Ihres Reichs und in der Liebe Ihrer Unterthanen finden wird. Dies erwägend, schlagen die zu einer außerordentlichen Cabinetsberathung vereinten Minister Ew. Majestät vor:

1) die hundert Cohorten der Nationalgarde dem activen Heer einzuverleiben,
2) 100000 Mann der Conscription von 1809, 1810, 1811 und 1812 einzuberufen,
3) 100000 Mann der Conscription von 1814 auszuheben, welche in den Garnisonen und in den Lagern an unsern Grenzen und auf unsern Küsten sich ausbilden werden, und dahin sich wenden können, wo es nothwendig sein wird den Verbündeten Ew. Majestät Hülfe zu bringen.

Durch diese ungeheuere Kraftentwickelung werden die Interessen, das Ansehen Frankreichs und die Sicherheit seiner Verbündeten gegen alle Ereignisse sich gewahrt finden. Das französische Volk wird die Macht der Umstände fühlen. Es wird der so oft durch Ew. Majestät von der Höhe Ihres Thrones verkündeten Wahrheit huldigen, daß es für Europa keine Ruhe gibt, so lange England nicht gezwungen ist Frieden zu schließen. Es ist nicht vergebens, Sire, daß Sie dem französischen Volke den Titel der großen Nation gegeben haben. Keine Anstrengung ist für dasselbe beschwerlich, wenn es sich darum handelt, sowol seine Liebe für Ew. Majestät als seine Hingebung für den Ruhm des französischen Namens hervortreten zu lassen.[1])

Nachdem Graf Regnault de St.-Jean d'Angely, als Organ des Staatsraths, der Form wegen noch in langer Rede, welche in gleicher Weise die Schuld des Krieges den Gegnern Napoleon's fälschlich zuschrieb, die von demselben verlangte Truppenaushebung unterstützt hatte, wurde sie durch die vorgeschlagene Erhöhung der Aushebungsziffer für 1814 zur Höhe von 350000 Mann vom Senate beschlossen.

Allein nicht nur den von außen drohenden Gefahren suchte Napoleon auf diese Weise zu begegnen, sondern auch seine Dynastie jenen obgedachten Andeutungen gemäß gegen innere Umwälzungen zu sichern.

Malet's Unternehmen hatte gezeigt, wie nöthig dies ungeachtet aller Ergebenheitsversicherungen sei. Der Senat faßte daher auf kaiserlichen Befehl in seiner Sitzung vom 5. Febr. 1813 das Gesetz über die Regentschaft ab. Kraft desselben vereinigte die Kaiserin Mutter für den Fall, daß ihr minderjähriger Sohn den Thron bestieg, ohne daß der Kaiser, sein Vater, über die Regentschaft des Reichs verfügt hätte, letztere mit der Obhut über denselben, doch

---

[1]) Moniteur, Nr. 12 vom 12. Jan. 1813.

durfte sie sich während dieser Zeit nicht anderweit vermählen. In Ermangelung der Kaiserin wurden die französischen Prinzen nach ihrer Erbfolgeordnung zur Regentschaft berufen. War keiner derselben zur Regentschaft fähig, denn der Besitz eines fremden Thrones machte sie hierzu unfähig, so wurde sie den im Amt befindlichen Großwürdenträgern des Reichs nach einer bestimmten Reihefolge übertragen. Der dem Thronfolger zu leistende Eid wurde verschoben, später aber durch die Ereignisse verhindert, ein Umstand, welcher den Sturz der kaiserlichen Herrschaft erleichterte.

Napoleon's ungezügelte Herrschsucht, welche keinen unabhängigen Staat in Europa duldete, nicht die Umtriebe Englands, die sonst keinen Boden gefunden hätten, bewirkte, daß alle diese Rüstungen gegen die drohende Rache der von ihm unterdrückten Völker, alle diese Vorkehrungen seine Dynastie zu befestigen, sich vergeblich erwiesen.

Zweiter Abschnitt.

Oesterreichs Benehmen nach dem Rückzuge der Franzosen aus Rußland. Metternich überzeugt anfänglich Napoleon durch den französischen Gesandten, Grafen Otto, von der unveränderten Ergebenheit des österreichischen Cabinets, und infolge dessen von dem Nutzen eines von demselben zu unternehmenden Versuchs ihn mit Rußland und England auszusöhnen.

Kaum war die Kunde davon, daß Napoleon's Eroberungszug misglückt sei, nach Wien gelangt, so sandte der Oesterreichs äußere Politik leitende Minister, Graf Metternich, den Freiherrn von Wessenberg ins russische Lager, wo derselbe am 19. Nov. eintraf, um Unterhandlungen anzuknüpfen, infolge deren Fürst Schwarzenberg, welcher das österreichische, den rechten Flügel des französischen Hauptheers bildende Hülfsheer befehligte, seine Truppen von Slonim, wo sie am 12. Nov. 1812 angekommen waren, plötzlich an den Bug zurückführte und das sich zurückziehende französische Heer seinem Schicksal überließ. Auf diese Weise wurde es dem Admiral Tschitschagow erleichtert noch vor dem französischen Heer an der Beresina anzukommen, und ihm den Uebergang über dieselbe unter Umständen streitig zu machen, welche, besser benutzt, dessen völligen Untergang herbeigeführt haben würden.[1])

Die zwischen den Oesterreichern und Russen angeknüpften Unterhandlungen führten zu einem Waffenstillstande, welchen Schwarzen-

---

[1]) Chambray, III, 9. „Damit Napoleon den ihm drohenden Schicksal entging, waren Kutusow's Fehler allein nicht hinreichend. Es war erforderlich, daß Wittgenstein und Tschitschagow ebenfalls solche begingen."

berg mit dem russischen Bevollmächtigten, dem Staatsrath von Anstett, abschloß. Die Wahl eines Diplomaten statt eines Militärs von russischer Seite ist bezeichnend genug dafür, daß Staatsklugheit, nicht militärische Rücksichten bei dieser Unterredung vorwalteten, welche die Unverletzlichkeit des österreichischen Gebiets und die Pilica als Scheidelinie der beiderseitigen Truppen bestimmte. Die Nachricht von der Niederlage Napoleon's und ihrer Wirkung auf Preußen regte die Kriegspartei in Wien, an deren Spitze die Erzherzöge standen, mächtig auf. Sie drang in den Kaiser Franz: unter Zerreißung des erzwungenen Bündnisses den Krieg gegen Frankreich zu erklären, und im Verein mit England, Rußland und Preußen die Wiederherstellung Oesterreichs zu erkämpfen.

Das war aber durchaus nicht die Meinung des Kaisers Franz, welcher die Zeit noch nicht für reif hielt, um einen so entscheidenden Entschluß zu fassen. Seine Hoffnung, als Schwiegervater Napoleon's von dessen Gunst ersetzt zu erhalten, was im Kampfe mit ihm verloren gegangen, war allerdings bis dahin unerfüllt geblieben, und die Niederlage der Franzosen in Rußland zeigte die Aussicht, daß Oesterreich, ergriff es gegen dieselben jetzt die Waffen, seine verlorenen Provinzen und seine Unabhängigkeit wieder erobern könne. Allein Franz wollte noch nicht das ihm bisher so ungünstige Kriegsglück versuchen.

„Zuerst will ich von Napoleon die Allianz z'rückhaben, derweil kann ich mich in alle Sättel richten; zuerst bringen's mir die Allianz zurück!" lautete die Weisung, welche er seinem Minister des Auswärtigen gab, und dieser war hoch erfreut den Kaiser einen Weg betreten zu sehen, welcher seinem eigenen Dafürhalten und Vortheil entsprach, und den er deshalb seinem Herrn als den sichersten angedeutet hatte. Denn Kaiser Franz war nicht der leicht zu leitende Monarch, für welchen viele ihn ansahen, sondern pflegte eine selbständige Politik zu befolgen, obschon er Metternich's Rath hochschätzte. Beide verständigten sich über zu ergreifende Maßregeln um so leichter, als beide nur dann nothgedrungen für die Anwendung der Waffen waren, wenn sie auf diplomatischem Wege ihr Ziel nicht erreichen konnten. Dem Minister war jener Befehl um so erwünschter, als er genöthigt gewesen wäre, dem von der Kriegspartei begünstigten Grafen Stadion die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu überlassen, wenn der Kaiser sich zur sofortigen Kriegserklärung gegen Frankreich entschlossen hätte. Wurde auf diese Weise Metternich's persönliche Stellung gesichert und die Gefahr eines Kriegs für den Augen-

blick vermieden, so wagte man freilich dabei, daß wenn es Napoleon gelang, über Rußland und das auf dessen Seite tretende Preußen einen schnellen entscheidenden Sieg davonzutragen, die günstige Gelegenheit zur Wiedererlangung der eingebüßten Unabhängigkeit verloren ging. Im günstigsten Fall war aber zu erwarten, daß Napoleon nicht ohne fernern Kampf auf seine gebietende Machtstellung verzichten, sondern höchstens Oesterreichs Beistand durch Bewilligungen erkaufen werde, welche zwar dessen Gebiet vermehren, nicht aber dessen Abhängigkeit von ihm verändern würden. Auch blieb dabei noch die Gefahr, daß er den ihm von Oesterreich für seine Bundesgenossenschaft abgedrungenen Kaufpreis demselben bei der ersten Gelegenheit wieder abnehmen konnte.

Das Bestreben des österreichischen Ministers war nun darauf gerichtet, Napoleon in dem Glauben zu erhalten, daß Oesterreich, weit entfernt durch den unglücklichen Ausgang des Feldzugs gegen Rußland in der Treue seiner Bundesgenossenschaft erschüttert zu sein, vielmehr alles aufbiete, um durch sein Dazwischentreten einen dem französischen Interesse gemäßen Frieden mit Rußland durchzusetzen, wenn England auch denselben zurückweise. Oesterreichs kriegerische Rüstungen, stellte er vor, hätten nur den Zweck, seinen Ermahnungen Nachdruck zu verschaffen. Er suchte das französische Cabinet davon zu überzeugen, daß nichts vortheilhafter für dasselbe sei, als Oesterreichs Vermittelung des Friedens. Wenn es deshalb auch zeitweilig aufhören müsse Frankreichs Bundesgenosse zu heißen — denn ein Vermittler vermöge nur durch seine Unabhängigkeit Vertrauen zu seiner Unparteilichkeit zu erwecken —, so könne Napoleon doch sicher sein, daß Oesterreich die Vermittlerrolle nach seiner Anweisung und zu seinem Beifall spielen werde.

Oesterreich erstrebte auf diesem Wege den Vortheil, ohne Napoleon's Argwohn zu erregen, umfassende Rüstungen vorzunehmen, und durch seine, mit dessen Gegnern in unmittelbaren Verkehr tretende Abgesandten deren Kräfte und Gesinnungen genau kennen zu lernen. Durch eine so gründliche Kenntniß wurde es in den Stand gesetzt, im rechten Augenblick angemessene Entschlüsse zu fassen.

Graf Bubna wurde daher mit einem Antwortschreiben des Kaisers auf Napoleon's Brief aus Dresden nach Paris gesendet, in welchem Franz I. in seiner Eigenschaft als Schwiegervater und Bundesgenosse zum Frieden rieth. Für Frankreich sei der Friede ebenso nothwendig als für Europa, welches außerdem sich wol gegen ersteres erheben könne. Doch wurde dies im Tone freundschaftlicher Warnung gesagt,

und sorgfältig alles vermieden, was als Zurechtweisung hätte gedeutet werden können.

Schon im Anfange des November hatte Oesterreich dem englischen Cabinet die vertrauliche Mittheilung gemacht, der Augenblick scheine zur Stiftung eines allgemeinen Friedens günstig, und man sei bereit die Vermittelung zu übernehmen, doch sei dieselbe geheim zu halten.

In Wien erleichterte die Persönlichkeit des französischen Gesandten, des Grafen Otto, welchem Metternich in diplomatischen Künsten weit überlegen war, das Gelingen der von dem letztern verfolgten Politik. Aus Otto's Berichten erhellt, daß es Metternich nicht schwer wurde, ihn von seiner unbedingten Anhänglichkeit an das französische Bündniß zu überzeugen, obschon seine Thaten seinen Worten nicht eben entsprachen. Im December, wo der Eindruck, welchen die Vernichtung des von Napoleon nach Rußland geführten ungeheuern Heeres noch frisch, und es ungewiß war, ob es demselben gelingen werde, seine erschütterte Macht wieder zu befestigen, hielt Metternich für angemessen sich dahin zu äußern: Oesterreich würde, wenn es eine andere Partei ergreife, in kurzem mehr als funfzig Millionen Menschen auf seiner Seite erblicken. Ganz Deutschland, ganz Italien würde sich für dasselbe erklären. Man mache die größten Anstrengungen, um Oesterreich zu gewinnen. Man biete Italien, die illyrischen Provinzen, den Vorrang in Deutschland, kurz die Wiederherstellung des alten Glanzes der kaiserlichen Krone.[1])

Durch eine solche Schilderung der Verhältnisse sollte Napoleon bewogen werden, das Festhalten Oesterreichs am französischen Bündniß durch Annahme der Vorschläge zu erkaufen, welche Metternich für den abzuschließenden Frieden für unerlaßlich hielt. Dabei spiegelte er dem Grafen Otto eine so aufrichtige Anhänglichkeit an Frankreich vor, daß derselbe an Maret, den Minister des Aeußern, berichtete (3. Jan.), die österreichische Regierung halte das Bündniß, ungeachtet der gegenwärtige Krieg keinen Anklang im Volke finde, in einer Weise aufrecht, daß man sagen könne: die letzten Unfälle hätten nur dazu gedient dasselbe zu befestigen. Metternich habe gegen ihn geäußert: „Sagt uns offen was ihr thun wollt und setzt uns in den Fall, gegen euch als guter Verbündeter zu handeln, sowie gegen andere als unabhängige Macht. Glaubt, daß wir vom Geist des Bündnisses durchdrungen sind und euch

[1]) Moniteur, I, Suppl. zu Nr. 278 vom 5. Oct. 1813, Note 1.

wesentliche Dienste zu leisten vermögen. Wir haben tausend Mittel zu wissen, was vorgeht. Von allen euern Feinden geliebkost, erfahren wir von dem einen, was uns der andere verhehlt hatte, und wir sind im Stande so viel verschiedene Berichte zu vergleichen, daß die Wahrheit uns nicht entschlüpfen kann. Uebrigens werden wir mit England nur dann in unmittelbare Beziehung treten, wenn wir durch euch dazu ermächtigt worden sind. Auch werden wir, obschon die Haltung einer Macht bewahrend, welche aus freien Stücken handelt, die euch genehmen Formen dabei beobachten. Was habt ihr dabei zu wagen? Wir werden die englischen Minister gegen die Nation bloßstellen und auf uns die Beschämung des übeln Erfolgs nehmen. Ungeachtet euers letzten Unfalls ist eure Lage noch immer die glänzendste. Nicht der Kaiser Napoleon hat am meisten den Frieden nöthig. Wenn es ihm zuwider wäre Angriffsweise zu verfahren, so würde es nur von ihm abhängen, während eines Jahres, während zweier Jahre an der Weichsel stehen zu bleiben. Nie werden die Russen diese Schranke überschreiten. Mit Leichtigkeit werdet ihr die Haltung, welche ihr vor dem Kriege hattet, bewahren. Aber Deutschland, Preußen, Polen, und vor allem Oesterreich würden von diesem Stande der Dinge leiden. Es ist also nichts natürlicher, als daß wir mit lautem Geschrei den Frieden verlangen. Sobald der Kaiser uns von seinen Absichten in Kenntniß gesetzt haben wird, werden wir sie geltend machen, denn er allein ist im Stande den Frieden zu dictiren. Möge er uns sein vollstes Vertrauen schenken, möge er offen mit uns reden, wir werden ihm ebenso antworten.“ [1])

Um sein Verlangen, einen Bevollmächtigten nach Wilna an den Kaiser von Rußland zu senden, in ein günstiges Licht zu stellen, begnügte sich Metternich aber nicht mit Versicherungen seiner unbegrenzten Ergebenheit, sondern theilte dem leichtgläubigen französischen Gesandten auch wunderbare Dinge mit, welche derselbe, als wären es Thatsachen, sofort nach Paris berichtete.

Mit sieben Millionen Pf. St. werde der Kaiser von Rußland von England unterstützt. Zehn Millionen Pf. St., welche dasselbe für einen Systemwechsel Oesterreich angeboten habe, seien von diesem mit Verachtung zurückgewiesen worden, obgleich dessen Finanzen in der größten Zerrüttung sich befänden. In den Zöllen bestehe jetzt dessen hauptsächliches Einkommen, weshalb es treu an dem französischen

---

[1]) Moniteur, Nr. 4 a. a. O.

Continentalsystem hänge. Die größte Schwierigkeit erblicke Metternich in der Forderung, welche Rußland ohne Zweifel hinsichtlich einer Gebietsvergrößerung machen werde. Seit Peter dem Großen, fügt Graf Otto hinzu, hat Rußland nie Frieden geschlossen, ohne auf diesem Punkte zu bestehen, und er ist geneigt zu glauben, daß es die Weichsel als Grenze verlangen werde.

Durch diese geschichtliche Bemerkung zeigte der französische Diplomat allerdings, daß seine Gelehrsamkeit nicht so groß war, als sein Vertrauen zu Metternich's Aufrichtigkeit. Ihm war es unbekannt, daß Peter III. am 5. Mai mit Friedrich II. zu Petersburg, und Katharina II. mit dem König Gustav III. von Schweden am 14. Aug. 1790 zu Werelä Frieden geschlossen hatten ohne solche Vortheile zu erhalten, und daß die Kaiserin Anna sogar im J. 1734 alle jenseit des Kur von Peter dem Großen eroberten persischen Provinzen an Nadir Schah wieder abgetreten hatte, um mit diesem in Frieden zu bleiben. Von dem durch zwanzigjährigen Krieg in Anspruch genommenen Schatze Englands scheint Otto einen sonderbaren Begriff gehabt zu haben, sonst hätte er in Metternich's diesfallsigen fabelhaften Mittheilungen nicht eine Bestätigung von dessen aufrichtigem Eifer für das französische Bündniß, sondern eine Ursache zu Mistrauen erblicken müssen. Es für möglich zu halten, daß England zu Gunsten fremder Mächte binnen eines Halbjahres über sieben Millionen Pf. St. wirklich verfügt, und andere zehn Millionen angeboten habe — was zusammen mehr als 416 Millionen Francs betragen hätte —, gewährt wahrlich von seiner Urtheilskraft einen höchst übeln Begriff, und sein Glaube, daß Oesterreich des Continentalsystems bedürfe, um des Vortheils hoher Zölle zu genießen, ist nur geeignet denselben zu verstärken. Metternich's Mittheilung war eine nicht eben klug ersonnene Ausschmückung seiner Anhänglichkeit an das französische Bündniß. Merkwürdig genug hatte nämlich Kaiser Alexander, selbst als der Bruch mit Napoleon unvermeidlich erschien, mit einer solchen Zurückhaltung gegen England sich benommen, daß dieses erst am 18. Juli 1812 zu Oerebro mit demselben Frieden schloß, und vor dieser Zeit konnte schon aus formellen Gründen nicht die Rede davon sein, an Rußland Hülfsgelder zu zahlen. Auch ist es bekannt, daß hauptsächlich aus Mangel an Geldmitteln nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil der ausgehobenen russischen Mannschaften bewaffnet werden konnte. War übrigens ein vernünftiger Grund denkbar, daß das britische Cabinet für Oesterreich, zumal nach Vernichtung des großen französischen Heeres, zu einem noch größern

Geldopfer bereit gewesen sei, als für Rußland zu einer Zeit, wo dieser letzte unabhängige Staat des europäischen Festlandes in der größten Gefahr schwebte, und die Durchführung des Continentalsystems, dieses Mittels, durch welches Napoleon das ihm unerreichbare meerumgürtete England demüthigen wollte, der Vollendung nahe schien? Wurde dem österreichischen Cabinet wirklich eine bestimmte Summe als Beitrag zu den Kriegskosten angeboten, was sehr unwahrscheinlich ist, so würde der diesfallsige Maßstab in den betreffenden Bestimmungen des Vertrags zu Reichenbach zu suchen sein, welche mit jenen Angaben Metternich's in schreiendem Widerspruch stehen.

Die Berichte des französischen Gesandten waren unter diesen Umständen mit den Eröffnungen des Generals Bubna in vollkommenem Einklang, denn ersterer gab für Metternich ein ebenso gutes Sprachrohr ab als letzterer. Napoleon aber, dessen Eitelkeit so starke Versicherungen unbedingter Ergebenheit schmeichelten, verkündete nun, um die Franzosen zu neuen Anstrengungen zu ermuthigen:

Oesterreich und Frankreich sind zum Glück des Festlandes unzertrennlich. Ist es doch das Bündniß von 1756, welches die Seemacht Frankreichs wiederhergestellt und Amerika befreit hat. Der englische Minister Walpole ist nicht mehr in Wien, man hat ihm kein Gehör gegeben. Keine Macht des Festlandes wird sich von Frankreich entfernen, alle werden taub gegen Englands Ränke sein. Vierzig Millionen Franzosen fürchten übrigens nichts.[1])

Der Kaiser der Franzosen wußte zwar, daß er am wiener Hofe viele Feinde habe, glaubte jedoch, es seien diese von dem Kaiser Franz wegen der mit ihm geknüpften Familienbande zur Ruhe verwiesen worden. Er irrte aber sehr, wenn er dem Kaiser von Oesterreich mehr Rücksichten gegen ihn, seinen Schwiegersohn, zuschrieb, als das Staatsinteresse dies durchaus forderte.

Als Napoleon seine Trennung von Josephinen vorbereitete, schwankte er bei der zu treffenden neuen Wahl zwischen der geistreichen Großfürstin Katharina, Alexander's Schwester, und Marien Luisen, entschied sich jedoch, zumal da Alexander sich durchaus nicht beeilte, auf die ihm deshalb gemachten Eröffnungen einzugehen, von seinem Stiefsohn Eugen und Talleyrand bewogen, für letztere. Metternich hatte alles aufgeboten den Kaiser Franz zu seiner diesfallsigen Einwilligung zu bestimmen, um zu hindern, daß Napoleon's Bündniß mit dem Kaiser von Rußland durch Familienbande eine Bürgschaft der Innigkeit und Dauer erhalte. Endlich war es ihm

[1]) Fain, I, 41.

gelungen Franz I. zu bewegen, seinen Widerwillen gegen Napoleon der Staatsklugheit zu opfern und in dessen Verbindung mit seiner Tochter zu willigen. Nichtdestoweniger bewahrte derselbe aber im Grunde seines Herzens die tiefe Abneigung, welche Napoleon ihm eingeflößt hatte. Den Demüthigungen nämlich, welche dem österreichischen Staate vom siegreichen Kaiser der Franzosen zugefügt worden waren, hatte letzterer durch rücksichtsloses Benehmen gegen die Person des österreichischen Kaisers im J. 1805 gleichsam die Krone aufgesetzt. Durch die Niederlage von Austerlitz der Willkür Napoleon's preisgegeben, war ihm die behufs der Friedensunterhandlungen erbetene Unterredung am Nachmittag des 4. Dec. zwar gewährt worden, aber unter freiem Himmel, auf der kothigen Landstraße bei dem mährischen Dörfchen Nasedlowitz. Da war Kaiser Franz, von einem einzigen Adjutanten begleitet, genöthigt gewesen, seines rücksichtslosen Siegers Strafpredigt vor dessen glänzendem Gefolge anzuhören, und endlich als begnadigter Bittsteller des von ihm als Emporkömmling misachteten Soldatenkaisers hinwegzugehen. Bei seiner Zurückkunft nun rief er nach längerm, düsterm Schweigen, mit dem bekannten Ausdruck seines höchsten Zornes in Augen und Mundwinkeln, dem Fürsten Johann von Liechtenstein die seine Empfindungen bezeichnenden Worte zu: „Jetzt wo ich ihn gesehen hab', kann ich ihn nimmer leiden." Erinnert man sich an seine bekannte Aeußerung über sich selbst: „Im Verzeihen bin ich halt ein schlechter Christ, das kommt mir gar schwer an, darin ist Metternich viel milder"; so wird man nicht zweifeln, daß jene Worte seine seitdem gegen Napoleon gehegte wahre Gesinnung ausdrückten. Kaiser Franz fügte sich zwar den Vorschriften der Klugheit, mit dem auf dem europäischen Festlande gebietenden neuen Imperator in gutem Vernehmen zu stehen, und genehmigte Metternich's Politik, welche durch Anschluß an Frankreich Vortheile für Oesterreich bezweckte, allein nur aus diesem Grunde, nicht weil er Napoleon als Familienglied betrachtet hätte. Und als Napoleon's Sturz endlich durch seine Mitwirkung erfolgt war, machte er keine Anstrengungen, dessen Sohne, seinem Enkel, den französischen Thron zu erhalten.

Napoleon hatte von dieser verhehlten Abneigung seines kaiserlichen Schwiegervaters keine Ahnung, sondern betrachtete das Familienband, welches ihn mit demselben verknüpfte, als ein Unterpfand der Versöhnung und eines ihm genehmen, politischen Verhaltens von seiten des österreichischen Cabinets, das heißt, er leitete aus diesem Verhältnisse für sich nur Rechte, für den Kaiser Franz nur Pflichten ab. Es ist dies

um so sonderbarer, als er selbst seinen Bruder Ludwig, indem er ihn zu blinder Befolgung seines politischen Systems zwingen wollte, zur Verzichtleistung auf die ihm verliehene Krone von Holland trieb, und kein Bedenken trug, dieses Land sowie einen großen Theil des seinem Bruder Jerome überlassenen Königreichs Westfalen mit Frankreich zu vereinigen. Er selbst ließ sich durch Familienrücksichten in seiner Politik nicht beirren, war aber verblendet genug, dies vom Kaiser Franz zu erwarten.

In Napoleon's Antwort auf das vom Grafen Bubna überbrachte Glückwunschschreiben seines Schwiegervaters, bei Gelegenheit seiner Rückkehr aus dem russischen Feldzuge, sagte er ihm zwar seinen Dank in freundschaftlichen Ausdrücken; aber weder Form noch Inhalt des Schreibens war geeignet, demselben eine günstige Aufnahme zu bereiten. Er erzählte darin den Feldzug von 1812 in seiner Weise, und bekagte sich bitter, daß am wiener Hofe entstellte Berichte darüber williges Gehör fänden. Die Kälte allein habe das Fehlschlagen seiner Berechnungen verursacht, dies könne man aber noch nicht als ein so großes Unglück darstellen. Er machte hierauf eine prahlerische Beschreibung seiner Rüstungen, drohte nicht nur seinen Feinden, sondern auch denjenigen seiner Bundesgenossen, welche ihm abtrünnig zu werden gedächten, und schloß damit, daß, ungeachtet er sicher sei, die Russen nach der Weichsel und von der Weichsel nach dem Niemen zurück zu werfen, der Friede dennoch von ihm gewünscht werde. Er würde ihn angeboten haben, wenn er den Feldzug auf feindlichem Gebiet beendigt hätte, aber bei der gegenwärtigen Sachlage halte er dies seiner Würde nicht gemäß; er nehme jedoch das Anerbieten der Friedensvermittelung durch Oesterreich an, und willige darein, daß österreichische Bevollmächtigte an die kriegführenden Mächte gesendet würden.

Es war dies ein Zeichen, daß er den Freundschaftsversicherungen des österreichischen Cabinets Glauben schenkte, denn dem preußischen Staatskanzler verweigerte er die nachgesuchte Erlaubniß, einen Gesandten an den Kaiser von Rußland zu senden, um dessen Anerkennung der Parteilosigkeit eines Theils von Schlesien auszuwirken.

Was die Friedensbedingungen anbelange, fuhr Napoleon in seinem Antwortschreiben fort, so könne er, ohne näher auf sie einzugehen, doch die Grundlage sofort bezeichnen, auf der er bestehen müsse: er werde nämlich nie in die Trennung solcher Länder vom Reiche willigen, welche demselben durch Senatsbeschlüsse einverleibt worden wären. Da er sich nicht über

das Herzogthum Warschau aussprach, so war die Annahme zulässig: er wolle daraus Preußen eine Vergrößerung und Oesterreich das, was demselben ehemals davon gehört habe, zugestehen. Eine Gebietsvergrößerung Rußlands verweigerte er unter der ausdrücklichen Erklärung, daß er dasselbe nur der im Frieden zu Tilsit übernommenen Verpflichtungen, also nur der Anerkennung des Continentalsystems entheben werde. In Bezug auf England, mit welchem deshalb Unterhandlungen anzuknüpfen waren, weil Rußland ohne dasselbe auf solche nicht einzugehen versprochen hatte, beschränkte Napoleon sich darauf, den dermaligen Besitzstand als Grundlage zu betrachten. Demnach wäre Spanien dem Könige Joseph, Portugal dem Hause Braganza, Neapel dem Könige Murat, Sicilien den neapolitanischen Bourbons, und sämmtliche französische Colonien unter englischer Botmäßigkeit geblieben, wogegen das englische Königshaus seine hannoverschen Stammlande nicht wieder zurückerhalten haben würde.

Napoleon, der den Frieden gar nicht ernstlich wollte, jedoch es für räthlich hielt ihn nicht geradezu abzulehnen, würde sich nicht einmal zu solchen Bedingungen verstanden haben, welche das Aufgeben des Continentalsystems in sich schlossen, hätte er nicht die Ueberzeugung gehabt, derartige Grundlagen als Ausgangspunkte für die anzuknüpfenden Unterhandlnngen machten diese selbst unmöglich, weil England und Rußland sie für unannehmbar hielten. Obschon Napoleon aber auf diese Weise seinem kaiserlichen Schwiegervater jede Hoffnung sofort benahm, Friedensverhandlungen durch seine Vermittelung auch nur beginnen zu sehen, machte er unklugerweise nicht einmal den Versuch, ihn gleichzeitig durch angebotene Vortheile an sich zu fesseln.

Das diesem Briefe beiliegende Schreiben des Herzogs von Bassano an den österreichischen Minister des Aeußern sagte dasselbe, nur mit größerer Ausführlichkeit und so prahlerischer Rücksichtslosigkeit, daß keinem ein Zweifel darüber blieb: Napoleon denke gar nicht daran, durch Zugeständnisse den Frieden zu erkaufen. Preußen — hieß es in demselben — flöße jetzt einiges Mistrauen ein, deshalb bewaffne man 100000 Mann mehr, und halte 100 Millionen mehr in Bereitschaft. Erkläre es wirklich den Krieg, nun so verdoppele man dies. Zeige sich ein neuer Feind, nun so werde man nochmals für 200000 Mann und 200 Millionen sorgen.

Daß in diesen Worten eine versteckte Drohung für Oesterreich lag, war offenbar. Hierdurch glaubte man es beim Bündnisse festhalten

zu können, und verstand sich deshalb zu keinen Versprechungen. Um die verfassungsmäßigen Reichsgrenzen und den Ruhm Napoleon's aufrecht zu erhalten — fuhr Maret fort — würde man sogar 1,200000 Mann ins Feld stellen. Man spreche von der Aufregung der Geister gegen Frankreich. Man möge sich aber ja hüten, eine reizbare Nation wie die französische aufs äußerste zu treiben. Sie sei stets bereit bis auf den letzten Mann sich gegen diejenigen zu erheben, welche es auf ihre Größe abgesehen hätten, ja sogar, wenn es nothwendig scheine, sich auf Europa zu stürzen. Dann würde man ganz andere Katastrophen als bisher erleben. Solche Reiche, die nur durch die Großmuth und Duldung Frankreichs noch vorhanden wären, würde man dann vergeblich auf der Karte suchen.[1])

Auf so übermüthige Weise wies das französische Cabinet gegen alle Staatsklugheit Oesterreichs bescheidenen Rath: doch auf Vorschlagung irgend annehmlicher Friedensbedingungen bedacht zu sein, zurück, und bewirkte dadurch natürlich, daß jenes in seinem Entschlusse bestärkt wurde: durch alle Mittel den Augenblick zu beschleunigen, wo es mit sicherer Aussicht auf Erfolg Napoleon entweder zur Annahme des von ihm vermittelten Friedens nöthigen, oder im Verein mit dessen Feinden zur Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit den Kampfplatz betreten könne. In seinem Uebermuth übersah das französische Cabinet, daß Oesterreich durch die ihm ertheilte Ermächtigung, mit England und Rußland der Friedensvermittelung wegen in diplomatischen Verkehr zu treten, das beste Mittel erhalte, auf eine ehrenvolle und unverfängliche Weise die Aenderung seiner politischen Haltung vorzubereiten.

Graf Otto's gesandtschaftliche Berichte zeigen diesen Diplomaten sicherlich nicht als einen scharfsinnigen Beobachter, geben aber ein treues Bild von der Art, wie es Metternich gelang, der Weisung seines Kaisers zu genügen, nämlich ihn vom französischen Bündnisse zu befreien, ohne daß dasselbe von seiten Oesterreichs geradezu gebrochen wurde. Sie charakterisiren nicht blos den wenig bedeutenden französischen Gesandten, sondern auch den österreichischen Minister des Aeußern, welcher mehr als jeder andere Staatsmann seiner Zeit auf die Gestaltung der staatlichen Verhältnisse einwirkte.

Unter dem 21. Jan. meldet Otto dem Herzoge von Bassano:

Ich komme vom Minister, welchen ich durch die Nachrichten von Paris äußerst zufriedengestellt verlassen habe.

---

[1]) Thiers, XV, 188.

Hatte doch Metternich die von ihm erstrebte Einwilligung Napoleon's erhalten: mit den kriegführenden Mächten in unmittelbaren Verkehr zu treten, und waren auch Napoleon's Friedensvorschläge unannehmbar, so dienten sie doch zum Vorwand, ein Verständniß zwischen Oesterreich und Napoleon's Feinden anzubahnen.

In folgendem bestehen seine Pläne rücksichtlich seines Geschäftsträgers in England:

Er bedurfte eines geschickten, verschwiegenen, sprachkundigen und das europäische Handelssystem gründlich kennenden Geschäftsträgers. Er hat seine Augen auf Herrn von Wessenberg, bevollmächtigten Minister zu München, geworfen, denselben, welchen er nach Paris gesendet haben würde, besäße er dazu genügendes Ansehen. Dieser Minister wird hier erwartet. Nachdem er sich kurze Zeit hier aufgehalten, wird er nach Kopenhagen reisen und wahrscheinlich nach Gothenburg gehen, um dort sich nach England einzuschiffen. In England angekommen, wird er dem Lord Castlereagh einen Brief des Grafen Metternich übergeben, welcher den englischen Minister davon in Kenntniß setzt, daß Oesterreich, gerührt von dem Unglück das auf Europa lastet, den Plan gefaßt habe, an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten; daß es über diesen Punkt Frankreichs Gesinnungen erforscht und seinen Absichten günstig gefunden habe, und demzufolge denselben Schritt nun bei Großbritannien thue; daß Oesterreich, indem es von allen Mächten diejenige ist, welche am wenigsten bei den Bedingungen eines allgemeinen Friedens interessirt sei[1]), sich berechtigt glaube, hinreichendes Vertrauen einzuflößen, um seine Vermittelung annehmlich zu machen; daß Herr von Metternich beauftragt sei, zu diesem Behufe die Absichten der britischen Regierung zu erkunden, und daß seine Sendung so lange werde geheim gehalten werden, als es dem Ministerium räthlich erscheine, sie der Oeffentlichkeit vorzuenthalten.

Frage man Herrn von Wessenberg was Frankreich wolle, so werde derselbe antworten: er kenne von dessen Gesinnungen nur soviel, daß es eingewilligt habe, Unterhandlungen anzuknüpfen, und dem Lord Castlereagh Bedingungen, welche zu seiner Zeit veröffentlicht worden seien, mitgetheilt habe. Seine Sendung sei eine rein österreichische, und habe keinen andern Zweck, als Annäherungen zu erleichtern und der Aufregung Europas ein Ziel zu setzen. Wenn die Anstrengungen Oesterreichs keine Wirkung hervorbrächten, so werde es sich genöthigt sehen, in demselben Sinn ohne England an einem allgemeinen Frieden für das Festland zu arbeiten, eine Maßregel, wodurch Frankreich eine Streitmacht von mehr als 500000 Mann, welche es ausschließlich zur See und auf seine Unternehmungen in Spanien verwenden könne, zur Verfügung gelassen werde. Oesterreich sei die einzige Macht des Festlandes, welche der Seehandel nichts angehe, es setze jedoch großen Werth auf die Ruhe des Festlandes und darauf, daß die Angelegenheiten zur See ohne sein Dazwischentreten abgemacht würden, wenn England den gegenwärtigen Augenblick versäume.

Man werde Herrn von Wessenberg fragen, was Oesterreich unter einer Befriedung des Festlandes verstehe? Und er werde antworten, daß dies kein gewöhnlicher Friede sein solle, sondern eine einstimmige Uebereinkunft der europäischen Mächte, einer für alle und aller für einen, den Frieden aufrecht zu erhalten und sich in keiner Weise in die Erörterungen zu mischen, welche zwischen England und Frankreich bestehen könnten. Herr von Wessenberg werde sich wol hüten, dem englischen Ministerium zu drohen. Aber er werde

[1]) Gleichwol hatte Otto obgedachtermaßen nicht lange vorher Metternich's Aeußerung berichtet: Oesterreich leide vor allen bei einem fortdauernden Kriegszustande.

es ganz unbestimmt durchblicken lassen, daß diese allgemeine Friedensstiftung eine gänzliche Ausschließung des englischen Handels zur Folge habe könne. Alles, was man von uns fordert, ist: für einen neuen Feldzug die größten Anstrengungen zu machen. Oesterreich spendet den von Sr. Majestät für den Frieden mit Rußland und England vorgeschlagenen Grundlagen seinen Beifall. Es findet sie sehr großmüthig, aber es bittet dringend: davon nichts verlauten, sondern ihm freie Hand zu lassen. Es nimmt alle Verantwortlichkeit auf sich, und hält sich an die Ausdrücke Ihrer vorletzten Depesche, daß der Kaiser in die Unterhandlungen einwillige, aber keinen Theil daran nehmen wolle.

Herr von Metternich gedenkt die Engländer herankommen zu lassen, die Erörterungen wo möglich zu eröffnen und ein wenig den Ereignissen Rechnung zu tragen. Der Minister ist entzückt, die Hände frei zu haben. Ich habe ihn nie glücklicher gesehen als heute, und ich theile die Hoffnungen, welche er in diesem Augenblick nährt.[1])

Hätte ein Untergebener Metternich's den Auftrag von ihm erhalten gehabt, seinen Plan, einen Gesandten nach England zu senden, dem französischen Cabinet zu empfehlen, ohne Gründe für einen wahrscheinlichen Erfolg anzuführen, er würde selbigem nicht gewissenhafter haben nachkommen können als der französische Gesandte. Unbegreiflich erscheint es, wie dieser eine von Oesterreich in Aussicht zu stellende gänzliche Ausschließung des englischen Handels für den Fall des allgemeinen Friedens als von Einfluß auf Englands Entschluß finden konnte, da auf eine solche Aeußerung der englische Minister lächelnd erwidert haben würde: dies erstrebe ja Napoleon schon lange vergebens durch sein Continentalsystem.

Kaiser Alexander hatte den Baron von Stackelberg nach Wien gesendet, um Oesterreich zu bewegen, auf die Seite der Verbündeten zu treten. Damit nun Napoleon deshalb nicht Verdacht schöpfe, beeilt sich Metternich, dem französischen Gesandten hierüber eine Geschichte zu erzählen, welche derselbe in seiner Leichtgläubigkeit unter dem 26. Jan. nach Paris zu berichten sich beeilt. Er schreibt:

Herr von Stackelberg hat eine geheime Zusammenkunft mit dem Herrn Grafen von Metternich gehabt. Der russische Bevollmächtigte fing mit einer langen Aufzählung der durch seine Regierung davon getragenen Vortheile an, welche, nachdem sie die Franzosen zurückgetrieben, sich, wie er sagte, vorgenommen habe, den andern Mächten und vorzüglich Oesterreich zu Hülfe zu kommen, und letzteres in der Wiedereroberung seiner verlorenen Provinzen zu unterstützen. Nachdem er ihn ruhig angehört hatte, sagte Herr von Metternich zu ihm: Hören Sie, mein lieber Stackelberg, Sie gleichen einem Manne, welcher, nachdem er sechs Monate in einem dunkeln Zimmer eingeschlossen gewesen ist, zum ersten mal das Tageslicht erblickt. Das volle Tageslicht blendet Sie. Glauben Sie nur, daß wir heller sehen, und nicht auf Pläne zurückkommen, welche nicht die unserigen sein können. Das System des Kaisers ist unerschütterlich, und weit entfernt, Vergrößerungen zu suchen, welche schon durch einen einzigen Feldzug zu

[1]) Moniteur, Nr. 6, a. a. O.

theuer erkauft sein würden, will er nur den Frieden, und schlägt euch vor, ebenso zu handeln. Wir haben in dieser Beziehung schon die Gesinnungen Frankreichs erforscht und sie unsern Ansichten günstig gefunden. Wir beklagen uns nicht über unsern Verlust, und denken nicht, daß ein fremdes Cabinet berechtigt sei, hinsichtlich desselben empfindlicher zu sein als wir selbst. Ich habe diese Zusammenkunft mit Ihnen verlangt, um die Absichten Ihres Hofes in Bezug auf den Frieden kennen zu lernen, welcher der alleinige Zweck unserer Anstrengungen ist.

Herr von Stackelberg, welcher ein wenig von seiner wahren oder angenommenen Ueberspanntheit zurückkam, kündigte nun an, daß sein Hof zur Anknüpfung von Unterhandlungen bereit sei, daß derselbe die russische Frage für beendigt betrachte, und daß es sich darum handle, die allgemeinen Angelegenheiten Europas zu regeln. Er ward von Herrn von Metternich unterbrochen, welcher ihm sagte, daß es seine Absicht durchaus nicht sei, die Bedingungen des Friedens zu erörtern, sondern nur, ob Rußland zu unterhandeln einwillige? Der Bevollmächtigte Rußlands bekräftigte von neuem, daß dies seine Absicht sei. Sein Souverän würde mit Vergnügen eine vertraute Person empfangen, welche dieser Hof senden wolle. Er müsse jedoch hinzufügen, daß Rußland nichts ohne die Zustimmung seines Verbündeten, des Königs von Großbritannien, thun werde.

Bei einer zweiten Zusammenkunft war der russische Bevollmächtigte etwas ruhiger. Vielleicht hatte er doppelte Verhaltungsbefehle, einen, zum Kriege zu drängen, den andern, den Wunsch zu unterhandeln merken zu lassen. Herr von Metternich wird morgen Herrn von Lebzeltern nach Wilna abreisen lassen. Er gibt ihm keine andern Verhaltungsbefehle mit, als vom Frieden zu sprechen, und zu horchen. Er sagt nicht ein Wort über die von Frankreich gemachten Vorschläge. Er will, daß die Russen Eröffnungen machen. Herr von Lebzeltern wird sich auf Andeutungen beschränken, daß die Russen im Fall eines neuen Feldzugs ihre jetzigen Vortheile verlieren und einen weniger ehrenvollen Frieden erhalten würden. Wenn es sich darum handeln wird, die Grundlagen zu besprechen, so wird man einen namhaften Unterhändler in Wilna beglaubigen, und je nach den Umständen denselben Unterhändler sogar nach England senden.

Diese erste Maßregel Rußlands ist ein großer Schritt, sagte mir der Minister. Rechnet auf uns, wir werden kein Wort fallen lassen, durchaus nicht, denn wir sind mindestens ebenso betheiligt wie Ihr. Alles hängt von unserer Haltung ab. Der Kaiser hat befohlen 100000 Mann marschfertig zu machen, das Hülfsheer einbegriffen. Wenn wir dies Hülfsheer um 30000 Mann vermehrten, so würden wir über die Verpflichtungen unsers Vertrags hinausgehen und Rußland Anlaß geben, unser Dazwischentreten zurückzuweisen. Bisjetzt ist es kein österreichischer Krieg. Wenn er es in der Folge würde, so werden wir die Russen nicht mit 30000 Mann, sondern mit allen Streitkräften der Monarchie angreifen. Unterdessen werden sie nicht ohne Unruhe das Anwachsen unserer Truppen in Galizien sehen und sich wohl hüten, uns herauszufordern. Der Kaiser hat die Denkschrift genehmigt, welche ihm zu dem Zwecke vorgelegt worden ist, 70000 Mann in Galizien und der Bukowina marschfertig zu machen.[1])

Metternich's bloße Erzählung war also hinreichend für den Grafen Otto, deren Inhalt als thatsächlich feststehend seinem Hofe anzuzeigen. Das von ersterm dem Gesandten Rußlands gegenüber angeblich beobachtete Benehmen, dem Bevollmächtigten eines Hofes gegenüber,

¹) Moniteur, Nr. 7, a. a. O.

dessen Selbstgefühl durch die Vernichtung des gegen Rußland ausgezogenen ungeheuern Heeres gesteigerter war als je, findet, obschon dieser Bevollmächtigte mit einem Blödsichtigen verglichen wird, ohne weiteres Glauben. Jene höchst sonderbare Art, Unterhandlungen anzuknüpfen, ohne daß der Unterhändler zu irgendeiner thatsächlichen Zusicherung ermächtigt ist, soll, wie in London, nun auch bei dem russischen Cabinet versucht werden. Nur wird die Sonderbarkeit noch dadurch erhöht, daß Metternich die gebotene Gelegenheit, in Wien diese Unterhandlungen anzuknüpfen oder mindestens sich davon zu überzeugen, ob in dieser Beziehung Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, durchaus zurückweist, und zwar nur deshalb, damit er einen besondern Gesandten ins russische Hauptquartier absenden könne, welcher die bereits von Stackelberg bejahte Frage, ob Rußland zu unterhandeln geneigt sei, noch einmal sich beantworten lasse. Als wären der leeren Weitläufigkeiten hiermit noch nicht genug, wird außerdem im voraus angekündigt, daß dieser erste Bevollmächtigte, falls es zu einer wirklichen Unterhandlung komme, abgerufen uud durch eine wichtigere Person, welche in London dasselbe Geschäft übernehmen könne, ersetzt werden solle. Französischerseits findet man die eifrige Uebernahme von Geschäften, denen um so mehr Zeit und Personen gewidmet werden sollen, je weniger der angekündigte Zweck erreichbar erscheint, ebenso wenig auffällig, als die wunderbare Uneigennützigkeit, mit welcher ein gedemüthigter Staat das unter günstigen Umständen gemachte Anerbieten von Geld- und sonstiger Unterstützung zu Wiedereroberung seiner verlorenen Provinzen schnöde zurückgewiesen haben will. Man findet dessen angebliche Aeußerung unverdächtig, daß eine solche Rückeroberung mit einem einzigen Feldzug zu theuer erkauft sein würde, während er doch zu einem solchen sich angeblich rüstet, um dem ihm von seinem Sieger aufgenöthigten Bündnisse, ja noch größern Anforderungen zu genügen, und zwar ohne irgendwelche Verheißungen für so seltene Selbstverleugnung erhalten zu haben. Nur der Umstand, daß Napoleon durch scheinbar angekündigte Friedensunterhandlungen Zeit zu Schaffung eines neuen gewaltigen Heeres gewinnen wollte, ferner die falsche Ansicht über das Verhältniß zu seinem Schwiegervater, sowie endlich die hohe Meinung von seiner Macht und ihrem einschüchternden Einflusse auf andere, macht es erklärlich, daß er auf diese Vorschläge des österreichischen Ministers einging, durch welche er getäuscht wurde, während er *andere* zu täuschen glaubte.

Aus keinem Berichte Otto's geht aber die Hohlheit der Behauptungen Metternich's so schlagend hervor, als aus dem nachstehenden

vom 17. Febr. Nach Mittheilung der Art und Weise, wie Metternich sich über eine Bekanntmachung der österreichischen Regierung ausgesprochen, welche die angeordneten Aushebungen als nothwendig bezeichnete, um des Kaisers Anstrengungen für den Frieden Nachdruck zu verleihen und den Krieg von Oesterreichs Grenzen fern zu halten, fuhr der französische Gesandte fort:

Indem er sodann zur Sache selbst kam, sagte er mir, daß der Gedanke einer bewaffneten Vermittelung augenblicklich einiges Erstaunen in Paris habe erregen können, aber dies Wort „Vermittelung", dessen Sinn das wiener Cabinet vollkommen kenne, sei hier niemals ausgesprochen worden. Man habe sogar dem Herrn Grafen von Bubna und Herrn von Floret verboten, dies Wort anzuwenden. Wir hätten uns desselben zuerst bedient. Im Gegentheil handle es sich nur um ein Dazwischentreten eines Verbündeten, welcher der Verlegenheiten des Krieges müde, deren Ende zu beschleunigen strebe. Der Gedanke eines bewaffneten Dazwischentretens in Bezug auf England würde ohne allen Sinn sein, da Oesterreich kein Mittel besitze, diese Macht anzugreifen.

Unser Bedürfniß — fügte er hinzu — ist so nothwendig, daß wenn ihr es heute auflöstet, wir euch morgen vorschlagen würden, es ganz unter denselben Bedingungen wieder herzustellen. Frankreich hat uns viel Uebles zugefügt, aber es ist unserm Vortheil gemäß, das Vergangene zu vergessen. Wir wollen ihm in diesem Augenblicke nützlich sein, weil es zu einer andern Zeit im Stande sein wird, uns diesen Dienst zu vergelten. Dies Bündniß ist nicht das Ergebniß eines Krieges gewesen, noch einer Friedensbedingung, wie derjenigen von Tilsit. Es ist das Ergebniß eines reiflichen Nachdenkens, und es ist durch allmähliche und freiwillige Annäherung vorbereitet worden. Setzet daher in der That voraus, und betrachtet es als eine unbestrittene Wahrheit, daß wir nur euer Bestes suchen, und nicht mehr Frankreich, sondern Rußland fürchten, dessen Macht ihr selbst durch euere allmählichen Zugeständnisse vermehrt habt.

Der Minister ließ sich nun in lange Ausführungen ein, um zu zeigen: Oesterreich habe zu seiner Wiederherstellung Frankreich nöthig, und folge im gegenwärtigen Augenblicke nur dem Antriebe seines eigenen Vortheils, von dem es sich seit dem durch den Fürsten Kaunitz geschlossenen Bündnisse nie hätte entfernen sollen. Es verlange nichts, durchaus nichts als den Frieden, werde aber bei der Unterhandlung keineswegs geneigt sein, Rußland, seinen natürlichen Feind, zu begünstigen.

Das Gleichgewicht von Europa, dessen Nutzlosigkeit mehrere Schriftsteller seit einiger Zeit hätten darthun wollen, sei durchaus kein Hirngespinst, sondern wesentlich begründet in der Natur der vortheilhaften Beziehungen, welche zwischen den verschiedenen Nationen Europas stattfinden, und werde immer die Grundlage seiner Politik sein. Von der einen Seite füllten Frankreich, Oesterreich und die ottomanische Pforte, von der andern Seite Rußland und England die Schalen dieser Wage aus; doch werde ungeachtet dieses scheinbaren Gleichgewichts Frankreich immer ein Uebergewicht behalten, welches in seiner Stellung und seinem unerschöpflichen Reichthume liege. Dieses Uebergewicht sei eine Thatsache, an welcher niemand, selbst zur Zeit unserer letzten Könige, habe zweifeln können; aber es sei ein Grund zur Eifersucht gewesen, als infolge der erstaunlichsten Erfolge Frankreich es rechtlich begründen zu wollen geschienen habe. Während des siegreichen Marsches unserer Heere habe Rußland Riesenschritte zur Herrschaft ge-

macht, und sei durch die einschmeichelndsten Formen zu seinem Zwecke gelangt. Indem es weit mehr Gebiet als wir erworben, habe es seinen Ehrgeiz so wohl verborgen, daß die Völker, weit entfernt es zu hassen, ihm seine Ueberlegenheit Dank zu wissen schienen. Aber Frankreich werde infolge des Friedens dieser vorübergehenden Wichtigkeit der Russen ein Ziel setzen, und alles Uebergewicht wieder erlangen, welches seine Macht, seine Geldmittel und seine Mäßigung ihm für immer verbürgten. Kurz, der Friede allein werde für Frankreich und Oesterreich, seinen Verbündeten, eine weit dauerndere Eroberung sein, als alle möglichen Eroberungen eines glücklichen Feldzugs.

Dies, gnädiger Herr, sind die zusammenstimmenden Grundsätze dieses Cabinets. Fürst Schwarzenberg wird von neuem deren Dollmetscher bei Sr. Majestät sein.[1])

Mit diesen Worten schließt der französische Gesandte in unwissentlicher Selbstverhöhnung seinen Bericht. Denn es fällt ihm nicht auf, daß Frankreichs schon seit der Zeit seiner letzten Könige von niemandem bezweifeltes Uebergewicht mit der gleichzeitig behaupteten Ueberlegenheit Rußlands ebenso unvereinbar sei, als Metternich's Streben nach der Herstellung eines europäischen Gleichgewichts mit dessen Hoffnung, daß Frankreich sein Uebergewicht wieder erlangen werde.

Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, daß Graf Otto mit Befriedigung Metternich's Phrasen darüber mit anhörte, wie naturgemäß Oesterreichs Bündniß mit Frankreich sei, während dessen Bündniß mit Rußland monströs gewesen. In der Wirklichkeit verhielt sich freilich die Sache umgekehrt.

Rußland, nachdem es mit Frankreichs Zustimmung seine Grenzen um mehr als sechstausend Quadratmeilen erweitert hatte, wurde aus Frankreichs Verbündetem dessen Gegner, weil es erkannt hatte, daß Napoleon die Herrschaft über Europa nicht ferner theilen wolle.

Oesterreich aber hatte in vier verderblichen Friedensschlüssen Tausende von Quadratmeilen seines Gebiets mit Millionen von Unterthanen an Frankreich abtreten müssen. Da es mit Waffengewalt das Verlorene nicht wieder erlangen konnte, beugte es sich demüthig vor seinem Sieger, schloß mit dem im Herzen gehaßten Emporkömmling eine Familienverbindung, und erwartete von dessen Gunst und Erkenntlichkeit für geleistete Dienste eine Verbesserung seiner Lage. Nur Staatsmänner, deren geschmeichelte Eitelkeit sie einer richtigen Beurtheilung der Verhältnisse unfähig machte, konnten auf solche Weise getäuscht werden.

---

[1]) Moniteur, Nr. 9, a. a. O.

Da Oesterreich dem petersburger Cabinet die Versicherung gegeben hatte, es rüste nur, um Napoleon zur Eingehung des von Europa ersehnten Friedens nöthigenfalls zu zwingen, so nahm dieses die angebotene Vermittelung an, obwol es an bestimmten Vorschlägen zu einer zwischen den kriegführenden Mächten anzubahnenden Aussöhnung fehlte. War auch Oesterreich von Napoleon nicht ermächtigt, derartige Vorschläge zu thun, so lag doch beiden Mächten daran, sich über solche zu verständigen. Fanden dann ihre Vereinbarungen bei Napoleon kein Gehör, so war Oesterreichs Uebertritt auf die Seite von dessen Gegnern nach der Natur der Dinge zu erwarten. Rußland kam daher einer Macht, deren Bundesgenossenschaft es so eifrig wünschte, mit größter Bereitwilligkeit entgegen.

Dritter Abschnitt.

Napoleon's Rede an den Gesetzgebenden Körper, von dem er neue Mittel zum Kriege verlangt. Concordat von Fontainebleau. Metternich misbilligt Napoleon's Ausspruch über etwaige Friedensbedingungen, und sucht das französische Cabinet von der Annehmlichkeit der österreichischen Friedensvorschläge zu überzeugen. Napoleon findet es räthlich, statt durch den Grafen Otto, durch den Grafen von Narbonne in Wien sich vertreten zu lassen.

Wie wenig Napoleon geneigt war unter billigen Bedingungen Frieden zu schließen, bestätigte von neuem seine am 14. Febr. an den Gesetzgebenden Körper gerichtete Rede, in welcher er endlich zugestand, in Rußland große Verluste erlitten zu haben, dabei aber die Nothwendigkeit behauptete, den Krieg fortzuführen. Er sprach:

Der im Norden Europas entzündete Krieg bot den Plänen der Engländer auf der Halbinsel eine günstige Gelegenheit. Alle ihre Hoffnungen sind getäuscht. Ihr Heer hat vor der Citadelle von Burgos nichts vermocht, und, nachdem es große Verluste erlitten, das Gebiet Spaniens räumen müssen.

Ich selbst bin in Rußland eingedrungen. Die französischen Heere sind auf den Schlachtfeldern von Ostrowo, Polozk, Mohilew, Smolensk, an der Moskwa, von Jaroslawetz beständig siegreich gewesen. Nirgends haben die russischen Heere vor unsern Adlern Stand halten können. Moskau ist in unsere Gewalt gefallen!

Als Rußlands Schranken durchbrochen waren und die Ohnmacht seiner Waffen am Tage lag, hat ein Schwarm von Tataren seine vatermörderischen Hände gegen die schönsten Provinzen dieses weiten Reichs gekehrt, welches zu vertheidigen sie berufen waren. Sie haben in wenig Wochen, ungeachtet der Thränen und Verzweiflung der unglücklichen Moskowiter, mehr als 4000 ihrer schönsten Dörfer, mehr als 50 ihrer schönsten Städte eingeäschert, so ihren alten Haß unter dem Vorwand stillend, unsern Marsch zu verzögern, indem sie uns mit einer Wüste umgaben. Wir haben über alle diese Hindernisse triumphirt. Selbst die Feuersbrunst Moskaus, wo man in vier

Tagen die Frucht der Arbeiten von vierzig Generationen vernichtete, hatte den glücklichen Stand meiner Angelegenheiten nicht verändert. Aber die außerordentliche und vorzeitige Strenge des Winters hat mein Heer mit entsetzlichem Unheil belastet. In wenig Nächten habe ich alles verändert gesehen. Ich habe große Verluste erlitten. Sie würden mein Herz gebrochen haben, wenn ich in dieser großen Zeit für etwas anderes hätte Sinn haben dürfen, als für den Vortheil, den Ruhm und die Zukunft meiner Völker.

Beim Anblick der auf uns lastenden Uebel war Englands Freude groß, seine Hoffnungen hatten keine Grenzen. Es bot unsere schönsten Provinzen als Belohnung für den Verrath. Die Zerreißung dieses schönen Reichs stellte es als Friedensbedingung auf. Dies hieß mit andern Worten ewigen Krieg erklären. Die Thatkraft meiner Völker in dieser großen Zeit, ihre Stimmung für die Unverletzlichkeit des Reichs, die Liebe, welche sie mir bezeigt haben, zerstreuten alle diese Hirngespinste und haben unsere Feinde zu einer richtigen Würdigung der Dinge zurückgebracht.

Das durch die Strenge des Frostes verursachte Unglück hat die Größe und Festigkeit dieses Reichs, welches auf die Anstrengung und Liebe von funfzig Millionen Bürger und auf die schönsten Gegenden der Welt sich stützt, in ihrem ganzen Umfange hervortreten lassen. Mit lebhafter Genugthuung haben wir den Wetteifer unserer Völker des Königreichs Italien, des ehemaligen Holland und der hinzugekommenen Departements mit den Altfranzosen, sowie ihr Bewußtsein wahrgenommen, daß es für sie Hoffnung, Zukunft und Heil nur in der festen Begründung und in dem Triumph des großen Reichs gibt.

Englands Sendlinge verbreiten bei allen unsern Nachbarn den Geist des Aufruhrs gegen die Herrscher. England möchte das ganze Festland dem Bürgerkriege und aller Wuth der Gesetzlosigkeit als Beute hingegeben sehen, aber die Vorsehung hat es selbst als das erste Schlachtopfer der Gesetzlosigkeit und des Bürgerkriegs bezeichnet.

Ich habe mit dem Papste unmittelbar ein Concordat unterzeichnet, welches alle Zwistigkeiten, die sich unglücklicherweise in der Kirche erhoben hatten, beendet. Die französische Dynastie herrscht und wird herrschen in Spanien. Ich bin mit dem Benehmen aller meiner Verbündeten zufrieden. Keinen derselben werde ich verlassen. Ich werde die Unverletzlichkeit ihrer Staaten aufrecht erhalten. Die Russen werden unter ihren abscheulichen Himmelsstrich zurückkehren.

Ich wünsche den Frieden, er ist der Welt nothwendig. Viermal seit dem auf den Frieden von Amiens gefolgten Bruche habe ich ihn in Vorschlag gebracht. Nie werde ich einen andern als einen ehrenvollen, dem Vortheile und der Größe meines Reichs entsprechenden Frieden schließen. Meine Politik ist nicht geheimnißvoll. Ich bezeichnete die Opfer, welche ich bringen konnte.

Solange der Seekrieg noch dauern wird, müssen sich meine Völker für alle Arten von Opfern bereit halten, denn ein nachtheiliger Friede würde uns alles, sogar die Hoffnung rauben, und alles, selbst die Wohlfahrt unserer Enkel würde preisgegeben. Amerika hat zu den Waffen gegriffen, um der Selbständigkeit seiner Flagge Achtung zu verschaffen. Die Wünsche der Welt begleiten es in diesem ruhmvollen Kampfe. Wenn es ihn endigt, indem es die Feinde des Festlandes zwingt, den Grundsatz anzuerkennen, daß die Flagge die Ladung und Mannschaft decke, und daß die Neutralen nicht den auf dem Papier nur bestehenden Absperrungen unterworfen sein sollen, was alles den Bestimmungen des Vertrags von Utrecht entspricht, so wird Amerika sich um alle Völker verdient gemacht haben.

Mein Minister des Innern wird Sie durch Darstellung der Lage des Reichs von dem glücklichen Zustande des Ackerbaues, der Manufacturen und

unsers innern Handels, sowie von dem beständigen Wachsthum unserer Bevölkerung in Kenntniß setzen. In keinem Jahrhundert waren der Ackerbau und die Manufacturen Frankreichs auf einer höhern Stufe des Gedeihens.
Ich habe große Hülfsmittel nöthig, um alle von den Umständen gebotenen Ausgaben bestreiten zu können; aber vermittelst verschiedener Maßregeln, welche mein Finanzminister Ihnen vorschlagen wird, werde ich nicht nöthig haben, irgendeine Last meinen Völkern aufzulegen.[1])

Unverletzlichkeit des französischen Reichs, oder vielmehr die Behauptung aller für sich und seine Bundesgenossen gemachten Eroberungen, welche allein gefährdet waren, stellte also Napoleon als die unerlaßliche Grundlage eines ehrenvollen Friedens auf. Dies hieß, um sich des von ihm gebrauchten Ausdrucks zu bedienen, allerdings ewigen Krieg erklären, wenn es nicht den vereinten Anstrengungen der Völker gelang, durch Besiegung ihres rastlosen Drängers den Frieden zu erzwingen.

Napoleon suchte vergebens die Welt zu überreden, daß in dem unversöhnlichen Hasse seiner Feinde die Ursache des nie endenden Krieges zu suchen sei, denn seine Thaten hatten sie belehrt, daß nur sein unersättlicher Ehrgeiz dessen Flamme nicht erlöschen ließ. Seitdem er die Kaiserkrone auf sein Haupt gesetzt hatte, waren alle seine Kriege nur auf Eroberung gerichtet. Jeder Friede, welchen er seitdem abschloß, trug wegen der äußersten Härte seiner Bedingungen den Keim zu neuem Kriege in sich, indem nur augenblickliche Ohnmacht seine Feinde zu Eingehung der unerträglichen Bedingungen zwang, deren sie sich bei der ersten günstigen Gelegenheit zu entledigen hofften. Seine Siege dehnten die Grenzen des französischen Reichs über weite Länderstrecken aus, deren Bevölkerung von der französischen in Sprache und Sitten verschieden war, und gewannen ihm nur widerwillig gehorchende Unterthanen, welche Frankreichs Wohlfahrt nicht mehrten. In den fortwährenden Kriegen opferte er die Blüte der Nation auf fernen Schlachtfeldern, und es war dahin gekommen, daß, da es an Männern fehlte, die gelichteten Reihen seiner Heere zu füllen, unreife Jünglinge, lange bevor sie das Gesetz hierzu verpflichtete, zu den Fahnen gerufen werden mußten. Das für kriegerischen Ruhm so empfängliche französische Volk verwünschte den ewigen Krieg, und sehnte sich kaum minder nach dem Frieden als das übrige Europa, welchem es dies selbst schmerzlich entbehrte Gut auf Napoleon's Gebot vorenthielt. Alle seufzten unter der blutigen Geisel des neuen Attila, welcher einen Frieden nur dann ehrenvoll fand, wenn er den gedemüthigten Feind

---

[1]) Moniteur, Nr. 46 vom 15. Febr. 1813.

zwang, auf das ihm geraubte Eigenthum zu verzichten. Allein die Vertreter des französischen Volks wagten noch nicht diesem Wunsche nach Frieden Ausdruck zu geben.

Da jedoch Napoleon fühlte, daß um so mehr etwas gethan werden müsse, die Stimmung des Volks zu verbessern, als seine Niederlage in Rußland den Zauber seiner Unüberwindlichkeit zerstört und die Hoffnungen seiner Gegner belebt hatte, so war er bemüht gewesen, sich mit dem Papste zu versöhnen, von welchem der Verlust des Kirchenstaats und seine Gefangenschaft (seit 1809) mit dem Banne erwidert worden war.

Napoleon hatte ihm vorgestellt, daß die weltliche Hoheit des Papstes in einer Zeit nicht mehr aufrecht zu erhalten sei, welche den Sturz des römisch-deutschen Reichs und so vieler anderer Staaten und Einrichtungen gesehen, und sie durch andere ersetzt habe. Vom Kaiser, als gläubigem Sohn der Kirche, mit unübertroffenem Glanz und allen Ehren umgeben, welche dem Heiligen Vater je erwiesen worden, möge er zu Avignon seinen Sitz als Oberhaupt der katholischen Christenheit aufschlagen, und überzeugt sein, daß er dadurch an geistlicher Gewalt, die Kirche aber an Ansehen und Ausdehnung gewinnen werde.

Es war ihm gelungen, Pius VII. zum Abschluß des Concordats von Fontainebleau zu bewegen, welches unter anderm feststellte, daß der Papst den vom Kaiser ernannten Bischöfen die kanonische Weihe binnen sechs Wochen zu geben habe, widrigenfalls solche von dem ältesten Prälaten der Provinz zu ertheilen sei. Das Concordat machte mithin vom Kaiser, nicht vom Papste das Schicksal der Geistlichkeit abhängig. Die Bekanntmachung desselben, obschon sofort von verbindlicher Kraft, sollte jedoch erst erfolgen, wenn es den Cardinälen würde vorgelegt worden sein. Als dies geschah, wurde aber der Papst durch deren Vorstellungen bewogen, es nicht ins Leben treten zu lassen; wogegen Napoleon, dem weniger darum zu thun war, daß die kirchlichen Angelegenheiten geordnet *seien*, als daß sie geordnet zu sein *schienen*, den Abschluß des Concordats bekannt machte.

Die gläubige Menge dankte dem Himmel dafür und hoffte, daß dem mit der Kirche abgeschlossenen Frieden auch der Friede der einander bekämpfenden Fürsten folgen und das Blutvergießen endlich enden werde; allein diese Hoffnung ließ Napoleon's Zurückweisung billiger Friedensbedingungen ebenso wenig in Erfüllung gehen, als jenes vom Papste erlangte Concordat je ins Leben trat.

Am 25. Febr. erfüllte Graf Montalivet des Kaisers Verheißung und gab dem Gesetzgebenden Körper eine sowol für das Inland als Ausland berechnete Darstellung des Reichs. Nachdem er im allgemeinen den blühenden Zustand des Landes geschildert hatte, hob er in nachstehender Weise die Ursachen davon hervor, und machte nähere Angaben. Er sagte:

Diesen Grad von Wohlstand verdankt man den freisinnigen Gesetzen, welche dieses große Reich lenken, der Unterdrückung des Lehnswesens, der Zehnten, der todten Hand, der Mönchsorden: einer Unterdrückung, wodurch eine so große Menge von Privateigenthum geschaffen und freigemacht worden. Man dankt es der Gleichheit der Vertheilung, der Klarheit, der Vereinfachung der Gesetze über das Eigenthum und über die Hypotheken, der Schnelligkeit, mit welcher Processe abgeurtheilt werden, deren Zahl sich täglich verringert.

Denselben Ursachen und dem Einflusse der Schutzpockenimpfung muß man das Wachsthum der Bevölkerung zuschreiben. Und — warum sollen wir es nicht aussprechen? — selbst die Conscription, welche jedes Jahr die Auserlesenen unserer Jugend unter die Fahnen ruft, hat zu diesem Wachsthum beigetragen, weil sie die Zahl der Ehen vermehrt, indem sie das Los der jungen Franzosen, welche erst dem Gesetz genügt haben, auf immer feststellt.

Der Redner hatte freilich nicht den Einwurf zu besorgen, daß seine Angabe, war sie überhaupt richtig, sich nur auf die ehelich Geborenen beziehe, nicht auf die bisher große Zahl der unehelich Geborenen, welche doch auch zur Bevölkerung zählten. Später wird die Zahl der Millionen angegeben werden, welche die Conscription dem Lande raubte.[1]) Er sagt weiter:

Die Bevölkerung Frankreichs betrug im J. 1789 26 Millionen Individuen, einige Berechnungen beschränken sie sogar auf 25 Millionen. Die gegenwärtige Bevölkerung des Reichs beträgt 42,700000 Seelen, wovon 28,700000 auf die Departements von Alt-Frankreich kommen. Diese Bevölkerung ist nicht das Ergebniß bloßer Muthmaßungen, sondern genauer Abschätzungen. Es ist eine Vermehrung von 2,500000, oder fast ein Zehntel seit 24 Jahren.

Seit 1789, fügte der Berichterstatter hinzu, sei die Bevölkerung Frankreichs um 13,951466 Menschen, die 38504 Quadratlieues betragende Oberfläche um 11229 Quadratlieues vermehrt worden. Die Roherzeugnisse des Bodens berechnete er auf 5031 Millionen Francs, die Erzeugnisse des Gewerbfleißes auf 1300 Millionen, ausschließlich der neuen Erwerbszweige, welche allein 65 Millionen betrügen. Der Werth dieser Erzeugnisse steigere sich durch fernere Bearbeitung um 639,700000, sodaß deren Gesammtwerth auf 7036,700000 Francs sich belaufe. Das Handelscapital war mit sieben Milliarden, die jährliche Ausfuhr mit 126 Millionen Francs angegeben. Für

---

[1]) Vgl. auch S. 22.

öffentliche Arbeiten, seitdem Napoleon den Kaiserthron bestiegen habe, seien 1005 Millionen verausgabt worden. Das Eigenthum der Gemeinden und Städte belaufe sich auf 128 Millionen Francs jährlicher Einkünfte, und der öffentliche Unterricht, ja sogar das von großen Unfällen heimgesuchte Seewesen sei blühender als je.[1]

Waren auch die Farben des entworfenen Gemäldes weit glänzender als in der Wirklichkeit — die Behauptung hinsichtlich des Seewesens ist davon ein schlagendes Beispiel —, so wurde doch der Zweck dieser öffentlichen Rechnungsablegung erreicht, nämlich: dem Inlande das Bewußtsein von dem Reichthum seiner Hülfsmittel zu verschaffen, welche es der Herrscherweisheit Napoleon's verdanke; dem Auslande Frankreich als fähig darzustellen; ferner die zahlreichen Feinde zu bekämpfen, welche der Ehrgeiz desselben ihm erregt hatte. Allein niemand, welcher einigermaßen die Sache beurtheilen konnte, blieb es verborgen, daß hauptsächlich der durch die Revolution herbeigeführte Umschwung der gesellschaftlichen Verhältnisse, wenig nur die Einrichtungen des Kaiserreichs den Nationalreichthum gesteigert hatten. Mit Recht durfte die Frage aufgeworfen werden, bis zu welchem Grade Frankreichs Wohlstand gestiegen sein würde, wenn dasselbe ungestört der Segnungen des Friedens sich hätte erfreuen können? Statt dessen war es bei fast gänzlicher Vernichtung des Seehandels fortwährend genöthigt gewesen alle Kräfte aufzubieten, um die Mittel zu Napoleon's Kriegen aufzubringen, zu Kriegen, welche er zur Befriedigung seines Ehrgeizes, nicht zur Vertheidigung von Frankreichs Interesse nach und nach gegen alle Völker Europas führte.

Nachdem in gedachter Weise vorsorglich dargethan worden war, daß das Land wol im Stande sei, neue außerordentliche Geldopfer zu bringen, zögerte Napoleon auch nicht, sie ihm anzusinnen.

Am 11. März zeigte der Finanzminister Graf Molé, nachdem er hervorgehoben hatte, daß kein Staat so blühende Finanzen habe als Frankreich, dem Gesetzgebenden Körper an: verschiedene Umstände hätten bewirkt, daß die Einnahmen des Jahres 1811 von 953,200000 Francs um 46,800000 Francs, die Einnahmen des Jahres 1812 von 992,500000 Francs aber um 37,500000 Francs durch die Ausgaben überstiegen worden seien; ferner daß die Ausgaben für das Jahr 1813 muthmaßlich 149,000000 Francs mehr als die Einnahmen betragen würden. Der demnach sich ergebende

[1]) Moniteur, Nr. 58 vom 27. Febr. 1813.

Ausfall von 232,500000 Francs solle dadurch gedeckt werden, daß ein auf 370,000000 Francs abgeschätzter Theil von den unbeweglichen Gütern der Gemeinden Frankreichs zum Besten des Staats veräußert werde. Der Ueberschuß von 132,500000 Francs, welcher nach Deckung jener Ausfälle und eines aus noch frühern Jahren herrührenden Ausfallbetrags von 5,000000 Francs verbleibe, sei in fünfprocentigen Staatspapieren anzulegen, mit deren Zinsen den betreffenden Gemeinden für den verlorenen Reinertrag ihres bisherigen Grundbesitzes, soweit thunlich, eine verhältnißmäßige Entschädigung gewährt werden solle. Die hypothekarischen Schulden, welche aufdem fraglichen Grundbesitze hafteten, sollten auf die den Gemeinden verbleibenden Ländereien übertragen, oder wenn solche nicht vorhanden wären, durch jenen zinsbar in Staatspapieren angelegten Ueberschuß gedeckt werden.

Daß unter diesen Umständen eine wirkliche Entschädigung für das in Beschlag genommene Grundeigenthum nicht gewährt wurde, liegt am Tage. Nichtsdestoweniger durfte der Gesetzgebende Körper keinen Anstand nehmen, diesen Eingriff der kaiserlichen Regierung in das Eigenthum der Gemeinden Frankreichs zu genehmigen, denn er war es sich wohl bewußt, daß seine Genehmigung nur der Form wegen verlangt werde. Da nach Ertheilung derselben kein Grund für sein ferneres Zusammenbleiben mehr vorhanden war, so wurde er aufgelöst. Durch eine Deputation verabschiedete er sich bei dem Kaiser und gab demselben die Versicherung, er sei stolz darauf, bei dieser Gelegenheit im Namen einer edelmüthigen Nation zu versichern, daß diese ihm stets unbegrenzten Beistand leisten werde, weil ihre Dankbarkeit für das, was er für ihr Glück thue, ebenso unbegrenzt sei. Die von ihm für die Nationalwohlfahrt bewirkten Wunder würden sie ihren Provinzen schildern und hinzufügen können, daß alle Staatsbedürfnisse durch das neue Finanzgesetz gedeckt würden, ohne dem Volke neue Lasten aufzulegen.

Man ersieht hieraus, daß bei einer solchen unbedingten Ergebenheit in den kaiserlichen Willen nichts weiter fehlte, als noch ein besonderer Dank, daß Napoleon den Gemeinden Frankreichs die Mühe abgenommen habe, ihr bisher in Grundbesitz bestehendes Vermögen selbst zu verwalten; sie seien glücklich, daß er dasselbe in Beschlag genommen habe.

Napoleon entließ die so willfährige Deputation mit folgenden gnädigen Worten:

Der Gesetzgebende Körper hat während dieser kurzen aber wichtigen Sitzung mir Proben seiner Treue und Liebe gegeben. Ich bin

dafür erkenntlich. Die Franzosen haben vollkommen die Meinung gerechtfertigt, welche ich stets von ihnen gehegt habe. Berufen durch die Vorsehung und den Willen der Nation dieses Reich zu gründen, ist mein Gang schrittweise und gleichförmig dem Geiste der Ereignisse und dem Vortheile meiner Völker entsprechend gewesen. In wenig Jahren wird dieses große Werk geendigt, und alles Bestehende vollkommen befestigt sein. Alle meine Absichten, alle meine Unternehmungen haben nur einen Zweck: die Wohlfahrt meines Reichs, welches ich auf immer der Herrschaft Englands entziehen will. Die Geschichte, welche die Völker wie Menschen richtet, wird es erwähnen, mit welchem Ruhm, welcher Einfachheit und Schnelligkeit große Verluste ersetzt worden sind. Man kann danach beurtheilen, welcher Anstrengungen die Franzosen fähig sein würden, wenn die Rede davon wäre, ihr Gebiet oder die Unabhängigkeit meiner Krone zu vertheidigen.

Unsere Feinde haben dem König von Dänemark zum Ersatz für Norwegen unsere Departements der Elbe und Weser angeboten. Infolge dieses Plans haben sie in diesen Gegenden Ränke angesponnen. Dänemank hat diese verfänglichen Vorschläge zurückgewiesen, welche es seiner Provinzen berauben und dafür noch in einen ewigen Krieg verwickeln sollten.

Bald werde ich mich an die Spitze meiner Truppen stellen und die trügerischen Versprechungen meiner Feinde vernichten. Bei keiner Unterhandlung wird die Unverletzlichkeit des Reichs in Frage gestellt sein, noch wird sie es jemals werden.

Sobald die Sorgen für den Krieg uns einen Augenblick Ruhe lassen, werden wir Sie, sowie die Notablen unsers Reichs in die Hauptstadt berufen, um der Krönung der Kaiserin, unserer vielgeliebten Gemahlin, und des Erbprinzen, Königs von Rom, unsers sehr theuern Sohnes, beizuwohnen. Der Gedanke an diese große, zugleich religiöse und politische Feierlichkeit bewegt mein Herz. Ich werde den diesfallsigen Zeitpunkt beschleunigen, um Frankreichs Wünschen zu genügen.[1]

Dieser Zeitpunkt sollte nie erscheinen. Anstatt in wenig Jahren das von ihm gegründete Kaiserreich auf die Dauer zu befestigen, brachten seine ungezügelten Leidenschaften es dahin, daß dasselbe binnen Jahresfrist aus der Reihe der europäischen Staaten verschwand.

Nachdem es Metternich gelungen war, Napoleon's Einwilligung zu Anknüpfung von Unterhandlungen mit Rußland und Großbritannien zu erlangen, drückte er gegen den Grafen Otto nicht wie früher seine Zufriedenheit über alles aus, was dem französischen Cabinet beliebte; er war vielmehr weit davon entfernt, die von Napoleon seinen Gegnern angesonnenen Friedensbedingungen großmüthig zu finden. Napoleon's Rede an den Gesetzgebenden Körper gab ihm zunächst Veranlassung, seine abweichende Meinung auszusprechen. Er sagte zu Otto:

Ich bewundere die stolze Sprache Euers Kaisers und finde in ihr seine ganze Genialität wieder. Aber man muß an die Folgen von dem denken was man thut, und die Folgen hiervon können nur beklagenswerth sein. Wie wollt Ihr, daß ich mit England unterhandle, wenn Ihr sagt: die französische Dynastie regiert und wird regieren in Spanien?

---

[1] Moniteur, Nr. 80—83 vom J. 1813.

Wie wollt Ihr, daß ich mit Rußland und Preußen unterhandle, wenn Ihr sagt, daß die dem französischen Reiche einverleibten oder dessen Bundesgenossen gehörenden Länder, d. h. die Hansestädte und das Großherzogthum Warschau, heilig und unantastbar bleiben sollen? Nie werde ich es vermögen, daß Europa solche Bedingungen annimmt. Nun aber bedürfen wir sowie Ihr den Frieden, denn selbst wenn Ihr siegreich seid, wird es vieler Siege bedürfen, um Europa gegen Euch gemäßigt zu machen. Selbst ein Sieger widersteht nicht immer einer allgemeinen Aufregung der Geister und fühlt den Rückschlag bald im eigenen Lager.

Ohne daß der österreichische Minister in Oesterreichs Namen Friedensbedingungen aufstellte und aus einem Vermittler bereits Schiedsrichter wurde, wie dies später der Fall war, verhehlte er doch nicht, wie sehr die von ihm empfohlenen Bedingungen ihm am Herzen lägen, denn außerdem sei der Friede unmöglich. Da es ihm nicht gelang, dem französischen Gesandten die noch geheim gehaltene Meinung seines Hofes zu entlocken, weil dieser noch nicht von seinem Hofe zu Abgabe von Erklärungen ermächtigt war, wol aber dessen Entschluß, keine Opfer zu bringen, kannte, so stand er nicht länger an, sich gegen denselben hierüber auszusprechen. Mit zutraulicher Offenheit, welche er anzunehmen wußte, sagte er:

Spanien wird Euch schwerlich von England zugestanden werden, zumal nach dem letzten Feldzuge. Uns Deutschen ist an dieser Friedensbedingung wenig gelegen. Sie hat für uns nur im Hinblick auf England Bedeutung, ohne welches weder Rußland noch Preußen sich zu Unterhandlungen verstehen werden. Im besten Fall, und es würde dazu mehr als eines Sieges bedürfen, werdet Ihr England bestimmen, es sich gefallen zu lassen, daß Frankreich Holland behalte. Auch diese Bedingung, wie die vorhergehende wird von uns nur wegen des britischen Interesse ins Auge gefaßt. Aber in keinem Falle werdet Ihr weder England, noch Preußen, noch Rußland, noch vor allen Deutschland zur Einwilligung bewegen, daß die hanseatischen Provinzen dem französischen Gebiet einverleibt bleiben. Weshalb also dies mit solcher Bestimmtheit behaupten? Welchen Werth haben für Euch Länder, welche von Euern wirklichen Grenzen so weit entfernt sind, so wenig Nutzen für Eure Vertheidigung gewähren, so fern Euerm Handelsinteresse stehen, so wenig Eurer Nation zugethan und so nothwendig für die Herstellung eines unabhängigen Deutschlands sind? Wenn Ihr der Continentalsperre eine große Wichtigkeit beilegtet, so möchtet Ihr immerhin die hanseatischen Länder behalten, aber diese Sperre ist ja jetzt nirgends mehr aufrecht zu erhalten. Rußland und Preußen haben sie aufgegeben, Ihr selbst verletzet sie täglich. Sie würde jetzt das Glück Eurer russischen und preußischen Feinde machen, denn alles würde bei ihnen eingeführt werden. Uebrigens macht auch der allgemeine Friede, dessen Zustandekommen man annehmen muß, sie nutzlos. Verzichtet also doch sofort darauf, und willigt, indem Ihr dies thut, in die Zurückgabe von Landstrichen, welche nur rücksichtlich dieser Sperre für Euch von Nutzen sein können.

Preußen anlangend, so müßt Ihr es Euch gefallen lassen, daß es stärker und von größerm Umfange, denjenigen Staat in angemessener Weise bilde, welcher Rußland vom südlichen Europa scheidet, den dazwischen liegenden Staat, welcher gegenwärtig in Polen suchen zu wollen thöricht wäre, weil dessen Wiederherstellung Euch nicht geglückt ist. Die Herstellung eines sol-

chen Staats zu bewirken kommt uns Deutschen zu, weil wir Rußlands Nachbaren sind, nicht aber Ihr.

Weshalb sprecht Ihr Euch mit solcher Bestimmtheit über das Großherzogthum Warschau aus, welches nicht mehr aufrecht zu erhalten ist, welches Rußland nie an seiner Grenze dulden wird, und welches außerdem den einzigen Stoff bildet, dessen man sich zum Wiederaufbau Preußens bedienen kann, ohne Euer Königreich Westfalen zu zertrümmern? Weshalb uns unlösbare Schwierigkeiten bereiten durch die Erklärung, daß Euer Wille in dieser Beziehung unwiderruflich sei?

Metternich ging nun auf den Rheinbund über, und äußerte darüber folgendes:

Wozu nutzt diese sonderbare Schöpfung, welche Euch Lasten ohne Vortheile auflegt, unverträglich mit Deutschlands Unabhängigkeit, und jetzt in den Augen der Deutschen unwiderruflich zu Grunde gerichtet ist? Was! Ihr wolltet hartnäckig auf den leeren Titel eines Schirmherrn bestehen, welcher begreiflich in der Person Euers ruhmvollen und mächtigen Herrn, lächerlich aber in der Person eines Kindes sein würde? Hat etwa Euer Kaiser, welcher eine Grenze besitzt, welche sich von Basel bis zum Texel erstreckt, welchem Strasburg, Mainz, Koblenz, Köln und Gröningen als Stützpunkte dieser Grenze gehören, nicht hinreichenden, ja sogar beunruhigenden Einfluß auf Deutschland? Was will er mehr? Er hat es eben nicht nöthig der mächtigste Beherrscher des Festlandes zu *scheinen*, er sei damit zufrieden *es zu sein*, und verhülle vielmehr das, was er ist, als daß er suche es noch mehr augenfällig zu machen. Ihr glaubt vielleicht, daß wir den alten deutschen Bund herstellen wollen, um die Kaiserkrone wieder aufzusetzen? Darin täuscht Ihr Euch. *Wir haben jeden Gedanken an diesen ebenso leeren als lästigen Titel aufgegeben.*

Wir hätten nur die Wahl, denn man bietet uns alles an, Ihr versteht — alles, aber wir wollen nur Dinge, welche man uns nicht verweigern kann, nur das, was Ihr selbst bereit seid uns zuzugestehen. Wir wollen vor allem ein unabhängiges Deutschland und den Frieden, denn wir dürsten förmlich nach dem Frieden. Alle Völker verlangen ihn von uns. Sie würden sich von uns lossagen, uns verlassen, wenn wir ihnen Opfer zu einem andern Zwecke als für den Frieden auferlegten. Ihr sagt uns, daß Ihr stark seid. Wir wissen es und rechnen darauf, es ist sogar nöthig, um einen Frieden zu erlangen, von dem wir Euch einige Bedingungen angedeutet haben. Aber macht ihn möglich, und stellt deshalb nicht alles als unabänderlich dar, und bringt es dahin, daß die Unterhandlungen abgebrochen werden, bevor sie wirklich begonnen haben.[1])

Man sieht aus diesen, dem wohlverstandenen französischen Interesse entsprechenden Vorstellungen, daß der österreichische Minister, ungeachtet seine frühern Versicherungen von unbedingter Ergebenheit in den Willen des Kaisers der Franzosen ebenso wenig ernstlich gemeint waren, als sein Ausspruch: „Oesterreich verlange nichts als den Frieden“, doch alles aufbot, um auf friedlichem Wege Oesterreichs und Deutschlands Abhängigkeit von Frankreich zu vermindern. Maßgebend für diese versöhnliche Politik waren sowol die Ungewißheit der

---

[1]) Thiers, a. a. O., XV, 278—81.

kriegerischen Entscheidung, als auch die nicht ungegründete Besorgniß, daß, gelänge es das Napoleonische Kaiserthum durch die gemeinsamen Anstrengungen des übrigen Europa zu stürzen, Rußland der Erbe des französischen Uebergewichts auf dem Festlande werden würde. Rußland, als Grenznachbar und bei seiner durch die Erfahrung bewährten Geneigtheit, sich auf Kosten seiner Nachbaren zu vergrößern, schien aber gefährlicher als das durch Zwischenstaaten von Oesterreich getrennte Frankreich, dessen Kaiser mit dem österreichischen Hause verschwägert war.

Freilich machte die Einverleibung Hannovers, der hanseatischen Länder, welche die 32. Militärdivision bildeten, und Illyriens militärische Besetzung von seiten Frankreichs, sowie das Bestehen des Rheinbundes und die Zertrümmerung Preußens jene Zwischenstaaten von Frankreich vollkommen abhängig, und der Unterschied, ob Oesterreich an Frankreich unmittelbar oder nur an dessen Vasallenstaaten grenze, war nicht bedeutend. Allein diese mittelbar auf Oesterreich lastenden Verhältnisse zu beseitigen, war eben das Ziel, das der österreichische Minister unermüdlich verfolgte.

Das Großherzogthum Warschau bestand aus Provinzen, welche früher bei der Zerstückelung Polens theils Preußen, theils Oesterreich zugefallen waren. Erhielt Preußen seinen Antheil zurück, so folgte hieraus selbstverständlich auch die Zurückgabe des österreichischen Antheils, und es war damit jener reinpolnische Staat beseitigt, welcher Oesterreich wegen des ihm verbliebenen Theils von Galizien äußerst unbequem war. Illyrien aber, welches nur so lange für Frankreich einige Bedeutung hatte, als das Continentalsystem noch nicht aufgegeben war, hoffte Oesterreich ebenfalls bei der ihm empfohlenen Umgestaltung der Verhältnisse zurück zu erhalten, denn die Unhaltbarkeit dieses Systems unterlag nach den gemachten Erfahrungen keinem Zweifel mehr.

Die Zurückerstattung Illyriens und desjenigen Theils vom Großherzogthum Warschau, welcher früher österreichisch gewesen, war das, was Frankreich, wie Metternich angedeutet hatte, freiwillig bereit sein würde Oesterreich zuzugestehen. War Napoleon zu bewegen, diese von letzterm empfohlenen Friedensbedingungen ohne weitern Kampf anzunehmen, so verbesserte Oesterreich, ohne den Gefahren und Opfern eines Krieges unterworfen zu sein, seine politische Stellung in einer Weise, welche die durch die Friedensschlüsse von 1805 und 1809 erlittenen Nachtheile großentheils beseitigte. Es erschien alsdann am vortheilhaftesten für Oesterreich, fernere politische Ereignisse

ruhig abzuwarten, und einer solchen Politik gab Metternich vor jeder andern den Vorzug. Deshalb war er entschlossen alles aufzubieten, um Napoleon zur Annahme der genannten Friedensbedingungen zu bestimmen; Rußland, so folgerte er, würde den Krieg gegen diesen nicht fortzuführen wagen, wenn Oesterreich zu Erreichung derartiger Friedensgrundlagen seine Heere mit den französischen vereinigte. Auch hatte Kaiser Alexander in einer durch seinen Staatssecretär, den Grafen Nesselrode, dem österreichischen Cabinet überreichten Note sich bereitwillig gezeigt, unter billigen, von Oesterreich verbürgten Bedingungen mit Frankreich Frieden zu schließen, doch müsse Preußen unter Berücksichtigung seiner gerechten Forderungen in denselben mit aufgenommen werden. Freilich wurde dies Anerbieten nicht sowol in der Erwartung gemacht, daß Nápoleon es annehmen werde, als in der Absicht, Oesterreich für die Sache der Verbündeten zu gewinnen.

Graf Otto berichtete zwar Metternich's Rathschläge für den von ihm so dringend empfohlenen Frieden nach Paris, aber, zum Glück für die dadurch herbeigeführte Befreiung Europas vom französischen Joche, war Napoleon starrsinnig genug sie zu verwerfen.

Als derselbe später, um Oesterreichs Abfall vom französischen Bündnisse in den Augen der Franzosen zu brandmarken, des Grafen Otto Berichte veröffentlichte, und darauf hinwies, daß die Ergebenheitsversicherungen des österreichischen Cabinets nur auf Täuschung berechnet gewesen seien, verheimlichte er klüglich dessen dringende Vorstellungen unter jenen Bedingungen Frieden zu schließen, und sein Anerbieten, nöthigenfalls zu Erzwingung desselben mit aller Macht mitzuwirken, weil er fühlte, daß Oesterreich, würde dies bekannt, in den Augen aller billig Denkenden gegen den Vorwurf gerechtfertigt erscheinen mußte, Napoleon's Sturz zum Ziele seiner Bestrebungen gemacht zu haben.

Ueber Oesterreichs Versuch, mit Rußland Unterhandlungen anzuknüpfen, berichtete Graf Otto unter dem 8. März:

Der Minister (Metternich) hat mich in Kenntniß gesetzt, daß er die Depeschen des Kaisers Alexander gelesen habe und mit dem Ton der Mäßigung, welcher in ihnen herrsche, sehr zufrieden sei. Rußland nimmt nicht nur den Bevollmächtigten Oesterreichs an, sondern sogar seine den Frieden bezweckende Einmischung. Der Kaiser von Rußland bedauert es, daß Oesterreich die Gunst der Umstände nicht hat benutzen wollen, um seine Verluste zu ersetzen; aber er ehrt dessen Gründe. Er hat keinen andern Zweck, als die Ruhe Europas und den Abschluß eines allgemeinen Friedens. Da das politische System Oesterreichs endgültig feststeht, so wird Rußland keinen Schritt sich erlauben, um es von demselben abzubringen.

Dies ist in wenigen Worten der Inhalt der ersten Antwort. Der Minister hat mir nichtsdestoweniger bekannt, daß Rußland sehr thätig sei, um Oesterreich mittels eines Bündnisses zu sich herüberzuziehen, aber es werde ihm nicht gelingen. Dieser erste Schritt Rußlands ist nur eine Antwort auf die Anfrage, welche die Sendung des Herrn von Lebzeltern betrifft. Man hofft täglich, Nachrichten von dem Bevollmächtigten zu empfangen, und unmittelbar nach der Ankunft dieser Depesche wird Fürst Schwarzenberg sich auf den Weg begeben, um mit Ew. Excellenz Besprechungen zu haben.[1])

Außerdem meldete Otto mit großer Genugthuung, daß die österreichische Regierung den Freiherrn von Hormayr und 46 andere Personen in der letztvergangenen Nacht habe verhaften lassen, weil sie damit umgegangen seien, in Tirol und den angrenzenden österreichischen Provinzen das Volk gegen die Franzosen zum Aufstand zu reizen, und so die Verbindung mit Italien zu unterbrechen. Metternich hatte diese Maßregel für nothwendig gehalten, um nicht früher als es ihm passend erschien einen Bruch mit Frankreich herbeizuführen, welchem er dadurch einen thatsächlichen Beweis seiner bundesfreundlichen Gesinnung zu geben sich rühmte.

So befriedigt aber auch der französische Gesandte in Wien von Metternich's Benehmen war, so theilte doch Napoleon diese Ansicht nicht mehr. Er beschloß dem Grafen Otto einen Nachfolger zu geben, um durch diesen sich Gewißheit über Oesterreichs wahre Gesinnungen zu verschaffen, welchen er zu mistrauen begann. Es war dies Graf Narbonne, ehemaliger Kriegsminister Ludwig XVI., und wie man glaubt, dessen Halbbruder. Als Adjutant Napoleon's hatte er den Feldzug nach Rußland mitgemacht. Letzterer wollte durch diesen ebenso gewandten als sein Ziel mit Entschlossenheit verfolgenden Diplomaten Oesterreich zu einer bestimmten Erklärung drängen, ob es Frankreichs Bundesgenosse bleiben oder auf die Seite der Verbündeten treten wolle? Hätte Napoleon von dem diesfallsigen Entschlusse Oesterreichs es abhängig machen wollen, ob er den Krieg fortsetzen oder unter den ihm von dieser Macht empfohlenen Bedingungen Frieden schließen solle, so wäre dieser dem Grafen Narbonne ertheilte Auftrag vollkommen gerechtfertigt gewesen. Da er jedoch bereits entschlossen war, Oesterreichs Bedingungen zu verwerfen und den Krieg fortzuführen, um durch neue Siege seine letzte Niederlage zu rächen, und seine erschütterte Oberherrschaft über das europäische Festland neu zu befestigen, so war es nicht nur zwecklos, Oesterreich zu jener Erklärung zu drängen, sondern sogar nachtheilig für ihn. Als der Nachtheil dieser Handlungsweise durch Oesterreichs Uebertritt zu den

---

[1]) Moniteur, a. a. O., Nr. 10.

Verbündeten offenbar wurde, kehrte sich sein Zorn gegen den Grafen Narbonne, der doch nur seinem Befehle gehorcht hatte. Er machte ihn zum Commandanten der verpesteten Festung Torgau, wo er bald darauf starb.

Otto's letzter Bericht an Maret ist vom 20. März. Er schrieb:

Der Herr Graf von Narbonne ist hier am 17. angekommen und hat die Abberufungsschreiben mir zugestellt, welche Ew. Excellenz an mich zu richten mir die Ehre erwiesen hat. Sie werden morgen übergeben werden, und an demselben Tage wird mein Nachfolger sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Das österreichische Cabinet hat endlich Nachrichten vom Ritter von Lebzeltern und eine amtliche Antwort von Herrn von Nesselrode, von der mir Herr von Metternich die Urschrift übersendet hat, und wovon ich eine Abschrift beizufügen die Ehre habe. Dieses Stück ist derartig abgefaßt, daß es aller Deutungen fähig ist, die man ihm etwa geben will. Es kündigt den Wunsch nach Frieden an, aber mit Modificationen, welche beweisen, wie sehr Rußland fürchtet, sich gegen England eine Blöße zu geben. Man weiß nicht, was Rußland unter Bürgschaften des Friedens versteht, wenn man nicht aus diesen Worten schließen will, daß es die Berufung eines Congresses im Sinne hat, wo die vornehmsten Mächte Europas über die Begründung eines dauernden Standes der Dinge sich vereinigen, wie er jeden von ihnen genehm ist. Im Grunde liegt die beste Sicherheit Rußlands in seiner geographischen Lage, die ihm erlaubt, Kriege vom Zaun zu brechen, und sich zurückzuziehen, wenn es ihm gut dünkt. Gegen dasselbe mehr als gegen sonst jemand haben Oesterreich, die Türkei und Deutschland Bürgschaften nöthig, welche, sei es durch das Uebergewicht Frankreichs, sei es durch eine förmliche Uebereinkunft den Bestand der vertragsmäßig festgestellten Grenzen gemeinschaftlich sicher stellen. Man hat hier den Einwand, welchen Rußland dem freundschaftlichen Dazwischentreten einer gegenwärtig mit ihm im Kriege befindlichen Macht entgegensetzen würde, vorausgesehen und den Ritter von Lebzeltern beauftragt, darauf zu antworten.

Für uns ist indessen dieser Einwurf ein neuer Beweis, daß zwischen den beiden Cabineten keine geheimen Beziehungen bestehen, die Oesterreichs Aufrichtigkeit verdächtigen könnten. Dieser Schluß ist um so mehr gerechtfertigt, als Rußland in demselben Schriftstücke kein Bedenken trägt, seine innige Verbindung mit Preußen zu bekennen, indem es dasselbe für seinen Verbündeten erklärt, und zwar bis zu dem Grade, daß dessen Einwilligung zu Anknüpfung von Unterhandlungen ihm nothwendig erscheint.

Otto knüpfte hieran die Nachricht von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Preußens zu Oesterreich und von des letztern Rüstungen, welche bestimmt wären, seine jetzt weit mehr als zu Anfang des Kriegs bedrohte Grenze zu besetzen. Dabei hob er hervor, daß Graf Metternich äußerst befriedigt sei von den Berichten der Herren von Bubna und Floret über ihre Unterhandlungen mit dem französischen Cabinet.

In der abschriftlich beigefügten Note des Grafen Nesselrode war gesagt, daß Kaiser Alexander, um dem Kaiser Franz einen unzweideutigen Beweis seines Vertrauens und seiner Achtung, sowie seiner

Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Friedens zu geben, welcher hinreichende Bürgschaften enthalte, die Einmischung Oesterreichs zu diesem Zwecke in dem Falle annehme, daß seine Bundesgesgenossen, England, Preußen und Schweden, dies gleichfalls thäten, obschon es das erste mal sei, daß man eine selbst im Kriege befindliche Macht Vorschläge zur Vermittelung des Friedens machen sehe, da Formen und Gebräuche einer solchen Eigenschaft entgegenständen. [1])

Otto's letzter Bericht ist der einzige, welcher eine Beurtheilung über das von ihm Gemeldete enthält. Allein er ist hierin nicht glücklich. In der Bemerkung des russischen Staatssecretärs über die ungewöhnlichen Umstände, unter welchen Oesterreich eine Vermittlerrolle übernehme, erblickt er einen neuen Beweis dafür, daß zwischen diesem und Rußland keine geheimen Beziehungen stattfänden, und doch war jene Bemerkung unerlaßlich, weil man außerdem solche geheime Beziehungen hätte voraussetzen müssen, von geschickten Diplomaten aber nicht anzunehmen war, sie würden eine so einfache Vorsichtsmaßregel versäumen. Otto mußte fühlen, daß man ihn von seinem Gesandtschaftsposten abberief, weil man zweifelte, daß seine Auffassung der österreichischen Politik die richtige sei. Er benutzte daher den von ihm hervorgehobenen Umstand, um auf ihn als eine Bestätigung seiner Auffassung hinzuweisen, vergaß dabei aber wie bisher, daß Diplomaten nach jenem bekannten Ausspruche Talleyrand's der Sprache sich nur zu bedienen pflegen, um ihre Gedanken zu verbergen. Ueberhaupt wäre es wunderbar gewesen, wenn ein Schriftstück, welches Metternich freiwillig dem französischen Gesandten mittheilte, und das unter den obwaltenden Umständen so abgefaßt sein mußte, um Oesterreich wegen seines Verkehrs mit dem russischen Cabinet nicht bloß zu stellen, einen Verdacht hätte erregen können, als ob dasselbe Frankreich über seine wahren Gesinnungen täusche. Metternich konnte nicht umhin, die Note, mit welcher das russische Cabinet seinen Vermittelungsantrag beantwortete, der französischen Regierung zur Rechtfertigung dieses Verkehrs mitzutheilen, und hatte daher natürlich für eine unverfängliche Abfassung der betreffenden Note gesorgt. Daß Herr von Lebzeltern demungeachtet mit dem russischen Cabinet über Dinge verhandelte, welche dasselbe davon überzeugten, es werde Oesterreich nicht ferner als Bundesgenossen Frankreichs zu bekriegen haben, wurde bald genug offenbar.

---

[1]) Moniteur, a. a. O., Nr. 11.

Vierter Abschnitt.

Wirkung des französischen Rückzugs aus Rußland auf Preußen. York's Vertrag wegen Einstellung der Feindseligkeiten mit Diebitsch. Wittgenstein's Aufruf an die Deutschen. Diplomatischer Verkehr Hardenberg's mit dem französischen Gesandten, Grafen von St.-Marsan. Rußland und Preußen schließen zu Kalisch einen Bund gegen Frankreich.

Hatte Fürst Schwarzenberg, welcher den rechten Flügel des französischen Heeres im Feldzuge gegen Rußland befehligte, bei dem von ihm abgeschlossenen Waffenstillstande nur Oesterreichs, nicht des mit demselben verbündeten Frankreichs Vortheil bezweckt, so war der von dem preußischen General von York mit dem russischen General von Diebitsch am 30. Dec. 1812 in der Mühle zu Posarun (Poscherungen) abgeschlossene Waffenstillstand ein offener Abfall vom französischen Bündnisse. Denn York schloß diesen Waffenstillstand nicht nur wider Wissen und Willen seines Oberbefehlshabers, des Marschalls Macdonald, ab, sondern es wurden hierdurch die preußischen Truppen und das von ihnen besetzte Gebiet gegen ihr Versprechen, zwei Monate lang nicht gegen die Russen zu dienen, für parteilos erklärt, und zwar unter der Zusicherung, bei Nichtgenehmigung des Vertrags von seiten des Königs frei abziehen zu dürfen. Dagegen gab York den Rücken des den linken Flügel der großen Armee bildenden Heerestheils, welchen er decken sollte, dem Angriffe der Russen preis, welche außerdem an ein Vorrücken nicht hätten denken dürfen.[1])

[1]) De Martens, Nouveau recueil de traités, I, 556. (Suppl. V.)

York kannte das Wagniß dieses außerordentlichen Schrittes, denn Napoleon's Macht war zwar geschwächt, aber noch nicht gebrochen. Da er jedoch wußte, daß Preußen nur zur Rettung seines staatlichen Daseins das Bündniß mit Frankreich gegen Rußland eingegangen war, so betrachtete er das Kriegsunglück der Franzosen als das Zeichen zum Rachekampfe gegen das den preußischen Staat knechtende und aussaugende Frankreich. Je erzwungener dieses Bündniß, je unerträglicher für Preußen das Bewußtsein war, daß die Vernichtung seines Staatslebens bisher von Napoleon abgehangen habe, desto eifriger strebte York dessen Niederlage zur Erringung der Unabhängigkeit seines Vaterlandes zu benutzen. Die Gefahr, daß sein König sich gezwungen sehen könne, ihn wegen seines eigenmächtigen, die Kriegsgesetze verletzenden Entschlusses zum Tode zu verurtheilen, wenn die von ihm gehofften Folgen nicht eintraten, schreckte ihn nicht ab. Doch diese Folgen blieben nicht aus. Die Haltung des preußischen Heeres machte es den Russen möglich, die Franzosen auf deutschem Boden zu verfolgen. Sie offenbarte die diesen feindliche Gesinnung des preußischen Volks, welches die Russen jubelnd als seine Befreier empfing, und sich ihnen als Kampfgenosse anzuschließen verlangte. Sie machte den Bruch mit Frankreich fast unvermeidlich; denn obschon das berliner Cabinet aus Vorsicht zögerte, denselben sofort auszusprechen, so sah es doch nach reiflicher Erwägung ein, daß nur kühne Bekämpfung Napoleon's den preußischen Staat retten könne, weil jener die gezeigte Feindseligkeit durch dessen Vernichtung zu ahnden um so mehr bestrebt sein werde, als er schon vor Beginn des russischen Kriegs daran gedacht hatte, den Namen Preußen von der Karte Europas zu streichen.

In der Denkschrift, welche York zu Ende Juli 1814 an den preußischen Staatskanzler richtete, um, nachdem ihn der König mit einer Dotation von 200000 Thalern zum Grafen von Wartenburg erhoben hatte, noch eine besondere Entschädigung für den Verlust des Jahreseinkommens von 20000 Francs zu beanspruchen, welches mit dem von Napoleon für seine Dienste im Feldzug von 1812 ihm verliehenen Offizierkreuze der Ehrenlegion verbunden war, spricht er sich selbst über diese seine That mit folgenden Worten aus:

Mein letzter Schritt, der Abschluß der Convention, war gewagt, aber entscheidend für den Staat, denn bei der Ohnmacht, in der die Russen an dem Niemen ankamen, hing die Politik von Europa von der ersten Streitkraft ab, die aufgestellt werden konnte, und diese Streitkraft lag in meiner Hand. Die Vereinigung meines Corps mit dem von Macdonald war mehr als hinlänglich, um alle Russen, die sich näherten, zurückzuweisen. Zwei

Tage vor der Convention hieb meine Cavalerie die russischen Infanteriemassen nieder, und nahm die Kanonen aus ihrer Mitte weg. Die russischen Corps konnten nicht einmal das Feld gegen Macdonald allein behaupten. Sie wurden aus Tilsit herausgeworfen, und konnten seinen Rückzug, obschon er keinen Mann Cavalerie hatte, nicht hindern. Was wäre geschehen, wenn ich nicht that, was ich gethan habe? Ich frage Ew. Durchlaucht, was hätte das preußische Cabinet thun müssen, wenn ich die Russen — was mathematisch gewiß anzunehmen ist — bei Koltiniani und Tauroggen geschlagen hätte? Hätte nicht die ganze preußische Streitmacht sowie die festen Plätze in Napoleon's Hand gelegt werden müssen? Hätte das österreichische Hülfscorps den Muth gehabt einen Entschluß zu fassen, wenn ich nicht voranging? Was anders als mein Benehmen konnte verhindern, daß der Schauplatz des Kriegs nicht wieder in unser schon ohnehin unglückliches Vaterland verlegt wurde? Und endlich, wenn der Schritt, welchen ich that, nachtheilig für unsere Politik gewesen wäre, war in diesem Falle nicht alles so gestellt, daß mit dem Fall meines Kopfes der Minister der auswärtigen Angelegenheiten wieder freies Feld hatte? Se. Majestät bitte ich, sich des Briefes zu erinnern, den ich damals an Se. Majestät schrieb, und den Sie wahrscheinlich gelesen haben. Gewagt und kühn war also die ausgeführte That nur für meine Persönlichkeit, nicht für den Staat.[1])

Die Wahrheit dieser mit männlichem Freimuth und Selbstbewußtsein gegebenen Schilderung der damaligen Sachlage ist von niemand bestritten worden. König Friedrich Wilhelm, welcher Oesterreich durch Familienbande und Verheißungen an Napoleon gefesselt glaubte, und durch dessen Bekriegung seine Krone zu verlieren fürchtete, beeilte sich, dem König von Neapel in einem eigenhändigen Briefe anzuzeigen, daß er den General von Kleist angewiesen habe, unverzüglich den Oberbefehl über den Heerestheil des Generals von York zu übernehmen und diesen zu verhaften, um ihn vor ein Kriegsgericht zu stellen, da er die von demselben mit den Russen abgeschlossene Uebereinkunft verwerfe.

Er und sein Cabinet benahmen sich so, daß französischerseits nach Paris berichtet wurde: man habe keine Ursache zu bezweifeln, daß er am Bündnisse mit Frankreich festzuhalten beabsichtige. Der die französische Besatzung Berlins befehligende Marschall Augereau, Herzog von Castiglione, versicherte in einem an den Major-General, Fürsten von Neufchatel, gerichteten Schreiben: der König und sein Staatskanzler seien an York's Abfall unbetheiligt. Er sagte:

Ich habe das größte Vertrauen zu der Ergebenheit, welche der König von Preußen gegen Se. Majestät den Kaiser hegt; aber es wäre wol nöthig, daß man ein wenig mehr Vertrauen zu ihm hätte. Denn wenn man alle Angebereien hört — es gibt aber Leute, denen es Bedürfniß ist Ränke zu schmieden, zu veruneinigen, und alles was zwischen Himmel und

---

[1]) Hans David Ludwig von York, Graf von Wartenburg. Eine Biographie von Armin Ewald.

Erde ist zu verdächtigen — und ihnen Glauben beimißt, so kann man ebenso wenig für die Ruhe Preußens als für diejenige des übrigen Deutschlands stehen. [1])

Der französische Gesandte in Berlin, Graf von St.=Marsan, war ebenfalls von des Königs Friedrich Wilhelm's Benehmen so befriedigt, daß er am 12. Jan. 1813 dem Herzog von Bassano beifällig berichtete:

Man ist hier mit der Idee hervorgetreten: es sei vielleicht möglich, zwischen Frankreich und Preußen durch die Heirath einer Prinzessin aus der kaiserlichen Familie mit dem Kronprinzen von Preußen eine Familienverbindung herzustellen. Diese Idee, aus welcher diejenige einer Vereinigung aller Interessen der beiden Mächte hervorgeht, einer aus dem Gesichtspunkte großartiger Staatsklugheit natürlich erscheinenden Vereinigung, hat auf den Geist eines so erleuchteten Ministers wie Baron Hardenberg Eindruck machen und in ihm die Hoffnung hervorrufen müssen, hierdurch sein Werk sich befestigen zu sehen, und nach bewirkter Sicherung der Existenz Preußens durch das staatliche Bündniß mit Frankreich auch Preußens Wiederherstellung durch Familienbande zu erlangen, welche jeden Verdacht, jedes Mistrauen zerstören und Frankreich veranlassen würde, Preußen an seinen Platz zu stellen und in ihm eine Schranke gegen den Norden zu errichten.

Nach Mittheilung der mit dem preußischen Staatskanzler hierüber gehabten Unterredung und daß der König damit einverstanden gewesen sei: Fürst Hatzfeld solle etwaige ihm in dieser Beziehung zu machende Eröffnungen entgegennehmen, theilt er mit: wie der König darauf bestanden habe, daß der Kaiser über sein Festhalten am französischen Bündniß die bestimmtesten Zusicherungen erhalte. Der König habe dabei geäußert:

Es ist wahr, daß die Mehrzahl meiner Unterthanen nicht für die Franzosen eingenommen ist; aber wofern man sie durch Zumuthung unerschwinglicher Opfer nicht dazu nöthigt, werden sie sich nicht gegen Frankreich auflehnen. Man muß sich nicht über das wundern, was an Orten, wo der Feind eingedrungen ist, vorfällt; aber selbst an diesen Orten haben die Behörden und die Einwohner, obgleich sie alles Unglück, was ihnen widerfahren war, noch nicht verschmerzt hatten, das französische Heer dennoch so gut als dies irgend möglich war aufgenommen, und es ist dies ein Beweis für die Reinheit meiner Absichten und den Gehorsam gegen meine Befehle. Ich glaube sichere Anzeichen zu haben, daß Oesterreich fest an seinem Bündniß mit Frankreich halten werde. Wenn dies aber auch nicht der Fall sein sollte, so ist meine Stellung von derjenigen dieser Macht sehr verschieden. Ich bin der natürliche Verbündete Frankreichs. Durch einen Wechsel meines Systems würde ich meine Lage nur verschlimmern und dem Kaiser das Recht geben, mich mit vollem Grunde als Feind zu behandeln. Ich weiß, daß es Narren gibt, welche Frankreich als zu Boden geworfen betrachten; aber sie werden in kurzer Zeit ein französisches Heer von 300000 Mann, ebenso glänzend als das frühere, dastehen sehen. Ich glaube, daß ich noch manche schlimme Augenblicke haben,

---

[1]) Fain, I, 209.

noch manches zu opfern haben werde. Ich werde aber alles was möglich ist ertragen, um für die Zukunft die Ruhe und das Glück meiner Familie und meiner Völker zu sichern. Sagen Sie dem Kaiser, daß ich zwar kein Geldopfer mehr bringen könne, aber wenn er mir das Geld dazu gibt, noch 50—60000 Mann für seinen Dienst auszuheben und zu bewaffnen im Stande sei. Uebrigens ist es bei der gegenwärtigen Lage ein Glück, daß Preußen ruhig ist; denn wenn es in diesem Lande zum Aufstande käme, so wäre dies der Funke, welcher Deutschland in Flammen setzen würde.

Auf die Idee der Heirath kommend, beobachtete der König anfänglich mehr Zurückhaltung hinsichtlich der Art und Weise seine Meinung auszudrücken. Er wollte vor allem, daß man abwarte und alles höre, was darüber gesagt werden könne. Besonders bestand er darauf, daß man davon absehe, ihn im voraus zu binden, bevor er diesfallsige Befehle ertheilen werde, und bevor er das Ergebniß der ersten in Paris zu thuenden Schritte kenne. Aber er schloß mit dem Geständniß, wie er als Familienvater wenig geneigt sei, solche Bande aus reinpolitischen Rücksichten zu knüpfen, wie er jedoch nicht länger schwanken würde, wenn er sehe, daß beträchtliche und zwar derartige Vortheile daraus sich ergeben, welche die Monarchie in eine höhere Stellung als die, in der sie sich jetzt befinde, versetzten.

Ich habe geglaubt, Ew. Excellenz diesen in Einzelnheiten eingehenden Bericht abstatten zu müssen, damit Sie ihn unter des Kaisers Augen bringen. Ungeachtet der Schwierigkeit, Umstände von einer so vertraulichen Natur festzustellen wie diese sind, so glaube ich doch verbürgen zu können, daß es die wirklichen Ansichten Sr. Majestät des Königs von Preußen seien. Alles dies entspricht seinem rechtlichen und redlichen Charakter und den Gesinnungen, welche er gegen Frankreich selbst in dem Augenblick gehegt hat, wo er zum Kriege von 1806 fortgerissen wurde, dem er, wie allgemein bekannt ist, abhold war.[1])

Der Fürst von Hatzfeld, welchem etwaige Mittheilungen über die obgedachte Familienverbindung in Paris gemacht werden sollten, wurde dahin gesendet, um Preußens Anerbietungen in Bezug auf zu leistende Hülfe zu wiederholen und dasselbe hinsichtlich York's Abfall noch besonders zu rechtfertigen. Damit dies desto besser gelinge, wurde die Geneigtheit des Königs Friedrich Wilhelm, sich mit Napoleon zu verschwägern, vorgespiegelt. Wie weit derselbe davon entfernt war, dies zu beabsichtigen, ja auch nur bei dem Bündniß mit Frankreich zu beharren, erhellt daraus, daß sein Flügeladjutant, der Major von Natzmer, bereits am 5. Jan. abgesendet worden war, anscheinend nur, um den General von York wegen seines Benehmens zur Rechenschaft zu ziehen, in der That aber hauptsächlich deshalb, um dem Kaiser Alexander für den Fall, daß er seine Truppen unverzüglich die Weichsel und Oder überschreiten lasse, Preußens Bündniß anzubieten.

Der preußische Gesandte am französischen Hofe, General von Krusemark, hatte dagegen gleichzeitig den Auftrag erhalten, für die

---

[1]) Correspondance inédite officielle et confidentielle de Napoléon Bonaparte, VII, 453.

in Gemäßheit des Vertrags vom 24. Febr. 1812 von Preußen an Frankreich zum Feldzuge gegen Rußland gemachten Lieferungen den Betrag von 94 Millionen Francs zu fordern. Obgleich ein Eingehen Napoleon's auf dieses Verlangen unwahrscheinlich war, so wollte das preußische Cabinet, bevor es zum äußersten käme, einen solchen Versuch, Befriedigung zu erhalten, nicht unterlassen; denn theils bedurfte es Geld zu seinen Rüstungen, theils war dies das beste Mittel, die Gesinnung Napoleon's gegen Preußen zu ergründen. Denn hielt er dasselbe des Planes fähig, die Waffen gegen ihn zu ergreifen, so verweigerte er sicherlich jede Zahlung. Beachtete er aber die gemachten Vorschläge nicht, so war dies ein Zeichen, daß er Preußens Untergang beschlossen habe, und Hardenberg sah sich dann in den Stand gesetzt, dem Könige, welcher noch schwankte, ob er auf französischer Seite verbleiben, oder zu Rußland übertreten solle, die Nothwendigkeit darzuthun, sich an letzteres anzuschließen, seine Unabhängigkeit zu erkämpfen oder ruhmvoll zu fallen.

Inzwischen hatte York, auf eine Cabinetsordre vom 20. Dec. 1812 sich stützend, welche ihm unbeschränkte Vollmacht ertheilte, alle zur Erhaltung seiner Truppen nöthig scheinende Maßregeln zu ergreifen, seine vom König fortwährend gemisbilligte Uebereinkunft mit den Russen zu rechtfertigen gesucht. Er bezog sich dabei auch darauf, daß er schon früher (1809) von demselben eines Auftrags gewürdigt worden sei, welche ihm einen Theil der königlichen Gewalt in besondern Fällen übertrug. Er war nämlich ermächtigt worden, im Nothfall mit Waffengewalt den Unternehmungen des Generals Rapp sich zu widersetzen. Obschon die berliner Zeitung vom 19. Jan. 1813 seine Absetzung verkündete, so legte er dennoch den Oberbefehl über seine Truppen nicht nieder, weil, wie er erklärte, dieselbe keinen amtlichen Charakter habe.

Die Russen hatten York's Abfall von den Franzosen und Macdonald's hierdurch erzwungenen Rückzug dazu benutzt, die preußische Grenze zu überschreiten. Als Sieger über die verhaßten Franzosen von der Bevölkerung freudig bewillkommt, war ihr erstes Auftreten dennoch geeignet, eines jeden guten Preußen Mistrauen zu erregen. Der Marquis von Paulucci, Gouverneur von Kurland und Livland, welcher Memel am 27. Dec. mit russischen Truppen besetzte, machte die schwache preußische Besatzung zu Gefangenen und schilderte den Einwohnern das Glück, welches sie fortan unter russischer Regierung genießen würden. General Tschernitschew ferner wollte den General von Bülow zwingen, sich mit ihm zu vereinigen, der

Oberfeldherr Kutusow endlich gab sogar noch nach dem Vertrage von Kalisch den Befehl, zur Einschließung von Danzig und Thorn keine preußischen Truppen zuzulassen, damit diese Festungen zu seiner Zeit für Rußland in Besitz genommen werden könnten.

Es wurden jedoch jene beabsichtigten Maßregeln vom Kaiser Alexander misbilligt, der klug genug war einzusehen, daß Preußen auf diese Weise nicht für das Bündniß mit Rußland gewonnen werden könne. Kutusow's Benehmen mußte als dem Vertrage von Kalisch zuwiderlaufend officiell getadelt werden. Alles dies zeugt aber von einer für die Preußen keineswegs günstigen Gesinnung der russischen Heerführer. Uebrigens dachte Alexander nicht weniger daran, auf Preußens Kosten Rußlands Grenzen auszudehnen, nur suchte er seinen Plan auf klügere Weise zu verwirklichen. Er überwies 15000 eroberte französische Gewehre in Königsberg der preußischen Landwehr und sandte den Freiherrn von Stein ab, um das von ihm lebhaft gewünschte Bündniß mit Preußen zu vermitteln. Dieser, des Königs Friedrich Wilhelm zaudernde Unentschlossenheit vorhersehend, und bestrebt denselben durch die Gewalt vollendeter Thatsachen zur Einwilligung zu bestimmen, versuchte zwar in seinem Feuereifer für die Bekämpfung Napoleon's anfänglich auch Maßregeln anzuordnen, welche Ostpreußen den Charakter einer russischen Provinz aufgeprägt hätten, ließ sich aber durch die Vorstellungen seines Freundes, des geheimen Staatsraths von Schön, und durch York's Entschlossenheit zu einer bessern Beobachtung der Formen bewegen. Statt wie er beabsichtigt hatte, selbst an die Spitze der Verwaltung zu treten, begnügte er sich, die Einberufung der seit 1788 für Preußen und Litauen bestehenden Stände, welche die übrigen Provinzen entbehrten, und durch sie die allgemeine Bewaffnung im Namen des Königs zu veranlassen. Sodann begab er sich nach Breslau, wohin der König von Potsdam sich gewendet hatte. Stein's ganze politische Wirksamkeit und der Umstand, daß Ernst Moritz Arndt, dessen begeisterte Feder soviel zu Deutschlands Erhebung beitrug, als Freund und Genosse seines Strebens ihn begleitete, beseitigen natürlich jeden Verdacht, als ob der Mann, welcher als Minister zu Preußens Wiedergeburt den Grund legte, beabsichtigt habe, dessen Grenzen zu Rußlands Vortheil zu schmälern. Es wird jedoch hierdurch zum Theil die Abneigung erklärt, mit welcher Friedrich Wilhelm ihn als Alexander's Abgesandten empfing. Vergeblich hatte der im russischen Hauptquartier als Unterhändler weilende Oberst von Knesebeck gegen den Kaiser Alexander geäußert:

dem König werde es unangenehm sein mit Stein zu thun zu haben, es sei daher räthlicher, den Grafen Nesselrode zu ihm zu senden. Alexander wollte nur Stein zu seinem Bevollmächtigten, weil er überzeugt war, keiner vermöge so kräftig wie dieser für den Abschluß des Bündnisses mit Preußen zu wirken. Stein beschränkte sich denn auch nicht darauf, die politische Nothwendigkeit und die Vortheile eines russisch-preußischen Bündnisses hervorzuheben, sondern fügte die Drohung hinzu: Alexander würde im Falle dasselbe nicht zu Stande käme, die preußischen Provinzen bis zur Weichsel in Besitz nehmen, in ihnen die russische Verwaltung einführen, und sie dem russischen Reiche einverleiben. Friedrich Wilhelm war von allem dem sehr unangenehm berührt, und da, bevor er sich entschied, vielleicht auch die noch nicht überwundene Besorgniß hinzukam, was für einen Eindruck die Nachricht von seinen Verhandlungen mit Stein auf Napoleon, welcher diesen geächtet hatte, machen werde, so geschah es, daß, als Stein infolge seiner bisherigen Anstrengungen lebensgefährlich erkrankte, der König nach dessen Befinden sich nicht erkundigen ließ, ja es sogar den Mitgliedern seines Hofes verbot, mit seinem ehemaligen Minister irgendwie zu verkehren und dessen Zustand zu erleichtern. Erst als der Kaiser von Rußland seinen Besuch bei Stein angekündigt hatte, beeilte man sich, demselben statt des Dachstübchens, welches dem Obdachlosen der ihm befreundete Major von Lützow im Gasthofe Zum Scepter verschafft hatte, eine anständige Wohnung anzuweisen. Nachdem aber Alexander mit ihm daselbst eine lange Unterredung gehabt hatte, erschöpfte sich der ganze preußische Hof in Versicherungen inniger Theilnahme.[1])

Obgleich Friedrich Wilhelm wegen mangelnder Entschlossenheit energische Rathgeber ganz besonders nöthig hatte, so liebte er dennoch diejenigen nicht, welche ihm derartige Dienste erwiesen. Stein ebenso wenig als York gehörten zu seinen Lieblingen, obgleich sie es vorzugsweise waren, welche durch die von ihnen der preußischen Politik gegebene Wendung Preußens Wiederherstellung ermöglichten.

In verschiedener Weise als andere russische Generale versuchte Graf Wittgenstein, welcher am 6. Jan. 1813 mit seinen Truppen Königsberg besetzte, Deutschland zu Rußlands Bundesgenossen zu machen. Selbst ein Deutscher, wußte er besser als jene den Ton zu treffen, welcher auf die Deutschen Eindruck zu machen geeignet

---

[1]) Friccius, Geschichte des Kriegs von 1813 und 1814, I, 37. Pertz, Leben des Freiherrn von Stein, III, 303, 310. Mémoires d'un homme d'état, XII, 12, 15, 31—33.

war. Doch ging der dichterische Schwung seines nachstehenden Aufrufs so weit, daß er von der starken Hand des russischen Volks sprach, welches diese den Deutschen zu ihrer Befreiung biete, nicht von derjenigen des Selbstherrschers aller Reußen. Es war dies eine um so kühnere Redensart, als ja in Rußland despotisch regierte Leibeigene die Stelle des Volks vertraten. Sein Aufruf lautete:

Deutsche! Die Stunde der Erlösung schlägt. Die große französische Armee, die Geisel der Menschheit in der Hand des blutdürstigen Eroberers, ist nicht mehr! Ihr seht nur noch unglückliche Trümmer davon zurückkehren, und diesen gingen die sonst gefürchteten Heerführer voran. Das durch seine Vaterlandsliebe, Religiosität und Beharrlichkeit ehrwürdige russische Volk bietet Euch zu Eurer Befreiung von fremden Tyrannenketten die starke Hand. Ergreift dankbar diese Gelegenheit, um die durch Eure Uneinigkeit und Unentschlossenheit verscherzte deutsche Selbständigkeit aufs neue zu begründen und die Manen Eurer freien Vorfahren zu versöhnen. Wer deutsche Sprache redet, dessen Herz fülle sich mit Muth und Vertrauen. Jeder Deutsche finde in dem andern seinen Bundesbruder, seinen Waffen- und Kampfgefährten für deutsche Freiheit und Selbständigkeit. Deutsche Priester aller Religionen, erwecket Muth und Begeisterung und betet am gemeinschaftlichen Altar des Vaterlandes für das Gelingen des heiligen Werks! Fürsten deutschen Ursprungs, auf euch sieht die Nation schon lange mit Erwartung. Zerbrecht die Kette, in die euch und die eurigen unter süßen Schmeicheleien, auch wol gar unter Verheißung eines Antheils an der Beute, der fremde Eroberer schmiedete, indem er das heilige deutsche Fürstenband löste. Der alte Bund vereinige euch wieder, und die Fürsten jedes Gebiets in seinen alten Grenzen mögen ihre deutschen Unterthanen unter dem gemeinschaftlichen Panier und unter dem Befehl würdiger Anführer zusammenscharen.

Oesterreichs edler Fürstenstamm, dessen Kraft allein jüngst des Tyrannen Riesengebäude erschütterte, wird nicht säumen, dem heiligen Bündnisse freier deutscher Fürsten beizutreten und das Symbol der Vereinigung für sein Haupt wieder zu erlangen. Du, ehrwürdige Blüte des Adels deutscher Ritterschaft, die der Eroberer fürchtet und deshalb zu vernichten suchte, strahle durch deine Vaterlandsliebe, eingedenk, daß dieses vorgesteckte Ziel mehr als jene romantischen Züge ins Morgenland zum Ruhm und Dank des Vaterlands führe! Auch ihr, freie deutsche Bürger, und vor allen ihr Hanseaten, erwacht zum Kampf für deutsche Freiheit! In euern Adern strömt das Blut der Alten. Euere Städte sollen freie Flüsse umströmen, und ihre unentweihten Wellen dem Meere überliefern. Der alte deutsche Rhein werde nur von freien Deutschen umwohnt, und ungestört mögen die fröhlichen Reben seine Ufer bekränzen! Deutsche Schweizer, auf hohen Alpen wohnend, schützen seinen Ursprung, und deutsche Flamänder und Niederländer seinen Ausfluß, Stämme, die schon einmal die Tyrannenkette glücklich zerbrochen. Dies sei das Ziel eurer Anstrengungen und dasjenige eurer Verbündeten. Bis wir es erreicht haben, ruhe das Schwert nicht!

Deutsche Frauen und Mädchen, dahin verweiset eure Männer und Geliebten, und dann bereitet euch, sie mit dem Siegeskranze zu schmücken! Im Vorgefühl herzlicher Wonne sehe ich, selbst ein Deutscher, schon die morsche Kette zerbrochen, die heiligen Fluren des Vaterlandes von des Tyrannen Söldnern, seinen Quälern, gereinigt, unschuldig Verdammte gerechtfertigt, gebrandmarkte Großthaten bewundert, Nationaldienste belohnt, und alle Deutschen als

Brüder verbunden. Schon sehe ich euch, Fürsten der Katten, und euch, ihr Guelfen und Ostangeln, in eure Erblande zu treuen Unterthanen zurückkehren. Schon sehe ich Monumente den deutschen Männern errichtet, die für deutsche Treue und Freiheit fielen, und die Namen eines Schill und Hofer aus der Liste der Verbrecher gestrichen. Ja, der Lenz wird neu befreite und glückliche Fluren des Vaterlandes finden, und nie wieder werden sie durch den Zug eines Eroberers entweiht werden![1])

So ermahnte ein russischer Heerführer im Namen seines Kaisers das deutsche Volk zur Einigkeit, stellte die Wiederherstellung des deutschen Kaiserthums, welche ein politisches Wunder gewesen wäre, in sichere Aussicht, und rief die Deutschen auf, für Freiheit und Nationalunabhängigkeit die Waffen zu ergreifen. So verhieß er, daß der Rhein nur deutsche Ufer benetzen, Deutschlands Flüsse frei von den Fesseln eines engherzigen Zollsystems seinen Verkehr befördern sollten. Wie wenig sollten die in so schwungvoller Rede gegebenen Verheißungen verwirklicht werden! Als Napoleon nach funfzehn Monaten, hauptsächlich durch die begeisterte Tapferkeit des deutschen Volks, bezwungen war, da stand Rußlands Kaiser an der Spitze derjenigen, welche, dessen Siegesfreude verkümmernd, verhinderten, daß der Rhein ein völlig deutscher Strom wurde, daß das deutsch redende Elsaß durch das Grenzgebirge der Vogesen und seine befestigten Städte, wie früher, Deutschland gegen französische Einfälle beschütze.

Am 22. Jan., demselben Tage, wo der Vicekönig von Italien an der Spitze von 19000 Mann neugesammelter, meist aus Italien gekommener Streitkräfte in Berlin einrückte, hatte sich der König von Preußen von Potsdam, wo er seine Aufhebung durch die Franzosen befürchtete, nach Breslau begeben. Doch war wol die nächste Veranlassung hierzu die Rückkehr des Majors von Natzmer mit der zustimmenden Antwort des Kaisers Alexander auf das demselben angebotene Bündniß. In Breslau erließ er am 3. Febr. einen Aufruf an sein Volk, wodurch er es, ohne den Feind näher zu bezeichnen, für die Vertheidigung des bedrohten Vaterlandes zu den Waffen rief. Diesem Aufrufe folgte am 11. Febr. ein Tagesbefehl, in welchem der König seinem Heere bekannt machte, daß der General von York sein Benehmen, als durch die Umstände geboten, vollkommen gerechtfertigt habe, und nicht allein an der Spitze der ihm bisher anvertrauten Truppen bleibe, sondern auch zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte unter dem General von Bülow ernannt sei.

---

[1]) Richter, Geschichte des deutschen Freiheitskrieges, I, 60.

Dessenungeachtet gelang es der Geschicklichkeit des Staatskanzlers von Hardenberg, das Vertrauen des französischen Gesandten am preußischen Hofe, Grafen von St.-Marsan, welcher dem König nach Breslau gefolgt war, sich zu erhalten. Denn noch am 15. Febr. berichtete dieser dem Herzoge von Bassano: er glaube zwar, daß der König von Preußen zur Zeit sein Bündniß mit Frankreich nicht zu brechen gedenke, aber es sei zweifelhaft, ob derselbe dem von der inländischen, den Franzosen feindlichen Partei unterstützten Verlangen des Kaisers Alexander, daß er dies thue und mit ihm Frankreich bekriege, widerstehen werde, zumal wenn der Kaiser der Franzosen es nicht für zweckmäßig halte, ihm sein Wohlwollen zu bethätigen. Er fährt fort:

Ich weiß aus guter Quelle, daß der König sich zur Ueberzeugung hinneigt: sein Untergang sei beschlossen, möge er auch opfern was er wolle. Die Verweigerung von Geldunterstützungen in Abschlag auf seine Forderung, das Aufheben, was man in Bezug auf die Angelegenheit des Generals York gemacht hat, hauptsächlich aber die Weigerung darein zu willigen, daß er Unterhandlungen anknüpfe, um die Neutralität Schlesiens zu erlangen, haben alle seine Besorgnisse wieder erregt. Bei einer solchen Gedankenrichtung gibt man ihm fortwährend falsche Nachrichten, welche den Stempel der Theilnahme für ihn tragen, und von denen einige aus Paris kommen und von Franzosen herrühren, ohne daß ich deren Quelle hätte entdecken können.

In meiner Depesche Nr. 15 vom 18. Jan. habe ich Ew. Excellenz von dem in Potsdam stattgefundenen Lärm Bericht abgestattet, Ich habe hier vernommen, daß das Gerücht von der Aufhebung des Königs, welches diese Unruhen veranlaßte, durch einen französischen Offizier, dessen Namen ich nicht habe erfahren können, in Umlauf gekommen sei. Dies ist einer der Beweggründe, welche die Abreise des Königs beschleunigt haben. Man hat auch herausgebracht, daß von Geiseln die Rede sein könne, und dies hat eine gute Anzahl unruhiger Köpfe, welche deshalb Besorgnisse hegten, von Berlin nach Breslau strömen lassen. Erst nachdem ich meine Weigerung erkärt hatte, in Unterhandlungen wegen der Neutralität einzuwilligen, hat man den Aushebungen junger Mannschaften eine größere Ausdehnung gegeben, wie Ew. Excellenz aus den breslauer Zeitungen werden ersehen haben. Wenn aber Se. Majestät der Kaiser es für vortheihaft erachtet, Preußen bestehen zu lassen, und etwas für dasselbe thut, so habe ich dessenungeachtet nach allem, was ich höre, gutes Spiel, um hieraus zu Gunsten der gemeinsamen Sache Nutzen zu ziehen, und in diesem Falle wird es sehr leicht sein, den König in der Richtung zu erhalten, welche er bisher verfolgt hat. Man hält die jungen Leute ab, Meinungen zu äußern, und hat einem Professor (Fichte) einen strengen Verweis gegeben, weil er sich erlaubt hat seine Zuhörer aufzuregen, indem er durchblicken ließ, daß das französische Heer der zu bekämpfende Feind sei. Die Polizei erhielt deshalb Befehle, und bedurfte derselben, denn sie ist übel organisirt.

Indem heute der Baron Hardenberg vom Rückzuge Schwarzenberg's und von der Uebereinkunft sprach, welche ihm vorangegangen zu sein scheint, sagte er: Sie sehen, daß man auch dort in dem Falle sich befindet, mit dem Feinde über Maßregeln sich zu verständigen, und man misbilligt sie nicht, denn nach einer in Elbing gethanen Aeußerung Sr. Majestät des Königs

von Neapel gegen Herrn von Luck, Adjutanten des Königs, scheint es, daß Se. Majestät diese Uebereinkunft schon kannte. Und unser Fall ist ein viel dringenderer, unsere Stellung viel kritischer, als diejenige Oesterreichs es sein kann. Ich nahm davon Gelegenheit den Minister zu fragen, was er von dem Benehmen dieser Macht denke? Ich glaube, versetzte er, daß sie fest an ihrem Bündnisse mit Frankreich hält, daß sie nicht daran denkt, sich von ihm zu entfernen, und daß sie sich auch nicht von ihm trennen wird, aber daß sie den Frieden auf Grundlage des Gleichgewichts lebhaft wünscht, und es gerne sehen würde, wenn Frankreichs Macht sich nicht weiter ausdehnte. Uebrigens habe ich nichts wahrgenommen, was eine zwischen beiden Mächten verabredete Uebereinkunft anzeigte, doch halte ich sie im Princip hierüber einverstanden. Man hat hier keine Nachrichten über Ostpreußen. Man weiß weder etwas vom General York, noch vom Herrn von Stein. Der Graf von Haugwitz ist hier, blos um dem König seine Aufwartung zu machen. [1])

In der diesem Berichte beiliegenden Note Hardenberg's wurden zur Förderung von Friedensunterhandlungen dem französischen Cabinet Vorschläge gemacht.

Dem Könige ist der Gedanke gekommen, daß nichts das große Friedenswerk mehr fördern würde als ein Waffenstillstand, nach welchem die russischen und französischen Heere eine Strecke weit sich zurückzögen, und indem sie einen Landstrich zwischen sich ließen, eine sie scheidende Linie bestimmten. Würde Se. kaiserl. Majestät geneigt sein, eine derartige Maßregel zu treffen? Würde Sie einwilligen, die Bewachung der Festungen an der Oder, Pillau und Danzig, den Truppen des Königs, was jedoch letzteres betrifft, in Gemäßheit des Vertrags von Tilsit, gemeinschaftlich mit sächsischen Truppen zu überlassen, während der Kaiser Alexander alle seine Truppen hinter die Weichsel zurückzöge? [2])

Hinsichtlich der für Lieferungen an das französische Heer geforderten Summe hatte das preußische Cabinet erklärt, für jetzt mit der Hälfte sich begnügen zu wollen, nur bitte man dringend um sofortige Auszahlung derselben.

Allein diese Versuche Preußens, seine Lage auf friedlichem Wege zu verbessern, wären auch dann erfolglos geblieben, wenn die Macht der Ereignisse nicht unmittelbar darauf dasselbe auf die Seite Rußlands geführt hätte. Napoleon dachte nicht daran Frieden zu schließen, sondern brannte vor Begier, seine Niederlage durch neue Siege vergessen zu machen. Sein Machtgebiet im Hinblick auf die drohenden Verhältnisse freiwillig zu beschränken, verhinderte ihn sein Stolz und die unerschütterliche Zuversicht, daß es ihm endlich doch gelingen werde, alle seine Feinde zu demüthigen und Europas Oberherr zu bleiben. Abgesehen davon, daß die fraglichen Festungen ebenso viel Pfänder für Preußens Abhängigkeit von ihm waren, sollten sie dem

---

[1]) Correspondance inédite, VII, 458—63.
[2]) Fain, I, 237.

gegen Rußland zu erneuernden Angriff als Stützpunkte dienen. Uebrigens war er sich wohl bewußt, Preußen zu hart behandelt zu haben, um es nicht für einen widerwilligen Bundesgenossen zu halten, dessen Fesseln zu lockern gefährlich sei, weil es dann die sich darbietende Gelegenheit benutzen würde, um dieselben völlig zu brechen. Da er es außer Stande wähnte ihm zu schaden, so glaubte er gegen die preußische Regierung, welche er nur als eine von seinem Willen abhängige Vollstreckerin seiner Befehle ansah, seine Nichtachtung zeigen zu dürfen, indem er die von ihr gemachten Anerbietungen und Vorschläge nicht einmal einer Antwort würdigte.

Napoleon's Absicht, Preußen zu vernichten, ging deutlich genug aus der Art hervor, wie er es muthwillig zum ungleichen Kampfe gegen Frankreich gereizt, und nach der Besiegung durch die Bedingungen des Tilsiter Friedens so geknebelt hatte, daß er ihm jeder Zeit den Todesstoß geben zu können glaubte. Schon im J. 1807 würde Preußen aus der Reihe der europäischen Mächte verschwunden sein, wenn es Napoleon damals nicht für zweckmäßig gehalten hätte, auf den Wunsch des Kaisers Alexander hiervon bis auf weiteres abzusehen. Zwar sprach er erst nach seinen Siegen bei Lützen und Bautzen jene Absicht offen gegen Oesterreich aus, um theils durch Einschüchterung, theils durch verheißene Vortheile dessen Unterstützung gegen die Verbündeten zu erlangen; allein es sind Zeugnisse vorhanden, daß nicht etwa erst der Zorn über Preußens Abfall von dem französischen Bündnisse den Entschluß, Preußen zu vernichten, in Napoleon hervorgerufen habe, sondern daß derselbe längst gefaßt war und er nur der passenden Gelegenheit zur Ausführung harrte.

Eins dieser Zeugnisse liefert folgende Stelle eines Schreibens des englischen Gesandten in Stockholm, Edward Thornton, an Lord Castlereagh, welcher damals Englands auswärtige Angelegenheiten leitete. Unter dem 27. Jan. 1813 schrieb jener an letztern:

Hinsichtlich des erwähnten Versuchs, den König von Preußen hinwegzuführen, worüber in der Depesche aus Berlin vom 19. v. M. vom Herrn von Taube Bericht erstattet worden ist, versichert mir der Kronprinz (von Schweden), welcher mich mit dieser Abschrift versehen hat, daß er für seine Person, trotz der zweifelhaften Weise, in der Herr von Taube davon spricht, nicht im geringsten die Absicht hierzu bezweifle. Er habe vor mehr als drei Monaten gegen Herrn von Tarrach geäußert: derselbe möge über den König wachen und Se. Majestät ersuchen, sich soviel als möglich in der Mitte seiner Truppen aufzuhalten, da er wisse, daß Bonaparte's Absicht sei, falls der Feldzug gegen Rußland glücklich ablaufe, sich der preußischen Königsfamilie zu bemächtigen und das französische Reich bis zur Oder auszudehnen.[1])

[1]) Lord Castelreagh's Denkschriften, deutsch bearbeitet von Dr. Frankenberg, III, 162.

Auch der Erzbischof von Mecheln, de Pradt, bezeichnet in der Darstellung seiner Gesandtschaftsreise nach Warschau im J. 1812 Napoleon's Stimmung gegen Preußen als äußerst feindselig. Er wurde dahin gesandt, um die Polen durch die Aussicht auf die politische Wiederherstellung ihres Vaterlandes für Napoleon's Krieg gegen Rußland zu begeistern, zweifelte aber schon vor seiner Abreise daran, daß es Napoleon's ernstliche Absicht sei, diese von ihm erregte Hoffnung zu verwirklichen.

In Dresden, wohin de Pradt wegen dieser ihm zu übertragenden Gesandtschaft am 24. Mai 1812 vom Kaiser der Franzosen berufen wurde, äußerte sich letzterer zwar auf de Pradt's Frage über das von ihm zu beobachtende Benehmen gegen Oesterreich und Preußen, welche noch Stücke vom ehemaligen Polen besaßen und Frankreichs damalige Verbündete waren, in unbestimmter Weise, gab jedoch zu verstehen, wenn er mit Rußland zu Ende gekommen sei, werde er auch mit Oesterreich schon fertig werden; es müsse entweder Illyrien annehmen, oder ganz auf eine Entschädigung verzichten. Mit Bestimmtheit hob er hervor, daß er noch nicht wisse, wem er das in seinem frühern Umfange wiederhergestellte Königreich Polen geben werde. Hinsichtlich Preußens, über welches Napoleon stets mit der tiefsten Verachtung sprach, ließ er seinem Gesandten keinen Zweifel darüber, daß er dessen Könige das eigentliche Preußen und Schlesien zur nehmen entschlossen sei.[1])

Um Beschönigungsursachen für die Beraubung seines Bundesgenossen wäre Napoleon ebenso wenig verlegen gewesen, als hinsichtlich seines Verfahrens gegen die spanische Königsfamilie.

Obschon an Napoleon's feindlicher Gesinnung gegen Preußen nicht zweifelnd, scheute sich doch König Friedrich Wilhelm vor dem letzten entscheidenden Schritt, womit er das dem Kaiser von Rußland angebotene Bündniß gegen Frankreich förmlich abschließen und den Kampfplatz betreten sollte. Mangelndes Selbstvertrauen und die herben Erfahrungen, welche er im letzten Kriege gegen Napoleon gemacht, erklärten seine Abgeneigtheit, den Kampf mit dem gefürchteten Kaiser der Franzosen zu erneuern. Am liebsten wäre er parteilos geblieben, um so für die Beendigung des Krieges wirken zu können. Daß er auf ein bereits im December 1812 eingetroffenes Schreiben des Kaisers von Oesterreich nicht viel Rücksicht nahm, in welchem dessen Versicherung, sein Interesse von demjenigen Preußens

---

[1]) De Pradt, S. 56.

nicht trennen zu wollen, und der Rath enthalten war: Preußen möge die Anstrengungen des Kaisers von Rußland gegen Napoleon unterstützen [1]), beweiset nur, daß er den Werth dieser Eröffnungen richtig würdigte, welche zwar Feindseligkeit gegen Napoleon bekundeten, worin aber keinerlei Verpflichtung, ihn ebenfalls sofort zu bekämpfen, ausgesprochen war.

Selbst die Kampflust seines Volks, welches in dem Gefühl, jetzt oder nimmer sei die verlorene Unabhängigkeit wieder zu erringen, kaum noch durch vertröstendes Abmahnen der Behörden vom Aufstande gegen die Franzosen abzuhalten war, hatte den König bisher zur Kriegserklärung gegen Frankreich nicht zu bestimmen vermocht; und schwerlich würde er sich jemals dazu entschlossen haben, hätte Napoleon den Rath St.-Marsan's befolgt, welcher dahin ging: des Königs Besorgnisse, Napoleon sinne auf die Vernichtung des preußischen Staats, zu zerstreuen, und ihm für das Beharren bei dem Bündnisse mit Frankreich beachtungswerthe Zusicherungen zu machen.

Nachdem der Kaiser von Rußland am 24. Febr. 1813 an der Spitze seiner Truppen in Kalisch angekommen war, schrieb er wiederholt an den König, um ihn durch die Verheißung der Wiederherstellung Preußens zu bewegen, sich mit ihm gegen Napoleon zu verbinden. Als es nun galt, das früher von ihm selbst gewünschte und dem Kaiser Alexander angebotene Bündniß endgültig abzuschließen, zögerte Friedrich Wilhelm dennoch die verlangte Erklärung abzugeben, bis man ihm die Möglichkeit zeigte: es könne bei längerer Zögerung von seiner Seite eine einzusetzende provisorische Regierung die als nothwendig erkannte Kriegserklärung gegen Frankreich aussprechen. Da erst entschloß er sich hierzu, und die eine Stunde später erfolgte Unterzeichnung des Bundesvertrags von Kalisch bewies, wie alles hierzu längst vorbereitet war. [2]) Aus diesem Umstande erhellt aber zugleich, daß Friedrich Wilhelm's Zögerung nicht in den Bedingungen des Bündnisses — denn diese hätte man in so kurzer Zeit kaum entwerfen, geschweige denn genehmigen können —, sondern in der Besorgniß vor den möglicherweise unglücklichen Folgen desselben ihren Grund hatte. Siegte nämlich Napoleon, so war nun mit Bestimmtheit sein Machtspruch zu erwarten: „Das Haus Hohenzollern hat aufgehört zu regieren.“

Der Friedens- und Bundesvertrag zwischen Preußen und Rußland wurde am 27. Febr. zu Breslau vom preußischen Staatskanzler

[1]) De Norvins portefeuille de 1813, I, 107.

[2]) Sir Robert Wilson, Tableau de la puissance de Russie, S. 33.

von Hardenberg, und am folgenden Tage zu Kalisch vom russischen Feldmarschall Fürsten Kutusow unterzeichnet.

Das Bündniß war auf Angriff und Vertheidigung gegen Frankreich und auf Wiederherstellung Preußens gerichtet. (Art. I, II.)

Rußland sollte 150000, Preußen 80000 Mann ins Feld stellen, der Feldzug unverzüglich verabredet werden, und die Mitwirkung der verfügbaren preußischen Truppen sofort beginnen. (Art. III—V.)

Weshalb Preußen nicht ein ebenso starkes Heer wie Rußland aufzustellen sich verbindlich machte, da seine Streitkräfte, wie gezeigt werden wird, die russischen sogar bedeutend an Zahl übertrafen, ist um so unbegreiflicher, als es hierdurch freiwillig in dem falschen Lichte erschien, als leiste es weniger, und könne daher auch nicht auf gleichen Rang und gleiche Vortheile Anspruch machen. Auch beim Abschluß des Vertrags von Reichenbach wurde dies der Wirklichkeit nicht entsprechende Verhältniß merkwürdigerweise als bestehend betrachtet, und der preußischen Regierung nur halb soviel an Hülfsgeldern bewilligt, als dem Kaiser von Rußland. Auch in dieser Beziehung bewies Hardenberg sich seiner hohen Stellung durchaus nicht gewachsen.

Die beiden contrahirenden Mächte verpflichteten sich ferner, keinen einseitigen Vertrag irgendeiner Art mit dem Feinde abzuschließen, sondern völlig gemeinsam zu handeln, und den wiener Hof so schnell als möglich zum Beitritt zu bewegen. Auch sicherte der Kaiser von Rußland seine Vermittelung hinsichtlich eines von Preußen mit England einzugehenden Bündnisses zu. (Art. VI—VIII.)

Verträge, welche die gegenseitigen Handelsverhältnisse, den Marsch und die Verpflegung der Truppen beträfen, sollten abgeschlossen, die Vertragsartikel geheim gehalten, und so schnell als möglich von beiden Monarchen genehmigt werden.

Die beiden geheimen Zusatzartikel aber, von allen die wichtigsten, lauteten wörtlich folgendermaßen:

Art. I. Da die völlige Sicherheit und Unabhängigkeit Preußens nur dadurch dauerhaft wiederhergestellt werden kann, daß man ihm die Stärke, welche es vor dem Kriege von 1806 wirklich hatte, wiedergibt, so verpflichtet sich Se. Majestät der Kaiser aller Reußen, welcher in dieser Beziehung in seinen amtlichen Erklärungen den Wünschen Sr. Majestät des Königs von Preußen zuvorgekommen ist, durch gegenwärtigen geheimen und besondern Artikel, die Waffen so lange nicht niederzulegen, als Preußen nicht in einer Weise wiederhergestellt ist, die seinen statistischen, geographischen und finanziellen Verhältnissen vor dem angeführten Zeitpunkte entspricht.

Zur Bewerkstelligung dessen verspricht Se. Majestät der Kaiser aller Reußen auf die feierlichste Weise, alle diejenigen Erwerbungen, welche durch Waffengewalt und Unterhandlung in Norddeutschland gemacht werden können, mit Ausnahme jedoch der alten Be-

sitzungen des Hauses Hannover, zu den Aequivalenten zu verwenden, die im Interesse beider Staaten und zur Vergrößerung Preußens von den Umständen erfordert würden.

Bei Ordnung alles dessen wird der Zusammenhang und die Abrundung, welche nöthig sind, um einen unabhängigen Staatskörper herzustellen, zwischen den Provinzen, die unter preußische Herrschaft zurückkehren sollen, gewahrt werden.

Art. II. Um dem vorhergehenden Artikel diejenige Bestimmtheit zu verleihen, welche dem vollkommenen Einverständnisse der beiden hohen vertragschließenden Theile entspricht, verbürgt Se. Majestät der Kaiser aller Reußen Sr. Majestät dem Könige von Preußen außer seinen gegenwärtigen Besitzungen noch besonders Alt-Preußen, mit welcher Provinz ein Landstrich verbunden werden soll, der sie in allen, sowol militärischen als geographischen Beziehungen mit Schlesien vereint.[1])

Hiermit wurde also vom Kaiser Alexander seinem Verbündeten, dem Könige Friedrich Wilhelm, zwar die Wiedererhebung Preußens zu der Stärke, welche es vor dem Kriege von 1806 hatte, feierlich zugesichert, aber nicht die Zurückerstattung seiner durch den Frieden von Tilsit verlorenen Besitzungen. Von den damals abgetretenen polnischen Provinzen sollte es nur einen, seinem Umfange nach nicht einmal bestimmten Landstrich zurückerhalten, welcher das eigentliche Königreich Preußen in militärischer und geographischer Beziehung mit Schlesien in Verbindung setze. Als völlige Entschädigung — denn das Wort „Vergrößerung" war ja auf Preußens Gebietszustand im J. 1813 beziehbar — werden ihm alle durch Waffengewalt und Unterhandlung in Norddeutschland zu machende Erwerbungen außer Hannover versprochen, also Landstriche, von denen es ungewiß war, ob und in welchem Umfange sie zu dem fraglichen Zwecke erlangt werden würden. Dagegen waren die ehemaligen polnischen Provinzen Preußens bereits von dem russischen Heere besetzt. Preußen verzichtete also auf genau bestimmte und bereits zur Verfügung stehende Provinzen gegen das bloße Versprechen einer Entschädigung, deren Gegenstand, ja deren Verwirklichung unbestimmt war. Rußland sorgte mit einem Worte früher dafür, Preußens Einwilligung in die auf seine Kosten zu geschehende Vergrößerung des russischen Gebiets zu erhalten, bevor es versprach, für den Ersatz des eben hierdurch hauptsächlich entstehenden Gebietsverlustes Preußens besorgt sein zu wollen.

Dieser auffallende Umstand, daß ein Bundesgenosse ein dem anderen entrissenes Besitzthum in Anspruch nahm, ohne demselben dafür etwas anderes als ein Versprechen zu gewähren,

---

[1]) De Martens, a. a. O., III, 566.

dessen Erfüllung vom Kriegsglück abhing — daß er ihn also nicht auf dem Fuße der Gleichheit behandelte, sondern dessen Vortheil seinem eigenen unbedingt nachstellte —, würde nur dann durch die Verhältnisse zu rechtfertigen sein, wenn Rußlands Beistand von weit größerm Werth für Preußen gewesen wäre, als derjenige Preußens für Rußland. Dies war aber nicht der Fall. Ohne den Entschluß des preußischen Generals von York und die begeisterte Stimmung der Provinz Preußen, dessen Stände, ohne des Königs Befehle zu erwarten, 30000 Mann „zur Vertheidigung des Vaterlandes" bewaffneten, hätte das russische Heer nicht wagen dürfen die preußische Grenze zu überschreiten, und der Rückzug der Franzosen hätte am Niemen geendet. Dem Kaiser Alexander mußte alles daran gelegen sein, durch ein Bündniß mit Preußen den Krieg von seinen Grenzen zu entfernen, denn es war mit Bestimmtheit zu erwarten, daß Napoleon, nach Rache dürstend, in kurzem mit einem neuen Heere herbeieilen werde, um Rußland zu einem demüthigenden Frieden zu zwingen. War doch seine Ueberlegenheit im Felde unbestreitbar, und vor den im Uebermuth begangenen Fehlern, welche seine Niederlage herbeigeführt hatten, würde er voraussichtlich das nächste mal sich gehütet haben.

Für Preußen lag zwar in dem Bündnisse mit Rußland die einzige Möglichkeit, das auf ihm lastende französische Joch zu brechen; allein die Gefahr, in dem Kampfe mit Napoleon zu unterliegen, war einerseits um so größer, als nicht das russische Schwert, sondern Mangel, zu große Anstrengungen und Kälte dessen Niederlage herbeigeführt hatten, andererseits fast alle preußische Festungen in französischer Gewalt waren. Wurde Preußen abermals besiegt, so war sein politischer Untergang unvermeidlich. Friedrich Wilhelm setzte seine Krone für die Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit und frühern Macht aufs Spiel, indem er sich mit Alexander verband. Dieser, bereits im Kriege mit Napoleon, hatte dagegen vom preußischen Bündnisse den gewissen Vortheil, daß er dadurch Napoleon's Angriff auf seine Staaten hinderte, und seine Aussicht auf Sieg vermehrte, indem er nicht nur durch das preußische Heer seine Streitkräfte verdoppelte, sondern auch hoffen durfte, durch schnelle Benutzung des Sieges das übrige Deutschland und Oesterreich zu Bundesgenossen gegen seinen furchtbaren Feind zu gewinnen. Wie sehr das russische Heer durch den eben beendigten Feldzug zusammengeschmolzen war, erhellt aus dem Umstande, daß das Hauptheer unter Kutusow nur 17000 Mann, sämmtliche russische Streit-

kräfte, als sie an Preußens Grenzen ankamen, nur etwa 48000 Mann betrugen, während die alten Truppen, welche den Kern des preußischen Heeres bildeten, auf 46000 sich beliefen, dasselbe aber durch neue Aushebungen bald auf 277000 Mann anwuchs. Eine solche Zahl hat das russische Heer während des ganzen Feldzugs nie erreicht. Freilich gaben die Russen ihre Truppenzahl weit über den wirklichen Betrag an, und ihre nach preußischen Verhältnissen sehr zahlreichen Offiziere begünstigten das zeitweilige Gelingen der Täuschung; allein daß ihre im Felde stehenden Truppen weit schwächer waren als das preußische, durch neue Aushebungen bereits vermehrte Heer, war augenscheinlich.

In den äußern Verhältnissen beider Mächte lag also nicht die Ursache eines so ungleichen Vertrags, vielmehr wäre Preußen aus den angeführten Gründen berechtigt gewesen, die günstigsten Bedingungen von Rußland zu beanspruchen, weil sein Vortheil aus dem Bündnisse ungewiß, derjenige Rußlands aber gewiß war; ferner weil die Leistungen beider Theile zur Erreichung des Bundeszwecks mindestens sich ausglichen. Die Ursachen lagen vielmehr in der Leichtfertigkeit und Unbesonnenheit des preußischen Staatskanzlers von Hardenberg, in der diplomatischen Geschicklichkeit Alexander's und der Ungeduld des preußischen Volks, gegen Frankreich die Waffen zu ergreifen. Ursprünglich soll auch Rußland darein gewilligt haben, daß die unbedingte Wiedereinsetzung Preußens in seinen Länderbesitz von 1806 der Lohn für sein Bündniß mit ersterm sei. Der Kreis von Bialystock, welchen Alexander im Frieden von Tilsit aus den seinem unglücklichen Bundesgenossen entrissenen polnischen Provinzen als ein Geschenk Napoleon's anzunehmen und seinem Reiche einzuverleiben kein Bedenken getragen hatte, sei allein ausgenommen gewesen.[1])

Je weniger Alexander Anstoß genommen hatte, auf solche Weise sein Gebiet zu vergrößern, desto mehr Veranlassung hatte das preußische Cabinet, bei Abschluß eines neuen Bundesvertrags mit demselben die äußerste Vorsicht anzuwenden. Nichtsdestoweniger war es so unvorsichtig, auf Alexander's Vorschlag, das ehemalige preußische Polen gegen deutsche Landstriche von demselben Werthe zu vertauschen, schon zu einer Zeit einzugehen, wo man noch nicht wußte, ob solche je hierzu verfügbar werden würden. Freilich war der Wunsch eines solchen Umtausches an sich vollkommen gerechtfertigt,

---

[1]) Lord Castlereagh's Denkschriften, V, 283.

weil die Kraft eines Staats um so größer ist, je gleichartiger seine Bestandtheile sind. Man hätte sich aber preußischerseits zu dem Versprechen des Umtausches nur für den Fall verstehen sollen, wo man nach bereits erfolgter Eroberung passender Landstriche jenes Vortheils sicher war. Entschloß sich Preußen dennoch dazu, auf die Wiedererlangung des größten Theils seiner polnischen Provinzen gegen die unsichere Ueberweisung noch zu machender Eroberungen sofort zu verzichten, so mußte wenigstens derjenige polnische Landstrich (nebst Danzig und Thorn), dessen Zurückerstattung es sich zu besserer Verbindung Ostpreußens und Schlesiens als unerlaßlich ausbedung, zur Vermeidung künftigen Zwistes genau bestimmt werden. Denn war Rußlands Begehrlichkeit jetzt, wo noch Napoleon's erneuter Einfall zu fürchten war, schon so groß, daß es seiner Lust sich auf Kosten seines Bundesgenossen zu bereichern keine bestimmte Grenze setzen wollte, so konnte man hieraus schließen, daß sie nach erlangtem Siege noch größer sein, und daß es dahin trachten werde, jenen unbestimmt gebliebenen Landstrich so eng als möglich zu begrenzen.

Der russischen Ueberredungskunst gelang es jedoch alle Bedenken des preußischen Staatskanzlers zu beseitigen, indem sie die Verwirklichung ihrer Verheißungen als zuverlässig darzustellen wußte. Aus Kaiser Alexander's Aeußerungen gegen den Gesandten Friedrich Wilhelm's, den Obersten von Knesebeck, im Lager von Chlodowa und aus den Mittheilungen, welche der Kronprinz von Schweden dem preußischen Gesandten zu Stockholm machte, weiß man, daß der preußischen Regierung für das ihr ehemals zugehörige Polen schon damals unter anderm ein Theil, oder nach Befinden das ganze Königreich Sachsen als Entschädigung in Aussicht gestellt worden war. Da im Vertrage von Kalisch die Besitzungen des welfischen Hauses ausdrücklich ausgenommen wurden, Holstein damals nicht zu Deutschland gehörte und Alexander Erbrechte darauf besaß, Schwedisch-Pommern endlich das Besitzthum einer verbündeten Macht war, so ergibt sich schon von selbst, daß unter den verheißenen Eroberungen in Norddeutschland Sachsen vorzugsweise gemeint war. Ueber Rußlands derartige Verheißung hat man sich freilich nicht zu wundern, wohl aber, daß Preußen ihr irgendeinen Werth beilegte; denn abgesehen von der Ungewißheit des Kriegsglücks war es doch offenbar, daß wenn der König von Sachsen der von Rußland und Preußen an die deutschen Fürsten zu erlassenden Aufforderung sich ihnen anzuschließen ohne weiteres Folge leistete, es ja an jedem Vorwande fehlte, ihn eines Theils seines

Landes zu berauben. Hätte man dies dennoch unternommen, so wäre hierdurch der Plan, die übrigen Rheinbundfürsten von Napoleon abwendig zu machen, vereitelt worden, weil diese, ein ähnliches Schicksal befürchtend, jener Aufforderung keine Folge geleistet haben würden. Wie überrascht der Kaiser von Rußland selbst von der Annahme seiner Vorschläge durch das preußische Cabinet gewesen sein mag, erhellt aus seinem an den Fürsten Czartoryiski am 13. Jan. 1813 gerichteten Briefe, welcher von den österreichischen Truppen aufgefangen wurde. Denn in demselben kommt die Stelle vor:

Ein vorzeitiges Bekanntwerden meiner Absichten auf Polen würde Oesterreich und Preußen völlig in Frankreichs Arme treiben. Ein solches Ergebniß ist durchaus zu verhüten, und zwar um so mehr, als diese beiden Mächte schon die besten Gesinnungen gegen mich zeigen.[1])

Obschon Alexander's Umgebung mit fast alleiniger Ausnahme Stein's und Pozzo di Borgo's dafür war, die russischen Heere sollten an der Weichsel stehen bleiben, und nur die jenseits derselben liegenden preußischen und polnischen Provinzen, welche dem russichen Reiche einzuverleiben seien, behaupten: so erkannte Alexander recht wohl, daß Napoleon nie unter solchen Bedingungen mit ihm Frieden schließen, sondern bedacht sein werde, durch Besiegung Rußlands das Andenken an seine Niederlage zu verwischen. Deshalb suchte Alexander neue Bundesgenossen, um den gefürchteten Angriff auf seine Staaten zu verhüten. Erst nachdem dies gelungen war, konnte er hoffen die russischen Grenzen zu erweitern.

Nun ist zwar nicht zu leugnen, daß die lange Zögerung des Königs von Preußen, sich zur Bekämpfung Napoleon's mit Rußland zu verbinden, den Stand der Dinge auf einen Punkt geführt hatte, von dem Kaiser Alexander glaubte, das Bündniß Preußens mit ihm sei eine politische Nothwendigkeit geworden, und er vermöge demselben die Bedingungen vorzuschreiben. Allein eine größere Entschlossenheit und Vorsicht des Königs und seines Staatskanzlers hätte auch jetzt noch weit vortheilhaftere Bedingungen für Preußen erlangen können, zumal es gelungen war, bisher mit dem französischen Gesandten im besten Vernehmen zu bleiben. Preußen war stark genug den Russen zu widerstehen, und entschloß sich der König, durch Alexander's Unbilligkeit dazu gezwungen, an dem französischen Bündnisse festzuhalten, so lieferte er ja, trotz allem, was geschehen war, den glänzendsten Beweis, daß Napoleon ihm künftig als Bundesgenossen vertrauen könne.

---

[1]) Bignon, Histoire de France, XI, 421.

Damit wäre auch dessen Mistrauen und Feindseligkeit gegen Preußen verschwunden, welche nur in seiner Ueberzeugung wurzelten: letzteres würde die erste Gelegenheit zum Kampfe gegen ihn benutzen. Alexander mußte sich daher hüten die Dinge auf die Spitze zu treiben.

Noch am 30. Aug. 1812, wo er mit dem Kronprinzen von Schweden den Vertrag zu Åbo schloß und demselben für seinen Beistand Norwegen verhieß, begnügte er sich, die Weichsel als künftige Grenze seines Reichs dagegen auszubedingen. Zur Verwirklichung dieser Verabredung war aber eine siegreiche Beendigung des Krieges mit Frankreich nöthig. Nun hatte zwar der erste Feldzug gegen Napoleon ganz unerwartete Erfolge gehabt, allein stärkte sich Rußland nicht durch neue Bündnisse, so war die Behauptung der erlangten Vortheile nicht zu erwarten, und Alexander war klug genug dies einzusehen. Deshalb hätte er billigen und mit Entschiedenheit geltend gemachten Forderungen Preußens jedenfalls sich gefügt. Da aber Hardenberg Preußens Macht im Vertrage zu Kalisch geringer erscheinen ließ als sie war, so ist es nicht zu verwundern, daß Alexander dasselbe nicht als gleichberechtigten Bundesgenossen, sondern als Schutzbefohlenen behandelte. Die Folgen der beim Abschluß dieses Vertrags begangenen Fehler waren um so verhängnißvoller, als Hardenberg's Leichtsinn auch spätere Gelegenheiten sie zu verbessern in unverantwortlicher Weise versäumte.

Fünfter Abschnitt.

Hardenberg erklärt dem französischen Gesandten, daß Preußen sich mit Rußland gegen Frankreich verbunden habe. Friedrich Wilhelm's Aufruf an sein Volk, und seine Ansprache an die Bewohner der von ihm im Frieden von Tilsit abgetretenen deutschen Länder. Preußisch-russische Uebereinkunft von Breslau. Kutusow's Aufruf an die Deutschen. Von den Rheinbundstaaten tritt nur Mecklenburg zu den Verbündeten über.

Der kalischer Vertrag konnte nicht so lange verborgen bleiben, als der König von Preußen es wünschte. Der festliche Empfang Wittgenstein's, welcher am 11. März mit 18000 Mann an der Seite des Prinzen Heinrich von Preußen, Bruders des Königs, in Berlin einzog, und die am Abend des 15. März erfolgte Ankunft des Kaisers Alexander in Breslau ließen dem dort weilenden französischen Gesandten keinen Zweifel mehr übrig, daß zwischen den beiden Fürsten ein förmliches Einverständniß bestehe. Das preußische Cabinet zögerte daher auch nicht länger mit einer amtlichen Erklärung über den von ihm gefaßten, und schon öffentlich bethätigten Entschluß. Hardenberg gab sie in seiner Note vom 16. März mit folgenden Worten:

„Der unterzeichnete Staatskanzler hat vom Könige so eben den Befehl erhalten: Sr. Excellenz dem Herrn Grafen von St.-Marsan, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen, Königs von Italien, folgende Auseinandersetzung zu machen. Der König hatte bei seinem ganzen Verhalten seit dem Frieden von Tilsit sein Augenmerk zunächst darauf gerichtet, seinen Völkern einen Zustand der Ruhe wieder zu geben, der ihnen erlaube, sich allmählich von dem Unglück und den Verlusten ohne Zahl, welche sie erfahren hatten, wieder zu erheben. In dieser Absicht erfüllte er mit Pünktlichkeit, soweit es seine Mittel gestatteten, die Verpflichtungen, die er durch diesen Vertrag einzugehen gezwungen war. Er hat mit der Selbstverleugnung, welche ihm von den

Umständen geboten wurde, alle die willkürlichen Erpressungen, die verschiedenartigen Eingriffe in seine Rechte, deren Gegenstand die Provinzen fortwährend waren, die ungeheuern Lasten, welche auf diese gehäuft wurden, ertragen. Er hat nichts vernachlässigt, um endlich zwischen sich und der französischen Regierung ein aufrichtiges Zutrauen zu begründen, und so dieselbe zu Maßregeln der Gerechtigkeit und Billigkeit, auf die er sich stets vergebens berief, geneigt zu machen.

Seit der Norden Europas sich von einem neuen Kriege bedroht sah, nahm der König die Stellung ein, die ihm gebieterisch vorgeschrieben wurde durch die mitten inne befindliche, und keine Parteilosigkeit zulassende Lage seiner Staaten, sowie durch die gewisse Aussicht auf Maßregeln der Verwüstung, welche sie von seiten Frankreichs zu erwarten hatten, wenn verweigert wurde, was man von ihm forderte. Er ergab sich also darein, die höchst lästigen, ganz außer Verhältniß zu den Kräften des Landes stehenden Verbindlichkeiten zu übernehmen, zu denen er durch den Bundesvertrag vom 24. Febr. und die ihm beigefügten Uebereinkünfte genöthigt ward, und zwar in der Hoffnung: für Preußen eine dauerhafte Stütze und im Falle der Nothwendigkeit ihm jenen wirksamen Beistand gesichert zu haben, dessen Bedürfniß es nach so vielem Unglücke täglich mehr empfand; in der Hoffnung also, daß die französische Regierung, der Treue entsprechend, mit welcher der König sich vornahm seine Verpflichtungen zu erfüllen, ihrerseits mit derselben Gewissenhaftigkeit die Verbindlichkeiten erfüllen werde, welche sie gegen ihn eingegangen war.

Schmerzliche Erfahrung belehrte ihn nur zu bald, daß diese Regierung solche Absichten nicht hege. Während der König die verabredete Zahl von Truppen stellte, welche das ausbedungene Hülfscorps bilden sollten, während diese Truppen ihr Blut für Frankreichs Sache mit einer Tapferkeit vergossen, der selbst der Kaiser gerechte Anerkennung nicht versagt hat, während man im Innern des Landes durch außerordentliche Anstrengungen sich den ungeheuern Lieferungen und Leistungen aller Art unterzog, womit die Bewohner unaufhörlich bedrückt wurden, kam Frankreich in keiner Beziehung den übernommenen Verpflichtungen nach, deren pünktliche Erfüllung allein den Ruin des Landes und seiner Einwohner verhüten konnte. Es war ausbedungen, daß die Besatzung von Glogau, vom Datum des Vertrags an gerechnet, auf Frankreichs Kosten und mit dessen Vorräthen versorgt werden solle, und ebenso diejenigen von Küstrin und Stettin von da an, wo die Kriegssteuer völlig berichtigt sein werde. Diese war seit dem Monate Mai des letzten Jahres durch die geleisteten Lieferungen sogar mehr als berichtigt. Dennoch blieb Preußen mit dem Unterhalte dreier Besatzungen belastet, ohne daß irgendwelche Vorstellungen das hätten bewirken können, was die Gerechtigkeit und der Buchstabe des Vertrags forderten. Man hatte sich mindestens geschmeichelt, daß, dem jüngst gegebenen Versprechen des Kaisers zufolge, der diese Festungen umgebende Landstrich, wie das preußische Gebiet überhaupt, von allen erzwungenen Ausschreibungen befreit sein werde; aber in demselben Augenblicke, wo man sich dieser Hoffnung überlassen durfte, erhielten die Befehlshaber volle Ermächtigung, zehn Meilen im Umkreise der Festung alles, dessen sie sich benöthigt glaubten, wegzunehmen, und wurde dies auch mit der zu erwartenden Gewaltthätigkeit vollzogen. Man war übereingekommen: es solle die Berechnung der durch Lieferungen aller Art gemachten Vorschüsse Preußens von drei Monaten zu drei Monaten geordnet, und deren Betrag bei Beendigung des Feldzugs bezahlt werden. Allein man erlangte nicht einmal, daß diese Rechnungen geprüft wurden. Als der Kostenbetrag schon zu sehr starken Summen angewachsen war, deren Belege man jeden Augenblick herbeizuschaffen sich bereit hielt, — als derselbe am Ende des Jahres auf 94 Millionen Francs gestiegen war, konnten die

dringendsten Bitten nur eine Abschlagszahlung bewirken, obschon der König seine Forderung vorläufig auf eine die Hälfte noch nicht erreichende Summe beschränkt, und deren dringendes und durchaus unerläßliches Bedürfniß vollkommen nachgewiesen hatte.

Die Clausel des Bundsvertrags, welche einem Theile Schlesiens Parteilosigkeit sicherte, mußte nach den stattgefundenen Ereignissen wirkungslos bleiben, wenn Rußland seinerseits nicht damit einverstanden war, und dieses Einverständniß setzte voraus, daß man hierüber Unterhandlungen anknüpfe. Nichtsdestoweniger ließ der Kaiser erklären: er könne nicht darein willigen, daß der König einen Bevollmächtigten an den Kaiser Alexander sende, und indem er also das diesfalls Ausbedungene völlig werthlos machte, beseitigte und vernichtete er es thatsächlich. Außerdem wurden neue Eingriffe in die unbestreitbarsten Rechte gemacht durch Maßregeln, welche man hinsichtlich des in Pommern unter dem Generale Bülow in Bildung begriffenen Truppenkörpers sich erlaubte, indem man diesen anwies, sich mit der Division des Herzogs von Belluno zu vereinigen, und ihn ohne vorherige Genehmigung Sr. Majestät unter die Befehle des Marschalls stellte. Von derselben Willkür zeugte das Verbot aller Truppenaushebungen in den, von den Franzosen besetzten preußischen Staaten, welches, ohne Se. Majestät hiervon zu benachrichtigen, auf Befehl Sr. kaiserl. Hoheit des Prinzen, Vicekönigs von Italien, bekannt gemacht wurde. Ohne Zweifel erlitt die Selbständigkeit eines befreundeten Fürsten nie einen furchtbarern Eingriff.

Man darf die traurigen Einzelnheiten von dem soeben Erwähnten um so mehr übergehen, weil sie Sr. Excellenz und dem Herrn Herzoge von Bassano durch die zahlreichen Beschwerden, deren Gegenstand sie abgegeben haben, vollkommen bekannt sind. Uebrigens ist Herr General von Krusemark beauftragt, dem Minister eine ausführliche Note über jene Menge von Verletzungen zuzustellen, welche klar beweisen, daß die französische Regierung Preußen von dem Inhalte der gegenseitigen Verbindlichkeiten entbunden hat, indem sie keiner der, Preußen günstigen Bestimmungen des Bundesvertrags Rechnung trug, obschon diese nicht weniger dessen wesentliche Bestandtheile bildeten, und ohne dieselben Preußen, mochten auch die Folgen sein welche sie wollten, die ihm darin auferlegten Verpflichtungen nicht übernehmen gekonnt hätte.

Die Lage, in welcher Preußen infolge dieser Umstände und der Ereignisse des Herbstes und Winters überhaupt sich befunden hat, ist niemandem unbekannt. Sich selbst überlassen, ohne Hoffnung wirksamer Unterstützung von einer Macht, mit welcher es sich verbunden hatte, von der es aber nicht einmal das, was ihm nach strengster Gerechtigkeit zukommt, und was zu bewilligen in deren Vermögen stand, erhalten hat, endlich bei der Erschöpfung von zwei Drittheilen seiner Provinzen, deren Einwohner zur Verzweiflung gebracht sind; was blieb ihm übrig, als einen selbständigen Entschluß zu fassen, sich wieder zu erheben und aufrecht zu erhalten? In der Liebe und dem Muthe seiner Völker, wie in der edelmüthigen Theilnahme einer Großmacht, welche Mitgefühl für seine Lage hat, mußte also der König die Mittel suchen sich ihr zu entziehen, und seiner Monarchie die Unabhängigkeit wieder zu geben, die allein deren künftiges Wohlsein zu sichern vermag.

Se. Majestät hat nun die Maßregeln ergriffen, welche so ernste Umstände erheischen, nämlich durch ein enges Bündniß Sr. Majestät dem Kaiser aller Reußen sich angeschlossen. Sie ist überzeugt, daß Frankreich, wie ganz Europa, die mächtigen Beweggründe würdigen werden, welche ihre Schritte bestimmt haben. Diese Schritte bezwecken in ihrem letzten Ergebnisse nur einen Frieden, beruhend auf billigen, seine Dauer verbürgenden Grundlagen. Es ist immer der glühendste Wunsch des Königs gewesen, und wird es stets bleiben, und wenn die Vorsehung dessen Anstrengungen segnet, so

wird Se. Majestät dadurch auf den Gipfel des Glücks erhoben werden, daß sie dazu beitragen könnte, die Wohlthaten eines solchen Friedens der Menschheit zu Theil werden zu lassen."[1])

Am folgenden Tage erließ der König von Preußen folgenden Aufruf zu den Waffen:

„An mein Volk! So wenig für mein theures Volk, als für Deutsche bedarf es einer Rechtfertigung der Ursachen des Krieges, welcher jetzt beginnt. Klar liegen sie dem ungeblendeten Europa vor Augen. Wir erlagen unter der Uebermacht Frankreichs. Der Friede, welcher die Hälfte meiner Unterthanen mir entriß, gab uns seine Segnungen nicht, denn er schlug uns tiefere Wunden, als selbst der Krieg. Das Mark des Landes ward ausgesogen, die Hauptfestungen blieben vom Feinde besetzt. Der Ackerbau war gelähmt, sowie der sonst so hochgebrachte Kunstfleiß unserer Städte. Die Freiheit des Handels war gehemmt, und dadurch die Quelle des Erwerbs und Wohlstandes verstopft. Das Land war ein Raub der Verarmung. Durch die strengste Erfüllung eingegangener Verbindlichkeiten hoffte ich meinem Volke Erleichterung zu verschaffen, und den französischen Kaiser endlich zu überzeugen, daß es sein eigener Vortheil sei, Preußen seine Unabhängigkeit zu lassen. Aber meine reinsten Absichten wurden durch Uebermuth und Treulosigkeit vereitelt, und nur zu deutlich sahen wir, daß des Kaisers Verträge uns mehr noch, als seine Kriege langsam verderben mußten. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo jede Täuschung über unsern Zustand aufhört.

Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern, Lithauer! Ihr wißt, was Ihr seit sieben Jahren erduldet habt. Ihr wißt, was Euer trauriges Los ist, wenn wir den beginnenden Kampf nicht ehrenvoll enden. Erinnert Euch der Vorzeit, an den großen Kurfürsten, den großen Friedrich. Bleibt eingedenk der Güter, die unter ihnen unsere Vorfahren blutig erkämpften: Gewissensfreiheit, Ehre, Unabhängigkeit, Handel, Kunstfleiß und Wissenschaft. Gedenkt des großen Beispiels unserer mächtigen Verbündeten: der Russen, der Spanier, der Portugiesen. Selbst kleinere Völker sind für gleiche Güter gegen mächtigere Feinde in den Kampf gezogen, und haben den Sieg errungen. Erinnert Euch an die heldenmüthigen Schweizer und Niederländer! Große Opfer werden von allen Ständen gefordert werden, denn unser Beginnen ist groß und nicht gering die Zahl unserer Feinde. Ihr werdet jene lieber bringen für das Vaterland, für Euern angeborenen König, als für einen fremden Herrscher, der, wie so viele Beispiele lehren, Eure Söhne und Eure letzten Kräfte Zwecken widmen würde, die Euch ganz fremd sind. Vertrauen auf Gott, Ausdauer, Muth und der mächtige Beistand unserer Bundesgenossen werden unsern redlichen Anstrengungen siegreichen Lohn gewähren. Aber welche Opfer auch von Einzelnen gefordert werden mögen, sie wiegen die heiligen Güter nicht auf, für die wir sie hingeben, für die wir streiten und siegen müssen, wenn wir nicht aufhören wollen Preußen und Deutsche zu sein.

Es ist der letzte entscheidende Kampf, den wir bestehen für unsere Existenz, unsere Unabhängigkeit, unsern Wohlstand. Keinen andern Ausweg gibt es, als einen ehrenvollen Frieden, oder ruhmvollen Untergang. Auch diesem würdet Ihr getrost entgegengehen um der Ehre willen, weil ehrlos der Preuße, der Deutsche zu leben nicht vermag. Allein wir dürfen mit Zuversicht vertrauen. Gott und unser fester Wille werden unserer gerechten Sache den Sieg verleihen, und mit ihm einen sichern glorreichen Frieden und Wiederkehr einer glücklichen Zeit."[2])

---

[1]) **Moniteur, Nr. 95, vom 5. April 1815, Note 1.**

[2]) **Leipziger Zeitung vom 5. April 1813.**

Aber nicht blos an die, seiner Krone verbliebenen Volksstämme richtete König Friedrich Wilhelm die Aufforderung zur Befreiung des Vaterlandes, sondern auch die Bewohner der ehemaligen, durch den Frieden zu Tilsit abgetretenen deutschen Provinzen rief er zu seinen Fahnen. Die Ansprache lautete:

„Nicht mein freier Wille, oder Eure Schuld riß Euch, meine vormals so geliebten und getreuen Unterthanen von meinem Vaterherzen. Die Macht der Verhängnisse führte den Frieden zu Tilsit herbei, der uns gewaltsam trennte. Aber selbst dieser, sowie alle später mit Frankreich geschlossenen Verträge wurden von unsern Feinden gebrochen. Sie selbst haben durch ihre Treulosigkeit uns unserer lästigen Verbindung mit ihnen entledigt, und Gott hat durch den Sieg unserer mächtigen Bundesgenossen die Freiheit Deutschlands vorbereitet. Auch Ihr seid von dem Augenblick an, wo mein treues Volk für mich, für sich selbst, für Euch die Waffen ergriff, nicht mehr an den erzwungenen Eid gebunden, der Euch an Euern neuen Beherrscher knüpfte. An Euch richte ich also die nämlichen Worte, die ich über die Veranlassung und den Zweck des gegenwärtigen Krieges zu meinem geliebten Volke sprach. Ihr selbst habt jetzt wieder gleiche Ansprüche an meine Liebe, sowie ich an Eure Ergebenheit. Mit meinem Volke wieder vereinigt, werdet Ihr gleiche Gefahren, aber auch gleichen Lohn und gleichen Ruhm theilen. Ich rechne auf Eure Anhänglichkeit, das Vaterland auf Eure Kraft. Schließt Eure Jünglinge an meine Krieger an, die jüngst den Ruhm der preußischen Waffen aufs neue bewährt haben. Ergreift das Schwert, bildet Eure Landwehr und Euern Landsturm nach dem Beispiel Eurer hochherzigen Brüder, die ich mit gerechtem Stolz meine Unterthanen nenne. Gehorcht unbedingt den Beamten, die ich Euch senden werde Euch meine Befehle kund zu thun und Eure Kraft zu leiten, Männern, die früher mit Vertrauen und Nutzen unter Euch gelebt und gewirkt haben. Dann, wenn Ihr mitgekämpft für das gemeinsame Vaterland, wenn Ihr durch Eure Anstrengungen unsere Selbständigkeit mitbegründet und bewiesen habt, daß Ihr Eurer Ahnen und des preußischen Namens würdig seid, dann heilt die Zukunft die Wunden der Vergangenheit, und wir finden das verloren gewesene Glück in dem Bewußtsein von gegenseitiger treuer Anhänglichkeit und im ungetrübten Genusse der Freiheit und des Friedens."

Diese Ansprache fand großen Anklang, besonders in den Landstrichen, welche an das Königreich Westfalen abgetreten worden waren. Die Studenten der Universität Halle leisteten dem Rufe so eifrige Folge, daß die Hörsäle aus Mangel an Besuchern geschlossen werden mußten; eine Erhebung in Masse aber, auf welche man sich Hoffnung gemacht hatte, fand nicht statt, denn die westfälische Regierung hielt ihr Ansehn mit Waffengewalt aufrecht. Um dem Eindruck der preußischen Ansprache zu begegnen, ließ sie dieselbe in ihrer amtlichen Zeitung mit Anmerkungen abdrucken, in welchen Napoleon's Verfahren gegen den König von Preußen als großmüthig gepriesen und dessen fragliche Aufforderung als das Staatsrecht verletzend bezeichnet wurde. [1])

[1]) Leipziger Zeitung vom 21. April 1813. Westfälischer Moniteur vom 8. Mai 1813.

Wo die gesetzlichen Zustände auf Verträgen beruhen, welche, mit Waffengewalt erzwungen, dem Sieger allein Rechte verleihen, ohne daß er die aus denselben für ihn entspringenden Verbindlichkeiten achtet, muß es zu solchem Zwiespalte des Gesetzes mit dem natürlichen Rechte kommen, und der Unterdrückte, der zwischen zwei Uebeln zu wählen hat, und dem Zwange sich entziehen kann, wird sicherlich das kleinere wählen, das Gesetz verletzen, und freudig die Wiederherstellung des frühern Rechtszustandes zu bewirken suchen.

So fügten es die Umstände, daß König Friedrich Wilhelm sein Recht nicht auf das öffentlich anerkannte Gesetz stützte, sondern auf jene rechtliche Ueberzeugung, von welcher die Herzen derer erfüllt waren, die einst in ihm ihren Landesfürsten verehrt hatten. Er that nur, was er nach dem Vernunftrecht thun durfte; hätte aber der Erfolg sein Unternehmen nicht gekrönt, so würden seine Gegner ihn wegen jenes Aufrufs ebenso zur Rechenschaft gezogen, und diesen als verbrecherisch geahndet haben, wie es vor und nach ihm die Sieger in Bürgerkriegen thaten, wenn auch das natürliche Recht auf der Seite ihrer Gegner war.

In Preußen vernahmen Volk und Heer den Aufruf des Königs mit Begeisterung. Letzterm rief der König noch besonders zu: das Vaterland habe von ihm zu fordern die Berechtigung, wozu dessen übrige Kinder freiwillig herbeieilten, Er, die Prinzen seines Hauses, das ganze Volk würden mit ihm kämpfen den großen Kampf für des Vaterlandes Unabhängigkeit. Vertrauen auf Gott, Muth und Ausdauer solle die Losung sein!

Da der durch langwierige militärische Besetzung, Kriegssteuern und Lieferungen ausgesogene preußische Staat, ungeachtet er zur Ausgabe von 10 Millionen Thalern Papiergeld seine Zuflucht nahm, die Kosten der Kriegsrüstungen bei weitem nicht aufzubringen vermochte, so ergänzte das preußische Volk in edlem Wetteifer das Fehlende durch freiwillige Gaben. Selbst Greise, Witwen und Dienstboten gaben ihr Scherflein freudig dazu hin. Wer baares Geld nicht hatte, gab was er an goldenen und silbernen Geräthen und Kleinodien besaß. Sogar der Trauringe schonte man nicht, und arme Jungfrauen sah man in Ermangelung anderer Spenden ihr schönes Haupthaar abschneiden, und das, aus dessen Verkaufe gelöste Geld auf den Altar des Vaterlandes legen. Um einen Begriff von der Größe der also für die Nationalunabhängigkeit geopferten Summen zu geben, genüge die Bemerkung, daß die **Bewohner der Kurmark Brandenburg allein zur Bestreitung der**

Kriegsbedürfnisse im J. 1813 nicht weniger als 30 Millionen Thaler zusammenbrachten. [1])

Alles, was Waffen tragen konnte, eilte unter die Fahnen, und so tief war der kriegerische Geist in das Volk gedrungen, daß Mütter den letzten ihnen übrig gebliebenen Sohn ins Feld sandten, und sogar Jungfrauen, ihr Geschlecht verheimlichend, in Männerkleidung sich hüllten, um für die Befreiung des Vaterlandes mitkämpfen zu können.

Schon seit Jahren den unausbleiblichen Entscheidungskampf um das Dasein des preußischen Staats voraussehend, hatten dessen Lenker Napoleon's Machtgebot: das Heer nicht über 42000 Mann zu vermehren, dadurch zu umgehen gewußt, daß sie die ausgehobenen Mannschaften nur so lange unter den Fahnen behielten, als zur Erlernung des Kriegshandwerks erforderlich war. Indem man dieselben sodann immer wieder durch neue ersetzte, wurde auf diese Weise die Kriegsgeübtheit aller Waffenfähigen bewirkt. Hierdurch wurde es möglich, daß Preußen zum allgemeinen Erstaunen schon beim Ausbruche des Krieges ein schlagfertiges Heer von 128000 Mann aufstellte, welches, als der Waffenstillstand aufhörte, bis auf 277000 Mann vermehrt wurde. [2]) Da die damalige Bevölkerungszahl Preußens noch nicht fünf Millionen Menschen betrug, so trat also von 18 Seelen ein Mann unter die Fahnen, ein Verhältniß, wovon sich in der neuern Kriegsgeschichte kein zweites Beispiel findet.

Am 19. März wurde zu Breslau vom Freiherrn vom Stein im Namen Rußlands, und vom Generale von Scharnhorst im Namen Preußens ein Vertrag abgeschlossen, welcher die von beiden Mächten rücksichtlich der Befreiung Deutschlands zu befolgenden Grundsätze feststellte. Auch in diesem wurde als Zweck des gemeinschaftlich unternommenen Krieges die Befreiung Deutschlands vom französischen Joche bezeichnet. Jeder deutsche Fürst, welcher der Aufforderung zur Theilnahme an demselben nicht Folge leistete, wurde mit dem Verluste seiner Staaten bedroht. (Art. I.)

Ein, von den verbündeten Mächten für die eroberten Länder eingesetzter Verwaltungsrath, zu welchem ein jeder hinzutretende deutsche Fürst ein Mitglied zu ernennen habe, solle deren Hülfsquellen zum

---

[1]) Buchholz, Geschichte der europäischen Staaten seit dem Frieden von Wien, IV, 57.

[2]) v. Plotho, Der Krieg in Deutschland und Frankreich in den Jahren 1813 und 1814, II, Beil. 2, S. 2 und 3. Dies Heer bestand aus 249 Bataillonen, 224 Schwadronen und 47½ Batterien.

Besten der gemeinschaftlichen Sache zwischen Preußen und Rußland theilen (Art. II und III), hiervon aber dem Prinz-Regenten von England einen, dem hannoverschen Heere entsprechenden Antheil gewähren. (Art. IV.)

Alle einzunehmende deutsche Länder, mit Ausnahme der ehemaligen preußischen und hannoverschen Provinzen, sollen fünf große Abtheilungen bilden, nämlich: 1) Sachsen und die Herzogthümer; 2) das Königreich Westfalen; 3) die Herzogthümer Berg, Westfalen und Nassau; 4) das Departement der Lippe; 5) das Departement der Elbmündung und Mecklenburg. (Art. V.)

Auffallen muß es, daß Holsteins nicht erwähnt wird. Freilich gehörte dasselbe nicht zum Rheinbunde, wohl aber hatte es zum deutschen Reiche bis zu dessen Auflösung gehört, welches auf den Ruinen des Rheinbundes wieder zu errichten der laut verkündete Zweck der Verbündeten war. Der Grund hiervon lag in dem eventuellen Erbrechte des russischen Kaiserhauses auf Holstein. Deshalb zählte man es nicht zu Norddeutschland, damit es den dort zu machenden Eroberungen, auf welche Preußen zu seiner Entschädigung verwiesen war, nicht zugerechnet werden könne.

Jeder Abtheilung solle ein Civil- und ein Militärgouverneur vorgesetzt werden; ersterer vom Centralrathe, letzterer vom Obergenerale abhängig. Dem Centralrathe läge ob, alle zur Förderung des Krieges erforderlichen Anstalten zu treffen, mithin Linientruppen, Landwehr und Landsturm zu bilden, und Gouverneure und Beamte für örtliche Verwaltung zu erwählen. Auch solle Oesterreich und England von allem sofort in Kenntniß gesetzt werden. (Art. VI, VII, VIII, IX, X.) [1])

Auf Süddeutschland, als der Einwirkung der Verbündeten zur Zeit noch mehr entrückt, war diese Uebereinkunft nicht ausgedehnt. Dessen Entfernung und die Rücksicht auf Oesterreich waren hiervon nicht weniger die Ursache, als daß Preußen zur Entschädigung für seine Gebietsverluste nur auf die Eroberungen in Norddeutschland angewiesen worden war.

Die englischen Diplomaten sahen diesen Vertrag mit ungünstigen Augen an, wie aus folgendem Schreiben Sir Charles Stuart's erhellt, welches dieser am 10. April aus Hamburg an seinen Bruder Lord Castlereagh richtete.

„Bis ich nicht aus Lord Cathcart's erfahrenen Ansichten Belehrung geschöpft, und eine nähere Kenntniß erlangt habe, halte ich es nicht für nöthig,

[1]) De Martens, I, 564—67.

in die möglichen und wahrscheinlichen Folgen der in Breslau am 7./19. März von Stein und Hardenberg unterzeichneten Uebereinkunft einzugehen. Wie ich die Sache auffasse, kann ich mir nur aus der Schnelligkeit der Fortschritte der Verbündeten die Eile erklären, mit welcher Preußen und Rußland sich zu einem so wichtigen Arrangement für Norddeutschland entschließen konnten, ohne vorher mit derjenigen Macht sich zu vernehmen, ohne deren kräftigen Beistand sie in ihren künftigen Erwartungen sich getäuscht sehen möchten. Wahrscheinlich hat auch Schweden bei dieser Uebereinkunft große Vortheile. Uebrigens bezweckt sie hauptsächlich die Befreiung vom Feinde. So lange derselbe noch an der Elbe steht, ist diese Uebereinkunft auffallend vorzeitig, und wird sie etwa durch Verrath im Moniteur publicirt, so kann sie der gemeinschaftlichen Sache möglicherweise vielen Schaden thun.

Ich erwarte natürlich Ihre ausführlichen Instructionen wegen meines Verhaltens in Betreff dieses Punktes, und ehe diese nicht eingetroffen, zweifle ich, ob Lord Cathcart und ich in unserer gemeinschaftlichen Angelegenheit große Fortschritte werden machen können. Wie ich höre, ist man bei der Ausführung des Arrangements so rasch zu Werke gegangen, daß Alopäus, der vormalige russische Gesandte in London, zum Civiladministrator der fünften Section der neuen Eintheilung ernannt wurde.

Der vierte Artikel dieser Uebereinkunft scheint mir in seiner gegenwärtigen Form der verwerflichste zu sein. Sie kennen wol das Document schon längst, aber ich sende Ihnen doch eine Abschrift, wie solche mir zugestellt worden ist. Ich werde mich eines weitern Commentars enthalten, aber Baron Ompteda" (außerordentlicher Gesandter Hannovers im preußischen Hauptquartier in den Jahren 1813—15) „führt eine sehr heftige Sprache. Er legt das Ganze dem Minister Stein zur Last, den er wegen seines Einflusses «Kaiser von Deutschland» nennt. Er sagt: derselbe leite alles hier im Lande, da Nesselrode, weil er mit den deutschen Verhältnissen nicht so vertraut sei, und mit andern Sachen zu thun habe, sich jeder Einwirkung enthalte." [1])

Wollte man die zwischen Preußen und Rußland stattgefundene Verabredung vom 19. März lediglich vom Standpunkte des augenblicklichen Bedürfnisses beurtheilen, so müßte man allerdings zugeben, daß ein solches zur Zeit noch nicht vorhanden gewesen sei, weil die Länder, welche sie betraf, von den Heeren der Verbündeten noch nicht besetzt waren. Allein Stein benutzte auch nur das erst in Aussicht stehende administrative Bedürfniß, um den politischen Zwecken, welche er verfolgte, vorzuarbeiten.

Die Denkschrift, welche derselbe schon am 17. Nov. 1812 in Bezug auf die beabsichtigte Befreiung Deutschlands dem Kaiser Alexander übergeben hatte, legt deutlich die Beweggründe dar, welche ihn beim Abschluß jener Uebereinkunft leiteten. Nachdem er von Oesterreich und Preußen und ihrer Bereitwilligkeit im Bunde mit Rußland Napoleon zu bekämpfen geredet, hatte er seine diesfallsige Meinung in folgender Weise ausgesprochen.

Was die übrigen deutschen Fürsten betrifft, so haben sie, was auch ihr Verhalten sein mag, gleichviel ob sie sich widersetzen oder unterwerfen, kein

[1]) Lord Castlereagh's Denkschriften, III, 228 fg.

Recht, die Beibehaltung, oder Wiederherstellung ihrer Oberherrlichkeit zu verlangen. Sie sind jetzt in feindlicher Haltung, und im Augenblicke des Eintritts der verbündeten Heere können deren Fürsten eine solche Anwendung des Eroberungsrechts machen, wie ihr eigener Vortheil sie ihnen anzeigen wird. Selbst die vertriebenen Fürsten haben kein Recht, ihre Wiedereinsetzung zu beanspruchen, da es ausschließlich von den verbündeten Mächten abhängt, welchen Gebrauch sie von ihren Erfolgen machen wollen, sobald sie die Franzosen aus Deutschland gejagt haben, denn sie sind keineswegs die Verbündeten dieser Fürsten, und haben denselben keine Gewähr gegeben.

„Es würde die größte Thorheit sein", sagt mit Recht Mr. Paisley in seinem vortrefflichen «Essay on the military policy of the British Empire», „unsere Hülfsquellen in Versuchen zu verschwenden: die Fürsten kleiner Staaten in ihre frühern Besitzungen einzusetzen. Es ist ein unvermeidliches Los der kleinern Staaten den stärkern im Kriege zu folgen, sodaß selbst wenn wir auf die Throne der kleinern Staaten, in welche Europa jetzt getheilt ist, Zweige unsers eigenen Königshauses, oder vornehme Engländer setzten, und dabei die Unterabtheilungen des Festlandes in ihrem jetzigen Zustande ließen, wir bei einem neuen Kriege finden würden, daß wir das Schwert nur einer Art von Feinden entwunden und einer andern übergeben hätten, die nicht weniger bereit sein würde, als die vorige, es zu unserer Vernichtung zu gebrauchen. Aus dem Grundsatze der Gerechtigkeit in dem Entschluß zu beharren, daß ein solcher Zustand zu stützen und wiederherzustellen sei, wäre dasselbe, als wollte man darauf bestehen, daß ein todter Mann auf seinen Beinen stehen solle, weil er dies, als er noch lebte im Stande war."

Wendet man die dargelegten Grundsätze an, so ergeben sich daraus die folgenden Resultate:

1) Der König von Preußen stellte seine Kriegsmacht zur Verfügung der Verbündeten, und umgibt sich mit Männern, die ihr Vertrauen verdienen.
2) Die übrigen Länder, welche von den verbündeten Heeren besetzt werden, sind unter Aufsicht der Verbündeten zu verwalten. Diese haben über die Truppen zu verfügen, das Maß der Beiträge an Geld, Lebensmitteln u. s. w. zu bestimmen und den Volkskrieg zu organisiren.
3) Man wird seiner Zeit die Eintheilung Deutschlands nach dem wahren Vortheile des Volks und Europas regeln. Hierzu ist man berechtigt, durch den Kriegszustand, in den sich der Rheinbund gesetzt hat, und durch das Eroberungsrecht, das bei günstigem Erfolge daraus hervorgeht.

Es ist einleuchtend, daß die Anwendung dieser Grundsätze nicht einem Feldherrn anvertraut werden kann, der weder die Sachlage kennt, noch politische und Verwaltungserfahrung besitzt, noch den Geschäften die erforderliche Zeit zu widmen vermag; daß man daher im Augenblicke, wo man die Grenze überschreitet, einen Rath bilden muß, dem die verbündeten Höfe diese Verwaltungs- und diplomatischen Geschäfte übertragen.[1])

Niemand hat die Richtigkeit dieser, von Stein entwickelten Ansichten widerlegt. Die Ausführung jener Uebereinkunft vom 19. März 1813 war unerläßlich, wenn man die in Wittgenstein's Aufruf an das deutsche Volk gegebenen Verheißungen zu verwirklichen beabsichtigte. Sollten den erhabenen Worten keine entsprechenden Thaten folgen, dann waren freilich die Verheißungen unbequem und überflüssig.

---

[1]) Pertz, Leben Stein's, III, 215—17.

Die angebliche Besorgniß des hochtorystischen Engländers: ein etwaiges Bekanntwerden dieser Uebereinkunft werde der gemeinschaftlichen Sache Schaden thun, war ein leerer Vorwand, denn in den, ihm wohlbekannten russisch-preußischen Aufrufen an die Deutschen wurden ja deren Fürsten, wenn sie beim französischen Bündnisse verharren würden, geradezu mit dem Verluste ihrer Kronen bedroht. Der einzige, aber für die englischen Staatsmänner völlig ausreichende Grund, weshalb ihnen diese Uebereinkunft so sehr misfiel, bestand darin, daß England bei ihrer Verabredung nicht zugezogen, und dadurch in den Stand gesetzt worden war, seinen Vortheil zu wahren. Die Theilnahme des Prinz-Regenten an diesem Verwaltungsrathe in seiner Eigenschaft als hannoverscher Landesherr, nach Maßgabe des hannoverschen Heeres, genügte nicht dem englischen Stolze, weil dadurch sein Einfluß demjenigen Rußlands und Preußens untergeordnet war.

Zur Durchführung dieser Uebereinkunft und der, ihr zu Grunde liegenden Absichten hätte Stein außer seiner staatsmännischen Umsicht und bewunderungswürdigen Thatkraft auch noch die Macht Alexander's besitzen müssen. Dieser gestattete ihm später nur in soweit die Verwirklichung des Vertrags, daß derselbe seiner politischen Tragweite beraubt, und zu einer nützlichen Verwaltungsmaßregel herabgedrückt wurde. Wenn er anfänglich Stein's Rathschläge zu befolgen schien, und in deren Sinne in seinen Aufrufen an die Deutschen spricht, so geschah dies deshalb, weil er hierdurch allein das deutsche Volk zu jener Begeisterung entflammen konnte, welcher kein Opfer zu groß war, um Napoleon's Herrschaft zu brechen. Je mehr er sich diesem Ziele näherte, desto mehr verminderte sich Stein's Einfluß, desto unbedenklicher fand es Alexander, den bisher misbilligten Souveränetätsgelüsten der kleinen deutschen Fürsten zu willfahren, wodurch ihm die Abhängigkeit Preußens und des übrigen Deutschlands von seiner Politik verbürgt ward. Nach der Eroberung von Paris fand er es an der Zeit, und vortheilhaft sogar, sein Versprechen, daß beide Ufer des Rheins wieder deutsch werden sollten, zu brechen, und im Vereine mit Deutschlands Feinden darauf zu bestehen, daß Frankreich die geraubten deutschen Grenzländer und seine drohende Angriffsstellung gegen das verrathene Deutschland behielt. Denn dem schlauen Selbstherrscher aller Reußen, welcher seinen Ehrgeiz mit großmüthigen und frommen Reden trefflich zu bemänteln wußte, war es klar: er durfte, um Napoleon's Erbe in der Lenkung von Europas Geschicken zu werden, die Macht Frankreichs nicht so

weit schwächen, daß Deutschland mit eigener Kraft sich dieses, seines ländergierigen Erbfeindes erwehren könne. Je offener und unbeschützter Deutschlands Grenzen jedem Einfalle offen standen, desto tiefer mußte es seinem Willen sich beugen.

Denn als Kaiser Alexander in seinem und Friedrich Wilhelm's Namen durch Fürst Kutusow einen neuen Aufruf an die Deutschen erließ, denen er durch Wittgenstein schon so begeisternde Worte zugerufen hatte, wäre freilich ein Zweifel an allen diesen Verheißungen für verbrecherisch erklärt worden. Am 23. März wurde jener Aufruf von Kalisch aus in folgender Weise erlassen.

„Indem Rußlands siegreiche Krieger, begleitet von denen Sr. Majestät des Königs von Preußen, ihres Bundesgenossen, in Deutschland auftreten, kündigen Se. Majestät der Kaiser von Rußland und Se. Majestät der König von Preußen den Fürsten und Völkern Deutschlands die Rückkehr der Freiheit und Unabhängigkeit an. Sie kommen nur in der Absicht, ihnen diese entwandten, aber unveräußerlichen Stammgüter der Völker wieder erringen zu helfen, und der Wiedergeburt eines ehrwürdigen Reichs mächtigen Schutz und dauernde Gewähr zu leisten. Nur dieser große, über jede Selbstsucht erhabene, und deshalb Ihrer Majestäten allein würdige Zweck ist es, der das Vordringen ihrer Heere gebietet und leitet.

Diese, unter den Augen beider Monarchen von ihren Feldherren geführten Heere vertrauen auf einen waltenden, gerechten Gott, und hoffen vollenden zu dürfen für die ganze Welt, und unwiderruflich für Deutschland, was sie für sich selbst zur Abwendung des schmachvollsten Joches so rühmlich begannen. Voll von dieser Begeisterung rücken sie heran. Ihre Losung ist Ehre und Freiheit! Möge jeder Deutsche, der des Namens noch würdig sein will, rasch und kräftig sich anschließen; möge jeder, er sei Fürst, er sei Edler, oder stehe in den Reihen der Männer des Volks, den Befreiungsplänen Rußlands beitreten mit Herz und Sinn, mit Gut und Blut, mit Leib und Leben! Diese Gesinnung, diesen Eifer glauben Ihre Majestäten nach dem Geiste, welcher Rußlands Siege über die zurückwankende Weltherrschaft so deutlich bezeichnet, von jedem Deutschen mit Recht erwarten zu dürfen. Und so fordern sie denn treues Mitwirken, besonders von jedem deutschen Fürsten, und wollen dabei gern voraussetzen, daß sich keiner finden werde unter ihnen, der, indem er der deutschen Sache abtrünnig sein und bleiben will, sich reif zeige der verdienten Vernichtung durch die Kraft der öffentlichen Meinung und durch die Macht gerechter Waffen.

Der Rheinbund, diese trügerische Fessel, mit welcher der Allentzweiende das zertrümmerte Deutschland selbst mit der Beseitigung des alten Namens neu umschlang, kann als Wirkung fremden Zwanges und als Werkzeug fremden Einflusses nicht länger geduldet werden. Vielmehr glauben Ihre Majestäten einem längst gehegten, nur mühsam noch in beklommener Brust zurückgehaltenen allgemeinen Volkswunsche zu begegnen, wenn sie erklären, daß die Auflösung dieses Vereins nicht anders, als in ihren bestimmten Absichten liegen könne. Hiermit ist zugleich das Verhältniß ausgesprochen, in welchem Se. Majestät der Kaiser aller Reußen zum wiedergeborenen Deutschland und seiner Verfassung stehen will. Es kann dies, da er den fremden Einfluß vernichtet zu sehen wünscht, kein anderer sein, als eine schützende Hand über ein Werk zu halten, dessen Gestaltung allein den Fürsten und Völ-

kern Deutschlands anheimgestellt bleiben soll. Je schärfer in seinen Grundlagen und Umrissen das Werk heraustreten wird aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volks, desto verjüngter, lebenskräftiger und in Einheit gehaltener wird Deutschland wieder unter Europas Völkern erscheinen können. Uebrigens werden Se. Majestät nebst Ihrem Bundesgenossen, mit dem Sie in den hier dargelegten Gesinnungen und Ansichten vollkommen einverstanden sind, dem schönen Zweck der Befreiung Deutschlands von fremdem Joche Ihre höchsten Anstrengungen zu jeder Zeit gewidmet sein lassen. Frankreich, schön und stark durch sich selbst, beschäftige sich ferner mit der Beförderung seiner innern Wohlfahrt. Keine äußere Macht wird diese stören wollen, keine feindliche Unternehmung wird gegen seine rechtmäßigen Grenzen gerichtet werden. Aber Frankreich wisse, daß die andern Mächte eine fortdauernde Ruhe für ihre Völker zu erobern trachten, und nicht eher die Waffen niederlegen werden, bis der Grund zu der Unabhängigkeit aller Völker Europa festgesetzt und gesichert sein wird." [1])

Haß gegen die französischen Unterdrücker und Glaube an die darin gemachten Verheißungen verschafften diesem Aufrufe überall, wo Frankreich nicht stark genug war dies zu verhindern, eine begeisterte Aufnahme. Hamburg und das nördliche Deutschland mußten von den Franzosen geräumt werden, weil das Volk gegen sie zu den Waffen griff, als die Russen unter Tschernyschew und Tettenborn sich zeigten.

Mecklenburg, welches zuletzt dem Rheinbunde beigetreten war, sagte sich auch zuerst von demselben los. Seine geographische Lage und das ihm, wie dem ganzen Norden Deutschlands unerträglich dünkende Continentalsystem Napoleon's waren für seinen diesfallsigen Entschluß maßgebend. Den übrigen Rheinbundfürsten aber schien die Zeit noch nicht gekommen, wo sie ohne Gefahr das Vasallenverhältniß gegen den Kaiser der Franzosen von sich werfen könnten. Sparten auch die Verbündeten, da sie in dem Rheinbunde ein Haupthinderniß für die Befreiung Deutschlands vom französischen Joch erblickten, weder Verheißungen, noch Drohungen, um die Auflösung desselben herbeizuführen, so blieb ihr Bemühen doch so lange erfolglos, als ihnen die Kraft zu deren Verwirklichung noch zu mangeln schien.

---

[1]) Leipziger Zeitung vom 15. April 1813.

Sechster Abschnitt.

Preußens Denkschrift zur Rechtfertigung der Kriegserklärung gegen Frankreich. Höhnische Antwort des französischen Cabinets. Frankreichs Rüstungen und deren Rechtfertigung im Senate.

Erst am 27. März überreichte der preußische Gesandte in Paris, General von Krusemark, dem französischen Minister des Auswärtigen, Maret, Herzog von Bassano, die Denkschrift, in welcher das berliner Cabinet die Vertauschung des französischen Bündnisses mit dem russischen rechtfertigte. Sie lautete:

„Herr Herzog! Soeben habe ich vom Könige, meinem Souveräne, den Befehl erhalten, Folgendes zu erklären. Die Vorschläge, welche ich die Ehre gehabt habe Ihnen früher zu machen, waren der Art, daß sie eine ebenso schnelle, als entschiedene Antwort verdienten. Die Fortschritte der russischen Heere im Mittelpunkte der Monarchie und der Rückzug der französischen Armee erlauben Preußen nicht, den Zustand der Ungewißheit zu verlängern, in dem es sich befindet. Auf der einen Seite bietet der Kaiser von Rußland, mit dem König durch das Band persönlicher Freundschaft vereinigt, Preußen in dem entscheidenden Augenblicke den Beistande seiner Macht und die Wohlthaten seiner Freundschaft an, auf der andern Seite beharrt Se. Majestät der Kaiser der Franzosen darauf, einen Verbündeten zurückzustoßen, welcher sich für seine Sache aufgeopfert hat, und würdigt denselben nicht einmal einer Erklärung über die Ursachen seines Stillschweigens.

Seit langer Zeit hatte Frankreich in allen Punkten die Verträge verletzt, die es mit Preußen verbanden. Hierdurch hat es selbst dieses von seinen Verpflichtungen befreit. Nicht damit zufrieden, ihm in Tilsit einen ebenso harten, als demüthigenden Frieden dictirt zu haben, hat es ihm nicht einmal erlaubt, die geringen Vortheile zu genießen, welche dieser Vertrag ihm zu verheißen schien. Es hat sich gehässiger Vorwände bedient, um das Glück des Staats, wie der einzelnen in seinen Grundfesten zu erschüttern. Seit diesem Zeitpunkte behandelte es Preußen als erobertes Land, und ließ auf ihm ein eisernes Joch lasten. Die französischen Truppen blieben gegen die

Vertragsbestimmungen in seinen Grenzen stehen, und lebten während achtzehn Monaten nach Belieben. Man bürdete ihm ausschweifende und willkürliche Steuern auf, richtete seinen Handel zu Grunde, indem man es nöthigte das Continentalsystem anzunehmen, legte französische Besatzungen in die drei Oderfestungen, und zwang das Land, für die Kosten ihres Unterhalts zu sorgen. Endlich verfügte man durch den Vertrag von Bayonne über das Eigenthum von Witwen und Waisen, und zwar in offenem Widerspruche mit den Bedingungen des Friedensschlusses.

Alles verkündete, daß man keine Art von Schonung gegen den unglücklichen und unterdrückten Staat mehr beobachten wolle. Bei diesem Zustande der Dinge wurde der Friede ein nutzloses Gut. Der König seufzte über die ungeheuere Last, welche seine Unterthanen niederdrückte. Er schmeichelte sich: durch Nachgiebigkeit und Opfer eine Gehässigkeit zu besiegen, deren Wirkungen er kannte, deren Ursachen aber ihm unbekannt waren. Er gab sich der Hoffnung hin: seinen Völkern größeres Unglück zu ersparen, indem er mit Gewissenhaftigkeit seine Verpflichtungen gegen Frankreich erfüllte, und sorgfältig alles vermied, was demselben Argwohn einflößen konnte. Durch außerordentliche und unerhörte Anstrengungen war Preußen dahin gekommen, zwei Drittel der Kriegssteuer abzutragen; es schickte sich an den Rest zu bezahlen, als zwischen Rußland und Frankreich der politische Himmel sich mit Wolken bedeckte, und die unermeßlichen Rüstungen beider Mächte ihm keinen Zweifel mehr daran gestatteten, daß ein Krieg den Norden in Flammen zu setzen drohe. Der König, treu seinem Grundsatze, um jeden Preis das Nationaldasein zu retten, und die Zukunft nach der Vergangenheit beurtheilend, fühlte, daß er alles von Frankreich zu fürchten habe. Er opferte seine Zuneigung und schloß mit ihm einen Bundesvertrag.

Zur Zeit des Vertragsschlusses, und bevor noch die Nachricht davon nach Berlin gelangt sein konnte, rückten die französischen Truppen in Pommern und der Kurmark vor. Der König sah mit Schmerz, daß man seinen aufrichtigen und redlichen Absichten keine Rechnung tragen wollte. Man suchte durch Gewalt zu erlangen, was durch Unterhandlungen zu erlangen unmöglich schien. Preußens Geschäftsträger, erschreckt durch die drohende Haltung Frankreichs, hatten zu Paris besondere Uebereinkünfte geschlossen, welche außerordentlich drückende Bedingungen enthielten, und sich auf den Unterhalt und die Bedürfnisse des großen Heeres bezogen. Die französische Regierung, unterrichtet von der Geringfügigkeit unserer Hülfsquellen, sah eine Weigerung voraus. Sie schickte sich an, dem Könige seine Einwilligung durch Machtentfaltung zu entreißen. Sie täuschte sich. Se. Majestät genehmigte diese Uebereinkunft, obgleich sie die Schwierigkeit ihrer Erfüllung fühlte. Sie rechnete auf die Hingebung der Preußen, und hoffte, indem sie unsern Opfern gewisse Grenzen setzte, ihre Völker vor willkürlichen Forderungen und deren verderblichen Folgen im voraus zu schützen. Die Erfahrung rechtfertigte diese Hoffnung nicht. Während Preußen alle seine Mittel erschöpfte, um die ausbedungenen Mundvorräthe in die Magazine zu schaffen, *lebten* die französischen Heere auf Kosten der Einwohner. Man forderte gleichzeitig die Erfüllung des Vertrags und die täglichen Verbrauchsbedürfnisse der Truppen. Mit offener Gewalt entführte man das geheiligte Eigenthum der Einwohner, und Preußen verlor durch diese Gewaltthaten 60000 Pferde und 20000 Wagen.

Ungeachtet aller dieser Hindernisse erfüllte der König dennoch, treu seinem Systeme, alle übernommenen Verbindlichkeiten mit religiöser Gewissenhaftigkeit. Die Lieferungen wurden fortwährend geleistet, die bedungene Hülfsmannschaft rückte vorwärts, kurz, nichts ward vergessen, um die Redlichkeit unserer Handlungsweise augenscheinlich zu machen. Frankreich antwortete auf diese Hingebung nur durch immer neue Forderungen, und glaubte

seinerseits der Erfüllung der ihm obliegenden Vertragsbedingungen sich überheben zu können. Beharrlich weigerte es sich, die Rechnung über die Lieferungen festzustellen, obschon es die förmliche Verpflichtung übernommen hatte, dies jedes Vierteljahr zu thun.

Die Militärconvention sicherte dem Kaiser bis zu einem neuen Abkommen mit Preußen den Besitz der Festungen Glogau, Stettin und Küstrin. Aber die Versorgung des ersten dieser festen Plätze sollte vom Tage der Unterzeichnung dieser Uebereinkunft auf Kosten Frankreichs geschehen, und die der andern beiden, sollte von dem Tage an, wo der König seine neuen Verpflichtungen erfüllt hätte, auf die der Kriegssteuer angerechnet werden. Indem sich der König bei dem diesfallsigen Artikel beruhigte, hatte er Frankreich schon einen großen Beweis seiner Nachgiebigkeit gegeben, denn er verzichtete damit auf den Vertrag von 1808, nach welchem Glogau an Preußen zurückgegeben werden sollte, sobald die Hälfte der Kriegssteuer entrichtet sein würde. Der neue Vertrag wurde aber von Frankreich nicht besser gehalten, als der frühere. Die Versorgung Glogaus und der übrigen Festungen hat, ungeachtet der dringendsten Vorstellungen, welche auf die Uebereinkunft, sowie auf die, schon im Monate Mai des letzten Jahres erfolgte Berichtigung der Kriegssteuer sich stützten, bis zum heutigen Tage auf Preußen gelastet.

Die Uebereinkunft setzte über die Festungen Pillau und Spandau nichts fest, sie mußten deshalb durch preußische Truppen besetzt bleiben. Die französischen Truppen rückten nichtsdestoweniger mittels einer Art von Kriegslist in diese Festungen ein, und blieben fortwährend darin stehen. Während man die Last der Ausgaben für Preußen bis ins Unendliche vermehrte, während dasselbe bewies, daß nach Berichtigung der Kriegssteuer seine Vorschüsse sich schon auf ungeheuere Summen beliefen, verweigerte man ihm beharrlich jeden Beistand, beantwortete man alle seine Vorstellungen mit verächtlichem Stillschweigen, und indem man unaufhörlich neue Opfer verlangte, schien man die unbegreiflichsten Anstrengungen eines zu Boden gedrückten Volks für nichts zu achten.

Zu Ende vorigen Jahres beliefen sich Preußens Vorschüsse auf 94 Millionen Francs. Die Rechnungen waren in Ordnung, soweit dies bei der beharrlichen Weigerung der französischen Behörden, sie nach dem Vertrage festzustellen, möglich war. Se. Majestät hatte nicht aufgehört durch seinen Geschäftsträger vorstellen zu lassen, wie dringend nöthig es sei, daß man seinen Forderungen gerecht werde, weil seine erschöpften Staaten den Unterhalt der französischen Heere nicht mehr genügend herbeizuschaffen vermöchten. Der König verlangte für den Augenblick nur eine Abschlagszahlung auf seine Vorschüsse und erklärte offenherzig, im Fall einer abschlägigen Antwort für die Ereignisse nicht einstehen zu können. Diese ebenso rechtliche, als deutliche Sprache, diese, auf die heiligsten Titel gegründeten Forderungen blieben ohne Antwort, haben nur unbestimmte Zusicherungen und weitaussehende Verheißungen zur Folge gehabt. Ja, als wenn es nicht hinreichend sei, die geschlossenen Verträge zu verletzen, haben auch noch neue Ungerechtigkeiten Preußen über die Absichten des Kaisers aufgeklärt, und über das, was es von ihm zu erwarten habe.

Da der König den einen Theil seiner Provinzen sich entrissen, den andern bedroht erblickte, ohne auf den Beistand der französischen Heere zählen zu können, mußte er das seinige verstärken, und da die gewöhnlichen Mittel zeitraubend und unzureichend erschienen: hat Se. Majestät einen Aufruf an die preußische Jugend erlassen: sich freiwillig unter ihre Fahnen zu stellen. Dieser Aufruf hat in allen Herzen das lebhafteste Verlangen erweckt dem Vaterlande zu dienen. Eine große Anzahl Freiwilliger bereitete sich vor Berlin zu verlassen, um sich nach Breslau zu begeben, als es dem Vicekönige gefiel, alle Aushebungen und den Abgang der Freiwilligen aus den

durch die französischen Truppen besetzten Provinzen zu verbieten. Dieses Verbot wurde in den bestimmtesten Ausdücken erlassen, ohne den König davon vorher in Kenntniß zu setzen. Ein so unmittelbar auf seine Souveränetätsrechte gemachter Angriff hat im Herzen Sr. Majestät und ihrer getreuen Unterthanen gerechten Unwillen hervorgerufen.

Zu derselben Zeit, und während die Oderfestungen schon längst auf Kosten Frankreichs hätten versorgt werden sollen, ferner, nachdem der Kaiser in einer, dem Fürsten Hatzfeld bewilligten Audienz die förmliche Erklärung gegeben hatte, daß er den französischen Behörden untersagt habe: Lieferungsausschreiben irgend einer Art in den Staaten des Königs zu erlassen, erhielten die Befehlshaber dieser Festungen den Befehl, in einem Umkreise von 10 Wegstunden alles, was zu ihrer Vertheidigung und Verproviantirung nothwendig sei, mit offener Gewalt wegzunehmen. Dieser willkürliche und ungerechte Befehl, von welchem man sich nicht einmal die Mühe gegeben hat den König zu benachrichtigen, ist in seinem ganzen Umfange vollzogen worden, zur Verhöhnung der geheiligten Rechte des Eigenthums und mit schwer zu schildernden Gewaltthätigkeiten. Ungeachtet so vieler Gründe mit Frankreich zu brechen, wollte der König noch den Weg der Unterhandlung versuchen. Er ließ dem Kaiser Napoleon eröffnen, daß er einen Mann seines Vertrauens an den Kaiser von Rußland senden werde, um diesen zu veranlassen, die Parteilosigkeit desjenigen Theils von Schlesien anzuerkennen, hinsichtlich dessen Frankreich dieselbe anerkannt habe. Es war das einzige Mittel, welches dem Könige, der mindestens für den Augenblick von Frankreich verlassen war, übrig blieb, um einen sicheren Zufluchtsort zu haben, und sich nicht in der grausamen Nothwendigkeit zu befinden, seine Staaten zu verlassen. Der Kaiser sprach sich laut gegen den Schritt aus, und die, diese Eröffnung begleitenden Vorschläge würdigte er keiner Antwort.

Bei einer derartigen Sachlage konnte der Entschluß des Königs nicht lange zweifelhaft bleiben. Seit Jahren hat er alles der Erhaltung seines politischen Daseins geopfert, und Frankreich selbst ist es, welches jetzt dieses Dasein gefährdet, wenigstens nichts thut, um es zu beschützen, während Rußland sich großmüthig erbietet Preußens Selbständigkeit zu vertheidigen. Der König kann nicht schwanken. Treu seinen Grundsätzen und Pflichten, vereinigt er sein System ohne seinen Zweck zu verändern. Indem er mit Frankreich bricht und sich Rußland anschließt, hofft er durch einen ehrenvollen Frieden oder durch Waffengewalt den einzigen Gegenstand seiner Wünsche: die Unabhängigkeit seiner Völker, die daraus fließenden Wohlthaten und das Erbe seiner Väter, von dem man ihm die Hälfte geraubt hat, wieder zu erlangen. Der König wird allen, dem gemeinsamen Interesse der europäischen Souveräne entsprechenden Vorschlägen seine Zustimmung und volle Mitwirkung nicht versagen. Sein lebhafter Wunsch ist es, daß sie einen Zustand der Dinge herbeizuführen vermöchten, wo die Friedensverträge nicht mehr bloße Waffenstillstände sind, wo die Macht die Bürgschaft der Gerechtigkeit wird, und wo jeder, indem er in seine natürlichen Rechte wiedereintritt, in allen Beziehungen seines Daseins sich gegen den Misbrauch der Gewalt gesichert sieht.

Dies, Herr Herzog, bin ich beauftragt, zur Kenntniß Ew. Excellenz zu bringen. Belieben Sie davon Sr. Majestät dem Kaiser Bericht zu erstatten. Europa hat mit Erstaunen die Geduld und lange Entsagung eines Volks mit angesehen, welches in den Büchern der Geschichte durch seinen glänzenden Muth und seine edle Beharrlichkeit ausgezeichnet dasteht. Geleitet durch die heiligsten Beweggründe, haben wir heute niemanden mehr in unserer Mitte, der nicht entschlossen wäre, Rücksichten aller Art den großen Interessen des Thrones, des Vaterlandes und der europäischen Unabhängigkeit auf-

zuopfern, niemanden, der sich nicht Glück wünschte für diesen edeln Zweck und in der Vertheidigung seines Herdesssterben zu können." [1])

Maret antwortete bereits am 1. April in nachstehender Weise:

„Herr Baron! Ich habe die Note, welche Sie mir die Ehre erzeigten an mich zu richten, vor die Augen Sr. kaiserl. Majestät gebracht. Das, was in ihr eine ernsthafte Erwägung noch am meisten verdient, beschränkt sich auf folgendes: Preußen hat im J. 1812 ein Bündniß mit Frankreich erbeten und auch abgeschlossen, weil die französischen Heere den preußischen Staaten näher seien, als die russischen. Die Nachwelt wird darüber urtheilen, ob ein derartiges Benehmen redlich, eines großen Fürsten würdig ist, ob es der Billigkeit und einer gesunden Staatsklugheit entspricht. Jedenfalls wird sie aber dem Beharren Ihres Cabinets bei seinen Grundsätzen Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Im J. 1792 schien Frankreich, im Innern durch eine Umwälzung aufgeregt, von außen durch einen furchtbaren Feind angefallen, im Begriff zu unterliegen. Preußen überzog es mit Krieg. Drei Jahre darauf, und zwar in dem Augenblicke, wo Frankreich über die Verbündeten triumphirte, verließ Preußen seine Bundesgenossen. Mit dem Glücke trat es auf die Seite des Convents, und der König von Preußen war der erste, gegen Frankreich bewaffnete Souverän, welcher die Republik anerkannte.

Kaum waren vier Jahre verflossen" (im J. 1799), „als Frankreich den Wechsel des Kriegsglücks erfuhr. In der Schweiz und in Italien waren Schlachten verloren gegangen. Der Herzog von York war in Holland gelandet, und die Republik war im Norden und Süden bedroht. Das Glück hatte gewechselt, mit ihm wechselte auch Preußen. Aber die Engländer wurden aus Holland gejagt, die Russen bei Zürich geschlagen, der Sieg kehrte in Italien zu unsern Fahnen zurück, — und Preußen wurde wieder Frankreichs Freund.

Im J. 1805 waffnete Oesterreich. Es trug seine Waffen an die Donau. Es bemächtigte sich Baierns, während die russischen Truppen über den Niemen gingen und gegen die Weichsel vorrückten. Die Vereinigung dreier Großmächte und ihre unermeßlichen Rüstungen schienen Frankreich nur Niederlagen zu verheißen. Preußen konnte keinen Augenblick unschlüssig sein. Es waffnete, es unterzeichnete den Vertrag von Berlin, und die Manen Friedrich's II. wurden zu Zeugen des Gelübdes ewigen Hasses gegen Frankreich angerufen.

Als sein Minister, an Se. Majestät gesendet, um ihr Gesetze vorzuschreiben, in Mähren ankam, hatten die Russen eben die Schlacht bei Austerlitz verloren. Französischer Großmuth dankten sie die Möglichkeit in ihr Vaterland zurückzukehren. Preußen zerriß sofort den Vertrag von Berlin, welchen es sechs Wochen vorher geschlossen hatte, schwor den berühmten Eid von Potsdam ab, verrieth Rußland, wie es Frankreich verrathen hatte, und übernahm uns gegenüber neue Verpflichtungen.

Aber aus diesen ewigen Schwankungen seiner Politik entsprang in Preußen eine wahrhafte Anarchie der öffentlichen Meinung. Der Geister bemächtigte sich eine Ueberspannung, welche die preußische Regierung nicht mehr zu lenken vermochte. Sie ließ sich von ihnen hinreißen, und erklärte im J. 1806 an Frankreich in dem Augenblicke den Krieg, wo sie das größte Interesse hatte, das gute Einverständniß mit demselben aufrecht zu erhalten. Vollständig erobert, sah Preußen wider Verhoffen sich genöthigt zu Tilsit einen Frieden zu unterzeichnen, wo es alles empfing und nichts gab.

---

[1]) Moniteur, a. a. O.

Im J. 1809 brach der Krieg mit Oesterreich aus. Preußen war im Begriffe noch einmal sein System zu wechseln, aber die ersten kriegerischen Ereignisse ließen keinen Zweifel über die Endergebnisse des Feldzugs. Preußen ließ sich von der Klugheit berathen, und wagte keine diesfallsige Erklärung.

Als im J. 1811 die Rüstungen Rußlands Europa mit einem neuen Kriege bedrohten, erlaubte Preußens geographische Lage es ihm nicht, theilnahmloser Zuschauer der sich vorbereitenden Ereignisse zu bleiben. Sie, Herr Baron, wurden seit dem Monat März desselben Jahres beauftragt, Frankreichs Bundesgenossenschaft zu erbitten, und es ist nutzlos, daß ich Sie an Ihre wiederholten inständigen Bitten, an Ihre lebhaften Besorgnisse erinnere. Se. Majestät, der Vergangenheit sich erinnernd, zögerte anfangs mit dem zu fassenden Entschlusse. Dann dachte sie aber: der König von Preußen, durch die Erfahrung belehrt, werde endlich von der veränderlichen Politik seines Cabinets zurückgekommen sein. Sie wußte ihm für die Schritte Dank, die er in Petersburg gethan hatte, um den Bruch zu verhüten. Uebrigens widerstritt es der Gerechtigkeit und ihrem Herzen, aus politischen Zweckmäßigkeitsrücksichten den Krieg zu erklären. Sie gab sich ihren persönlichen Gefühlen für Ihren Souverän hin, und willigte in das Bündniß mit ihm ein.

So lange das Kriegsglück uns günstig war, zeigte sich Ihr Hof treu, aber kaum hatte die vorzeitige Winterkälte unsere Heere an den Niemen zurückgebracht, als der Abfall des Generals York nur zu sehr gerechtfertigten Argwohn erweckte. Das zweideutige Benehmen Ihres Hofes unter so ernsten Umständen, die Abreise des Königs nach Breslau, der Verrath des Generals Bülow, welcher dem Feinde die Uebergangspunkte über die untere Oder preisgab, die Verordnungen, welche erlassen wurden, um eine unruhige und aufrührerische Jugend zur Ergreifung der Waffen anzufeuern, das Zusammenkommen von Männern in Breslau, welche als Hauptanstifter des Krieges von 1806 bekannt waren, der tägliche, zwischen Ihrem Hofe und dem russischen Hauptquartiere stattfindende Verkehr gestatteten seit langer Zeit nicht mehr an dem Entschlusse Ihres Cabinets zu zweifeln. Als ich daher Ihre Note vom 27. März, Herr Baron, erhielt, hat sie mir durchaus kein Erstaunen verursacht.

Preußen — sagt sie — will das Erbe seiner Vorfahren wieder erlangen. Aber wir könnten fragen, ob, wenn es von den Verlusten spricht, die seine falsche Politik es hat erleiden lassen, nicht auch Erwerbungen von ihm in die Wagschale zu legen sind? Ob unter diesen Erwerbungen sich nichts befindet, was es seiner treulosen Politik verdankt? So hat es Schlesien dem Verlassen eines in Prag stehenden französischen Heeres zu verdanken, und alle seine Eroberungen in Deutschland der Verletzung der Gesetze und Interessen des deutschen Reichskörpers.

Preußen spricht von seinem Wunsche, zu einem auf dauerhaften Grundlagen ruhenden Frieden zu gelangen. Aber wie kann man bei einer Macht auf einen dauerhaften Frieden rechnen, welche sich berechtigt glaubt Verpflichtungen je nach den Launen des Glücks zu brechen! Se. Majestät zieht einen erklärten Feind einem Freunde vor, der stets bereit ist ihn im Stich zu lassen. Ich werde diese Betrachtungen nicht weiter ausführen. Ich beschränke mich darauf zu fragen, was ein erleuchteter und sein Vaterland liebender Staatsmann, der sich im Geiste an Preußens Staatsruder versetzt, seit dem Tage, wo die französische Revolution ausbrach, gethan haben würde, wenn er nach den Grundsätzen einer gesunden und sittlichen Staatsklugheit sein Benehmen hätte einrichten wollen?

Würde er Preußen im J. 1792 in einen Krieg verwickelt haben, dessen Wechselfälle er mächtigern Staaten überlassen konnte? Und hätte er es gethan, würde er gerathen haben die Waffen niederzulegen, bevor die Revolution

ihr Ende erreicht hatte? Wenn er aber dennoch bewogen gewesen wäre, die Republik anzuerkennen, hätte er nicht bei seinem System verharrt, nicht dessen Vortheile zu ernten, nicht Nutzen von den Gesinnungen zu ziehen versucht, die ein, zu Gunsten Frankreichs den Vorurtheilen seiner Zeit Trotz bietender Fürst demselben eingeflößt hätte? Er würde Preußens Einfluß auf den Norden durch Bündnisse begründet, Friedrich's Monarchie dadurch befestigt, das Glück Preußens im Innern und sein Ansehn nach außen auf einen engen Bund mit Frankreich gestützt haben. Er würde im J. 1799 durch die vorübergehenden Erfolge unserer Feinde sich nicht haben blenden lassen. Er würde im J. 1805 sowol aus Staatsklugheit, als seiner Würde wegen das Bündniß zurückgewiesen haben, zu welchem Preußen zu zwingen England, Rußland und Oesterreich im Vereine sich gegenseitig verbindlich gemacht hatten. Hätte er aber, durch unvorhergesehene Ereignisse hingerissen, auf Friedrich's Grabe einen Eid geschworen, so würde er ihn nach der Schlacht bei Austerlitz nicht verletzt haben. Die falsche Handlungsweise, zu der er sich hätte verleiten lassen, würde ihn zu dem einzig übrig bleibenden ehrenhaften Entschlusse geführt haben, nämlich seinen, vom Glücke übelbehandelten Verbündeten treu zu bleiben.

Wenn er im J. 1812 vergessen zu können geglaubt hätte, daß Rußland zu Tilsit alles, was die Umstände gestatteten, zu Gunsten Preußens gethan, wenn er den Bundesvertrag mit Frankreich unterzeichnet hätte, so würde er dem letzteren treu geblieben sein. Er würde in unerwarteten Ereignissen die Gelegenheit gefunden haben, Preußen, trotz seiner Schwäche, eine edle Rolle spielen zu lassen, und unzweifelhafte Gesinnungen an den Tag zu legen, auf deren ehrenvolles Gedächtniß er sich zu seiner Zeit hätte berufen können. Dieser redliche Entschluß würde Preußen die Achtung seiner Feinde verschafft haben. Er hätte nicht ihrem Hasse, sondern ihrem wahren Interesse gedient; der Abfall des Generals York hätte nicht stattgefunden, die Russen hätten nicht den Niemen überschritten, der Verrath des Generals Bülow wäre nicht eingetreten, die Russen wären nicht über die Oder gegangen und hätten sich nicht dem sie bedrohenden Verhängnisse ausgesetzt. Frankreich endlich, das Bedürfniß eines Vermittlers zwischen sich und Rußland fühlend, würde ihn in dem treuen Preußen gefunden, würde eingewilligt haben, zu Gunsten seines Systems des Friedens und der Ruhe der Welt wegen, die dessen alleiniger Zweck ist, eine Macht zu vergrößern, deren Aufrichtigkeit erprobt gewesen wäre.

Was bleibt heute Preußen übrig, Herr Baron! Es hat nichts für Europa, es hat nichts für seinen alten Verbündeten gethan, es wird nichts für den Frieden thun. Eine Macht, die ihre Verträge nur unter stillschweigendem Vorbehalte abschließt, kann kein nützlicher Vermittler sein. Sie leistet keine Gewähr, sie ist nur ein Gegenstand der Verhandlungen, durchaus keine Stütze.

In den Ereignissen zeigt sich der Finger der Vorsehung. Durch sie sind die falschen Freunde entlarvt, die treuen Freunde erkennbar gemacht worden, und sie hat Sr. Majestät hinreichende Macht verliehen, um den Triumph der einen, und die Züchtigung der andern zu sichern. Indem ich meine Beziehungen zu Ihnen, Herr Baron, abbreche, gereicht es mir zum Vergnügen, Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß Se. Majestät von dem Benehmen befriedigt ist, welches Sie während der Zeit, wo Sie am Hofe verweilten, beobachtet haben. Sie beklagt Sie als Krieger sowol, wie als Mann von Ehre, daß Sie genöthigt gewesen sind eine derartige Erklärung zu unterzeichnen. Ich habe die Ehre, Ihnen die geforderten Pässe zu übersenden. Genehmigen Sie, Herr Baron, die Versicherung meiner hohen Achtung." [1])

---

[1]) Moniteur, a. a. O.

Schonungsloser ist wol noch nie ein schwächerer Gegner verspottet worden, als Preußen durch die Antwortsnote Maret's. Was dieselbe aber um so empfindlicher machte, war, daß es, ungeachtet mancher hämischen Verdrehung der Thatsachen, die Wahrheit des Vorwurfs: eines großen Staats unwürdig sich benommen zu haben, nicht zu widerlegen vermochte. Das dem Vertreter Preußens für seine Person gleich einem verabschiedeten Diener boshafterweise ertheilte Lob diente nur dazu, ihn durch das beleidigende Bedauern einer so grundsatzlosen Regierung gehorchen zu müssen, um so tiefer herabzuwürdigen.

So beschließt das französische Cabinet, dessen punische Treulosigkeit in unersättlicher Herrschsucht und Ländergier, sowie in dem Uebermuthe des Stärkeren ihren Grund hatte, während Preußens schwankende Politik eine Entschuldigung in dem Gefühle seiner Schwäche und dem Triebe seiner Selbsterhaltung fand, würdig ein Schriftstück, in welchem es als heuchlerischer Tugendprediger mit wahrhaft teuflischem Hohne dem gemishandelten Preußen die Fehler vorwirft, wozu es dasselbe großentheils halb durch Arglist, halb durch Drohungen selbst verleitet hatte.

Preußens Rolle auf dem politischen Schauplatze seit der Regierung Friedrich Wilhelm's II. war diejenige eines klug sich dünkenden Emporkömmlings, der alles für erlaubt hält, was ihm vortheilhaft scheint. Das Genie Friedrich's des Großen, welches Preußen zur Stellung einer Großmacht erhoben hatte, wog nicht mehr die materiellen Kräfte auf, um die es den übrigen Großmächten nachstand. Trotz der Gebietsvergrößerungen unter seinem Nachfolger sank das Ansehn des Staats, ja sie waren nur eine Quelle neuer Gefahren für denselben. Mit Oesterreich, seinem feindlichen Nachbar, hatte es unüberlegterweise gegen Frankreich ein Bündniß geschlossen, mehr um die neuen Ideen und Verfassungsformen zu bekämpfen, welche der unbeschränkten Herrschermacht auf dem europäischen Festlande den Untergang drohten, als um die Rechte deutscher Reichsstände auf ihre, innerhalb der Grenzen Frankreichs liegenden Besitzungen, die von der französischen Nationalversammlung für erloschen erklärt worden waren, wieder herzustellen. Die alte Eifersucht zwischen dem lothringisch-habsburgischen und dem hohenzollerschen Hause dauerte unvermindert fort. Jenes vermochte diesem, seinem ehemaligen Vasallen, ebenso wenig den ihm zugefügten Verlust Schlesiens zu vergeben, als es mit ihm seinen Einfluß in Deutschland aufrichtig zu theilen willens war.

Das preußische Cabinet kannte diese Gesinnung, und war nur deshalb, weil augenblicklich Frankreich ihm eine stärkere Besorgniß einflößte als Oesterreich, auf des letztern Seite getreten, ohne jedoch seine Nebenbuhlerschaft aufzugeben. Es trat von dem Bunde mit dem alten Gegner zurück, nachdem dieser ihm mancherlei Ursachen zu Unzufriedenheit und Mistrauen gegeben, und nachdem die, an sich kraftlose Kriegführung beider, durch gegenseitige Eifersucht noch mehr gelähmt, die anfänglich günstige Gelegenheit zum Siege versäumt hatte, sodaß die nun erstarkte Macht der Revolution erobernd über den Rhein gedrungen war. Ueber den Verlust seiner, auf dem linken Rheinufer liegenden Besitzungen hatte Preußen mit der, im Frieden zu Basel (5. April 1795) erhaltenen, und später sich auch erfüllenden Verheißung reichlicher Entschädigung sich getröstet, einer Entschädigung, welche es auf Kosten Deutschlands, und infolge der Vernichtung der geistlichen Reichsstände erhielt. Den Abfall selbst suchte es mit der feindseligen Gesinnung des, mit ihm verbündeten Oesterreichs zu rechtfertigen, von der es überzeugende Beweise hatte. Allein alles dies vermochte nicht den verderblichen Folgen eines unklug begonnenen, kraftlos geführten und vorzeitig geendigten Krieges vorzubeugen. Wie konnte es hoffen Gebietserwerbungen mit eigener Kraft zu vertheidigen, welche es in Deutschland der schlauen, Zwietracht säenden Politik Frankreichs, in Polen dem, gegen dessen Regierung begangenen Wortbruche und der einstweiligen Einwilligung übermächtiger Nachbaren verdankte? Allein um die Zukunft bekümmerten sich Preußens damalige Staatsmänner nicht. Sie trachteten nur dahin, um jeden Preis aus der augenblicklichen Verlegenheit sich zu ziehen, und führten dadurch ihr Vaterland an den Rand des Verderbens.

Hart, aber zu seinem Heile, hatte Preußen für seine Verschuldung gebüßt, denn die Buße hatte es geläutert und gekräftigt. Dies sollte der höhnende Feind bald zu seinem Verderben erfahren.

So gut der Aufruf des Königs Friedrich Wilhelm an sein Volk abgefaßt war, so wenig war dies mit der Note der Fall, welche die förmliche Kriegserklärung vertrat. Unglücklicherweise hatte der Verfasser derselben versucht das Unmögliche zu beweisen, nämlich darzuthun, daß der König von Preußen mit religiöser Gewissenhaftigkeit (also freiwillig) die Bedingungen des Friedens von Tilsit erfüllt, und sich für Napoleon's Sache aufgeopfert habe." Das mit diesem abgeschlossene Bündniß sei — wurde behauptet — nur aus dem Grunde von Preußen

verlassen, und an Napoleon nur deshalb der Krieg erklärt worden, weil dieser von Preußen vertragswidrige Leistungen erpreßt, und es gegen die eingedrungenen Russen nicht vertheidigt habe.

In der That aber hatte Preußen den kaum erfüllbaren Bedingungen des Friedens von Tilsit aus keinem andern Grunde genügt, als weil es der sonst drohenden Anwendung von Zwangsmitteln und fernern Quälereien zuvorkommen wollte. Für die ungeheuern Opfer, welche es Napoleon brachte, für die preußischen Hülfstruppen gegen Rußland brauchte dieser nicht erkenntlich zu sein, weil Preußen nicht freiwillig, sondern gezwungen handelte.

Die Bundesgenossenschaft mit Frankreich hatte es erbeten, um den äußern Schein eines unabhängigen Staates und sein politisches Dasein zu retten. Sie war eine unfreiwillige, und konnte also keine aufrichtige und redliche sein, als welche sie bezeichnet wurde. Endlich wären die siegreichen Russen selbst dann als Befreier aus einem so unerträglichen Zustande sicherlich willkommen geheißen worden, wenn Napoleon auch nicht Leistungen erpreßt hätte, die über den Vertrag von Tilsit hinausgingen; denn schon das, was er nach dem Rechte des Stärkern aus jenem Vertrage forderte, hätte zur Verzweiflung des gemishandelten Landes hingereicht, dessen staatliche Vernichtung beschlossen war.

Ein erzwungener Vertrag unter Privatleuten ist als solcher rechtlich nicht verbindend. Einen dem besiegten Staate aufgenöthigten Friedensvertrag aber betrachtet man als freiwillig und rechtsgültig wegen des Bedürfnisses, die durch Waffengewalt erzwungenen Veränderungen des Besitzstandes von neuem rechtlich zu begründen.

Allein mindestens darf die im Friedensvertrage ausdrücklich anerkannte Unabhängigkeit des besiegten Staats nicht eine blos scheinbare sein, denn ihretwegen unterwarf er sich ja den Friedensbedingungen. Wird sie ihm nicht gewährt, so ist er auch seinerseits nicht an die Bedingungen gebunden.

Abgesehen nun davon, daß Preußen durch den Friedensvertrag von Tilsit thatsächlich aufgehört hatte ein unabhängiger Staat zu sein, so hatte Napoleon auch mehrere specielle Bestimmungen desselben geradezu verletzt, und ihn dadurch selbst gebrochen, bevor Preußen durch den Umschwung der Verhältnisse in den Stand gesetzt wurde: zur Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit und seines frühern Besitzstandes die Waffen zu ergreifen. Würdiger und angemessener wäre es daher gewesen, unter Beziehung auf das, dem Rechte schreiend widersprechende Sachverhältniß darauf hinzuweisen, wie Preußen, im

gerechten Kampfe für sein, durch Napoleon bedrohtes staatliches Dasein besiegt, dem Gesetze des Siegers sich habe unterwerfen müssen, um in Hoffnung besserer Zeiten wenigstens den Schein seiner Unabhängigkeit zu retten. Da jedoch das französische Kriegsheer des Friedens ungeachtet aus Preußen nicht entfernt, sondern dieses trotz der erfüllten Friedensbedingungen fortwährend als erobertes Land behandelt worden sei, da Napoleon außerdem dem preußischen Staate und Volke neue Unbilden zuzufügen fortgefahren habe, und es kein anderes Mittel gegen diese nicht endenden Rechtsverletzungen gebe, als das Schwert, so greife man zu demselben, um unter Zerbrechung der, durch einen lügnerischen Frieden geschmiedeten Fesseln die entrissene Unabhängigkeit wieder zu erkämpfen oder ruhmvoll zu enden.

Eine solche Sprache würde zwar das französische Cabinet nicht verhindert haben, dem preußischen seine politischen Sünden vorzuwerfen, doch hätte sie demselben nicht zu der höhnischen Darlegung Anlaß geboten, wie wenig Preußens Versicherungen der Wirklichkeit entsprächen. So sehr es aber auch dem französischen Minister gelungen war: die unglückliche Lage Preußens als eine verschuldete darzustellen, und dessen Cabinet durch schadenfrohen Spott empfindlich zu kränken, so wenig gelang es Napoleon, durch selbstverfaßte Anmerkungen zu der, von ihm im Moniteur veröffentlichten preußischen Denkschrift unparteiische Leser davon zu überzeugen, daß Preußen nicht berechtigt, ja nicht im Interesse seiner Selbsterhaltung gezwungen sei, es endlich auf die Entscheidung der Waffen ankommen zu lassen.

Hinsichtlich der von Preußen behaupteten Nothwendigkeit: jetzt, wo es sich von Frankreich den russischen Heeren preisgegeben sehe, Rußlands Bündniß zu suchen, fragte Napoleon höhnend, ob er etwa York's Vertrag mit den Russen angeordnet habe, wodurch das französische Heer genöthigt worden sei, sich nach der Oder zurückzuziehen, oder ob von ihm der General von Bülow angewiesen worden sei den Uebergang der Russen über diesen Strom zu begünstigen, wodurch der weitere Rückzug der Franzosen nach der Elbe verursacht worden war, oder ob er dem Könige von Preußen den Rath ertheilt habe: von Potsdam nach Breslau sich zu begeben, und so dem Feinde sich zu nähern? Weshalb habe doch des Königs persönliche Freundschaft für den Kaiser Alexander ihn nicht abgehalten, zu einer Zeit, wo Frankreich gegen diesen rüstete, um ein Bündniß mit Napoleon nachzusuchen, welches ihm die russischen Provinzen Kurland und Livland habe verschaffen sollen? Denn der

dreizehnte Artikel der ersten besondern Uebereinkunft vom 24. Febr. 1812 laute:

In dem Falle, daß der Krieg wider Rußland, ungeachtet der Wünsche und Hoffnungen der hohen, den Vertrag schließenden Theile ausbrechen, und von glücklichem Erfolge sein sollte, verpflichtet sich Se. kaiserl. Majestät dem Könige von Preußen eine Gebietsentschädigung zu verschaffen, wie die Opfer und Lasten zu vergüten, welche Se. Majestät während des Krieges zu tragen gehabt haben würde.

Wenn für jene Fragen Napoleon's auch keine genügende Antwort zu finden war, und eben dadurch offenbar wurde, wie ungeschickt es gewesen, durch die entsprechenden Behauptungen besagte Fragen hervorzurufen, so erscheint doch das Bestreben Preußens, für die, wegen der unvermeidlichen, französischen Bundesgenossenschaft geleisteten Dienste eine Entschädigung zu verlangen, an sich vollkommen gerechtfertigt, nur paßte es nicht zu dem von wenig staatsmännischer Einsicht zeugenden Versuche: in der persönlichen Freundschaft des Königs von Preußen für den Kaiser von Rußland einen Beweggrund der politischen Handlungsweise, die doch lediglich durch Rücksichten auf den Staat geleitet werden soll, geltend zu machen.

Wenn hingegen Napoleon hinsichtlich des preußischerseits ebenfalls unnöthigerweise gebrauchten Ausdrucks: „Der Friede von Tilsit sei ebenso hart als demüthigend gewesen", die höhnische Frage aufwarf: „Ihr nennt einen Frieden demüthigend, der Euch wieder auf den Thron gesetzt hat? Ihr habt recht, die Großmuth demüthigt stets Undankbare!" so gleicht eine solche angebliche Großmuth dem Verfahren der Katze, welche die erhaschte Maus erst dann tödtet, wenn sie ihres grausamen Spiels mit derselben müde ist. Denn Napoleon raubte zwar dem Könige von Preußen nur die Hälfte seiner Staaten, und gab ihm die andere bereits in seinen Händen befindliche Hälfte nebst dem Königstitel zurück; allein dies geschah nur deshalb, weil er es vortheilhaft fand, daß jener sie für ihn, den rücksichtslosen Sieger, so lange verwalte, bis es ihm gefallen würde zu erklären: das Haus Hohenzollern habe aufgehört zu regieren!

In der Denkschrift des preußischen Gesandten waren ungeachtet ihrer Länge manche gegründete Beschwerden Preußens gar nicht, oder nicht bestimmt genug aufgeführt, weil das Cabinet eine ausführlich motivirte Kriegserklärung, die es ursprünglich beabsichtigt haben soll, nicht erließ.

Um ihren Zweck zu erfüllen, hätte eine solche freilich, wie gezeigt worden, von einem andern Standpunkte aus die politischen Verhältnisse

betrachten müssen, und da man hierin bereits gefehlt hatte, so that man am besten sie ganz zu unterlassen.

Der preußische Staat war durch den im J. 1806 begonnenen und beispiellos unglücklich geführten Krieg völlig erschöpft, und dennoch bestimmte der fünfte Artikel der zur „Ergänzung“ des tilsiter Friedensvertrags vom 12. Juli 1807 zu Königsberg abgeschlossenen Uebereinkunft, daß, bevor nicht sämmtliche Kriegssteuern, welche von den französischen Commissarien auf die ungeheure Summe von 180 Millionen Francs berechnet wurden, bezahlt wären, alle rückständigen Einkünfte des Königreichs während des Krieges für Rechnung Frankreichs zu erheben seien. Erst am 5. Nov. 1808 wurden die Kassen und die Verwaltung der dem preußischen Staate gebliebenen Provinzen den Behörden desselben zurückgegeben.

Jene ungeheure Summe wurde zwar im Wege der Unterhandlung auf 140 Millionen herabgesetzt, und bei Gelegenheit des Congresses zu Erfurt auf Fürsprache des Kaisers von Rußland um noch 20 Millionen vermindert. Dafür hatten aber die unglücklichen Provinzen Preußens bis gegen Ende des November 1808 ein Heer von 150000 Mann mit 50000 Pferden zu unterhalten, und im J. 1812 so ungeheure Lieferungen für Napoleon's riesiges, nach Rußland ziehendes Heer zu machen gehabt, daß, obwol deren Betrag von 94 Millionen auf den, noch unberichtigten Theil der preußischen Kriegsschuld abgerechnet werden sollte, welchen Napoleon selbst als auf 50 Millionen vermindert anerkannt hatte, demnach dem preußischen Staate noch eine Mehrforderung von 44 Millionen verblieb, an deren Berichtigung jener nicht dachte, indem er vielmehr die Feststellung der diesfallsigen Berechnung unter nichtigen Vorwänden verweigerte.

So groß alle die Opfer waren, welche der Friede zu Tilsit Preußen auferlegt hatte, so genügten sie doch dem Kaiser der Franzosen nicht, sondern er vermehrte dieselben nach dem Friedensschlusse entweder durch die Art der Ausführung, oder durch sogenannte Ergänzungen, oder durch geradezu vertragswidrige Handlungen.

So war der, unter dem Namen „Neuschlesien“ zu Schlesien geschlagene Landstrich des preußischen Polens im zweiten Artikel des tilsiter Friedensvertrags ausdrücklich unter den, dem Könige von Preußen verbleibenden Ländern aufgeführt. Er wurde aber ebenso willkürlich als der ursprünglich ebenfalls nicht abgetretene michelauer Kreis zu dem, aus den polnischen Provinzen Preußens gebildeten Herzogthume Warschau geschlagen.

Derselbe Artikel sprach ausdrücklich den, auf dem rechten Elbufer liegenden Theil des Herzogthums Magdeburg Preußen zu. Nichtsdestoweniger wurde die auf dem rechten Ufer der Elbe liegende Citadelle nebst einem Bezirke von 2000 Klaftern später willkürlich vom preußischen Gebiete abgetrennt.

Der neunzehnte Artikel hatte dem, von Preußen abgetrennten und zur freien Stadt erhobenen Danzig ein Gebiet von zwei französischen Meilen im Umkreise von dem Stadtwalle an gerechnet zugetheilt. Nichtsdestoweniger wurde es nicht von letzterm aus, sondern von den entferntesten Außenwerken an gerechnet, und so das Stadtgebiet bedeutend über seinen ehemaligen Umfang vergrößert.

Obgleich ferner der fünfundzwanzigste Artikel die Unantastbarkeit aller Capitalien in den abgetretenen Ländern zusicherte, mochten sie nun dem Staate, moralischen Personen, oder einzelnen gehören, so wurden doch solche zu einem Betrage von 64 Millionen Francs in Beschlag genommen.

Endlich mußten auf Napoleon's Verlangen dem Könige von Sachsen, statt der, im Friedensvertrage nur bedungenen Militärstraße nach Warschau, der freien Benutzung der Netze und des bromberger Kanals, noch drei zollfreie Handelsstraßen und die freie Fahrt auf der Wartha, Oder, Spree, Havel und dem Friedrich-Wilhelms-Kanal sowol hinsichtlich der nach Warschau, als nach Rußland gehenden Waaren, endlich auch die Anlage sächsischer Postämter in den preußischen Städten Krossen und Züllichau bewilligt werden.[1])

Den Bericht, welchen Maret über die Verhältnisse Preußens zu Frankreich an den Kaiser der Franzosen erstattet, und am 1. April 1813 dem Senate mitgetheilt hatte, ließ letzterer nebst den betreffenden Actenstücken im „Moniteur" veröffentlichen, um die Meinung des Volks für sich zu gewinnen, und die demselben von neuem angesonnenen Opfer von Menschen und Geld zu rechtfertigen. Diese amtliche Beleuchtung seines Benehmens gegen Preußen lautete also:

„Die Tage von Jena und Friedland hatten die preußische Monarchie in ihrem ganzen Umfange zu Ew. Majestät Verfügung gestellt. Mächtige Beweggründe empfahlen, um die Früchte des Sieges zu behalten, auf Preußens Thron einen Fürsten zu setzen, der keine Frankreich entgegengesetzten Interessen habe, von letzterem nichts fordern könne, und besonders nicht von dem veränderlichen Geiste sich leiten ließe, welcher seit hundert Jahren die Staats-

---

[1]) Schöll, a. a. O., I, 223—88.

klugheit des brandenburgischen Hauses charakterisirt. Aber der Kaiser von Rußland erbot sich in Tilsit, falls der König von Preußen den Rang eines Souveräns wieder erhielte, an England den Krieg zu erklären, dabei mitzuwirken, daß das Festland dem Handel desselben verschlossen bleibe, kurz, es zum Frieden zu nöthigen.

Diese Aussicht war für Ew. Majestät so verführerisch, daß Sie ihr nicht widerstehen konnte. Sie gab sich der Hoffnung hin, die Ruhe der Welt wieder hergestellt und Frankreichs Handel endlich des Glanzes genießen zu sehen, wozu ihn der Reichthum unsers Bodens und der Gewerbfleiß seiner Bevölkerung berechtigen. Sie opferte so großen Vortheilen die Erwägungen einer mistrauischen Staatsklugheit, und bei Ihrer zweiten Zusammenkunft mit dem Kaiser Alexander willigte Sie ein, den König von Preußen zu empfangen, dessen Gegenwart Sie aus gerechter Empfindlichkeit hatte vermeiden wollen.

Es war übrigens die allgemeine Meinung, daß der König von Preußen wider seinen Willen hingerissen worden sei, sich für den Krieg zu entscheiden. Ew. Majestät gefiel sich in dem Gedanken, daß die Erfahrung, welche derselbe eben gemacht hatte, ihn für immer vor gefährlichen Verführungskünsten und schädlichen Einbildungen auf der Hut sein lassen würde. Leicht überredete sich endlich Ew. Majestät, für welche Großmuth ein Bedürfniß ist, daß die, welche Sie im Begriffe stand auszuüben, niemals der Vergessenheit würde übergeben werden.

Die preußische Monarchie wurde wieder aufgerichtet, und das Haus Brandenburg fuhr fort zu regieren.

Ew. Majestät mußte Preußen von der Rheingrenze entfernen. Sie schuf das Königreich Westfalen und bedung sich aus, daß Danzig, Glogau, Küstrin und Stettin bis zum Frieden mit England in Ihren Händen blieben. Sie wollte, daß die Uebergabe dieser festen Plätze bei den Unterhandlungen mit England als Gegenstand der Ausgleichung für unsere jenseit des Meeres liegenden Besitzungen dienen könne."

Vorstehende Angaben gewähren einen richtigen Maßstab für Napoleon's Großmuth, Wahrheitsliebe und Gewissenhaftigkeit.

Namentlich ist die Unverschämtheit Erstaunen erregend, mit welcher offen erklärt wird: er habe sich ausbedungen, jene Festungen bis zum Frieden mit England in den Händen zu behalten. Denn im zweiten Artikel des tilsiter Friedens war nur ausbedungen worden, daß Stettin bis auf weiteres besetzt bleiben, das übrige preußische Gebiet aber am 1. Oct. 1807 zurückgegeben werden solle. Durch den sechsten Artikel der Uebereinkunft vom 17. Sept. 1808, welchen Napoleon selbst zur Kritik der Note des preußischen Gesandten im Moniteur hatte abdrucken lassen, sollte die Zurückgabe von Glogau nach Bezahlung der Hälfte der Kriegssteuer, diejenige der übrigen Festungen nach völliger Berichtigung besagter Steuer stattfinden. Erst im Bundesvertrage vom 24. Febr. 1812, welchen der König von Preußen, um seine Krone zu retten, eingehen mußte, wurde schließlich die Räumung der Festungen von einer künftigen Ueber-

einkunft abhängig gemacht. So hatte, abgesehen von den übrigen, dieser wichtige Punkt des Friedensvertrags allein zwei willkürliche Abänderungen erlitten, und er dient in schlagender Weise zum Belege, daß Napoleon nicht das geringste Bedenken trug: einen Vertrag so oft zu brechen, als es ihm nützlich dünkte. Hierauf fährt Maret fort:

„Dem Könige von Preußen stand es nicht zu, die von der Großmuth Ew. Majestät empfangenen Geschenke, deren Werth seine Hoffnungen überstieg, einer Erörterung zu unterwerfen. Die, das preußische Gebiet treffenden Kriegssteuern wurden als billige Entschädigung für die Kosten des von Preußen erregten ungerechten Kriegs vorbehalten. Die Heere Ew. Majestät sollten das, dem Könige von Preußen gelassene Gebiet nur nach völliger Bezahlung jener Steuer verlassen. Doch die, infolge der Besprechung zu Erfurt in Berlin am 5. Nov. 1808 abgeschlossene Uebereinkunft bewilligte Preußen den Erlaß eines Theils seiner Schuld und den Rückzug der französischen Truppen von seinem Gebiete vor Vollendung der Zahlungen.“

Wenn Napoleon die von Preußen geforderten Kriegssteuern als eine billige Entschädigung für die Kriegskosten betrachtet wissen wollte, so fragt man mit Recht, wofür er dann die, bis in den November 1808 bezogenen Einkünfte des ganzen preußischen Staats und die zurückbehaltene Hälfte desselben angesehen habe?

Die Anklage: Preußen habe einen ungerechten Krieg erregt, würde durch ihre Grundlosigkeit nur dann in Erstaunen setzen, wenn Napoleon nicht stets alle seine Eroberungskriege dem Hasse und den Ränken seiner Feinde zugeschrieben hätte. Im vorliegenden Falle hatte Preußen zu den Waffen gegriffen, um seine Selbständigkeit zu wahren, und zwar erst nach vielen, ihm zugefügten Verletzungen, deren vornehmste darin bestand, daß Napoleon, nachdem er Preußen genöthigt hatte die Fürstenthümer Anspach, Cleve und Neuenburg gegen Hannover einzutauschen, letzteres demungeachtet dem englischen Königshause wieder anbot, ohne des, dadurch an Preußen begangenen Treubruchs sich zu schämen. Der Bericht lautete ferner:

„Frankreichs Bündniß mit Rußland schien Preußens Treue zu verbürgen. Ew. Majestät wollte hierauf rechnen, aber die diesem Cabinete zur Gewohnheit gewordene Schwachheit und Unentschlossenheit konnten von einem Augenblicke zum andern dieses Vertrauen täuschen. Preußens Benehmen während der ersten, dem Frieden von Tilsit folgenden Jahre war von Gesinnungen geleitet, welche von denen der Dankbarkeit sehr verschieden sind. Weit entfernt seine Verpflichtungen zu erfüllen, schien es nur die Gelegenheit zu erspähen, und die Glücksfälle abzuwarten, die ihm gestatten würden letztern sich zu entziehen.

Im J. 1809 sah man ganze Regimenter dem, auf sie geübten Einflusse geheimer aufrührerischer Gesellschaften folgen, und sich unter die Fahnen der

Feinde Ew. Majestät reihen, ein Skandal, wie die Jahrbücher der Regierungen keinen zweiten aufzuweisen haben.

Als im J. 1811 eine sichtbare Veränderung in den Gesinnungen Rußlands das baldige Wiederentbrennen des Krieges im Norden befürchten ließ, begriff Preußen, daß sein Los gänzlich von seiner Vorsicht abhänge, daß wenn es sich von den Ereignissen überraschen lasse, es in den Fall kommen könne: nicht mehr eines selbständigen Entschlusses fähig zu sein, und daß es einen solchen fassen müsse, so lange ihm die Wahl offen stehe. Es verlangte von Ew. Majestät die Gunst: als Ihr Bundesgenosse zugelassen zu werden.

Diese Frage stellte sich in ihrer ganzen Wichtigkeit dar. Es schien der Klugheit und einer wahrhaften Politik angemessen: die Beschwerden, zu denen Preußen durch die stete Unzuverlässigkeit seines Benehmens Veranlassung gegeben hatte, zu benutzen, und wenn der Krieg mit Rußland ausbreche, ihm gleichfalls den Krieg zu erklären, um nicht eine unzuverlässige Macht hinter sich zu lassen. Preußen sparte weder Bitten, noch wiederholte Anträge. Die Schritte, welche es in Petersburg that, um, so lange es noch Zeit war, zu versuchen, auf die Entschließungen Rußlands Einfluß auszuüben, hatten einen solchen Charakter der Aufrichtigkeit, und waren so augenscheinlich von der Absicht Frankreichs Interessen zu befördern geleitet, daß Ew. Majestät davon überrascht war. Sie rettete Preußen noch einmal, indem Sie es zu Ihrer Bundesgenossenschaft zuließ."

Das hier in naiver Weise abgelegte Geständniß der Absicht: dem preußischen Staate, ohne daß er hierzu eine nennbare Veranlassung gegeben hätte, blos deshalb, weil es nützlich erschien, den Krieg zu erklären, oder um die Sache richtiger zu bezeichnen, als leichte Beute zu betrachten, ist ein treffliches Beispiel für die Gewissenlosigkeit von Napoleon's Politik, ein neuer Rechtfertigungsgrund für Preußens Entschluß, die Waffen über sein ferneres staatliches Dasein entscheiden zu lassen.

Daß Napoleon übrigens entschlossen gewesen sei, Preußen nach Rußlands Besiegung aus der Reihe der europäischen Staaten verschwinden zu lassen, war die bereits mitgetheilte Ueberzeugung des Kronprinzen von Schweden, welchem infolge seiner frühern Stellung in Frankreich und fortwährender Verbindung mit demselben diese, auch sonst Bestätigung findende Kunde aus guter Quelle zugeflossen war. Es heißt ferner im Berichte:

„Als Ew. Majestät sich nach Dresden begab, entschloß sich der König Sie aufzusuchen; er wiederholte dort mündlich die Versicherungen unverbrüchlicher Anhänglichkeit an das, von ihm ergriffene System. So lange Ew. Majestät Herr der Ereignisse war, und Sie war es, so lange dieselben durch Genie und Muth beherrscht werden konnten, blieb Preußen treu, und der preußische Truppenkörper that seine Schuldigkeit. Aber als das französische Heer seinerseits die Wechselfälle des Glücks erfuhr, beobachtete das preußische Cabinet keine Rücksichten weiter. Der Abfall des Generals York rief den Feind in die Staaten des Königs von Preußen, und nöthigte unsere Heere, die Weichsel zu verlassen und sich nach der Oder zu ziehen. Preußen, um seine Absichten zu verbergen, erbot sich zur Stellung eines neuen Truppentheils. Es hatte in Schlesien und diesseits der Oder eine hinlängliche Anzahl ausgebildeter

Truppen und Reiterei, welche damals, indem man sie den Anfällen der leichten Truppen des Feindes entgegengesetzt hätte, von großem Nutzen gewesen wären. Aber es war entschlossen nicht Wort zu halten.

Der König verließ unerwartet Potsdam, mied eine, von der Oder gedeckte Residenz, um in eine offene Stadt sich zu begeben und dem Feinde entgegen zu gehen. Kaum war er in Breslau angekommen, als General Bülow, welcher einige tausend Mann an der untern Oder befehligte, den Verrath des Generals York nachahmte, seine Cantonnirungen den leichten russischen Truppen öffnete, und ihnen den Uebergang über die Oder erleichterte. Mit neu ausgehobenen preußischen Truppen, als Wegweiser, kamen die Russen an Berlins Thore und lieferten dort kleine Gefechte. Das preußische Cabinet hatte die Maske abgeworfen. Durch drei, aufeinander folgende Verordnungen rief der König zu den Waffen; zuvörderst die jungen Männer, deren Familien reich genug waren, sie auf eigene Kosten einzukleiden und auszurüsten, sodann die Jugend von 17—24 Jahren, und endlich die Männer über diesem Alter. Es war ein Aufruf an die Leidenschaften, welche zurückzuhalten Preußen das Bedürfniß gefühlt hatte, als es das Bündniß wünschte, und so lange es demselben treu war. Der Staatskanzler entbot die Häupter jener Vereine zu sich, die in ihrem aufrührerischen Fanatismus den Umsturz der geselligen Ordnung und die Zerstörung des Thrones predigten."

Unter geselliger Ordnung verstand der französische Minister das, den Völkern Europas auferlegte französische Joch, und unter dem Throne: Napoleon's Zwingherrschaft.

Der Bericht fährt fort:

„Preußens Offiziere wurden Aufsehen erregend in das russische Hauptquartier gesendet, und ein russischer Geschäftsträger nach dem andern kam nach Breslau. Endlich am 1. März vollendete die preußische Regierung durch einen Vertrag mit Rußland das, was der General York begonnen hatte. Am 17. März zu Breslau, am 27. zu Paris haben die Minister des Königs von Preußen amtlich angezeigt, daß ihr Herr mit dem Feinde gemeinschaftliche Sache gemacht. So hat Preußen an Ew. Majestät den Krieg erklärt als Lohn für den Friedensvertrag von Tilsit, welcher den König wieder auf den Thron gesetzt hat, und für den Vertrag von Paris, der ihm die Bundesgenossenschaft gestattete." [1])

Dieser, dem Kaiser der Franzosen erstattete, und im Senate wiederholte Bericht konnte nur solche Personen täuschen, die mit den Verhältnissen gänzlich unbekannt waren. Er war für diejenigen berechnet, welche ihre politische Belehrung von den Beamten empfingen, deren Aufgabe es war, die Thaten des Kaiserreichs so darzustellen, daß sie der von Napoleon beliebten Bezeichnung der Geschichte, als einer verabredeten Fabel, entsprachen. Des Berichtes nächster, nicht zu verfehlender Zweck ging dahin, die Förmlichkeiten einzuleiten, welche zur Verwirklichung der vom Kaiser verlangten neuen Truppenaushebung, sowie dazu nöthig waren, daß die Departements der Ems, der Weser und Elbmündungen, welche

---

[1]) Moniteur, a. a. O.

die 32. Militärdivision bildeten, als im Kriegszustande befindlich erklärt wurden. Es geschah dies auch, nachdem von den betreffenden Regierungsorganen die erforderlichen Reden gehalten worden waren, und jeder die ihm zugetheilte Rolle in der politischen Komödie gespielt, zu welcher Napoleon die französische Verfassung herabgewürdigt hatte.

Wie in jenen Reden auseinandergesetzt war, wurde von den, zur Verstärkung des im Felde stehenden Heeres geforderten 180000 Mann nur die Hälfte, einschließlich von 10000 Mann Ehrengarden, zu den Fahnen gerufen, da die andere Hälfte zwar bereits unter den Waffen stand, aber bisher nur die Bestimmung gehabt hatte, im Inlande zu dienen.

Wie ungeheuer übrigens die Forderungen waren, die Napoleon an Frankreich stellte, um ein ihm genügend scheinendes Heer zur Abwehr der Feinde zu bilden, welche seine gewissenlose Politik gegen Frankreich aufgeregt hatte, erhellt aus folgenden Worten, womit einer jener amtlichen Redner die diesfallsigen Maßregeln empfahl.

„Indem Sie denselben die Weihe ertheilen, meine Herren, sichern Sie die Vertheidigung unserer Küsten und unserer Häfen. So wird das Kaiserreich ein Heer von 400000 Mann an der Elbe, eins von 200000 Mann in Spanien und 200000 Mann sowol am Rhein und in der 32. Militärdivision, als in Italien haben."

Allein ungeachtet alles aufgeboten wurde, um die Kriegslust der Franzosen zu entflammen, obgleich, dem Winke von oben gehorsam, alle bedeutende Städte des Kaiserreichs Truppen auf ihre Kosten stellten, oder entsprechende Geldsummen zahlten, so gelang es Napoleon doch nicht, daß der wirkliche Bestand seiner Heere diese angekündigte Ziffer erreichte. Der Eifer der kaiserlichen Beamten vermochte die des Krieges müden Franzosen nicht zu neuer Kampfeslust zu begeistern, und während in Preußen alle Waffenfähigen zu den Fahnen sich drängten, suchte die französische Jugend sich der Aushebung auf jede mögliche Weise zu entziehen. Indessen brachte es Napoleon demungeachtet dahin, mit größern Truppenmassen, als die Verbündeten den Feldzug zu eröffnen. Wie gerechtfertigt aber trotz aller amtlichen Schmähungen Preußens Abfall vom französischen Bündnisse war, dies sollte durch eine merkwürdige Ironie des Schicksals Napoleon selbst wenige Monate später bezeugen, und damit sich selbst Lügen strafen. Er that dieses in den, seinem Secretäre Fain dictirten Anmerkungen zu der

einige Monate später erfolgenden österreichischen Kriegserklärung, welche er gleichzeitig mit letzterer im Moniteur veröffentlichte, nicht etwa aus nachträglicher Liebe zur Wahrheit, sondern um an dies verspätete Zugeständniß verletzende Bemerkungen über die Doppelzüngigkeit des österreichischen Cabinets, durch die er sich hatte täuschen lassen, zu knüpfen. Er triumphirte zwar, wenn er diejenigen, welche er verderben wollte, mit corsischer List täuschte, er hielt freiwilligen Vertragsbruch für ein erlaubtes Mittel seine Zwecke zu erreichen; überlistete ihn aber ein schwächerer Gegner, um sich gegen ihn, den übermächtigen, gewissenlosen Feind, zu schützen, so hüllte er sich in das Gewand gekränkter Unschuld, und rief die Verachtung der Tugendhaften auf den schamlosen Lügner herab!

Siebenter Abschnitt.

Oesterreichs Entschluß: die Verhältnisse zur Ergreifung einer selbständigen Politik zu benutzen. Es unterhandelt deshalb mit dem Könige von Sachsen, welcher sein Land unter einer diesfallsigen Erklärung verläßt, sowie mit Baiern, Würtemberg und Baden. Narbonne's Verhandlungen mit Metternich. Napoleon erlangt infolge derselben die Ueberzeugung, daß Oesterreich die übernommene Friedensvermittelung nur im eigenen Interesse ausbeutet. Oesterreichisch-russische Uebereinkunft wegen des Rückzugs des österreichisch-französischen Hülfsheeres. Schwarzenberg's Sendung nach Paris und dessen diplomatische Thätigkeit daselbst.

Während der Zeit, wo über Preußens Haupte die ihm von Napoleon zugedachte Vernichtung wie ein Damoklesschwert hing, hatte Oesterreichs Kaiserhaus mit dem, Frankreich beherrschenden neuen Imperator sich verschwägert. Beide Theile hatten gehofft, aus den, sie verknüpfenden Familienbanden Vortheile zu ziehen, und obwol Oesterreichs politische Stellung weniger von Frankreich abhängig war, als diejenige aller übrigen Staaten des europäischen Festlandes, mit Ausnahme Rußlands, so hatte es doch mit Frankreich gegen Rußland sich verbünden zu müssen geglaubt; es erwartete aus diesem Bunde eine Erweiterung seiner Grenzen, und namentlich die Wiedererwerbung der schmerzlich vermißten Küstenländer. Des österreichischen Kaiserhauses verwandtschaftliches Verhältniß zu Napoleon, sowie seine immer noch sehr bedeutende Macht, mit welcher jede der kriegführenden Parteien ihre Reihen verstärken wollte, ermöglichten es für Oesterreich eine abwartende politische Stellung einzunehmen, und verschafften seinen, dem französischen Kaiser gemachten Betheuerungen fortwährender Anhänglichkeit so lange Glauben, als die Thatsachen nicht zu sehr damit im Widerspruche standen. Hatte Napoleon es auch für

räthlich gehalten, in so bedenklicher Zeit am wiener Hofe durch einen scharfsichtigeren Gesandten vertreten zu sein, als durch den Grafen Otto, so rechnete er doch noch immer bei dem bevorstehenden Kampfe auf den Beistand seines Schwiegervaters, des Kaisers Franz.

Graf Metternich bemühte sich zwar den Kaiser der Franzosen in diesem Glauben zu erhalten, fing aber doch schon an den Preis des zu leistenden Beistandes hervorzuheben, bestehend in der Annahme derjenigen Friedensgrundlagen, welche Oesterreich zu einer dauernden Beruhigung Europas für unerläßlich halte. Jedoch geschah dies in einer so rücksichtsvollen Weise, und mit Kundgebung einer solchen Ehrfurcht für Napoleon's Genie und Macht, daß dieser immer noch die österreichische Hülfe für einen, ihm genehmen Preis zu erkaufen hoffte.

Oesterreich befand sich in einer Lage, wo es für eine der kriegführenden Parteien sich entscheiden mußte, eine unglückliche Wahl ihm aber äußerst verhängnißvoll werden konnte. Auf der einen Seite waren die Verbündeten bereit, alles, was es billigerweise irgend fordern konnte, für seinen Beistand gegen Napoleon zu versprechen. Unterstützt wurden sie durch die öffentliche Meinung, welche verlangte, daß Oesterreich seine Waffen mit den ihrigen vereinige, um durch Besiegung des gemeinsamen Feindes die frühere Macht und Unabhängigkeit wieder zu erringen. Auf der andern Seite stand Napoleon, welcher wiederholt gezeigt hatte, was für ein furchtbarer Gegner er sei. Dieser, des Kaisers Franz Schwiegersohn und Bundesgenosse, von dessen Freundschaft Metternich die Wiederherstellung Oesterreichs erwartet hatte, auch einen an und für sich reichen Preis bietend, wenn es thue was er von ihm verlange.

Indessen war es allerdings einleuchtend, daß, erhielt auch Oesterreich diesen Preis nach erfolgter Bezwingung der Verbündeten, seine Abhängigkeit von Napoleon dadurch nur noch gesteigert, und das an ihn fesselnde Band unzerreißbar sein werde, denn wer hätte dann noch dessen Gebote zu widerstehen gewagt?

Der diplomatische Lenker des wiener Cabinets wollte aber den Gordischen Knoten dieser, ihn umstrickenden Verhältnisse nicht sofort mit dem Schwerte zerhauen, sondern versuchen, ihn mit gewandter Hand friedlich zu lösen. Er wollte den Versuch machen, ob Napoleon, in Erwägung des erlittenen großen Verlustes und der drohenden Stellung Europas, bestimmt werden könnte, ohne fernern Kampf die gewünschten Zugeständnisse zu bewilligen, welche, ohne sein Uebergewicht in der politischen Wagschale aufzuheben, doch dessen Herrschaft über

das europäische Festland beschränken, und seinen Fuß von dem Nacken Deutschlands entfernen sollten. Scheiterte aber dieser Versuch an dem Starrsinn und den ungemessenen Ehrgeize Napoleon's, verwarf er den diesfallsigen Rath des verbündeten Oesterreichs, und fügte er sich nicht dessen schiedsrichterlichem Spruche, dann sollte dieses seine Waffen mit denen von Frankreichs Feinden vereinen, und dadurch die Entscheidung herbeiführen, welche, aller Berechnung nach, günstig für die Verbündeten ausfallen mußte.

Da Oesterreich jedoch, als Napoleon in Rußland sein Heer verlor, für einen solchen Entscheidungskampf nicht gerüstet war, so trat sein Cabinet in Verfolgung dieses Planes äußerst behutsam auf, und wollte seinen Entschluß erst dann mit Bestimmtheit aussprechen, wenn es hinlängliche Streitkräfte gesammelt haben würde, um es auf die Entscheidung der Waffen ankommen zu lassen.

Zur Sicherung eines glücklichen Erfolgs trachtete Oesterreich danach, die deutschen Staaten für seinen Plan zu gewinnen. An Preußen, dessen franzosenfeindliche Gesinnung Kaiser Franz kannte, hatte derselbe sich deshalb zuerst, und bereits im December 1812 gewendet, damit dasselbe sich für Rußland und gegen Frankreich erkläre. Preußens geographische Lage und die nicht zu bändigende Kampflust seines racheglühenden Volks hatten inzwischen den König Friedrich Wilhelm zum Bunde mit Rußland und zur sofortigen Kriegserklärung gedrängt. Seitdem arbeitete das österreichische Cabinet daran die kleineren deutschen Staaten auf seine Seite zu ziehen. Bei dem greisen Könige von Sachsen waren diese Bemühungen auch nicht ohne Erfolg. Obschon unerschüttert in seinem Glauben, daß Napoleon, wie er auf der Durchreise ihm in Dresden verheißen hatte, bald mit einem furchtbaren Heere zu seinem Schutze zurückkehren werde, beunruhigte ihn doch das unerwartet schnelle Vorrücken der Russen, deren Stärke durch die umlaufenden Gerüchte unendlich vergrößert wurde. Da er die Abneigung seines Volks gegen das französische Bündniß nicht theilte, vielmehr entschlossen war dasselbe aufrecht zu erhalten, so trug er Bedenken den Einmarsch der Russen in seiner Hauptstadt zu erwarten. Seinem Fußvolke, etwa 10000 Mann stark, gebot er in die Festung Torgau sich zurück zu ziehen, deren Oberbefehl er dem Generale von Thielmann übergab, demselben jedoch zur Pflicht machend, sie dem Generale Reynier zur Verfügung zu stellen. Seine Kunstschätze sendete er auf die Bergfestung Königstein. Den Staatsschatz aber nahm er mit sich, als er, begleitet von seiner Familie, unter dem Schutze der Reiterei und einiger Artillerie

Dresden am 25. Febr. 1813 verließ, und sich zunächst nach Plauen begab. Die am 23. desselben Monats von ihm erlassene Ansprache an sein Volk lautete folgendermaßen:

„Wir sehen uns durch die Zeitereignisse genöthigt unsere Hauptstadt zu verlassen, und uns nach einem andern Theile unserer Lande zu begeben, wo wir, so lange die Umstände es erfordern und gestatten, uns aufzuhalten gedenken.

Dem politischen Systeme, welchem wir seit sechs Jahren uns fest angeschlossen haben, verdankt der Staat allein in diesem Zeitraume seine Erhaltung bei den drohenden Gefahren. Treu unsern Bundesverpflichtungen, vertrauen wir auch dermalen mit Zuversicht auf den glücklichen Erfolg, welchen uns, wenn auch unsere, auf Herstellung des Friedens gerichteten Wünsche noch zur Zeit unerfüllt bleiben sollten, die Unterstützung unsers großen Alliirten, der thätige Beistand der verbündeten Mächte und die erprobte Tapferkeit unserer mit Ruhm bedeckten Krieger im Kampfe für das Vaterland verspricht.

Unsere geliebten Unterthanen werden durch Treue, Ausdauer und Ruhe die uns so innig am Herzen liegenden Zwecke, den der möglichsten Abwendung und Erleichterung der Uebel des Kriegs, sowie den, unserer baldigen Wiedervereinigung mit ihnen am sichersten befördern.

In dem fünfundvierzigjährigen Zeitraume unserer Regierung haben wir unter dem Wechsel der Ereignisse die Wohlfahrt des Landes und das Beste unserer Unterthanen zum einzigen Gegenstande unserer Bestrebungen gemacht, und für alle Sorgen in dem sich immer gleichgebliebenen Vertrauen und der unverbrüchlichen Anhänglichkeit unsers Volks die erwünschteste Belohnung gefunden. Wir sind gewiß von diesen Gesinnungen, die sich in der Zeit der Prüfung am rühmlichsten bewähren, auch jetzt fortdauernd neue Beweise zu erhalten, und so hoffen wir unter Gottes Beistande bald zu den Unserigen zurückzukehren und für ihr dauerndes Wohl nach unserer besten Erkenntniß ferner zu wirken. Alle Landesbehörden verbleiben bei unserer Abwesenheit in ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit. Die Fürsorge für das Beste des Landes in allen, durch den Kriegszustand herbeigeführten Vorfällen und Verhältnissen haben wir einer allhier niedergesetzten Immediatcommission übertragen, an welche alle Obrigkeiten und Unterthanen unsers Königreichs in den erwähnten Angelegenheiten sich zu wenden, und deren Anweisungen zu befolgen haben. Wir ermahnen nochmals unsere getreuen Unterthanen, durch ein ruhiges, ordnungsmäßiges und mit unsern, das wahre Beste des Vaterlandes unverrückt bezweckenden Gesinnungen und Absichten übereinstimmendes Verhalten den alten Ruhm des sächsischen Volks zu behaupten.“ [1])

Auf diese Weise wich der König von Sachsen einem feindlichen Zusammenstoße seiner Truppen mit den Russen aus, und setzte sich in den Stand die Ereignisse abzuwarten, ohne sich an ihnen vorläufig zu betheiligen. Um dies noch besser zu können, verließ er bald darauf seine Staaten gänzlich, und begab sich nach Regensburg.

Metternich war eifrig bemüht den König zu bewegen, daß er seine Streitkräfte zur Unterstützung der österreichischen Friedensvorschläge ihm zur Verfügung stelle. Um deshalb nothwendig werdende Ge-

---

[1]) Leipziger Zeitung vom 27. Febr. 1813.

bietsveränderungen zu erleichtern, sollte er auf das Großherzogthum Warschau verzichten, jenes Geschenk Napoleon's, dessen Glanz die Opfer nicht aufwog, die sein Besitz erheischte. Konnte man sich nicht auf die förmliche Einwilligung seines Besitzers berufen, so war dies für den Kaiser der Franzosen ein erwünschter Grund, die ihm angesonnene Wiederauflösung dieses Staats, den er als fortdauernde Drohung zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen errichtet hatte, zu verweigern.

Des Großherzogthums Warschau Bestandtheile sollten dazu dienen, Preußens Verluste soviel, als möglich auszugleichen, ferner Rußland einen Landstrich für die Entschädigung des Herzogs von Oldenburg zu gewähren, und Oesterreich selbst wieder in den Besitz des (im J. 1809) abgetretenen Westgaliziens zu setzen. Letzteres machte sich, um den König Friedrich August zu besagter Verzichtleistung geneigt zu machen, verbindlich: ihm als Vergütung dafür das Fürstenthum Erfurt zu verschaffen, welches Frankreich bis dahin zu einer etwaigen Entschädigung des Herzogs von Oldenburg zurückbehalten hatte. Allein so willfährig der König von Sachsen sich auch übrigens zeigte Oesterreichs Rathschläge zu befolgen, so wies er doch diesen, ihm angesonnenen Austausch zurück.

Das Unternehmen des österreichischen Cabinets: Baiern für seine Politik zu gewinnen, war schon an und für sich so hoffnungslos, daß man sich wundern muß, wie der behutsame Graf Metternich zur Zeit überhaupt daran hatte denken können, dem baierischen Hofe bezügliche Eröffnungen zu machen, und sich dadurch der Gefahr auszusetzen, seine Plane an Napoleon verrathen zu sehen. Denn er muthete Baiern zu: das diesem von Oesterreich (im J. 1809) abgetretene Inn- und Hausruckviertel — Landstriche, durch deren Verlust Oesterreich an dieser Stelle seiner natürlichen Grenzvertheidigung beraubt worden war — zurückzuerstatten, ohne daß eine Entschädigung dafür auch nur in Aussicht gestellt wurde. Dieses Ansinnen verleidete natürlich dem baierischen Cabinete die österreichische Friedensvermittelung dergestalt, daß es sogar dem französischen Gesandten einen diesfallsigen heimlichen Wink gab.

Bei der geographischen Lage Würtembergs und Badens hatte ein gleicher Versuch Oesterreichs hier schon an sich wenig Aussicht auf Erfolg. Es suchte, wie auf Baiern, auch auf diese beiden Höfe dadurch Eindruck zu machen, daß es sie von seinen Unterhandlungen mit dem Könige von Sachsen in Kenntniß setzte. Während jedoch der Groß-

herzog von Baden die Aufforderung Oesterreichs einfach zurückwies, begnügte der König von Würtemberg sich hiermit nicht. Als eifriger Bewunderer Napoleon's unterhielt er mit demselben einen fortwährenden Briefwechsel, und Oesterreichs Mittheilung bot ihm erwünschte Gelegenheit, seinem kaiserlichen Gönner von neuem seine Ergebenheit dadurch zu beweisen, daß er ihm nicht nur Oesterreichs Versuche ihn und andere Rheinbundsfürsten für sich zu gewinnen, sondern besonders auch alles mittheilte, was er von den Unterhandlungen des wiener Cabinets mit dem König von Sachsen erfahren hatte. [1])

Während Oesterreich die Aufhebung des Rheinbundes auf solche Weise vorzubereiten suchte, war der Graf von Narbonne in Wien angekommen, um den Grafen Otto zu ersetzen, welchen Napoleon der Aufgabe: ihm über die künftige, politische Haltung Oesterreichs Gewißheit zu verschaffen, nicht für gewachsen hielt. Napoleon hatte ihn beauftragt vorsichtig zu erforschen, ob Oesterreichs Unterstützung für seinen Plan zu erlangen sei? nach welchem Preußen vernichtet und Sachsen dessen politische Stellung in Deutschland einnehmen sollte. Als Lohn dafür wurde dem Kaiser Franz die Erwerbung Schlesiens, Illyriens und eines Theils des Großherzogthums Warschau versprochen. Der Rest des letztern, mit dem ehemaligen Herzogthum Preußen vereinigt, sollte einen neu zu schaffenden Staat mit den Hauptstädten Königsberg und Warschau bilden, dessen deutsch-polnische Zwitternatur zwar keine Lebensfähigkeit für die Dauer erwarten ließ, aber dem augenblicklichen Zwecke Napoleon's deshalb nur um so besser entsprach.

Der österreichische Minister empfing den neuen französischen Gesandten, obgleich er voraussah, daß derselbe ihm seine Aufgabe nicht so leicht machen werde als dessen Vorgänger, mit offenen Armen. Er sprach in den freundlichsten Worten die Hoffnung aus, daß es ihm mit seinem Beistande gelingen werde den Frieden, dessen alle Staaten so sehr bedürften, endlich zu Stande zu bringen. Eine gegenseitige, aufrichtige Verständigung könne kein anderes Ergebniß haben. Dann suchte er zu erfahren, ob Napoleon geneigt sei seinen Gegnern einige Zugeständnisse zu machen, welche zum Abschlusse des von ihm so sehr empfohlenen Friedens führen könnten? Allein Graf Narbonne wollte, bevor er bestimmte Eröffnungen machte, erst durch eigene Prüfung den Boden kennen lernen, den zu bearbeiten er gekommen war, und begnügte sich allgemeine Versicherungen des In-

---

[1]) De Norvins, a. a. O., I, 210.

halts zu geben, daß sein kaiserlicher Herr Zugeständnisse, welche seine Würde verletzten, nie machen, Oesterreich aber, dessen Bundesgenossenschaft er hochschätze, für diesfallsige Dienste reichlich belohnen werde. Wie nun Metternich schon früher gegen Otto seine Ansichten über die wünschenswerthen Grundlagen eines, für alle Theile ehrenvollen und heilsamen Friedens entwickelt hatte, so that er dies jetzt auch gegen Narbonne, indem er sich aus der Art, wie diese Eröffnungen aufgenommen wurden, über die dermaligen Gesinnungen des französischen Cabinets zu vergewissern suchte.

Seit dem Abfalle Preußens vom französischen Bündnisse — sagte er — befinde sich Oesterreich in der schwierigsten Lage. Ganz Deutschland verlange, daß es sich mit den Engländern und Russen gegen Frankreich verbinde, und die sich darbietende Gelegenheit zur Befreiung Deutschlands vom französischen Joche benutze. Was für Anerbietungen würden Oesterreich für seine diesfallsige Mitwirkung gemacht! Man sei zwar nicht so aufgeregt in Wien, wie in Berlin, wolle aber im Grunde dasselbe, und was wohl zu erwägen sei: das Heer theile diese Gesinnung. Doch sei das österreichische Cabinet sich sehr wohl bewußt, wie übertrieben und unklug solche Reden seien, es kenne Napoleon's Macht und seine Art verwegene Angriffe zurückzuschlagen. Er, der Minister, würde sich gewiß hüten zu jener fehlerhaften Politik zurückzukehren, welche Oesterreich auf sein Anrathen verlassen habe, dafür bürgten die Verschwägerung der beiden Kaiserhöfe und der Bundesvertrag vom 14. März 1812, die beide sein Werk seien. Ohne aber in jene obgedachten Uebertreibungen zu verfallen, müsse man anerkennen, daß die öffentliche Meinung Europas sich gegen Frankreichs Beherrscher sehr heftig ausspreche, ja daß Frankreich selbst ein großes Verlangen nach dem lange entbehrten Frieden äußere. Besiege auch Napoleon seine Feinde in einigen Schlachten, so würde dies doch nicht hinreichen, den jetzigen Zustand der Dinge, den alle Welt unerträglich finde, für die Dauer aufrecht zu erhalten. Man müsse sich daher über einen ehrenvollen, allgemeinen Frieden zu verständigen suchen.

Oesterreichs Ansichten darüber seien sachgemäß und gemäßigt; gern wolle es Frankreichs Verbündeter bleiben, allein man könne doch nicht verlangen, daß es das Blut seiner Völker für einen, ihnen verhaßten Stand der Dinge vergieße. Dies würde zu einem Volksaufstande führen, dessen bereits drohende Anzeichen zahlreiche Dienstentsetzungen und die Verhaftung einflußreicher Personen, unter andern auch diejenige des Herrn von Hormayr veranlaßt hätten. Solche

Maßregeln seien zur Wiederherstellung der Ruhe unzureichend. Nur wenn Napoleon durch Zugeständnisse, welche einen allgemeinen Frieden ermöglichten, dem österreichischen Cabinete zu Hülfe komme, würden mit Beseitigung der Ursache zur Unzufriedenheit auch die aufgeregten Gemüther sich beruhigen.

Um aber den Gedanken nicht aufkommen zu lassen: es liege in diesen Aeußerungen Tadel, oder Drohung gegen Napoleon, so erschöpfte er sich in Versicherungen seiner Anhänglichkeit und Bewunderung für denselben.

„Großer Gott!" rief Metternich aus, „handelt es sich denn darum den Kaiser zu erniedrigen? Nein, vielmehr darum, ihn drei- oder viermal so groß dastehen zu lassen, als Ludwig XIV. Ach, wenn er sich mit einer solchen Größe begnügen wollte, wie glücklich würde er uns machen, wie sehr würde er die Zukunft seines Sohnes sichern, den das Schicksal zu dem Unserigen gemacht hat!"

Da jedoch der Graf von Narbonne auf diese allgemeine Bemerkungen nicht näher einging, sondern ebenfalls nur im allgemeinen von Napoleon's ungeheuern Rüstungen, welche ihm den Sieg sicherten, und von seinen wohlwollenden Gesinnungen für Oesterreich sprach, so verstand sich Graf Metternich dazu, die von ihm bereits früher empfohlenen Grundlagen eines allgemeinen Friedens nochmals näher zu bezeichnen. Er wies darauf hin, daß der Feldzug von 1812 dem, schon von Anfang an nicht lebensfähigen Großherzogthum Warschau den Todesstoß versetzt habe, daß die zwischen Frankreich und Rußland liegenden Staaten, vor allen aber Preußen, welches allein das für immer aufgelöste Polen zu ersetzen vermöge, gekräftigt werden müßten. Deutschlands Wiederherstellung sei nothwendig, der Rheinbund fortan unmöglich, da er einerseits bei den Deutschen alles Vertrauen verloren, andererseits für Napoleon mehr unbequem, als nützlich sei. Das Verbleiben von Hamburg, Bremen und Lübeck unter französischer Landeshoheit würden die Verbündeten nie zugestehen.

Was Holland, Italien und vorzüglich Spanien betreffe, so werde zwar England schwerlich den jetzigen Zustand der Dinge genehmigen, indessen könne es vielleicht gelingen, Rußland und Preußen von England zu trennen und sie zu bewegen hiervon abzusehen. In einem solchen Falle würde Oesterreich Frankreichs treuer Bundesgenosse sein. Von der Zurückerstattung Westgaliziens und Illyriens an Oesterreich sprach Metternich als von einer, sich von selbst verstehenden Sache, obschon dieselbe nur unter gewissen Voraussetzungen von Frankreich in Aussicht gestellt worden war.

Der Kaiser Franz, mit welchem der französische Gesandte ebenfalls Unterredungen hatte, beschränkte sich darauf zu versichern, daß er Napoleon's Verbündeter um so mehr zu bleiben wünsche, als er das Glück seiner Tochter und seines Enkels dadurch zu fördern glaube. Wie sehr ihm dies aber auch am Herzen liege, so sei er doch nicht blos Vater, sondern auch Fürst, und könne er daher seinem kaiserlichen Schwiegersohne nicht verhehlen, daß seine Völker ihm diese Bundesgenossenschaft nie verzeihen würden, wenn dieselbe etwas anderes, als einen dauerhaften und ehrenvollen Frieden bezweckte. Um aber einen solchen zu erlangen, seien nicht allein Siege, sondern auch Opfer für das allgemeine Beste erforderlich, welche zu bringen sein Schwiegersohn gewiß nicht verweigern werde, wenn er bedenke, daß er dadurch den, auch von Frankreich gewünschten Frieden ermögliche.

Graf Narbonne, als feiner Hofmann, wußte hierauf allerlei schön klingende, im Grunde aber nichts bedeutende Redensarten zu erwidern, schöpfte aber aus allen diesen Aeußerungen die Ueberzeugung, daß Oesterreich schwerlich zu bewegen sein werde für Napoleon und gegen die Verbündeten das Schwert zu ziehen. Was für eine Umgestaltung der Karte von Europa sein Herr im Sinne habe, darüber sprach er sich nicht aus, weil er die Wirkung einer derartigen Mittheilung fürchtete, und weil er glaubte: die von Oesterreich im besten Falle zu erlangende Parteilosigkeit könne dadurch gefährdet werden.

Ein Staatsmann wie Metternich würde einer so verderblichen Politik, wie Parteilosigkeit zu einer Zeit war, wo der Entscheidungskampf darüber sich vorbereitete, ob der Kaiser der Franzosen fortan der Oberherr von ganz Europa sein solle? nie seine Zustimmung ertheilt haben. Allein Napoleon's Ungeduld zu wissen, was er von Oesterreich zu erwarten habe, schloß auch für seinen Gesandten die Möglichkeit aus, auf eine derartige Stellung desselben hinzuarbeiten. Nach der bisher vorherrschenden Ansicht, und namentlich der von Thiers, war dies ein um so größerer politischer Fehler von seiten Napoleon's, als er seinen Entschluß über Krieg, oder Frieden nicht etwa von Oesterreichs Erklärung abhängig machen wollte, sondern fest entschlossen war, seinem zum ersten male durch die Niederlage in Rußland verdunkelten Feldherrnruhme vermittelst neuer Siege den alten Glanz wieder zu verleihen. Man hat nämlich behauptet: je länger das österreichische Cabinet in der Hoffnung erhalten werden konnte: es werde ihm gelingen, einen Frieden, wie es ihn wünschte, zu vermitteln, desto später

würde es, wenn sich diese Hoffnung endlich als ungegründet erwies, den Kampfplatz betreten, desto größere Frist würde also Napoleon bis zu dem Zeitpunkt gewonnen haben, wo er mit überwiegenden Streitkräften auf das preußisch-russische Heer sich stürzen, und die Entscheidung herbeizuführen versuchen konnte. Wenn er schon jetzt die Vermuthung: er werde seinen Gegnern keine Zugeständnisse machen, zur Gewißheit werden ließ, so habe dies nur die Wirkung haben können, daß Oesterreich seine Rüstungen, die es außerdem wol lässiger betrieben hätte, so sehr, als möglich beschleunigte, um noch zu rechter Zeit auf dem Kampfplatze zu erscheinen.

Allein bei näherer Prüfung erscheinen diese Gründe nicht stichhaltig. Schon nach dem Bekanntwerden von Napoleon's Niederlage in Rußland hatte Oesterreich sich entschlossen, das Gewicht seiner Waffen in die politische Wagschale zu werfen, und deshalb zu rüsten begonnen Zweifellos war es, daß je eher es seine Rüstungen vollendete, desto früher sein Cabinet in den Stand gesetzt wurde, derjenigen Partei, für die es sich erklärte, das Uebergewicht zu verschaffen. Als nun Napoleon Verdacht schöpfte: das ihm verbündete Oesterreich gehe damit um, die erschlichene Rolle des Friedensvermittlers nicht der, demselben von ihm ertheilten Vorschrift, sondern seinem eigenen wahren Vortheil gemäß zu spielen, und deshalb vielleicht seinen Feinden sich anzuschließen, so mußte ihm natürlich alles daran liegen, hierüber Gewißheit zu erlangen, um danach seine Handlungsweise zu regeln. Denn wenn er auch entschlossen war in keinem Falle sich durch Oesterreichs Entscheidung zu einem, ihm nicht genehmen Frieden bestimmen zu lassen, so mußte er doch wissen, ob Oesterreich sofort die Waffen gegen ihn ergreifen werde, falls es ihm nicht gelang die Verbündeten gleich bei Eröffnung des Feldzugs entscheidend zu schlagen, und er sich weigerte, unter Einstellung der Feindseligkeiten in Unterhandlung über die österreichischen Friedensvorschläge zu treten. War dies der Fall, so bedurfte er eines Waffenstillstandes, dessen Dauer ihm vergönnte, seine Streitkräfte so zu vermehren, daß er auch nach Oesterreichs Uebertritte zu den Verbündeten im Stande sei, diesen die Spitze zu bieten. Nicht dadurch, daß er Oesterreich zu einer Erklärung über dessen künftige politische Haltung nöthigte, beging Napoleon einen politischen Fehler, im Gegentheile hätte er sonst dem Strauße geglichen, welcher der Gefahr entgangen zu sein wähnt, wenn er selbst es sich unmöglich gemacht hat sie wahrzunehmen. Er fehlte vielmehr nur darin, daß er den, von seinem maßlosen Ehrgeize ihm eingegebenen Entschluß faßte und ausführte:

nöthigenfalls alle, wider ihn vereinte Großmächte Europas lieber auf Tod und Leben zu bekämpfen, als die von Oesterreich vorgeschlagenen Friedensgrundlagen anzunehmen, denn diese waren wirklich das geringste Maß dessen, was seine Gegner bei dem Umschwunge der politischen Verhältnisse zu erwarten berechtigt waren.

Bereits am 29. März hatte der Kaiser der Franzosen neue Verhaltungsbefehle für den Grafen von Narbonne nach Wien abgehen lassen. Nach ihnen sollte Oesterreich aufgefordert werden den Frieden mit bewaffneter Hand zu vermitteln, und fügten die Verbündeten sich nicht dem Verlangen Frankreichs, dessen Heere in der angegebenen Weise zu unterstützen. [1])

Die deshalb unter dem 7. April ausgestellte Verbalnote des französischen Gesandten wies auf Frankreichs Geneigtheit zum Frieden, und die entgegengesetzten Gesinnungen Rußlands hin, und fuhr, ohne Preußen auch nur der Erwähnung zu würdigen, dann also fort:

„Bei dieser Lage muß Oesterreich, welches sich für den Frieden vorangestellt hat, und ihn so lebhaft wünscht, zur Erreichung dieses Zwecks eine entschiedene Farbe annehmen, auf die unmittelbare Eröffnung von Unterhandlungen bringen, und den Kampfplatz als Hauptpartei betreten. In den ersten Tagen des Mai, wenn der Kaiser der Franzosen persönlich mit 300000 Mann auf dem rechten Elbufer sein werde, könnte Oesterreich das krakauer Heer verstärken, und dasselbe mit Einschluß der Truppen des Fürsten Poniatowski auf mehr als 150000 Mann bringen. Nachdem diese Bewegungen im April stattgefunden, würde dies Heer sich zusammenziehen und eine vertheidigende Stellung einnehmen, aber bereit bleiben sein wieder zum Angriffe zu schreiten. Ein Truppenkörper von 40000 Mann würde sich in Böhmen sammeln, und am Tage, wo der Kaiser an der Spitze seines Heeres vom Main an der Elbe ankäme, würde der österreichische Minister dem Kaiser Alexander die Erklärung machen. Das krakauer Heer würde den Waffenstillstand aufkündigen, die Truppen Böhmens aus ihren Cantonnirungen aufbrechen u. s. w. Die Streitkräfte Oesterreichs müßten, was das schlesische Heer betreffe, auf 100000 Mann, was dasjenige von Krakau anlange, auf 30—50000 Mann sich belaufen, der Ueberrest aber zu Frankreichs Verfügung in der Bukowina und Galizien stehen.“ [2])

Wie hieraus erhellt, faßte Napoleon die bewaffnete Vermittelung, zu welcher er Oesterreich aufforderte, genau in dem abnormen Sinne auf, in welchem dessen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zum treuen Berichterstatter seiner Aeußerungen, dem Grafen Otto, im Anfang des Januar 1813 gesagt hatte:

„Setzt uns in den Fall gegen euch als guter Verbündeter zu handeln, sowie gegen die andern als unabhängige Macht. Sobald der Kaiser uns von seinen Absichten in

---

[1]) Thiers, XV, 326.

[2]) Fain, I, 468.

Kenntniß gesetzt haben wird, werden wir siegeltend machen, denn er ist allein im Stande den Frieden zu dictiren."

Dadurch, daß Metternich sich zu solchen, dem staatsrechtlichen Begriffe einer Vermittelung widersprechenden Diensten bereit gezeigt hatte, war Napoleon verleitet worden seinen, dem österreichischen Cabinete gegebenen Auftrag mit dem Namen „Vermittelung" zu bezeichnen, obschon derselbe sich auf das Botenamt seine Befehle zu überbringen beschränkte, und gehorchte man denselben nicht, auch noch die Thätigkeit eines Trabanten sie erzwingen zu helfen, in sich begreifen sollte. Er beanspruchte nun: Oesterreich solle mit der vorgeschriebenen Anzahl Truppen an dem vorgeschriebenen Platze erscheinen, d. h. die bis zur Elbe vorgedrungenen Feinde von Böhmen und Schlesien aus in der Flanke bedrohen und ihnen zurufen: „Bis hierher und nicht weiter! Nehmt die vom Kaiser der Franzosen dictirten Friedensbedingungen an, oder erwartet, daß ich im Falle des Gegentheils ihn mit allen meinen Kräften unterstützen werde, um euch seinem Willen zu unterwerfen!"

Alles dies verlangte Napoleon, ohne sich zur Zeit über den Inhalt der von ihm anzubietenden Friedensbedingungen auszusprechen. Es war offenbar, daß er die Möglichkeit ernstlicher Friedensunterhandlungen gar nicht ins Auge faßte, und zwar aus dem triftigen Grunde, weil er den Frieden nur unter Bedingungen gewähren wollte, von denen er voraussah, daß sie von den Verbündeten würden verworfen werden, da sie ja von Rußland die treulose Aufopferung Preußens, dessen Bundesgenosse es soeben erst geworden war, forderten, und zwar ohne daß ein verführerischer Lohn für diesen Verrath von Napoleon angeboten worden wäre.

Metternich, welchem eine derartige Auffassung der österreichischen Vermittlerrolle bei seiner nur gedachten, unlängst gethanen Aeußerung nicht auffallen durfte, begnügte sich daher auch mit der Frage: „Wenn nun aber die Verbündeten unserer Aufforderung, nicht weiter vorzurücken und Friedensunterhandlungen anzuknüpfen, Gehör geben, worin bestehen dann die ihnen zu machenden Vorschläge?"

Er nahm auch keinen Anstoß daran, daß der Graf von Narbonne, welcher noch nicht ermächtigt war Napoleon's Plan, Preußen aus der Reihe der deutschen Mächte zu entfernen, schon jetzt kund zu geben, ihm erwiderte: diese Frage zu beantworten sehe er sich außer Stande, weil die Depesche des Herzogs von Bassano davon kein Wort enthalte, er werde aber hierüber so bald, als möglich die

bezüglichen Eröffnungen machen. Der österreichische Minister war über das endliche Gelingen seines Strebens: sein Cabinet von Napoleon aufgefordert zu sehen als bewaffneter Vermittler zwischen die kriegführenden Mächte zu treten, zu erfreut, als daß er in dem derzeitigen Mangel der, den Zweck der Vermittelung bildenden Friedensvorschläge eine Veranlassung erblickt hätte, die dem Kaiser Franz zu machende Vorlage des französischen Antrags bis zur Mittheilung besagter Friedensvorschläge zu verschieben; wurde er doch dadurch überhoben gegen deren, muthmaßlich ihm nicht genehmen Inhalt Einsprache zu thun, was die Zurücknahme des Auftrags hätte veranlassen können. Er erklärte daher, daß er seinen Kaiser hiervon sofort in Kenntniß setzen und dem Grafen von Narbonne von dessen Entschlusse, welcher bei einer so wichtigen Sache reiflich zu überlegen sei, Nachricht geben werde. Schon am 12. April ließ er auch letzteren zu sich entbieten, und zeigte ihm die förmliche Annahme der Friedensvermittelung von seiten Oesterreichs an.

Er fühle sich — sagte er — nur allzu glücklich darüber, daß er hinsichtlich der wichtigsten Punkte der letzten Mittheilung mit dem Kaiser der Franzosen vollkommen einverstanden sei. Das österreichische Cabinet denke wie dieser Monarch, daß es unmöglich für dasselbe sei eine untergeordnete Rolle zu spielen, und seine Thätigkeit wie im J. 1812 zu beschränken. Für so verschiedene Verhältnisse sei auch eine verschiedene Mitwirkung nöthig. Oesterreich habe sie vorhergesehen, und bereite sich hierzu vor. Die Rüstungen, welche es veranstalte, hätten hierin ihren Grund, sie würden ihm — abgesehen von dem, aus Polen bestehenden Hülfsheere und von dem, in Galizien zur Beobachtung zurückgebliebenen Truppenkörper — in Böhmen bald 100000 Mann verschaffen.

Was die Art den kriegführenden Mächten entgegenzutreten betreffe, so fasse Oesterreich sie nicht anders auf, als der Kaiser Napoleon.

Es würde den Verbündeten vorschlagen nicht weiter vorzurücken, einen Waffenstillstand zu schließen und Bevollmächtigte zu ernennen. Willigten sie ein, so käme man dann in den Fall, die Bedingungen namhaft zu machen, und man erwarte mit Ungeduld neue Mittheilungen des französischen Cabinets über diesen Gegenstand. Wiesen sie im Gegentheile alle Friedensvorschläge zurück, so sei der Zeitpunkt gekommen handelnd aufzutreten und die Art zu regeln, wie Oesterreichs Streitkräfte gemeinsam mit denen Frankreichs zu verwenden seien. Trete dieser Fall ein, so würde

die Unzulänglichkeit des letzten Bundesvertrags und die Nothwendigkeit ihn nach Maßgabe der Umstände abzuändern, sich augenscheinlich herausstellen. Aus allem endlich ergebe sich die Nothwendigkeit: neue Verhaltungsbefehle für das österreichische Hülfsheer zu erlassen, welches sich an der Landgrenze in einer durchaus falschen Stellung befinde. Man sei auch im Begriffe dasselbe mit dem polnischen Truppenkörper auf das österreichische Gebiet zurückzuführen, um zu verhindern, daß beide nicht wider die Absichten der beiden Cabinete verwendet würden.

Metternich verband mit dieser Erklärung die Versicherung, daß er alles aufbieten werde, um die bisherige Eigenschaft eines Bundesgenossen mit der neuen Eigenschaft eines Vermittlers, welche man auf Ersuchen übernommen habe, in Einklang zu bringen, und kündigte schließlich an, daß er einen außerordentlichen Kurier nach Paris senden werde, um den Fürsten Schwarzenberg von der veränderten Stellung Oesterreichs zu Frankreich zu benachrichtigen.

Die Eile, mit welcher der österreichische Minister des Aeußern es betrieb, daß Fürst Schwarzenberg in Paris Oesterreich nicht mehr als verbündete, sondern als vermittelnde Macht vertrete, der Umstand, daß er das Einverständniß des österreichischen Cabinets mit dem französischen auf die wichtigsten Punkte beschränkte, ohne näher zu bezeichnen, worüber dieses Einverständniß herrsche, und worüber nicht, und vor allem die, dem Grafen von Narbonne wohlbekannte, verschiedene Ansicht beider Cabinete über die Grundlagen des Friedens, machten diesem die Tragweite des, von Napoleon begangenen politischen Fehlers sofort fühlbar.

Napoleon hatte nämlich dem österreichischen Cabinete durch Uebertragung der bewaffneten Vermittelung das erstrebte einzige Mittel gewährt fernere Rüstungen vorzunehmen, ohne für eine der streitenden Parteien offen und entschieden sich erklären zu müssen. Dies sollte erst dann geschehen, wenn die Erfolglosigkeit der anzuknüpfenden Friedensverhandlungen sich würde herausgestellt haben. Napoleon hatte dem österreichischen Cabinete mit Uebertragung dieser Friedensvermittelung selbst den Weg bereitet, auf welchem es zu seinen Feinden übergehen konnte, ohne daß er im Stande war ihm einen förmlichen Abfall vom französischen Bündnisse mit Recht vorzuwerfen.

Von diesem Gesichtspunkte hatte der Kaiser der Franzosen freilich die Sache nicht betrachtet, sondern in Berücksichtigung der mislichen Lage, in welcher der Kaiser Franz bei dem allgemeinen Wunsche

seines Volks nach Frieden sich befand, durch dessen Beauftragung den Frieden unter annehmlichen Bedingungen zu vermitteln, demselben nur die beste Form gewähren wollen: als sein Bundesgenosse den Krieg, ohne die bisherige Beschränkung auf ein Hülfsheer von 30000 Mann, fortzusetzen. Er hatte Metternich's Versicherungen seiner Ergebenheit und Dienstwilligkeit Glauben beigemessen, und dessen Anerbieten durch Oesterreichs Vermittelung den Friedensbedingungen Frankreichs Geltung zu verschaffen, angenommen, ohne zu erwägen, daß er jene Friedensbedingungen noch nicht festgestellt habe. Hierdurch aber setzte er das österreichische Cabinet in den Stand auf seine eigenen Friedensvorschläge zurückzukommen.

Graf von Narbonne gewährte sich die Genugthuung den österreichischen Minister merken zu lassen, daß er ihm nicht traue. Dieser hatte nämlich durch das Anerbieten Illyriens, Westgaliziens und Schlesiens für Oesterreichs Beistand sich zu einer bestimmten, diesfallsigen Zusage nicht bewegen lassen, obgleich Narbonne Napoleon's Plan hinsichtlich Preußens dabei noch verschwiegen hatte, um erst, wenn Metternich Eifer für Erlangung des gebotenen Preises zeige, sich näher darüber auszusprechen, wie derselbe zu verdienen sei. Natürlich hatte Sympathie für Preußen wegen des, demselben drohenden Verlustes seiner schönsten Provinzen an dieser Enthaltsamkeit keinen Antheil, denn Oesterreich hatte früher keine Mühe und Opfer gescheut, um Schlesien zurückzuerobern; sondern diese Enthaltsamkeit hatte ihren Grund darin, daß der Erwerb jener Länder Oesterreich für seine, dann nur vermehrte Abhängigkeit von Frankreich nicht entschädigen konnte. Es hätte sie eben nur so lange besessen, als es Napoleon gut dünkte sie ihm zu lassen. Metternich ging jedoch auf dies Anerbieten scheinbar deshalb nicht ein, weil von einer solchen Erwerbung doch nur für den Kriegsfall die Rede sein könne, und es sich jetzt um Stiftung des Friedens handle. Der französische Gesandte wußte, was er von einer so seltenen Uneigennützigkeit zu halten habe. Er ließ die Sache nicht auf sich beruhen, sondern kam auf das, was er zu erfahren wünschte, zurück. Er erklärte sich damit einverstanden, daß das Bündniß kein beschränktes mehr sein könne, vielmehr Oesterreich eine seiner Macht und den Ereignissen angemessene Haltung annehmen, und mit einem Heere von 150000 als Friedensvermittler auftreten müsse. Und, fügte er hinzu: unter welchen Bedingungen?

„Unter denjenigen“, erwiderte Metternich, „über welche wir uns

vereinigen werden, und deren Mittheilung wir seit so langer Zeit vergeblich erbitten. Es ist nicht unsere Schuld, wenn dieser wesentliche Punkt noch nicht geordnet ist."

Narbonne konnte dies nicht in Abrede stellen, und äußerte deshalb weiter: „auch er sei hierüber noch nicht unterrichtet; allein wenn nun die von Frankreich gestellten Friedensbedingungen Oesterreichs Beifall nicht hätten, was würde es dann thun?"

„O wegen dieser Bedingungen", war Metternich's Antwort, „habe ich keine Sorgen. Ihr Kaiser wird vernünftig sein, das Gegentheil ist ja unmöglich. Was! wegen dieses, in Wirklichkeit gar nicht mehr bestehenden Großherzogthums Warschau, wegen des nutzlosen Rheinbundes und wegen der Hansestädte, deren Besitz für ihn beim Abschlusse eines allgemeinen Friedens, wo er der Continentalsperre ja doch jeden Falls entsagt, von keiner Wichtigkeit mehr ist, sollte er alles aufs Spiel setzen wollen? Das ist ja nicht möglich!"

Narbonne beruhigte sich aber damit nicht, sondern fuhr fort: „Setzen Sie aber den Fall, er dächte hierüber anders, als Sie. Er suchte seinen Ruhm darin Landstriche, welche er einmal Frankreich einverleibt hat, zu behalten, und hinsichtlich dieser Punkte nicht nachzugeben, was geschähe alsdann?"

„Nichts anderes", erwiderte Metternich, „als daß er dennoch auf Frankreichs Wunsch Frieden schlösse, das heißt einen Frieden, der ihm eine, so vielen Heldenthaten, so vielem Blutvergießen entsprechende Größe sichert; denn diese wird ihm niemand, selbst nicht England streitig machten."

Narbonne setzte seine unbequemen Fragen nichtsdestoweniger fort, er sagte: „Aber nehmen Sie an, mein kaiserlicher Herr wäre nicht vernünftig, mindestens nicht in Ihrem Sinne, nehmen Sie an, er wolle von den Ihnen sachgemäß scheinenden Friedensgrundlagen nichts hören, wie würden Sie in dem Fall Ihre Aufgabe des Friedensvermittlers auffassen?"

Aufs äußerste gedrängt, rief nun Metternich aus: „Nun wohl, der bewaffnete Friedensvermittler ist, wie aus dieser, seiner Bezeichnung schon hervorgeht, ein Schiedsrichter, welcher stark genug ist, um der Gerechtigkeit, zu deren Diener man ihn erkoren hat, Achtung zu verschaffen! Es versteht sich", setzte er wieder einlenkend hinzu, „daß Frankreich seine Vorliebe besitzt,

und daß, könnte man ihm Parteilichkeit vorwerfen, diese nur zu dessen Gunsten vorhanden sein würde."

„Also", schaltete Narbonne ein, „würdet Ihr uns doch in gewissen Fällen bekriegen?"

„Nein", versetzte Metternich, „wir werden Euch nicht bekriegen, denn Ihr werdet ja vernünftig sein!"

Der französische Gesandte sagte nun in scherzendem Tone: „Ich will gern glauben, daß Ihr in Eurer neuen Stellung Zeit gewinnen wollt, um es inzwischen uns möglich zu machen einen Sieg zu erringen. In diesem Falle, und wenn der Schiedsrichter des Sieges zu seinem Ausspruche bedarf, wird er auf unserer Seite sein. Diesen Glauben werden Sie mir doch lassen?"

„Ich rechne", war Metternich's ernste Antwort, „auf Eure Siege, und muß darauf rechnen, denn mehr als einer ist nöthig, um Eure Gegner zur Vernunft zu bringen. Aber gebt Euch deshalb keiner irrigen Voraussetzung hin. Am Tage nach einem solchen Siege würden wir gegen Euch eine entschiedene Sprache führen."

Diese Aeußerung, mochte ihre Form auch noch so rücksichtsvoll sein, überzeugte den Grafen von Narbonne vollkommen von dem Entschlusse des österreichischen Cabinets: auf den ihm nothwendig scheinenden Friedensgrundlagen zu bestehen. Sie bewiesen ihm, daß Talleyrand, Caulaincourt, Cambacérès, welche, wie er wußte, dagegen gewesen waren dieser Macht die Friedensvermittelung zu übertragen, Recht hatten, wenn sie dem Kaiser der Franzosen riethen: sich mit dem Kaiser von Rußland unmittelbar über einen etwaigen Frieden zu verständigen, und Oesterreich nicht die von ihm erstrebte Vermittelung anzuvertrauen, weil es dieselbe anders auffassen würde. [1])

Napoleon hatte dies nicht gewollt, weil er mit dem Beistande Oesterreichs, dessen er sich sicher wähnte, den Frieden dictiren zu können glaubte, und Metternich hatte ja alles aufgeboten, ihn in diesem Glauben zu bestärken.

Wie sehr übrigens dem österreichischen Cabinete daran lag den Kampf seiner Truppen mit den Russen für die Zukunft zu verhindern, erhellt aus der merkwürdigen Uebereinkunft, welche bereits am 19. März 1813 zu Kalisch zwischen dem Ritter von Lebzeltern und dem Grafen von Nesselrode abgeschlossen worden war. Dieselbe lautete:

---

[1]) Thiers, XV, 338.

„Das Heer des Kaisers von Rußland wird gegen die rechte und linke Flanke der österreichischen Herresabtheilung, welche heute auf dem linken Ufer der Weichsel die, ihr durch den letzten Waffenstillstand angewiesene Linie inne hat, Truppenkörper vorsenden. Der russische General, welcher diese Truppenkörper befehligt, wird dem österreichischen, commandirenden Generale den Waffenstillstand aufkündigen und diese Ankündigung ausdrücklich durch die Unmöglichkeit begründen, in der die Verbündeten sich befinden, an ihren Seiten und in ihrem Rücken einen Herd der Bewegung und des Aufstandes zu lassen, wie ihn das polnische Heer unter dem Fürsten Poniatowski darbietet. Diese Aufkündigung wird in den ersten Tagen des Aprils n. St. stattfinden.

Die beiden russischen Truppenkörper werden, wo nicht mit einer, dem 30000 Mann starken österreichischen Corps überlegenen, doch mindestens gleichen Stärke vorrücken. Herr Generallieutenant, Freiherr von Frimont, wird den Befehl erhalten, seinen Rückzug auf dem rechten Weichselufer vorzubereiten und auszuführen, er wird zu Krakau, Opatowice und Sandomir Posten stehen lassen. Sobald der Rückzug vollendet ist, werden die österreichischen und russischen Generale von neuem sich über einen Waffenstillstand einigen, welcher ohne bestimmtes Endziel und unter einer vierzehntägigen Aufkündigung feststellen wird, daß die Oesterreicher die Städte Krakau, Sandomir und Opatowice mit einem angemessenen Umkreise als Brückenkopf am rechten Ufer des Flusses vor diesen drei Punkten behalten. Die gegenwärtige Uebereinkunft zwischen den beiden Kaiserhöfen soll stets geheim bleiben, und beide Theile können sie lediglich dem Könige von Preußen mittheilen.“ [1])

Herr von Lebzeltern war also mit etwas ganz anderm beauftragt gewesen, als den russischen Staatsmännern ihre Geheimnisse zu entlocken, was Graf Otto nach Metternich's diesfallsiger Mittheilung so gefällig gewesen war, dem französischen Cabinete zu melden. Statt die Geheimnisse der Feinde Napoleon's zu erspähen und diesem mitzutheilen, traf er vielmehr im Namen seines Hofes mit jenen geheime Verabredung: wie ihre beiderseitigen Heere zum Scheine die Feindseligkeit gegeneinander erneuern sollten, um dem österreichischen den Vorwand zum fernern Rückzuge zu gewähren.

Oesterreich und Rußland waren miteinander darüber einverstanden, daß Napoleon nicht länger der Gebieter Europas bleiben dürfe, und dieses Einverständniß mußte sie, war ihr gemeinschaftlicher Zweck nicht ohne fernern Krieg zu erreichen, dann sofort zu Bundesgenossen machen. Deshalb wies denn auch Rußland, was es außerdem sicher gethan haben würde, Oesterreichs vor den Augen der Welt gemachtes Anerbieten nicht zurück: einen Frieden vermitteln zu wollen, dessen Grundlagen es zur Zeit nicht einmal anzugeben wußte, einen Frieden, zu dessen Vermittelung sein eigener Kriegszustand gegen Rußland — bestand er mehr als dem Scheine nach — es unfähig gemacht haben würde.

Infolge dieser Uebereinkunft kündigte der russische General, Baron Sacken, den Waffenstillstand. Die Russen rückten vor, die Oester-

[1]) Mémoires d'un homme d'état, XII, 568.

reicher wichen verabredetermaßen, und da auf der letzteren Aufforderung die ihnen zugeordneten polnischen, sächsischen und französischen Truppen sich nicht anschließen wollen, sondern Widerstand leisteten, so wurden dieselben nach bedeutendem Verluste dazu gezwungen. Sie sollten entwaffnet durch das österreichische Gebiet nach Sachsen marschiren und erst dort ihre Waffen wiederbekommen. Denn theils sollte jede Möglichkeit zur Erneuerung des Kampfes in dieser Gegend beseitigt, theils sollten nicht Truppen auf österreichischem Gebiete gelassen werden, welche nach etwaiger Kriegserklärung Oesterreichs gegen Frankreich von ihren bisherigen Bundesgenossen hätten feindlich behandelt werden müssen. Der Durchmarsch erfolgte, die Entwaffnung aber scheiterte an dem Widerstande der Truppen und dem Verbote Napoleon's, welches derselbe, sobald er von der Sache Nachricht erhielt, in den stärksten Ausdrücken erließ. Während Metternich so mit der Geschicklichkeit eines politischen Taschenspielers dieses, ihm unbequeme Heer von einem Orte zum andern zu versetzen bemüht war, kam dessen Befehlshaber, Fürst Schwarzenberg, in Paris an, nicht um, wie Metternich pomphaft angekündigt hatte, Europa einen glänzenden Beweis von Oesterreichs bundestreuer Gesinnung zu geben, indem er sich von seinem kaiserlichen Oberbefehlshaber Verhaltungsbefehle für den nächsten Feldzug erbäte, sondern um demselben zu eröffnen, daß Oesterreich daran zuvörderst keinen Theil mehr nehmen könne. War dies schon an und für sich ein mislicher Auftrag, so war er es um so mehr unter den obwaltenden Umständen. Denn Schwarzenberg kannte Napoleon's Jähzorn, und war demselben für die bisher bewiesene Gunst, welcher er seine Beförderung zum Feldmarschall verdankte, erkenntlich, sich aber wohlbewußt, daß seine Dienstleistungen im letzten Feldzuge den Erwartungen seines Gönners nicht entsprochen hatten. Da er nur einige Tage vor der, für den 15. April anberaumten Abreise des Kaisers in Paris angekommen war, so gewährte dieser ihm nur eine einzige Unterredung, zwei Tage bevor er zum Heere abging. In dieser Unterredung ließ Napoleon den überhaupt etwas befangenen Fürsten kaum zu Worte kommen, und suchte ihn nur durch eine ausführliche Darlegung dessen, was er von Oesterreich erwarte und dagegen für dasselbe thun wolle, für seine Plane zu gewinnen, wie er dies auch mit dem Grafen Bubna versucht hatte, welcher eben erst mit einer Antwort auf das, von ihm überbrachte Schreiben des Kaisers Franz nach Wien zurückgekehrt war.

Zuvörderst nahm Napoleon mit scheinbarer, aber wohlberechneter

Vertraulichkeit Papiere von seinem Arbeitstische, die den Fürsten Schwarzenberg davon überzeugen sollten, daß die Stärke der französischen Heere sich auf die ungeheuere Zahl von 11—1200,000 Mann beliefe. Es würde daher ihm, dem Kaiser, nicht schwer fallen die Russen und Preußen über die Weichsel zu werfen. Obgleich das Vorhandensein einer so fabelhaften Truppenmasse den Kaiser der Franzosen überhoben hätte Oesterreichs Beistand zu Besiegung seiner Feinde in Anspruch zu nehmen, so verschmähte er es dennoch nicht darauf hinzuweisen, daß es jetzt in Oesterreichs Händen läge durch kräftige Unterstützung Frankreichs den Frieden sofort zu erzwingen, und zwar einen so vortheilhaften Frieden, wie es einen solchen noch nie geschlossen habe, denn er sei bereit: Schlesien, Illyrien und eine Million Polen als Lohn der Unterstützung zu gewähren.

Da Schwarzenberg einsah, daß Napoleon fest entschlossen sei den Krieg nicht durch Unterhandlung und Zugeständnisse, sondern durch Waffengewalt zu beendigen, und überhaupt Anstand nahm seines Auftrags sich vollkommen zu entledigen, so begnügte er sich darauf zu erwidern: der Kaiser laufe Gefahr, wenn er auf billige Friedensbedingungen sich nicht einlasse, ganz Europa bekämpfen zu müssen. Obwol nun Oesterreich bereit sei ihn zu unterstützen, so könne es sich doch an einem solchen Kampfe, welcher bei der Aufregung der Geister furchtbar zu werden drohe, nur dann betheiligen, wenn er dessen Wünsche hinsichtlich einer Verbesserung der politischen Stellung Deutschlands berücksichtige. Allein weil er es für das Sicherste hielt, die von Napoleon angekündigten Siege über die Verbündeten abzuwarten, so benahm er sich dabei so, als ob dessen Gründe ihn überzeugten. [1])

Als dies geschah, war inzwischen Metternich's Mittheilung darüber, daß Oesterreich die, ihm von Frankreich angetragene bewaffnete Vermittelung des Friedens angenommen habe, und die Weisung eingetroffen: in einer Verbalnote sich ausführlich, und dem erhaltenen Auftrage gemäß, über das einzuhaltende Benehmen seines Cabinets zu erklären. Je weniger der Sinn dieser Erklärung mit Napoleon's Erwartungen übereinstimmte, desto mehr war man bemüht gewesen die Ausdrücke des französischen Cabinets wörtlich zu wiederholen. Man faßte jedoch ihren Sinn in der entgegengesetzten Weise auf,

---

[1]) Thiers, XV, 316.

was um so thunlicher war, als man die zum Scheine übertragene Friedensvermittelung ernstlich auszuüben entschlossen war.

Die Verbalnote, welche Fürst Schwarzenberg am 22. April an den französischen Minister des Auswärtigen richtete, war folgenden Inhalts:

„In der Besprechung, welche Oesterreichs Gesandter gestern mit Sr. Excellenz, dem Herrn Herzoge von Bassano, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, hatte, hat er die Ehre gehabt sich in dem Sinne der Depeschen zu erklären, die ihm von seinem Hofe soeben über den Inhalt der, vom Gesandten Grafen von Narbonne dem Minister Grafen von Metternich übergebenen Verbalnote zugegangen waren.

Se. Excellenz haben, in Betracht der Wichtigkeit der Fragen, den Gesandten ersucht: ihm in einer Verbalnote eine Uebersicht davon zu geben, und er beeilt sich hiermit diesem Wunsche zu entsprechen.

Da es Sr. Majestät, dem Kaiser, in diesem wichtigen Augenblicke am Herzen liegt, daß die vollkommenste Eintracht zwischen ihm und seinem hohen Verbündeten herrsche, so glaubt er, daß diese Eintracht nicht besser als durch die ausgedehnteste gegenseitige Kenntniß der Schritte beider Höfe befestigt werden könne. Er hat sich deshalb entschlossen sich seinerseits mit aller Offenheit über die Eröffnungen zu erklären, welche seinem Minister durch den Gesandten Frankreichs gemacht worden sind.

Se. Majestät findet, daß die Gegenstände, über welche jene Eröffnungen sich verbreiteten, in vier Fragen sich scheiden:

1) die Stellung Oesterreichs zur Herbeiführung einer Friedensunterhandlung und während dieser Unterhandlung;
2) das Einverständniß zwischen den beiden Höfen von Oesterreich und Frankreich über die allgemeine Anordnung der Friedensstiftung;
3) die Haltung Oesterreichs in dem Falle, daß die Unterhandlung nicht zum Frieden führen sollte;
4) die kriegerischen Unternehmungen in diesem letztern Falle.

Zu 1): Nach den Ausdrücken, welche der Herr Gesandte Frankreichs in seiner Verbalnote gebraucht, muß Oesterreich, das sich für den Frieden vorangestellt hat, und ihn so lebhaft wünscht, zur Erreichung dieses Zwecks eine bestimmte Farbe annehmen, und auf die unmittelbare Eröffnung einer Unterhandlung dringen, die Ernennung von Bevollmächtigten, den Abschluß eines Waffenstillstandes fordern, und den Kampfplatz als Hauptmacht betreten.

Zur Erreichung dieses Zwecks ist nur eine einzige, diplomatische Form vorhanden, diejenige der bewaffneten Vermittelung. Se. Majestät versteht sich daher dazu, diese Haltung anzunehmen. Sie wird den verbündeten Heeren gegenüber, eine demgemäße Sprache reden, und nichts verabsäumen, um ihrer Sprache alles mögliche Gewicht zu geben.

Der Gedanke einer augenblicklichen Vereinigung der Bevollmächtigten fällt mit dem Gesichtspunkte des österreichischen Cabinets zusammen, das nur seines Gesandten Eilboten erwartet, um zu sehen, welches die von Sr. Majestät, dem Kaiser Napoleon, gewählte Form sei, und um zu wissen, ob Se. Majestät glaubt von freien Stücken zur Ernennung eines Unterhändlers vorschreiten zu sollen, oder ob sie es vorgezogen habe abzuwarten, daß der wiener Hof das gleiche Verlangen zu diesem Zwecke an alle, dabei interessirten Höfe richte.

Man hofft, daß derselbe Eilbote Nachrichten vom Freiherrn von Wessenberg bringen werde, welcher am 24. oder 25. März in London angekommen sein kann. Was auch das britische Cabinet für eine Antwort geben mag, so wird

es wichtig sein sie zu kennen, denn im Falle sie günstig lautet, würde der von Rußland mit Recht in den Vordergrund gestellte Einwand, vor Anknüpfung einer Unterhandlung die Absichten seines Verbündeten kennen zu lernen, nicht mehr Bestand haben, und im Falle einer verneinenden englischen Antwort könnten die Schritte des österreichischen Cabinets, gegenüber dem Kaiser Alexander und dem Könige von Preußen, einen, die Unterhandlung des Friedens auf dem Festlande tragenden Charakter annehmen.

Zu 2): Bevor das österreichische Cabinet sich über diesen wichtigen Gegenstand auf Näheres einläßt, muß es die ersten Berichte seines Gesandten in Paris abwarten, hinsichtlich dessen es hofft, daß Se. Majestät der Kaiser Napoleon ihm gegenüber seine Gedanken deutlich ausgesprochen haben wird.

Zu 3): Es liegt in der Natur der Sache, und man ist sehr davon befriedigt, daß der Kaiser der Franzosen die Ueberzeugung des österreichischen Cabinets theilt, wonach der Gang der Ereignisse, die Annäherung des Kriegsschauplatzes in einer Ausdehnung von mehr, als 400 Wegstunden der wichtigsten österreichischen Grenzen, es dem Kaiser nicht mehr gestattet als einfache Hülfsmacht am Kriege theilzunehmen, wenn derselbe gegen seine theuersten Wünsche fortdauern sollte. Das französische und verbündete Heer eröffnete im J. 1812, bei einer Stärke des Hauptheeres von 400000 Mann, auf der, von den Grenzen der Monarchie entferntesten Linie den Feldzug. Ein Beobachtungsheer, schwächer an Zahl, als das Hülfsheer, reichte damals hin, diesen auf sehr geringe Verhältnisse beschränkten Truppenkörper zu decken, während es jetzt mindestens 100000 Mann bedürfen würde, um die unermeßliche, vom Kriegsschauplatz berührte Grenze zu decken.

Bei einer, von derjenigen des vergangenen Jahres so verschiedenen Sachlage würde ohne Zweifel Oesterreich, wenn dessen Vermittelung nicht den gewünschten Erfolg haben sollte, nur die Wahl zwischen dem allein bestimmt hervortretenden doppelten Entschlusse übrigbleiben: entweder sich hinter seine Grenzen zurückzuziehen, oder als Hauptmacht einen thätigen Antheil am Kriege zu nehmen. Se. Majestät kann daher nur die Meinung Sr. Majestät, des Kaisers der Franzosen, theilen, daß die ausbedungene beschränkte Hülfe des Bundesvertrags auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr anwendbar sei.

Dieser besondere, und von Oesterreich nicht abhängende Sachverhalt steht der Grundlage seines Bündnisses mit Frankreich in nichts entgegen. Das Bündniß von 1812, obgleich durch die Umstände herbeigeführt, bietet den beiden hohen, den Vertrag schließenden Theilen eine wahrhafte und dauerhafte politische Grundlage dar. Dies Bündniß darf nicht mit den Verträgen verwechselt werden — man kann keinen einzigen davon ausnehmen —, welche Frankreich seit dem Revolutionskriege abgeschlossen hat. Der Vertrag vom 14. März 1812 ist auf die vollkommenste Gegenseitigkeit gegründet. Er enthält also die erste Bedingung seiner Dauer. Se. Majestät, der Kaiser der Franzosen, gibt selbst zu, daß der Vertrag von Tilsit und das Bündniß zwischen Rußland und Frankreich weit entfernt sind dem österreichischen Bündnisse zu gleichen.

Wenn Rußland, die Nothwendigkeit fühlend seine Beziehungen zu Frankreich abzuändern, sich mit seinen Verbündeten in Erklärungen nicht eingelassen, so hat es Unrecht gethan, und vornehmlich den Rath des wiener Hofes nicht befolgt. Fände der Kaiser Franz ein Wort an den Grundlagen seines Bündnisses zu ändern, so würde er der Erste sein es zu sagen. Man kann in gemeinschaftlicher Uebereinkunft die, nach dem Inhalte des Vertrags stattfindenden Einschränkungen der kriegerischen Verhältnisse einstweilen außer Wirkung setzen in einem Kriege, welcher völlig seine Natur, ja sogar seinen Schauplatz geändert hat; und dieser Fall ist eingetreten. Der Kaiser wird nichtsdestoweniger seine kriegerische Aufgabe erweitern, wenn die verbündeten

Mächte sich nicht zu vernünftigen Ausgleichungen herbeilassen sollten, obschon die, durch den Vertrag vom 14. März bedungene Hülfe nur 30000 Mann beträgt. Die eine, wie die andere dieser Veränderungen gehen aus der Macht der Umstände hervor. Die Versicherung, daß der Kaiser an seinen niedergeschriebenen Vertragsverhältnissen mit Frankreich nicht ein Wort zu ändern finde, beweiset mehr, als alle Erörterungen, wie natürlich ihm diese Verhältnisse, und vor allem: wie anwendbar auf eine Zeit der Ruhe erscheinen, welche die, sie mit Frankreich vereinigenden Bande wesentlich befestigen müssen.

Zu 4): Es ist wichtig, daß der Kaiser der Franzosen für den, im vierten Artikel vorgesehenen Fall sehr genau die Stellung der verschiedenen österreichischen Truppenkörper kenne. Nachdem sich das österreichische Hülfsheer durch einen augenblicklichen Waffenstillstand die Möglichkeit gesichert hatte, den äußersten Punkt des Herzogthums Warschau zu besetzen, ist es in dem Falle gewesen die Ueberreste des polnischen Heeres in die, von ihm bezeichnete Linie zuzulassen, um es der russischen Uebermacht zu entziehen. Der Oberbefehlshaber dieser Truppen hatte seit dem Rückzuge des fünften Heereskörpers den Wunsch bezeigt, daß derselbe innerhalb der österreichischen Linien sich aufstelle, um die Aufmerksamkeit des Feindes nicht unnöthig auf sich zu ziehen, und ihn zu Unternehmungen zu veranlassen, welche verderblich für dies Corps hätten sein müssen, sowie sie das Verbleiben der österreichischen Truppen auf krakauer Gebiet gefährdet hätten. Die Polen, weit entfernt den ihnen gegebenen weisen und wohlwollenden Rath zu befolgen, thaten das Gegentheil. Nur nach unnützen Gefechten, und nach dem Verluste von einigen tausend Mann stellten sie sich endlich hinter der österreichischen Linie auf, fuhren jedoch fort die Aufmerksamkeit der Russen durch unnütze Herausforderungen zu erregen. Die Russen scheinen seit dieser Zeit den Entschluß gefaßt zu haben, den in ihrer Seite und ihrem Rücken aufgestellten polnischen Heerestheil zu vertreiben. Diese an und für sich sehr natürliche Annahme ist durch die Bewegungen und die Vereinigung ihrer Truppen noch augenscheinlicher geworden. Der Kaiser, entschlossen nicht unnützerweise Leute für die Behauptung eines Gebietstheils zu opfern, welcher gänzlich erschöpft war und keine Hülfsmittel den Truppen bot, die in allem aus den österreichischen Provinzen versorgt werden mußten, übersendete dem General Frimont die beigefügten Verhaltungsbefehle. Der General ist noch nicht in dem Fall gewesen davon Gebrauch zu machen, da die Aufkündigung des Waffenstillstandes von seiten der Russen noch nicht stattgefunden hat.

Der Rückzug der Polen auf das österreichische Gebiet bietet in jeder Hinsicht die unangenehmsten Verwickelungen dar. Er kann nur auf dem für den Unterhalt der Truppen schwierigsten Punkte bewerkstelligt werden. Der auf der Höhe von Krakau liegende Theil von Galizien ist nur ein enger Schlund zwischen den Karpathen und Schlesien. Auf diesem Punkte befinden sich aber Truppen von dem Heerestheile des Fürsten Reuß, und schon dieser Heerestheil ist zahlreich genug, daß er dort nicht mit jenen zusammen stehen kann, ohne daß beide Theile sich gegenseitig dem Hunger preisgeben. Andererseits und in einem andern Falle könnte der Kaiser den Polen nicht erlauben in seinen Staaten zu verweilen, aber er läßt sich herbei eine Ausnahme von dem, bisher unveränderlich und so glücklich aufrecht erhaltenen Grundsatze zu machen, daß kein fremder Kriegshaufen sein Gebiet berühre und durchziehe, weil er findet, daß dieser Fall mehr Unzuträglichkeiten darbiete, als der Aufenthalt von Kriegsvölkern, denen er unter dem kriegerischen Gesichtspunkte alle Gerechtigkeit widerfahren läßt, aber welche bei jeder Gelegenheit sich Oesterreich gegenüber feindlicher benehmen, als selbst gegen die Russen.

Eine Uebereinkunft für den Durchzug der Polen und der schwachen Ueberreste des sächsischen Truppenkörpers unter Gablenz ist soeben mit dem

Generale von Watzdorf abgeschlossen worden. Der Gesandte hat die Ehre sie beizufügen. Er schmeichelt sich, daß Se. Excellenz daraus die Ueberzeugung schöpfe: Oesterreich sei in diesem Falle mit aller möglichen Rücksicht gegen die fraglichen Generale und Truppen verfahren. Da mit dem Gablenz'schen Truppenkörper die Ueberreste eines französischen Bataillons sich vereinigt finden, so glaubte der Kaiser diesem Kriegshaufen ein besonderes Zeichen von Aufmerksamkeit geben zu müssen, indem er ausdrücklich den Befehl gab, daß der Befehlshaber des Bataillons eine Compagnie unter den Waffen behalte.

Se. kaiserl. Majestät betrachtet den gegenwärtigen Augenblick als einen solchen, welcher über Europas Schicksal entscheiden müsse, indem er dasjenige der dazwischenliegenden Mächte bestimmt. Weder Frankreich noch Rußland laufen Gefahr. Ihr Streit kann nur durch eine so erwünschte Uebereinkunft zwischen den Großmächten geendet werden, oder Oesterreich und andere Staaten, welche dem Bestehen der beiden Höfe von Frankreich und Rußland nützlich sind, in einen schwer zu ermessenden Abgrund reißen.

Der Kaiser von Oesterreich wird seinem Charakter treu bleiben. Er wird seine Schritte zu Gunsten der Sache, welche er vertreten zu müssen glaubt, der Sache des Friedens, nicht auf bloße Worte beschränken, und wenn überspannte Ansichten, wie dies möglich ist, bei den verbündeten Mächten über Vernunft und Mäßigung, welche Se. kaiserl. Majestät zu zeigen nicht aufhören wird, den Sieg davontragen sollten, so würde er ohne Zaudern eine achtunggebietende Streitmacht in die Wagschale derjenigen Macht legen, welche er, abgesehen von den unermeßlichen Verwickelungen des gegenwärtigen Augenblicks, als seinen natürlichen Bundesgenossen betrachtet.

Se. Majestät muß die ersten Erklärungen, welche zwischen seinem Gesandten und dem französischen Minister über die allgemeinen Grundlagen stattfinden werden, abwarten, bevor er einen Waffenstillstand vorschlagen kann. Dieser Schritt würde in der gegenwärtigen Sachlage und ohne von Erklärungen irgendeiner Art begleitet zu sein, nur um so nutzlosere Blößen für Oesterreich und Frankreich mit sich bringen, als die Verbündeten ein solches Verlangen als einen Beweis von Schwäche betrachten würden, und als derselbe, weit entfernt Se. Majestät, dem Kaiser der Franzosen, zu dienen, seine Stellung und diejenige Oesterreichs in ein völlig falsches Licht setzen würde, während er diejenige der verbündeten Mächte wesentlich erhöhte.

Der Gesandte glaubt hinzufügen zu müssen, daß in dem Augenblicke, wo seine Depesche zu Wien abgefaßt wurde, der Minister Sr. Majestät noch nicht diejenigen erhalten hatte, welche er demselben seit seiner Rückkehr nach Paris zugesendet hat, und welche die Darlegung der Ideen Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen über diesen Gegenstand enthalten. Der Gesandte darf nicht unterlassen von neuem zu bemerken, wie die ganz besondere Lage, in welche die gegenwärtigen Umstände den Kaiser seinen Völkern gegenüber versetzen, die Aufmerksamkeit seines erlauchten Verbündeten erfordert, und daß sie gewiß verdient in seine Berechnungen aufgenommen zu werden.

Das österreichische Volk, ermüdet durch so viele Jahre des Unglücks, hatte nur einen Wunsch, den nach Ruhe, welche der Regierung erlaubte die überstandenen Uebel zu heilen, die Ordnung in den Finanzen wiederherzustellen, und den alten Zustand des Glücks allmählich wieder herbeizuführen, dessen das Volk seit langer Zeit zu genießen aufgehört hat. Das Bündniß mit Frankreich sollte alle diese Hoffnungen verwirklichen, und nur unter diesem Gesichtspunkte konnte nach einer langen Reihe von Leiden die neue Ordnung der Dinge volksthümlich werden. Doch der nordische Krieg brach aus. Der Antheil, welchen der Kaiser daran nahm, legte seinen Unterthanen unerwartete Opfer auf. Sie

wurden ertragen, aber man sah mit Schmerz, daß die Folgen des neuen politischen Systems noch nicht in einer so wohlthuenden Weise fühlbar wurden, als die Bedürfnisse des Volks es erheischten.

Die Ereignisse des letzten Feldzugs haben alle Berechnungen getäuscht. Der Kaiser, welcher bei diesem Kriege nur zum Theil mitwirken zu dürfen glaubte, sieht plötzlich eine unermeßliche Strecke seiner Grenzen bedroht. Ungeachtet der großen Verlegenheit, in welcher sich jetzt die Finanzen befinden, fordern die Umstände gebieterisch, daß beträchtliche Streitkräfte schlagfertig gemacht werden. Der Kaiser ist genöthigt sich an seine Völker zu wenden. Statt der Ruhe, welche man als einzige Frucht der neuen, politischen Ordnung verhieß, verkündet ihnen alles einen allgemeinen Krieg. Bei dieser Sachlage bleibt dem Kaiser nur ein Mittel übrig, dasjenige: den guten Willen des Volks als die werthvollste Grundlage seiner Hülfsmittel zu schonen; und um dahin zu gelangen gibt es nur einen Weg, nämlich: zu erklären, daß er einzig deshalb waffne, um einen schnellen und dauerhaften Frieden zu erlangen." [1])

Liegt es in der Aufgabe des Diplomaten, betreffenden Falles, ungeachtet vieler Worte und überschwenglicher Versicherungen, doch so wenig, als möglich zu irgendeiner bestimmten Leistung sich zu verpflichten, so ist diese Note ein diplomatisches Meisterstück. So gut, als irgendmöglich wird das Benehmen des österreichischen Hülfsheers vertheidigt, welches, statt den Rückzug des französischen Hauptheers zu unterstützen, vor dem schwächeren Feinde sich zurückzuziehen eilte, und jenes demselben preisgab. Die Annahme der bewaffneten Vermittelung des Friedens wird erklärt, allein deren Ausübung bis zur Mittheilung der Friedensgrundlagen verschoben. Dem Kaiser der Franzosen wird beigestimmt, daß die vertragsmäßige theilweise Betheiligung Oesterreichs am Kriege den Verhältnissen nicht entspreche; man geht aber auf dessen Verlangen, das österreichische Hülfsheer deshalb zu vermehren, nicht ein, sondern benutzt jenes Zugeständniß geschickt zu der Erklärung, daß man sich aller Theilnahme am Kriege bis zu dem Augenblicke enthalten wolle, wo sich herausstellen würde, die Vermittelung des Friedens — der einzige Zweck der österreichischen Rüstungen — sei an den unbilligen Forderungen der Verbündeten gescheitert. Mit äußerster Schonung wird endlich angedeutet, daß die gegenwärtigen, politischen Verhältnisse sowol, als die Stimmung des österreichischen Volks dem Bündnisse mit Frankreich entgegenständen, dieses auch nicht die gehofften Vortheile gehabt habe; allein eben dies Geständniß genügte, um nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge ein baldiges Ende des Bündnisses wahrscheinlich zu machen.

---

[1]) Fain, I, 453—63.

Von den Erklärungen, welche der französische Minister des Aeußern dem Grafen Metternich über die, von dessen Cabinete einzuhaltende Politik kurz zuvor entrissen hatte, von den, durch Oesterreich empfohlenen Friedensgrundlagen ist natürlich in dieser Note keine Spur zu finden. Sie war vielmehr nur dazu bestimmt, die Annahme der Friedensvermittelung nochmals feierlich zu erklären, jenen Aeußerungen die Spitze abzubrechen, und die Stunde wirklicher Parteinahme soviel, als möglich hinauszuschieben. Bei dem Umstande jedoch, daß Napoleon bereits im Begriffe war den Feldzug zu eröffnen und sich des Schwertes, nicht aber der Feder des Diplomaten zu bedienen, um die Sache zur Entscheidung zu bringen, konnte der beabsichtigte Zweck freilich nicht erreicht werden. Uebrigens mislang es dem österreichischen Gesandten, welcher mehr Soldat, als Diplomat war, im mündlichen Verkehr mit dem französischen Minister des Auswärtigen seine Zunge gehörig im Zaume zu halten, und einen Gegenstand, der so viele Gelegenheiten des Anstoßes bot, ebenso vorsichtig zu behandeln, wie ein hierzu eingeübter Tänzer seine, zwischen Eiern herumhüpfenden Füße.

Fürst Schwarzenberg, welcher mit dem Herzoge von Bassano auf vertrautem Fuße stand, ließ sich nämlich, als ihm letzterer ein zu großes Gewicht auf das, zwischen beiden Kaisern bestehende Familienband zu legen schien, die unvorsichtige Aeußerung entschlüpfen:

„Ach die Heirath, die Heirath! die Politik hat sie geschlossen, doch ...“

Der plötzlich in ihm auftauchende Gedanke, wie wenig einem Diplomaten Offenheit zieme, hielt ihn zwar ab seine Rede zu vollenden, allein das Wörtchen „doch“ ließ über den Sinn des unterdrückten Schlußsatzes keinen Zweifel zu. Es blieb indeß diese Unbesonnenheit ohne Folge, weil jene Worte dem Kaiser der Franzosen erst zu einer Zeit mitgetheilt wurden, als Oesterreich bereits die Waffen gegen ihn ergriffen hatte; sonst wären sie wol geeignet gewesen, seinen damals noch gehegten Wahn zu beseitigen, daß seine Eigenschaft als Schwiegersohn des Kaisers Franz ihn für denselben unangreifbar mache. [1])

[1]) Fain, I, 388.

Achter Abschnitt.

Die Verbündeten rücken in Sachsen ein, und rufen es vergeblich zum Kampfe gegen Napoleon auf. Der König von Sachsen lehnt eine diesfallsige Aufforderung des Königs von Preußen ab, schenkt aber Oesterreichs Aufforderung zu gemeinsamer Parteilosigkeit Gehör, und sucht dies gegen Napoleon zu rechtfertigen. Metternich's und Narbonne's gegenseitige Erklärungen über die von Oesterreich zu befolgende Politik, das österreichische Hülfsheer und den Entwaffnungsversuch der, bei demselben stehenden polnischen, sächsischen und französischen Truppen.

Napoleon war, nachdem er seine Gemahlin als Regentin des Reichs zurückgelassen hatte, nach Deutschland gegangen, um sich an die Spitze des neugebildeten Heeres zu stellen, welches der alte Marschall Kellermann, Herzog von Valmy, zu Mainz in schlagfertigen Stand setzte. Die Verbündeten hatten gegen die ihnen bereits gegenüberstehenden französischen Truppen die Feindseligkeiten eröffnet, und in mehreren Gefechten gesiegt.

Am 2. April war die, größtentheils aus sächsischen Truppen gebildete Division des Generals Morand bei Lüneburg vernichtet, und am 5. April der Vicekönig von Italien, welcher von Magdeburg aus nach Berlin vordrang, zurückgeworfen worden. Einen baierschen Heerhaufen hatten sie am 13. April bei Langensalza überfallen und geschlagen. Bereits am 18. März war das Hauptheer der Verbündeten in Sachsen eingerückt, um dessen König zu bestimmen, Napoleon's Bündniß mit dem ihrigen zu vertauschen. Seinen diesfallsigen Entschluß betrachtete man nicht allein als von großem Einfluß auf die übrigen Rheinbundfürsten, sondern man konnte auch durch die sächsischen Truppen verstärkt, und gestützt auf die Festung Torgau,

mit weit größerer Aussicht auf Erfolg Napoleon bekämpfen, dessen Heer demjenigen der Verbündeten bedeutend überlegen war.

Da man sich an den, in Regensburg weilenden König von Sachsen nicht unmittelbar wenden konnte, so erließen die Heerführer der Verbündeten, Blücher und Wittgenstein, Aufrufe an Sachsens Bevölkerung, um sie zum Anschluß an das preußisch-russische Heer zu bestimmen. Blücher's Aufruf lautete:

„Sachsen! Ihr seid ein edles, aufgeklärtes Volk, Ihr wißt, daß ohne Unabhängigkeit alle Güter des Lebens für edelgesinnte Gemüther keinen Werth haben, daß Unterjochung die höchste Schmach ist. Ihr könnt und werdet nicht länger die Sklaverei tragen. Ihr werdet nicht länger dulden, daß eine arglistige und gleisnerische Politik für ihre ehrsüchtigen, raubgierigen Entwürfe das Blut Euerer Söhne fordere, die Quellen Euers Handels austrockne, Euern Kunstfleiß, Euere Preßfreiheit vernichte, und Euer meist so glückliches Land zum Schauplatz des Krieges mache. Schon hat der Vandalismus der Euch unterdrückenden Fremdlinge Euer schönes Monument der Baukunst, die Brücke zu Dresden, unnöthig und muthwillig zerstört. Auf! vereinigt Euch mit uns. Erhebt die Fahne des Aufstandes gegen die fremden Unterdrücker und seid frei! Euer Landesherr ist in fremder Gewalt. Die Freiheit des Entschlusses ist ihm genommen. Die Schritte beklagend, die eine verrätherische Politik ihn zu thun nöthigte, wollen wir sie ihm ebenso wenig zurechnen, als sie Euch entgelten lassen . . . Den Freund deutscher Unabhängigkeit werden wir als unsern Bruder betrachten, die irregeleiteten Schwachsinnigen mit Milde auf die rechte Bahn leiten, den ehrlosen Handlanger fremder Tyrannei aber als einen Verräther am gemeinsamen Vaterlande verfolgen.“

Wittgenstein aber sagte in seinem an die Sachsen erlassenen Aufrufe:

„Ich betrete Euer Land, um Euch mit Krieg zu überziehen, oder mit Euch vereint für Euere Freiheit, für die Wiederherstellung Euerer geschändeten Ehre zu kämpfen. Wählet! Euere Wahl kann Euere Krone in Gefahr bringen, kann einst Euere Kinder bei dem Gedanken an ihre Väter erröthen machen, sie hält Deutschlands gezeitigte Befreiung nicht auf. Seht, was um und neben Euch geschieht, werft einen Blick auf die edeln Preußen, Euere Nachbarn. Die ganze Nation erhebt sich in Masse. In ihren Reihen findet Ihr den Sohn des Pflügers neben dem des Fürsten. Aller Unterschied der Stände ist in den großen Begriffen: Freiheit und Ehre, König und Vaterland zusammengescholzen. Es gibt keinen Unterschied mehr, als den des größeren Talents, des feurigern Eifers zum Kampfe für die große heilige Sache. Freiheit oder Tod! ist das Losungswort, welches Friedrich Wilhelm ausgegeben hat, und feierlich schwört ein ganzes hochherziges Volk zu siegen, oder eines solchen Fürsten würdig zu fallen. Sachsen, Deutsche! Unsere Stammbäume, unsere Geschlechtsregister schließen mit dem Jahre 1812. Die Thaten unserer Ahnen sind durch die Erniedrigung ihrer Enkel verwirkt. Nur die Erhebung Deutschlands bringt wieder edle Geschlechter hervor, und gibt denen, welche es waren, ihren Glanz zurück.“ [1])

Man ersieht aus diesen Aufrufen, daß die Verbündeten der Ansicht waren: nur die unbezwingbare Gewalt eines Volkskrieges, in

[1]) Leipziger Zeitung vom 15. April 1813.

welchem jeder Waffenfähige mit dem Entschlusse zum Kampfe eilt, zu siegen, oder zu sterben, sichere die endliche Besiegung Napoleon's, dessen weit überwiegender Feldherrngröße man sich bewußt war. Die, durch die Revolution entwickelte Volkskraft Frankreichs hatte ihnen gezeigt, was sie zu leisten vermöge. Daher sparten sie weder hochtönende, das Nationalgefühl entflammende Reden, noch Drohungen und Versprechungen.

In Sachsen sprach sich die Stimme des Volks für die Verbündeten, und gegen die Franzosen aus, denn es war müde für einen fremden Eroberer Gut und Blut in dessen Kriegen zu vergeuden, und ihn dafür im eigenen Lande den Herrn spielen zu sehen. Es hoffte von dem Siege der Verbündeten die Rückkehr einer friedlichen, bessern Zeit und horchte freudig ihren Verheißungen. Allein das Erscheinen des verbündeten Heeres machte hier nicht den mächtigen Eindruck, welchen der Einmarsch des russischen Heeres in Preußen gemacht hatte, sodaß man dort zu den Waffen griff, ehe der König dazu aufforderte. Und es war dies natürlich, denn das sächsische Volk war durch das französische Joch weder so hart gedrückt, als das preußische, noch machte ihm das Andenken an eine glänzende, kriegerische Vergangenheit dasselbe so unerträglich, als dies in einem Lande der Fall war, welches Friedrich der Große den Großmächten Europas an die Seite gestellt hatte, und das nun zu einem Staate dritten Ranges herabgesunken war.

Des greisen Königs von Sachsen Glauben an die Unbesieglichkeit Napoleon's hatte dessen Niederlage in Rußland nicht erschüttert, da sie nicht durch die Kriegskunst seines Gegners herbeigeführt worden war. Auch er wünschte den Frieden, und seufzte über seine Abhängigkeit von dem Kaiser der Franzosen; doch feindlich ihm gegenüber zu treten, um Frieden und Unabhängigkeit nöthigenfalls zu erkämpfen, wagte er nicht, denn ein solcher Kampf würde, so fürchtete er, seine Besiegung und Entthronung zur Folge haben. Deshalb hatte er bei Annäherung der Verbündeten unter der Versicherung: am französischen Bündniß festhalten zu wollen, sein Land verlassen. Da die sächsischen Behörden den ausgesprochenen Willen ihres Königs, obschon er ihren Wünschen nicht entsprach, als maßgebend achteten, und die Bevölkerung dem Aufrufe fremder Heerführer zu gehorchen Bedenken trug, so traten nur wenige in die Reihen der Verbündeten. Unter ihnen befand sich aber der Barde des deutschen Freiheitskrieges, Theodor Körner, dessen Schlachtlieder noch heute die Begeisterung wiederspiegeln, welche damals die Herzen der deutschen

Krieger entflammte, noch heute jedes Vaterlandsfreundes Pulse rascher schlagen lassen.

Der König von Preußen schrieb von Breslau aus am 9. April an Friedrich August in folgender Weise:

„Vereint mit dem siegreichen Heere Rußlands haben meine Truppen Ew. Majestät Gebiet betreten. Dieser Schritt hat keinen andern Zweck, als die Unabhängigkeit Deutschlands, ohne welche auch diejenige meiner Staaten nicht bestehen kann, wieder zu erobern. Ew. Majestät wird Ihr Gesandter, General von Thiollaz, die im Namen des Kaisers und dem Meinigen erlassene Proclamation vorgelegt haben, auf die ich mich beziehe. Von jedem deutschen Fürsten läßt sich erwarten, daß er begierig die gewiß nie wiederkehrende Gelegenheit ergreifen werde, die ihm aufgedrungenen französischen Fesseln zu zerbrechen und ein Joch abzuschütteln, welches unser, sonst so blühendes, so geachtetes Vaterland in Elend und Verachtung gestürzt hat.

Alle deutschen Völker brennen vor Begierde die Unabhängigkeit ihrer Fürsten, den ruhigen Genuß ihres Eigenthums und die Früchte ihres Kunstfleißes endlich vor fremder Anmaßung und Habsucht sicher zu stellen. Ein muthiger und laut ausgesprochener Entschluß der Fürsten wird überall dieselben Kraftäußerungen hervorrufen, welche sich in meinem Lande, wie noch nie, gezeigt haben. Entsprechen Ew. Majestät mit mir den Wünschen unserer Völker, befördern Sie jede der vorübergehenden Maßregeln, die zur Erreichung des großen Zieles unumgänglich erforderlich sind! Eilen Sie mit uns über die Mittel übereinzukommen, die Ihre Staaten für dieselben darbieten, und vereinigen Sie alle Ihre Streitkräfte mit meinen und Rußlands Heeren!

Der Staatsminister Freiherr vom Stein verfügt sich nach Dresden, um vorerst dort für mich und des Kaisers von Rußland Majestät die hierauf Bezug habenden Geschäfte zu leiten. Geruhen Ew. Majestät Ihre Landesbehörden anzuweisen, sich an ihn zu wenden. Gott wird unsere gerechte Sache beschützen, und wir werden in der vermehrten Liebe unserer Unterthanen und in dem Danke der spätesten Nachwelt einen reichlichen Lohn für alle Gefahren und Mühen finden, denen wir auf kurze Zeit uns rühmlich unterzogen haben.

Ew. Majestät wird es übrigens nicht befremden, daß ich die Ländertheile wieder in Besitz nehme, die ein ungerechter, gegen mich nicht einmal gehaltener Friedenstractat mir abzwang und Ihnen zuwendete.

Die Umstände sind so dringend, daß ich Ew. Majestät bitten muß, mir Ihre Entschließung durch den Ueberbringer sobald, als immer möglich bekannt zu machen. Ich würde es bei der Hochachtung und den freundlichen Gesinnungen, die ich für Ew. Majestät hege, unendlich bedauern, wenn jene Entschließung mich nöthigte, Sie als einen Widersacher des edelsten Zweckes zu betrachten, und danach verfahren zu müssen."

So ausführlich des Königs von Preußen Schreiben war, so kurz und nichtssagend war die Antwort des Königs von Sachsen, welche er am 16. April von Regensburg aus ertheilte. Nicht einmal auf die, ihm angezeigte Wiederbesitznahme der durch den Frieden von Tilsit Preußen entrissenen, und mit Sachsen vereinten Gebietstheile (den kottbuser Kreis) gab er eine Antwort. Es beweiset dies, daß er damals noch unentschlossen war, ob er auf der Seite Napoleon's bleiben, oder dessen Gegnern sich anschließen solle. Im letzteren Falle

verstand es sich von selbst, daß er jene Wiederbesitznahme des kottbuser Kreises durch Preußen nicht verhinderen konnte. Seine Verhandlungen mit Oesterreich hatten noch zu keinem bestimmten Ergebnisse geführt, und er verschwieg daher, daß er mit jener Macht wo möglich eine den Frieden vermittelnde Rolle zu spielen gedenke. Ein Plan, welcher freilich auf die ungebändigte Natur Napoleon's übel berechnet war, die nur der Gewalt, nicht Vorstellungen, wie räthlich deren Annahme auch schien, sich fügte. Da Friedrich August auf des Königs von Preußen Aufforderung: ihm und seinen Verbündeten gegen den Kaiser der Franzosen sich anzuschließen, nicht einging, so lag eine thatsächliche Ablehnung in seiner Antwort, welche also lautete:

„Das Schreiben, welches Ew. Majestät unter dem 9. d. M. an mich zu erlassen so gefällig gewesen, ist mir durch den Generalmajor von Heister behändigt worden, und ich erkenne mit aufrichtigem Danke die, darin gegen mich bezeigten persönlichen Gesinnungen. So schmerzlich mir die, neuerlich eingetretenen Verhältnisse auch sein müssen, so schmeichle ich mir doch, daß Ew. Majestät in meiner Handlungsweise die immer allein vorwaltende pflichtmäßige Rücksicht auf das bleibende Wohl meiner Staaten, und auf meine bestehenden Verbindlichkeiten nicht verkennen, vielmehr derselben Gerechtigkeit widerfahren lassen werden. Sehr erwünscht wird mir übrigens allezeit jede Gelegenheit sein, Ew. Majestät von neuem die aufrichtige Hochachtung und die freundschaftlichen Gesinnungen zu bethätigen, womit ich verbleibe u. s. w."

Nichtsdestoweniger wurde Sachsen von den Verbündeten nicht als feindliches Land behandelt, sondern dieselben begnügten sich, in Dresden einen Verwaltungsrath unter dem Freiherrn vom Stein zu errichten, welcher mit den Landesbehörden Verträge über die dem Heere zu machenden Lieferungen abschloß. Sie hofften nämlich noch immer Sachsen auf ihre Seite treten zu sehen, denn der General von Thielmann, welchem König Friedrich August den Oberbefehl über die Festung Torgau und das ganze sächsische Fußvolk, das sich in dieselbe zurückgezogen, übertragen hatte, sprach sich in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung in diesem Sinne aus. Auch wußten sie durch denselben, daß der König im Begriff stehe, sich an Oesterreich anzuschließen, und ihn deshalb angewiesen habe, Torgau ohne seinen ausdrücklichen Befehl keiner der kriegführenden Parteien zu öffnen, während er bei seiner Abreise befohlen hatte, die Festung und die sächsischen Truppen dem General Reynier, oder einem andern französischen General zur Verfügung zu stellen. Zwischen die kriegführenden Mächte gestellt, welche im Begriff waren seine Staaten zum Kampfplatz zu wählen, und dem Kriege von

Natur abhold, fanden bei dem hochbejahrten Könige die Bemühungen des österreichischen Cabinets: ihn für die, von demselben unternommene Friedensvermittelung zu gewinnen, ein um so bereitwilligeres Gehör, als dasselbe ihm mittheilte: wie es von Napoleon selbst zu Uebernahme der bewaffneten Friedensvermittelung aufgefordert worden sei. Freilich verschwieg es ihm, daß es diese Aufgabe in einem ganz andern Sinne auffasse, als der Kaiser der Franzosen, und dessen Einwilligung hierzu nur dadurch erlangt habe, daß es sich stellte, als theile es dessen eigenthümliche Auffassung besagter Rolle. Als Napoleon schneller, als es seine Gegner für möglich gehalten hatten, mit einem, deren Streitkräfte weit überwiegenden Heere den Grenzen Sachsens sich näherte, um durch neue Siege die, auf seine Niederlage in Rußland gebauten Hoffnungen der von ihm unterdrückten Völker zu vereiteln, durfte König Friedrich August nicht länger zögern, sich über die politische Haltung, welche er zu beobachten gedachte, gegen Napoleon auszusprechen. Von Regensburg aus schrieb er am 19. April an denselben folgenden Brief:

„Mein Herr Bruder! Ew. k. k. Majestät hat mir stets so viel Wohlwollen und Freundschaft bewiesen, daß ich es für meine erste Pflicht halte, dies durch mein vollständiges Vertrauen zu vergelten, und Sie in meinem Herzen lesen zu lassen. Die gegenwärtigen Umstände veranlassen mich hierzu noch außerdem durch die Rücksicht auf das Wohl meiner Staaten und das allgemeine Beste, welche in den Händen Ew. k. k. Majestät liegen.

Der Kaiser von Oesterreich hat mir so eben die Schritte mitgetheilt, welche er bei Ihr für die Rückkehr des Friedens und die Gründung eines Zustandes dauernder Ruhe in Europa gethan hat. Im Hinblick auf die Stellung Oesterreichs, dessen Einfluß in diesem Augenblicke Rußland und Preußen gegenüber entscheidend sein muß, während die große Seele Ew. k. k. Majestät sich nicht den Ruhm versagen wird: durch großmüthige Mäßigung Europa beruhigt zu haben, bin ich durch diese Eröffnungen mit den süßesten Hoffnungen erfüllt worden. Gestützt auf die Güte, von welcher Sie mir so viele Proben gegeben hat, wage ich meine Wünsche mit denen der leidenden Menschheit zu vereinigen. Ich wage vertrauensvoll zu hoffen, daß sie Ew. k. k. Majestät zu Herzen gehen werden, und daß Sie darin nur den Ausdruck eines Verbündeten erblicken werde, welcher Ihr aufrichtig zugethan ist, sowie den Ausdruck der gerechten Sorge, die mir das Heil meiner Völker einflößt.

Die Uebereinstimmung der Wünsche und der Sehnsucht, welche ich eben Ew. k. k. Majestät ausgedrückt habe, mußte mich dem wiener Hofe nähern, welcher durch das, ihn mit Frankreich vereinende Bündniß in gleicher Weise an das Interesse der gemeinsamen Sache geknüpft ist, und ich glaube nicht länger zaudern zu dürfen, mich der Einladung des Kaisers von Oesterreich zufolge nach Prag zu begeben, wo ich im Stande sein werde, in größerer Nähe über das Wohl meiner augenblicklich vom Feinde überschwemmten Staaten zu wachen. Meine Garden und die Stämme meiner Reiterei werden denselben Weg einschlagen. Mein Entschluß ist in diesem Augenblicke besonders durch die dringende Nothwendigkeit bestimmt, mich den Grenzen Sachsens zu nähern, um zu verhindern, daß der öffentliche Geist

nicht irre geführt werde, und ich glaube mir schmeicheln zu können, dieser Schritt werde unter den geschilderten Umständen die Billigung Ew. k. k. Majestät finden, und Sie werde mir die Gesinnungen der Freundschaft und des Vertrauens zu bewahren geruhen, welche ich als mein kostbarstes Gut betrachte, und stets durch eine unveränderliche Hingebung erwidern werde, mit welcher ich für immer bin, mein Herr Bruder, Ew. k. k. Majestät guter Bruder und getreuer Verbündeter." [1])

Hatte der König wirklich diese, von ihm ausgesprochene Erwartung gehegt, so sollte er bald die Ueberzeugung gewinnen, wie sehr er sich hierin getäuscht habe. Die Politik der mit Napoleon verbündeten Fürsten durfte nicht dem Wohle ihrer Staaten, sondern nur dessen eigenem Vortheile entsprechen. Er forderte von ihnen unbedingten Gehorsam, und es entflammte seinen Zorn, daß der König von Sachsen in einem Augenblicke, wo er, sein Schutzherr, dessen Truppen und Festungen gegen die Verbündeten benutzen wollte, den Gedanken zu fassen gewagt hatte, sich selbst die Verfügung über dieselben vorzubehalten, und in Verbindung mit Oesterreich den Frieden zu vermitteln, dessen Bedingungen und Zeitpunkt lediglich von seinem eigenen Willen abhängen sollten. Doch noch war der Augenblick nicht gekommen, diesen Zorn auflodern zu lassen. Erst nach der siegreichen Schlacht, welcher er entgegeneilte, wollte er mit um so größerer Wirkung dem unzuverlässigen Bundesgenossen die drohende Antwort des Gebieters ertheilen.

Die zwischen Oesterreich und dem Könige von Sachsen angeknüpften Unterhandlungen führten zu einem, am 23. April zu Linz abgeschlossenen Vertrage, durch welchen letzterer versprach, die österreichische Friedensvermittelung aus allen Kräften zu unterstützen. Er willigte in die Entwaffnung der bei Krakau stehenden polnisch-sächsischen Truppen, behufs deren Hindurchführung durch das österreichische Gebiet nach Sachsen, und verzichtete auch nun auf das Großherzogthum Warschau, dessen Länder dem österreichischen Cabinete die Ausgleichungsmittel bei der beabsichtigten Friedensstiftung liefern sollten. In dem Maße, als er sich hierdurch von der Politik Napoleon's entfernte, näherte er sich derjenigen der Verbündeten, und dies veranlaßte ihn von Prag aus, wohin er sich über Linz begeben hatte, an den König von Preußen nachstehendes Schreiben vom 29. April zu richten.

„Ich mache es mir zum angenehmen Geschäfte Ew. Majestät zu eröffnen, daß ich in Verfolg der, zwischen mir und des Kaisers von Oesterreich Majestät eingetretenen Uebereinstimmung der Grundsätze und Ansichten mich den

---

[1]) De Norvins, I, 229.

Maßregeln Oesterreichs, in Beziehung auf die von demselben, mit Zustimmung der kriegführenden Mächte übernommenen, bewaffneten Mediation, anzuschließen mich bewogen gefunden habe. In Betracht dieses Verhältnisses schmeichle ich mir, daß Ew. Majestät nach Dero mir bekannten, billigen Gesinnungen, sowie des Kaisers von Rußland Majestät, an welche ich mich gleichfalls dieserhalb wende, der Anwendung der zum Behufe jenes, von allen Seiten als wohlthätig anerkannten Zwecks dienenden Mittel in meinen Staaten keine Hindernisse entgegensetzen, und eine feindliche Behandlung meiner Lande und Unterthanen nicht gestatten werden.

In ebenmäßigem Vertrauen auf Ew. Majestät gerechte Denkungsart sehe ich auch zugleich mit der Aufhebung des Kriegszustandes der Wiederherstellung meines tractatenmäßigen Besitzes im kottbuser Kreise entgegen, indem Deren erleuchteter Beurtheilung die gemeinschädlichen Folgen eines Grundsatzes nicht entgehen können, welcher die Sicherheit des Besitzstandes zwischen benachbarten Mächten aufheben würde.

Ew. Majestät werden gewiß in diesen Anträgen, sowie in dem gegenwärtigen Schritte überhaupt, meinen aufrichtigen Wunsch der Entfernung aller Misverständnisse nicht verkennen, welche meinem Herzen ebenso erwünscht sein wird, als sie der wahren Hochachtung und Freundschaft gemäß ist, womit ich verbleibe u. s. w.“ [1])

In seinem ersten Briefe hatte der König von Sachsen unter den obwaltenden Umständen es für nutzlos und unräthlich gehalten, sich über die ihm gemeldete militärische Besetzung seines Landes und die Zurückgabe des kottbuser Kreises auszusprechen. Jetzt, wo er sich auf sein Einverständniß mit Oesterreich beziehen konnte, um dessen Bundesgenossenschaft Preußen und Rußland eifrig warben, stand er nicht länger an dies zu thun. Hätten die Verbündeten bei Lützen gesiegt, und dadurch schon damals Oesterreichs Beitritt zu ihrem Bunde gegen Napoleon erlangt, so würde wahrscheinlich Sachsen, der Politik Oesterreichs folgend, sich dessen Schutzes erfreut, und seine Zerstückelung vermieden haben. Denn der Sieg bei Lützen konnte, bei dem damals noch stattfindenden Zahlenverhältnisse der sich gegenüberstehenden Heere, und bei Napoleon's weit überwiegender Feldherrngröße kein so entscheidender sein, daß die Verbündeten Oesterreichs Bedingungen, unter welchen es dann sicherlich sofort bereit gewesen wäre, ihnen sich damals schon anzuschließen, nicht bereitwillig erfüllt hätten. Es wird dadurch die, schon bei Gelegenheit des Bundesvertrags von Kalisch ausgesprochene Behauptung bestätigt: wie unvorsichtig der preußische Staatskanzler handelte, als er den größten Theil der ehemaligen polnischen Provinzen Preußens ohne die bestimmte Zusage seiner Entschädigung durch namhaft gemachte Landstriche, und sogar ohne daß das äußerste Maß dieser Abtretung bestimmt, an Rußland überließ, vielmehr mit der unbestimmten Verheißung sich

[1]) Niebuhr, Preußens Recht gegen den sächsischen Hof, S. 97.

begnügte, daß Preußen mit Gebieten in Deutschland entschädigt werden solle, deren Eroberung vielleicht erst durch die Erwerbung neuer Bundesgenossen ermöglicht wurde, welche Bedingungen für ihr Bündniß stellten, die mit jenen unbestimmten Entschädigungsverheißungen mindestens großen Theils unvereinbar waren.

Hatten die Ansprachen des Kaisers von Rußland und des Königs von Preußen an die deutschen Fürsten, von Napoleon's Seite auf die ihrige überzutreten, sofort den gehofften Erfolg, dann blieben nur die Länder der, vom Kaiser der Franzosen in Deutschland geschaffenen neuen Vasallenfürsten zur Entschädigung Preußens zu verwenden, und diese hätten weder nach ihrer Größe, noch geographischen Lage hingereicht, das zu Kalisch erhaltene Entschädigungsversprechen zu erfüllen.

Fürst Poniatowski, welchem soeben Napoleon's Befehl, sich für den neuen Feldzug vorzubereiten, zugegangen war, wollte der ihm von Oesterreich angesonnenen Entwaffnung seiner Truppen sich nicht unterwerfen, obschon Friedrich August, als sein Kriegsherr, ihm dies als seinem Willen entsprechend hatte anzeigen lassen, denn dieser war nur dem Namen nach, Napoleon aber der wirkliche Beherrscher des Großherzogthums Warschau.

Der polnische General wendete sich an den französischen Gesandten in Wien mit dem Verlangen: über den Widerspruch der an ihn ergangenen Befehle aufgeklärt zu werden. Dieser hatte bereits in einer Note vom 21. April dem Grafen Metternich sehr ausführlich vorgehalten, daß sein Bericht über den Rückzug des Hülfsheeres unter Frimont unvereinbar mit dem, ihm bekannten Willen seines kaiserlichen Herrn und den, vom Fürsten Schwarzenberg in Paris demselben gegebenen Zusicherungen sei. In dieser Note sagte er:

„Der Unterzeichnete hat Grund zu glauben, daß die Befehle sicherlich deshalb nicht ausgeführt worden seien, weil Oesterreich jede Art von Feindseligkeit vermeiden will. Ohne Zweifel wird der Kaiser der Franzosen mit außerordentlicher Genugthuung sehen, daß Oesterreichs Wünsche für den Frieden erfüllt werden, und daß es alle seine Mittel und Anstrengungen vereinige, um Europa desselben theilhaftig werden zu lassen; aber er hat noch nie gehört, oder hören können, daß dieser Wunsch für den Frieden den bestehenden Vertrag aufhebe. Dieser Vertrag bedingt ein Hülfsheer. Dieses Heer soll unter den Befehlen Sr. Majestät des Kaisers stehen. Was ist man, wenn dasselbe nicht gehorcht, daraus zu schließen berechtigt?

Der Unterzeichnete, dessen vornehmster Verhaltungsbefehl darin besteht: alles zu thun, um das gute Einverständniß zwischen den beiden Mächten zu erhalten, und bei jeder Gelegenheit die Gesinnungen zu beweisen, welche den Kaiser, seinen Herrn, für Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich be-

seelen, glaubt das beste Mittel eine so geheiligte Pflicht zu erfüllen sei: darauf zu sehen, daß die so glücklich zwischen Ihren Majestäten bestehenden Verträge genau erfüllt werden.

Er beruft sich daher auf den Vertrag von Paris, damit Se. Excellenz der Herr Graf von Metternich sofort dem Generale von Frimont Befehl gebe, er möge alle Mittel anwenden, um die ihm durch den Waffenstillstand angewiesene Stellung zu bewahren, und daselbst die Befehle erwarten, welche es Sr. Majestät dem Kaiser von Frankreich gefallen wird, ihm zukommen zu lassen."

Diese Note war, wie man aus ihr ersieht, darauf berechnet, sich gegen die Annahme zu verwahren, daß die von Oesterreich auf Frankreichs Antrag übernommene bewaffnete Vermittelung des Friedens den bis dahin bestehenden Bundesvertrag entkräfte, was vom österreichischen Cabinete allerdings sofern behauptet wurde, als die Wirkung besagten Vertrags während der Friedensvermittelung für ausgesetzt erklärte. Ohne Metternich's Antwort abzuwarten, erbat sich der französische Gesandte eine Audienz beim Kaiser Franz, und wiederholte gegen diesen mündlich das in seiner Note ausgesprochene Verlangen: das österreichische Hülfsheer möge, dem Bundesvertrage gemäß, den Befehlen Napoleon's gehorchen und in Gemeinschaft mit den polnischen, sächsischen, und den wenigen französischen Truppen, welche ihm zugeordnet waren, sich zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegen die Russen bereit machen.

Der, vom Herrn von Lebzeltern in Kalisch abgeschlossene geheime Vertrag, welcher einem ferneren Kampfe Oesterreichs gegen Rußland vorbeugte, machte Oesterreich die Erneuerung desselben unmöglich, und entsprach auch sonst dessen wohlerwogenem Vortheile. Deshalb blieb dieser Schritt des Grafen von Narbonne vergeblich, und verschaffte ihm nur die Ueberzeugung, daß zwischen dem Kaiser und seinem Minister vollkommenes Einverständniß herrsche. Er wurde zwar sehr freundlich empfangen, allein Kaiser Franz äußerte sich dahin: obschon er der Bundesgenosse seines Schwiegersohnes zu bleiben wünsche, werde doch die Vermittlerrolle, welche fernere Feindseligkeiten ausschließe, erst dann von ihm aufgegeben werden, wenn er sich von der Vergeblichkeit seiner Bemühungen überzeugt habe. Er sprach endlich, wie dies auch sein Minister bereits gethan hatte, die Ueberzeugung aus, daß der Gesandte in seinem Eifer wol weiter gehe, als sein Herr es billige, denn Oesterreich habe ja seine gegenwärtige politische Stellung erst auf die Aufforderung Napoleon's eingenommen.

Metternich betheuerte in seiner Antwortsnote vom 26. April, daß dem Kaiser Franz nichts mehr am Herzen liege, als die Freundschaft des Kaisers der Franzosen, doch könne Oesterreich,

wenn gegen seine theuersten Wünsche nicht die Wiederkehr des Friedens seine Anstrengungen kröne, infolge der von ihm angenommenen Haltung einer vermittelnden Macht, und wegen der geographischen Lage seines Reichs, nicht mehr fortan in seiner Eigenschaft einer bloßen Hülfsmacht am Kriege theilnehmen, und deshalb höre die im Bundesvertrage vom 14. März 1812 ausbedungene beschränkte Hülfe auf für die gegenwärtige Sachlage anwendbar zu sein. Die fernere Erwiderung desselben lautete:

„Obgleich der Kaiser weit von dem Glauben entfernt war, daß diese, ebenso sehr durch die Gewalt der Umstände, als durch eine Reihenfolge der von Sr. Majestät, dem Kaiser Napoleon, veranlaßten Ansichten und Wünsche wie ein Aufgeben des Bündnisses der beiden Höfe betrachtet werden könne, so hat Se. kaiserl. Majestät nichtsdestoweniger seinen Gesandten beauftragen zu müssen geglaubt, dieser Erklärung hinzuzufügen, daß dieser Schritt in nichts den Grundlagen unseres Bündnisses mit Frankreich entgegenstehe.

Die einfache Erklärung dieser Unterhandlungen würde hinreichen, um die Note von Frankreichs Herrn Gesandten vollständig zu beantworten, wenn nicht der Kaiser zugleich daran erinnern zu müssen glaubte, daß diese Note an den Unterzeichneten gerichtet worden sei, nachdem die Aufkündigung des Waffenstillstandes durch die Russen diejenige Ordnung der Dinge vollständig geändert hatte, welche von Sr. Majestät dem Kaiser Napoleon als in dem Herzogthume Warschau noch bestehend angenommen wurde.

Der Kaiser Franz, welcher nach den Bewegungen der russischen Truppenkörper glauben mußte, daß ihre Absicht sei: den österreichischen Heerestheil von dem Gebietsabschnitte zu vertreiben, welchen es im Herzogthume Warschau besetzt hielt, hatte durch einen, dem französischen Hofe mitgetheilten, für gewisse Fälle gegebenen Befehl dem Generallieutenant von Frimont vorgeschrieben: sich in nichts einzulassen, was seinen Heerestheil bloßstellen könne. Da die Gründe dieses Entschlusses in der Depesche an den Fürsten Schwarzenberg vom 14. April ausführlich entwickelt sind, so kann der Unterzeichnete in der beregten Angelegenheit sich lediglich auf den Inhalt jener Depesche berufen.

Wenn gleichwol der Waffenstillstand von seiten des russischen Generals nicht aufgekündigt worden wäre, so würde der Kaiser nicht angestanden haben, Sr. Majestät, dem Kaiser der Franzosen, Vorstellungen gegen eine Aufkündigung Seiner Seits zu machen. Diese Maßregel würde in der That nur unter zwei Gesichtspunkten haben betrachtet werden können: als Mittel für den Krieg, oder für die Unterhandlung.

Wenn als Kriegsmittel, so ist der Kaiser überzeugt, daß es nicht der vermittelnden Macht zukomme, den Feldzug zu eröffnen; wenn als Mittel für die Unterhandlung, so ist Se. Majestät nicht weniger überzeugt, daß sie ihre Vermittelung nicht mit 30000 Mann unterstützen könne, und daß die wirksamsten Mittel der Unterhandlung, wie der Kaiser der Franzosen selbst seine diesfallsige Ueberzeugung ausgesprochen hat, in der Entfaltung achtunggebietender Streitkräfte beruhen, welche alle zu dem alleinigen und einzigen Zwecke, dem Frieden, aufgeboten werden, in einer Entfaltung, welche daran keinen Zweifel zuließe, daß die vermittelnde Macht eintretenden Falles bereit sein werde, als Hauptmacht auf dem Schauplatze zu erscheinen, um ihren Friedensworten den nöthigen Nachdruck zu geben.“ [1])

[1]) Fain, I, 463—71.

Der Gesandte war nur Napoleon's Befehlen nachgekommen, indem er Oesterreich zur Vollziehung des Bundesvertrags nachdrücklich aufforderte. Im Zorne über die beabsichtigte Entwaffnung der dem österreichischen Hülfsheere zugeordneten Truppen hatte letzterer in dem Schreiben, welches er durch einen Eilboten an den Fürsten Poniatowski sendete, seinem diesfallsigen Verbote die Worte beifügen lassen: „Der Kaiser würde Leute, welche sich entehrt hätten, nicht mehr zu den Seinen zählen."

Gleichzeitig war dem Grafen Narbonne eingeschärft worden, seinem kaiserlichen Herrn über Oesterreichs Verhältniß zu Sachsen vollständigen Aufschluß zu verschaffen. Diesem Befehle lag eine Abschrift des Briefes, welcher vom Könige von Sachsen am 19. desselben Monats aus Regensburg an Napoleon gerichtet worden war, mit folgender Aufforderung bei:

„Se. Majestät war der Ansicht, daß es von Nutzen sein würde, diesen Brief, welchen Sie nicht versteht, Ihnen vorzulegen. Hat Oesterreich Schritte gethan, und Bedingungen in Vorschlag gebracht? Worin bestehen diese Bedingungen? Wir sind darüber in völliger Unkenntniß. Ihre mit dem vorher abgegangenen Kurier beförderten Briefe" (welche nach Paris gesendet worden waren) „können erst morgen zurückkommen. Sachsens Benehmen erscheint dem Kaiser als eine, mit Schwächlingen gespielte Intrigue, mit Schwächlingen, welche auf die unrechte Seite getrieben worden sind, und die im Augenblicke, wo der Kaiser zu ihrer Rettung herbeieilte, sich der Verzweiflung hingaben. Es ist wichtig zu wissen, welchen Theil der Kaiser von Oesterreich an diesem Schritte hat. Bezweckte derselbe, die Theilnahme zu verringern, welche Se. Majestät, wie man weiß, an dem König von Sachsen nimmt, und hierdurch hinsichtlich Polens Maßregeln zu erleichtern?

Der Kaiser würde nichts dagegen gehabt haben, wenn der König von Sachsen sich nach Prag begeben hätte. Es wäre natürlich gewesen, wenn der König, als er Dresden verließ, dahin gegangen wäre. Aber seine Abreise am 20., zu einer Zeit, wo er den Kaiser seit dem 17. zu Mainz wußte, ist auffällig. Indessen, wenn der König bei seiner Abreise die 2500 Mann seiner verfügbaren Reiterei gestellt hätte, wie das Bündniß und die Ehre es ihm zur Pflicht machten, so würde sein Schritt einen andern Charakter gehabt haben. Wird diese Reiterei Oesterreich bewaffnet durchziehen, während man den französischen Truppenkörper für den Fall seines Durchzuges entwaffnen will? Will er, wie Preußen, auf Rußlands Seite treten? Will er Oesterreich nachahmen und parteilos bleiben? Aber Oesterreich hält noch Maß, indem Herr von Metternich nach Ihrem Briefe vom 17. April die Erklärung abgibt, daß er das vom Generale von Frimont befehligte Hülfsheer als dem Kaiser zu Befehl stehend betrachte.

Kann der König von Sachsen, welcher als solcher Mitglied des Rheinbundes und Polens Oberhaupt, auch Bundesgenosse ist, dadurch daß er parteilos bleibt, die Last seines Landes zu erleichtern hoffen? Werden die Russen und Preußen, wenn sie dahin kommen, seine Parteilosigkeit achten? Wird er bewirken, daß die nach Sachsen zurückkehrenden Franzosen es räumen? Ein anderer Umstand verwickelt die auf Sachsens Benehmen sich beziehenden Verhältnisse noch mehr. Die Könige und Fürsten des Rheinbundes schreiben, daß zu Torgau ein Vertrag unterzeichnet ward, wonach die Uebergabe dieses

Platzes erfolgen soll, falls er nicht binnen sechs Wochen entsetzt sei. Man versichert, daß der wiener Hof mit Sachsen hinsichtlich des Truppenkörpers des Fürsten Poniatowski eine Uebereinkunft getroffen habe. Konnte Sachsen eine solche Verständigung eingehen, und durfte es sie geheim halten?

Unter diesen Umständen, Herr Graf, werden Sie fühlen, daß es dem Kaiser ebenso sehr daran liegt, Oesterreichs Pläne, als Sachsens Ansichten kennen zu lernen. Der Kaiser beklagt den König von Sachsen, welcher in dieser Angelegenheit das Opfer eines ränkevollen Beichtvaters ist. Kann die Sache wieder ausgeglichen werden, so ist Se. Majestät hierzu geneigt. Schonen Sie also den König von Sachsen, wenn Sie über seine Verhältnisse sprechen.“ [1])

Diese Schonung wurde beobachtet, weil Napoleon die, durch den Erfolg auch gerechtfertigte Hoffnung hegte: den König beim Bündnisse festzuhalten.

Da das österreichische Cabinet das Hülfsheer nicht zu Napoleon's Verfügung zu stellen entschlossen war, so suchte es denselben durch neue Versicherungen seiner Ergebenheit zu besänftigen. Den, dem österreichischen Hülfsheere zugeordneten Truppen stände es ja frei, sagte Metternich, die Russen auf ihre eigene Hand zu bekämpfen, oder auf österreichisches Gebiet sich zurückzuziehen. Nicht blos das französische Bataillon, sondern auch die polnischen und sächsischen Truppen sollten die Erlaubniß erhalten, ohne entwaffnet zu werden, nach Sachsen durchzumarschiren. Für ihre diesfallsige Verpflegung werde gesorgt werden. Sobald der Kaiser Franz erfahren habe, daß der Kaiser Napoleon die Entwaffnung der fraglichen Truppen, als mit seiner kriegerischen Ehre unverträglich, verboten, sei von ihm auf diese, durch das Völkerrecht gebilligte Form freiwillig verzichtet worden.

Die Haltung, welche das österreichische und französische Cabinet seitdem gegeneinander beobachteten, zeigte, daß beide es für zweckmäßig hielten, zur Zeit einen offenen Bruch zu vermeiden; allein daß beide wußten, was sie, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse einträten, voneinander zu erwarten hätten.

---

[1]) De Norvins, I, 231.

Neunter Abschnitt.

Die Schlachten von Lützen und Bautzen. Napoleon's Versuch, sich ohne Oesterreichs Vermittelung mit Rußland zu verständigen, mislingt. Die Coulaincourt diesfalls ertheilten Verhaltungsbefehle. Oesterreich bemüht sich den Frieden zu vermitteln, und bestimmt durch seine Haltung Napoleon zum Abschlusse eines Waffenstillstandes.

Am 2. Mai kam es zwischen dem preußisch-russischen Heere und den Franzosen bei Lützen zum blutigen Kampfe. Der trefflich entworfene Angriffsplan der Verbündeten, welcher darin bestand, den auf dem Marsche befindlichen Feind durch Werfung seines rechten Flügels zu schlagen, wurde in verspäteter, mangelhafter Weise ausgeführt, sodaß es dem Kaiser der Franzosen gelang 115000 Mann seiner Truppen gegen die Verbündeten ins Feld zu führen, welche nur 69000 Mann zählten. Gegen eine solche, von einem Feldherrn wie Napoleon befehligte Uebermacht, die noch dadurch erhöht wurde, daß der Angriff auf das verbündete Heer geschah, ehe es vollständig auf dem Schlachtfelde beisammen war, vermochte auch die aufopferndste Tapferkeit nicht den Sieg zu erringen. Zwar eroberten die Verbündeten fünf bespannte Kanonen und machten 800 Gefangene, während den Franzosen nur zwei zerschossene Kanonen und Schwerverwundete in die Hände fielen, auch war der Verbündeten Menschenverlust geringer, als derjenige der Franzosen, denn die Preußen verloren an Todten und Verwundeten 8000, die Russen 2000, die Franzosen aber 15000 Mann; aber trotzdem konnten die Verbündeten wegen der großen Ueberzahl des feindlichen Heeres nicht daran denken am andern Tage den Kampf zu erneuern, sondern mußten sich über die Elbe zurückziehen, sodaß ganz Sachsen binnen acht Tagen wieder in Napoleon's Händen war.

Der König von Sachsen, welcher sich zu Prag befand, erhielt nun von Napoleon die Aufforderung: bei Verlust seiner Krone unverzüglich nach Dresden zurückzukehren, und Land und Heer ihm zur Verfügung zu stellen. Da Oesterreich sich jeder entscheidenden Erklärung enthielt, so gehorchte der König. Außerdem büßte er durch Zahlung von zwei Millionen Thalern die ohne Napoleon's Erlaubniß unternommene Reise und den Versuch eine andere, als die von diesem ihm vorgeschriebene Politik zu befolgen. Napoleon fand es übrigens seinem Vortheile gemäß sich so zu stellen, als ob er den König von Sachsen für seinen treuesten Verbündeten halte und deshalb den Unterthanen desselben die, für seine Feinde gezeigten Sympathien verzeihe. Als Friedrich August am 12. Mai, umgeben von seinen schönen Reiterregimentern, nach Dresden zurückkehrte, empfing ihn Napoleon mit großem kriegerischen Gepränge vor den Thoren der Stadt, und umarmte ihn wie einen lang entbehrten Freund. Hierauf richtete er an die Abgeordneten des dresdener Stadtraths, welche ihren König bewillkommten, folgende, später an den Straßenecken angeschlagene Worte:

„Liebet euern König, seht in ihm den Retter Sachsens. Wäre er seinem Worte weniger getreu, wäre er nicht ein so redlicher Bundesgenosse gewesen, hätte er sich in die Meinungen Rußlands und Preußens verstricken lassen, so wäre Sachsen verloren gewesen. Ich würde es als ein erobertes Land behandelt haben. Meine Armee wird nur durch Sachsen durchmarschiren, und ihr werdet bald von den Beschwerden, die ihr jetzt zu ertragen habt, befreit werden. Ich werde Sachsen gegen alle seine Feinde vertheidigen und beschützen." [1])

Diese pomphafte und gutgespielte Scene sollte einen Umschwung in der öffentlichen Meinung besonders bei den sächsischen Truppen herbeiführen, und verfehlte auch für den Augenblick nicht ganz die beabsichtigte Wirkung. Die Verheißung selbst ging nicht in Erfüllung. Sachsen blieb, den ganzen Feldzug hindurch, der Schauplatz des Krieges, — welcher ebenso auf ihm lastete, als hätte Napoleon es als feindliches Land behandelt. Die französische Bundesgenossenschaft aber sollte der König später noch weit härter büßen.

In Wien machte die Nachricht von dem Siege Napoleon's bei Lützen einen um so stärkern Eindruck, als die ersten Nachrichten den Sieg dem verbündeten Heere zugeschrieben hatten. Sie bewirkte jedoch nur, daß man von der Regierung verlangte: sie solle sich sofort für die Verbündeten erklären, damit die Gelegen-

---

[1]) Lebensbilder, Abth. 2, S. 199. Pertz, III, 668 fg. Thiers, XV, 415 fg.

heit nicht verscherzt werde: Europa vom französischen Joche zu befreien.

Graf Metternich aber äußerte gegen den französischen Gesandten: er habe auf Siege Napoleon's gerechnet, denn um einen annehmbaren Frieden zu ermöglichen wären sie nothwendig, indem erst hierdurch die Verbündeten dazu vermocht werden würden: zwei Drittel von demjenigen fallen zu lassen, was sie bisher als Friedensgrundlagen bezeichnet hätten. Die Gerechtigkeit des Restes ihrer Forderungen aber sei unbestreitbar, und Oesterreich dürfe unter den obwaltenden Umständen die Ausübung seiner Vermittlerrolle keinen Augenblick länger verschieben, sondern werde den Grafen Bubna in das französische Hauptquartier, den Grafen Stadion aber in dasjenige der Verbündeten absenden. Letzterer, als ein hervorragendes Mitglied der Kriegspartei gegen Frankreich, werde leichter, als irgendein anderer bei den Verbündeten seinen Anträgen Annahme verschaffen können.

Das österreichische Cabinet dachte also nicht mehr daran, von Napoleon sich die Friedensgrundlagen endlich bezeichnen zu lassen, wie es früher sein diesfallsiges Verlangen ausgesprochen hatte, sondern kam auf diejenigen zurück, welche es gegen dessen Gesandten schon wiederholt als unerläßlich für einen dauerhaften und ehrenvollen Frieden bezeichnet hatte, indem es deren Billigung von Seiten des Kaisers der Franzosen ohne weiteres voraussetzte. Freilich ließ Napolon's fortwährendes Schweigen über diesen Punkt, Oesterreich gegenüber, und seine Rede im gesetzgebenden Körper das Gegentheil vermuthen. Die Annahme schien gerechtfertigt, daß die Bedingungen, unter welchen er Frieden zu schließen bereit war, für einen noch kampffähigen Gegner unannehmbar seien, und er dies selbst fühle. Allein für Oesterreich war nun der Zeitpunkt gekommen es nicht länger mehr zu verhehlen, daß es den Frieden nur unter jenen Bedingungen vermitteln wolle, welche es dem französischen Cabinete so oft schon vergeblich zur Annahme empfohlen hatte. Sie bestanden: in der Auflösung des Großherzogthums Warschau und dessen Vertheilung unter Preußen, Oesterreich und Rußland; in der Wiederherstellung Preußens durch diese Maßregel, sowie durch die Zutheilung einiger deutschen Landstriche an dasselbe; in dem Aufhören des Rheinbundes und der Verzichtleistung Frankreichs auf die hanseatischen Departements. Ueber Holland, Italien und Spanien sich mit England zu verständigen, wolle man dem Kaiser der Franzosen

überlassen, da es jetzt vor allem darauf ankomme, den Frieden auf dem Festlande zu Stande zu bringen, wenn derselbe auch zur See noch nicht zu bewirken sei. Endlich forderte Oesterreich für sich noch die Zurückerstattung der illyrischen Provinzen.

Als der österreichische Minister dem französischen Gesandten diese Friedensgrundlagen von neuem bezeichnete, äußerte letzterer zwar wiederholt, daß Napoleon durch selbige in seinem Siegeslaufe sich nicht aufhalten lassen, sondern sie verwerfen werde. Ersterer aber blieb dabei sie als unerläßlich zu bezeichnen, als solche, welche das geringste Maß der, den Verbündeten zu machenden Zugeständnisse enthielten, und stellte sich als ob er glaube: Napoleon sei gemäßigter, als man ihn erscheinen lassen wolle.

Diesen versetzte jedoch die Mittheilung von Oesterreichs Auffassung seiner Vermittlerrolle in großen Zorn. Er sah nun ein, daß er sich in der Annahme geirrt habe, Oesterreichs Beistand zur Zertrümmerung Preußens mit den, ihm dafür angebotenen Gebietsvergrößerungen erkaufen zu können, indem dasselbe weise genug war einzusehen, daß eine derartige Vergrößerung seine Abhängigkeit von Napoleon nur vermehren und dauernder machen würde. Am meisten ärgerte er sich darüber, daß er sich von Metternich habe verleiten lassen: das österreichische Cabinet zur Uebernahme der bewaffneten Friedensvermittelung aufzufordern, weil er es hierdurch selbst in den Stand gesetzt hatte, die Erfüllung seiner bisherigen Bundesverpflichtungen mit der Ausübung des ihm übertragenen Vermittleramtes für unvereinbar zu erklären. Er, welcher auf die Siege seiner Politik ebenso stolz war, als auf diejenigen, die er seinem Feldherrngenie verdankte, war überlistet, mit denselben diplomatischen Waffen besiegt worden, welche er oft zu gleichem Zwecke und mit gleichem Erfolge angewendet hatte. Dies dünkte ihm unerträglich, und erregte in ihm das Verlangen sich zu rächen. Ein Zufall trug dazu bei dasselbe noch zu steigern. In Dresden hatte man einen Eilboten des Grafen Stackelberg, welcher Rußland in Wien vertrat, aufgefangen. Aus den ihm abgenommenen Depeschen, welche an den Grafen Nesselrode gerichtet waren, erhellte, daß Metternich den Russen und Preußen noch lebhaftere Freundschaftsversicherungen, als dem französischen Cabinete gemacht hatte. Daß Oesterreich nicht sofort mit allen seinen Streitkräften auf die Seite der Verbündeten trete, hatte er mit den Rücksichten entschuldigt, welche der Bundesvertrag vom 14. März 1812 und die Verschwägerung der beiden Kaiserhäuser, sowie die Gefahr eines Krieges mit Frankreich erforderten,

namentlich so lange seine Rüstungen noch nicht vollendet wären. Offen würde es sich für die Verbündeten erklären, sobald es dies mit Sicherheit thun könne. Seine Herzensergießungen, welche jedoch geschrieben waren, bevor der Ausgang der Schlacht bei Lützen in Wien bekannt war, schloß der österreichische Minister mit dem Versprechen: er würde, selbst wenn er mitten in der Nacht Depeschen erhielte, ihn wecken lassen, um sie ihm mitzutheilen.

Größere Zuvorkommenheit konnte man in der That nicht von einem Minister erwarten, welcher öffentlich für einen standhaften Vertheidiger des französischen Bündnisses galt. Hierzu kam noch, daß ein Brief des Königs von Sachsen an den General Thielmann in Napoleon's Hände gefallen war, worin dem letztern anbefohlen wurde: für den Fall eines siegreichen Vordringens der Franzosen bis zur Elbe die Festung Torgau weder diesen, noch den Russen zu öffnen. Auch diesen Befehl schrieb Napoleon mit Recht der Einwirkung Metternich's auf den König Friedrich August zu, welchen derselbe für die österreichische Vermittelungspolitik zu gewinnen versucht hatte.

Napoleon faßte daher den Entschluß von Oesterreichs Vermittelung abzusehen, es mit höflicher Zurückhaltung zu behandeln, und von ihm nichts zu verlangen, sondern, wie ihm schon früher von Talleyrand, Caulaincourt und Cambacérès gerathen worden war, eine unmittelbare Verständigung mit Rußland, ja sogar mit England zu versuchen. Jenes wollte er durch Verzichtleistung auf das Großherzogthum Warschau, dieses durch theilweise, oder auch gänzliche Ueberlassung Spaniens gewinnen, nachdem er zuvor dem russisch-preußischen Heere eine entscheidende Niederlage würde beigebracht haben. Oesterreich und Preußen würden dann seiner Willkür anheimgefallen, und er in den Stand gesetzt worden sein, dieses aus der Reihe der deutschen Staaten verschwinden zu lassen, jenes für seine Unzuverlässigkeit zu züchtigen. War er einmal genöthigt Opfer zu bringen, so wollte er mit ihnen wenigstens die Genugthuung der Rache erkaufen, denn das Streben Oesterreichs und Preußens nach Unabhängigkeit betrachtete er als ein, an seiner Herrschergewalt begangenes unverzeihliches Verbrechen.

In die Beseitigung des thatsächlich gar nicht mehr bestehenden Großherzogthums Warschau ausdrücklich einzuwilligen, kostete ihm, da die Niederlage in Rußland ihre unabwendbaren Folgen haben mußte, keine allzu große Ueberwindung, weil er die Wiederherstellung

Polens nie ernstlich beabsichtigt, sondern ihre Verheißung nur als ein Mittel zur Erreichung seiner Zwecke betrachtet hatte.

Was Spanien anbetraf, so war ihm der Gedanke auf dasselbe zu verzichten, und nur die baskischen Provinzen Navarra, Catalonien und Aragonien mindestens bis zum Ebro zu behalten (wie Karl der Große die spanische Mark besessen hatte) schon früher nicht fremd geblieben, nachdem er sich von dem unversöhnlichen Hasse der Spanier gegen einen französischen Herrscher überzeugt hatte, auch der ungeheueren, und zur Bezwingung dieses Landes dennoch ungenügenden Opfer müde geworden war. Konnte aber der Friede mit England auf keine andere Weise erlangt werden, so war er entschlossen ganz Spanien hinzugeben.

In den zahlreichen Depeschen, welche er, seitdem diese Politik von ihm erwählt worden war, an seinen Gesandten in Wien abgehen ließ, war dieselbe ausführlich entwickelt. Graf Narbonne war aber ein zu guter Diplomat, als daß er in seinem Verkehre mit dem österreichischen Cabinete von dieser Sinnesänderung seines Herrn etwas hätte verlauten lassen. [1])

Am Abende des 16. Mai, als Napoleon bereits im Begriff war sich an die Spitze seines Heeres zu stellen, um den Verbündeten, welche ihn bei Bautzen in einer festen Stellung erwarteten, eine neue Schlacht zu liefern, kam Graf Bubna mit einem Briefe des Kaisers Franz an seinen Schwiegersohn in Dresden an. Derselbe schrieb ihm unter dem 11. Mai aus Wien in folgender Weise:

„Mein Herr Bruder und theuerster Schwiegersohn! Ich sende den Grafen von Bubna zu Ew. kaiserl. Majestät in dem wichtigsten Augenblicke, welcher sich für unsere Reiche darbieten kann. Bei einem solchen Zeitpunkte nehme ich das vollständigste Vertrauen in Anspruch. Ich habe mich beeilt Sie, mein Herr Bruder, durch einen Brief vom 26. April zu benachrichtigen, daß ich unverzüglich einen entscheidenden Schritt bei den Mächten thun würde, um sie zu schließlichen Erklärungen über die Art und Weise einer allgemeinen Verständigung zu bewegen. Ich habe soeben den Grafen Stadion ins russische und preußische Hauptquartier gesendet. Für diese Sendung habe ich den lange vorher gesehenen Augenblick abwarten zu müssen geglaubt, wo ein erstes Treffen viele Leidenschaften gedämpft, viele Hirngespinnste beseitigt haben würde. Dieser Augenblick ist gekommen, und Ew. Majestät hat nun die günstigste Gelegenheit infolge einer glänzenden Kriegsthat der Welt den Frieden zu geben.

Ich habe bei dem russischen und preußischen Cabinete anfragen lassen, worin ihre Forderungen bestehen. Ich werde selbige unverzüglich zur Kenntniß Ew. kaiserl. Majestät bringen. Der Graf von Bubna ist beauftragt

---

[1]) Mémoires d'un homme d'état, XII, 153 fg. Thiers, XV, 422 fg.

Deren Blick auf einige Punkte zu lenken, von denen ich glaube, daß sie vor allen einer Verständigung zur Grundlage dienen müssen, und über welche ich besonders mich mit Ihr zu vernehmen wünsche. Wenn Ew. Majestät meine Ideen mit jener Unparteilichkeit erwägen will, welche bei jeder dauerhaften Uebereinkunft vorwalten muß, so ist es unmöglich, daß Sie sich nicht davon überzeuge: der Vermittler sei Ew. Majestät Freund, welcher, ohne einen unangemessenen Gesichtspunkt zu theilen, eine Sache aufrecht zu halten bereit ist, von der es schwer wäre sie nicht ebenso für französisch anzusehen, als dieselbe Rechte auf allgemeine Sympathien hat, indem sie zur Herstellung der Ruhe wirklich Gelegenheit bietet.

Wenn Ew. Majestät meine Anstrengungen mit jener Mäßigung unterstützt, welche Ihre Regierung den ruhmvollsten an die Seite stellen, und Ew. kaiserl. Majestät die glücklichste Zukunft sichern würde, indem sie die Herrscherfamilie, welche Sie gegründet, und die sich mit der Meinigen verschmolzen hat, auf unerschütterliche Grundlagen stellt, so werde ich mir Glück wünschen zu einem so heilsamen Werke beigetragen zu haben. Der Graf von Bubna wird Ew. kaiserl. Majestät sagen, daß ich, wenn eine Unterhandlung unter Aussichten eröffnet werden kann, welche einen glücklichen Erfolg hoffen lassen, mich sofort meiner Landesgrenze nähern werde, um so viel, als möglich die Entfernung abzukürzen, und dadurch eine der Schwierigkeiten zu heben, welche einer schnellen Verständigung unter den Höfen sich entgegenstellen könnten.

Ew. Majestät sieht, daß ich Ihr die gegenwärtigen Erklärungen nicht durch einen Unterhändler übersende. Sie hat den Grafen Bubna mit Ihrer Güte beehrt. Ich hielt es für hinreichend meine Ansichten einfach Ihrer Betrachtung zu unterwerfen, und kann nicht zweifeln, daß Sie ihnen Gerechtigkeit zu Theil werden läßt. Ich bitte Sie die Versicherung der aufrichtigsten Anhänglichkeit, sowie der höchsten Achtung anzunehmen, mit denen ich bin, mein Herr Bruder und theuerster Schwiegersohn, Ew. kaiserl. Majestät guter Bruder und Schwiegervater."

Der Kaiser der Franzosen empfing den Grafen Bubna, obschon er ihm persönlich gewogen war, ziemlich ungnädig, und stieß gegen Metternich, von dessen Zweizüngigkeit er Beweise in den Händen zu haben erklärte, Drohungen aus, welche, wären sie diesem hinterbracht worden, ihn aus persönlichen Rücksichten hätten bewegen können, Oesterreichs Parteinahme für die Verbündeten zu befördern. Graf Bubna ließ sich durch den ihm gewordenen unfreundlichen Empfang nicht abhalten: die von Metternich dem französischen Cabinete schon oft empfohlenen Friedensgrundlagen dem Kaiser mündlich zu wiederholen. Napoleon stellte sich, als ob er sie zum ersten Male vernehme, erhob hinsichtlich der Auflösung des Großherzogthums Warschau keine Schwierigkeiten, und gestand in Bezug auf Spanien so viel zu, daß er erklärte, er wolle, um Englands Theilnahme an den Friedensunterhandlungen zu sichern, Abgeordnete der spanischen Centraljunta zu denselben zulassen. Die Aufhebung des Rheinbundes und die Abtretung der hanseatischen Departements wies er jedoch, als mit seiner Ehre unverträglich zurück, gab auch seine Abneigung gegen die Wiederherstellung Preußens, welches ja dann für seinen

Abfall belohnt werden würde, zu erkennen. Jedoch hütete er sich die von Oesterreich als unerläßlich bezeichneten Friedensgrundlagen ein für allemal zurückzuweisen, um dasselbe nicht zum sofortigen Anschluß an die Verbündeten zu veranlassen.

Napoleon's Geneigtheit Unterhandlungen anzuknüpfen, hatte — abgesehen von seinem Vorsatze sich wo möglich mit Rußland zu verständigen — nur darin ihren Grund, daß er zwei bis drei Monate Zeit zu gewinnen wünschte, um seine Rüstungen zu vollenden. Dann glaubte er sich stark genug Europa zur Annahme seiner Friedensbedingungen zu zwingen, welche er, um diesfallsige Verhandlungen nicht zu verhindern, zur Zeit noch nicht gegen Oesterreich ausgesprochen hatte. Auch sollten diese mit einem Waffenstillstande verbundenen Verhandlungen dazu dienen, die Sehnsucht der Franzosen nach Frieden zu beschwichtigen, und den, ihm gemachten Vorwurf zu beseitigen, daß er einen annehmbaren Frieden verwerfe.

Wie er die ihm, durch Bubna gemachten Friedensvorschläge zu diesem Zwecke ausbeutete, erhellt aus dem Artikel, den er hierüber, ehe er Dresden verließ, zur Veröffentlichung im „Moniteur" nach Paris sandte. Derselbe lautete:

„Der Kaiser Napoleon hat die Vereinigung eines Congresses zu Prag für einen allgemeinen Frieden angeboten. Von Seiten Frankreichs würden zu diesem Congresse kommen: die Bevollmächtigten Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, von Dänemark, des Königs von Spanien und aller verbündeten Fürsten; von der entgegengesetzten Seite diejenigen Englands, Rußlands, Preußens, der spanischen Aufständischen und der anderen Verbündeten dieser kriegführenden Masse. In diesem Congresse sollen die Grundlagen eines langen Friedens gelegt werden. Aber es ist zweifelhaft, ob England seine selbstischen und ungerechten Grundsätze dem Urtheile und der Meinung der Welt unterwerfen will, denn es gibt keine, noch so kleine Macht, welche nicht vorher die, mit ihrer Souveränetät verbundenen Privilegien in Anspruch nimmt, welche durch die Artikel des Friedens von Utrecht über die Seeschiffahrt für unantastbar erklärt worden sind.

Weigert sich England aber aus jener selbstischen Gesinnung, worauf seine Politik sich gründet, an diesem großen Werke des Weltfriedens mitzuarbeiten, weil es die Welt von dem Elemente ausschließen will, welches drei Viertel unserer Erdkugel ausmacht, so schlägt der Kaiser nichtsdestoweniger vor, daß alle Bevollmächtigte der kriegführenden Mächte zu Prag sich vereinigen, um den Frieden des Festlandes zu regeln. Se. Majestät bietet sogar für den Augenblick, wo der Congreß gebildet sein wird, einen Waffenstillstand zwischen den verschiedenen Heeren an, damit das Vergießen von Menschenblut aufhöre.

Diese Grundsätze sind mit Oesterreichs Ansichten übereinstimmend. Es bleibt jetzt nur übrig zu sehen, was die Höfe von England, Rußland und Preußen thun werden. Die Entfernung der Vereinigten Staaten von Amerika darf kein Grund zu ihrer Ausschließung sein. Der Congreß könnte immer eröffnet werden, und die Abgeordneten der

Vereinigten Staaten hätten Zeit vor Beendigung der Geschäfte anzukommen, um ihre Rechte und Interessen wahrzunehmen." [1])

Die Versicherung Napoleon's, daß er einen Congreß beantragt habe, um auf lange Zeit einen allgemeinen Frieden zu Stande zu bringen, und das pomphafte Anführen aller Mächte, welche bei demselben angeblich erscheinen würden, ist bezeichnend genug für die Absicht, die er mit dieser Veröffentlichung verband, nämlich Glauben an seine Friedensliebe zu erregen. Dagegen wird durch die Hinzuziehung der Vereinigten Staaten von Amerika, der spanischen Insurgenten, sowie durch andere, später anzugebende Umstände sein Bestreben außer Zweifel gestellt diesen Congreß, und mit ihm den Abschluß eines Waffenstillstandes, so sehr als möglich zu verzögern. Nicht des Friedens wegen, nicht, wie er heuchlerisch versicherte, um ferneres Blutvergießen zu verhüten, war er zur Anknüpfung von Unterhandlungen bereit, sondern um Zeit zu neuen Rüstungen zu gewinnen, nach deren Vollendung das Schlachten der Hekatomben für seine maßlose Herrschsucht in großartigerem Maßstabe erneuert werden sollte.

Am 17. Mai ließ Napoleon den Grafen Bubna noch einmal vor sich, und sprach gegen ihn von seiner Geneigtheit zum Frieden in einer Weise, daß derselbe in freudiger Ueberraschung um die Erlaubniß bat den Grafen Stadion, welcher zur Anbahnung von Friedensunterhandlungen im russischen Hauptquartiere sich aufhielt, hiervon zu benachrichtigen. Napoleon ertheilte sie nicht nur, sondern ließ sich sogar herbei, den Wortlaut von Bubna's Briefe festzustellen. Derselbe lautete:

„Es ist mir sehr angenehm zu der Kenntniß Ew. Excellenz zu bringen, daß der Kaiser der Franzosen, ungeachtet des Glücks, welches sich soeben nur seinen Waffen zugesellt hat, mir zum Frieden geneigt erschienen ist, und den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Bevollmächtigten, welche die kriegführenden Mächte zu ernennen für gut befinden werden, so schnell, als möglich in Prag, oder an einem anderen, zwischen den Hauptquartieren der kriegführenden Mächte liegenden Orte zusammenkommen. Ueberzeugt, daß Ew. Excellenz dieselbe Bereitwilligkeit bei Ihren Majestäten, dem Kaiser von Rußland und dem Könige von Preußen, gefunden haben werde, beeile ich mich Sie, Herr Graf, zu veranlassen Ihr Möglichstes zu thun, daß die Abreise der Bevollmächtigten nach dem Orte des Congresses beschlossen und beschleunigt werde. Se. Majestät hat mir die Ansicht der Verbündeten zu theilen geschienen, sie betrachtet den allgemeinen Frieden als ein Mittel die Welt wirklich zu beruhigen. Sie wird daher mit Vergnügen einen Bevollmächtigten Englands und Amerikas daselbst erblicken. Sie willigt ein einen solchen von Seiten der spanischen Aufständischen zuzulassen, wenn man es für möglich hält, England zum Frieden zu bewegen. Se. Majestät hat

[1]) Moniteur, Nr. 144 vom 24. Mai 1813.

mir in gleicher Weise zu einem Frieden für das Festland, und deshalb zur Absendung von Bevollmächtigten von seiner und der Verbündeten Seite bereit geschienen, sobald man die diesfallsige Geneigtheit Rußlands und Preußens kennt. Ist der Congreß einmal beschlossen, so scheint es mir: der Kaiser werde für den Fall, daß die kriegführenden Mächte einen Waffenstillstand, oder eine Einstellung der Feindseligkeiten abschließen wollten, hierzu ebenfalls die Hand bieten." [1])

Mündlich äußerte Napoleon zu dem Grafen Bubna, daß er zur Abschließung eines Waffenstillstandes bereit sei, nach welchem er sich hinter die Elbe, die Verbündeten aber hinter die Oder zurückzuziehen hätten. Die etwaigen Kriegsereignisse vor Unterzeichnung der diesfallsigen Uebereinkunft sollten hieran nichts ändern. [2])

Dieser Zusatz allein reichte hin, Napoleon's Aufrichtigkeit mehr, als zweifelhaft zu machen, denn niemand, am wenigsten aber er, würde geneigt gewesen sein auf Vortheile zu verzichten, deren Erkämpfung ja dann zwecklos gewesen wäre.

Napoleon's Benehmen gegen Bubna war offenbar darauf berechnet, einerseits Oesterreich glauben zu machen, daß er sich seiner zur Vermittelung des Friedens bedienen wolle, welchen auch er wünsche, andererseits die Verbündeten für die, ihnen noch auf einem anderen Wege zugedachte Benachrichtigung, daß er einen Waffenstillstand wünsche, vorzubereiten, damit die, von ihm beabsichtigte Absendung eines Parlamentärs an den Kaiser Alexander bei dessen Bundesgenossen keinen Verdacht errege.

In dem Antwortschreiben an den Kaiser Franz, mit welchem Graf Bubna nach Wien zurückkehrte, verhehlte Napoleon seinen Groll und seine Unzufriedenheit mit der österreichischen Politik, sowie seinen Plan ihr zu begegnen. Er sprach seine Geneigtheit zum Frieden aus, und versicherte mit anscheinender Herzlichkeit, daß er diesfalls seine Ehre den Händen seines Schwiegervaters anvertraue. Dieselbe sei ihm theurer, als Macht und Leben, und er sei entschlossen lieber mit den Tapferen Frankreichs im Kampfe für sie zu sterben, als durch Annahme von erniedrigenden Bedingungen dem Spotte seiner Feinde sich preiszugeben.

Am 18. Mai, wo Graf Bubna unter mancherlei Gunstbezeigungen von Napoleon verabschiedet wurde, und die schriftlichen Versicherungen von dessen Friedensliebe nach Wien, Paris und ins russische Hauptquartier abgingen, verließ letzterer Dresden, um den Oberbefehl seines, den Verbündeten bereits gegenüberstehenden Heeres zu über-

---

[1]) Fain, I, 393.
[2]) Mémoires d'un homme d'état, XII, 157.

nehmen, und diesen so schnell, als möglich eine Niederlage beizubringen, welche das Gelingen seines Plans zur Sprengung des wider ihn geschlossenen Bündnisses sichere.

Da jedoch etwas geschehen sollte, um die demungeachtet vorhandene Nothwendigkeit die Feindseligkeiten fortzusetzen, augenfällig zu machen, so ließ er bei den Vorposten des russischen Hauptquartieres darauf antragen: den Herzog von Vicenza als seinem Bevollmächtigten zu einer Audienz bei dem Kaiser Alexander zuzulassen.

Statt einer Vollmacht händigte er diesem, seinem Bevollmächtigten, einen von ihm an denselben gerichteten Brief folgendes Inhalts ein, welchen derselbe nöthigenfalls vorzeigen sollte.

„Herr Herzog von Vicenza! Entschlossen alle Mittel zu versuchen, um den allgemeinen Frieden, oder wenigstens den Frieden für das Festland wiederherzustellen, haben wir vorgeschlagen einen Congreß zu versammeln, sei es nun in Prag, oder an einem anderen, zwischen den kriegführenden Mächten liegenden Orte. Wir hoffen, daß dieser Congreß schleunig zur Wiederherstellung des Friedens führen werde, dessen Bedürfniß die Völker so sehr empfinden. Wir haben deshalb beschlossen einen Waffenstillstand, oder eine Einstellung der Feindseligkeiten mit dem russischen und preußischen Heere für die ganze Dauer des Congresses abzuschließen. Indem Wir der Schlacht, welche bei der, von dem Feinde genommenen Stellung bevorzustehen scheint, vorbeugen, und der Menschheit unnützes Blutvergießen ersparen wollen, geht Unsere Absicht dahin, daß Sie sich zu den Vorposten begeben und daselbst verlangen zum Kaiser Alexander zugelassen zu werden, um ihm dies vorzuschlagen, sowie daß Sie alle militärischen Abkommen unterhandeln, abschließen und unterzeichnen, welche die Einstellung der Feindseligkeiten bezwecken. Zu diesem Behufe richten Wir dieses Handbillet in ermächtigender Form an Sie, damit Sie auf Verlangen davon Gebrauch machen können."

Während Napoleon in Hartha die Antwort des Kaisers von Rußland erwartete, dictirte er seinem Großstallmeister Caulaincourt folgenden Verhaltungsbefehl in Bezug auf die fragliche Sendung, von welcher er sich viel versprach:

„Der Herr Herzog von Vicenza wird sich in das Hauptquartier des Kaisers von Rußland begeben, sobald man dessen Antwort kennen wird. Nach den ersten Begrüßungen wird er äußern, ob es nicht Zeit sei darauf bedacht zu sein das Blutvergießen aufhören zu lassen. Er wird des Kaisers Gesinnungen über diesen Punkt erforschen. Wenn sich derselbe dem Frieden günstig zeigt, wird er zur Sache vorschreiten. Er wird von dem Zustande vor dem Kriege und von Frankreichs Hülfsmitteln sprechen. Jeder, der Ehre nachtheilige Friede wäre als schimpflich zu verwerfen. Wahrscheinlich wird diese Verhandlung Aeußerungen gegen Tilsit hervorrufen, und der Kaiser Alexander sich gegen das Herzogthum (Warschau) erklären. Der Friede von Tilsit stützt sich auf das gegen England behufs des allgemeinen Friedens befolgte System. Man ist überzeugt davon, daß der Kaiser Alexander bei Gründung eines dauerhaften Friedens endlich die Nothwendigkeit fühlen werde seiner Flagge Achtung zu verschaffen. Es ist dies ein Recht, welches die kleinsten Staaten aus Anstandsgefühl vertheidigt haben. Wenn man dies nach dem Frieden von Wien für Polen getroffene Abkommen abgesehen von einigen unwichtigen Abänderungen in solcher Fassung angenommen hätte, so würden

die Sachen keine drohende Wendung genommen, und der Krieg nicht stattgefunden haben. Der Kaiser wird diese Gründe leicht widerlegen, indem er stets auf das Grundübel des Herzogthums in Bezug auf Rußland zurückkommen wird. Dies führt natürlich nach vielem Geheimthun und vieler Zurückhaltung auf den zu machenden Vorschlag, nachdem man ihm, falls er nicht annähme, das Versprechen ihn zu verschweigen abverlangt hat.

Der Rheinbund sei durch die Oder begrenzt, indem man von Glogau nach Böhmen eine Linie zieht, welche ungefähr derjenigen entspricht, die einst das neutrale Gebiet bezeichnete. Alle betreffende Orte gehören zum Bunde. Dies würde für Westfalen einen Zuwachs von 1,500000 Seelen geben, Preußen aber um ebenso viel verkleinern. Dasselbe würde jedoch dafür das Herzogthum, Stadt und Gebiet von Danzig mit Ausnahme von 40—50000 Seelen für Oldenburg erhalten. Preußen würde also vier bis fünf Millionen Einwohner, Danzig, Thorn, Modlin, die ganze Weichsel erhalten, Rußland aber eine zweite Grenze, welche es deckte, weil Preußen mit seiner ihm benachbarten Hauptstadt dessen politischem Systeme angehören würde.

Dieser Plan würde Polen auf immer vernichten, und eine große Zwischenmacht gründen. Er würde also für Rußland vortheilhaft sein, und selbst für Preußen, welches bei der Fortdauer des Krieges nur verlieren, nichts gewinnen könne.

Vor dieser Eröffnung hat der Herzog sich zu vergewissern, daß man ohne England unterhandeln wolle; denn je mehr man sich schlage, desto mehr gehe man auf Englands Spiel ein. Möge es nun zu dieser Eröffnung kommen, oder sie als unannehmbar zurückgewiesen werden, so werde es doch dazu führen, daß der öffentliche Zweck seiner Sendung bekannt werde, welcher darin besteht einen Congreß vorzuschlagen, und über Ort und Zeit sich deshalb zu verständigen. Hiervon ist sodann Herr von Stadion vollständig in Kenntniß zu setzen.

Wird der Congreß angenommen, so ist nöthigenfalls eine Note auszutauschen, und vom Waffenstillstande zu sprechen. Ueber dessen Bedingungen sind an diesfallsige Bevollmächtigte bei den Vorposten keine Eröffnungen zu machen, nur im russischen Hauptquartiere hat man sich zu verständigen. Die Bedingungen müßten den Zeitereignissen entsprechen."

Letzteres war freilich mit seiner, nur gedachten mündlichen Aeußerung zum Grafen Bubna unvereinbar, daß etwaige Kriegsereignisse vor Unterzeichnung des Waffenstillstandes an der Bestimmung nichts änderen sollten, nach welcher die Franzosen hinter die Elbe, die Verbündeten hinter die Oder sich zurückzuziehen hätten. Da sich jedoch Napoleon durch schriftliche Verträge nicht für gebunden erachtete, so kümmerte er sich noch weit weniger um den Bruch mündlicher Zusicherungen. Schlug der Versuch fehl den Kaiser von Rußland mit seinen Verbündeten zu entzweien, so erwuchs dem Kaiser der Franzosen doch der in seiner Lage nicht gering anzuschlagende Vortheil: den, des Krieges müden Franzosen durch seine Staatskomödianten das alte, frisch aufgewärmte Gericht von der Friedensliebe Napoleon's und der Unversöhnlichkeit seiner Feinde, welche nur seinen Untergang und Frankreichs Entehrung erstrebten, wieder aufzutischen, indem sie mit gut gespielter Entrüstung auf die

Thatsache hinzeigten, daß sein zu den feindlichen Vorposten gesandter Unterhändler nicht einmal in das Hauptquartier der Verbündeten zugelassen worden, geschweige denn geneigtes Gehör gefunden habe. Seine Verhaltungsvorschriften lauteten ferner:

„Die Hauptsache ist: sich zu sprechen. Sie lassen mich aus dem russischen Hauptquartiere den Inhalt des Gesprächs wissen. Wenn man die Ansichten des Kaisers Alexander kennt, wird man sich schließlich mit ihm verständigen. Meine Absicht übrigens ist: ihm eine goldene Brücke zu bauen, um ihn von Metternich's Ränken zu befreien. Wenn ich Opfer zu bringen habe, so ziehe ich vor, daß sie dem Kaiser Alexander, welcher mich offen bekriegt, und dem Könige von Preußen, für welchen Rußland sich interessirt, zum Vortheil gereichen, als Oesterreich, welches das Bündniß gebrochen hat, und unter dem Titel des Vermittlers das Recht sich anmaßen will: über alles zu verfügen, nachdem es den ihm anstehenden Theil für sich ausgeworfen hat.

Uebrigens braucht der Kaiser von Rußland sich bei dem Kampfe noch nicht als stark betheiligt zu betrachten. Diese Erwägung, welche das Treffen von Lützen nicht beseitigen kann, muß diesen Fürsten geneigt machen, sich mit mir zu verständigen, weil die bevorstehende Schlacht natürlich für beide Theile sehr mörderisch werden wird, und die Russen, falls sie selbige verlieren, das Spiel als besiegte Feinde aufgeben würden, anstatt daß der Kaiser Alexander, wenn er heute unterhandelt und gute Bedingungen für seinen Verbündeten, den König von Preußen, erhält, und zwar ohne Oesterreichs Dazwischentreten, Europa beweisen würde, daß der Friede seinen Anstrengungen, seinen Waffenerfolgen zu danken sei. Auf diese Weise würde er mit Ehren vom Kampfplatze abtreten, und die lützener Scharte brav auswetzen. Alle Ehre dieses Friedens würde dem Kaiser Alexander allein zukommen, während, wenn er sich der Vermittelung Oesterreichs bediente, diese Macht — was auch der Erfolg des Friedens und Krieges wäre — das Ansehen haben würde das Schicksal von Europa in die Wagschale gelegt zu haben. Rußland kann den Marsch des österreichischen Hülfsheeres im vorigen Feldzuge nicht vergessen haben, und dem Kaiser Alexander muß es schmeicheln, den Frieden ohne Beihülfe dieser Macht abschließen zu können, welche, nachdem sie sich in schwierigen Verhältnissen so wenig zuverlässig gezeigt, wegen persönlichen Vortheils die kaum geformten französischen Bundesreihen zu verlassen sich gedrängt fühlt. Endlich muß der Kaiser Alexander mit Freude diese Gelegenheit ergreifen sich für den Einfall der Oesterreicher in Rußland glänzend zu rächen.

So müssen Sie, ohne sich an diesen, oder jenen Theil der Verhaltungsvorschriften zu binden, eine unmittelbare Unterhandlung auf dieser Grundlage anzuknüpfen suchen. Gelangt man einmal zu einer Besprechung, so wird man sich sicherlich verständigen.“ [1])

Man sieht, es war derselbe Plan, an dessen Verwirklichung der Graf von Narbonne in Wien hatte arbeiten sollen, und für dessen Unterstützung dem österreichischen Cabinete Schlesien vergeblich angeboten worden war, nur daß damals das Königreich Sachsen durch die, von Preußen diesseits der Oder abzutretenden Landstriche vergrößert werden sollte. Muthmaßlich hatte der Versuch des Königs

[1]) De Norvins, I, 403—11.

Friedrich August: in Verbindung mit Oesterreich für die Vermittelung des Friedens thätig zu sein, Napoleon zu dem Entschlusse bestimmt, Westfalen statt Sachsen zu vergrößern, Schlesien aber dem neu zu bildenden polnisch-deutschen Staate zu lassen, theils um sein Anerbieten annehmlicher zu machen, theils weil er kein Interesse mehr hatte über Schlesien zu Gunsten eines angrenzenden Staates zu verfügen. Später, als er von Sachsen aus, und mit dessen Beistande wiederholte Versuche machte Berlin durch seine Unterfeldherren zu erobern, kam er auf seine ursprüngliche Idee zurück, jenes mit den preußischen Ländern bis zur Oder zu vergrößern, und stellte sie, um den Eifer der sächsischen Truppen zu vermehren, als Siegespreis hin. Ob aber Sachsen, oder Westfalen in deren Besitz kam, der Hauptzweck: eine Verstärkung des Rheinbundes und die Vernichtung des deutschen Staates Preußen wurde in jedem Falle erreicht. Napoleon war es sich bewußt Preußen zu empfindlich verletzt zu haben, um je auf dessen aufrichtige Bundesgenossenschaft zu rechnen. Dem Könige Friedrich Wilhelm wurde zugemuthet seine Stammlande abzutreten mit Berlin, seiner Hauptstadt, wo vor einem Vierteljahrhunderte noch Friedrich der Große geherrscht, und durch seine siegreiche Beendigung eines, mit den meisten und vornehmsten Staaten des europäischen Festlandes geführten Krieges, wie durch seine staatskluge und unübertroffene Regierung im Frieden die bewundernden Blicke seiner Zeitgenossen auf sich gezogen hatte. Der König von Preußen sollte mit der ruhmvollen Geschichte seines Hauses und seines Volkes brechen, und dafür vier bis fünf Millionen Polen zu widerwilligen Unterthanen erhalten, natürlich nur auf so lange, als es Napoleon gefiel diese seine willkürliche Schöpfung fortbestehen zu lassen.

Wie derselbe aber sich schmeicheln konnte den Kaiser Alexander zu einem Frieden mit solchen Grundlagen zu bestimmen ist kaum begreiflich, und zeugt von derselben leidenschaftlichen Selbstverblendung Napoleon's, welche Metternich in den Stand setzte sich von ihm den Weg bahnen zu lassen, auf dem er zu dessen Feinden überging. Selbst eine vollständige Niederlage des russisch-preußischen Heeres hätte dies nicht bewirkt, sondern nur die offenbare Unmöglichkeit ferneren Widerstand zu leisten. Daß der Kaiser von Rußland dem Könige von Preußen, als er vor einigen Wochen erst sich mit ihm verband, Ersatz des im Frieden zu Tilsit Verlorenen versprochen haben werde, konnte Napoleon ebenso gut voraussetzen, als daß ersterer selbst, nach Erfolgen wie der Feldzug von 1812 sie ihm gewährt

hatte, auf Gebietsvergrößerung Anspruch mache. Nichtsdestoweniger erwartete er: derselbe werde sein kaum gegebenes Wort brechen, und seinen Verbündeten zu einem schimpflichen und selbstmörderischen Gebietstausch nöthigen, ohne irgendeinen wesentlichen Vortheil dabei zu erhalten. Denn die Entschädigung des ihm verwandten Herzogs von Oldenburg, und die mehr dem Scheine, als dem Wesen nach erfolgende Umgestaltung des ihm unbequemen Großherzogthums Warschau konnten nicht maßgebend sein. Dem politischen Systeme Rußlands hätte der neue Staat nur insofern angehört, als letzteres fortwährend bedacht gewesen wäre, denselben sich einzuverleiben. Dieser Umstand aber hätte den neuen Staat und seinen Herrscher, um dieser Einverleibung vorzubeugen, genöthigt in Rußlands politischem Gegner einen Schutzherrn zu suchen. Außerdem bestand der überwiegende Theil der Bevölkerung aus Polen, welche, Rußland feindlich gesinnt, stets geheime Verbündete in den russischen Polen, ihren ehemaligen Landsleuten, gesucht und gefunden haben würden. Hätte Napoleon Alexander'n das Großherzogthum Warschau selbst als Friedenspreis geboten, so konnte er mindestens darauf rechnen, daß dies verführerische Anerbieten in Erwägung gezogen worden wäre, obschon der russische Kaiser wol auch dann dasselbe ebenso zurückgewiesen haben würde, als Oesterreich den ihm für seine Unterstützung gebotenen Lohn. Denn theils hatte Napoleon Alexander's Stolz tief gekränkt, und in ihm den Wunsch nach Rache hervorgerufen, theils war derselbe einsichtsvoll genug, um zu begreifen, daß gleich günstige Umstände zur Brechung der französischen Herrschaft auf dem Festlande schwerlich je wieder eintreten dürften. Einen jetzt abgeschlossenen Frieden würde — dies konnte seinem Scharfblicke nicht entgehen — früher, oder später ein neuer Krieg gefolgt sein; denn ein solcher war unvermeidlich, wenn er sich künftig nicht jeder Forderung des nach Befriedigung seiner Rache dürstenden Kaisers der Franzosen fügte, ein Krieg, welcher aller Wahrscheinlichkeit nach schließlich doch noch Rußlands Vasallenthum herbeigeführt hätte. Moskau, die alte Hauptstadt Rußlands, wäre umsonst den Flammen, Hunderttausende seiner tapfersten Krieger umsonst auf den Schlachtfeldern und Schneegefilden Rußlands geopfert, und alle bisherigen Siege umsonst erfochten gewesen. Alexander hätte bei einer so schmählichen Beendigung des so ruhmvoll begonnenen Kampfes mit dem Zwingherrn Europas nicht blos das Ziel seines Strebens: statt des von ihm gehaßten Emporkömmlings selbst die Geschichte des Welttheils zu lenken, für immer verfehlt, sondern würde sogar bei einem den

russischen Nationalstolz so tief verwundenden Ausgange muthmaßlich das schreckliche Ende seines Vaters Paul getheilt haben.

Der Kaiser von Rußland handelte also nur seinem wohlverstandenen Vortheile gemäß, als er jenen Versuch Napoleon's sich mit ihm besonders zu verständigen, ohne weiteres zurückwies, und es erscheint wunderbar, daß dieser die politischen Verhältnisse und die auf sie einwirkenden Dinge so verkennen konnte, um an einen günstigen Erfolge der Sendung Caulaincourt's zu glauben. Die Lebhaftigkeit seines diesfallsigen Wunsches war die Ursache seiner Verblendung. Doch zeigt die Umständlichkeit, mit welcher er Caulaincourt anempfahl auf die Eitelkeit und Empfindlichkeit des Kaisers von Rußland einzuwirken, daß er die von ihm demselben vorgeschlagenen Friedensbedingungen an und für sich nicht eben für verführerisch hielt. Auch verräth der Ton, in welchem er von einer mit dem Kaiser zu treffenden Verständigung spricht, daß er wol bereit gewesen wäre bedeutendere Zugeständnisse zu machen, wenn er diesen dadurch hätte bewegen können ihm gegen die übrigen europäischen Mächte freie Hand zu lassen.

Darin hatte Napoleon allerdings Recht, daß der Versuch seines Unterhändlers: eine Privataudienz von Alexander zu erhalten, nur vor der sich vorbereitenden Schlacht gelingen konnte, weil der Kaiser, war er siegreich, seinen Sieg verfolgt haben würde, im entgegengesetzten Falle aber Oesterreichs, Napoleon so unangenehme Vermittelung nicht zu vermeiden war. Caulaincourt war allerdings mehr, als jeder andere geeignet sich Gehör zu verschaffen, denn während der Zeit, wo er als französischer Gesandter am russischen Hofe weilte, hatte er Alexander's Gunst in hohem Grade erlangt. Je mehr aber deshalb die Vermuthung gerechtfertigt erschien: seine Sendung habe den Zweck unter Vorspiegelung eines Waffenstillstandes zwischen Frankreich und Rußland ohne Oesterreichs Vermittelung eine Aussöhnung zu bewirken, desto weniger durfte Alexander die beantragte besondere Unterredung gewähren, denn er würde hierdurch den Verdacht des österreichischen Cabinets erregt haben, als sei er geneigt sein gegebenes Wort zu brechen, nach welchem er nur unter dessen Vermittelung Frieden schließen wolle. Dies eben war es hauptsächlich, was Napoleon beabsichtigte. Durch Erregung von Mistrauen sollte der ihn bedrohende Bund der Großmächte gesprengt werden. Deshalb schärfte er es Caulaincourt wiederholt ein: eine Unterredung mit dem Kaiser Alexander sich zu verschaffen. Dieser bemerkte aber recht

wohl den Fallstrick, und theilte deshalb dem Könige von Preußen und den, im Hauptquartiere befindlichen Bevollmächtigten Oesterreichs und Englands Caulaincourt's Gesuch und dessen angeblichen Zweck sofort mit. Nach gemeinschaftlicher Berathung, welche in der Nacht vom 19. zum 20. Mai stattfand, erhielt Graf Nesselrode den Auftrag, dieses Gesuch abzulehnen. Er that es in nachstehendem, unter dem 20. Mai ausgestellten Briefe:

„Se. Majestät der Kaiser hat soeben die Ankunft Ew. Excellenz bei den Vorposten erfahren. Wie groß auch das Vergnügen Sr. kaiserl. Majestät sein würde Sie wieder zu sehen, und Ihnen die Gesinnungen auszudrücken, welche sie Ihrer Person bewahrt hat, so bedauert sie doch, daß die Umstände, in welchen sie sich befindet, sie verhinderen Sie in ihr Hauptquartier zuzulassen. Nach ihrem Befehle muß ich Sie ersuchen durch Vermittelung des österreischen Cabinets ihr die Mittheilung zukommen zu lassen, mit welcher Ew. Excellenz beauftragt ist. Se. Majestät der Kaiser, welcher die angebotene Vermittelung des wiener Hofes angenommen, hat demselben den Zweck seiner gegenwärtigen Anstrengungen und seine Ansicht über die Fragen mitgetheilt, die unter den obwaltenden Umständen angeregt werden könnten. Nur auf diesem Wege würde es ihr also möglich sein irgendeine Eröffnung zu empfangen, welche Ihr Hof etwa ihm zu machen hat.“

Durch ein, unter dem 21. Mai ausgestelltes, nur wenige Worte enthaltendes Schreiben benachrichtigte jedoch Graf Nesselrode den Herzog von Vicenza, daß die Eröffnung des Gefechts die Absendung jenes beigeschlossenen Briefes verhindert habe. Das wirkliche Sachverhältniß war, daß man es hatte darauf ankommen lassen wollen, ob Napoleon angreife, oder nicht? War es demselben Ernst mit seiner Betheuerung Unterhandlungen zur Vermeidung ferneren Blutvergießens anzuknüpfen, so brauchte er nur den Angriff auf der Verbündeten Stellung, welche lediglich auf Vertheidigung berechnet war, zu unterlassen und sich der von beiden Seiten genehmigten österreichischen Vermittelung zu bedienen. Handelte er anders, so war es offenbar, daß seine gezeigte Bereitwilligkeit zu friedlicher Verständigung eine erheuchelte war, und Caulaincourt's Sendung einen anderen Zweck hatte, als einen annehmlichen Frieden auf dem Festlande herzustellen. Solche Erwägungen hatten die Handlungsweise der Verbündeten bestimmt.

Bei dem Umstande, daß das französische Heer 148000, das preußisch-russische blos 98000 Mann zählte, konnten die Verbündeten im glücklichsten Falle nur erwarten ihre, durch Verschanzungen befestigte Stellung gegen Napoleon's Angriffe zu behaupten, ja selbst dies wurde dadurch unwahrscheinlich, daß die Umgehung derselben bei einer solchen Uebermacht zu fürchten war. Dennoch hatten sie

den festen Entschluß gefaßt, nicht ohne hartnäckigen Kampf zurückzuweichen. Denn theils wollten sie der Welt beweisen, daß sie trotz des Rückzuges von Lützen und des prahlerischen französischen Siegesberichts recht wohl im Stande seien schon jetzt den Franzosen wieder die Spitze zu bieten, theils konnten sie das preußische Gebiet dem Feinde, nicht ohne hierzu genöthigt zu sein, preisgeben. Dies würde das Heer entmuthigt, und Oesterreich wol die Lust benommen haben sich Bundesgenossen zu wählen, denen alles Selbstvertrauen fehlte, ohne welches der Sieg nicht denkbar ist. Nur dürfte es zweckmäßiger gewesen sein, wenn die Verbündeten in derjenigen Stellung, welche sie am 20. Mai innehatten, und in der die Einleitung zur Hauptschlacht stattfand, diese selbst geliefert hätten. Denn sie war nicht so ausgedehnt, wie die zweite hinter Bautzen liegende, welche eine Linie von drei Stunden bildete, und zu einer erfolgreichen Vertheidigung weit größere Streitkräfte erforderte, als die Verbündeten besaßen. Auch hätten die hohen Ufer der Spree und die zur Abwehr wohlgelegene Stadt nebst dem Schlosse Ortenburg den Franzosen schwerer zu überwindende Hindernisse dargeboten, als die zum eigentlichen Kampfplatze ausgesuchten befestigten Höhen, und Ney, welcher am folgenden Tage die Schlacht durch sein Erscheinen in der Flanke der Verbündeten entschied, war noch nicht zur Stelle.

Der zweitägige Kampf war äußerst blutig und kostete den Verbündeten an Todten und Verwundeten gegen 12000 Mann, den Franzosen aber mehr, als doppelt so viel, ohne daß diese durch den Sieg mehr, als die Behauptung des Schlachtfeldes und den Rückzug der Verbündeten errangen.

Napoleon rief deshalb auch zornig aus: „Was! nach einem solchen Gemetzel keine Erfolge, keine Gefangene? Diese Menschen werden mir nicht einen Nagel lassen!"[1]) Vergeblich stellte er sich, um noch Siegeszeichen zu erlangen, an die Spitze der verfolgenden Truppen. In den Nachtrabsgefechten am 23. Mai bei Reichenbach verlor er vielmehr den General Bruyères, einen seiner besten Reiterführer, und bei Markersdorf wurden in seiner Nähe der Großmarschall Duroc, sein persönlicher Freund, und der General Kirchner von derselben Kanonenkugel getödtet. Am 26. Mai aber erlitt die Division Maison bei Hainau einen empfindlichen Verlust, und würde kaum der Vernichtung entgangen sein, wenn die Verbündeten nicht den Angriff übereilt hätten.

---

[1]) v. Plotho, I, 119 fg. Richter, I, 229. Fain, I, 421.

Ohne der inzwischen geschlagenen zweitägigen blutigen Schlacht zu erwähnen, richtete Graf Stadion unter dem 20., in Wirklichkeit aber am 22. Mai ein Schreiben an den Majorgeneral Berthier, in welchem er sagte:

„Der Herr General Graf von Bubna hat mich durch einen Brief vom 18. d. M. von den Absichten unterrichtet, von denen Se. Majestät, der Kaiser der Franzosen, rücksichtlich der Art und Weise eine Friedensunterhandlung herbeizuführen ihn in Kenntniß gesetzt hat, und ich habe mich beeilt sie dem Kaiser von Rußland und dem Könige von Preußen mitzutheilen. Da Ihre Majestäten in der Meinungsäußerung des Kaisers Napoleon den Gedanken gefunden haben: ein Waffenstillstand könne den Weg zu dieser Unterhandlung bahnen, so haben sie mir erklärt, daß sie geneigt sind auf alle Anordnungen einzugehen, welche dieser Gegenstand erheischt, und mit Vollmachten versehene Offiziere zu den Vorposten zu schicken. Ich würde mich nur zu glücklich schätzen, wenn diese ersten vermittelnden Worte, welche an die kriegführenden Mächte zu richten mir vergönnt sind, bald andere zur Folge hätten, die zu einem, meinem erlauchten Herrn so sehr am Herzen liegenden Friedenszustande führten."

Dieses Schreiben fand um so weniger Berücksichtigung, als Napoleon, ungeachtet des ersten fehlgeschlagenen Versuchs, noch nicht die Hoffnung aufgegeben hatte: Caulaincourt werde noch Zutritt beim Kaiser Alexander finden. Er ließ daher den Brief des Grafen Nesselrode durch ersteren in folgender Weise beantworten:

„Mein Herr Graf! Ich habe den Brief empfangen, welchen Sie am 20. d. M. an mich zu richten mir die Ehre erzeigten. Ich war weder, noch bin ich mit irgendeiner diplomatischen Eröffnung beauftragt, aber ich sollte, wenn Se. Majestät geruht hätte, mir eine Audienz zu bewilligen und geneigt gewesen wäre die Schlacht zu vermeiden, jene benutzen, um einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Ich habe noch fortwährend diesen Auftrag. Jetzt, wo man über die Eröffnung eines Congresses einverstanden ist, und nach dem, was Sie gegen mich zu äußern die Güte hatten, wage ich mir zu schmeicheln, es werde kein Hinderniß mehr vorhanden sein, daß der Kaiser Alexander mir die Ehre ihm aufzuwarten gestatte."

Napoleon irrte aber, wenn er glaubte, Alexander werde nach der Schlacht bei Bautzen geneigter sein sich in besondere Unterhandlungen mit ihm einzulassen, als vor derselben. Denn die jetzt ungünstigere Lage der Verbündeten machte es für sie um so nothwendiger: Oesterreich keine Ursache zum Mistrauen zu geben. Es schlug daher auch dieser Versuch fehl, das zwischen den Verbündeten und Oesterreich sich vorbereitende Bündniß zu trennen. Schon am folgenden Tage erhielt er durch Nesselrode's Antwort hierüber Gewißheit. Derselbe schrieb:

„Herr Herzog, ich habe die Antwort, welche Ew. Excellenz die Güte hatten mir auf meinen Brief vom 20. d. M. zu ertheilen, dem Kaiser vorgelegt. Se. kaiserl. Majestät denkt, es werde hinsichtlich der Besprechung eines Waffenstillstandes einfacher sein, wenn sie einen vertrauten Offizier zu den Vorposten des französischen Heeres sendete. Dies würde das Geschäft

erleichtern, und dem Herrn Herzoge die Mühe ersparen für eine rein militärische Angelegenheit, welche schnell geordnet werden kann, sich auf den Weg zu machen. Der Oberbefehlshaber der Heere hat demzufolge dem Herrn Generallieutenant Grafen von Schuwalow und einem preußischen, von Sr. Majestät, dem Könige, gewählten Offiziere die nöthigen Vollmachten ertheilt, um den fraglichen Waffenstillstand zu besprechen und abzuschließen."

Eine so entschiedene Zurückweisung des wiederholten Audienzgesuchs zeigte die Nutzlosigkeit weiterer diesfallsiger Versuche zu deutlich, als daß solche unternommen worden wären, besonders da die Unterhandlung über den Waffenstillstand Gelegenheit zu bieten schien hierauf zurückzukommen. Die Generale Graf Schuwalow, von Seiten Rußlands, und von Kleist, von Seiten Preußens, erschienen bei den französischen Vorposten, wiesen ihre Vollmachten vor, und kamen sodann am 27. Mai in dem für parteilos erklärten Dorfe Pläswitz mit dem Herzoge von Vicenza zusammen, um sich über den Waffenstillstand zu verständigen; doch setzten die Heere beiderseits ihre Märsche fort.

Man konnte sich anfänglich über die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht vereinigen, weil die Verbündeten sich auf die von Napoleon durch Graf Bubna in Aussicht gestellten Grundlagen desselben bezogen, während französischerseits verlangt wurde: die Heere sollten die von ihnen eingenommenen Stellungen behaupten. Da die Abgeordneten der Verbündeten nicht ermächtigt waren diese, allerdings der Sachlage, nicht aber Napoleon's früherer Zusicherung entsprechende Forderung zu bewilligen, auch von einer Abtretung Hamburgs und einer längeren, als einmonatlichen Dauer des Waffenstillstandes nichts hören wollten, so wurden die Verhandlungen abgebrochen. Man knüpfte sie jedoch am 30. Mai in dem benachbarten Gäbersdorf wieder an, weil beide Theile im Stillen eine Waffenruhe wünschten, an welcher ihnen, ihren Aeußerungen zufolge, wenig gelegen war. Caulaincourt unterließ hierbei nicht in den Grafen Schuwalow zu dringen, ihm eine Unterredung unter vier Augen zu gewähren, bewirkte damit aber weiter nichts, als daß derselbe, nachdem er dies wiederholt abgelehnt hatte, endlich äußerte:

„Schließen wir zuvörderst den Waffenstillstand ab! Wir werden nicht so weit voneinander entfernt sein, um uns nicht darüber zu verständigen, wenn man erst die Ueberzeugung gewinnt, daß der Kaiser Napoleon denselben aufrichtig wolle."

Als ihn hierauf der französische Bevollmächtigte ersuchte sich doch deutlicher auszusprechen, so antwortete jener: ohne seiner Sache gewiß zu sein, könne er sich auf nichts einlassen. Caulaincourt

legte diese Worte seinem geäußerten Wunsche günstig aus, überzeugte sich jedoch bald davon, daß er hierin geirrt habe. Indessen würde er, als kluger Diplomat, durch so unbestimmte Versicherungen sich gewiß nicht zur Abschließung des Waffenstillstandes haben bewegen lassen, wenn er nicht auch für diesen Fall hierzu von seinem Kaiser ermächtigt gewesen wäre. Denn derselbe bedurfte der Waffenruhe ebenso sehr, als die Verbündeten, obschon dies beim ersten Anblicke nicht der Fall zu sein schien. Daß letztere dieselbe dringend wünschen mußten, war offenbar. Wurden die Feindseligkeiten nicht eingestellt, so schien ein Rückzug des russischen Heeres hinter die Weichsel geboten. Das Vorrücken der Franzosen bis nach Breslau hatte dasselbe der Gefahr ausgesetzt von der, von Warschau nach Schlesien führenden Hauptstraße abgeschnitten zu werden, auf welcher die erwarteten Verstärkungen ihm zuzuziehen angewiesen waren. Von Polen, dem Stützpunkte ihrer kriegerischen Unternehmungen, durften bei der Unzuverlässigkeit von dessen Bevölkerung die Russen sich nicht trennen lassen. Das preußische Heer aber war genöthigt, entweder dieselben auf ihrem Rückzuge zu begleiten, und so ganz Schlesien dem Feinde wehrlos zu überlassen, sowie die Verbindungslinien mit Oesterreich aufzugeben, oder ein befestigtes Lager zwischen Neiße und Glatz zu beziehen, indem es, obschon hierdurch von Berlin abgeschnitten, nur auf diese Weise der französischen Uebermacht so lange Widerstand leisten konnte, bis die vollendete Bewaffnung der Landwehr ihm gestattet hätte wieder im freien Felde zu erscheinen. Oesterreich aber, welches zur Vervollständigung seiner Kriegsrüstungen noch sechs Wochen zu bedürfen behauptete, wollte sein Heer erst nach Ablauf dieser Frist mit den Verbündeten vereinigen, wenn Napoleon inzwischen nicht habe bewogen werden können die ihm vorgeschlagenen Friedensbedingungen anzunehmen.

Indessen darf man aus der zuversichtlichen Sprache, welche die Verbündeten trotz ihrer bedenklichen Lage führten, sowie aus der Wahl des Ortes zu ihrem Lager mit vollem Rechte darauf schließen, daß Oesterreich, für den Fall von Napoleon's Weigerung den in Aussicht gestellten Waffenstillstand unter annehmlichen Bedingungen zu bewilligen, ihnen versprochen hatte: sofort seine Truppen mit den ihrigen zu vereinigen, und ihnen den Einmarsch in Böhmen zu gestatten. Sonst hätten sie es zu dem Abbruche der Unterhandlungen nicht kommen lassen, welchen Napoleon versuchte, um sie zur Annahme seiner Waffenstillstandsbedingungen zu bewegen. Nachdem Oesterreich durch sein Bestreben: den Frieden unter den

von ihm vorgeschlagenen Grundlagen zu Stande zu bringen, Napoleon's Zorn in hohem Grade erregt hatte, durfte es, so lieb ihm seine eigene Sicherheit war, nicht gestatten, daß er selbst Rußland und Preußen zum Frieden zwänge, weil er sodann sich an Oesterreich dafür gerächt haben würde, daß es seine Plane zu durchkreuzen gewagt hatte. Ging also Napoleon behufs der Friedensunterhandlungen nicht auf den bereits verheißenen Waffenstillstand ein, so mußte Oesterreich durch Vereinigung aller seiner verfügbaren Streitkräfte mit denen der Verbündeten diese der Nothwendigkeit weiteren Rückzugs überheben, und sie in den Stand setzen den Franzosen sofort die Spitze zu bieten. Waren auch seine Rüstungen nicht vollendet, so hätte sein Beitritt dennoch den Verbündeten ein so entscheidendes Uebergewicht über Napoleon verschafft, daß dieser nicht wagen durfte durch Brechung seines Versprechens Friedensunterhandlungen anzuknüpfen, und Oesterreich zu unverzüglicher Kriegserklärung zu nöthigen. Je mehr letzterer sich seiner Rachlust gegen Oesterreich bewußt war, desto weniger zweifelte er, daß dasselbe sofort die Waffen gegen ihn kehren würde, wenn er unter Nichtbeachtung von dessen Vermittelungsvorschlägen seine Vortheile mit den Waffen in der Hand weiter zu verfolgen strebte. Hatte doch Metternich erst vor kurzem zu dem, ihn zu einer Erklärung drängenden Narbonne geäußert: nach einem französischen Siege würde er um so entschiedener darauf dringen, daß unter den von ihm für unerläßlich erachteten Bedingungen der so nothwendige Friede zu Stande käme.

Der seine Friedensliebe verkündende Artikel des „Moniteur", welchen Napoleon, ehe er Dresden verließ, angeordnet hatte, war ebensowol für das österreichische Cabinet, als für die Franzosen berechnet, und da es ihm nicht gelungen war die Verbündeten entscheidend zu schlagen, oder ihre Handlungsweise dem österreichischen Cabinete verdächtig zu machen, so mußte er sich, obwol ungern, dazu bequemen durch Abschließung eines Waffenstillstandes auf eine weitere Verfolgung der durch den Sieg bei Bautzen errungenen Vortheile zu verzichten. Daß ein Feldherr, wie Napoleon, diese zu würdigen wußte, wäre vorauszusetzen, wenn dies nicht aus seiner Antwort auf die von den Verbündeten anfänglich geforderten Waffenstillstandsbedingungen auch ausdrücklich hervorginge. Ihm sei der Waffenstillstand nicht nöthig, äußerte er, während er für sie unentbehrlich sei. Wenn man dieser Einstellung der Feindseligkeiten den Charakter einer Capitulation geben wolle, so würde er vorrücken, sie über die Weichsel werfen, und sie so oft schlagen, als sie dem französischen

Heere sich entgegenstellten. Wenn er mit einer solchen Ueberzeugung einwillige stehen zu bleiben, so geschehe es nur, um nicht angeklagt zu werden die Hoffnungen auf den, Europa so nöthigen Frieden vereitelt zu haben. Er wolle mindestens die Hälfte Schlesiens, werde Hamburg nicht aufgeben, und verzichte er auf Breslau, so geschehe dies aus reiner Gefälligkeit, denn es sei in seiner Gewalt. Den Waffenstillstand auf einen Monat beschränken, um über so verwickelte Angelegenheiten zu verhandeln, hieße den Kreis des Popilius um ihn ziehen, mit welchem er andere einzuschließen, nicht aber selbst eingeschlossen zu werden gewohnt sei. Da er einen Friedenscongreß ernstlich wolle, so verlange er auch die nöthige Zeit, um ihn zu veranstalten und erfolgreich zu machen.[1])

Napoleon's Forderungen hinsichtlich des Waffenstillstandes waren nicht unbillig, und weil Oesterreich erst dann zum Kriege gegen ihn sich entschließen wollte, wenn seine Bemühungen: das französische Uebergewicht auf dem Wege friedlicher Verständigung zu minderen, erfolglos geblieben sein würden, so erreichte er sie auch vollständig. Hinsichtlich Hamburgs, auf dessen Behauptung die Verbündeten nicht verzichten wollten, weil hierin eine Aufgabe der geforderten Abtretung der hanseatischen Departements gelegen hätte, gab er nur scheinbar nach. Denn er erfuhr am 3. Juni, daß Davoust vor dessen Thoren stehe, und konnte deshalb annehmen, daß es in Ermangelung hinreichender Vertheidigungsmittel bereits in französischen Händen sich befinde.

Seine Bereitwilligkeit zum Frieden, das heißt zu einem solchen, wie er bei der Unbezwungenheit seiner Gegner und Oesterreichs Vermittelungsvorschlägen allein abgeschlossen werden konnte, war eine erheuchelte. Er war vielmehr fest entschlossen in eine Minderung seines Uebergewichts nicht zu willigen, und alle, welche dieselbe erstrebten, dafür zu züchtigen. Wenn er auf einer längeren Frist der Waffenruhe bestand, so geschah dies nicht, um mehr Zeit für die Friedensunterhandlungen, sondern für seine Rüstungen zu gewinnen, nach deren Vollendung er den Verbündeten, würden sie auch durch Oesterreichs Beitritt verstärkt, vollkommen gewachsen zu sein glaubte. Zur Zeit, wo er den Waffenstillstand abschloß, war er dies noch nicht. Sein Heer war durch starke Verluste geschwächt, und durch außerordentliche Anstrengungen um so mehr ermüdet, als es größtentheils aus Soldaten bestand, welche kaum, oder noch nicht völlig

[1]) Thiers, XV, 484 fg.

das waffenfähige Alter erreicht hatten. Es bedurfte neuer Verstärkungen, namentlich an Reiterei, woran es außerordentlichen Mangel litt, vor allem aber der laut gewünschten Ruhe. Auch die Stellung seines Heeres war mehr glänzend als sicher. Von Norden her durch das Heer des Kronprinzen von Schweden, auf seiner Angriffslinie durch einen preußischen Truppenkörper unter Bülow und die unvermeidlichen Scharen meistens glücklicher Parteigänger bedroht, war das französische Heer von seinen Hülfsquellen entfernt, von einer feindlich gesinnten Bevölkerung umgeben, die auf ihrer Flucht vor demselben alle Vorräthe, welche sie nicht mit sich nehmen konnte, zu zerstören pflegte, und so dessen Verpflegung äußerst erschwerte.

Hätten nicht alle diese Gründe den Waffenstillstand nothwendig gemacht, so würde Napoleon sich nie dazu verstanden haben, denn unter so gemäßigten Bedingungen hatte er bisher noch keinen abgeschlossen. Auch gibt es in seiner glänzenden Laufbahn kein Beispiel, wo er durch Unterschätzung seiner Kraft kriegerische Erfolge verscherzt hätte; dagegen hat ihn seine Geneigtheit dieselbe zu überschätzen häufig Gefahren ausgesetzt und endlich seinen Sturz herbeigeführt. Nicht durch Abschließung des, durch weise Vorsicht gebotenen Waffenstillstandes fehlte er, sondern dadurch, daß er die unter den obwaltenden Umständen äußerst gemäßigten Friedensvorschläge Oesterreichs in der Hoffnung zurückwies: durch eifrige Rüstungen während der Waffenruhe seine Streitkräfte in einer Weise zu vermehren, welche ihn befähigen würde, die Verbündeten, auch nach der Vereinigung Oesterreichs mit ihnen, zum Frieden zu zwingen.

Wie ausschweifend seine diesfallsigen Erwartungen waren, erhellt daraus, daß er seine Heere bis zu der fabelhaften Zahl von 1,200000 Mann vermehren zu können glaubte. Als wäre sein Unternehmen eine bereits vollendete Thatsache, und wol hauptsächlich in der Absicht seine Feinde einzuschüchteren, veröffentlichte er den abenteuerlichen Plan, welchen er in der Nacht vom 22. zum 23. Mai auf dem Schlachtfelde von Wurschen gefaßt hatte.

Auf dem Gipfel des Mont Cenis, jenes Berges, welcher schon Zeuge der Heerzüge Hannibal's, des Pompejus, Pipin's und Karl's des Großen gewesen war, und zwar auf dem am meisten in die Augen fallenden Punkte der über denselben führenden Straße, welche Frankreich mit Italien verbindet, sollte ein Denkmal mit dem Aufwande

von 25 Millionen Francs errichtet werden. Auf der einen Seite desselben sollten die Namen der Departements beider Länder, welche das ungeheuere, von ihm geforderte Menschenopfer gebracht hätten, auf der anderen folgende Inschrift zu lesen sein:

„Der Kaiser Napoleon hat auf dem Schlachtfelde von Wurschen die Errichtung dieses Denkmals anbefohlen, als eines Zeichens seiner Dankbarkeit gegen Frankreichs und Italiens Völker. Dieses Denkmal wird von Geschlecht zu Geschlecht das Andenken an den großen Zeitabschnitt überliefern, wo in drei Monaten 1,200000 Männer zu den Waffen eilten, um die Gebietsunverletzlichkeit des französischen Kaiserreichs zu beschützen."

Die ungeheuere Summe, welche der Errichtung dieses Denkmals gewidmet werden sollte, ließ darauf schließen, daß es in seinen riesigen Verhältnissen mit jenen zu wetteifern bestimmt war, durch welche Aegyptens Könige die Knechtschaft des von ihnen beherrschten Volkes der Nachwelt bethätigt haben. Das Schicksal verhinderte die Errichtung eines solchen neuen Schmerzensdenkmals der Menschheit, vor welchem die älteren insofern den Vorzug gehabt hätten, als keine heuchlerische Inschrift behauptete: sie seien von den Herrschern, deren Namen sie verewigen sollten, aus Dankbarkeit gegen ihr geknechtetes Volk errichtet worden. Des Planes: ein solches Denkmal zu errichten gedenkt die Geschichte aber als eines Zeichens, wie willkürlich der gewaltige Sohn der kleinen Insel Corsica über Gut und Blut der, seinem eisernen Scepter unterworfenen Völker verfügte. Uebrigens machte die Bekanntwerdung dieses Planes weder die Völker williger unter Napoleon's Fahnen zu eilen, noch schüchterte die Ankündigung einer so großen Anzahl neuer Kämpfer dessen Gegner ein. Weder die Thatsache, noch das zu ihrer Verewigung bestimmte Denkmal wurden verwirklicht, doch bezeugt die 1,040000 Mann betragende Zahl der, für die Zeit vom 11. Jan. bis mit dem 15. Nov. 1813 im „Moniteur" ausgeschriebenen Aushebungen, welche unermüdliche Versuche der Kaiser der Franzosen gemacht hat, jene angekündigte Zahl zu erreichen, und daß die Papiere, die er dem an ihn gesendeten Fürsten Schwarzenberg in scheinbarer, aber wohlberechneter Aufrichtigkeit gezeigt hatte, um demselben einen überwältigenden Begriff von seinen vorbereiteten Streitkräften beizubringen, seinem ernsten Willen, wenn auch nicht der Wirklichkeit entsprachen.

Nachdem man am 1. Juni vorläufig über eine Waffenruhe von 36 Stunden sich verständigt hatte, wurde am 4. Juni endlich in dem Dorfe Poischwitz ein Waffenstillstand bis zum 20. Juli 1813 dergestalt abgeschlossen, daß die Feindseligkeiten erst nach einer fer-

neren sechstägigen Frist wieder beginnen dürften, wenn man ihn an dem gedachten Tage kündige.

Die Grenzlinie, hinter welcher die Bestimmungen des Waffenstillstandes gemäß die französischen Truppen stehen zu bleiben hatten, wurde durch die Katzbach von ihrer Mündung in die Oder bis Goldberg gebildet, und zog sich von da über Lähn und Seifertshau nach Sachsen und bis zur Mündung der Elbe. Hingegen durfte die von den Städten Kanth, Striegau und Landshut begrenzte Linie durch das Heer der Verbündeten nicht überschritten werden. Letztere hatten den, zwischen der Oder und Böhmen liegenden Theil von Schlesien nicht verlassen, weil sie Oesterreichs Beitritt zum Bunde gegen Napoleon erwarteten, worauf vom Könige Friedrich Wilhelm bereits in seinem, nach der Schlacht bei Lützen, am 7. Mai erlassenen Tagesbefehle hingedeutet worden war, jedoch ohne den Namen des neuen, freilich ohnedies jedermann bekannten Bundesgenossen zu nennen. Der zwischen beiden Linien liegende Landstrich nebst Breslau, welches die Franzosen wieder räumten, wurde für parteilos erklärt. Hinsichtlich Hamburgs sollte der zur Zeit des Vertragsabschlusses vorhandene Besitzstand entscheiden, die in französischen Händen befindlichen Festungen Danzig, Modlin, Zamosk, Stettin, Küstrin und Glogau aber sollten bis zum Ende des Waffenstillstandes mit Lebensmitteln versehen werden.[1])

---

[1]) Fain, I, 398, 402, 430. De Martens, S. 224—30. Schöll, I, 56. Mémoires d'un homme d'état, XII, 172—79.

Zehnter Abschnitt.

Kaiser Franz sucht durch Graf Bubna Napoleon zu Friedensunterhandlungen zu bestimmen. Dieser gewährt demselben erst nach langem Zögern Audienz. Maret's und Metternich's Notenwechsel über die österreichische Friedensvermittelung. Metternich unterhandelt in Dresden persönlich mit Napoleon, und vereinigt sich mit ihm über den Friedenscongreß zu Prag.

Graf Bubna war inzwischen aus Wien am 30. Mai in Liegnitz eingetroffen. Hier theilte er dem kurz vorher angekommenen Herzoge von Bassano die Friedensvorschläge des österreichischen Cabinets mit, welche dasselbe durch Zugeständnisse dem Kaiser der Franzosen annehmlicher zu machen gesucht hatte. Die Vertheilung des Großherzogthums Warschau unter Preußen, Rußland und Oesterreich, sowie die Ueberlassung Illyriens an das letztere wurden für zugestanden angenommen, obgleich eine ausdrückliche, diesfallsige Erklärung von Seiten Napoleon's nicht stattgefunden hatte. Hinsichtlich der Auflösung des Rheinbundes und der Zurückerstattung der Hansestädte, welche Napoleon als mit seiner Ehre unverträglich verweigert hatte, schlug das österreichische Cabinet nun vor: die Verwirklichung beider Zugeständnisse solle bis zum Abschlusse des Friedens mit England verschoben werden, wo diese beiden, dem Kaiser der Franzosen abgeforderten Opfer durch die Vortheile, welche ein allgemeiner Friede zu Wasser und zu Lande ihm gewährte, glänzend aufgewogen sein würden.

In seinem Antwortschreiben sagte Kaiser Franz:

„An dem Tage, wo ich Ihnen meine Tochter gegeben habe, ist Ihre Ehre die meinige geworden. Vertrauen Sie mir, ich werde nichts, was Ihrem Ruhme nachtheilig wäre, von Ihnen verlangen."

Außerdem versicherte Graf Bubna: Oesterreich habe noch niemandem ein bindendes Versprechen gegeben, und wenn Napoleon die also abgeänderten Friedensgrundlagen annehme, so sei es bereit, den Bundesvertrag vom 14. März 1812 durch neue Zusatzartikel zu ergänzen.

So bot das österreichische Cabinet alles auf, den von ihm empfohlenen Friedensbedingungen Napoleon's Zustimmung zu verschaffen. Es ging bis an die äußerste Grenze dessen, was es für unerläßlich hielt, wenn Frankreich nicht wie bisher Europa Gesetze vorschreiben sollte. Noch war ihm, als es seine Forderungen also beschränkte, Napoleon's Versuch, ohne Oesterreichs Mitwirkung sich mit dem Kaiser Alexander zu verständigen, unbekannt; ein Versuch, dessen Kenntniß alsbald ein entschiedeneres Auftreten zur Durchsetzung der, mit den Verbündeten besprochenen Friedensbedingungen veranlaßte.

Allein Napoleon, welchem der Herzog von Bassano diese, vom Grafen Bubna ihm gemachten Eröffnungen sofort mittheilte, war weit entfernt, auf jene Vorschläge einzugehen. Sie erregten vielmehr seinen Zorn, weil sie ihn davon überzeugten, Oesterreich sei durch Frankreichs neuerdings erfochtene Siege in seinem Entschlusse nicht erschüttert worden: entweder deren Annahme im Wege gütlicher Verständigung durchzusetzen, oder sich seinen Feinden anzuschließen, und es auf die Entscheidung der Waffen ankommen zu lassen. Um nun Zeit zu gewinnen, sich gegen Oesterreich zu rüsten, dessen Kriegserklärung er voraussah, weil er die von demselben vorgeschlagenen Bedingungen zu verwerfen fest entschlossen war, machte er den Verbündeten in Bezug auf den Waffenstillstand die nöthigen Zugeständnisse.

An den Herzog von Bassano aber schrieb er:

„Gewinnen Sie Zeit, lassen Sie sich nicht mit Herrn von Bubna auf Erklärungen ein. Nehmen Sie ihn mit sich nach Dresden, und verzögern Sie den Augenblick, wo wir genöthigt sein werden, die österreichischen Vorschläge anzunehmen, oder zu verwerfen. Ich bin im Begriffe den Waffenstillstand abzuschließen, und dann wird die Zeit, deren ich bedarf, gewonnen sein. Wenn man jedoch darauf bestände, den Abschluß dieses Waffenstillstandes an Bedingungen zu knüpfen, welche mir nicht anstehen, so werde ich Ihnen Stoff liefern, um die Verhandlungen mit Herrn von Bubna in die Länge zu ziehen, und mir einige Tage Frist zu verschaffen, deren ich bedürfte, um die Verbündeten vom österreichischen Gebiete abzudrängen.“ [1])

Die Verbündeten dagegen bestürmten das österreichische Cabinet, endlich auf ihre Seite zu treten. Der Kaiser von Rußland hatte

[1]) Thiers XV, 600.

den österreichischen Bevollmächtigten, Graf Stadion, nicht allein sofort von der Ankunft eines französischen Parlamentärs und von dessen Gesuche um eine Privataudienz in Kenntniß gesetzt, sondern auch hervorgehoben, daß Napoleon hierzu den Herzog von Vicenza gewählt habe. Die hieraus sich ergebende Muthmaßung einer erstrebten Verständigung Frankreichs und Rußlands war durch die hinzugefügte Versicherung, daß diesfallsige Mittheilungen wirklich stattgefunden hätten, bestätigt, und dabei bemerkt worden: er möge seinem Hofe anzeigen, daß wenn der Kaiser von Rußland das ihm von Napoleon gemachte Anerbieten auch zurückgewiesen habe, weil er noch immer mit Oesterreichs Beistande Europa vom französischen Joche zu befreien hoffe, er doch bei der gegenwärtigen Lage der Dinge sich bald genöthigt sehen könne, die französischen Vorschläge anzunehmen, falls man noch länger zögere, diesen Beistand zu gewähren.

Obschon Graf Stadion, welcher der Kriegspartei gegen Frankreich angehörte, diese Gelegenheit mit Eifer ergriffen hatte, seinem Hofe die Nothwendigkeit sofortiger Kriegserklärung gegen Frankreich vorzustellen, so wurde auch noch Graf Nesselrode nach Wien gesendet, um durch die Kraft seiner Beredsamkeit die Wirkung der Stadion'schen Depesche zu verstärken. Er wies darauf hin, wie dringend nöthig es sei, daß Oesterreich seine Streitkräfte sofort mit denen der Verbündeten vereine, da deren Heer seine gegenwärtige Stellung an der böhmischen Grenze gegen neue französische Angriffe nicht behaupten könne, und wenn der gegenwärtige günstige Augenblick nicht benutzt werde, schwerlich eine andere Gelegenheit hierzu sich bieten dürfte. Während von Napoleon als Preis für Oesterreichs Beistand demselben nur Illyrien und ein Theil des Großherzogthums Warschau, zuletzt auch Schlesien geboten worden war, bot Alexander ihm, außer den beiden ersten Gebietsvermehrungen, noch Oberitalien, Tirol und die übrigen an Baiern abgetretenen Provinzen, sowie die Wiederherstellung des deutschen Kaiserthums, auf welches Kaiser Franz nach Stiftung des Rheinbundes freiwillig verzichtet hatte. Was aber unendlich wichtiger war, als jede Gebietsvergrößerung, Oesterreichs Unabhängigkeit, so konnte diese nur im Bunde mit Rußland und Preußen erkämpft werden, denn nahm es das Anerbieten Napoleon's an, so war es von demselben abhängiger, als je.

Graf Metternich war ein viel zu umsichtiger Staatsmann, als daß es bei ihm einer Hinweisung auf die Wichtigkeit der politischen Lage und des zu fassenden Entschlusses bedurft hätte. Die bloße

Kunde davon, daß Napoleon den Herzog von Vicenza an den Kaiser von Rußland abgesendet habe, war hinreichend gewesen, ihn von der Nothwendigkeit sofortiger Gegenmaßregeln zu überzeugen. Hatte er schon früher daran gedacht, den Kaiser Franz zu bewegen, sich mit ihm nach Prag zu begeben, um dem Kriegsschauplatze näher zu sein, so bestimmte er ihn nun dazu, innerhalb vierundzwanzig Stunden abzureisen. Dem Grafen von Narbonne erklärte er dies damit, daß, da man im Begriff stehe, Friedensunterhandlungen unter der Vermittelung Oesterreichs anzuknüpfen, der Vermittler sich den kriegführenden Mächten nähern müsse. Befände sich das österreichische Cabinet in Prag, so würden bei jeder Mittheilung sechs Tage erspart, was von Wichtigkeit sei, da binnen sechs Wochen der Weltfriede gestiftet werden müsse. Dies war allerdings eine genügende Erklärung für die Reise nach Böhmen, nicht aber für die Plötzlichkeit derselben. Der Graf von Narbonne bedurfte indeß hierüber keiner Aufklärung, da ihm die Sendung Caulaincourt's ins russische Hauptquartier und der Zweck derselben bekannt war. Auch verrieth ihm das kältere Benehmen des österreichischen Ministers, welche Wirkung die Kunde hiervon auf denselben hervorgebracht hatte. Kaum war diese Mittheilung an den französischen Gesandten erfolgt, als der Kaiser Franz und Metternich nach Prag abreisten, von da aber nach Gitschin sich begaben, um der schlesischen Grenze und dem Kriegsschauplatze noch näher, und zugleich der Beobachtung weniger ausgesetzt zu sein. Als sie am Abende des 3. Juni in dem dortigen kaiserlichen Schlosse ankamen, trafen sie daselbst mit dem Grafen Nesselrode zusammen, welcher auf die Nachricht von der Reise des Kaisers und deren Ziele auf seinem Wege nach Wien umgekehrt war, und sich hierher gewendet hatte, um seinem wichtigen Auftrage so schnell, als möglich zu genügen.

Der am Tage darauf erfolgende Abschluß des Waffenstillstandes ersparte dem österreichischen Cabinete jedoch die Nothwendigkeit, sofort offen auf die Seite der Verbündeten zu treten, und durch Vereinigung seiner Streitkräfte mit den ihrigen dem weiteren Vorrücken Napoleon's Schranken zu setzen. Graf Nesselrode erlangte daher durch seine Vorstellungen nur die wiederholte Zusicherung, daß Oesterreich fest entschlossen sei, das mit Genehmigung der kriegführenden Mächte übernommene Vermittleramt zu Erlangung eines, die Unabhängigkeit Europas wiederherstellenden Friedens auszuüben. Scheitere aber seine hierauf gerichtete Mühe an Napoleon's Starrsinne, so werde es beim Wiederbeginnen der Feindseligkeiten mit seiner

ganzen Macht sich den Verbündeten zur Bezwingung Napoleon's anschließen.

Eine günstigere Erklärung, als diese, konnten die Verbündeten unter den obwaltenden Umständen nicht erwarten. Denn die bisherige Stellung des Kaisers Franz zu Napoleon, als seinem Schwiegersohne und bisherigen Bundesgenossen, sowie die früheren unglücklichen Kämpfe gegen Frankreich mußten dem ersteren eine friedliche Lösung der Frage über Europas künftige politische Gestaltung doppelt wünschenswerth machen. Metternich's diplomatischer Geschicklichkeit war es gelungen, Napoleon die jetzt von ihm bereute Einwilligung in Oesterreichs bewaffnete Friedensvermittelung abzuschwatzen. Diese Friedensvermittelung sollte in bester Form jedenfalls stattfinden, und dem österreichischen Cabinete, falls seine deshalb gethanen Vorschläge zurückgewiesen wurden, hierdurch ein anständiger Weg ins Lager der Verbündeten gebahnt werden. In der That waren die Friedensvorschläge Oesterreichs so gemäßigt, daß auf Grund derselben ihm nicht der Vorwurf gemacht werden konnte, es wolle den Umschwung der Verhältnisse zu Stellung unbilliger Forderungen benutzen. Auf diese Frucht seiner klug berechneten Handlungsweise wollte der österreichische Minister nicht verzichten, denn er würde hierdurch nicht blos mit sich selbst in Widerspruch gerathen sein, sondern auch dadurch, daß er den Waffenstillstand noch in der Stunde seines außerdem erfolgten Abschlusses verhinderte, seinem Kaiser die nöthige Zeit zur Vollendung der Kriegsrüstungen und die Möglichkeit entzogen haben, die Ereignisse bis zum letzten Augenblick abzuwarten und auszubeuten.

Die Verbündeten trösteten sich jedoch über die verzögerte Erfüllung ihrer Wünsche mit dem zuversichtlichen Glauben: Napoleon werde die von Oesterreich ihm angesonnenen Friedensbedingungen verwerfen, und die hierdurch herbeigeführte Entscheidung durch die Waffen werde ihnen noch günstiger sein. Gab es doch noch kein Beispiel, daß Napoleon aus Friedensliebe irgend ein Opfer gebracht hatte.

Die geringe Entfernung Dresdens von Prag bewog den Grafen Metternich, den General Bubna nach letzterem Orte auf vierundzwanzig Stunden zu einer Unterredung kommen zu lassen, um ihn von dem, was vorgefallen war, zu unterrichten und die ihm gegebenen Verhaltungsbefehle zu ergänzen. In Gemäßheit derselben überreichte dieser am 11. Juni, nachdem Napoleon am Tage zuvor nach Dresden zurückgekehrt war, eine Note, in welcher der österreichische Minister anzeigte, daß obwol des Freiherrn von Wessenberg Sendung nach

London zur Anbahnung eines allgemeinen Friedens erfolglos gewesen sei, doch Rußland und Preußen die Vermittelung des Kaisers von Oesterreich angenommen hätten. Dieser würde sich beeilen, die Vorschläge der Verbündeten dem Kaiser der Franzosen vorzulegen, dagegen erbitte er sich auch dessen Erklärung über dieselben.

Eine solche Erklärung aber zu geben hütete sich Napoleon, denn seine bestimmte Verwerfung der österreichischen Friedensvorschläge hätte die Zwecklosigkeit des angekündigten Friedenscongresses außer Zweifel gesetzt, und ihm die Hoffnung benommen, den Waffenstillstand verlängert zu sehen, was er dadurch zu erreichen hoffte, wenn er kurz vor Ablauf desselben dem österreichischen Cabinete Hoffnung mache, dessen Vorstellungen endlich doch sich zu fügen.

Um Oesterreich in der Ausübung seiner Vermittlerrolle zu hemmen, behauptete er, daß zuvor festgestellt werden müsse, ob es sein Bundesverhältniß zu ihm als noch bestehend betrachte, oder nicht. Die Erklärung des österreichischen Cabinets, daß dasselbe zwar fortbestehe, aber weil seine Bestimmungen auf die gegenwärtige politische Lage nicht mehr paßten, so lange wirkungslos bleiben müsse, bis sich herausgestellt habe, ob seine Friedensvermittelung von Erfolg sei, oder nicht, ließ er nicht gelten, sondern verlangte: es solle dieser Vertrag den Verhältnissen sofort angepaßt werden. Hierüber zu unterhandeln war Graf Bubna mit keinem Auftrage versehen, weil Oesterreich von der vorherigen Annahme seiner Friedensvorschläge von Seiten Napoleon's die Erneuerung seines Bündnisses mit demselben abhängig gemacht hatte.

In derartigem Sinne sprach sich der Kaiser der Franzosen gegen den Grafen Bubna aus, als er ihn endlich vor sich ließ. Ausführlich war seine diesfallsige Meinung in den beiden Noten vom 15. Juni auseinander gesetzt, mit denen Maret Metternich's Note vom 11. desselben Monats beantwortete. Sie waren auch an letzteren gerichtet, da Bubna nicht als hinreichend beglaubigter Bevollmächtigter angesehen wurde. Die erste derselben lautete also:

„Der zu Paris am 14. März abgeschlossene Bundesvertrag hat in §. 2 des dritten Artikels für die beiden Mächte die Verbindlichkeit festgestellt: sich gegenseitig für den Fall zu unterstützen, daß die eine, oder die andere angegriffen, oder bedroht würde. Der vierte Artikel hat die im dritten Artikel bedungene Hülfe auf 30000 Mann bestimmt, wovon 24000 Mann Fußvolk und 6000 Mann Reiterei. Die gleichzeitig unterzeichneten besonderen Artikel haben den Bundesvertrag auf den gegenwärtig bestehenden Fall des Krieges zwischen Frankreich und Rußland angewendet.

Am 26. des zuletzt verflossenen Monats April stellte der Herr Graf Metternich der Gesandtschaft Sr. Majestät eine Note zu, durch welche er

erklärte, daß Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich die Bestimmungen der Art. II und IV, welche in den, dem Bundesvertrage angehängten geheimen Artikeln einbegriffen waren, nicht mehr erfüllen könne. Dem zufolge zog Oesterreich das durch besagten Vertrag bedungene Hülfsheer zurück. Se. Majestät mußte von dieser Aenderung, welche im Augenblicke, wo der Feldzug eröffnet werden sollte, vorgenommen wurde, um so lebhafter berührt werden, als der Fürst Schwarzenberg, bevor er Paris verließ, ihm die Versicherung wiederholt hatte: sie könne darauf rechnen, daß das Hülfsheer nicht aufgehört habe, unter ihren Befehlen zu stehen. Doch empfing Se. Majestät, der Kaiser und König, von dem Herrn Grafen Metternich gleichzeitig eine Zusicherung, welche diesen unerwarteten Entschluß weniger peinlich machen mußte, und dahin ging, daß dieser nicht als ein Aufgeben des Bündnisses betrachtet werden könne, sowie die, vom Fürsten Schwarzenberg dem Unterzeichneten zu Paris in einer Verbalnote vom 22. April abgegebene Erklärung, daß nichts zum Nachtheile der Grundlagen des Bundes beschlossen sei, und daß, wenn der Kaiser Franz ein Wort an diesen Grundlagen zu ändern fände, er der erste sein würde, dies zu sagen. Dieser Gesandte fügte noch hinzu, daß man die nach dem Wortlaute des Vertrags hinsichtlich der kriegerischen Mitwirkung Oesterreichs gemachten Einschränkungen infolge gemeinsamen Einverständnisses einstweilen außer Kraft setzen könne. Der Herr Graf von Metternich hörte seitdem nicht auf seinerseits dem Gesandten Sr. Majestät die Absicht Oesterreichs kund zu geben, einigen Bestimmungen der geheimen Artikel zu entsagen, und andere für die Umstände geeignetere zu unterzeichnen.

So war die Sachlage, als der Herr Graf von Bubna am 16. Mai Sr. k. k. Majestät sich in Dresden vorstellte. Diese gab zu erkennen: es sei nothwenig, daß er, oder eine andere Person mit Vollmacht versehen werde, um neue geheime Bestimmungen zu besprechen, abzuschließen und zu unterzeichnen, ohne welche man es sich vergebens verhehlen würde, daß der Vertrag von Paris aufgehoben sei. Der Herr Graf von Bubna kehrte am 30. Mai in das Hauptquartier Sr. Majestät zurück und versicherte: sein Hof sei bereit eine Urkunde abzufassen, welche, indem sie die Gültigkeit des Vertrags von Paris anerkenne, einen Vorbehalt hinsichtlich der Bedingungen enthielte, die sich auf die Umstände als unanwendbar herausstellten. Als aber der Unterzeichnete ihn fragte, ob er ermächtigt sei, über eine solche ergänzende Uebereinkunft zu verhandeln, antwortete er, daß er hierzu keinen Auftrag habe. Der Herr Graf von Bubna reiste am 4. d. M. wieder ab, um zu seinem Hofe zurückzukehren. Er kam am 10. nach Dresden zurück, und nach geschehener Anfrage erklärte er wieder, ohne Ermächtigung und Auftrag zu sein. Die Entscheidung dieser Frage war indessen um so wichtiger, als sie mit der Vermittelung innig verbunden ist.

Se. Majestät hatte dem Herrn Grafen von Bubna gesagt, daß sie keine Schwierigkeiten darin erblicke, Verhaltungsmaßregeln und Vollmacht in Bezug auf die Verhandlung, den Abschluß und die Unterzeichnung einer Uebereinkunft zu geben, welche sich auf Oesterreichs Vermittelung beziehe; aber bevor man in Unterhandlung träte, sei es wichtig zu wissen, ob das Bündniß noch bestehe, weil in diesem Falle Oesterreich, als Bürge der Unverletzlichkeit des jetzigen französischen Gebiets, in Bezug auf uns in einer bestimmten Stellung sich befinde, während man im entgegengesetzten Falle nicht wisse, in welchem Verhältniß beide Mächte in dieser Beziehung zueinander ständen.

Die Frage, welche festzustellen bezwecke, ob der Vertrag von Paris noch in Kraft sei, ist also der großen Friedensaufgabe nicht fremd. Nichtsdestoweniger sieht Se. Majestät in der, von dem Herrn Grafen von Bubna am

11. überreichten Note das Anerbieten der österreichischen Vermittelung erneuert, ohne daß von dessen Seite ein Bevollmächtigter auftritt, welcher zur Verhandlung, Abschließung und Unterzeichnung des Nachstehenden ermächtigt wäre, nämlich:

1) eines Ergänzungsvertrages, welcher das Vorhandensein des Bundesvertrags feststellt und sichert;
2) einer Uebereinkunft, welche sich auf die Annahme der Vermittelung bezieht.

Eine Vermittelung kann nicht angenommen werden, ohne daß gleichzeitig bestimmt wird, zu welchem Zwecke, hinsichtlich welchen Gegenstandes und auf welche Weise sie ausgeübt werden soll. Es würde dem Gebrauche aller Nationen, und besonders dem beim französischen Cabinete herrschenden Herkommen entgegen sein, eine vermittelnde Unterhandlung anders, als infolge einer Uebereinkunft zuzulassen, welche man erörtert und freiwillig genehmigt hat. Der Unterzeichnete ist daher beauftragt zu verlangen:

1) daß der wiener Hof zu erkennen gebe, ob der Bundesvertrag von Paris noch bestehe, und die beiden Mächte verbinde;
2) und in dem Falle der Bejahung, daß derselbe Vollmacht ertheile, um in Unterhandlung wegen der neuen Uebereinkunft zu treten, welche die auf die gegenwärtigen Verhältnisse als unanwendbar betrachteten geheimen Artikel des Vertrags ersetzen soll;
3) daß er eine mit Verhaltungsbefehlen und Vollmacht versehene Person zur Verhandlung, Abschließung und Unterzeichnung einer auf die von ihm angebotene Vermittelung sich beziehenden Uebereinkunft beauftrage."

Die andere, ebenfalls unter dem 15. Juni erlassene Note, welche sich ausschließlich mit der Friedensvermittelung beschäftigt, lautete:

„Se. Majestät der Kaiser und König hat nicht aufgehört den Wunsch nach Frieden zu äußern, sowol bevor er die kriegerischen Unternehmungen wieder begann, als auch nachdem die Kriegsereignisse seinen Waffen günstig gewesen sind. Er hat auch in seinem, dem Kaiser von Oesterreich und den an ihn abgesendeten Geschäftsträgern gemachten Mittheilungen keine andere Sprache geführt. Sein Wunsch ist für den allgemeinen Frieden, weil, so lange dieser nicht geschlossen ist, keine der Mächte, deren Interessen mit dem Meere verknüpft sind, je die Rechte und Vortheile genießen könnte, deren Ausübung dieser Friede gestatten würde. Die Sendung nach London, zu welcher der wiener Hof den Herrn von Wessenberg ausersehen hatte, und deren Gegenstand man zu seiner Zeit dem Unterzeichneten mittheilte, wurde von Sr. k. k. Majestät als ein Fortschritt zum allgemeinen Frieden willkommen geheißen. Der Herr Graf Metternich fügte einer, am 26. April dem Gesandten Sr. Majestät zugestellten Note einen Bericht bei, durch welchen Herr von Wessenberg am 6. desselben Monats anzeigte, daß das englische Ministerium sich in wenigen Tagen erklären würde. Seit diesem Zeitpunkte hat keine Erklärung stattgefunden, und man würde sich in dem Falle befinden zu glauben, daß nach drei Monaten die Sachen in demselben Zustande sich befänden, wenn nicht aus der Note des Herrn Grafen von Bubna sich ergäbe, daß der wiener Hof der Hoffnung entsage, welche er hinsichtlich des Friedens zur See gefaßt hatte.

Als Se. Majestät zu Dresden durch das Organ des Grafen von Bubna die Abhaltung eines Congresses vorschlug, zu welchem man alle beim Frieden

mitbetheiligten Mächte berufen, und wo man die Grundlagen zur Ausgleichung aller Ansprüche legen wolle, dachte sie, daß es passend sein würde, die Vereinigten Staaten von Amerika und die spanischen Aufständischen daran theilnehmen zu lassen, weil alle Seemächte an der Erörterung ein Interesse hätten. Das Dazwischentreten der Vereinigten Staaten erschien um so natürlicher, als England es eben abgelehnt hatte, über die von Rußland angebotene Vermittelung zur Ordnung der zwischen Amerika und Großbritannien entstandenen Zwistigkeiten zu verhandeln. Aber Se. Majestät gab gleichzeitig zu erkennen, daß wenn Rußland und Preußen ohne England unterhandeln wollten, sie gleichfalls bereit sei hierein zu willigen. Sie kündigte an, daß sobald die Ansicht der kriegführenden Mächte in dieser Beziehung bekannt sei, und die Bevollmächtigten ernannt wären, man auch über den Ort, wo selbige zur Bildung eines Congresses sich vereinigen sollten, übereingekommen sei, sie die Ihrigen ebenfalls hinsenden würde. Schon sind zehn Tage verflossen, seitdem der Waffenstillstand das Blutvergießen gehemmt, ohne daß eine Mittheilung die Ansichten der kriegführenden Mächte kund gegeben hat. Se. Majestät würde mit Bedauern den Verlust einer so kostbaren Zeit und den Verzug, welcher bei einem Gegenstande von so großem Interesse für die Menschheit stattfindet, den Ansprüchen zuschreiben, wovon sie nichtsdestoweniger die Spuren in der Note des Herrn von Bubna findet. In der That hat es den Anschein, als ob die kriegführenden Mächte durch das Organ des wiener Hofes verhandeln und sich Mittheilungen machen sollten. Se. Majestät wird nicht anstehen, ihre Meinung über diesen Anspruch kund zu geben. Sie kann nicht in Friedensunterhandlungen treten, ohne selbst zu unterhandeln. Sie kann nur unter den, durch den Gebrauch bei allen Nationen geheiligten Formen und durch Bevollmächtigte unterhandeln, welche — wenn sie mit denen der kriegführenden Mächte zusammenkommen — nach Austausch der bezüglichen Vollmachten sich in Erklärungen einlassen. Wollen, daß Se. Majestät dem, mit der Unabhängigkeit der Souveräne verbundenen Rechte, ihre Interessen durch ihre Bevollmächtigten verhandeln zu lassen, entsage, indem sie sich Regeln fügt, hinsichtlich deren kein Beispiel in der Geschichte enthalten ist, daß man von ihnen abgewichen sei, — dies hieße einen Anspruch erheben, welchen jeder Staat, der das Gefühl seiner Würde bewahrt, zurückweisen würde. Se. Majestät wird, was sie betrifft, nicht darein willigen, hinsichtlich ihrer Verbündeten würde sie gar nicht das Recht hierzu haben. Se. Majestät hat schon bei der Unterhandlung des Waffenstillstandes durch den Herzog von Vicenza an Rußland und Preußen die Erklärung abgeben lassen, daß sie auf Grundlagen, welche für alle Theile vortheilhaft sind, zu unterhandeln bereit sei. Sie ermächtigt den Unterzeichneten von neuem: auf der unmittelbaren Eröffnung eines Congresses für den allgemeinen Frieden, und falls England dem Frieden auf dem Festlande beizutreten verweigert hätte, oder verweigern würde, für den Continentalfrieden an einem, zwischen den Hauptquartieren der verschiedenen kriegführenden Höfe liegenden Orte zu bestehen, und die wiederholte Erklärung zu geben, daß, sobald ihre Gegner und deren Verbündete ihre Bevollmächtigten ernannt haben werden, und der Ort des Zusammentritts zum Congresse bezeichnet ist, sie die ihrigen senden, und auch alle ihre Verbündeten zur Absendung von Bevollmächtigten einladen werde. Indem Se. Majestät bei ihrem dringenden Wunsche in Unterhandlung zu treten beharrt, schmeichelt sie sich, daß man ihr weder die Absicht den Frieden fern zu halten, noch die zum Nachtheil der Menschheit stattgefundene Verzögerung der Congreßeröffnung zuschreiben werde, worin sie vielmehr das alleinige Mittel zur Vollendung des heilsamen Werkes erblickt, welches der Gegenstand aller Wünsche Sr. Majestät und das Ziel aller ihrer Hoffnungen ist." [1])

[1]) Fain, I. 117–25.

Das angebliche Bestreben Napoleon's, den Krieg und das Blutvergießen zu endigen, und seine Klage, daß der Waffenstillstand bis dahin zur Friedensstiftung nicht benutzt worden sei, standen mit der Wirklichkeit in schreiendem Widerspruche, und liefern merkwürdige Belege für seine Verstellungskunst. Er nahm den Schein an, als ob er sich für die, von Oesterreich in London gethanen Schritte zu Anbahnung von Unterhandlungen interessire, die er doch durch seine, dem Gesetzgebenden Körper gegebene Erklärung von der Unverletzlichkeit des französischen Gebiets und desjenigen seiner Bundesgenossen unmöglich, oder doch erfolglos gemacht zu haben sich bewußt war. Nachdem deshalb der erste diesfallsige Versuch Oesterreichs mislungen, hatte er sich zwar mit der anderweiten Absendung eines österreichischen Bevollmächtigten nach London zu demselben Zwecke, sowie damit für einverstanden erklärt, daß derselbe seinen Weg durch Frankreich nehme. Es wurden aber dem österreichischen Gesandten die hierzu nöthigen Pässe unter allerlei Vorwänden vorenthalten, und selbiger, als er deshalb seinen Weg über Hamburg nahm, auf Napoleon's Befehl dort festgehalten. Alles dies hielt ihn jedoch nicht ab, Maret's Feder zu dieser Note in der wiedergegebenen Weise sich zu bedienen, denn dieser kannte seine wahre Gesinnung um so besser, als er gerade von ihm angewiesen worden war: den Grafen Bubna so lange, als möglich hinzuhalten, und eine entscheidende Erklärung auf die österreichischen Friedensvorschläge zu verzögern.

Graf Metternich beantwortete diese beiden Noten unter dem 22. Juni von Gitschin aus, und zwar jede besonders. Auf die erste, den Bundesvertrag betreffende Note erwiderte er:

„Oesterreich und Frankreich haben am 14. März 1812 ein Bündniß im Sinne desjenigen von 1756 abgeschlossen. Dieses rein auf die Vertheidigung gerichtete Bündniß stützt sich auf den Grundsatz der Aufrechterhaltung des Friedens auf dem Festlande und zur See. Es beruht also auf der, einer gesunden Politik angemessenen Grundlage, und seine Bestimmungen schließen die vollkommenste Gegenseitigkeit zwischen den hohen verhandelnden Theilen ein. Jede Abänderung, welche man mit dem klaren Vertrage vornehmen wollte, könnte nur zum Nachtheile des einen, oder andern dieser Grundsätze gereichen. Die besonderen und geheimen Artikel haben die Art der österreichischen Mitwirkung in einem Kriege bestimmt, welcher unglücklicherweise nur zu sehr vorherzusehen, und ungeachtet aller Anstrengungen Sr. k. k. Majestät unvermeidlich war.

Der Krieg brach wirklich aus. In dem Laufe eben dieses Feldzuges von 1812, welcher durch die größten Anstrengungen der kriegführenden Parteien und durch einen Menschenverlust sich auszeichnet, von dem die Geschichte kein Beispiel darbietet, hörte indessen der Kaiser, getreu seinen Grundsätzen, nicht auf: seine Blicke auf die schnellste Wiederherstellung des Friedens zu richten. Se. k. k. Majestät ergriff, um diesen Wunsch wirksamer zu

machen, den Augenblick, wo nach einem ersten Feldzuge eine, zur Verständigung mit den Mächten hinreichende Pause sich darbot. Sie trug im letztvergangenen Monate Februar Frankreich, Rußland und England ihr Dazwischentreten an. Sie erstreckte dies Anerbieten auch auf Preußen von dem Augenblicke an, wo diese Macht als eine Hauptpartei auf dem Schauplatze erschien. Alle, mit Ausnahme Englands, hießen das Dazwischentreten Oesterreichs willkommen. Es war jedoch bald nur zu sehr offenbar, daß eine, lediglich auf die guten Dienste des wiener Hofes gestützte Unterhandlung nicht hinreichen würde, um die Mächte, welche durch eine große Verschiedenheit der Interessen getrennt waren, einander zu nähern, zumal da ihnen jedes Opfer, jede Anstrengung nach denen des Jahres 1812 gering erscheinen mußte. Der Kaiser verlor den Muth nicht. Er zögerte nicht Maßregeln zur Unterstützung seiner Friedensworte zu ergreifen, indem er achtunggebietende Streitkräfte bildete, und mit Genugthuung sah Se. k. k. Majestät durch die, im letztvergangenen Monate April gemachten Mittheilungen der französischen Gesandten am wiener Hofe, daß seine Ansicht in dieser Beziehung durch Se. Majestät den Kaiser Napoleon getheilt ward. Der Unterzeichnete wurde angewiesen: auf das amtliche Schreiben des Herrn Grafen von Narbonne vom 21. April zu erwidern, daß Ihre k. k. Majestät ihr einfaches Dazwischentreten zu einer Vermittelung erhöhen, und fortan als Hauptpartei auf dem Kampfplatze erscheinen werde.

Da Oesterreich seitdem nicht zugleich als Hauptpartei handeln und eine beschränkte Hülfe leisten konnte, so erhielt das österreichische Hülfsheer Befehl: nicht mehr das Waffenglück auf fremdem Gebiete zu versuchen, sondern in die Reichsgrenzen zurückzukehren. Gleichzeitig erklärte der Kaiser der französischen Regierung, daß seine Vermittelung die Grundlage des Bündnisses mit Frankreich in keiner Weise beeinträchtigen solle, indem die beiden hohen Vertrag schließenden Theile miteinander darüber einverstanden seien, diejenigen Bestimmungen des Vertrags vom 14. März 1812, welche sich mit der, durch das Bedürfniß nach Wiederherstellung des Friedens gebotenen Stellung nicht vertrügen, einstweilen zu beseitigen. Ihre k. k. Majestät fügte hinzu, daß sie bereit sei, in einer diplomatischen Urkunde diesen Vorbehalt zu bescheinigen.

Aus diesen, in ihre natürliche Reihenfolge gestellten Thatsachen folgt, daß Oesterreich weit davon entfernt ist sein Bündniß mit Frankreich, welches wesentlich auf dem Grundsatze des Friedens beruht, als unvereinbar mit seiner Vermittelung zu betrachten, welche nur dahin zielt, die Ruhe in Europa wiederherzustellen. Der Kaiser hat nie ein Bündniß genehmigt, welches nicht den Frieden zur Grundlage gehabt hätte. Er würde jeder Verpflichtung entsagen, welche der Wiederherstellung desselben entgegen liefe. Da Se. Majestät, der Kaiser der Franzosen, außerdem wünscht, daß das Anerbieten und die Annahme der österreichischen Vermittelung ebenfalls in einer diplomatischen Urkunde aufgezeichnet werden, so trägt der Kaiser von Oesterreich kein Bedenken, hierzu die Hand zu bieten. Se. k. k. Majestät hat deshalb dem Unterzeichneten befohlen Sr. Excellenz, dem Herzoge von Bassano, zu erklären:

1) In der Ueberzeugung, daß zwischen dem Vertrage vom 14. März 1812 und der Vermittelung ein Widerspruch nicht bestehe, ermächtigt sie den Unterzeichneten, mit der französischen Regierung über einen ausdrücklichen Vorbehalt hinsichtlich der dadurch berührten Bestimmungen desselben sich zu verständigen.
2) Sie weigere sich in keiner Weise, eine Uebereinkunft hinsichtlich des Anerbietens und der Annahme der österreichischen Vermittelung zu treffen.

3) Der Unterzeichnete endlich sei beauftragt und mit der nothwendigen Vollmacht versehen, den Wortlaut der beiden Urkunden festzustellen und sie zu unterzeichnen.

Wenn das österreichische Cabinet bei dieser Gelegenheit auf die früher von ihm geäußerte Meinung zurückkam, nach welcher seine Eigenschaft als Bundesgenosse Frankreichs kein Hinderniß für die von ihm zu übernehmende Friedensvermittelung sei, wenn es sich zu Ausstellung einer besonderen Urkunde darüber erbot, daß sein Bundesvertrag mit Frankreich nur einstweilen außer Wirkung gesetzt, nicht aufgehoben sei, so geschah dies offenbar, um gleichzeitig die Beurkundung zu erhalten: Frankreich habe Oesterreich als Vermittler des Friedens anerkannt, und um mindestens die Beschickung eines unter seiner Leitung stattfindenden Friedenscongresses herbeizuführen. Denn beides war geeignet seine Berechtigung zu dem gefaßten Entschlusse außer Zweifel zu stellen: seinen bisherigen Bundesgenossen zu bekriegen, wenn derselbe die ihm von Oesterreich, als nunmehrigen Vermittler, vorgeschlagenen billigen Friedensbedingungen verwerfe."

Die Behauptung: das Bündniß des Kaisers von Oesterreich mit Napoleon habe nur die Aufrechthaltung des Friedens bezweckt, während dabei nicht verschwiegen wird: der Krieg, für welchen Oesterreich seine genau bestimmte Mitwirkung zusagte, sei nur zu sehr vorauszusehen gewesen, ist freilich mehr geeignet ein Lächeln des Spottes, als den Glauben an die Aufrichtigkeit jener Behauptung zu erregen, denn theils war Frankreichs Krieg gegen Rußland ein aus der unbegrenzten Herrschsucht Napoleon's entsprungener Angriffskrieg, theils wird ja selbst eingestanden, daß keine Aussicht vorhanden gewesen sei: Rußland werde infolge des österreichisch-französischen Bündnisses den ihm drohenden Krieg vermeiden. Wenn auch die Hohlheit solcher Gründe und der, aus ihnen abgeleiteten Folgerung: zur bedungenen Kriegshülfe nicht verbunden zu sein, von selbst in die Augen springt, so erreichte das österreichische Cabinet seinen Zweck dennoch, weil er zufällig mit dem, von Napoleon verfolgten Ziele zusammenfiel, welches darin bestand: durch scheinbare Friedensunterhandlungen Zeit zu neuen Kriegsrüstungen zu gewinnen.

In der zweiten, die Art der Friedensvermittelung betreffenden Note, ebenfalls vom 22. Juni, sagte der österreichische Minister des Auswärtigen Folgendes:

„Der Kaiser hat im letztvergangenen Monate Februar den kriegführenden Hauptparteien das Anerbieten seines Dazwischentretens, behufs der Wiederherstellung des Friedens, zugehen lassen. Ueberzeugt, daß ohne ein richtiges Gleichgewicht die Europa so nöthige Ruhe nicht vollständig gesichert werden könne, und nicht weniger überzeugt, daß dies Gleichgewicht mit dem Frieden zur See in unmittelbarem Zusammenhange stehe, mußten die Wünsche Sr. Majestät nothwendig auf einen solchen Frieden sich erstrecken. Sie hatte die

Genugthuung, ihre Dazwischenkunft durch die Mächte, welchen sie dieselbe angeboten hatte, angenommen zu sehen. England allein lehnte sie ab.

Der Gang der Ereignisse veranlaßte Oesterreich, sein Dazwischentreten in eine wirkliche Vermittelung zu erweitern. Der Kaiser bot sie den kriegführenden Hauptparteien an. Jedenfalls hat Se. k. k. Majestät den Zeitpunkt, wo die Vermittelung förmlich angenommen sein würde, erwarten zu müssen geglaubt, um der britischen Regierung gegenüber einen neuen Schritt zu thun. Ein solcher hat in diesem Augenblicke stattgefunden. Gleichwol stehen ungeheuere Streitkräfte einander nahe, der Waffenstillstand läuft nächstens ab, und die Gegenwart der Heere ist ein zu bedeutendes Hinderniß für die Verlängerung eines einfachen Waffenstillstandes, als daß der Kaiser das unmittelbare Zusammentreten eines Congresses, zu welchem alle europäischen Mächte mit Einbegriff der Regentschaft zu Cadix und der Vereinigten Staaten von Amerika zu berufen sein würden, als möglich annehmen könnte. Wie dürfte man in der That voraussetzen, daß die unerläßlichen Vorbereitungen: die Verhandlung darüber, welche Form man dem Congresse geben wolle, die Ankunft der Bevollmächtigten und die vorgängige Verständigung über die Grundlage des Friedenswerkes, nicht Verzögerungen mit sich brächten, die eine sehr ungleiche Auseinanderlegung der Heere nothwendig machen würden? Und wie dürfte man die Möglichkeit annehmen, daß die eine, oder andere kriegführende Partei ohne Bürgschaft die Vortheile aufgeben würde, für welche sie in der gegenwärtigen Stellung ihrer Streitkräfte ein sicheres Pfand zu haben glaubt?

Bei diesem Stande der Sache hat der Kaiser sich bemüht, seine Schritte zu Gunsten einer allgemeinen Friedensstiftung mit den gegenwärtigen Verhältnissen auszugleichen. Se. k. k. Majestät hat vorgeschlagen, daß unter ihrer Vermittelung zwischen den Hauptmächten des Festlandes über den Frieden verhandelt werde, welcher an und für sich als Grundlage des allgemeinen Friedens dienen könne. Dieser erste Friede wird die Mächte in eine Stellung versetzen, welche ihnen erlauben wird, das Zusammentreten eines allgemeinen Congresses abzuwarten. Er wird unmittelbar zu einem Frieden zur See führen, dergestalt, daß letzterer die Ergänzung des Continentalfriedens bildet. Kein Zweifel ist endlich vorhanden, daß diese Unterhandlung nicht leicht vor Ende des Waffenstillstandes zum Ziele geführt werden könne. Da nun das Schloß Gitschin in Böhmen zugleich als der nächste, und am meisten in der Mitte der beiden großen Hauptquartiere liegende Ort sich darstellt, so steht Sr. Majestät nicht an, Se. Majestät, dem Kaiser Napoleon, vorzuschlagen, einen Unterhändler von seiner Seite in besagtes Schloß Gitschin zu senden.

Der Unterzeichnete ist angewiesen hinzuzufügen, daß dasselbe Ersuchen auch an Se. Majestät, den Kaiser von Rußland, und an Se. Majestät, den König von Preußen, gerichtet worden ist. Es genügt sicher, den Zweck dieser Einladung bezeichnet zu haben, damit Se. Majestät, der Kaiser der Franzosen, nicht den mindesten Zweifel darüber hegen könne, daß es durchaus nicht in der Absicht des Kaisers von Oesterreich liege, seine freiwillig von den Mächten angenommene Vermittelung mit Formen zu umgeben, welche die Ausschließung besonderer, mit Vermittelung der Interessen von Seiten der hohen betreffenden Theile beauftragter Unterhändler mit sich brächten. Se. k. k. Majestät hat sich immer als zu eifriger Vertheidiger der Rechte der Souveräne und des Grundsatzes der Unabhängigkeit der Mächte gezeigt, als daß sie die Versicherung für nöthig hielte: sie achte beide in ihren geringsten Einzelheiten." [1])

---

[1]) Fain, II, 126—32.

Das österreichische Cabinet hätte den ihm von Napoleon gemachten grundlosen Vorwurf: den Waffenstillstand für die übernommene Friedensvermittelung nutzlos verstreichen zu lassen, gründlich widerlegen, und auf seinen Urheber zurückwälzen können, denn es war ja nicht seines Bevollmächtigten, des Grafen von Bubna, Schuld, daß der Kaiser der Franzosen sich um diesen nicht bekümmerte, vielmehr dessen Abreise aus dem französischen Hauptquartiere nach Dresden veranlaßte, sodaß derselbe erst, als Napoleon dahin zurückgekehrt war, ihn an die anzuknüpfenden Friedensunterhandlungen erinnern konnte. Auch durfte Oesterreich nach der von Napoleon im „Moniteur" verkündigten Absicht: einen allgemeinen Friedenscongreß zu veranstalten, diesfallsige Eröffnungen von französischer Seite erwarten. Die Rolle der Vermittelung konnte für dasselbe überhaupt füglich nicht eher beginnen, bis nicht eine der kriegführenden Parteien es beauftragt hatte, der anderen eine Mittheilung zu machen. Indem es den Kaiser der Franzosen durch den Grafen Bubna daran erinnern ließ: es sei doch Zeit etwas dafür zu thun, daß jener angekündigte Friedenscongreß zu Stande käme, that es in dieser Beziehung, was es vermochte, und zeigte thatsächlich, daß es den Congreß wünsche. Allein dem österreichischen Minister lag daran alles zu vermeiden, was Napoleon's Zorn hätte steigern und zu unangenehmen Erörterungen führen können. Deshalb betheuerte er auch, daß Oesterreich nicht daran denke, den kriegführenden Mächten eine, ihnen nicht genehme Modalität der Unterhandlungen aufzudringen. Durch Eingehen auf die verlangten Förmlichkeiten suchte er ferneren Vorwänden des französischen Cabinets, welche zu fortdauernder Verzögerung des zu eröffnenden Friedenscongresses hätten führen können, vorzubeugen, damit dasselbe endlich mit den Bedingungen, unter welchen es Frieden schließen wolle, hervortrete. Da Napoleon eine längere Frist für den Waffenstillstand gewünscht hatte, so gab Metternich zu, daß dessen Verlängerung zu Erreichung einer gegenseitigen Verständigung ersprießlich sein würde, und stellte in Aussicht, eine solche von den Verbündeten zu erlangen, wenn den beiden Parteien eine Bürgschaft für die Wahrscheinlichkeit einer Verständigung gegeben werde. Hierunter war aber zu verstehen, daß die Vermittelung Oesterreichs keine einfache, sondern eine bewaffnete sein müsse, und die nothwendige Folge einer bewaffneten Vermittelung war, daß diejenige Partei, welche die vom Vermittler als sachgemäß und billig empfohlenen Friedensbedingungen verwarf, zu gewärtigen habe, letzterer werde sich der Gegenpartei,

welche sie genehmigt hatte, anschließen. Je weniger Oesterreich das Gelingen der von ihm übernommenen Friedensvermittelung hoffte, desto mehr lag ihm daran, daß mindestens ein diesfallsiger Versuch auf dem angekündigten Friedenscongresse gemacht werde, denn die von ihm, unter ausdrücklicher Genehmigung der Parteien, durchzuführende Vermittlerrolle sollte ihm den Weg bahnen, seine politische Stellung zu verändern und aus Napoleon's Bundesgenossen derjenige der Verbündeten zu werden.

Die am 27. Juni durch Maret ertheilten Antworten zeigten den guten Eindruck, welchen Metternich's beide Noten, mehr vielleicht noch die von Napoleon inzwischen wahrgenommene Unmöglichkeit, Rußland mit seinen Verbündeten zu entzweien, auf diesen gemacht hatten, da derselbe sich wieder der trügerischen Hoffnung zugewendet zu haben scheint: es werde ihm schließlich doch vielleicht gelingen seinen kaiserlichen Schwiegervater durch glänzende Versprechungen zu gewinnen. Hinsichtlich des, der Form nach noch bestehenden französisch-österreichischen Bündnisses ließ er erwidern:

„Se. Majestät, der Kaiser und König, hat mit Genugthuung gesehen, daß Se. Majestät, der Kaiser von Oesterreich, die Gesinnung und Geneigtheit bewahrt hat, welche die Bedingungen des Bundesvertrags vom 14. März 1812 dictirt haben. Da aber Se. Majestät, der Kaiser von Oesterreich, einen ausdrücklichen Vorbehalt hinsichtlich derjenigen Bedingungen des besagten Vertrags wünscht, welche er auf die gegenwärtigen Umstände nicht für anwendbar hält, und deshalb den Herrn Grafen von Metternich mit den nöthigen Vollmachten versehen hat, um mit der französischen Regierung zu diesem Behufe eine Uebereinkunft zu treffen, so hat Se. k. k. Majestät den Unterzeichneten angewiesen zu erklären, daß er ebenfalls mit Vollmacht versehen sei besagten Vertrag zu besprechen, abzuschließen und zu unterzeichnen."

In einer besonderen Note von demselben Tage ging der Herzog von Bassano auf die Natur des französisch-österreichischen Bundesvertrags in folgender Weise näher ein:

„Da der Unterzeichnete Verhaltungsbefehle und Vollmacht erhalten hat, die Vorbehalte zu besprechen, zu förmeln und zu unterzeichnen, welche Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich angemessen findet zum Bundesvertrage vom 14. März 1812 zu machen, und da er, den Absichten Sr. Majestät des Kaisers und Königs gemäß, diese Unterhandlung so sehr, als möglich beschleunigen will, so geht er sofort auf die Sache ein, und bittet Se. Excellenz, den Grafen von Metternich, ihm den Entwurf der von seinem Hofe gewünschten Vorbehalte zuzustellen.

Der Bundesvertrag besteht aus neun Artikeln.

Durch den ersten Artikel verpflichten sich die beiden hohen, vertragschließenden Theile, die größte Aufmerksamkeit auf die Aufrechthaltung des guten Einverständnisses zu verwenden, welches so glücklich zwischen ihnen und ihren betreffenden Staaten und Unterthanen besteht. Se. Majestät, der

Kaiser von Oesterreich, hat ohne Zweifel gegenwärtig noch dieselben Gesinnungen. Indessen bekundet die Stellung des österreichischen Heeres in Böhmen, welches seine Truppenkette dem französischen Heere gegenüber aufrecht hält, und gegen den bestehenden Gebrauch den französischen Offizieren und Agenten, obgleich sie mit regelrechten Pässen versehen sind, den Weg sperrt, eine Veränderung der Beziehungen, die der Zweck dieses Artikels wesentlich beeinträchtigt. Wenn die Uebereinkunft Bestand haben soll, so wäre es beiderseits angemessen, ohne Verzug Maßregeln zu treffen, um alles zu vermeiden, was das gute Einvernehmen stören könnte, und um sich über die Stellung der Truppen an den betreffenden Grenzen zu verständigen.

Durch den zweiten Artikel verbürgen sich die beiden vertragschließenden Theile einander die Unverletzlichkeit ihres gegenwärtigen Gebiets. Se. Majestät hält ihrerseits diese Bürgschaft aufrecht. Der Unterzeichnete hat die Ehre den Herrn Grafen von Metternich zu bitten, ihn in Kenntniß zu setzen: ob Oesterreich dasselbe thue, oder ob der zweite Artikel des Vertrags unter die Vorbehalte versetzt werden solle?

Der dritte Artikel setzt die Verpflichtung für beide Theile fest, sich gegenseitig in dem Falle zu unterstützen, wo, ungeachtet der von einem, oder dem andern Theile geleisteten guten Dienste, einer, oder der andere angegriffen, oder bedroht würde.

Der vierte und fünfte Artikel bestimmen das Maß des Beistandes und den Zeitpunkt, wann er geleistet werden soll. Se. Majestät, ihren Grundsätzen treu bleibend, betrachtet diese Bedingungen als nützlich und in dem Geiste des Bündnisses. Jedenfalls wird der Unterzeichnete die Ehre haben sich über die Abänderungen zu erklären, welche Oesterreich wünscht, sobald er von selbigen Kenntniß erhalten haben wird.

Der sechste und siebente Artikel beziehen sich auf die beiderseitigen, die Unverletzlichkeit des Ottomanischen Reichs und die Schiffahrt der Neutralen betreffenden Grundsätze. Der Unterzeichnete wünscht auch hinsichtlich dieser beiden Artikel die Vorbehalte kennen zu lernen, welche Oesterreich für angemessen hält. Was die geheimen Artikel anbelangt, so würden die Vorbehalte, deren Gegenstand sie sein können, eine Ergänzung derjenigen bilden, welche die öffentlichen erleiden sollen, und hinsichtlich deren es nun nothwendig ist, vorläufig die Ansichten kennen zu lernen, welche Se. Excellenz der Herr Graf von Metternich vorzubringen hätte."

Die Note, welche die Vermittelung betraf, und den beiden andern beilag, lautete:

„Der unterzeichnete Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat zu der Kenntniß Sr. Majestät, des Kaisers und Königs, die zweite Note gebracht, welche ihm gestern durch Se. Excellenz, den Grafen von Metternich, in der Note vom 22. d. M. zugestellt worden ist. Se. k. k. Majestät hat über die in dieser Note enthaltenen Erklärungen eine wahrhafte Genugthuung empfunden, bedauert jedoch die Zeit, welche seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes verflossen ist, und die so nützlich zum Werke des Friedens hätte verwendet werden können.

Nach der ihr gemachten Erklärung über die Gesinnungen, von welchen Se. Majestät, der Kaiser Franz, für die Rechte der Souveränetät beseelt ist, erkennt sie an, daß diese Verzögerungen Oesterreich nicht zugerechnet werden dürfen. Se. k. k. Majestät hat mit gleicher Befriedigung vernommen, daß Se. Excellenz, der Graf von Metternich, mit den nöthigen Vollmachten bekleidet sei, um wegen einer, die Annahme der Vermittelung Sr. Majestät, des Kaisers von Oesterreich, betreffenden Uebereinkunft zu unterhandeln, und hat demzufolge dem Unterzeichneten zu erklären befohlen, daß er ebenfalls

mit Vollmachten versehen ist, um besagte Uebereinkunft zu besprechen, abzuschließen und zu unterzeichnen."

Graf Metternich, der inzwischen in Dresden angekommen war, beantwortete die, das Bündniß betreffende Note am 28. Juni in nachstehender Weise, welche der anfänglich bezeigten Genugthuung des Kaisers der Franzosen sofort ein Ende machte, indem sie dessen wiedererwachte Hoffnung: Oesterreich werde das Vermittleramt in seinem Sinne auffassen, als grundlos darstellte. Der österreichische Minister schrieb:

„Die Stellung des Vermittlers ist ohne Zweifel nur bei der vollständigsten Unabhängigkeit denkbar. Wenn der politischen Unabhängigkeit Oesterreichs durch den Geist des Bündnisses vom 14. März 1812 nicht Abbruch gethan werden kann, da das Bündniß nur auf Vertheidigung gerichtet, und geradezu auf die Erhaltung des Friedens auf dem Festlande, sowie auf den Wunsch gegründet war: den Frieden zur See herzustellen, so ist dies doch hinsichtlich des Buchstabens des Vertrags nicht der Fall. Der Unterzeichnete, welcher sich nur auf seine Note vom 22. Juni beziehen kann, schlägt bei Beantwortung derjenigen des Herrn Herzogs von Bassano vom heutigen Tage Sr. Excellenz vor: in einem für die Menschheit so wichtigen Augenblicke jede Erörterung über die besonderen Artikel des Vertrags vom 14. März 1812 zu vermeiden, und die, besagten Vertrag betreffenden Vorbehalte in einer gemeinschaftlichen Erklärung Oesterreichs und Frankreichs niederzulegen, etwa in der Weise, wie der Unterzeichnete die Ehre hat dies in dem beigefügten Entwurfe anzudeuten." [1])

Die Ablehnung, über die geheimen oder besonderen Artikel des Bundesvertrags vom 14. März 1812 in Unterhandlung zu treten, zeigte, daß das österreichische Cabinet weise genug war, durch augenblickliche, ihm von Napoleon gern bewilligte Vortheile sich nicht um die dauernden Früchte seiner gewandten und vorsichtigen Politik und die ihm sichere Anführerstelle über die, gegen die französische Uebermacht schlagfertig stehenden Heere des Festlandes bringen zu lassen.

In jenem, des Scheines halber, beigefügten Entwurfe dieses, längst durch die Macht der Ereignisse werthlos gewordenen Bundesvertrags war ausgesprochen, daß die Wirkung desselben für die Dauer der Unterhandlung aufgehoben sein solle, mit dem Vorbehalte jedoch, ihn wieder in Wirksamkeit zu setzen, und zwar mit solchen Abänderungen, welche infolge der Friedensvermittelung nöthig schienen.

Verhältnisse wie die fraglichen vertrugen allerdings keine nähere Prüfung, sollte nicht der zwischen den Vertragsbestimmungen und der

---

[1]) Fain, II, 133—39.

Wirklichkeit bestehende Widerspruch noch greller hervortreten. Deswegen sollte ein allgemeiner Vorbehalt die Kluft, welche die Parteien trennte, verhüllen. Allein derselbe ließ trotz seiner Allgemeinheit die andere Hälfte der Frage unbeantwortet, was nämlich geschehen solle, wenn die Unterhandlungen während des Waffenstillstandes nicht zum Abschlusse des Friedens führten? Da nun aber Napoleon, welcher die ihm von Oesterreich so oft schon angerathenen Opfer zu verweigern entschlossen war, ein solches Ergebniß der Unterhandlungen gerade voraussah, so war es natürlich, daß die Unzulänglichkeit des von Oesterreich vorgeschlagenen Verfahrens vom französischen Cabinete hervorgehoben wurde.

An demselben Tage gewährte Napoleon dem österreichischen Minister des Auswärtigen jene merkwürdige, fast sechsstündige Unterredung, in welcher er, vom Zorne hingerissen, seine Gedanken rücksichtslos offenbarte, und Metternich davon überzeugte: wie wenig Hoffnung dafür vorhanden sei, daß er freiwillig auf seine gebietende Stellung in Europa verzichten werde.

Als Metternich im Marcolinischen Palais ankam, wo Napoleon, fern vom Geräusche der Stadt, seine Wohnung genommen hatte, fand er die Vorzimmer von fremden Ministern sowol, als französischen Offizieren aller Grade angefüllt. Der Fürst von Neufchatel, Berthier, empfing ihn und sprach, indem er ihn nach dem Cabinete des Kaisers führte:

„Nun, bringen Sie uns den Frieden? Seien Sie doch vernünftig, enden wir diesen Krieg, denn dies ist für uns eben so nöthig, als für Euch!“

Metternich fand hierin nur eine Bestätigung des, von seinen Kundschaftern ihm oft wiederholten Umstandes, daß nicht blos das französische Volk, sondern auch das Heer, ja selbst dessen Anführer, des Krieges müde, sich nach Frieden sehnten. Als er in Napoleon's Zimmer trat, sah er denselben in Uniform, den Degen an der Seite und den Hut unter dem Arme ihn erwartend stehen.

Von der Genugthuung, welche er nach Maret's Noten über die österreichischen Erklärungen vom 22. Juni hatte durchblicken lassen, war in seiner finsteren, doch kalt höflichen Haltung keine Spur zu bemerken. Wahrscheinlich kannte er bereits Metternich's, erst am Vormittage dem französischen Cabinete gemachten Vorschlag: für jetzt jede Erörterung der Artikel des Bundesvertrags vom 14. März 1812 zu vermeiden, und erblickte in ihm den verhaßten Diplomaten, welcher ihm die Früchte der so theuer erkauften Siege von

Lützen und Bautzen zu entreißen trachtete, indem er ihn durch die Drohung von Oesterreichs Uebertritt zu einem unwillkommenen Frieden nöthigen wollte.

„Nun da sind Sie ja, mein Herr von Metternich, seien Sie willkommen!“ rief Napoleon mit bitterer Ironie. „Aber warum kommen Sie so spät, wenn Sie den Frieden wollen. Wir haben schon einen Monat verloren, und Euere Vermittelung nimmt dadurch, daß nichts von Euch gethan wird, fast einen feindlichen Charakter an.“

Metternich bezeigte hierbei durch eine Geberde sein Erstaunen. Napoleon beachtete es aber nicht, und fuhr noch leidenschaftlicher in seiner Rede fort.

„Ich habe dem Kaiser Franz drei Male seinen Thron zurückgegeben, ich habe sogar den Fehler begangen, seine Tochter zu heirathen, in der Hoffnung, ihn an mich zu fesseln, aber nichts hat ihm bessere Gesinnungen einzuflößen vermocht. Im letztvergangenen Jahre habe ich, auf ihn rechnend, einen Bundesvertrag mit ihm geschlossen, durch welchen ich ihm seine Staaten, er mir die meinigen verbürgte. Wenn er mir gesagt hätte, daß dieser Vertrag ihm nicht anstehe, so würde ich nicht auf ihm bestanden haben, ja, ich hätte mich nicht einmal in einen Krieg mit Rußland eingelassen. Aber er hat den Vertrag unterzeichnet, und nach einem einzigen Feldzuge, dessen Unglück die Elemente verschuldeten, schwankt er, und will nicht mehr das, was er eifrig zu wollen schien. Er tritt zwischen meine Feinde und mich, um den Frieden zu unterhandeln, wie er sagt, in Wirklichkeit aber, um mich in meinem Siegeslaufe zu hemmen, und meinen Händen Gegner zu entreißen, welche ich zu zermalmen im Begriffe stand.

„Wenn Euch an meinem Bündnisse nichts gelegen war, wenn es Euch drückte, wenn es Euch mit dem übrigen Europa zu einem Kriege fortzog, der Euch zuwider war, warum sagtet Ihr es mir nicht? Ich hätte nicht darauf bestanden, Euch dazu zu zwingen. Euere Parteilosigkeit hätte mir genügt, und das gegen mich geschlossene Bündniß bestände zur Stunde nicht mehr.

„Was sind bis jetzt die Ergebnisse des Waffenstillstandes? Ich kenne keine anderen, als die beiden Verträge von Reichenbach, welche England von Preußen und Rußland eben erlangt hat. Man spricht auch von einem Vertrage mit einer dritten Macht. Aber Ihr habt ja den Herrn von Stadion an Ort und Stelle, und müßt in dieser Beziehung besser, als ich unterrichtet sein?“

Ohne eine Antwort auf diese höhnische Frage abzuwarten, fuhr er fort:

„Geben Sie es nur zu, seitdem Oesterreich den Titel eines Vermittlers angenommen hat, steht es nicht mehr auf meiner Seite, ist nicht mehr unparteiisch, sondern mir feindlich. Ihr waret im Begriffe Euch zu erklären, als der Sieg von Lützen Euch zurückhielt! Wenn Ihr Vermittler sein wollt, warum sind Euere Wagschalen nicht gleich? Euer Cabinet will meine Verlegenheit benutzen, ja, sie so viel, als möglich vermehren, um alles, oder doch mindestens einen Theil dessen, was Oesterreich verloren hat, wieder zu erlangen. Die große Frage für Euch ist, zu wissen, ob Ihr mich schröpfen könnt ohne Kampf, oder ob Ihr deshalb offen in die Reihen meiner Feinde treten müßt. Mit einem Worte, Ihr nehmt eine Haltung an, wie Leute, welche bereit sind mir den Krieg zu erklären. Erklärt Euch, wollt Ihr Krieg mit mir? —

„Die Menschen bleiben also unverbesserlich! Empfangene Lehren werden ihnen nie dienlich sein! Die Russen und Preußen — ungeachtet schmerzlicher Erfahrungen — haben, durch die Erfolge des letzten Winters kühn gemacht, es gewagt mir entgegen zu treten. Aber ich habe sie geschlagen, tüchtig geschlagen, wenn sie Euch schon das Gegentheil gesagt haben. Ihr wollt also auch an die Reihe kommen? Nun wohl, es sei! Ihr sollt daran kommen. Ich gebe Euch in Wien ein Stelldichein im October!"

Napoleon hatte den Grafen Metternich nach Dresden entboten, um durch persönliche Einwirkung auf ihn entweder Oesterreichs Parteilosigkeit bei dem Wiederausbruche des Krieges zu erlangen, oder doch so viel Zeit zu gewinnen, daß er seine Rüstungen vollenden könne. Von blinder Leidenschaft fortgerissen, that er aber Aeußerungen, welche den österreichischen Minister, wenn er nur einen Funken von Vaterlandsliebe und Selbstgefühl besaß, aufs tiefste verletzen und in ihm den Wunsch erregen mußten, die erlittenen Beleidigungen zu rächen. Von Leidenschaft verblendet that er mithin alles, um seine klug ersonnenen Pläne selbst zu vereiteln. Metternich setzte seinem zornigen Ungestüme kalte Entschlossenheit entgegen und erwiderte:

„Sire, wir wollen Ihnen nicht den Krieg erklären, aber wir wollen einen, für Europa unerträglich gewordenen Zustand der Dinge nicht länger fortdauern lassen, einen Zustand, welcher uns alle in jedem Augenblicke mit einem allgemeinen Umsturze bedroht. Ew. Majestät ist dabei ebenso sehr betheiligt, als wir, denn das Glück könnte eines Tages auch Ihnen untreu werden, und bei

dieser schrecklichen Unbeständigkeit der Verhältnisse wäre es nicht unmöglich, daß Sie selbst in eine verhängnißvolle Lage geriethen."

„Aber was wollt Ihr denn?" unterbrach ihn Napoleon, „was verlangt Ihr?"

„Frieden", erwiderte Metternich, „einen nothwendigen, unerläßlichen Frieden; einen Frieden, dessen Sie ebenso sehr bedürfen, als wir; einen Frieden, welcher Ihre Stellung ebensowol befestigt, als die unserige."

Napoleon ergriff nun eine Landkarte und erwartete zu vernehmen, was Oesterreich als Preis dafür verlange, daß es ihn mindestens in seinen Entwürfen nicht ferner hemmen wolle. Er sagte deshalb:

„Ihr seid noch nicht darüber klar, auf welcher Seite Ihr die größten Vortheile erlangen könnt, und Sie sind vielleicht deshalb hierher gekommen, um darüber Gewißheit zu erlangen. Nun wohl, unterhandeln wir deshalb!"

Unbewegt durch diese augenscheinliche Bereitwilligkeit ausgesprochenen Wünschen ein geneigtes Gehör zu schenken, antwortete der österreichische Minister:

„Der einzige Vortheil, welchen der Kaiser, mein Herr, zu erreichen strebt, besteht darin, soviel Einfluß zu erlangen, um den Cabineten Europas den Geist der Mäßigung und die Achtung für die Rechte und Besitzungen unabhängiger Staaten einzuflößen, wovon er selbst beseelt ist. Oesterreich will eine Ordnung der Dinge begründen, welche durch eine weise Vertheilung der Kräfte die Bürgschaft des Friedens unter der Aegide eines Vereines unabhängiger Staaten in sich trägt."

Napoleon konnte nun seine Ungeduld nicht länger zügeln, und unterbrach ihn daher, indem er sich stellte, als verstände er ihn nicht, mit den Worten:

„Sprechen Sie deutlicher, und kommen wir zur Sache, aber vergessen Sie nicht, daß ich Soldat bin, bei dem es heißt: lieber brechen, als biegen. Ich habe Euch Illyrien für Euere Neutralität angeboten! Seid Ihr damit zufrieden? Mein Heer genügt vollkommen, um die Russen und Preußen zur Vernunft zu bringen. Euere Parteilosigkeit ist alles, was ich verlange."

„Ach Sire", erwiderte hierauf Metternich mit erheuchelter Wärme, „warum wollen Ew. Majestät allein diesen Kampf unternehmen, warum nicht Ihre Streitkräfte verdoppeln? Sie können es, Sire, denn es steht bei Ihnen über die unsrigen vollständig zu verfügen.

Ja, die Sachen sind auf einem Punkte angelangt, wo wir nicht länger parteilos bleiben können. Wir müssen entweder für Sie, oder wider Sie sein."

„Aber was wollt Ihr denn?" rief darauf der Kaiser mit wachsender Ungeduld aus.

Metternich zählte nun so schonend, als möglich die von dem österreichischen Cabinete schon so oft als unerläßlich empfohlenen Grundlagen für einen billigen und dauerhaften Frieden auf. Der Kaiser aber, als habe er Unerhörtes vernommen, fuhr heftig empor und rief:

„O, ich durchschaue Euch! Heute verlangt Ihr Illyrien und Euern Antheil am Großherzogthume Warschau! Mit dem Reste und einem Theile von Westfalen wollt Ihr Preußen wiederherstellen. Zur Wiederbelebung des deutschen Handels ist die Herausgabe von Hamburg, Bremen und Lübeck nöthig. Wegen der sogenannten Unabhängigkeit Deutschlands muß der Rheinbund aufgelöst werden, ich aufhören, dessen Schutzherr zu sein, und diesen, wenn man Euch hört, leeren Titel ablegen! Aber ich kenne alle Euere geheimen Wünsche! Ihr Oesterreicher wollt auch noch halb Italien und die Rückkehr des Papstes; die Russen wollen Polen; Preußen begehrt Sachsen; England die Hingabe von Spanien, Holland und Belgien; Schweden will Norwegen!

„So würden morgen die Forderungen lauten, wenn ich heute Euerm Willen mich fügte. Mit einem Worte, Ihr trachtet nach der Zerstückelung des französischen Reichs! Um einer solchen Anmaßung die Krone aufzusetzen, wähnt Oesterreich, es bedürfe hierzu nur seiner diesfallsigen Willensäußerung. Mit einem Federzuge von Euch wollt Ihr die Wälle von Danzig, Stettin, Küstrin, Glogau, Magdeburg, Wesel, Mainz, Antwerpen, Alessandria, Mantua und aller der festen Plätze fallen machen, deren Schlüssel ich nur durch Siege erlangen konnte. Ich sollte mich Euerer Politik fügen, und Europa, dessen Hälfte ich noch besetzt halte, räumen, meine Legionen, den Flintenkolben über der Schulter, hinter den Rhein, die Alpen und Pyrenäen führen, und meine ungewisse Zukunft der Großmuth derjenigen anheimstellen, deren Sieger ich heute bin? Ich sollte dies zu einer Zeit thun, wo meine Fahnen noch an der Mündung der Weichsel und an den Ufern der Oder wehen, und mein siegreiches Heer vor Berlins und Breslaus Thoren ist,

wo ich hier an der Spitze von 300000 Mann stehe? Und Oesterreich schmeichelt sich, mich zur Unterzeichnung solcher Bedingungen zu bewegen, ohne einen Schuß zu thun, ohne auch nur den Degen zu ziehen! Eine solche Zumuthung ist ein Schimpf! Und mein Schwiegervater ist es, der einen solchen Plan willkommen heißt? Er ist es ja, der Sie schickt. In welche Stellung will er mich dem französischen Volke gegenüber bringen? Er täuscht sich in befremdlicher Weise, wenn er glaubt, daß ein verstümmelter Thron seiner Tochter und seinem Enkel eine Zuflucht gewähren könne. Ha, Metternich", schloß er seine zornige Rede, „wie viel hat England Ihnen gegeben, um Sie zu bestimmen, diese Rolle gegen mich zu spielen?!"

Metternich selbst hat diese beschimpfenden Worte natürlich in Abrede gestellt. Es ist niemandem billigerweise zuzumuthen, der Herold seiner eigenen Schande zu sein. Doch liegt diese höhnische Frage einerseits so in der ungebändigten Leidenschaftlichkeit Napoleon's, andererseits ist die Gewohnheit Metternich's, sich seine Dienste — die jedoch stets dem Vortheile der kaiserlichen Macht seines Herrn entsprachen — noch besonders von den betreffenden Mächten bezahlen zu lassen, und seine stete Geldbedürftigkeit bei seinem ungemessenen Aufwande zu bekannt, um an der Glaubwürdigkeit dieser, von gutunterrichteter Seite verbürgten höhnischen Frage zu zweifeln.

Nach einer, dem Zornausbruche Napoleon's folgenden stummen Pause gewann es der beleidigte Minister über sich dem Kaiser vorzustellen, daß von solchen Dingen nicht die Rede sei. Doch könne vielleicht ein unklug verlängerter Krieg derartige Forderungen erzeugen, denn ohne Zweifel gebe es in Europa Thoren, welchen die Ereignisse von 1812 den Kopf verdreht hätten. In Petersburg, London und Berlin möchte es wol einige Menschen dieser Art geben, aber nicht in Wien, dort wolle man nicht mehr, als man eben fordere. — Metternich nahm sich also die Freiheit, die starke, Krieg auf jeden Fall verlangende Partei in Wien als nicht vorhanden zu betrachten.

„Uebrigens", fuhr derselbe fort, „das beste Mittel, die Forderungen dieser Thoren zu vereiteln, ist die Annahme des Friedens, und dieser Friede wäre nicht blos ehrenvoll, sondern sogar ruhmvoll."

Ein wenig durch diese Erklärung besänftigt, äußerte nun Napoleon, daß er, wenn es sich nur um das Aufgeben einiger Landstriche handle, wohl nachgeben könne; allein man habe sich verbunden, ihm Gesetze vorzuschreiben, ihn zum Nachgeben zu zwingen, um den Zauber seines Namens zu zerstören. Die verlangten Opfer an sich,

seien für ihn weniger empfindlich, als die Demüthigung, Vorschriften zu empfangen, während er solche bisher nur ertheilt habe.

„Euere Souveräne", rief er mit stolzem Selbstbewußtsein, „können, auf dem Throne geboren, die Gesinnungen, welche mich beleben, nicht begreifen! Geschlagen kehren sie in ihre Hauptstädte zurück, und bleiben dieselben, wie zuvor. Ich aber bin Soldat, Ehre und Ruhm sind mir Bedürfniß, gedemüthigt kann ich nicht in der Mitte meines Volks erscheinen; ich muß groß, ruhmreich, bewundert bleiben!"

„Aber", versetzte Metternich, „wann soll dieser Zustand der Dinge enden, wenn Niederlagen, wie Siege denselben Beweggrund für verheerende Kriege abgeben? Als Sieger wollen Sie Ihre Siege ausbeuten, als Besiegter sich auf den alten Standpunkt wieder erheben. Sire, wir werden also nie die Waffen niederlegen, Sie, wie wir, werden also ewig vom Zufall der Schlachten abhängen!"

„Ich gehöre nicht mir", erwiderte mit heuchlerischer Selbstverleugnung der Kaiser, seinerseits die Sehnsucht der Franzosen nach Frieden als nicht vorhanden betrachtend, „ich gehöre dieser tapfern Nation, welche auf meinen Ruf ihr edelstes Blut vergießt. So große Hingebung darf ich nicht mit Berechnungen persönlichen Vortheils vergelten, mit Schwäche; ich muß ihr unvermindert die Größe bewahren, welche sie mit so heldenmüthigen Anstrengungen erkauft hat."

„Aber Sire", war Metternich's Antwort, „diese tapfere Nation, deren Muth die Welt bewundert, bedarf selbst der Ruhe. So eben bin ich durch Ihre Regimenter gegangen. Ihre Soldaten sind Kinder! Sie haben sie vorzeitig ausgehoben, eine kaum gewordene Generation zu den Fahnen gerufen. Hat der gegenwärtige Krieg diese Generation hingerafft, werden Sie abermalls zu verfrühten Maßregeln greifen und eine noch jüngere aufrufen?"

Diese Wahrheit, welche dem corsischen Machiavell um so unerträglicher erschien, als sie zu offenbar vor Augen lag, um abgeleugnet werden zu können, und er sie von einem Manne der Feder hören mußte, von dem er sich knirschend gestand, daß er ihn, den großen Meister in Verstellung und Heuchelei, überlistet und zu seinem unwillkürlichen Werkzeuge gemacht hatte, brachte Napoleon außer sich. Er erbleichte vor Zorn, seine Gesichtszüge entstellten sich, und seinen Hut zur Erde werfend, welchen Metternich nicht aufhob, trat er gerade vor diesen hin und rief:

„Herr, Sie sind nicht Soldat! Sie haben nicht wie ich die

Seele eines Soldaten. Sie haben nicht im Lager gelebt. Sie haben nicht gelernt Ihr eigenes und fremdes Leben zu verachten, wenn es nöthig ist. Was kümmert's mich, wenn 200000 Mann zum Teufel gehen!"

„Sire", entgegnete hierauf der österreichische Minister, welcher sich freute, für jene ihm gestellte schimpfliche Frage sich rächen zu können, „öffnen wir Thüren und Fenster, damit ganz Europa Sie höre, und die Sache, welche ich eben gegen Sie vertheidigte, wird dabei nichts verlieren!"

Nachdem Napoleon wieder ein wenig mehr Herr seiner selbst geworden war, sprach er mit höhnischem Lächeln:

„Uebrigens haben die Franzosen, deren Blut Sie hier vertheidigen, sich nicht so sehr über mich zu beklagen. Ich habe zwar 200000 Mann in Rußland verloren, und 100000 der besten französischen Soldaten waren unter dieser Zahl. Diese vermisse ich allerdings; die andern aber waren Italiener, Polen und", setzte er mit einer verächtlichen Geberde hinzu, „meistentheils Deutsche!"

„Mag dem auch also sein", war Metternich's kaltblütige Antwort, „so werden Sie zugeben, Sire, daß dies für einen Deutschen kein Grund ist, davon abzusehen."

„Sie sprachen ja für die Franzosen", sagte hierauf Napoleon, „hinsichtlich ihrer habe ich so geantwortet."

Hierauf benutzte er die Gelegenheit, um während länger, als einer Stunde dem österreichischen Minister auseinander zu setzen, daß er in Rußland von der ungünstigen Witterung überrascht und besiegt worden sei. Er könne alles vorhersehen, alles überwinden, nur nicht die Natur. Auf den Kampf mit Menschen verstehe er sich, aber nicht auf den mit den Elementen. — Während er so vergeblich bestrebt war, die entgegengesetzte Ansicht, welche seine eigenen, vor dem Beginne des Rückzuges aus Moskau gemachten Veröffentlichungen über die russischen Witterungsverhältnisse auf jeden Leser derselben hervorgebracht haben mußten, zu beseitigen, und in des ihn durchschauenden österreichischen Ministers Augen den Zauber der Unüberwindlichkeit durch die dreiste Behauptung wieder zu gewinnen, daß er in keiner Schlacht besiegt worden sei, ging er in größter Aufregung mit demselben im Zimmer auf und ab, und schleuderte dabei seinen, auf der Erde liegen gebliebenen Hut mit dem Fuße in eine Ecke. Endlich kam er auf die von ihm bei dieser Unterredung verfolgte und von mehr Rücksichtslosigkeit, als Klugheit zeugende Grundidee zurück, daß es von Oesterreich,

welchem er so oft die verdiente Strafe erlassen habe, undankbar sei ihn mit Krieg zu bedrohen. Es sei von ihm ein großer Fehler gewesen eine Erzherzogin zu heirathen.

„Napoleon, der Eroberer", versetzte Metternich, „mag darin gefehlt haben, nicht aber Napoleon, der Staatsmann, der Gründer eines Reiches!"

„Fehler, oder nicht", rief hierauf der Kaiser, „so wollt Ihr mir doch den Krieg erklären. Nun wohl, was sind denn Euere Mittel? Zweimalhunderttausend Mann in Böhmen, sagt Ihr, und Ihr verlangt, daß ich an solche Märchen glauben soll! Höchstens habt Ihr 100000, ja ich behaupte, daß selbst diese in Reihe und Glied sich auf 80000 Mann verringern werden." Herr von Narbonne, welcher überall in Oesterreich seine Kundschafter habe, melde ihm dies.

Metternich entgegnete, daß die österreichischen Streitkräfte auf 350000 Mann sich beliefen, von denen 100000 Mann auf dem Wege nach Italien seien, 50000 aber auf Baiern und 200000 auf Böhmen kämen. Napoleon fuhr fort es zu bezweifeln und sagte: dies behaupteten Leute, welche auf derartige Berechnungen sich nicht verständen, nicht begriffen, daß wenn wirklich 350000 Mann auf den Listen ständen, doch nur höchstens 200000 ins Feuer kommen würden, 120000 möchten etwa in Böhmen sein, 50000 nach Italien, und 30000 nach Baiern marschiren.

Der österreichische Minister gab dies natürlich nicht zu, und da jeder bei seiner Meinung blieb, so ließ der Kaiser diese sonderbare Erörterung endlich fallen und rief:

„Uebrigens mischt Euch nicht in den Streit, in dem Ihr Euch zu vielen Gefahren gegen zu wenig Vortheil aussetzen werdet! Bleibt für Euch! Ihr wollt Illyrien; nun wohl, ich trete es Euch ab, aber ergreift keine Partei! Den Frieden, welchen Ihr Europa verschaffen wollt, den werde ich sicherlich gewähren, und zwar einen billigen für alle Theile. Der Friede aber, welchen Ihr durch Euere Vermittelung zu Stande zu bringen sucht, ist ein auferlegter Friede; er ließe mich in den Augen der Welt die Rolle eines Besiegten spielen, dem man Gesetze vorschreibt, und dies zu einer Zeit, wo ich eben zwei glänzende Siege davon getragen habe."

Metternich, auf die Idee der Vermittelung zurückkommend, bemühte sich nun Napoleon zu zeigen, daß man ihm mit derselben durchaus keinen Zwang anthue, sondern sie sei als das dienstfertige Dazwischentreten eines Bundesgenossen, eines Freundes, eines Vaters

zu betrachten, welchen man beim Bekanntwerden der Bedingungen noch dazu für sehr parteiisch in Bezug auf seinen Eidam ansehen werde.

„Ha", rief nun Napoleon zornentbrannt, „Ihr besteht also darauf mir Gesetze zu dictiren? Nun wohl also, Krieg! Doch in Wien sehen wir uns wieder!" [1])

Es war beinahe Nacht, als die Unterredung auf diese Weise endigte. Ehe der österreichische Minister jedoch sich entfernte, hielt es Napoleon, welcher bei zurückgekehrter Besonnenheit fand, daß er alles gethan habe, um Oesterreich zu veranlassen, daß es sofort das Schwert gegen ihn ziehe, und sich dadurch um die nöthige Frist zur Vollendung seiner Rüstungen zu bringen, für räthlich: durch einige Worte dem österreichischen Minister zu erkennen zu geben, daß seine zornige Drohung nicht sein letztes Wort sein solle, denn er deutete ihm an: er wünsche ihn in den nächsten Tagen noch ein Mal zu sprechen.

Die lange Dauer der Audienz hatte die in den Vorzimmern weilende Umgebung des Kaisers in die höchste Spannung versetzt. Als endlich Graf Metternich heraustrat, hefteten alle Blicke sich auf sein Antlitz und suchten aus dessen Ausdrucke zu errathen, ob die Unterredung sie zu einem erfreulichen Ergebnisse geführt habe? Der Major-General Berthier richtete an ihn die Frage, ob er mit dem Kaiser zufrieden sei?

„Ja", antwortete der österreichische Minister mit schneidendem Spotte, „ich bin mit ihm zufrieden! Denn er hat mich darüber aufgeklärt, was ich zu thun habe. Ich schwöre es Ihnen zu, Ihr Herr hat den Verstand verloren!"

Kaum hatte Metternich den Kaiser der Franzosen verlassen, als dieser seine Leidenschaftlichkeit bedauerte, welche jenem seine wahren Gesinnungen enthüllt, ihn selbst aber verhindert hatte gründlich zu erforschen, was das österreichische Cabinet im Schilde führe. Ueber die österreichische Vermittelung, d. h. über deren Form und Dauer, welche letztere mit derjenigen des Waffenstillstandes zusammenfiel, war gar nicht gesprochen worden, obschon hierin der hauptsächliche Zweck der Unterredung bestanden hatte. Um das Versäumte nachzuholen, befahl er dem Herzoge von Bassano, sich mit dem Grafen von Metternich über diese Dinge zu verständigen. Bevor dies jedoch geschah, richtete Metternich an ihn am 29. Juni eine kurze, die Vermittelung betreffende Note. Napoleon's Zornausbrüche in der, am Tage vorher

---

[1]) Fain, II, 36—43. Capefigue, XIX, 23—30. Thiers, XVI, 63—72.

stattgefundenen Unterredung über die, ihm so unwillkommene österreichische Vermittelung waren in dieser Note mit Stillschweigen übergangen. Nur auf die, im entgegengesetzten Sinne sich aussprechende letzte, französische Note Bezug nehmend, schrieb Metternich mit merkwürdiger Unbefangenheit:

„Die Geneigtheit Sr. Majestät, des Kaisers der Franzosen, hinsichtlich der schleunigsten Eröffnung der Unterhandlungen, und der Wunsch des österreichischen Cabinets das Friedenswerk mit allen, in seiner Macht befindlichen Mitteln zu unterstützen, bestimmen den Unterzeichneten, sich an Se. Excellenz, den Herrn Herzog von Bassano, zu wenden, um sowol das Anerbieten von Oesterreichs Vermittelung, als deren Annahme von Seiten Frankreichs festzustellen, indem die beigefügte Urkunde nur einfach das Anerbieten der Vermittelung Sr. k. k. apostolischen Majestät enthält."

Doch war außerdem in diesem Schriftstücke noch gesagt, daß der Kaiser von Rußland und der König von Preußen Oesterreichs Anerbieten der Vermittelung bereits angenommen hätten. Seiner erhaltenen Weisung gemäß säumte Maret keinen Augenblick, und beantwortete noch am 29. Juni diese, sowie die Note vom vorhergehenden Tage. Rücksichtlich derjenigen, welche den Bundesvertrag betraf, schrieb er:

„Der in der Note enthaltene Vorschlag bezweckt nicht blos, einige Artikel des Bundesvertrags vom 14. März 1812, sondern den Vertrag seinem ganzen Inhalte nach einstweilen außer Wirkung zu setzen. Es scheint dies unvereinbar mit den, vom wiener Hofe bisher abgegebenen Erklärungen, und sogar mit den, vom Grafen von Metternich noch in seiner vorigen Note vom 22. d. M. ausgedrückten Gesinnungen.

Es steht in niemandes Macht zu bewirken, daß nicht Vorhandenes vorhanden sei, mithin kann man nicht sagen, der Bundesvertrag besteht, wenn allen seinen Bestimmungen für jetzt die Wirkung genommen wird.

Se. Majestät hatte geglaubt, daß die Vorbehalte, die den Gegenstand der abzuschließenden Uebereinkunft bilden sollten, sich auf einige Artikel bezögen, welche der wiener Hof auf die gegenwärtigen Verhältnisse für unanwendbar halte. Da sie jedoch, wie die Note Sr. Excellenz des Grafen von Metternich zu der Annahme berechtigt, sich auf den Inhalt des ganzen Vertrags erstrecken sollen, so kann Se. Majestät diesen Wunsch des wiener Hofes nur gleichbedeutend mit einer Lossagung vom Bundesvertrage betrachten. Der Vertrag des 14. März 1812 war in der Meinung abgeschlossen worden, daß er allen Parteien günstig sei. Se. Majestät, welche nicht will, daß ihr Bündniß ihren Freunden zur Last sei, steht nicht an demjenigen, welcher sie mit Oesterreich verband, zu entsagen, wenn dies der Wunsch des Kaisers Franz ist. Diese Veränderung in den Verhältnissen zwischen Frankreich und Oesterreich wird in nichts die Freundschaft und das gute Einvernehmen vermindern, jenes Ergebniß der letzten Verträge, welche den Frieden zwischen den beiden Mächten wiederhergestellt haben."

Diese, an sich sachgemäße, aber mit wohlfeiler Großmuth und unaufrichtigen Freundschaftsversicherungen verbrämte Antwort war nur eine näher begründete schriftliche Wiederholung dessen, was Napoleon dem österreichischen Minister mündlich eröffnet hatte. Als Ersterer

im Jahre vorher den Bundesvertrag abschloß, welcher scheinbar auf gegenseitige Vertheidigung, in Wirklichkeit aber, ja nach dem Wortlaute der geheimen Artikel darauf gerichtet war, Rußland anzugreifen, hatte er freilich an dem Grundsatze festgehalten: „wer nicht für mich ist, ist wider mich!“ Die Geltendmachung desselben war die Veranlassung des Bündnisses gewesen. Die Napoleon's Stellung erschütternde Wirkung des russischen Feldzuges gebot aber solche scheinbare Mäßigung, weil das sofortige Auftreten eines neuen und so mächtigen Gegners, wie Oesterreich, das Uebergewicht der Streitkräfte um so entschiedener auf die Seite der Verbündeten gebracht hätte, als er hierauf gar nicht vorbereitet war, und er jene zu besiegen nur dann günstige Aussichten hatte, wenn sie auf ihre eigenen Hülfsmittel beschränkt blieben. Das österreichische Cabinet war jedoch weise genug, dieser erheuchelten Mäßigung nicht zu vertrauen und den Umschwung der politischen Verhältnisse dazu zu benutzen, das schwer drückende Joch seiner Abhängigkeit von Frankreich abzuwerfen, unbekümmert um Napoleon's Freundschaftsversicherungen und dessen Anerbietungen: Oesterreichs Gebiet zu vergrößern. Es wurde dadurch in seiner Ueberzeugung nicht erschüttert, daß, gelang demselben die Besiegung der Verbündeten, sein, schon jetzt schlecht verhaltener Zorn gegen Oesterreich verderbend hervorbrechen werde. Daher war es fest entschlossen, entweder im Wege der Unterhandlungen, oder schlug dieser, wie allerdings höchst wahrscheinlich war, fehl, durch Vereinigung seiner Streitkräfte mit denjenigen der Verbündeten andere, Oesterreichs Unabhängigkeit sichernde politische Verhältnisse zu erzwingen. Da sowol Versprechungen, als Drohungen sich unzureichend erwiesen hatten: das dem Kaiser der Franzosen wider seinen Willen entschlüpfte Band des Bundesvertrags vom 14. März 1812 in seine Hand zurückzubringen, so ergab derselbe sich mit einigen großmüthigen Redensarten endlich in das Unabänderliche, und erkannte in Oesterreich nur noch den Friedensvermittler an, ohne welchen der so pomphaft verkündete Friedenscongreß nicht einmal zu versammeln, und die so eifrig gewünschte Verlängerung des Waffenstillstandes nicht zu erlangen war.

Maret mußte also auf die jetzt in aller Form angetragene Vermittelung Oesterreichs antworten:

„Der unterzeichnete Minister des Außeren hat den Augen Sr. Majestät, des Kaisers und Königs, die Note Sr. Excellenz, des Herrn Grafen von Metternich, vom heutigen Tage unterbreitet, welche das Vermittelungs-

anerbieten des wiener Hofes betrifft. Se. k. k. Majestät hat ihn beauftragt: in Beantwortung dieser Note beiliegenden Entwurf von neun Artikeln zu überreichen, für welche der Herr Graf von Metternich und der Unterzeichnete bezüglich mit Vollmachten versehen sind. Der Herr Graf von Metternich wird in dem Geiste der vorgeschlagenen Anordnungen den Wunsch Sr. Majestät erkennen, dem durch dreißig Kriegsjahre erschütterten Europa den naturgemäßen Stützpunkt wieder zu verleihen, und an die Stelle gesonderter Friedensverträge einen allgemeinen Frieden zu setzen, welcher nicht im Cabinete, sondern vor ganz Europa, im Angesichte aller Völker vereinbart wird. In dieser Weise verfuhr man zu Münster, Nimwegen, Ryswick, Utrecht. Die Mächte ließen sich durch die Verwickelung der Interessen und durch die, von alles umfassenden Unterhandlungen untrennbaren Verzögerungen nicht abhalten, und selbst zu Osnabrück, wo man außerdem noch religiöse Begriffe auszugleichen hatte, welche ihrer Natur nach stets so zart sind, und eine veränderte Gestaltung so wenig vertragen, wurden durch Zeit und Beharrlichkeit alle Schwierigkeiten überwunden. Warum sollte man heute, wo sie sicherlich nicht so groß sind, einen ebenso glücklichen Erfolg davonzutragen verzweifeln?

Se. Majestät schlägt zum Ort des Congresses Wien, oder Prag vor, als große Residenzen, wo alle Unterhändler sich vereinigen können, und stellt, damit die Bevollmächtigten aller der Privilegien und Ehren genießen, welche ihrem Charakter und der Würde der, von ihnen vertretenen Souveräne zukommen, die deshalb zu treffenden polizeilichen Maßregeln dem Vermittler anheim.“

Je fester Napoleon von der Fruchtlosigkeit der Friedensunterhandlungen überzeugt war, da sein Entschluß fest stand, die ihm nicht genehmen Vermittelungsvorschläge Oesterreichs zurückzuweisen, desto mehr Wortgepränge entwickelte sein Minister über die Wahrscheinlichkeit ihres glücklichen Erfolgs. Wie wenig ängstlich er in der Wahl der Worte ist, wofern sie nur recht voll klingen, zeigt sich augenfällig in der angeführten Zahl der Kriegsjahre, welche um ein Drittel höher, als der sie umfassende Zeitraum rechtfertigte, angegeben wurde. Als ob zwanzig Jahre Kriegselendes noch nicht genügend wären, den Wunsch nach Frieden zu begründen!

Der erste, von Maret gemachte Entwurf der, über die österreichische Vermittelung aufgesetzten Artikel zeichnete sich dadurch aus, daß in ihm ausdrücklich hervorgehoben wurde: der Kaiser von Oesterreich beabsichtige nicht etwa als Schiedsrichter, sondern nur als uneigennütziger und unparteiischer Vermittler den bestehenden Zwiespalt auszugleichen. Der französischen Eitelkeit war der Gedanke unerträglich, daß der Vermittlerrolle Oesterreichs, auch nur während der wenigen Wochen, welche ihrem sicheren Mislingen vorausgingen, diese irrige Deutung gegeben werden könne, obschon das Urtheil des Vermittlers, der Natur der Sache nach, nur für dessen eigene Handlungsweise entscheidend war, insofern er zur Geltendmachung seiner Ansicht für diejenige Partei, welche seine

Vermittelungsvorschläge angenommen, gegen die andere Partei, welche sie verworfen hatte, zu den Waffen griff. Erkannten aber beide Parteien den schiedsrichterlichen Ausspruch als für sich bindend an, so war derselbe eben nichts anderes als ein freiwillig angenommener Vergleichsvorschlag.

Die Vermittelung ward ferner abenteuerlicher Weise auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika, auf England und Spanien ausgedehnt, um die Nothwendigkeit den Waffenstillstand zu verlängeren recht auffällig zu machen. Damit die Zusammenkunft der Bevollmächtigten und der Gang der Verhandlungen so sehr, als möglich verzögert würden, ward als Versammlungsort das entlegene Wien in erster, Prag in zweiter Linie vorgeschlagen, obgleich, aus dem entgegengesetzten Grunde, Prag eben vom österreichischen Cabinete hierzu erwählt worden war, und der Kaiser Franz selbst bereits in dessen Nähe seinen Aufenthalt genommen hatte.

Am wichtigsten von allen aber war der Vorschlag, daß, wenn am 20. Juli eine der kriegführenden Mächte den Waffenstillstand aufkündige, die Congreßverhandlungen deshalb keine Unterbrechung erleiden sollten. Dieser Bestimmung lag der Plan zu Grunde: die Theilnahme Oesterreichs am Kriege so lange, als irgend thunlich, zu verzögern, da dasselbe, so lange seine Vermittlerrolle dauerte, doch nicht auf der Seite der einen Partei die andere bekriegen konnte.

Als der österreichische Minister wegen dieser Bestimmungen sich gegen den Entwurf erklärte, verstand sich der Herzog von Bassano am folgenden Tage zu Entwerfung anderer Artikel, die etwas einfacher abgefaßt waren, namentlich aber nichts über eine Fortdauer der Congreßunterhandlungen nach Wiedereröffnung der Feindseligkeiten enthielten, obgleich sich später zeigte, daß Napoleon diesen Zweck zu erreichen keinesweges aufgegeben hatte. [1])

Weil jedoch auch in den neu entworfenen Artikeln fast alle obgedachte Dinge enthalten waren, deren Aufnahme in die Uebereinkunft Metternich ablehnte, so vereinigte man sich dahin, daß alles dies in der, am 30. Juni demselben vom Kaiser zu gewährenden Unterredung geordnet werden solle. In dieser war Napoleon's Benehmen gegen den österreichischen Minister freundlich und zuvorkommend, offenbar in der Absicht, denselben wieder zu versöhnen und dazu zu bewegen, daß er die Verbündeten zu einer Verlängerung des Waffenstillstandes bestimme. Da es ihm nicht gelungen war jenen durch Drohungen

---

[1]) Fain, S. 139—46.

einzuschüchtern, so versuchte er ihn durch Nachgiebigkeit in Dingen der äußeren Form zu gewinnen.

Obschon Maret bei Entwerfung der Artikel nur den, ihm vom Kaiser ertheilten Weisungen nachgekommen war, so billigte dieser doch alle, gegen die Fassung derselben erhobenen Einwände Metternich's, und erklärte, unbekümmert darum, ob er dadurch die Eigenliebe seines Ministers verletze, nach Durchlesung der angefochtenen Artikel: „Aber das ist ja gegen den gesunden Menschenverstand!"

Hierauf dictirte er Letzterem einen ganz neuen Entwurf, welchen Metternich bis auf einige Ausdrücke billigte, und auch diese nahm Napoleon keinen Anstand in der gewünschten Weise abzuändern. So kam folgende Uebereinkunft zu Stande.

„Art. 1. Se. Majestät, der Kaiser von Oesterreich, bietet seine Vermittelung für einen allgemeinen Frieden, oder doch für einen, das Festland betreffenden an.

Art. 2. Se. Majestät, der Kaiser der Franzosen, nimmt besagte Vermittelung an.

Art. 3. Die französischen, russischen und preußischen Bevollmächtigten werden vor dem 5. Juli in der Stadt Prag zusammenkommen.

Art. 4. In Betracht der Unzulänglichkeit der Zeit, welche bis zum 20. Juli, dem durch die am 4. Juni zu Poischwitz unterzeichnete Uebereinkunft bestimmten Endpunkte des Waffenstillstandes, noch übrig ist, verpflichtet sich der Kaiser der Franzosen besagten Waffenstillstand nicht vor dem 10. Aug. aufzukündigen, und Se. Majestät, der Kaiser von Oesterreich, behält sich vor Rußland und Preußen zur Genehmigung derselben Verpflichtung zu bestimmen.

Art. 5. Die gegenwärtige Uebereinkunft wird nicht veröffentlicht, und die Genehmigungen sollen binnen einer viertägigen Frist in Dresden ausgetauscht werden." [1])

Napoleon erlangte hierdurch, was ihm am meisten am Herzen lag, die Verlängerung des Waffenstillstandes, welcher danach unter Zurechnung der sechstägigen Aufkündigungsfrist mit dem 16. Aug. zu Ende ging, sodaß die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten erst am 17. stattfinden durfte. Einer solchen vierzigtägigen Frist, sagte er zu Metternich, bedürfe er mindestens, um die Gesinnungen seiner Gegner zu erforschen und ihnen seinen Entschluß kund zu thun.

„Was mich betrifft", fügte er in einem launigen Tone hinzu, von dem sich schwer unterscheiden ließ, ob er Ernst, oder Scherz andeutete, „so können Sie sich darauf verlassen, daß ich meine wahren Absichten Euch erst am vierzigsten Tage kund machen werde."

---

[1]) Fain, II, 45 fg. Thiers, XVI, 74—78.

„Aber“, erwiderte hierauf Graf Metternich, „dann sind die neunundDreißig Tage, welche dem vierzigsten vorausgehen, unnütz!“

Metternich, obwol er wußte, daß die Verbündeten eine Verlängerung des Waffenstillstandes sehr ungern sehen würden, wollte es doch nicht darauf ankommen lassen, daß Napoleon, wenn ihm sein diesfallsiges Verlangen abgeschlagen wurde, Oesterreichs Friedensvermittelung seinerseits zurückwiese. Die von Napoleon beantragte Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 20. Aug. dagegen lehnte er standhaft ab, indem er bemerkte, schon jene kürzere Fristverlängerung von den Verbündeten zu erlangen, würde große Mühe kosten, da selbige nicht diesen, sondern nur Frankreich nützlich sei.

Elfter Abschnitt.

Aus welchen Gründen Schweden sich mit Rußland gegen Frankreich verband. Brief Bernadotte's an Napoleon über die, von Schweden zu beobachtende politische Haltung. Dänemark erneuert dagegen sein Bündniß mit Frankreich. Die Politik der englischen Minister gegen Dänemark, welches genöthigt werden soll, Norwegen an Schweden abzutreten, wird im Parlamente von der Opposition erfolglos bekämpft. Maret's Begründung der an Schweden zu erlassenden Kriegserklärung. England schließt mit Preußen und Rußland die betreffenden Verträge zu Reichenbach ab, welchen Kaiser Franz erst am 15. Juli eventuell beitritt. Metternich's Zusammenkunft mit den verbündeten Monarchen in Opotschna.

In den Waffenstillstand war auch das schwedische Heer mit eingeschlossen, mit welchem russische, mecklenburgische, hannoversche und hanseatische Truppen sich vereinigt hatten. Dasselbe war zwar bereits im April 1813 in Pommern gelandet, aber bisher ziemlich unthätig geblieben, denn sein Oberbefehlshaber, der vom französischen Marschalle zum Kronprinzen von Schweden emporgestiegene Bernadotte, zeigte kein großes Verlangen, seine ehemaligen Waffengenossen, die Franzosen, zu bekriegen, indem sein noch nicht befriedigter Ehrgeiz an die Möglichkeit glaubte: nach dem Sturze Napoleon's selbst eine glänzende Rolle in Frankreich spielen zu können.

Als Napoleon seinen Feldzug gegen Rußland vorbereitete, suchte er Schwedens Unterstützung hierzu zu gewinnen. Dem französischen Gesandten, Baron Alquier, dessen Abberufung der König von Schweden, beleidigt durch sein anmaßendes Betragen, bewirkt hatte, war noch kein Nachfolger gegeben worden. Napoleon bediente sich daher des österreichischen Gesandten, Grafen Neipperg's, um dem schwedischen Hofe folgende Eröffnungen zu machen.

Schweden solle zu derselben Zeit, wo er selbst die Feindseligkeiten beginne, ein Heer von 30—40000 Mann in das russische Gebiet einfallen lassen. Die Kriegserklärung gegen England, mit welchem sich Schweden nur scheinbar im Kriegszustande befand, solle erneuert, und der bisher bestehende Verkehr mit den englischen Kreuzern streng verboten werden. Der Eingang in den Sund sei ihnen durch Strandbatterien und durch die schwedische Flotte zu verwehren. Dagegen sollte Schweden das von den Franzosen besetzte Schwedisch-Pommern zurückerhalten, auch die Zurückerstattung des, freilich erst zu erobernden Finnland wurde verheißen, sowie daß man ihm für 20 Millionen Francs Colonialwaaren abkaufen werde, deren Betrag nach Uebergabe der Waaren in Danzig, oder Lübeck bezahlt werden solle. Der merkwürdigste Punkt des Vorschlags bestand aber darin, daß Napoleon seine Einwilligung erklärte, Schweden an allen Rechten und Vortheilen des Rheinbundes theilnehmen zu lassen. So entblödete dieser sich nicht, ein Verhältniß als vortheilhaft und wünschenswerth darzustellen, welches die betreffenden Bundesglieder zu seinen Vasallen machte, und sie verpflichtete ihn in jedem Kriege, den sein Ehrgeiz anfachte, mit Gut und Blut zu unterstützen.

Wäre das Verhältniß, in welchem sich Bernadotte vor seiner Erwählung zum schwedischen Thronfolger zu Napoleon befand, auch kein gespanntes gewesen, so hätte jener den König von Schweden doch zur Zurückweisung eines solchen Ansinnens bestimmen müssen, weil die von dem Kaiser der Franzosen fortwährend geforderte Befolgung seines Continentalsystems schon allein hingereicht haben würde, den Wohlstand des Landes zu zerrütten. Außerdem war von Napoleon Schwedens Wunsch, für Finnland durch Norwegen entschädigt zu werden, unbeachtet gelassen worden, weil die damit verbundene Rechtsverletzung ihm durch keinen wichtigen Vortheil aufgewogen erschien, und hatte er deshalb vielmehr erklärt: er wolle nicht auf Kosten eines getreuen Verbündeten einen zweifelhaften erkaufen.

Der Kronprinz von Schweden, welcher die Gefahren eines Krieges gegen Rußland besser würdigte, als Napoleon, und von einer Theilnahme an einem solchen nur Nachtheile, keine Vortheile erwartete, hatte bereits, bevor diese Eröffnungen gemacht wurden, den Entschluß gefaßt die Partei Rußlands zu ergreifen, um mit seinem Beistande Norwegen zu erlangen, ohne dessen Besitz er Schwedens Unabhängigkeit nach dem Verluste Finnlands nicht aufrecht halten zu können glaubte. Seinen deshalb gethanen Schritten war Rußland

auf halbem Wege entgegengekommen, denn es fühlte das Bedürfniß: seine nordwestliche Grenze gegen einen Angriff Schwedens sicher zu stellen, und ergriff die Gelegenheit, in dieser Macht einen Bundesgenossen für den furchtbaren Kampf zu erwerben, mit welchem Napoleon, der Gebieter des europäischen Festlandes, es bedrohte. Beide Mächte, obwol mit Dänemark zur Zeit in Frieden, betrachteten dasselbe als einen Bundesgenossen des Kaisers der Franzosen, und dieser war im Begriffe das Schwert zu ziehen, um ihnen Gesetze vorzuschreiben. Ob Dänemark ebenfalls gegen sie die Waffen ergreifen werde, oder nicht? ließen sie unerörtert. So kam am 5. April 1812 zu Petersburg der drei Tage später in Stockholm genehmigte Bundesvertrag zwischen Rußland und Schweden zu Stande, nach welchem ersteres dem letzteren die Erwerbung Norwegens zusicherte, zu dessen Eroberung 35000 Russen sich mit dem schwedischen Heere vereinigen sollten. Erst wenn diese Eroberung geschehen, und Schweden dadurch gegen einen Angriff von Norwegen aus sicher gestellt sei, sollte ein Heer von 25—30000 Schweden, mit 15—20000 Mann Russen vereint, unter des Kronprinzen Karl Johann's Oberbefehle, von der Nordküste Deutschlands aus, im Rücken des in Rußland eingefallenen französischen Heeres die Feindseligkeiten eröffnen.

Ueber die Bedingungen dieses Bundesvertrags hatte man sich bereits geeinigt, obwol dessen Unterzeichnung noch nicht stattgefunden hatte, als der österreichische Gesandte jene obenerwähnten Eröffnungen machte. Schweden wies sie zurück. Der Baron Engström sagte in seiner Antwort:

„Wenn Frankreich die bewaffnete Neutralität Schwedens anerkennen will, welches auf seinem natürlichen Rechte besteht, seine Häfen unter gleichmäßigen Vortheilen allen Mächten zu öffnen, so hat letzteres keinen Grund, sich in die möglicherweise bevorstehenden Ereignisse einzumischen. Frankreich verspricht Pommern zurückzugeben. Falls es diese, durch das Völkerrecht, wie durch die Heiligkeit der Verträge geforderte Handlung verweigern sollte, nimmt Se. Majestät, der König von Schweden, für diesen besonderen Gegenstand die Vermittelung Ihrer Majestäten, der Kaiser von Oesterreich und Rußland, an. Der König wird zu jeder Aussöhnung bereit sein, welche mit der Ehre der Nation und der Wohlfahrt des Nordens vereinbar ist. Da Se. Majestät, der König von Schweden, überzeugt ist, daß alle Rüstungen, welche Se. Majestät, der Kaiser Alexander, unternimmt, durchaus keinen anderen Zweck haben, als die Vertheidigung, und nur darauf gerichtet sind, seinem Reiche dieselbe bewaffnete Neutralität zu verschaffen, welche Schweden in Uebereinstimmung mit Rußland beobachten will, so verpflichtet es sich, bei Sr. kais. Majestät alles anzuwenden, damit kein Bruch stattfinde, bevor man über einen Zeitpunkt übereingekommen ist, wo schwedische, französische, österreichische und russische Bevollmächtigte sich versammeln können, um sich über ein Friedenssystem zu verständigen, welches, auf die besagte Parteilosigkeit

gestützt, den gegenwärtig zwischen Frankreich und dem Norden stattfindenden Zwistigkeiten ein Ende macht', und so Europa die Ruhe wiedergibt, deren es so sehr bedarf."

Wenige Tage später, am 28. März 1812, wurde vom schwedischen Geschäftsträger in Paris eine Note übergeben, in welcher er nach einer Verwahrung gegen die französische Besetzung von Schwedisch-Pommern die Anzeige machte: daß, bis die Räumung dieses Gebiets erfolgt sein würde, Schweden alle Zahlungen von Kapitalien und Zinsen an Länder, welche mit Frankreich verbunden seien, werde einhalten. Er fügte hinzu:

„Da Se. Majestät durch die militärische Besetzung Schwedisch-Pommerns in die Lage versetzt ist, sich als völlig entbunden von allen den gegen Frankreich übernommenen besonderen Verpflichtungen zu betrachten, vorzüglich von der Verbindlichkeit einen Krieg fortzusetzen, welchen Schweden nur infolge seines Beitritts zum Continentalsysteme unternommen hat, welcher Beitritt von seiner Seite wieder nur eine Folge der vorher geschehenen Zurückgabe Pommerns war, so erklärt der König, daß er sich von diesem Augenblicke an in Bezug auf Frankreich und England für parteilos ansieht, und kraft dieses gewählten Systems aller, in seiner Gewalt befindlichen Mittel sich bedienen werde, um die neutrale Flagge Schwedens gegen allen Seeraub zu schützen, welcher ohne seine Langmuth nicht bis dahin hätte fortdauern können."

Die von Schweden hierauf mit England angeknüpften Unterhandlungen führten zu dem, am 12. Juli 1812 zu Oerebro abgeschlossenen Frieden, in welchem Schweden dem Continentalsysteme entsagte. Alle gegenseitigen Beziehungen wurden so wiederhergestellt, wie sie vor dem 1. Jan. 1791 waren, wodurch sämmtliche seit dem ersten Revolutionskriege gemachten Versuche Englands, ein neues Seerecht zu begründen, der Vergessenheit übergeben werden sollten. Endlich aber wurde verabredet, daß der zwischen England und Schweden abgeschlossene Friedensvertrag die Natur eines Bündnisses annehmen solle, wenn infolge desselben irgend eine Macht letzteres bekriegen würde.

Die mit Rußland verabredeten Kriegsunternehmungen wurden im J. 1812 nicht ausgeführt, weil dasselbe aller seiner Truppen bedurfte, um den französischen Angriff abzuwehren, und deshalb eine Heeresabtheilung weder zur Eroberung Norwegens, noch nach der Nordküste von Deutschland absenden konnte, zu deren Vertheidigung übrigens das damals noch von Napoleon abhängige Preußen sich erboten hatte, nachdem der diesfallsige Angriffsplan bekannt geworden war. Nach dem Rückzuge des französischen Heeres aus Rußland dachte dieses sowol, als Schweden daran: die früher miteinander getroffenen Verabredungen zu verwirklichen, und zwar zunächst die

Landung des, für die Nordküste von Deutschland bestimmten Heeres. Statt wie früher für die Vertheidigung Rußlands berechnet, sollte sie jetzt die Befreiung Deuschlands vom französischen Joche bewirken helfen. Was die Erwerbung Norwegens von Seiten Schwedens betraf, so gab man wunderbarerweise sich einige Zeit lang der Hoffnung hin: Dänemark würde im Wege der Unterhandlung bestimmt werden können dem Bunde gegen Frankreich beizutreten, wenn man ihm gegen eine in Aussicht gestellte Entschädigung statt der Abtretung von ganz Norwegen an Schweden nur diejenige des Bisthumes Drontheim zumuthete, durch dessen Gebirgspässe der wirksamste Einfall in das Land geschehen konnte. Rußland und Großbritannien machten deshalb dem dänischen Cabinete Vorstellungen, und auch Oesterreich widerrieth demselben auf Napoleon's Seite zu bleiben. Allein obschon der König von Dänemark sich bereit erklärte den Verbündeten sich anzuschließen, so wies er doch standhaft die Zumuthung zurück: dieses Bündniß mit einer Abtretung von norwegischem Gebiete zu erkaufen, und verwarf jedes diesfallsige Entschädigungsanerbieten. Schweden, welches für den Fall, daß Dänemark dem Bunde gegen Frankreich beitrete, mit Drontheim sich begnügen zu wollen erklärt hatte, kam nun auf seinen Anspruch von ganz Norwegen zurück, und schloß am 3. März 1813 zu Stockholm mit Großbritannien folgenden Vertrag ab.

Der König von Schweden verpflichtete sich ein Heer von 30000 Mann gegen Napoleon auf das Festland zu senden, wo sich russische Truppen mit demselben unter dem Oberbefehle des Kronprinzen vereinigen sollten.

Großbritannien trat dem Vertrage Schwedens und Rußlands dergestalt bei, daß es Schwedens Erwerbung von Norwegen auf jede Weise zu erleichtern, ja sogar die schwedisch-russischen Truppen durch seine Flotte zu unterstützen versprach, wofern der König von Dänemark dem nordischen Bündnisse unter den, ihm angetragenen Bedingungen seinen Beitritt versagte.

Großbritannien versprach ferner zu Unterhaltung des schwedischen Heeres in dem Feldzuge von 1813 eine Million Pfund Sterling in monatlichen Theilzahlungen dem Könige von Schweden zu gewähren. Dasselbe trat an Schweden die den Franzosen abgenommene Insel Guadeloupe ab, und übertrug an dasselbe sein diesfallsiges Recht des Besitzes. Schweden dagegen verhieß seinen Unterthanen die Einfuhr von Negersklaven in seine Colonien zu verbieten, und bewilligte den

großbritannischen Unterthanen gegen Bezahlung von einem Procente des Werths das Recht, in den Häfen von Gothenburg, Karlskrona und Stralsund Niederlagen für englische und Colonialwaaren zu errichten.

Da nach allen diesen Vorgängen an eine friedliche Verständigung mit dem Kaiser der Franzosen nicht zu denken war, so richtete der Kronprinz von Schweden am 23. März folgenden merkwürdigen Brief an denselben, welcher die Gründe entwickelte, aus welchen Schweden entschlossen sei, die von ihm erlittene Unbill nicht länger zu ertragen. Er schrieb:

„Sire! So lange Ew. Majestät nur gegen mich handelten, oder handeln ließen, fand ich mich nicht bewogen Ihnen etwas anderes entgegen zu setzen, als Ruhe und Stillschweigen. Aber jetzt, wo das Schreiben des Herzogs von Bassano an Herrn von Ohsson zwischen dem Könige und mir eben jenen Zunder der Zwietracht auszustreuen sucht, der Ew. Majestät den Eingang in Spanien erleichterte, wende ich mich nach Abbrechung aller amtlichen Verhältnisse unmittelbar an Sie, um Ihnen das offene und biedere Benehmen Schwedens selbst in den schwierigsten Zeiten ins Gedächtniß zu rufen. Auf die Mittheilungen, wozu Herr Seigneul auf Ew. Majestät Befehl beauftragt wurde, ließ der König antworten: Schweden überzeugt, daß es nur Ihnen, Sire, den Verlust Finnlands zuzuschreiben habe, könne niemals an Ihre Freundschaft glauben, wenn Sie ihm nicht zu Norwegen verhülfen, um es für den Nachtheil zu entschädigen, den Ihre Politik ihm zugefügt habe. In Betreff alles dessen, was in dem Schreiben des Herzogs von Bassano über die Einnahme Pommerns und das Verhalten der französischer Kaper vorgebracht wird, sprechen die Thatsachen, und nach Vergleichung der Zeitangaben wird sich beurtheilen lassen, wer von beiden Recht hat: Ew. Majestät, oder die schwedische Regierung?

Hundert schwedische Schiffe waren genommen, und mehr, als 200 schwedische Matrosen lagen in Banden, ehe die Regierung sich in die Nothwendigkeit versetzt sah, einen Freibeuter festzunehmen, welcher unter französischer Flagge bis in unsere Häfen kam, um sich unserer Fahrzeuge zu bemächtigen, und unseres Vertrauens auf die Verträge zu spotten. Der Herzog von Bassano sagt: Ew. Majestät habe den Krieg mit Rußland nicht angestiftet, und doch, Sire, ist Ew. Majestät an der Spitze von 400000 Mann über den Niemen gegangen!

Von dem Augenblicke an, als Ew. Majestät in das Innere dieses Reichs vordrang, war der Ausgang nicht mehr zweifelhaft. Der Kaiser Alexander und der König sahen schon seit dem Monate August das Ende dieses Feldzuges und dessen unermeßliche Folgen voraus. Nach allen militärischen Berechnungen schien es ausgemacht, Ew. Majestät werde in Gefangenschaft gerathen. Dieser Gefahr sind Sie entgangen, Sire; aber Ihr Heer, die Blüte Frankreichs, Deutschlands und Italiens, ist dahin! Dort sind unbeerdigt die Tapferen geblieben, welche Frankreich bei Fleurus retteten, französische Krieger, welche in Italien siegten, welche dem brennenden Himmel Aegyptens widerstanden, und die bei Marengo, Austerlitz, Jena, Halle, Lübeck, Friedland und an so vielen anderen Orten den Sieg an Ihre Fahnen gefesselt haben. Möge bei diesem herzzerreißenden Gemälde, Sire, Ihr Gemüth sich erweichen, und ist es nöthig, um es vollends zu rühren, so gedenken Sie des Todes von mehr, als einer Million Franzosen, welche auf dem Felde der Ehre als Opfer der von Ew. Majestät geführten Kriege gefallen sind!

Ew. Majestät beruft sich auf Ihre Ansprüche an die Freundschaft des Königs. Es sei mir erlaubt, Sire, Sie daran zu erinnern, wie wenig Werth Ew. Majestät auf diese Freundschaft in Augenblicken legte, wo eine Erwiderung freundschaftlicher Gesinnungen für Schweden sehr heilsam gewesen wäre. Als der König nach dem Verluste Finnlands an Ew. Majestät schrieb und Sie bat sich zu verwenden, damit Schweden die äländischen Inseln behielte, antworteten Sie: Wenden Sie sich an den Kaiser Alexander, er ist groß- und edelmüthig! — und um das Maß Ihrer Gleichgültigkeit voll zu machen, ließen Sie im Augenblicke meiner Abreise nach Schweden in eine amtliche Zeitung (Moniteur vom 21. Sept. 1810) einrücken: es finde in diesem Königreiche eine Zwischenregierung statt, während deren die Engländer ungestraft daselbst Handel trieben. Der König trennte sich von dem Bündnisse des Jahres 1792, weil dasselbe darauf ausging Frankreich zu theilen, und weil er an der Zerstückelung dieser schönen Monarchie keinen Theil nehmen wollte. Zu diesem Entschluße, einem rühmlichen Denkmale seiner Politik, bewog ihn sowol seine Anhänglichkeit an das französische Volk, als das Bedürfniß: die Wunden des Königreichs vernarben zu lassen. Dieses weise und tugendhafte Verfahren, darauf gegründet, daß jede Nation das Recht hat, nach eigenen Gesetzen, nach eigenen Gebräuchen und nach eigenem Willen sich zu regieren, dieses Verfahren ist eben das, welches er sich jetzt zum Grundsatze gemacht hat. Ihr System, Sire, will den Nationen die Ausübung der Rechte untersagen, die sie von der Natur empfangen haben: das Recht Handel zu treiben, einander zu helfen, in gegenseitigem Verkehre und Frieden zu leben. Das Dasein Schwedens ist jedoch von einer Ausdehnung der Handelsverhältnisse abhängig, ohne die es sich selbst nicht genügen kann.

Weit entfernt in dem Verfahren des Königs eine Veränderung seiner Grundsätze zu sehen, wird jeder Aufgeklärte und Unparteiische darin nur die Fortsetzung einer gerechten und dauerhaften Politik finden. Diese mußte sich kund geben in einer Zeit, wo die Fürsten sich gegen die Freiheit Frankreichs vereinigten. Sie wird mit Nachdruck befolgt in einem Zeitpunkte, wo die französische Regierung immer fort gegen die Freiheit der Fürsten und Völker verschworen ist. Ich kenne die Geneigtheit des Kaisers Alexander und des Cabinets von St.-James für den Frieden. Die Drangsale des Festlandes von Europa forderen ihn laut. Ew. Majestät sollten ihn nicht zurückweisen. Im Besitze der schönsten Monarchie auf Erden, Sire, werden Sie immer deren Grenzen erweiteren wollen, um einem minder mächtigen Arme, als der Ihrige ist, das Erbtheil endloser Kriege zu hinterlassen? Wird Ew. Majestät nie dahin trachten die Wunden einer Revolution zu heilen, wovon für Frankreich nichts übrig bleibt, als das Andenken seines kriegerischen Ruhmes und wirkliches Unglück im Inneren? Sire, die Lehren der Geschichte verwerfen den Gedanken einer Universalmonarchie. Der Trieb der Unabhängigkeit kann gedämpft werden, aber er erstirbt nicht in den Herzen der Völker.

Möge Ew. Majestät alle diese Rücksichten erwägen, und endlich einmal in der That auf den allgemeinen Frieden denken, dessen entweihter Name so viel Blutvergießen verursacht hat! Ich bin in dem schönen Frankreich geboren, welches Sie beherrschen, Sire. Sein Ruhm, seine Wohlfahrt können mir niemals gleichgültig werden. Aber wiewol ich nicht aufhöre für das Glück dieses Landes Wünsche zu hegen, so werde ich dennoch mit allen Kräften meiner Seele sowol die Rechte des Volkes, das mich berufen, als die Ehre des Fürsten vertheidigen, der mich seinen Sohn zu nennen gewürdigt hat. In diesem Kampfe zwischen der Freiheit der Welt und der Unterdrückung werde ich zu den Schweden sagen: ich fechte für Euch und mit Euch, und die Wünsche der freien Nationen werden unsere Anstrengungen begleiten.

In der Politik, Sire, gibt es weder Freundschaft, noch Haß. Es gibt nur Pflichten zu erfüllen gegen die Völker, welche zu regieren die Vorsehung uns beruft. Ihre Gesetze und Gerechtsame sind ihnen theuere Güter, und wenn man genöthigt ist, um sie zu behaupten, allen Verhältnissen der Anhänglichkeit an Familienbande zu entsagen, so darf ein Fürst, der seinen Beruf erfüllen will, niemals zweifelhaft sein, welchen Entschluß er zu fassen habe?

Der Herzog von Bassano erklärt: Ew. Majestät werde das Aufsehen eines Bruches vermeiden. Aber, Sire, hat nicht Ew. Majestät selbst unsere Handelsverhältnisse unterbrochen, indem Sie die Wegnahme schwedischer Schiffe mitten im Frieden befahlen? War es nicht die Härte Ihrer Befehle, welche uns seit drei Jahren jede Art von Verkehr mit dem festen Lande untersagt hat, und seit diesem Zeitpunkte mehr, als funfzig schwedische Schiffe in Rostock, Wismar und anderen Häfen der Ostsee zurückhalten läßt? Der Herzog von Bassano fügt hinzu: Ew. Majestät werde Ihr System nicht ändern, und hege die größte Abneigung gegen einen Krieg, den Sie als einen Bürgerkrieg würden betrachten müssen. Dies deutet an, daß Ew. Majestät Schwedisch-Pommern behalten will, und daß Sie der Hoffnung nicht entsagt über Schweden zu gebieten, und solchergestalt, ohne das Mindeste dabei zu wagen, den schwedischen Namen und Charakter zu erniedrigen.

Durch den Ausdruck «Bürgerkrieg» bezeichneten Ew. Majestät ohne Zweifel den Krieg zwischen Bundesgenossen, allein man kennt das Schicksal, welches Sie den Ihrigen bereiten. Wenn Ew. Majestät sich des Misvergnügens erinnern will, das Sie kund gaben, als Sie den, von mir im April 1809 diesem tapferen Volke zugestandenen Waffenstillstand erfuhren, so werden Sie darin die Nothwendigkeit erkennen, in welcher sich dieses Land befindet: alles zu thun, was es bisher gethan hat, um seine Unabhängigkeit zu erhalten und sich vor den Gefahren zu hüten, worin Ihre Politik, Sire, es verstrickt haben würde, wenn es diese weniger gut gekannt hätte.

Während der, seit vier Monaten sich drängenden Begebenheiten hat die Entwaffnung der schwedischen Truppen in Pommern, und deren Absendung nach Frankreich als Kriegsgefangene den Generalen Ew. Majestät zur Last gelegt werden können. Allein es dürfte nicht so leicht ein Vorwand zu finden sein, um die Thatsache zu widerlegen, daß Ew. Majestät niemals die Aussprüche des Prisengerichts hat bestätigen wollen, und daß Sie besondere Ausnahmen zum Nachtheile Schwedens gemacht haben, wiewol jener Gerichtshof zu unseren Gunsten entschieden hatte. Uebrigens, Sire, wird kein Mensch in Europa durch die Beschuldigung der Generale Ew. Majestät sich irre leiten lassen. Das Schreiben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und die Antwort des Herrn Cabre vom 4. Jan. 1812 werden Ihnen beweisen, daß Se. Majestät Ihrem Verlangen zuvorgekommen war, indem sie alle Mannschaft der genommenen Kaper in Freiheit setzen ließ. Schon damals hat die Regierung ihre Rücksichten so weit getrieben, daß sie sogar Portugiesen, Algierer und Neger zurücksandte, welche auf denselben Kapern gefangen genommen waren, und sich für Unterthanen Ew. Majestät ausgaben. Nichts also hätte im Wege stehen sollen, daß Ew. Majestät die Rücksendung der schwedischen Offiziere und Soldaten befohlen hätte, und dennoch schmachten sie noch in Banden!

Was die, in dem Schreiben des Herzogs von Bassano enthaltenen Drohungen und die 40000 Mann betrifft, welche Ew. Majestät dem Könige von Dänemark geben will, so glaube ich nicht in das Nähere über diese Gegenstände eingehen zu müssen, um so mehr, da ich zweifle, daß der König von Dänemark diese Hülfsleistung werde benutzen können. Wenn von meinem persönlichen Ehrgeize die Rede ist, so gestehe ich: der meinige ist sehr groß. Ich habe den Ehrgeiz, der Sache der Menschheit zu dienen und die

Unabhängigkeit der skandinavischen Halbinsel zu sichern. Um dies zu bewirken, baue ich auf die Gerechtigkeit der Sache, welche zu vertheidigen der König mir befohlen hat, auf die Ausdauer der Nation und auf die Biederkeit der Bundesgenossen. Wie aber auch Ihr Entschluß ausfallen möge, Sire, für den Frieden, oder für den Krieg, so werde ich nichtsdestoweniger für Ew. Majestät die Gesinnungen eines ehemaligen Waffenbruders bewahren.“ [1])

Dieses geschickt abgefaßte Schreiben, welches Schwedens Beschwerden über Napoleon's Politik aufzählte und die Absicht aussprach: Schwedens Recht zu vertheidigen, war offenbar darauf berechnet, den Entschluß des stockholmer Cabinets vor der Welt, nicht vor dem Kaiser der Franzosen zu rechtfertigen. Es mußte dessen Zorn um so mehr erregen, als es unter dem Scheine der Mäßigung ihm die herbsten Wahrheiten sagte, und der ihm verhaßte Bernadotte sich unterfing, ihm unter Hinweisung auf die Geschichte Lehren zu ertheilen, welche Napoleon's bisherige Handlungsweise verurtheilten.

Selbst das, was dieser am höchsten hielt, sein Feldherrnruhm, wurde durch die Behauptung: der Kaiser von Rußland und der König von Schweden hätten schon im August 1812 das Mislingen seines mit großer Uebermacht unternommenen Eroberungszuges vorausgesehen, um so empfindlicher verletzt, als es in der That kaum annehmbar erschien, jene Fürsten, besonders der letztere, würden außerdem gewagt haben ihm zu trotzen. Dabei war das Schreiben mit so viel Sympathie für Frankreich abgefaßt, daß sein Bekanntwerden nur eine für Napoleon nachtheilige Wirkung auf die Franzosen hervorbringen konnte. Dieser hütete sich daher besagtes Schreiben, ebenso wie Preußens und Oesterreichs Erklärungen über die Ursachen ihres Zerwürfnisses mit Frankreich im „Moniteur“ zu veröffentlichen und mit Anmerkungen zu versehen. Er verbiß seinen Zorn, und als das Schreiben in deutschen Zeitungen erschien, wurde sein Empfang unter dem Bemerken in Abrede gestellt: so wage man nicht an den Kaiser der Franzosen zu schreiben, als wenn nicht in der Veröffentlichung selbst der schlagendste Beweis des Gegentheils läge! Hinsichtlich des vom Prinzen von Asturien an Napoleon gerichteten Briefes, dessen Echtheit später eingestanden ward, bediente letzterer sich derselben, niemanden täuschenden Ausflucht.

Dänemarks entfernte Lage vom Kriegsschauplatze und die durch die Jahreszeit, sowie sonstige Umstände thatsächlich bestehende Waffen=

---

[1]) Allgemeine Zeitung vom 14. Oct. 1813.

ruhe verstatteten demselben seinen Entschluß: welcher Partei es sich anschließen solle? zu verzögern. Doch war es natürlich, daß sich dasselbe endlich für Napoleon entschied, da es für den nichts weniger, als gewissen Fall eines gemeinsamen Unterliegens kaum schlimmer gestellt war, als wenn es sich den Verbündeten anschloß, unter welchen sich England befand, von dem es schon so viel erduldet hatte. Begehrte man doch auf dieser Seite nicht weniger, als die Abtretung Norwegens!

Am 14. April verließen die schwedischen Unterhändler, die Grafen Mörner und Oxenstierna, Kopenhagen, und am 25. desselben Monats veröffentlichte der König von Dänemark durch die amtliche Zeitung seine Erklärung: nie in einen Tausch von Norwegen gegen die ihm dafür angebotenen, an Holstein grenzenden Landstriche (die Hansestädte) willigen zu wollen. Alexander hatte sie ihm durch seinen Gesandten, den Fürsten Dolgoruki, anbieten lassen, auch die Erwerbung von Schwedisch-Pommern, ja von Holland in Aussicht gestellt. Es paßte dieses Anerbieten, sowie die willkürliche Verfügung über Norwegen freilich nicht zu der, von ihm gespielten Rolle des Befreiers Europas vom Joche Napoleon's, welcher nicht mit größerer Willkür über das Los der betreffenden Völker hätte beschließen können, als sein frommer Gegner, der Selbstherrscher aller Reußen.

Nach der in Kopenhagen eingetroffenen Nachricht von den Siegen der Franzosen bei Lützen und Bautzen erhielt das dänische Heer Befehl sich mit jenen zu vereinigen. Der Kronprinz von Schweden, in dessen Pflicht und Macht es lag, Hamburg zu schützen, da nie ein höherer Preis für Beistand verheißen war, als ihm von den Verbündeten für den seinigen, rief sogar den, unter seinem Befehle stehenden General von Döbelen, welcher auf Tettenborn's Bitte zur Hülfe herbeigeeilt war, zurück, und ließ ihn wegen pflichtwidrigen Benehmens durch ein Kriegsgericht verurtheilen. Tettenborn, nun zu Hamburgs Vertheidigung zu schwach, räumte es in der Nacht auf den 30. Mai ohne die Bank zu retten, ja versäumte sogar die zurückgelassenen Kanonen zu vernageln. Hamburg ward nun zuvörderst von den Dänen besetzt, und sodann den Franzosen von jenen übergeben. Die Preisgabe von Deutschlands größter Handelsstadt, deren Schicksal übrigens bald darauf auch Lübeck theilte, war um so muthwilliger, als dem Kronprinzen von Schweden kein Feind gegenüberstand. Sie war ein böses, später nur zu sehr sich bewahrheitendes Anzeichen von

der Art, wie er seine Bundespflicht in Bekämpfung seiner ehemaligen Waffengefährten erfüllen werde!

Napoleon hatte den Marschall Davoust und General Vandamme zu Vollstreckern seiner Rache gegen das unglückliche Hamburg auserkoren. Mit welcher Wuth dieselben auch gegen dessen wehrlose Einwohner verfuhren, so vollzogen sie dadurch doch nur die Befehle ihres unmenschlichen Gebieters. Denn am 7. Mai ließ er durch Berthier an Davoust schreiben:

„Sie werden sofort alle hamburger Unterthanen, welche unter dem Titel Senatoren Dienste genommen haben, festnehmen, einer Militärcommission übergeben und die fünf Schuldigsten erschießen lassen. Die anderen werden Sie unter guter Bedeckung nach Frankreich schicken, damit man sie in einem Staatsgefängnisse einkerkere. Ihr Vermögen belegen Sie mit Beschlag, indem Sie es dem Fiscus verfallen erklären. Sie werden die Stadt entwaffnen und alle Offiziere der hanseatischen Legion erschießen lassen. Die übrigen, welche in dieser Legion Dienste genommen haben, werden Sie nach Frankreich auf die Galeeren schicken. Sobald Ihre Truppen in Schwerin angekommen sind, werden Sie, ohne ein Wort zu verlieren, des Fürsten und seiner Familie sich zu bemächtigen suchen, und sie nach Frankreich in ein Staatsgefängniß senden. Sie werden ein Verzeichniß von 1500 der reichsten und schuldigsten Aufrührer in der 32. Militärdivision entwerfen, sie festnehmen und ihr Vermögen confisciren ... Sie werden von den Städten Hamburg und Lübeck 50 Millionen beitreiben ... Vergessen Sie vor allem nicht alle hamburgischen Häuser, welche sich schlecht betragen haben und üble Gesinnungen hegen. Man muß das Vermögen in andere Hände bringen, sonst wäre man dieses Landes nie sicher. Alle diese Maßregeln sind unerläßlich, der Kaiser verstattet Ihnen nicht, auch nur eine einzige abzuändern." [1])

Davoust war ein eifriger Vollstrecker dieser ihm willkommenen Befehle, ja, um das Vermögen der Einwohner Hamburgs „in andere Hände zu bringen", legte er diesen allein schon eine Kriegssteuer von 48 Millionen Francs auf, und erhob sie theils in baarem Gelde, theils in Vorräthen, auch bemächtigte er sich der hamburger Bank. Alle erwachsenen männlichen Einwohner mußten an den Verschanzungen arbeiten, und zwanzig und einige tausend der ärmeren Bewohner wurden aus ihrer Vaterstadt ins Elend getrieben.

Während die Franzosen so in dem ihnen überlieferten Hamburg hausten, sendete der König von Dänemark, um sich Norwegen zu sicheren, den Prinzen Christian dahin, welcher dessen Bevölkerung zur Vertheidigung des Landes aufrief. Nach Dresden aber, in das

---

[1]) Militärwochenblatt von 1828, S. 3960, aus dem „Mémorial topographique et militaire" von 1826 abgedruckt.

französische Hauptquartier, ließ er den Minister von Kaas abgehen, um sich mit dem Kaiser der Franzosen über die Grundlagen eines neuen Bündnisses zu verständigen. Vergeblich erschien am 31. Mai eine englische Flotte auf der Rhede von Kopenhagen, und drohte mit Eröffnung von Feindseligkeiten, wofern König Friedrich VI. sich nicht verpflichte Norwegen an Schweden abzutreten, und 25000 Mann gegen Frankreich zu stellen. Der König ließ sich nicht einschüchtern, und man unterließ den Angriff, an dessen Gelingen man Ursache hatte zu zweifeln. Am 10. Juli wurde hierauf zu Kopenhagen das französisch-dänische Schutz- und Trutzbündniß, in welchem beide Theile sich ihre Besitzungen verbürgten, von den beiderseitigen Bevollmächtigten, dem dänischen Minister des Aeußeren, Niels Rosenkranz, und dem früheren Gesandten Frankreichs in Stockholm, Baron Alquier, unterzeichnet. Obschon nach dessen Inhalte die Kriegserklärung Dänemarks an Rußland, Preußen und Schweden innerhalb 24 Stunden nach Ablauf des Waffenstillstandes geschehen sollte, so erfolgte sie an Schweden doch erst am 3. September. Den Hauptgrund derselben bildete natürlich Schwedens Anspruch auf Norwegen. Außerdem werden Schwedens Weigerung: den Sundzoll zu bezahlen, und die Aufstellung von Kriegsschiffen hervorgehoben, welche dessen Erhebung auch hinsichtlich der Schiffe anderer Nationen hinderten; sowie die Nichtbeachtung derjenigen Artikel des Friedens von Jönköping vom 10. Dec. 1809, welche die Aufhebung des auf dänisches Eigenthum gelegten Beschlags und den verheißenen Schutz dänischer Schiffe an der schwedischen Küste gegen die Engländer betrafen.

Noch bevor Dänemarks Stellung zu den kriegführenden Mächten auf diese Weise sich entschied, veranlaßte sie heftige Kämpfe im englischen Parlamente zwischen der Regierung und der Opposition. Lord Grey und Lord Holland im Oberhause, Ponsonby, Whitbread und Canning im Unterhause beantragten, daß der von England mit Schweden abgeschlossene Bundesvertrag, soweit er Dänemark nachtheilig sei, nicht genehmigt werde.

Dieser Vertrag, sagten sie, drohe Englands Ehre zu beflecken. Dänemark sei weder mit Rußland, noch Schweden im Kriege gewesen, als diese sich verabredeten, demselben Norwegen zu entreißen. Welche Ursache habe Rußland zur Klage gegen Dänemark? Auch der Kronprinz von Schweden habe nichts angegeben, als den Scheingrund einer moralischen und physischen Verbindung, welche Norwegen zu einem natürlichen Anhange von Schweden mache. Angenommen,

Rußland und Schweden hätten von Englands Monarchen die Abtretung von Hannover verlangt, rief Lord Grey, und in dieser Beziehung bin ich gewiß unparteiisch, denn ich glaube, es wäre ein Glück für England gewesen, wenn Hannover im Grunde des Meeres versenkt läge, so würde das Gefühl für die Ehre der Krone mich bewogen haben, eher einen Krieg zu wagen, als in einen solchen Vorschlag einzuwilligen. Doch gesetzt nun, die Mächte hätten hinzugefügt: wir wollen Calais und Boulogne zum Tausch geben, so würde ich geglaubt haben, daß sie Hohn mit Beleidigung verbinden wollten. Statt an Dänemark vernunftgemäße Anerbietungen für seinen Beitritt zum Bündnisse zu machen, wurde ihm zu erkennen gegeben: es habe einen Preis für Englands Freundschaft zu bezahlen, der ihm als Strafe für seine Feindseligkeiten nicht hätte abgedrungen werden dürfen. Und nun folgte der heuchlerische Rückhalt: dieser Raub solle mit aller schuldigen Achtung für das Glück der nordischen Völker ausgeübt werden. Für den Fall aber, daß die Norweger, ihrer alten Treue und Pflicht gegen ihre Könige eingedenk, dieser gewaltsamen Trennung Widerstand leisteten, verpflichteten sich die Minister mit Feuer und Schwert in die Wohnungen dieses Volks zu dringen, und es mit allem Elende des Krieges heimzusuchen, weil dessen Monarch sich weigere es wie Vieh zu vertauschen. Man habe gesagt: Dänemark sei beständig feindselig gegen England gewesen, und seine Schwäche gereiche ihm zu keiner Entschuldigung. Wenn eine schwache Macht ein Werkzeug in feindlicher Hand würde, um England zu schaden, so wäre man berechtigt, derselben ein solches zu entreißen. Aber Frankreichs Einfluß sei ja nicht mehr überwiegend gewesen. Dänemark habe seine Minister gesendet, um Frieden mit England zu schließen, es habe seine Truppen gesendet, um Hamburg zu beschützen, und dies in demselben Augenblicke, wo Englands Minister ihm ankündigten, daß sie im Begriffe ständen es zu plündern. Ein kräftiger Seitenangriff von Pommern aus sei sehr wünschenswerth, aber ein diesfallsiges Unternehmen Schwedens sei ohne Dänemarks Mitwirkung wirkungslos. Dänemarks Feindschaft würde Schwedens Anstrengungen vereiteln. Uebrigens seien die Schweden zeitig genug gelandet, um nach zwei französischen Siegen müßige Zuschauer des eben geschlossenen Waffenstillstandes zu sein!

Im Unterhause sprach Ponsonby in demselben Sinne. Die Grundsätze zur Theilung Dänemarks seien eine treue Nachbildung jener Verträge, durch welche man Polen

getheilt habe. Die einzige Rechtfertigung des Kriegs gegen Dänemark wäre nicht Eroberung, sondern Englands Sicherheit; denn es sei behauptet worden, wenn Dänemark noch seine Flotte besäße, so würde Frankreich sich ihrer bemächtigen und sie gegen England gebrauchen. Was könne man aber nun zur Rechtfertigung dieses Vertrags anführen? Rußlands Absicht sei klar. Bei der Wahrscheinlichkeit, mit Frankreich in Krieg zu gerathen, habe es Schweden durch die Verheißung Norwegens dazu bewegen wollen, ihm Beistand zu leisten, ohne die Zurückgabe Finnlands zu fordern. Würde Frankreich nicht hierin eine Rechtfertigung für sein Verhalten finden? Würde es nicht, wenn man seine Handlungen tadelte, antworten: England gibt seine Einwilligung zu einem Theilungsvertrage gegen eine harmlose Macht, und unterstützt den Raub eines Landes, der von Nationen begangen wird, die keinen Grund zu Feindseligkeiten haben. Welcher Theil von Deutschland solle denn Gegenstand des Ersatzes sein? Doch gewiß nicht ein Theil des Erblandes (Hannover), nicht Hamburg, keine von den Hansestädten? Einige hätten gesagt, es sei Hamburg. Das könne er nicht glauben. Hamburg war zu jener Zeit der Mittelpunkt der Erhebung. Man habe Deutschlands Erhebung eine heilige genannt, und es zu beschützen versprochen, was würde es von diesem Schutze denken, wenn einer seiner Theile einem fremden Monarchen überliefert werde?

Gegen diese heftigen und wohlbegründeten Angriffe vertheidigte Lord Liverpool die Regierung im Oberhause, Lord Castlereagh im Unterhause.

Ohne Kenntniß von den besonderen Umständen, sagten sie, wolle man auf Unterhandlungen mit den Verbündeten die Krone verweisen, nachdem man sie durch ein Parlamentsvotum beschimpft und den Vertrag aufgelöst habe, welcher sie an die Verbündeten knüpfe. Nach Aufzählung der Thatsachen, welche zu dem Vertrage mit Schweden die Veranlassung gegeben hätten, stellten die Minister die Behauptung auf: Schweden handle nach dem, dasselbe rechtfertigenden Grundsatze der Selbsterhaltung. Rußland aber habe hinreichenden Grund zum Kriege gegen Dänemark, in dessen Unterwürfigkeit gegen Frankreich, wenn es solchen geltend machen wolle. Die Sachlage bei Eröffnung des Feldzuges sei die gewesen, daß zwei große Militärmächte des Festlandes von Frankreich gezwungen waren, ihm Hülfstruppen gegen Rußland zu stellen. Dänemark sei freilich hierzu nicht aufgefordert worden, allein es habe auf andere Weise Beistand geleistet. Es mußte, als die französischen Streitkräfte sich entfernten, das mit

Rußland verbundene Herzogthum Oldenburg für Frankreich militärisch besetzen. Die französische Beschlagnahme dieses Landes sei einer der Gründe gewesen, weshalb der Krieg zwischen Frankreich und Rußland ausbrach, mithin für letzteres Veranlassung genug, um Dänemark zu bekriegen. Die Verpflichtungen, welche Rußland und Schweden gegeneinander übernommen hätten, seien dadurch gerechtfertigt, daß sie die Erhaltung alles Erhaltungswerthen bezweckten. Auf ihre Anfrage, ob England geneigt sei, die zur Vertheidigung des Nordens verabredeten Pläne zu unterstützen? habe England sich hierzu insoweit bereit erklärt, als hierdurch das Wohl Europas befördert werde. Für den Fall, daß ein schwedisches Hülfsheer gegen den gemeinsamen Feind das Festland betrete, sei Geldunterstützung versprochen worden. Die Absendung eines solchen Heeres sei damals deshalb unterblieben, weil die preußische Regierung durch Frankreichs Haltung genöthigt worden war zu erklären: sie wolle alle verfügbaren Streitkräfte aufbieten, um die Schweden, falls sie landeten, zurückzuwerfen. Schweden habe aber auf das, ihm zur Eroberung Norwegens versprochene russische Hülfsheer für den damaligen Augenblick verzichtet, und dadurch es möglich gemacht, daß diese Truppen die Niederlage der Franzosen vervollständigten. Hätte Schweden das ihm gemachte Anerbieten der Zurückerstattung Finnlands angenommen und den französischen Angriff auf Rußland unterstützt, so würde letzteres wol kaum im Stande gewesen sein demselben zu widerstehen. Deshalb habe Rußland zu Schwedens Entschädigung ihm Norwegen versprochen, wenn es auf seine Seite trete, und es sei in seinem Rechte gewesen, auf Kosten Dänemarks, welches Oldenburg für Frankreich besetzt, dessen Schiffe mit Matrosen bemannt und Napoleon überhaupt allen geforderten Beistand geleistet habe, sich in Schweden einen wichtigen Bundesgenossen zu sichern. Wegen der verspäteten Landung des schwedischen Hülfsheeres in diesem Feldzuge seien nur die widrigen Winde anzuklagen, welche die zur Hinüberführung der schwedischen Truppen bestimmten englischen Schiffe in Gothenburg festgehalten hätten. Schweden habe die übernommenen Verpflichtungen getreulich erfüllt, und deshalb müsse man auch ihm Wort halten.

Ungeachtet man ihm ganz Norwegen versprochen habe, und es auch zu seiner völligen Sicherung gegen das von Frankreich unterstützte Dänemark die Erfüllung dieses Versprechens für nothwendig halte, wolle Schweden doch für den Fall, daß Dänemark dem Bunde gegen Frankreich beitrete, sich mit dem nördlichsten Theile

von Norwegen, dem Bisthume Drontheim, begnügen. Dieses sei ihm aber unentbehrlich, denn durch die Pässe desselben sei in allen Kriegen gegen Norwegen das schwedische Heer umgangen worden. Allein Dänemarks Vorschläge seien nur auf Zurückgabe seiner Flotte gerichtet und so beschaffen gewesen, daß aus ihnen die Absicht Zeit zu gewinnen hervorging. Der Umstand, daß dänische Truppen zur Vertheidigung Hamburgs mitgewirkt, sei nicht maßgebend, wenn man bedenke, wie Buonaparte selbst Dänemarks Lage und Absichten beurtheile. Er sei überzeugt, daß Napoleon Dänemarks Benehmen bei Hamburg und dessen Sendung des Grafen Bernstorff nach London nur als Maßregeln betrachte, welche es zu seiner augenblicklichen Sicherheit getroffen habe, denn sonst hätte er es nicht als seinen Bundesgenossen bezeichnet, als er der Beschickung eines Friedenscongresses öffentlich gedachte. Dänemark sei mit England im Kriege. Seine Kaper hätten den englischen Handel auf alle mögliche Weise belästigt, seine Matrosen bemannten französische Schiffe. Wie könne man daher behaupten, England habe nicht das nämliche Recht Norwegen zu erobern, als irgend einen anderen, der dänischen Krone gehörenden Platz, liege derselbe in Westindien, oder sonst wo! Dazu komme, daß Schweden Finnland verloren habe, weil es sich weigerte dem Vertrage von Tilsit beizutreten, welcher ihm das Continentalsystem und ein feindliches Benehmen gegen England auferlegen sollte. Es sei die Pflicht Englands, das durch seine Lage gegen Frankreichs Angriff sicherer sei, als andere Länder, diejenigen, welche sich diesem gemeinschaftlichen Feinde unterwürfen, nicht auf gleiche Weise zu behandeln, wie diejenigen, welche ihm Widerstand leisteten: letztere müßten auf Kosten derjenigen belohnt werden, die für den Feind handelten.

Diese von den englischen Ministern für ihre Politik gegen Dänemark angeführten Gründe entsprachen allerdings mehr der Zweckmäßigkeit, als der Billigkeit und Gerechtigkeit. Doch konnte England bei diesfallsigen Vorwürfen auf seinen Kriegszustand gegen Dänemark als Frankreichs Bundesgenossen hinweisen, während zwischen Rußland oder Schweden einerseits, und Dänemark andererseits der Krieg noch nicht erklärt war, weshalb sie ihre feindliche Handlungsweise höchstens damit entschuldigen konnten, daß sie durch Napoleon's, gegen sie gerichtetes Verfahren gezwungen würden in ähnlicher Weise, wie er zu thun pflegte, ihren Vortheil gegen das ihm verbündete Dänemark zu verfolgen.

Mit ihrer Vertheidigung des mit Schweden abgeschlossenen Vertrags verbanden die englischen Minister die Erklärung, daß sie ihre Stellen niederlegen würden, wenn derselbe, wie ihre Gegner beantragten, nur theilweise genehmigt würde. Sie bewirkten dadurch, daß der ganze englisch-schwedische Vertrag mit Einschluß der Verfügung über Norwegen von einer bedeutenden Mehrheit in beiden Häusern des Parlaments gutgeheißen wurde, denn er entsprach der, vom Parlamente geheiligten Politik: Napoleon, den unversöhnlichen Feind Englands, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Auch würden die politische Gegner der englischen Minister schwerlich so freisinnigen Grundsätzen in den Beziehungen der europäischen Völker untereinander gehuldigt haben, wenn sie nicht darin ein geeignetes Mittel zu dem Versuche erblickt hätten, statt ihrer selbst deren rothe Wollsäcke im Parlamente einzunehmen.

Weder jener Brief Bernadotte's an Napoleon, welcher Schwedens Sympathien mit dessen Feinden offen erklärte, noch die Landung des schwedischen Heeres in Deutschland zur Unterstützung der Verbündeten, hatte Frankreichs Kriegserklärung zu unmittelbarer Folge. Die, wenn auch nur zum Scheine, erfolgte Veranstaltung des Friedenscongresses zu Prag machte dies unthunlich, denn der von Napoleon kundgegebene Wunsch mit Rußland Frieden zu schließen, wäre ja mit seiner Kriegserklärung gegen das mit Rußland verbündete Schweden unvereinbar gewesen. Uebrigens hatte Napoleon dasselbe auch ohne Kriegserklärung bereits so feindlich behandelt, als er dies irgend vermocht hatte. Erst am 20. August, also nach Wiedereröffnung der Feindseligkeiten gegen die Verbündeten, mit denen die schwedischen Truppen im Felde erschienen waren, entwickelte der Herzog von Bassano auf Napoleon's Befehl die Gründe, weshalb auch Schweden zu bekriegen sei. Der Bericht lautete:

„Ew. Majestät hatten durch einen zu Fontainebleau am 31. Oct. 1807 mit Sr. Majestät, dem Könige von Dänemark, unterzeichneten Vertrag diesem Souveräne die Unverletztheit und Unahängigkeit seiner Staaten gewährleistet. Obgleich diese Verbindung Schweden bekannt war, so erbot es sich doch 1812 in dem, gegen Rußland herannahenden Kriege gemeinschaftliche Sache mit Frankreich zu machen, wenn Ew. Majestät einwilligten ihm die Erwerbung von Norwegen zu verbürgen, zu welcher es Lust hatte, ohne andere Rechte, ohne andere Titel, als daß sie ihm eben nützlich erschien. Ew. Majestät betrachteten diesen Antrag als eine Beleidigung. Keine Erwägung konnte Sie vermögen, das Interesse Ihres Bundesgenossen zu verrathen. Nun suchte Schweden anderwärts die Unterstützung, welche Ew. Majestät seinem Ehrgeize versagten. Es verband sich mit Ihren Feinden, um

Ihre Bundesgenossen zu berauben. Es erbot sich gegen Rußland, als Preis der Verwendung oder der Hülfe durch Waffengewalt, welche ihm die Erwerbung Norwegens sicheren sollte, Theil am Kriege gegen Frankreich zu nehmen. Ein besonderer Artikel des zu Petersburg am 24. März" (a. St., d. i. 5. April) „1812 unterzeichneten Vertrags setzte fest, daß in dem Falle, wenn Dänemark in Norwegens Abtretung willige, ihm Entschädigung verschafft werden solle, welche nur von dem französischen Gebiete genommen werden konnte. Diese, in den Jahrbüchern der Völker beispiellosen Verpflichtungen gingen auch auf England über. Durch den Vertrag vom 3. Mai d. J. trat diese Macht der schon bestehenden Uebereinkunft zwischen Rußland und Schweden bei, und verbürgte Norwegens Vereinigung mit den Staaten Sr. schwedischen Majestät, als eines zu ihrem Königreiche wesentlich gehörenden Theils. Durch diese beiden Verträge hat sich Schweden gegen Ew. Majestät in Kriegszustand versetzt.

Aber schon lange hatte es den Friedensvertrag vom 6. Jan. 1810 verletzt. Es vergaß die großmüthigen Bedingungen, welche Ew. Majestät ihm bewilligt hatten, und verkannte die Verpflichtung, welche es als Preis für die Zurückgabe von Schwedisch-Pommern übernommen hatte, seine Häfen dem englischen Handel zu verschließen. Es öffnete sie noch in dem nämlichen Jahre, sie wurden wahre englische Colonien. Britische Consuln hatten in ihnen ihren Sitz, und, ungeachtet der schwedischen Kriegserklärung gegen England, liefen die Flotten und Geleitschiffe dieser Macht frei in die schwedischen Rheden ein und verweilten dort. Die Colonialerzeugnisse und englischen Waaren häuften sich in Schwedens Häfen, um nach Pommern gebracht zu werden, und von hier aus das feste Land zu überschwemmen. Dies war für Schweden noch nicht genug. Es erlaubte sich Thätlichkeiten gegen Ew. Majestät Unterthanen. Sie wurden in dem Hafen von Stralsund meuchelmörderisch umgebracht, ohne daß es möglich war, für diese That Genugthuung zu erhalten. Schiffe, die Ew. Majestät Flagge trugen, wurden auf offener See durch Schiffe der schwedischen Marine mishandelt. Eines davon, der Merkur, wurde im Sunde mit offener Gewalt durch die Kriegsbrigg Ventalität angegriffen und in einen schwedischen Hafen geführt, wo man die Mannschaft in Ketten warf. Da alle Vorstellungen von Ew. Majestät Regierung fruchtlos blieben, so befahlen Sie Pommern zu besetzen, bis Schweden die Genugthuung, die es der Würde Ihrer Krone schuldig war, gegeben haben würde. Ew. Majestät gebrauchten ungern diese Strenge gegen ein Volk, das Sie schätzen, und das beinahe 200 Jahre dem Systeme Frankreichs gefolgt war. Allein es fand sich, Sire! daß diese Verfügungen, die nur zum Zwecke hatten einen Freund, der seine Pflichten verkannte, zu gerechteren Gesinnungen zurückzuführen, einen Feind trafen, welcher schon Verträge gegen uns eingegangen war. In Vollziehung dieser Verträge, deren Hauptinhalt ich Ew. Majestät vor Augen gelegt habe, wagten die schwedischen Truppen zu Anfang dieses Feldzugs das französische Gebiet anzufallen. Ew. Majestät haben durch einen neuen Vertrag mit Dänemark die mit dieser Macht bestehenden Bande noch enger geknüpft, sich mit deren Interessen noch näher vereinigt, und die wechselseitige Verpflichtung übernommen Krieg gegen Schweden zu erklären. Ich schlage daher Ew. Majestät vor: den Kriegszustand zwischen Frankreich und Schweden erklären zu lassen, und zu gleicher Zeit zu befehlen, daß der am 10. Juli d. J. zwischen Frankreich und Dänemark abgeschlossene Vertrag dem Senate mitgetheilt und als Staatsgesetz unseren Constitutionen gemäß bekannt gemacht werde."

Der Brief des Kronprinzen von Schweden vom 23. März kann als Prüfstein dafür dienen, wieviel Wahrheit in diesem Berichte enthalten ist. Nur das auch dort angedeutete Verlangen, dem

Könige von Dänemark die norwegische Krone zu entreißen, und Napoleon's Verpflichtung diesen als seinen Bundesgenossen zu schützen, waren gegründet. Außerdem ist dieser Bericht einer der vielen Belege, in welcher Weise Napoleon seine gewaltthätige Politik durch Erdichtungen zu beschönigen beflissen war, und wie er bei geschichtlichen Darstellungen versuchte seinem Grundsatze, „daß die Geschichte eine vereinbarte Fabel sei", Geltung zu verschaffen. Daß Schweden statt der ihm von Napoleon für den Beistand gegen Rußland verheißenen Wiedererwerbung Finnlands sich lieber von Rußland für sein Bündniß gegen Frankreich Norwegen versprechen ließ, scheint in der That zu beweisen, daß es das Mislingen von Napoleon's Feldzuge gegen Rußland für wahrscheinlich gehalten, und deshalb die russische Freundschaft der französischen vorgezogen habe. Indessen hatte die letztere Entschädigung auch noch den Vortheil, daß das vom mächtigen Rußland an Schweden zurückgegebene Finnland schwieriger zu bewahren gewesen wäre, als das dem ohnmächtigen Dänemark mit russischer Hülfe entrissene Norwegen.

Die vom Kaiser der Franzosen sieben Jahre hindurch systematisch betriebene Aussaugung Preußens hatte dasselbe so geschwächt, daß es trotz der unbegrenzten Opferfreudigkeit seines Volks durch den Mangel hinreichender Geldmittel bisher gehindert worden war, alle seine verfügbaren Streitkräfte zu entfalten. Auch Rußland, obschon es infolge des, am 18. Juli 1812 zu Oerebro mit England abgeschlossenen Friedens- und Bundesvertrags von diesem bedeutende Geldunterstützungen empfangen hatte, deren Größe nur aus dem Umstande gefolgert werden kann, daß dafür und für die Unterhaltungskosten des Heeres die ganze russische Flotte England als benutzbares Pfand übergeben wurde, bedurfte zur Fortsetzung des Krieges neuer Summen. Deshalb schloß England mit Preußen am 14. Juni 1813, und mit Rußland am folgenden Tage zu Reichenbach Verträge ab, nach welchen es diesen Bedürfnissen in folgender Weise abzuhelfen versprach:

Preußen sollte für den Unterhalt von 80000 Mann Feldtruppen während der zweiten Hälfte des Jahres 1813 666666 Pfund Sterling erhalten. In einem geheimen Artikel verpflichtete sich England, bei einem glücklichen Ausgange des Krieges, zur Vergrößerung Preußens dergestalt beizutragen, daß es in statistischer und geographischer Hinsicht mindestens in den Zustand vor dem Kriege von 1806 wieder hergestellt werde. Preußen dagegen versprach einen Theil seiner Besitzungen in

Niedersachsen und Westfalen mit einer Bevölkerung von 300000 Seelen, namentlich aber das Bisthum Hildesheim, an Hannover abzutreten. In Kalisch hatte der leichtfertige Hardenberg gegen das ganz allgemein gefaßte Versprechen von Preußens Wiederherstellung den größten Theil des preußischen Polens geopfert, in Reichenbach gab er deutsche Besitzungen Preußens auf: Goslar, Hildesheim, Lingen, einen Theil von Münster und das wegen der Mündung der Ems in die Nordsee und wegen seiner Häfen so kostbare Ostfriesland, ein Gebiet von zusammen 137 Quadratmeilen, um dafür kärgliche Hülfsgelder zu erlangen, welche England auch ohne diese Opfer nicht füglich verweigern konnte; denn wie hätten die englischen Minister es vor dem Parlamente zu verantworten gewagt, daß dem streitbarsten Bundesgenossen die nöthige Geldunterstützung vorenthalten und hierdurch Englands Interesse gefährdet worden sei, weil Preußen sich geweigert habe: das mit der englischen Krone nur noch kurze Zeit verbundene und von dem englischen Volke als eine Last betrachtete Hannover mit Theilen seines eigenen Gebietes abzurunden? Da Hardenberg so unbilligen Forderungen nicht widersprach, so zeigten die englischen Diplomaten auch Lust, sich Minden und Ravensberg auszubedingen, wozu es jedoch glücklicherweise nicht kam. Die englischen Staatsmänner bedungen sich, wie alle Diplomaten, welche vom berliner Cabinete Gebietsvermehrungen für ihren Hof sich versprechen ließen, genau bezeichnete Landstriche aus; der preußische Staatskanzler hingegen war mit allgemeinen Verheißungen zufrieden, und Preußen hat diese Sorglosigkeit schwer gebüßt.

An Rußland verhieß England bis zum 1. Jan. 1814 in monatlichen Abschlagszahlungen 1,333333 Pfund Sterling für den Unterhalt von 160000 Mann Feldtruppen zu zahlen und die Kosten der in englischen Häfen zu beliebiger Verwendung bereits eingestellten Flotte, im Betrage von 500000 Pfund Sterling, zu bestreiten. Ferner ward das Uebereinkommen getroffen, für fünf Millionen Pfund Sterling Bundespapier auszugeben, von denen Rußland zwei Drittel, Preußen ein Drittel empfangen, aber nur die Hälfte wieder einzulösen gehalten sein sollten, während die andere Hälfte von England eingelöst werden würde. Englische Offiziere sollten bei den Oberbefehlshabern der verschiedenen Heere beglaubigt werden, um über die Kriegsereignisse Bericht zu erstatten, und das gemeinsame Interesse wahren zu können. Der Vertrag von London vom 30. Sept. 1813 veränderte jedoch die zwischen England

einerseits, und Preußen und Rußland andererseits abgeschlossenen Hülfsgelderverträge dahin, daß nur zwei und eine halbe Million Pfund Sterling unter der alleinigen Einlösungsverbindlichkeit Englands auszugeben seien. Endlich übernahm auch England in einer, auf dem schlesischen Schlosse Peterswaldau am 6. Juli 1813 unterzeichneten Ergänzung dieses Hülfsgeldervertrags die Bezahlung der in russischen Diensten stehenden deutschen Legion, welche auf 10000 Mann gebracht werden sollte.

An Oesterreich versprach England im dritten Artikel des Vertrags, den es zu Reichenbach mit Rußland in Gegenwart des Grafen Stadion abschloß, für den Fall, daß es an dem Kriege gegen Napoleon theilnehme, 500000 Pfund Sterling baar und ebenso viel durch Lieferung von Kriegsmaterial zu gewähren. Obschon dies Versprechen erst am 15. Juli 1813 vom Kaiser Franz genehmigt wurde, so zeigt dieser Umstand doch: wie wenig von allen Betheiligten Oesterreichs Beitritt zum Bunde gegen Napoleon bezweifelt wurde. [1])

Vergleicht man das Maß der Unterstützung mit dem, angeblich durch Lord Walpole im December 1812 für Oesterreichs Kriegserklärung gegen Frankreich gemachten Anerbieten von 10 Millionen Pfund Sterling, so bleibt nicht der mindeste Zweifel darüber, daß Metternich's diesfallsige Aeußerung gegen den Grafen Otto nur zur Täuschung des französischen Cabinets ersonnen war.

Von allen Mächten, denen England Geldunterstützung gewährte, machte Schweden in jeder Beziehung das beste Geschäft. Statt der bedungenen 30000 Mann stellte es für die jährlich zu gewährende Million Pfund Sterling angeblich 24000, in Wirklichkeit nur 18000 Mann, welche überdies infolge der, von Bernadotte getroffenen Veranstaltung im ganzen Feldzuge so wenig dem Feinde gegenübergestellt wurden, daß sie an Todten und Verwundeten nicht viel über hundert Mann verloren. Außerdem wurde als Belohnung für den geleisteten Beistand Norwegen mit der schwedischen Krone verbunden. Dennoch war des Kronprinzen von Schweden Bestreben dahin gerichtet, das unter seinen Befehlen stehende Nordheer unthätig zu erhalten, und den Franzosen so wenig, als möglich zu schaden. Die Siege, welche dieses trotzdem erfocht, sind lediglich der nicht zu zügelnden Kampfbegierde der preußischen Truppen, welche den größten Theil desselben bildeten, zu verdanken

---

[1]) De Martens, I, 568. Mémoires d'un homme d'état, XII, 182.

Welche Grundsätze das englische Cabinet bei Zumessung der, seinen Verbündeten gewährten Geldhülfe befolgte, ist aus der eigentlichen Natur der Verhältnisse nicht abzunehmen. Den nächsten, und gewiß scheinbarer Berechtigung nicht ermangelnden Maßstab fanden die, mit den Verhältnissen des Festlandes wenig vertrauten englischen Staatsmänner in dem, zwischen Preußen und Rußland zu Kalisch abgeschlossenen Bundesvertrage, in welchem durch Hardenberg's Fehler Preußen unbegreiflicherweise zu Stellung einer kleineren Truppenzahl sich verpflichtete, als Rußland, dessen Heer nicht blos damals sondern während des ganzen Krieges weniger zahlreich war, als das preußische, und so Preußen als untergeordnete Hülfsmacht erschien, während es doch die Hauptmacht, die Seele des ganzen Krieges war.

Hardenberg's Unfähigkeit und Nachlässigkeit bewirkte es demnach, daß zu einer Zeit, wo die preußischen Streitkräfte die vertragsmäßig von Rußland zu stellenden fast um das Doppelte überstiegen, letzteres dennoch das Doppelte der dem preußischen Hofe bewilligten Hülfsgelder erhielt. Wer blos die Leistungen und Gegenleistungen Englands und der mit ihm verbündeten Mächte, Preußen und Rußland, miteinander vergleicht, kommt zu dem höchst auffallenden Ergebnisse, daß das englische Cabinet seine Geldunterstützungen im umgekehrten Verhältnisse zu dem Eifer und den Leistungen seiner Bundesgenossen abmaß. Das wäre schwerlich geschehen, wenn das Parlament von dem eigentlichen Thatbestande Kunde gehabt hätte; allein der tiefer liegende Grund einer so befremdlichen Handlungsweise lag darin, daß Graf Münster, der hannöversche Minister, welcher dem, mit den deutschen Verhältnissen unbekannten Castlereagh als zuverlässiger Auskunftsertheiler galt, zu derjenigen Partei in Deutschland gehörte, die ein starkes Preußen als unvereinbar mit der, von ihr erstrebten Wiederherstellung eines deutschen Kaiserthums ansah. Außerdem haßte er Preußen wegen der zeitweiligen Besetzung von Hannover, und hegte den Plan: letzterem nach dem Sturze Napoleon's alle zwischen der Schelde und der Elbe eroberten Länder einzuverleiben, ein Plan, welcher dem Prinz-Regenten von England, und eben deshalb auch dessen Ministern sehr gefiel, und der darauf hinauslief: Hannover statt Preußen zur vorherrschenden Macht in Norddeutschland zu machen. Trotz der so schmal zugemessenen Geldhülfe, trotz dem, daß Münster von den 50000 Gewehren, welche England nach Deutschland sendete, nur 5000 zur Bewaffnung der preußischen Landwehr verabfolgen ließ, die übrigen aber für die hannöverschen Rüstungen zurückbehielt,

welche, wie vorauszusehen war, ein kaum nennenswerthes Ergebniß lieferten, bewirkte Preußen durch die begeisterte Thatkraft seines Volks die Wiederherstellung seines früheren Machtverhältnisses und das Scheitern jenes Planes.

Wichtiger, als die Verträge, welche wegen der von England zu zahlenden Hülfsgelder und der diesfallsigen Gegenleistungen zu Reichenbach abgeschlossen wurden, war die am 27. Juni ebendaselbst getroffene Uebereinkunft, welche Nesselrode, Hardenberg und Stadion unterzeichneten. Sie enthielt Oesterreichs Versprechen, dem Bunde gegen Napoleon beizutreten, wenn derselbe nicht bis zum Ablauf des Waffenstillstandes folgende Friedensgrundlagen angenommen habe:

1) die Auflösung des Herzogthums Warschau und dessen Vertheilung unter Oesterreich, Preußen und Rußland;
2) die Vergrößerung Preußens infolge dieser Theilung und der Einverleibung der Stadt und des Gebietes von Danzig, nach erfolgter Räumung aller, von den Franzosen besetzten preußischen Festungen; eine haltbare Grenze für dasselbe an der Elbe;
3) die Rückgabe der illyrischen Provinzen an Oesterreich;
4) die Wiederherstellung der Hansestädte und der übrigen Gebietstheile der 32. Militärdivision, welche künftig wieder zu Deutschland gehören sollten. Dieses habe nach Auflösung des Rheinbundes aus souveränen Staaten zu bestehen.

Ehe Graf Metternich nach Dresden ging, um durch persönliche Unterhandlungen mit Napoleon die Eröffnung eines Friedenscongresses zu sicheren und zu beschleunigen, traf er zu Opotschna, einem böhmischen Städtchen und kaiserlichen Lustschlosse an der schlesischen Grenze, mit den verbündeten Monarchen und deren Ministern zusammen, um von ihnen das Versprechen zu erhalten: mit jenen, von ihm entworfenen Friedensbedingungen sich zu begnügen. Es waren dieselben, welche er in Wien den Grafen Otto und Narbonne so oft vergeblich zur Annahme empfohlen hatte. Der österreichische Minister des Aeußeren wurde glänzend empfangen und mit Bitten und Schmeicheleien überhäuft, um durch ihn Oesterreich sofort zum Uebertritte zu den Verbündeten zu bewegen. Man schilderte ihm die Streitkräfte derselben als so bedeutend, daß wenn Kaiser Franz seine Truppen mit ihnen vereinige, Napoleon's Sturz und Europas Befreiung unzweifelhaft seien. Die von Oesterreich, als Vermittler, angebotenen Friedensbedingungen werde Napoleon verwerfen, nähme

er sie aber wider Vermuthen an, so würde er doch sicherlich die Ruhe Europas von neuem in dem Augenblicke stören, wo er sich für stark genug halte demselben wieder Gesetze vorzuschreiben. Benutze man nicht den gegenwärtigen, günstigen Augenblick, wo er sich von seiner beispiellosen Niederlage in Rußland noch nicht erholt habe, so müsse man endlosen Kämpfen entgegensehen.

Allein Metternich wollte, daß Oesterreich erst dann zum Schwerte greife, wenn Napoleon durch gütliche Vorstellungen nicht bewogen werden könne, jene Friedensvorschläge anzunehmen. Ihn beherrschte der schmeichelhafte Gedanke, daß Europa ihm einen Frieden zu danken haben werde, welchen alle Anstrengungen der Verbündeten bisher unvermögend gewesen waren zu erlangen. Sodann erkannte er zwar die Nothwendigkeit an, in welcher Preußen sich befand, für seine politische Wiederherstellung alles zu wagen; allein er sah mit Besorgniß auf Rußlands wachsende Größe und die Sympathien, die es sich erwarb, indem es den Völkern die Befreiung vom französischen Joche verhieß. Rußland war Oesterreichs Grenznachbar, während Frankreich durch Deutschland, dessen Unabhängigkeit wieder ins Leben gerufen werden sollte, von ihm getrennt war. Außerdem schien ihm Napoleon wegen seiner Verschwägerung mit Oesterreichs Kaiserhause weniger gefährlich. Gelang es ihm, Frankreichs Einfluß auf das rechte Maß zurückzuführen, sodann die Staaten Mitteleuropas zu kräftigen, und sie davon zu überzeugen, daß Oesterreich ihr natürlicher Beschützer sei, so war dieses im Stande, bei allen wichtigen, politischen Fragen, welche Europa bewegten, den Ausschlag dadurch zu geben, daß es sich für Frankreich, oder Rußland erklärte. Beide mußten sich deshalb um seine Freundschaft bewerben. So fein aber auch dieser Plan war, so scheiterte er an dem ehrgeizigen unbezähmbaren Charakter Napoleon's, dem es unerträglich erschien, daß ein Diplomat der neuen Zeit, ein von ihm verachteter Federheld, es unternahm: ihm, dem unerreichten Imperator, das Siegerschwert aus den Händen zu winden und den Frieden vorzuschreiben.

Da Metternich an den Friedensbedingungen, welche er aufgestellt hatte, festhielt, so wurden sie auch von den Verbündeten genehmigt, die Oesterreichs Beistand nicht entbehren konnten, und sich mit der Hoffnung trösteten: Napoleon werde sie verwerfen, Oesterreich aber dadurch verpflichtet sein, demselben sofort den Krieg zu erklären und die Waffen nur mit gemeinsamer Zustimmung wieder niederzulegen.

Dem Kaiser der Franzosen war es nicht unbekannt geblieben,

daß sein kaiserlicher Schwiegervater, seitdem er das Schloß Gitschin zu seinem Aufenthalte gewählt hatte, mit den, in Reichenbach weilenden verbündeten Monarchen in lebhaften Verkehr getreten sei, auch von Metternich's Zusammenkunft mit den letzteren in Opotschna hatte er Kunde. Da seine Bemühungen, sich mit dem Kaiser von Rußland zu verständigen, gescheitert waren, so kam er darauf zurück von neuem zu versuchen, ob er nicht wenigstens Oesterreichs Anschluß an die Verbündeten, der immer mehr sich zu verwirklichen drohte, hindern könne. Denn die von demselben als unerläßlich bezeichneten Grundlagen des Friedens verletzten seinen Stolz und seine Herrschsucht zu empfindlich, als daß er durch ihre Annahme der Gefahr des Uebertritts Oesterreichs zu den Verbündeten hätte vorbeugen wollen. Hatte er früher im Zorne gegen die, seine Absichten durchkreuzende österreichische Politik, Metternich's Anerbieten: eine mündliche Verständigung zu versuchen, unter dem Vorwande abgelehnt, daß erst die Friedensunterhandlungen angeknüpft sein müßten, bevor von einem solchen Schritte Erfolg zu erwarten sei, so erschien ihm derselbe jetzt als das einzige Mittel, diesen Uebertritt Oesterreichs, wo nicht zu verhindern, doch zu verzögern, und er lud nun selbst durch den Grafen Bubna den ihm verhaßt gewordenen österreichischen Minister des Aeußeren ein, zu ihm nach Dresden zu kommen. Als Metternich nach Gitschin zurückkehrte, und seinem Kaiser über seine Thätigkeit zu Opotschna Bericht erstattete, fand er diese Einladung vor, welche herbeizuführen der Nebenzweck seiner Zusammenkunft mit den Verbündeten gewesen war. Er säumte also nicht ihr zu folgen. Mit einem Schreiben des Kaisers Franz an Napoleon versehen, welches von neuem dessen Wunsch für den endlichen Abschluß des Friedens aussprach, und ihn, den Ueberbringer, ermächtigte, über die Abänderung des österreichisch-französischen Bundesvertrags und die Annahme der österreichischen Vermittelung die erforderlichen Urkunden zu unterzeichnen, kam er am 25. Juni in Dresden an. Nachdem er der Form wegen mit dem französischen Minister des Aeußeren am 26. eine Besprechung gehabt und dessen Antwortsnoten am folgenden Tage empfangen hatte, fanden zwischen ihm und Napoleon die bereits geschilderten Unterredungen statt, deren Ergebniß der Friedenscongreß zu Prag war.

Zwölfter Abschnitt.

Erfolglose Friedensverhandlungen zu Prag. Geheime Unterhandlung Napoleon's mit dem Kaiser Franz, um dessen Theilnahme am Kriege wider ihn mindestens zu verzögern. Auflösung des Friedenscongresses.

Bei Abfassung der Artikel, welche die Uebereinkunft über den, unter Oesterreichs Vermittelung zu veranstaltenden Friedenscongreß enthielten, hatte Napoleon klüglich vermieden Bestimmungen über die Form der diesfallsigen Verhandlungen festzustellen; denn da es ihm nicht einfiel unter den, von Metternich vorgeschlagenen Bedingungen Frieden zu schließen, so gedachte er mit Streitigkeiten über Formfragen die Zeit, welche für die Friedensverhandlungen bestimmt wurde, auszufüllen.

Uebrigens zeigten beide kriegführende Theile keinen Eifer die für die Zusammenkunft ihrer Bevollmächtigten zu Prag anberaumte Frist inne zu halten. So war seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes schon fast ein Monat vergangen, ohne daß die Friedensunterhandlungen begonnen hatten. Es war dies auch ganz natürlich, da die Verbündeten ja ebenfalls nicht wünschten, daß auf den, von Oesterreich vorgeschlagenen Grundlagen ein Friede zu Stande käme. Auch sie hatten den Waffenstillstand nur geschlossen, um ihre Streitkräfte zu vermehren, und nach dessen Ablaufe den Krieg desto nachdrücklicher zu führen. Die Verbündeten hatten freilich die österreichischen Friedensvorschläge genehmigt, jedoch nur deshalb, weil von Oesterreich erklärt worden war: es wolle auf dieselben seine Vermittelung beschränken, und werde, wenn sie Napoleon verwerfe, bestimmt auf ihre

Seite treten. Sie rechneten darauf, daß Napoleon dies thun werde, weil sie seine Abneigung kannten, für den Frieden selbst geringe Opfer zu bringen. Nur dem österreichischen Cabinete war an der Stiftung eines solchen Friedens gelegen, durch welchen es, ohne sich der Gefahr eines Krieges auszusetzen, wichtige Gebietsvergrößerungen erlangt hätte, während die neu festzustellende politische Ordnung der Dinge es unabhängig von Frankreich gemacht und in den Stand gesetzt haben würde, bei einem späteren, das Gleichgewicht Europas bedrohenden Kriege den Ausschlag zu Gunsten der, von ihm gewählten Partei zu geben.

Kaiser Alexander fand die, ihm durch einen solchen Frieden gebotenen Vortheile mit den, von Rußland seit dem Jahre 1812 gebrachten Opfern in keinem entsprechenden Verhältnisse, sondern hoffte, wenn es Napoleon zu stürzen gelang, die erste Stelle unter den europäischen Mächten einzunehmen. Preußen aber brannte vor Verlangen, sich für siebenjährige Mishandlungen an seinem Unterdrücker zu rächen; auch hatte es sonst eine, nur einigermaßen genügende politische Wiederherstellung nicht zu hoffen, da abgesehen von der Verbesserung seiner Grenze an der Elbe ihm nur die Aussicht geblieben wäre, einen Theil des Großherzogthums Warschau, nicht aber deutsche Provinzen zu erwerben.

Napoleon dagegen hatte bisher noch nie einen Frieden geschlossen, dessen Bedingungen er nicht selbst vorgeschrieben, noch nie hatte er für den Frieden Opfer gebracht. Der Gedanke, solche Opfer bringen zu müssen, war ihm unerträglich, und sein Entschluß stand fest: die Waffenruhe nur so lange dauern zu lassen, bis er sich stark genug fühle, um außer den Verbündeten auch Oesterreich zu bekämpfen. Er heuchelte nur Bereitwilligkeit zum Frieden, um seine Rüstungen vollenden zu können und die Franzosen glauben zu machen: er sei zur Vertheidigung der Ehre und des Gebiets von Frankreich genöthigt den Krieg fortzusetzen.

Die Verbündeten konnten nur mit Oesterreichs Beistande den Kaiser der Franzosen zu besiegen hoffen; sie waren daher gezwungen nicht nur die, von jenem empfohlenen Grundlagen des Friedens anzunehmen, sondern auch ganz in der, von demselben beliebten Weise die Unterhandlungen darüber mit Napoleon anzuknüpfen. Dieser, welcher die Verbündeten, auch nachdem Oesterreich auf ihre Seite getreten wäre, zu besiegen hoffte, wofern er nur Zeit gewänne sich hierzu zu rüsten, gab dem Verlangen des österreichischen Cabinets nur scheinbar nach, und ließ, als es ihm Zeit dünkte, die Maske fallen.

Graf Metternich meldete schon unter dem 3. Juli dem Herzoge von Bassano die Genehmigung der Uebereinkunft vom 30. Juni von Seiten des Kaisers von Oesterreich, und zeigte zugleich demselben an, daß die Bevollmächtigten Rußlands und Preußens erst am 8. desselben Monats in Prag sich einfinden könnten. An diesem Tage mußte er ihn aber wieder in Kenntniß setzen, daß sie erst am 12. eintreffen könnten, indem die zuerst gedachte Frist zu kurz sei, um zur Ertheilung der Verhaltungsbefehle und zur Reise zu genügen. Napoleon freute sich dieses Verzuges, welcher ihm die Ausführung seines Planes: die Congreßeröffnung so lange als möglich zu verzögern, erleichterte. Da der Umstand, daß der österreichische Minister unterlassen hatte, die Genehmigung der Waffenstillstandsverlängerung durch die verbündeten Souveräne ausdrücklich anzuzeigen, ihm einen erwünschten Anlaß bot, die Absendung der französischen Bevollmächtigten aufzuschieben, so ließ er Maret sofort am 9. Juli dem österreichischen Minister des Auswärtigen antworten:

„Unsere Bevollmächtigten könnten ohne irgend eine Schwierigkeit am 12. in Prag sein, obschon wir diejenigen Rußlands noch nicht kennen. Es ist dies von geringer Bedeutung; aber was die Verlängerung des Waffenstillstandes anlangt, so verhält es sich damit keinesweges ebenso. Es ist unerläßlich, daß wir wissen, woran wir uns zu halten haben, und wir werden die Rückkehr des diesen Brief überbringenden Eilboten mit Ungeduld erwarten. Se. Majestät hatte geglaubt, daß da Se. Majestät, der Kaiser von Oesterreich, in Gemäßheit des vierten Artikels der Uebereinkunft vom 30. Juni sich vorbehalten hatte Rußland und Preußen derselben Verpflichtung beitreten zu lassen, welche von uns übernommen worden war, Sie sich dieser Angelegenheit unterzogen, und die getroffene Maßregel angezeigt haben würden. Ich bitte Ew. Excellenz mich wissen zu lassen, was Sie in dieser Beziehung gethan und erfahren hat. Von unserer Seite richtet der Fürst von Neufchâtel an unsere Commissarien nach Neumark das Schreiben, welches ich dem Herrn von Bubna mittheilen werde. Wir hätten diesen Schritt schon in dem ersten Augenblicke gethan, wenn wir nicht geglaubt hätten, Sie hätten dies übernommen. Bei dem, von uns gegebenen Versprechen ist es für uns wichtig zu wissen, ob unsere Feinde ein solches auch gegeben haben? Wenn dies nicht der Fall wäre, und sie sich weigern sollten dasselbe Versprechen abzugeben, so würden die Verhältnisse, welche wir ordnen wollten, von neuem sich verwickeln. Se. Majestät hat Ursache zu bedauern, Herr Graf, daß Ew. Excellenz sich hierüber nicht erklärt hat, wenn daraus ein neuer Zeitverlust entspringen sollte."

Da der ursprüngliche Waffenstillstand, einschließlich der sechstägigen Aufkündigungsfrist, erst mit dem 26. Juli endete, und Graf Metternich in seinem Schreiben die Genehmigung der Waffenstillstandsverlängerung von Seiten des Kaisers von Oesterreich erwähnt hatte, sowie daß die Bevollmächtigten der Verbündeten sich in Prag einstellen würden, so wäre es für das französische Cabinet

ganz unbedenklich gewesen die seinigen ebenfalls dahin abgehen zu lassen. Allein es war ihm erwünscht hierdurch die Congreßeröffnung zu verzögern. Ja, als Metternich die, am 11. Juli erfolgte Genehmigung der Waffenstillstandsverlängerung von Seiten Rußlands und Preußens angezeigt hatte, sowie daß ersteres den Geheimrath v. Anstett, letzteres den Baron Humboldt nach Prag gesendet habe, und daß diese seit dem 12. die Ankunft der französischen Bevollmächtigten erwarteten, mußte das Anführen, daß die für den Waffenstillstand ernannten militärischen Commissarien der Verbündeten in Neumarkt noch nicht von dessen Verlängerung unterrichtet seien, als fernerer Vorwand dienen: die Nichtabsendung der französischen Bevollmächtigten zu rechtfertigen.

Der, neben dem Herzoge von Vicenza als Congreßbevollmächtigter ernannte Graf Narbonne war zwar inzwischen in Prag angekommen, allein nur in seiner Eigenschaft als französischer Gesandter am wiener Hofe, und ohne Ermächtigung die Unterhandlungen anzuknüpfen. Caulaincourt's Abwesenheit aber wurde in Maret's Schreiben vom 16. Juli in sehr bezeichnender Weise dadurch entschuldigt, daß er durch die Geschäfte des, ihm übertragenen Amtes eines Großmarschalls des kaiserlichen Palastes, noch an seiner Abreise nach Prag gehindert sei. Man nahm also keinen Anstand die häusliche Einrichtung der kaiserlichen Wohnung, und noch dazu während eines Feldzuges, für wichtig genug zu erklären, um die Eröffnung von Unterhandlungen zu verhindern, welche nach Napoleon's eigener Erklärung im „Moniteur“ bestimmt waren, der Welt den Frieden wiederzugeben. Man verschmähte auch den unpassendsten Vorwand nicht, um die Eröffnung des Congresses zu verzögern. Die Bevollmächtigten der Verbündeten beschwerten sich zwar laut darüber, daß das französische Cabinet durch Nichtbeschickung des Congresses die ihnen schuldige Rücksicht aus den Augen setze, freuten sich jedoch im Stillen darüber, daß dem Kaiser der Franzosen offenbar so wenig an dem Zustandekommen des, ihnen ebenfalls unwillkommenen Friedens gelegen sei. Der österreichische Hof aber war über die Rolle, welche man ihn als Friedensvermittler spielen ließ, entrüstet. Graf Metternich, dessen stolze Hoffnung schwand: Europa werde seiner diplomatischen Geschicklichkeit den Frieden verdanken, sprach sowol brieflich gegen den Herzog von Bassano, als mündlich gegen den Grafen von Narbonne die Erwartung aus, daß das französische Cabinet endlich aufhören werde in bedeutungslosen Zufälligkeiten Rechtfertigungsgründe für längere Hinausschiebung der

Friedensunterhandlungen zu erblicken. Er fügte ausdrücklich hinzu: Napoleon möge sich nicht etwa dem Wahne hingeben, daß man über den 10. Aug. hinaus noch über den Frieden unterhandeln werde. Habe er die ihm angebotenen billigen Bedingungen bis dahin nicht angenommen, so würde Oesterreich auf die Seite der Verbündeten treten, und am 17. Aug. mit 300000 Mann — er nahm den Mund etwas voll — die Streitkräfte seiner Gegner vermehren. Partei werde und müsse es auf diese Weise ergreifen, weil sonst Napoleon, nach Besiegung der Verbündeten, seine Waffen gegen Oesterreich kehren würde. Verständige man sich bis zur Mitternachtsstunde des 10. Aug. nicht über die, vom österreichischen Cabinete als unabänderlich betrachteten Friedensgrundlagen, so müßten die Waffen entscheiden.

Auf Narbonne's Erwiderung: er könne nicht glauben, daß jener Glockenschlag die eben gepflogenen Friedensunterhandlungen unterbrechen und vernichten werde, antwortete Metternich: nur dann nicht, wenn sämmtliche Friedensgrundlagen vollständig angenommen wären, und es sich nur um Ordnung unwichtiger Einzelnheiten handelte.

Der Graf von Narbonne setzte hiervon den Herzog von Bassano in Kenntniß, und stellte dabei vor: wenn man nicht den Krieg mit ganz Europa wolle, so dürfe die Absendung des Herzogs von Vicenza nicht länger verzögert werden; die Bevollmächtigten Rußlands und Preußens, welche seit acht Tagen vergeblich auf dessen Ankunft warteten, hätten abzureisen gedroht, und geschehe dies, so sei an Friedensunterhandlungen nicht mehr zu denken. Narbonne's Mahnung hatte jedoch keine weitere Folge, als daß Maret in seinem Antwortschreiben vom 24. Juli dem österreichischen Minister anzeigte, er habe am 22. dem Grafen Narbonne seine Vollmacht zugesendet. Zur Erklärung des Umstandes, weshalb der Hauptbevollmächtigte Caulaincourt noch nicht in Prag angekommen sei, begnügte er sich auf eine einfache Zusammenstellung der nach den betreffenden Tagen geordneten Thatsachen hinzuweisen, welche bisher als Vorwand gedient hatten, die Eröffnung des Congresses zu verschieben. Die undankbare Mühe den Beweis zu versuchen, daß in selbigen wirklich eine Rechtfertigung der eingetretenen Verzögerung enthalten sei, ersparte er sich. Wie bedeutungslos jedoch die Uebersendung dieser Vollmacht in der That war, geht aus Maret's dieselbe begleitendem Schreiben an den Grafen von Narbonne hervor. Es heißt darin:

„Ich sende Ihnen mehr eine Vollmacht, als wirklich Macht zu handeln. Die Hände sind Ihnen gebunden, dafür gestattet man Ihren Beinen und Ihrem Munde volle Freiheit spazieren zu gehen und zu essen."

Der französische Bevollmächtigte wurde angewiesen, die gegenseitige Vorlegung der Vollmachten für den Congreß zu bewirken, sowie zu beantragen, daß zu Beurkundung dessen, was überhaupt mündlich verhandelt werde, Protokolle abgefaßt würden. Sollte diese Formfrage, welche jedenfalls nicht sobald erledigt werden würde, endlich keinen Stoff mehr zur Unterhandlung bieten, indem die Gegner sich den gestellten Anforderungen fügten, so solle er den gegenwärtigen Besitzstand der kriegführenden Mächte als Friedensgrundlage bezeichnen. Angesichts der, von Oesterreich so oft wiederholten Erklärung, was es in dieser Beziehung für unerläßlich halte, lag in solchen Verhaltungsbefehlen eine förmliche Verhöhnung der österreichischen Vermittelung.

Narbonne beschränkte sich darauf den Grafen Metternich von den Forderungen des französischen Cabinets, hinsichtlich der Form der Congreßverhandlungen, mündlich in Kenntniß zu setzen, und dieser theilte sie den Bevollmächtigten der Verbündeten mit, welche es vorläufig dabei bewenden ließen.

Seitdem Napoleon den Versuch gemacht hatte, durch Caulaincourt's Persönlichkeit auf den Kaiser Alexander zu wirken, und sich der Vermittelung Oesterreichs zu entledigen, hatten Rußland und Preußen mit größerer Entschiedenheit, als selbst das österreichische Cabinet, darauf bestanden, daß alle Unterhandlungen nur schriftlich geführt, und die betreffenden Schriftstücke den Parteien durch den Grafen Metternich mitgetheilt werden sollten. Hierauf bestanden sie auch jetzt, obschon letzterer dem französischen Bevollmächtigten erklärte: seinerseits gegen die, von ihm vorgeschlagene Art der Unterhandlung nichts einwenden zu wollen. Er konnte dies ohne Bedenken thun, da er von der Ungeneigtheit der Verbündeten, mit Napoleon überhaupt zu verhandeln, vollkommen überzeugt war. Oesterreich hatte kein Interesse die Verbündeten zur Nachgiebigkeit zu bewegen, denn ihre Weigerung hatte ja nur in den, gegen das österreichische Cabinet zu nehmenden Rücksichten ihre Quelle. Bei der täglich erwarteten Ankunft des französischen Hauptbevollmächtigten unterblieben überdies fernere gegenseitige Mittheilungen.

Endlich am 26. Juli erhielt Caulaincourt von Maret die Verhaltungsbefehle, welche Napoleon, bevor er nach Mainz abgereist war, für ihn zurückgelassen hatte. Sie betrafen so ausschließlich die

Form der Verhandlungen, ohne auf das Wesen und den Zweck derselben einzugehen, daß Caulaincourt, welcher den Auftrag nur angenommen hatte, um für die Stiftung des von ihm sehnlich gewünschten Friedens thätig zu sein, noch von Dresden aus folgende Zeilen an Napoleon richtete:

„Sire! Ich fühle das Bedürfniß, bevor ich Dresden verlasse, mein Herz zu erleichtern, um nach Prag nichts weiter mitzunehmen, als das Gefühl der Pflichten, welche Ew. Majestät mir auferlegt hat. Es ist 2 Uhr. Der Herr Herzog von Bassano hat mir nun die Verhaltungsbefehle zugestellt, welche die Antworten von Neumarkt und die Befehle Ew. Majestät ihm nicht erlaubt haben mir früher einzuhändigen. Sie sind so verschieden von den Anordnungen, welche Ew. Majestät genehmigt zu haben schien, als Sie mich bestimmte, diese Sendung anzunehmen, daß ich nicht zögern würde, jetzt noch die Ehre, Ihr Bevollmächtigter zu sein, abzulehnen, wenn nach so viel verlorener Zeit die Stunden in Prag nicht gezählt wären, während Ew. Majestät noch in Mainz ist, ich mich aber noch in Dresden befinde. Wie groß auch mein Widerwille gegen so vergebliche Unterhandlungen sein mag, so herrscht doch mein Pflichtgefühl vor, und ich gehorche. Morgen werde ich unterweges, und übermorgen in Prag sein, wie man es mir vorschreibt; aber gestatten Sie, Sire! daß die Erwägungen Ihres treuen Dieners hier noch ihre Stelle finden.

Der politische Horizont ist fortwährend so verdunkelt, alles hat ein so bedenkliches Ansehen, daß ich dem Wunsche nicht widerstehen kann, Ew. Majestät nochmals anzuflehen: vor Ablauf der verhängnißvollen Frist, wie mich Ihr Minister hoffen läßt, einen heilsamen Entschluß zu fassen. Möchte Ew. Majestät die Ueberzeugung gewinnen, daß die Zeit drängt, daß die Deutschen äußerst gereizt sind, und daß diese Aufregung der Geister noch mehr, als die Furcht der Cabinete den Ereignissen eine beschleunigte und unwiderstehliche Bewegung verleiht. Oesterreich ist schon zu sehr bloßgestellt, um zurückzuweichen, wenn der Friede des Festlandes es nicht beruhigt. Ew. Majestät weiß, daß ich die Sache dieser Macht *nie* bei Ihr vertreten habe. Sicherlich bitte ich nicht sie dafür zu belohnen, daß sie uns im Unglücke verlassen hat, es sind auch *nicht ihre* 150000 *Bajonnete*, welche ich vom Schlachtfelde fern halten will, obgleich sie wol einige Berücksichtigung verdienen, sondern *es ist Deutschlands*, möglicherweise durch den alten Einfluß dieser Macht herbeigeführte Erhebung, *welche um jeden Preis zu vermeiden* ich Ew. Majestät anflehe. Alle zu diesem Zwecke, und demnach in diesem Augenblicke für einen schleunigen Frieden gebrachten Opfer werden Sie, Sire! mächtiger machen, als Ihre Siege Sie gemacht haben, und Sie werden der Abgott der Völker sein.“

Dem Stolze und Ehrgeize Napoleon's Opfer zumuthen war ein vergebliches Unternehmen. Seine außerordentlichen Fähigkeiten setzten ihn selbst mehr, als jeden anderen in den Stand die Bedenklichkeit seiner Lage zu begreifen, allein seine ungezügelten Leidenschaften erlaubten ihm nicht, sei es von eigenen, sei es von fremder Einsicht Nutzen zu ziehen, sondern nährten nur seine Hoffnung: Glück und Verwegenheit würden auch jetzt ihm den Sieg verschaffen. Maret, welcher Napoleon's Entschluß kannte die angebotenen Friedensgrundlagen zu verwerfen, jedoch die diesfallsige Erklärung so lange als möglich zu verzögern,

gab den französischen Bevollmächtigten dies zu erkennen. Sein Schreiben an den Kaiser der Franzosen vom 1. Aug. setzt deren, zu Prag übergebene Noten in ihr wahres Licht. Es lautete:

„Ich übersende Ew. Majestät die Depesche Ihrer Bevollmächtigten. Ich habe denselben antworten zu müssen geglaubt, ohne erst Befehle von Ew. Majestät abzuwarten. Wir haben den 1. Aug. Mein Brief wird diesen Morgen abgehen, die Bevollmächtigten erhalten ihn aber erst morgen, und so wird genug Zeit verstrichen sein, damit man, den von Ew. Majestät mir zurückgelassenen Vorschriften gemäß, den 10. Aug. erreicht, ohne eben viel Verpflichtungen übernommen zu haben. Es schien mir um so weniger in der Absicht Ew. Majestät zu liegen, die Besprechungen über die Form zu weit zu treiben, als dies den Plan: Zeit zu gewinnen, verrathen würde, wir auch den Augenblick der Rückkehr Ew. Majestät nach Dresden ganz natürlich erreichen werden, ohne daß die Unterhandlung wirkliche Fortschritte gemacht hätte, oder von uns in irgend einer Frage eine Blöße gegeben worden wäre. Kaum ist man zu der Frage, welche die Versorgung der Festungen betrifft, verschritten. Von den drei Schwierigkeiten, welche sich erhoben haben, werden die beiden, den Austausch der Vollmachten und den Ort der Verhandlungen betreffenden von selbst sich erledigen. Was die zu wählende Verhandlungsart betrifft, so habe ich geglaubt, daß wir die Antwort hierauf mehrere Tage verzögern könnten, ohne diese Verzögerung auf uns zu nehmen, während wenn Herr von Metternich auf einer Forderung besteht, welche allen unseren Rechten und jedem Gebrauche zuwider ist, die der Unterhandlung entgegengestellten Hindernisse in der That nur ihm zugerechnet werden können. Obgleich die, den Herren von Vicenza, von Narbonne und André zugegangenen Erklärungen vielleicht keinen anderen Zweck haben, als die Stellung des Vermittlers achtunggebietender zu machen, so könnte es doch in der Absicht Ew. Majestät liegen, im Augenblicke, wo Sie hier ankommt, den Unterhandlungen eine so bedeutende Wendung zu geben, daß man solche nicht abzubrechen wagt. In dieser Voraussetzung habe ich geglaubt, daß es Ew. Majestät genehm sein werde, die vorläufigen Besprechungen bereits ziemlich geendet zu finden.“ [1])

Daß der französische Minister des Aeußeren, selbst in dieser mäßigen Voraussetzung, zu weit ging, zeigt der Verlauf der Unterhandlungen. Jedoch unterblieb allerdings der Versuch nicht: auf Oesterreich außerhalb der Congreßverhandlungen auf eine Weise einzuwirken, daß es dem Kaiser der Franzosen glücklichenfalls gelingen konnte durch Hinterlist und Gewalt eine, ihm günstige Entscheidung herbeizuführen.

Als Napoleon am Abende des 4. Aug. von seiner Reise nach Mainz in Dresden wieder ankam, und daselbst Caulaincourt's und Narbonne's Vorstellungen vorfand: er möge es ihnen doch möglich machen, ernstliche Friedensvorschläge zu thun, da mit dem 10. Aug. die Gelegenheit hierzu wegfalle, und dann in Oesterreich ein neuer Feind

---

[1]) Thiers, XVI, 185—91.

aufstehe, so hatte dies nur zur Folge, daß er sie mit den Worten zurechtwies: Sie hätten der Würde Frankreichs nicht so viel vergeben sollen, um die Erklärung des österreichischen Ministers zu beachten, daß sein Kaiser in diesem, oder jenem Falle auf die Seite der Feinde Frankreichs treten, und diesem den Krieg erklären werde.

Am 29. Juli, dem Tage nach Caulaincourt's Ankunft in Prag, richtete Metternich sowol an die französischen Bevollmächtigten, als an diejenigen der Verbündeten eine Note über das hinsichtlich der Unterhandlungen zu befolgende Verfahren, worin es heißt:

„Es kann nur zweierlei geben, entweder kommt man deshalb zusammen, oder man unterhandelt schriftlich. Die erste Art, wo die Unterhändler sich in anberaumten Sitzungen versammeln, verzögert durch Schwierigkeiten der Etikette, durch Weiterungen, welche von mündlichen Erörterungen unzertrennlich sind, durch Abfassung und Vergleichung von Protokollen und anderen Schwierigkeiten einen Abschluß weit länger, als nöthig ist. Die zweite, beim Congresse von Teschen befolgte Art, nach welcher jeder der kriegführenden Höfe seine Vorschläge und Anträge in Form von Noten an den Bevollmächtigten der vermittelnden Macht richtet, vermeidet alle diese Unzuträglichkeiten. Der abschriftlich beigefügte Auszug wird Ew. Excellenz von dem, bei dieser Gelegenheit eingeschlagenen Wege in Kenntniß setzen.“

Der russische Bevollmächtigte, Baron Anstett, und der preußische, Baron Humboldt, wählten die schriftliche Verhandlungsart, und zeigten dies am nächsten Tage dem österreichischen Minister an, welcher ihre Antwortsnoten in beglaubigter Abschrift den französischen Bevollmächtigten am 31. Juli unter der Aufforderung zusendete, zum Austausch der Vollmachten zu schreiten, damit mindestens hierdurch keine Zeit mehr verloren gehe, wenn die, von ihnen erwartete Entscheidung ihres Hofes über die Formfrage angekommen sein würde.

Nachdem der Waffenstillstand bereits acht Wochen gedauert hatte, und nur noch zehn Tage an der, die Unterhandlungen jedenfalls beendigenden Frist fehlten, waren also die französischen Bevollmächtigten noch ohne Ermächtigung in die vorgeschlagene schriftliche Verhandlungsform zu willigen. Erst am 6. Aug. antworteten sie, auf deshalb besonders eingeholten Befehl Napoleon's, ablehnend in folgender Weise.

„Die Uebereinkunft vom 30. Juni, durch welche Frankreich die Vermittelung Oesterreichs annimmt, ist unterzeichnet worden, nachdem man über folgende beide Punkte einig geworden war:

1) daß der Vermittler unparteiisch sei, daß er während der Dauer der Unterhandlungen keine, selbst nicht auf irgendwelche künftige Fälle berechnete Uebereinkunft mit einer kriegführenden Macht abgeschlossen habe, oder abschließen werde

2) daß der Vermittler nicht als Schiedsrichter, sondern als Friedensstifter auftrete, um die Zwistigkeiten beizulegen und die Parteien einander zu nähern.

Die Form der Unterhandlungen war gleichzeitig der Gegenstand einer Erklärung zwischen dem Herrn Grafen von Metternich und dem Herrn Herzoge von Bassano. Es wurde angemessen befunden, sich hierüber im voraus zu verständigen, weil seit der Unterhandlung des Waffenstillstandes vom 4. Juni Rußland seine Absichten offenbart und zu erkennen gegeben hatte, daß es Unterhandlungen eröffnen wolle, nicht zum Zwecke des Friedens, sondern um Oesterreich bloß zu stellen und den Uebeln des Krieges eine größere Ausdehnung zu geben. Man kam über die Form der Unterhandlung nicht hinaus.

Die Unterzeichneten können nicht umhin ihr Erstaunen und ihr Bedauern darüber zu äußeren, daß sie, obgleich seit mehreren Tagen in Prag sich befindet, die Minister Rußlands und Preußens noch nicht zu sehen bekommen, und daß die Unterhandlungen noch nicht durch die Auswechselung der betreffenden Vollmachten eröffnet wurden, sowie endlich, daß eine kostbare Zeit zur Erörterung von Ideen verwendet worden ist, welche ebenso unvorhergesehen, als unvereinbar mit dem Zwecke eines Congresses sind, weil sie dahin zielen, daß die Bevollmächtigten unterhandeln sollen, ohne sich zu kennen, zu sehen und zu sprechen.

Die Frage, welche der Bevollmächtigte des Vermittlers in seiner Note vom 29. Juli aufstellt, und wodurch er die Unterzeichneten einladet: sich mit ihm über die zu wählende Verhandlungsart zu verständigen — möge diese nun diejenige der Besprechung, oder der schriftlichen Unterhandlung sein — ist durch die Erklärungen, welche die Uebereinkunft vom 30. Juni begleitet haben, im voraus entschieden worden. Jedenfalls gewillt, so viel es von ihnen abhängt, alle Schwierigkeiten zu heben, und selbst die, am wenigsten begründeten Anforderungen zu beschwichtigen, schlagen die Unterzeichneten dem Bevollmächtigten des Vermittlers vor: weder die eine, noch die andere Art der Unterhandlung auszuschließen, sondern beide nebeneinander zu wählen. Infolge dessen würde man in regelmäßigen Zusammenkünften verhandeln, welche ein, oder zwei Mal des Tages stattfänden, und zwar entweder durch Noten, welche in der Sitzung übergeben würden, oder durch mündliche Erklärungen, welche auf Verlangen oder Antrag der betreffenden Bevollmächtigten dem Protokolle einzuverleibtn wäre, oder nicht. Hierdurch würde man den, zu allen Zeiten geltenden Gebrauch befolgen, und wenn der russische Bevollmächtigte darauf beharrte über den Frieden zu unterhandeln, ohne ein Wort zu sprechen, so stünde ihm dies frei und er könnte die Willensmeinung seines Hofes durch Noten zu erkennen geben."

Die französischen Bevollmächtigten begnügten sich also nicht, mit scheinbarem Ernste über nichtige Förmlichkeiten sich zu verbreiten, und zwar in einer, den Vertreter Rußlands verhöhnenden Weise, sondern sie beschuldigten Rußland geradezu: es sei auf Unterhandlungen nur deshalb eingegangen, um dadurch Oesterreich in Krieg mit Frankreich zu verwickeln und dem Kriegselende eine größere Ausdehnung zu geben. Statt in versöhnlicher Weise die Unterhandlungen anzuknüpfen, waren sie darauf bedacht, den Gegner noch mehr zu reizen. Damit in dieser Beziehung nichts versäumt werde, so verschmähte es das französische Cabinet nicht, die Bevollmächtigten der Verbündeten auch für ihre Person zu erbittern.

Gegen den Freiherrn Wilhelm von Humboldt, einen durch seltene Kenntnisse und Geistesfähigkeiten ausgezeichneten Mann, welcher sich bereits während seiner Amtsführung als Minister des Cultus und öffentlichen Unterrichts durch Stiftung der Universität Berlin ein bleibendes Denkmal gesetzt hatte, wußte man weiter nichts, als die unverschämte Behauptung vorzubringen, daß er in Vergleich mit den französischen Bevollmächtigten eine unbedeutende Persönlichkeit sei. Allerdings entbehrte der deutsche Freiherr des Herzogstitels; allein auch an dem Diplome des Herzogs von Vicenza war die Tinte erst unlängst trocken geworden. Auf das Haupt des Barons Anstett aber wurde desto reichlicher die Schale gemeiner Schmähung ausgegossen.

„Herr von Anstett", ließ Napoleon vorstellen, „ist ein französischer Flüchtling, einer seiner aufrührerischen Unterthanen, durch dessen Ernennung zum Congreßbevollmächtigten man ihn, dessen Landesherrn, beleidigt habe." Gleichwol waren alle französischen Auswanderer ihrer Rechte als Franzosen für verlustig erklärt, und Baron Anstett schon im Jahre 1789 russischer Unterthan geworden, also 15 Jahre früher, ehe es einen Kaiser der Franzosen gab. Dieser begnügte sich jedoch nicht damit einer unabhängigen Macht im amtlichen Wege die Befugniß zu bestreiten, eine ihm misliebige Person zu ihrem Bevollmächtigten zu ernennen, sondern ließ in dem Journale der Elbmündung einen angeblich aus Teplitz geschriebenen Brief veröffentlichen, in welchem gesagt war:

„Der Titel des Bevollmächtigten für einen Congreß, welcher auf die entfernteste Nachwelt seinen Einfluß äußern soll, würde im Stande gewesen sein, dem Stolze alter russischer Familien zu schmeicheln, ja er würde nothwendigerweise eine solche Wirkung hervorgebracht haben. Man hat denselben einem Ausländer verliehen. Man fragt und wünscht zu wissen, ob der russische Bevollmächtigte derselbe von Anstett ist, welcher zu Strasburg geboren und dessen Vater bei der Verwaltung des Elsasses angestellt war? Es ist erinnerlich, daß einige alltägliche Talente diesem Individuum die Stellung eines Copisten in dem Bureau der russischen Gesandtschaft zu Wien verschafft haben, daß er durch seinen Eifer schnell emporstieg, der Graf Rasumowski ihn zum Gesandtschaftssecretär machte, und daß er dem englischen Gesandten Adair gegenüber als geheime Mittelsperson gebraucht wurde, daß er des englischen Einflusses und der russischen Macht geschickt sich zu bedienen wußte, daß er bei verschiedenen Gelegenheiten beträchtliche Summen empfangen hat, welche stets größer waren, als seine Verdienste, und daß er bei der, von Ausgewanderten stets gehegten Besorgniß: sich nicht undankbar genug gegen das, von ihnen verrathene Vaterland zu zeigen, gleichgültig für die wahren Interessen Rußlands sich gezeigt und die Güte seines neuen Souveräns wenig gerechtfertigt habe. Die Berechnungen der Cabinete stützen sich oft auf Beweggründe, welche zu erforschen

weder vortheilhaft, noch ehrenwerth ist, aber die Fürsten haben die natürliche Verpflichtung: die königl. Majestät unangetastet aufrecht zu erhalten. Es heißt dieselbe herabwürdigen, wenn ihre Vertretung Individuen anvertraut wird, welche die öffentliche Meinung verdammt, oder nicht achtet. Wenig Ausländer sind in Frankreich an das Staatsruder berufen. Der Nationalstolz stößt sie zurück, und der Staat ist deshalb nur um so besser bedient. Was kann man von einem Menschen erwarten, welcher kein Vaterland hat?" [1])

Nach dem hier aufgestellten Grundsatze des unvertilgbaren Anspruchs, welchen der Kaiser der Franzosen auf die innerhalb der französischen Grenzen Geborenen hatte, konnte übrigens die letzte verächtliche Frage auch auf den Grafen Metternich bezogen werden. Gehörte doch dessen Geburtsstadt Koblenz zur Zeit des prager Congresses zu Frankreich, und war derselbe kein geborener Oesterreicher. Muthmaßlich war dies französischerseits ein Grund mehr jene Frage aufzuwerfen!

Daß dieser Zeitungsartikel aber auf kaiserlichen Befehl veröffentlicht wurde, leidet bei den damaligen französischen Preßverhältnissen keinen Zweifel, am wenigsten in der 32. Militärdivision, wo Davoust standrechtlich herrschte. Es erhellt hieraus: welcher Mittel die kaiserliche Politik sich bediente, um Rußland zu reizen und zum Abbruche der Congreßverhandlungen zu veranlassen.

Je längere Zeit die französischen Bevollmächtigten hatten verstreichen lassen, Metternich's Aufforderung zur Eröffnung der Congreßverhandlungen zu beantworten, desto mehr beeilten die Vertreter der Verbündeten ihre Erwiderung auf die französische Note. Sie erfolgte schon am 7. Aug. und wurde am folgenden Tage den ersteren durch den österreichischen Minister in beglaubigter Abschrift zugefertigt. Baron Anstett's Note lautete:

„Der Unterzeichnete hat mit der gestrigen Note die Abschrift der von den französischen Bevollmächtigten an demselben Tage dem vermittelnden Herrn Bevollmächtigten zugestellten Urkunde erhalten, deren Mittheilung Se. Excellenz in Gemäßheit des von ihm beständig beobachteten unparteiischen Benehmens gütig gewährt hat.

Es gibt in Geschäften und in der Erörterung höherer Interessen eine Würde, von welcher sich fern zu halten nicht gestattet ist, wie sehr man hierzu auch herausgefordert werden mag. Rußland weiß, was es sich selbst schuldig ist, und der Unterzeichnete wird hier nicht auf die falschen Behauptungen, noch auf die Formen des französischen Schriftstücks zurückkommen, von dem jeder Paragraph entweder eine Beschuldigung gegen die vermittelnde Macht, oder eine Beleidigung für Rußland, ein Widerspruch, oder eine Ausflucht ist. Indessen muß Europa wissen, von wem die Hindernisse herrühren, welche das Gelingen eines so heilsamen Werkes, wie das, was

---

[1]) Capefigue, XIX, 36—38.

in Prag zu Stande gebracht werden sollte, gehindert haben. Nur deshalb beansprucht der Unterzeichnete die Veröffentlichung der Thatsachen, eine Veröffentlichung, bei welcher in gleicher Weise die Würde einer Vermittelung betheiligt ist, welche Se. Majestät, der Kaiser aller Reußen, so aufrichtig und entschieden angenommen hat.

Die Beschuldigungen anlangend, daß Rußland vermittelst der Unterhandlungen nur gesucht habe Oesterreich bloß zu stellen, so weiß niemand besser, als der Minister Sr. k. k. apostolischen Majestät, durch wen der Waffenstillstand vorgeschlagen, und wie er angenommen worden ist. Demnach ist es unentschieden, wen die Beleidigung stärker berührt, ob einen weisen, mächtigen und aufgeklärten Hof, welcher einen solchen Kunstgriff nicht bemerkt hätte, oder Rußland, welches, seitdem seine Heere die Weichsel und Oder überschritten, durch Thaten bewiesen hat, daß es nichts eifriger verlangte, als zu einem vernünftigen und dauerhaften Frieden die Hand zu bieten, und jeder Anordnung sich zu fügen, welche das Glück und die Ruhe der Völker zum Ergebniß haben kann. Oesterreich hatte hierzu die Grundbedingungen vorbereitet, indem es die Vermittelung übernahm; aber es scheint, daß es nicht in der Absicht des Kaisers der Franzosen lag, die Entwickelung derselben zuzulassen. Diese Wahrheiten brauchen nicht erst bewiesen zu werden, und der Unterzeichnete begnügt sich mit der Ehre, Sr. Excellenz, dem vermittelnden Herrn Bevollmächtigten, zu wiederholen, was schon den Gegenstand seiner vorhergehenden Schriftstücke ausgemacht hat, daß — nachdem man über eine Verhandlungsart übereingekommen, welche, was auch die französischen Bevollmächtigten sagen mögen, streng mit dem übereinstimmt, was beim Congresse zu Teschen geschehen ist — er hierbei verharre, da jenes Uebereinkommen von ihm feierlich angenommen wurde. Er fragt zugleich, um mit einer einzigen Bemerkung das eitele und sophistische Wortgepränge der französischen Note zu vernichten, welche Partei den Frieden wollte, und welche ihn nicht wollte? Seit dem 12. Juli hat der Unterzeichnete sich zu Prag befunden, doppelt beglaubigt durch seine Vollmachten, aber erst am 6. Aug., d. h. vier Tage vor der Endfrist, eröffnen die französischen Bevollmächtigten wirkliche Unterhandlungen, jedoch nur, um sich selbst widersprechende Formen festzustellen, und um thatsächlich die große Aufgabe zu beseitigen, welche sie nach Prag geführt zu haben schien. Für den Unterzeichneten gab es keinen andern Zweck bei der gegenwärtigen Note, als den, der vermittelnden Macht die Art und Weise darzulegen, wie er die gegenwärtige Frage in deren Beziehung zu ihr betrachtet, weil sein Benehmen, wie die Fortdauer seines Aufenthalts in Prag sich unwiderruflich nach den Verpflichtungen seines Hofes gegen dasjenige Cabinet richten, dessen Vermittelung Rußland angenommen habe."

In demselben Sinne, jedoch noch ausführlicher seine Meinung begründend, sprach sich der Freiherr von Humboldt aus.

Die Note der französischen Bevollmächtigten griff aber nicht allein die verbündeten Mächte an, sondern verdächtigte auch das Benehmen des österreichischen Cabinets in einer Weise, daß Graf Metternich deren Widerlegung den Ministern Rußlands und Preußens nicht allein überlassen, sondern deshalb selbst übernehmen wollte, weil jene hierzu zum Theil außer Stande waren, und man daher sein Schweigen als ein stillschweigendes Eingeständniß hätte deuten können. In seinem diesfallsigen Schreiben vom 8. Aug. sagt er daher von sich, als dem Vertreter Oesterreichs:

„Als Unterhändler der Uebereinkunft vom 30. Juni hat er nie in die beiden Punkte eingewilligt, welche nach dem Anführen in der Note Ihrer Excellenzen von jener festgestellt worden sein sollen. Zum Beweise des Irrthums, welcher diese Behauptung hervorgerufen hat, genügt der Hinweis, daß es unverträglich mit der Würde seines erlauchten Hauses gewesen wäre, die Verpflichtung der Unparteilichkeit, sowie diejenige ausdrücklich zu übernehmen, sich während der Unterhandlungen durch keine, selbst nur auf gewisse Fälle berechnete Uebereinkunft zu binden; die Rollen des Vermittlers und Schiedsrichters sind zu verschieden, als daß Oesterreich, indem es mit Einwilligung der betheiligten Mächte sich der ersten unterzog, daran hätte denken können, die Kennzeichen der anderen sich anzumaßen.

Der Unterzeichnete kann ebenfalls nicht zugeben, daß er mit Sr. Excellenz, dem Herrn Herzoge von Bassano, festgestellt habe: es sei für die Unterhandlungen die Form der Besprechung zu wählen. Zwar haben die besonderen Rücksichten, welche die beiden Höfe Rußlands und Preußens wegen ihrer politischen Haltung zu beobachten sich bewogen finden konnten, den Gegenstand mehrerer Unterhaltungen zwischen dem Unterzeichneten und Sr. Excellenz, dem Herrn Herzoge von Bassano, gebildet; aber da die Formen einer Unterhandlung durch den Vermittler und eine der, bei derselben betheiligten Mächte nicht einseitig und mit Ausschluß der anderen Partei geregelt werden können, und da die Ankunft der französischen Herren Bevollmächtigten Verzögerungen erlitt, so wurde die Art der Unterhandlung vom Grafen Bubna in Anregung gebracht, und zwar in Gemäßheit der, ihm unter dem 17. Juli zugesendeten Weisungen, aber die vorläufigen Besprechungen führten zu keinem Ergebnisse.

Der Unterzeichnete widerspricht feierlich der Behauptung: es habe die in dieser Beziehung angeblich festgestellte Uebereinkunft darin ihre Rechtfertigungsgründe gefunden, daß von Rußland die Absicht offenbart worden sei: Unterhandlungen zu eröffnen, um Oesterreich bloßzustellen. Se. Majestät der Kaiser hat sich der Vermittelung zwischen den kriegführenden Höfen nur unterzogen, weil er Vertrauen zu deren gegenseitigem guten Glauben gehabt hat, und seine Einsicht konnte nicht mehr überrascht werden, als seine unparteiische Biederkeit."

Schon am folgenden Tage, den 9. Aug., antworteten dies Mal die französischen Bevollmächtigten, denn es war ja nur ein Tag von der zur Unterhandlung bestimmten Frist noch übrig. In ihrer langen, wortreichen Entgegnung gaben sie sich als durchdrungen von der geheiligten Verpflichtung aus, welche ihnen die Natur ihrer Sendung auflege, nämlich jede Erörterung zu vermeiden, welche nicht zum Zweck habe, die theuersten Hoffnungen der Völker auf einen allgemeinen Frieden zu verwirklichen. Gleichwol beharrten sie darauf, daß die von ihnen vorgeschlagene Verhandlungsweise, welche auch bei den Congressen zu Münster, Nimwegen und Ryswick angewendet worden, in Prag anzuwenden sei, und erneuerten schließlich ihren Vorschlag, zur Auswechselung der Vollmachten zu schreiten und die Unterhandlungen zu eröffnen. Gleichsam, um kurz vor Ablauf der Unterhandlungsfrist den Beweis zu liefern, wie viel solche Noten, welche nichts als diplomatische Stilübungen waren, an einem Tage gewechselt werden

könnten, überreichte jeder Bevollmächtigte der Verbündeten dem Grafen Metternich am 10. Aug. zwei Noten. Bei deren sofortiger Bestellung wurden die ersten derselben von den französischen Bevollmächtigten noch an demselben Tage beantwortet, hinsichtlich der beiden anderen konnte dies erst am folgenden Tage der Fall sein, da sie in der Mitternachtsstunde abgefaßt waren. Die Bevollmächtigten der Verbündeten drückten ihr Bedauern über die Erfolglosigkeit ihres Strebens aus, einen Frieden zu Stande zu bringen, und kündigten dem Vermittler an, daß mit der nun völlig abgelaufenen Unterhandlungsfrist ihre Vollmachten erloschen seien, weshalb sie im Begriffe wären Prag zu verlassen. Bei Uebersendung dieser Noten erklärte auch Graf Metternich sein Vermittleramt für erloschen, und nachdem die französischen Bevollmächtigten ihm ebenfalls ihr Bedauern ausgedrückt hatten, daß ihre Anstrengungen, den friedlichen Absichten ihres erlauchten Herrn nachzukommen, zu keinem besseren Ergebnisse geführt hätten, war die Congreßkomödie zu Ende gespielt.

Hinter der Scene jedoch, ohne daß die Bevollmächtigten der Verbündeten, ja selbst der Graf von Narbonne etwas davon wußten, hatte Napoleon durch Caulaincourt dem Grafen Metternich Eröffnungen machen lassen. Sie waren darauf berechnet Oesterreich, von welchem er wußte, daß es eine friedliche Verständigung der Entscheidung der Waffen vorzog, zu bestimmen, daß es nach Ablauf des Waffenstillstandes nicht sofort gegen ihn sich erkläre und seine Truppen mit denen der Verbündeten vereinige, sondern seine Vermittelungsversuche fortsetze, damit er inzwischen den Russen und Preußen eine entscheidende Niederlage beibringen könne. Am 6. Aug., nicht lange nachdem die französischen Bevollmächtigten ihre erste Note dem Grafen Metternich übergeben, und durch deren Inhalt sein Misvergnügen erregt hatten, kam der Herzog von Vicenza zu demselben zurück und überraschte ihn durch folgende, unter dem Siegel der strengsten Verschwiegenheit gemachte Eröffnung: Napoleon könne zwar nicht auf Hamburg, Bremen und Lübeck, auch nicht auf seine Schutzherrschaft über den Rheinbund verzichten, wolle aber das Großherzogthum Warschau, Illyrien und Spanien für den Friedensschluß opfern. Der Verlust der am 21. Juni geschlagenen Schlacht bei Vittoria, von welchem er schon am 30. desselben Monats die erste Kunde erhalten hatte, erleichterte ihm seinen Verzicht auf das bereits verlorene Spanien. Denn abgesehen von einigen, noch besetzten Festungen waren die Franzosen bis an die Pyrenäen zurückgewichen,

und Marschall Soult, welchen Napoleon schleunig als Oberbefehlshaber dahin abgesendet hatte, war nur darauf bedacht, dem siegreichen Wellington den Einbruch in Frankreich zu wehren.

Der österreichische Minister sprach sein Bedauern aus, daß er von diesem Anerbieten nicht mindestens einige Tage früher in Kenntniß gesetzt worden sei, wo er, ohne das ihm zur Pflicht gemachte Geheimniß zu verletzen, im Stande gewesen wäre, Rußlands und Preußens Ansichten in dieser Beziehung zu erforschen. Nichtsdestoweniger versprach er, den Kaiser Franz von dem Anerbieten sofort zu benachrichtigen und binnen vierundzwanzig Stunden dessen Antwort dem Herzoge von Vicenza mitzutheilen.

Graf Metternich begab sich auch, seinem Versprechen gemäß, nach Brandeis, wo er den Kaiser Franz sehr unwillig über den Inhalt der unlängst erhaltenen französischen Note antraf. Dessen Unwille verwandelte sich aber in Erstaunen, als Metternich ihn von Caulaincourt's Mittheilung in Kenntniß setzte, und beide waren zweifelhaft, ob es dem Kaiser der Franzosen mit seinem Anerbieten Ernst sei, oder nicht? Auffällig war es jedenfalls, daß dasselbe erst jetzt erfolgte, wenig Tage vor Ablauf des Waffenstillstandes, und ohne daß irgend ein neueres Ereigniß diese plötzliche Sinnesänderung erklärte; auffällig war es, daß diese unter dem Schleier des tiefsten Geheimnisses gemachte Eröffnung mit der eben übergebenen amtlichen Note, welche nichts weniger, als den Wunsch friedlicher Verständigung zeigte, unvereinbar erschien. Enthielt diese doch außer der Verwerfung der vorgeschlagenen Unterhandlungsform den Rußland schwer beleidigenden Vorwurf, sich auf Friedensunterhandlungen nur deshalb eingelassen zu haben, um Oesterreich dadurch zum Bruche mit Frankreich zu treiben, damit das Kriegsfeuer ganz Europa ergreife, und schien diese muthwillige Ehrenkränkung doch derselben feindseligen Absicht entsprungen, wie die hämischen Schmähungen des russischen Bevollmächtigten in öffentlichen, von der französischen Regierung abhängigen Blättern. Wollte Napoleon wirklich den Frieden, weshalb, fragte man österreichischerseits, reizte er auf solche Weise den mächtigsten seiner Feinde durch neue Unbill? Freilich hatte Napoleon bei seiner zweiten Unterredung mit dem österreichischen Minister in Dresden sich bereits geäußert: er würde seine wahre Gesinnung erst zu Ende des Waffenstillstandes zu erkennen geben; allein diese Worte waren in einer Weise gesprochen worden, daß man sie für Scherz nehmen konnte, und das jetzige Anerbieten verlor dadurch nichts von seiner Sonderbarkeit.

Mochte jedoch das Anerbieten ehrlich gemeint, mochte es ein Fallstrick sein, so mußte der Entschluß, ob es zurückzuweisen, oder eine versöhnliche Antwort zu ertheilen sei, sofort gefaßt werden. Es umfaßte nur einen Theil derjenigen Bedingungen, welche das österreichische Cabinet als unerläßlich für einen billigen, und deshalb dauerhaften Frieden so oft bezeichnet hatte. Waren dieselben wirklich einer Schmälerung fähig, oder vielmehr durfte Kaiser Franz, ohne gegen die Verbündeten wortbrüchig zu werden, an den, von seinem Minister in Dresden gemachten Forderungen etwas nachlassen?

Der Kaiser sowol, als sein Minister stimmten nach reiflicher Ueberlegung miteinander darin überein, daß beide Fragen zu verneinen seien, und daß es sich höchstens um den Zeitpunkt, wo eine, oder die andere Bedingung zu erfüllen wäre, handeln könne. Mit dieser Antwort kehrte Metternich am 7. Aug. nach Prag zurück, war aber dort kaum angekommen, als ein Eilbote ihn aufforderte sofort zum Kaiser nach Brandeis zurückzukehren. Diesem nämlich war es plötzlich bedenklich erschienen, unter den obwaltenden Umständen sich in besondere Unterhandlungen mit Napoleon einzulassen, indem die Verbündeten — erhielten sie Kunde hiervon — deshalb seine Aufrichtigkeit zu bezweifeln Grund gehabt hätten. Nach nochmaliger, mit seinem Minister gepflogener Berathung kam er jedoch zu dem früheren Entschlusse zurück, die Antwort in der beschlossenen Weise und mit dem Zusatze zu ertheilen, daß man sich in keine weiteren Verhandlungen einlassen, sondern die gemachten Friedensvorschläge als letztes Wort betrachten werde.

Die durch diesen Zwischenfall eingetretene Verzögerung bewirkte, daß Metternich erst am 8. Aug. mit Caulaincourt zusammenkam. Er verhehlte demselben nicht, daß Kaiser Franz zweifelhaft darüber sei, ob das so spät und unerwartet gemachte Anerbieten des Kaisers der Franzosen dem wirklichen Wunsche Frieden zu schließen, oder irgend einer listigen Absicht sein Entstehen verdanke. Da der Entschluß seines Herrn jedoch unwiderruflich gefaßt sei, so bleibe dessen Antwort jedenfalls dieselbe. Den ihm vom Kaiser in Bezug auf die Antwort ertheilten Verhaltungsbefehl dictirte Metternich dem Herzoge von Vicenza Wort für Wort, wie er ihn selbst erhalten hatte, in die Feder.

„Herr von Metternich wird vom Herzoge von Vicenza das unter dessen Ehrenworte gegebene Versprechen verlangen, daß die französische Regierung über den fraglichen Gegenstand unbedingtes Stillschweigen beobachten werde.

Durch vorher stattgefundenes vertrauliches Vernehmen mit den Bedingungen bekannt gemacht, welche die Höfe von Rußland und Preußen für

eine friedliche Verständigung zu stellen scheinen, und deshalb mit ihrem Gesichtspunkte einverstanden, weil ich diese Bedingungen als nothwendig für das Wohl meiner Staaten und der anderen Mächte, sowie als die einzigen betrachte, welche wirklich zu einem allgemeinen Frieden führen können, stehe ich nicht an: sie als mein Ultimatum enthaltend kund zu thun.

Ich erwarte hierauf im Laufe des 10. Aug. ein Ja, oder Nein.

Ich bin entschlossen im Laufe des 11. ebenso, wie dies von Seiten Rußlands und Preußens geschehen wird, zu erklären, daß der Congreß aufgelöst ist, und daß ich meine Streitkräfte mit denen der Verbündeten vereine, um einen, den Interessen aller Mächte zuträglichen Frieden zu erkämpfen, und werde sodann von den gegenwärtigen Bedingungen absehen, die von da an der Entscheidung der Waffen anheimfallen.

Bedingungen, unter welchen Oesterreich den Frieden als möglich betrachtet:

Auflösung des Herzogthums Warschau und dessen Vertheilung unter Oesterreich, Rußland und Preußen, wonach Danzig an Preußen fällt.

Wiederherstellung von Hamburg, Bremen und Lübeck als freie Hansestädte; eventuelle, von einem allgemeinen Frieden abhängige Feststellung der Verhältnisse hinsichtlich der 32. Militärdivision und Entsagung der Schutzherrlichkeit über den Rheinbund, sodaß die Unabhängigkeit aller gegenwärtigen Souveräne Deutschlands unter die Bürgschaft aller Großmächte gestellt ist.

Wiederherstellung Preußens mit einer haltbaren Grenze an der Elbe.

Abtretung der illyrischen Provinzen an Oesterreich.

Gegenseitige Bürgschaft, daß der Besitzstand der großen und kleinen Mächte, wie er durch den Frieden festgestellt werden wird, durch keine von ihnen weder abgeändert, noch verletzt werden könne."

Obschon diese Erklärung vollkommen deutlich und bestimmt das von Oesterreich einzuhaltende Verfahren kund that, so fügte doch Graf Metternich, um jeder etwaigen Ausflucht hinsichtlich ihrer rechtzeitigen Annahme im voraus zu begegnen, ausdrücklich noch hinzu, daß Oesterreich bis zur letzten Stunde des 10. Aug. gegen die kriegführenden Mächte keine Verpflichtung habe, und seinem Vermittleramte bis dahin nachkommen, auch etwaige geheime Mittheilungen noch empfangen werde. Mit Eintritt des 11. Aug. dagegen würde, bei Nichtannahme des Ultimatum, Oesterreichs bisherige Vermittelung aufhören und dieselbe Bundesgenosse der verbündeten Mächte sein, ohne deren Zustimmung es fortan keinen Frieden abschließen könne.

Wie aufrichtig Oesterreich den Frieden und sich die Nothwendigkeit erspart zu sehen wünschte, für dessen Erkämpfung zu den Waffen zu greifen, erhellt nicht allein aus den diesfalls von ihm aufgestellten Bedingungen, welche dem französischen Kaiserreiche eine so überwiegende Macht ließen, daß nur ein festes Zusammenhalten der übrigen Mächte Europa vor Napoleon's Oberherrschaft schützen konnte,

sondern auch in der wiederholten ausdrücklichen Hervorhebung der Folgen, welche die Nichtannahme dieser Bedingungen innerhalb der genau bestimmten Frist haben würde.

Caulaincourt erkannte dies in seinem Berichte, welchen er sofort an Napoleon erstattete, mit folgenden Worten an:

„Sire! Dieser Friede wird vielleicht etwas Ihrer Eigenliebe, aber nichts Ihrem Ruhme kosten, denn er wird der wahren Größe Frankreichs keinen Abbruch thun. Gewähren Sie Frankreich, ich beschwöre Sie, diesen Frieden, gewähren Sie ihn seinen Leiden, seiner edeln Hingebung für Sie, den gebieterischen Umständen, in welchen Sie sich befinden! Lassen Sie diese fieberhafte Aufregung vorübergehen, welche sich des ganzen Europas gegen uns bemächtigt hat, und welche sogar die entschiedensten Siege noch steigern würden, statt sie zu besänftigen. Ich erbitte ihn von Ihnen nicht wegen der eiteln Ehre ihn zu unterzeichnen, sondern weil ich die feste Ueberzeugung habe, daß Sie nichts thun können, was nützlicher für unser Vaterland, und Ihrer und Ihres großen Charakters würdiger wäre."

Am 9. Aug. um 3 Uhr Nachmittags erhielt Napoleon in Dresden Oesterreichs Antwort auf sein Anerbieten. Nahm er das Ultimatum, welches sie enthielt, an, so konnte die diesfallsige Nachricht mit der nöthigen Vollmacht schon am Morgen des 10. Aug. zum Abschluß des Präliminarfriedens in Caulaincourt's Händen sein, wenn er auch erst am Abende des 9. den Eilboten nach Prag abfertigte. Bei einer ruhigen Erwägung der Verhältnisse konnte er keinen Augenblick zweifeln, daß es Oesterreich mit den Bedingungen Ernst sei, welche es ausdrücklich als unabänderlich bezeichnete, und die, seitdem sie zuerst gegen den Grafen Otto in Wien ausgesprochen worden waren, keine wesentliche Veränderung erlitten hatten. Allein so gering auch die seinem Ehrgeize für den Frieden zugemutheten Opfer waren, so war er doch fest entschlossen sie nicht zu bringen, und auch jetzt noch den Krieg zu wählen, wo seine listige Absicht: Oesterreich, wenn auch nur für wenige Tage, von einem gemeinsamen Handeln mit den Verbündeten abzuhalten, als fehlgeschlagen zu betrachten war. Statt sich ernstlich mit Erwägung der österreichischen Bedingungen zu beschäftigen, ging er mit dem Herzoge von Bassano die Bestandlisten seiner Truppen durch, aus denen er die Ueberzeugung schöpfte, daß er den Uebertritt Oesterreichs zu den Verbündeten nicht zu fürchten brauche.

Als er daher endlich mit der Beantwortung jener Bedingungen

sich beschäftigte, fiel dieselbe so aus, daß sie nicht einmal den Umfang seines früheren, allgemein gehaltenen Anerbietens erreichte. Sie schien weniger dazu bestimmt einen letzten Versuch zu Erlangung des Friedens zu machen, als vielmehr dem österreichischen Cabinete zu zeigen, daß er dessen Bedingungen weder als ein Ultimatum, noch die ihm für eine rechtzeitige Beantwortung derselben gestellte Frist als beachtungswerth ansehe.

Der Herzog von Vicenza wurde nämlich beauftragt zu erklären: von der Abtretung der drei Hansestädte und der übrigen Theile der 32. Militärdivision könne deshalb nicht die Rede sein, weil sie, als zum französischen Reiche gehörig, vom Kaiser als unveräußerlich betrachtet würden. Die Verzichtleistung auf die Schutzherrlichkeit über den Rheinbund sei mit seiner Ehre unverträglich. Illyrien sei er bereit an Oesterreich abzutreten, aber ohne Triest und Istrien. Dieser Hafen und die dadurch wiederhergestellte Verbindung mit dem Meere waren es aber gerade hauptsächlich, was dem Kaiser von Oesterreich die Wiedererwerbung von Illyrien wünschenswerth machte. Außerdem wollte Napoleon mehrere Punkte jenseits der Julischen Alpen, Villach, Görz, kurz alle Pässe behalten, durch welche er in Illyrien einfallen konnte. Diese Forderungen begründete er mit der Behauptung, daß er sonst Venedigs nicht sicher sei, eine Behauptung, welche eben soviel bedeutete, als wenn jemand sagt: zum sicheren Besitze seines Hauses sei es erforderlich, daß er die Schlüssel des Nachbarhauses in der Tasche habe.

Endlich war Napoleon bereit das Großherzogthum Warschau zur Theilung an Oesterreich, Rußland und Preußen zu überlassen, allein Caulaincourt sollte als Preis für dieses Zugeständniß fordern, daß Preußen seine, zwischen der Elbe und Oder liegenden Länder abtrete, welche jetzt wieder zur Vergrößerung Sachsens bestimmt waren, da dessen König durch Erfüllung aller an ihn gestellten Forderungen Napoleon's Gnade wiedererlangt hatte.

Bei der voraussichtlichen Verwerfung dieser unannehmbaren Bedingungen war jedoch der französische Bevollmächtigte beauftragt, auf denselben nicht zu bestehen, wol aber jedenfalls die Erklärung Danzigs zu einer freien Stadt zu verlangen. Um indessen am österreichischen Hofe jemanden zu haben, welcher diese Friedensbedingungen unterstützte, ließ er am Morgen des 10. Aug. den noch in Dresden weilenden Grafen Bubna zu sich entbieten, und suchte ihn, indem er ihn mit denselben bekannt machte, zu überzeugen, daß für den Fall der Wiedereröffnung des Feldzugs der Sieg dem französischen

Heere zufallen werde. Da Bubna für den Kaiser der Franzosen große Ehrerbietung hegte, so äußerte er sich, über die einzelnen Punkte befragt, in einer Weise, welche Napoleon seinen Wünschen gemäß auslegte. Derselbe forderte ihn daher auf ein Schreiben in diesem Sinne abzufassen, welches der Eilbote zugleich mit den Verhaltungsbefehlen für Caulaincourt nach Prag bringen solle, und sodann zu dessen Unterstützung zum Kaiser Franz zurückzukehren. Freilich sah Napoleon ein, daß durch alle diese Mittel im besten Falle nichts weiter zu erreichen sei, als eine kurze Verzögerung der österreichischen Kriegserklärung; allein dies war jetzt auch nur das Ziel, welches er erstrebte.

Graf Metternich und der Herzog von Vicenza erwarteten inzwischen mit Ungeduld Napoleon's Eilboten, und ersterer verzweifelte keineswegs an der von ihm gewünschten Annahme des österreichischen Ultimatums von Seiten des Kaisers der Franzosen, sodaß er sich im Laufe des 10. Aug. mehrere Male zu letzterem begab, um sich deshalb zu erkundigen. Als aber mit Ablauf der Mitternachtsstunde die Bevollmächtigten der Verbündeten den Congreß für aufgelöst erklärten, und an den Eintritt der Bedingung erinnerten, unter welcher Oesterreich ihrem Bunde sich anzuschließen versprochen habe, unterzeichnete Metternich die diesfallsige Uebereinkunft und erkannte an, daß nun nichts anderes übrig bleibe, als Napoleon zum Frieden zu zwingen.

Wie ungegründet seine Hoffnung gewesen sei: Napoleon werde doch die ihm angesonnenen geringen Zugeständnisse machen, um dadurch dem ihm drohenden Rachekriege Europas zu entgehen, davon überzeugte er sich erst vollständig aus dessen Antwort, welche Caulaincourt ihm ungesäumt mittheilte, nachdem sie am 11. in seine Hände gelangt war.

Metternich verhehlte diesem seine Verstimmung hierüber nicht, welche dadurch noch erhöht wurde, daß Napoleon dem Grafen Bubna von der gepflogenen besonderen Unterhandlung erzählt hatte, hinsichtlich welcher beide Theile doch übereingekommen waren das strengste Geheimniß zu bewahren. Caulaincourt, welcher auf Grund der Gegenvorschläge Napoleon's wieder Friedensunterhandlungen anknüpfen wollte, erhielt zur Antwort, daß dieselben durchaus keinen Anspruch auf Berücksichtigung hätten, und erst als der französische Bevollmächtigte zu verstehen gab, daß er ja noch nicht sein letztes Wort gesprochen habe, und wol noch in Oesterreichs Forderungen einwilligen werde, verstand Metternich sich dazu, noch ein Mal den Verbündeten diesfallsige Vorschläge zu machen, wenn Caulaincourt

solche schließlich eingeholt haben würde. Doch bemerkte er dabei, daß die Lage der Dinge jetzt eine völlig verschiedene von derjenigen während des Congresses sei. Wenn die Verbündeten die fraglichen Vorschläge zurückwiesen, so müsse sich Oesterreich dabei beruhigen, denn jene seien nur bis zum Ablauf der für die Unterhandlung bestimmten Frist zur Annahme des österreichischen Ultimatums verbunden gewesen, wenn solches bis dahin auch die Genehmigung des Kaisers der Franzosen gefunden hätte. Jetzt bedürfe Oesterreich, als ihr Bundesgenosse, für etwaige Friedensbedingungen ihrer Zustimmung, denn sein Vermittleramt habe aufgehört.

Dreizehnter Abschnitt.

Oesterreich sucht seine Kriegserklärung gegen Frankreich zu rechtfertigen, welche von diesem angefochten wird.

So widerstrebend auch Kaiser Franz und sein Minister des Aeußeren sich zur Kriegserklärung gegen Frankreich entschlossen, weil Napoleon's Feldherrngröße trotz allen günstigen Anscheins ihre klugen Berechnungen vernichten konnte, so freudigen Anklang fand sie bei den Verbündeten und beim österreichischen Volke. Jene sowol, als dieses glaubten: der Augenblick der Rache für erlittene Niederlagen sei gekommen. Jauchzend wurden die Feuer begrüßt, welche aus Böhmen, von Berg zu Berg emporflammend, in der Nacht vom 10. zum 11. Aug. verabredetermaßen die Nachricht in das Lager der Verbündeten nach Schlesien trugen, daß die Friedensunterhandlungen abgebrochen seien, und Oesterreichs Heer nun die Ankunft seiner Bundesgenossen erwarte. Da die Art und Weise, wie Napoleon die gebotene Gelegenheit zu friedlicher Verständigung ungenutzt verstreichen ließ, diesen nun wirklich eingetretenen Erfolg in sichere Aussicht stellte, so waren die Heerstraßen Böhmens schon seit Monatsfrist zur Benutzung durch die Verbündeten in Stand gesetzt worden, von deren Truppen nun ein großer Theil infolge jener Feuerzeichen sich sofort nach Böhmen in Bewegung setzte, um sich dort mit den Oesterreichern zu vereinigen.

Caulaincourt's Bericht über die Auflösung des Congresses und Oesterreichs Uebertritt zu den Verbündeten überraschte Napoleon ebenso wenig, als dessen Vorstellungen für Annahme der österreichischen

Bedingungen von ihm beachtet wurden. Die Commissarien Rußlands und Preußens hatten das Wiederbeginnen der Feindseligkeiten auf den 17. Aug. angekündigt, und Napoleon war zum Kriege bereit, in welchem er über seine Gegner zu triumphiren hoffte. Daß er Caulaincourt anwies: die Antwort auf die zuletzt von ihm vorgeschlagenen Friedensgrundlagen abzuwarten, geschah nicht in der Erwartung sie angenommen zu sehen, sondern in der Hoffnung, Oesterreichs feindliches Auftreten noch kurze Zeit zu verzögern. Er rechnete hierbei besonders auf des Grafen Bubna Vorstellungen, daß man einen Bruch mit Frankreich vermeiden möge. Wie wenig er seine Gesinnung verhehlte, und mit welcher Zuversicht er die Feindseligkeiten wieder eröffnete, geht aus Maret's Schreiben vom 13. Aug. an Caulaincourt hervor, welches die demselben gesendete neue Vollmacht zu ferneren Unterhandlungen begleitete. Es heißt darin:

„Der Kaiser reist morgen ab und wird in Bautzen schlafen . . . Hoffnungsvoll sehen wir hier den Ereignissen entgegen. Das ganze Heer ist in Bewegung. Das Vertrauen ist allgemein. Der König von Sachsen und die königliche Familie verlassen Dresden nicht . . . Se. Majestät will keine Verlängerung des Waffenstillstandes und ist zum Kriege bereit, und zwar in höherem Grade, als Oesterreich. Sie hat nicht nöthig auf Vorräthe zu warten, will nicht eine kostbare Zeit verlieren und sich bis in den Winter hinein beschäftigen lassen. Herr von Bubna, welcher lange vor dem, diese Depesche besorgenden Eilboten angekommen sein wird, kennt unsere Lage. Die geheime Freude, welche Se. Majestät fühlt, sich in zwar schwierigen, aber ihres Genies würdigen Umständen zu befinden, hat Herr von Bubna wol bemerkt. Se. Majestät vertraut der Vorsehung, und glaubt die Absichten zu erkennen, zu denen sie von derselben bestimmt ist. Ihre Pläne stehen fest, und sie sieht überall nur Gründe für ihre Zuversicht.“ [1])

Während Caulaincourt, um nicht dem Kaiser Alexander zu begegnen, welcher am 15. Aug. in Prag eintraf, noch in dem benachbarten Schlosse Königssaal zurückblieb, und die Antwort der Verbündeten auf seine letzten Eröffnungen erwartete, reiste Graf von Narbonne nach Dresden ab, wo er ebenfalls am 15. Aug. ankam, als Napoleon im Begriffe war zum Heere abzugehen. Er überbrachte zwei Schriftstücke, in denen das österreichische Cabinet sich über die, von ihm fortan einzuhaltende Politik aussprach. Das erste derselben war folgende Note vom 11. Aug.:

„Seit dem letzten, mit Frankreich im October 1809 abgeschlossenen Frieden, hat Se. k. k. apostolische Majestät alle Sorgfalt angewendet, nicht nur um ein freundschaftliches und vertrauenvolles Verhältniß zu dieser Macht herzustellen, zur Grundlage seines politischen Systems zu machen, sondern

---

[1]) Thiers, XVI, 208.

auch um dies Verhältniß zur Erhaltung des Friedens und der Ordnung in Europa dienen zu lassen. Sie hatte sich geschmeichelt, daß die so innige Annäherung, befestigt durch eine, mit Sr. Majestät, dem Kaiser der Franzosen, eingegangene Familienverbindung dazu beitragen würde, ihr auf den Gang von dessen Politik den einzigen Einfluß zu verleihen, den sie zu erlangen eifrig bedacht war, denjenigen nämlich, welcher den Cabineten Europas den Geist der Mäßigung und Achtung für die Rechte und das Besitzthum der unabhängigen Staaten mitzutheilen bezweckt, wovon sie selbst beseelt ist. Se. kaiserl. Majestät hat sich nicht lange so schönen Hoffnungen hingeben können. Ein Jahr kaum war seit dem Zeitpunkte verflossen, wo der Kriegsruhm des Beherrschers von Frankreich seinen Gipfel erreicht zu haben schien, und nichts schien mehr seinem Glücke zu mangeln, soweit dieses von seiner Stellung und seinem Einflusse auf das Ausland abhing, als neue, dem französischen Gebiete gemachte Einverleibungen von bis dahin unabhängigen Staaten, neue Zerstückelungen und Zerreißungen des deutschen Reichs die Unruhe der Mächte wieder erregten, und durch ihre verderbliche Rückwirkung auf den Norden Europas den Krieg vorbereiteten, welcher im J. 1812 zwischen Frankreich und Rußland sich entzünden sollte.

Das französische Cabinet weiß besser, als ein anderes, wie sehr es Se. Majestät, der Kaiser von Oesterreich, sich angelegen sein ließ, den Ausbruch des Krieges durch jedes Mittel zu verhüten, wie ihm dies sein Interesse für die beiden Mächte, sowie für diejenigen vorschrieb, welche in diesen großen, sich vorbereitenden Kampf hineingezogen werden konnten. Europa wird ihn nie der unberechenbaren Uebel anklagen, welche die Folge desselben gewesen sind. Da Se. Majestät, der Kaiser, bei diesem Stande der Sache seinen Völkern die Wohlthat des Friedens nicht erhalten, nicht mitten auf einem ungeheueren Schlachtfelde, welches von allen Seiten seine Staaten umgab, eine glückliche Parteilosigkeit aufrecht erhalten konnte, so zog er bei seiner Parteinahme nur die Treue für seine kürzlich erst angeknüpften Beziehungen und die so gern von ihm gehegte Hoffnung zu Rathe, daß sein Bündniß mit Frankreich, indem es ihm die sichersten Mittel böte, seinem weisen Rathe Gehör zu verschaffen, unvermeidlichen Uebeln Grenzen setzen und der Rückkehr des Friedens in Europa nützlich sein werde.

Dem war aber leider nicht so. Weder die glänzenden Erfolge des Feldzugs von 1812, noch die beispiellosen Unglücksfälle, die das Ende desselben bezeichneten, haben vermocht in den Ansichten der französischen Regierung denjenigen Geist der Mäßigung hervorzurufen, welcher den Nutzen der Erfolge gesichert, und die Wirkung der Unglücksfälle verringert hätte. Se. Majestät ergriff nichtsdestoweniger den Augenblick, wo die beiderseitige Erschöpfung die Kriegsunternehmungen gehemmt hatte, um an die kriegführenden Parteien Worte des Friedens zu richten, welche sie von beiden Seiten mit derselben Aufrichtigkeit aufgenommen zu sehen hoffte, von der dieselben eingegeben waren. Jedenfalls überzeugt, daß sie ihnen nur dann Gehör verschaffen würde, wenn sie selbige mit Streitkräften unterstütze, welche derjenigen Partei, mit der sie sich in Absichten und Grundsätzen vereinige, ihre thätige Mitwirkung zur Beendigung des großen Kampfes in Aussicht *stellten*, *faßte sie*, *als* sie den Mächten ihre Vermittelung anbot, den für *ihr Herz schmerzlichen* Entschluß, sich an den Muth und die Vaterlandsliebe ihrer Völker zu wenden. Der von ihr vorgeschlagene und von beiden Parteien genehmigte Congreß versammelte sich mitten unter kriegerischen Vorbereitungen, welche den Erfolg der Unterhandlungen nutzlos machen mußten, wenn des Kaisers Wünsche sich verwirklichten, die aber im entgegengesetzten Falle durch neue Anstrengungen ein friedliches Ergebniß herbeiführen sollten, welches ohne Blutvergießen zu erreichen Se. Majestät vorgezogen hätte. Indem der Kaiser zufolge des Vertrauens, welches die Mächte Sr. kaiserl. Majestät gewidmet

hatten, deren Einwilligung in die Verlängerung des Waffenstillstandes mit Frankreich erhielt, erlangte er mit diesem Beweise ihrer friedlichen Gesinnungen zugleich denjenigen der Mäßigung in ihren Grundsätzen und Absichten. Er erkannte in letzteren seine eigenen, und gewann von diesem Augenblicke an die Ueberzeugung, daß er auf Seite der Verbündeten aufrichtige Geneigtheit, zur Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens beizutragen, antreffen werde. Frankreich, weit entfernt dem entsprechende Gesinnungen zu zeigen, hatte blos allgemeine, durch seine öffentlichen Erklärungen nur zu oft widerlegte Erklärungen gegeben, welche keineswegs die Hoffnung begründeten: es würde für den Frieden diejenigen Opfer bringen, welche geeignet wären ihn in Europa wiederherzustellen.

Der Verlauf des Congresses konnte in dieser Beziehung keinen Zweifel übrig lassen. Die Ankunft der französischen Herren Bevollmächtigten wurde unter Vorwänden verzögert, welche der große Zweck seiner Veranstaltung hätte fern halten sollen. Die Unzulänglichkeit der ihnen gegebenen Verhaltungsbefehle in Bezug auf Förmlichkeiten, wodurch, als nur wenige Tage noch für die wichtigste aller Unterhandlungen übrig waren, eine unersetzliche Zeit verloren ging, — alle diese Umstände zeigten nur zu sehr, daß der Friede, wie ihn Oesterreich und die verbündeten Mächte wünschten, Frankreichs Wünschen fremd war, und daß dieses, nachdem es nur der Form wegen, und um sich dem Vorwurfe, den Krieg verlängert zu haben, nicht auszusetzen, den Vorschlag von Unterhandlungen angenommen hatte, deren Erfolg vereiteln, oder sich derselben vielleicht allein dazu bedienen wollte, um Oesterreich von den Mächten zu trennen, welche mit ihm, dem Grundsatze nach, bereits vereinigt waren, bevor die Verträge ihren Bund für die Sache des Friedens und das Glück der Welt geheiligt hatten.

Oesterreich tritt aus dieser Unterhandlung, deren Ergebniß seine theuersten Wünsche getäuscht hat, mit dem Bewußtsein des guten Glaubens, welchen sie zu derselben mitbrachte. Eifriger, als jemals für den sich gesteckten edeln Zweck, ergreift es die Waffen nur, um ihn in Gemeinschaft mit den von gleichen Gesinnungen beseelten Mächten zu erreichen. Stets geneigt die Hand zu bieten für die Wiederherstellung einer Ordnung der Dinge, welche durch eine weise Vertheilung der Kräfte die Bürgschaft des Friedens unter die Aegide einer Genossenschaft unabhängiger Staaten stellt, wird es keine Gelegenheit versäumen, zu diesem Ergebnisse zu gelangen, und die Kenntniß, welche es von den Gesinnungen der ihm fortan verbündeten Höfe erlangt hat, gibt ihm die Gewißheit, daß sie mit ihm aufrichtig einem so heilsamen Ziele zustreben werden.

Indem ich auf Befehl des Kaisers dem Herrn Grafen von Narbonne erkläre, daß von diesem Augenblicke an seine Befugnisse eines Gesandten aufhören, stellt der Unterzeichnete die Pässe, welche Se. Excellenz für sich und ihr Gefolge nöthig haben wird, zu ihrer Verfügung. Ebenso werden dem Herrn de la Blanche, Frankreichs Geschäftsträger in Wien, sowie den anderen Individuen der Gesandtschaft Pässe zugestellt werden."

Bereits am 14. Aug. antwortete der Herzog von Bassano auf diese, eine förmliche Kriegserklärung vertretende österreichische Note in nachstehender Weise:

„Der unterzeichnete Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat unter die Augen Sr. Majestät, des Kaisers und Königs, die Erklärung vom 11. Aug. gebracht, durch welche Oesterreich die Rolle des Vermittlers niederlegt, womit es seine Absichten bisher verhüllte.

Seit dem Monat Februar war die feindliche Gesinnung des wiener Cabinets gegen ganz Europa bekannt. Dänemark, Sachsen, Baiern, Wür-

temberg, Neapel und Westfalen haben in ihren Archiven Schriftstücke, welche beweisen, wie sehr Oesterreich unter dem falschen Scheine des Interesses für seine Verbündeten und der Friedensliebe Eifersucht gegen Frankreich nähre.

Der Unterzeichnete verschmäht es, das System zu schildern, nach welchem das wiener Cabinet auf der einen Seite Versicherungen verschwendete, und auf der anderen Einflüsterungen verbreitete, durch welche es die Würde seines Souveräns bloßstellte, jenes System, welches in seiner Entwickelung alles entwürdigt hat, was die Menschen als das Heiligste betrachten, — einen Vermittler, einen Congreß, den Namen des Friedens!

Wenn Oesterreich Krieg führen wollte, wozu hatte es nöthig sich mit falschen Versicherungen zu schmücken, und Frankreich mit schlecht gedrehten Schlingen zu umgeben, welche allen in die Augen fielen? Wenn der Vermittler den Frieden wollte, hätte er dann gefordert, daß so verwickelte Unterhandlungen in 14 oder 20 Tagen zu Ende gebracht würden? War es ein friedestiftender Wille, welcher darauf bestand, Frankreich in kürzerer Zeit den Frieden zu dictiren, als man bedarf, um den Uebergabevertrag einer belagerten Festung zu schließen? Der Friede zu Teschen bedurfte mehr, als viermonatlicher Unterhandlung. Mehr, als sechs Wochen wurden zu Sistow angewendet, bevor die Verhandlungen über die Förmlichkeiten beendet waren. Die Unterhandlung des wiener Friedens vom J. 1809, als der größte Theil der österreichischen Monarchie in Frankreichs Händen war, hat zwei Monate gedauert. In diesen verschiedenen Unterhandlungen waren die Interessen Frankreichs, Oesterreichs, Rußlands, Preußens, Dänemarks, Sachsens und soviel anderer Mächte zu vereinigen, während ferner zu den Verwickelungen, welche aus der Mannichfaltigkeit und Verschiedenheit der Interessen entstehen, die Schwierigkeiten sich gesellten, welche aus den offenen, oder verdeckten Ansprüchen des Vermittlers entstanden; da war es eine Verhöhnung, zu fordern, daß in 14 Tagen, die Uhr in der Hand, alles beendigt sei. Ohne die verderbliche Dazwischenkunft Oesterreichs würde der Friede zwischen Rußland, Frankreich und Preußen heute abgeschlossen sein. Oesterreich, Frankreichs Feind, verwickelte, indem es seinen Ehrgeiz mit der Maske der Vermittelung verdeckte, alles, und machte alle Versöhnung unmöglich. Doch nach der Kriegserklärung ist Oesterreich in einer wahren und ganz einfachen Stellung. Europa ist so dem Frieden näher, es ist eine Verwickelung weniger vorhanden.

Der Unterzeichnete hat also Befehl erhalten Oesterreich vorzuschlagen, daß es von heute an die Mittel zum Frieden zu gelangen vorbereite, und einen Congreß eröffne, zu welchem alle Mächte, große und kleine, berufen sind, wo alle Fragen festgestellt werden, wo man nicht fordert, daß dieses ebenso schwere, als heilsame Werk in einer Woche, oder einem Monate beendigt werde, wo man mit der von jedem Unternehmen dieser *Natur* unzertrennlichen Langsamkeit, mit dem, einem so großen Zwecke zukommenden Ernste zu Werke gehen wird. Die Unterhandlungen *können langwierig sein*, sie müssen es sogar sein. Sind etwa die Verträge von *Utrecht, Nimwegen*, Ryswick, Aachen in wenig Tagen abgeschlossen worden?

Bei der Mehrzahl denkwürdiger Erörterungen war die Frage des Friedens immer unabhängig von derjenigen des Krieges. Man unterhandelte ohne zu wissen, ob man sich schlage, oder nicht? Und weil die Verbündeten so viel Hoffnungen auf die Wechselfälle des Kampfes gründen, so hindert nichts, daß man heute, wie damals unterhandle, indem man sich schlägt.

Der Unterzeichnete schlägt vor: einen Punkt an der Grenze als Ort der Verhandlung zu bestimmen, die Bevollmächtigten Frankreichs, Oesterreichs,

Rußlands, Preußens und Sachsens zu vereinigen, alle Bevollmächtigten der kriegführenden Mächte zusammen zu berufen, und in dieser ehrwürdigen Versammlung das Werk des, von ganz Europa so lebhaft gewünschten Friedens zu beginnen.

Die Völker werden einen Trost fühlen, wenn sie die Souveräne damit eschäftigt sehen, dem Kriegselende ein Ziel zu setzen, wenn sie erleuchteten und aufrichtig gesinnten Männern die Sorge anvertraut sehen, die Interessen mitinander zu versöhnen, die Opfer auszugleichen und den Frieden für alle Nationen vortheilhaft und ehrenvoll zu machen.

Der Unterzeichnete nimmt sich nicht die Mühe auf die österreichische Erklärung und auf die einzige Beschwerde, welche sie enthält, zu antworten. Zu seiner Antwort würde ein Wort genügen. Er brauchte nur das Datum des zwischen den beiden Mächten am 14. März 1812 geschlossenen Bundesvertrags und die im Vertrage ausbedungene Bürgschaft des Reichsgebiets, wie es am 14. März 1812 bestand, anzuführen."

Mit diesen wenigen Worten, deren verletzender Inhalt nicht geeignet war die beabsichtigte Wiederanknüpfung von Unterhandlungen zu befördern, und auffallend gegen die rücksichtsvolle Sprache der österreichischen Schriftstücke abstach, wurde die, der österreichischen Note beiliegende umfangreiche Denkschrift, welche das politische Verhalten Oesterreichs und dessen Entschluß: in Gemeinschaft mit den Verbündeten Frankreich zu bekämpfen, rechtfertigen sollte, zugleich mit abgefertigt. Besagtes Schriftstück lautete folgendermaßen:

„Die österreichische Monarchie ist durch ihre geographische Lage, durch ihre mannichfaltigen Verhältnisse mit den andern Mächten, durch den hervorragenden Rang, welche sie im Staatensysteme Europas einnimmt, in die Mehrzahl der Kriege verwickelt worden, welche seit mehr, als zwanzig Jahren Europa verheert haben. In dem ganzen Verlaufe dieser furchtbaren Kriege hat derselbe politische Grundsatz jeden Schritt Sr. Majestät, des Kaisers, geleitet. Freund des Friedens durch seinen Charakter, durch sein Pflichtgefühl, durch die Liebe zu seinen Völkern, fremd jedem Gedanken an Eroberung und Vergrößerung, hat Se. Majestät nur dann zu den Waffen gegriffen, wann seine Selbstvertheidigung oder seine, von der Selbsterhaltung untrennbare Sorgfalt für das Loos der Nachbarstaaten, oder die Gefahr, das gesellschaftliche System Europas durch die zügelloseste Willkürherrschaft vernichtet zu sehen, ihm die Verpflichtung dazu auferlegte.

Se. Majestät hat immer der Gerechtigkeit und Ordnung gemäß zu regieren gewünscht. Für Ordnung und Gerechtigkeit hat Oesterreich gekämpft. Wenn in diesem, oft unglücklichen Kampfe der Monarchie tiefe Wunden geschlagen worden sind, so hat Se. Majestät wenigstens den Trost gehabt zu sehen, daß das Schicksal ihres Reichs nicht durch unnütze, oder durch die Leidenschaft eingegebene Unternehmungen gefährdet worden ist, und daß jede ihrer Entschlüsse vor den Augen Gottes, der ihm anvertrauten Völker, der Zeitgenossen und der Nachwelt hat gerechtfertigt werden können. Ungeachtet eine bessere Verbindung der vorbereitenden Maßregeln nicht erdacht werden konnte, würde doch der Krieg von 1809 den Staat ins Verderben gerissen haben, wenn nicht die unzerstörbare Tapferkeit des Heeres und die reine Vaterlandsliebe, welche die Bürger in allen Theilen der Monarchie beseelte, über ein feindliches Geschick die Oberhand behalten hätten. Mitten unter den Unglücksfällen des Kriegs wurden Oesterreichs Volksehre und alter Waffenruhm glücklich aufrecht erhalten, aber kostbare Landstriche gingen verloren.

Die Abtretung der Küsten des adriatischen Meeres beraubte Oesterreich aller Theilnahme am Seehandel, einer der vorzüglichsten Quellen seines Gewerbfleißes, und dieser Schlag würde noch lebhafter empfunden worden sein, wenn nicht zu demselben Zeitpunkte schon ein verderbliches System, welches das ganze Festland umspannte, alle Straßen dem Handel verschlossen und alle Verbindungen zwischen den verschiedenen Völkern abgeschnitten gehabt hätte.

Der Gang und die Ergebnisse des Kriegs hatten Sr. Majestät völlig überzeugt, daß bei der augenblicklichen Unmöglichkeit dem damaligen politischen Nothstande Europas unmittelbar und gründlich abzuhelfen, die von einzelnen Staaten mit den Waffen versuchten Anstrengungen für ihre Wohlfahrt, statt dem gemeinsamen Unglücke ein Ziel zu setzen, keinen anderen Erfolg hervorbringen würden, als durch den fruchtlosen Verbrauch der noch übrigen Hülfsquellen den allgemeinen Sturz zu beschleunigen, und selbst die Hoffnungen einer glücklichern Zukunft zu vernichten. Geleitet von dieser Ueberzeugung erkannte Se. Majestät die wesentliche Nothwendigkeit mindestens für einige Jahre durch einen gesicherten Frieden den bis dahin unbewältigten Strom einer täglich neuen Zuwachs erhaltenden Macht zu hemmen, der Monarchie die für die Herstellung der Finanzen und des Heeres unerläßliche Ruhe und ebenso den Nachbarmächten einen Ruhepunkt zu verschaffen, welcher, mit Klugheit und Thätigkeit angewendet, glückliche Tage vorbereiten könnte. Bei den mislichen Verhältnissen, in welchen sich der Staat befand, konnte jedoch der Frieden nur durch einen außerordentlichen Entschluß erlangt werden. Se. Majestät gab für die Monarchie, im heiligsten Interesse der Menschheit, zu Vermeidung unberechenbarer Uebel, endlich als Pfand für eine bessere Ordnung der Dinge das hin, was ihrem Herzen das Theuerste war. In dieser, über gewöhnliche Rücksicht erhabenen Gesinnung, sich waffnend gegen augenblickliche falsche Auslegungen, knüpfte man ein Band, welches nach den, durch einen ungleichen Kampf veranlaßten Unglücksfällen die schwächere und leidende Partei, indem es ihr vertrauensvolle Sicherheit einflößte, aufrichten, die stärkere und siegende Partei aber zur Mäßigung und Gerechtigkeit bewegen, und so von beiden Seiten zu gleicher Zeit den Rückweg zu einem Gleichgewichte der Kräfte vorbereiten sollte, ohne welches Bündnisse der Staaten nur ein gemeinschaftliches Unglück sein würden.

Der Kaiser hatte um so mehr Grund dergleichen Hoffnungen zu fassen, als zu der Zeit, wo dieses Band geknüpft wurde, der Kaiser Napoleon bereits jenen Punkt seiner Laufbahn erreicht hatte, wo die Befestigung des Erworbenen wünschenswerther wird, als die fortdauernde Anstrengung noch mehr zu erwerben. Jede neue Ausdehnung seiner Herrschaft, welche schon alles Maß überschritten hatte, war nicht nur für das, durch die Last seiner Eroberungen niedergedrückte Frankreich, sondern auch für des Kaisers Napoleon eigenes wohlverstandenes Interesse mit augenscheinlicher Gefahr verbunden. Alles, was diese Herrschaft an Umfang gewann, mußte sie nothwendig an Sicherheit verlieren. Die mit dem ältesten Hause der Christenheit geschlossene Verbindung gab dem Gebäude seiner Größe in den Augen des französischen Volks und der ganzen Welt einen solchen Grad von Dauerhaftigkeit und Vollkommenheit, daß neue Vergrößerungspläne es fortan nur schwächen und erschüttern konnten. Das, was Frankreich, was Europa, was niedergetretene und zur Verzweiflung gebrachte Völker vom Himmel erflehten, schrieb eine gesunde Staatsklugheit als Gesetz der Selbsterhaltung dem mit Siegeslorbern bedeckten Monarchen vor. Man durfte hoffen, daß so mächtige zahlreiche Beweggründe zusammengenommen über eine einzige Leidenschaft triumphiren würden.

Wenn so schmeichelhafte Hoffnungen eitel waren, so kann Oesterreich deshalb kein Vorwurf gemacht werden. Nach mehreren nutzlosen An-

strengungen, nach unermeßlichen Opfern aller Art hatte man Gründe genug, um zu versuchen dadurch Gutes zu wirken, daß man gegen den Kaiser Napoleon Zutrauen und Hingebung zeigte, denn nur Ströme von Blut hätten die vorhandenen Uebel nur noch stärker anwachsen lassen. Wenigstens wird Se. Majestät nie bereuen, diesen Weg eingeschlagen zu haben.

Das Jahr 1810 war noch nicht verflossen, der Krieg verheerte noch Spanien, die Völker Deutschlands hatten noch kaum Zeit gehabt nach den Verwüstungen der beiden letzten Kriege wieder Athem zu schöpfen, als der Kaiser Napoleon in einer verhängnißvollen Stunde beschloß, einen beträchtlichen Theil des nördlichen Deutschlands mit der Ländermasse zu vereinigen, welche er das französische Reich nannte, und die alten freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck zuvörderst ihres staatlichen Daseins, und bald darauf ihres Daseins in der Handelswelt und der letzten, ihnen gebliebenen Existenzmittel zu berauben. Diese Gewaltthat wurde ohne einen scheinbaren Rechtsgrund, mit Verachtung aller mildernden Formen, ohne vorläufige Benachrichtigung, ohne Unterhandlung mit irgend einem Cabinete, sondern unter dem einzigen willkürlichen und leeren Vorwande verübt, daß sie durch den Krieg mit England geboten sei. Zugleich folgte man einer unerbittlichen Härte, dem grausamen Systeme, welches auf Kosten der Unabhängigkeit, des Wohlseins, der Rechte und der Würde aller Staaten des Festlandes, und durch Verletzung alles öffentlichen und Privateigenthums den Welthandel vernichten sollte, in der eiteln Hoffnung, dadurch einen Erfolg zu erzwingen, der, wenn er nicht glücklicherweise unmöglich gewesen wäre, Europa für lange Zeit in Elend und Barbarei versenkt hätte.

Der Befehl, welcher an Deutschlands Küsten eine neue französische Zwingherrschaft unter dem Titel der zweiunddreißigsten Militärdivision errichtete, war an und für sich für alle Nachbarmächte beunruhigend genug, aber er war es außerdem um so mehr, weil man ihn mit Recht als das Vorzeichen noch weit größerer künftiger Gefahren betrachtete. Dieser Befehl stürzte ein durch Frankreich selbst aufgestelltes System um, welches zwar bei mehr, als einer Gelegenheit verletzt worden war, aber doch noch immer als bestehend verkündet wurde, das System der sogenannten natürlichen Grenzen Frankreichs. Es wurde umgestürzt, ohne daß man sich in eine Rechtfertigung dieses Schrittes einließ, und der Kaiser Napoleon vernichtete durch diese beispiellose Willkür sogar seine eigenen Schöpfungen. Weder die Staaten des Rheinbundes, noch das Königreich Westfalen, noch irgend ein anderes Gebiet war vor diesen machträuberischen Schritten sicher. Abgesteckt durch blinde Laune, ohne Regel, ohne Plan, ohne irgend eine Rücksicht auf alte, oder neue staatliche Verhältnisse, durchschnitt die neue Grenzlinie die Länder und Flüsse, nahm den inneren und südlichen Provinzen Deutschlands alle Verbindung mit der Nordsee, überschritt die Elbe, trennte Dänemark von Deutschland, setzte sich selbst am baltischen Meere fest, und schien die Linie der preußischen Festungen an der Oder erreichen zu wollen, welche Frankreich noch inne hatte. Und doch gab diese Gewaltherrschaft, obschon sie alle Rechte und allen Besitz, alle geographischen, staatlichen und militärischen Scheidelinien schonungslos verletzte, dem Lande, dessen man sich bemächtigt hatte, so wenig den Charakter eines geschlossenen Gebiets, daß man genöthigt war, diesen Schritt als das Vorspiel noch größerer Ungerechtigkeiten zu betrachten, durch welche die Hälfte Deutschlands eine französische Provinz, und der Kaiser Napoleon der thatsächliche Herr des Festlandes werden sollte.

Rußland und Preußen sahen sich zuerst durch diese unnatürliche Ausdehnung des französischen Gebiets bedroht. Die preußische Monarchie, von allen Seiten umstellt, jeder freien Bewegung, jedes Mittels beraubt neue Streitkräfte zu sammeln, schien mit starken Schritten ihrer gänzlichen Auflösung entgegenzugehen. Rußland, beunruhigt über seine westlichen Grenzen

durch die Umgestaltung der, im Frieden zu Tilsit frei erklärten Stadt Danzig in einen französischen Waffenplatz, und die Verwandlung eines großen Theils von Polen in eine französische Provinz, sah in den neuen, für Preußen bereiteten Fesseln eine, für seine deutschen und polnischen Besitzungen drohende Gefahr. Von diesem Augenblicke an mußte der Bruch zwischen Frankreich und Rußland als unvermeidlich betrachtet werden.

Nicht ohne gerechte Besorgniß sah Oesterreich diese neuen Gewölke am politischen Horizonte emporsteigen. Jedenfalls war es unmöglich, daß der Schauplatz der Feindseligkeiten nicht seine Provinzen erreichte, deren Vertheidigungszustand mangelhaft war, weil die Reformen, welche die Finanzen erheischten, die völlige Wiederherstellung der Streitkräfte gehemmt hatte. Von einem höheren Gesichtspunkte betrachtet, bot der Kampf, in welchen Rußland im Begriffe war verwickelt zu werden, eine sehr beunruhigende Aussicht dar, weil er unter ebenso ungünstigen politischen Verhältnissen, unter ebenso geringer Mitwirkung von Seiten der anderen Mächte und mit derselben Unverhältnißmäßigkeit zwischen den bezüglichen Mitteln, also unter ebenso unglücklichen Vorzeichen, als bei den vorhergehenden Kriegen begann. Alles, was durch freundschaftliches Dazwischentreten bei den beiden Mächten geschehen konnte, um den Sturm zu verhindern, wendete Se. kaiserl. Majestät an. Konnte doch keine menschliche Voraussicht es errathen, daß der Zeitpunkt herannahte, wo der ungünstige Erfolg dieser wohlwollenden Schritte dem Kaiser Napoleon weit verderblicher werden sollte, als seinen Gegnern. So wollte es der Rathschluß des großen Ordners des Weltalls.

Als die Eröffnung des Feldzugs nicht mehr zweifelhaft blieb, mußte Se. kaiserl. Majestät an Maßregeln denken, welche es ihr gestatteten, in dieser mißlichen Lage ihre eigene Sicherheit mit den ihr von den Interessen der Nachbarmächte auferlegten Verpflichtungen zu vereinigen. Der Kaiser Napoleon ließ seiner Erklärung zufolge nur eine einzige Art von Neutralität zu, eine vollständige Entwaffnung. Dieses System war nach den Grundsätzen der Staatsklugheit unzulässig. Es würde im Grunde nur ein machtloses Bestreben gewesen sein, der schwerer zu lösenden Aufgabe auszuweichen. Eine so bedeutende Macht, wie Oesterreich, konnte sich unter keiner Bedingung weder der Theilnahme an den Angelegenheiten Europas enthalten, noch in die Lage bringen, wo sie in gleicher Weise für den Frieden, wie für den Krieg unthätig, ihren Einfluß auf die Berathschlagungen von Wichtigkeit verlor, ohne eine Bürgschaft der Sicherheit für ihre eigenen Grenzen zu erhalten. Vorbereitungen zum Kriege gegen Frankreich wären unter den damaligen Umständen ebenso der Gerechtigkeit, als der Staatsklugheit entgegen gewesen. Der Kaiser Napoleon hatte Sr. Majestät gegenüber keinen persönlichen Beweggrund zu Feindseligkeiten, und die Aussicht durch geschickte Benutzung der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, durch vertrauliche Vorstellungen, durch Anrathen von Milde vieles, was zum Guten führen konnte, zu erlangen, war noch nicht hoffnungslos verschwunden. Auch würde die Folge eines solchen Entschlusses die gewesen sein, daß die österreichischen Provinzen der Hauptschauplatz eines Krieges geworden wären, welcher in kurzer Zeit die augenscheinlich ihrer Vertheidigungsmittel beraubte Monarchie unfehlbar niedergeworfen hätte.

In dieser mißlichen Lage blieb Sr. Majestät keine andere Partei zu ergreifen übrig, als im Bunde mit Frankreich auf dem Kampfplatze zu erscheinen. Sich ganz für Frankreich zu erklären würde ein der Pflicht und den Grundsätzen des Kaisers nicht weniger, als den wiederholten Erklärungen seines Cabinets, welches diesen Krieg rücksichtslos getadelt hatte, widersprechender Schritt gewesen sein. Indem Se. Majestät den Vertrag vom 14. März 1812 unterzeichnete, stellte sie sich ein doppeltes, wohl begrenztes

Ziel. Das erste, im Vertrage klar ausgesprochene war: auf kein Mittel zu verzichten, wodurch man früher, oder später auf die Wiederherstellung des Friedens einwirken konnte. Das andere war: sich in den Stand zu setzen im Innern und nach außen in unabhängiger Weise zu verfahren, wenn die Unmöglichkeit den Frieden herbeizuführen, oder die Kriegsereignisse entscheidende Schritte erheischten, und in dem einen, oder anderen Falle so zu handeln, wie eine gerechte und weise Politik es vorschreiben würde. Aus diesem Grunde versprach man, daß nur ein Theil des Heeres am Kriege theilnehmen solle. Die festbestimmte Anzahl der Mannschaft stand zu den Streitkräften des Reichs in sehr schwachem Verhältniß. Die übrigen vorhandenen und auszurüstenden Streitkräfte nahmen keinen Theil am Kriege. Durch eine Art stillschweigender Uebereinkunft wurde sogar das Gebiet der Monarchie von allen kriegführenden Mächten als parteilos behandelt. Der wirkliche Geist des von Sr. Majestät angenommenen Systems konnte weder von Frankreich, noch von Rußland, noch von irgend einem urtheilsfähigen Beobachter verkannt werden.

Der Feldzug von 1812 beweist durch ein merkwürdiges Beispiel, wie ein mit riesigen Kräften begonnenes Unternehmen selbst in den Händen eines Feldherrn ersten Ranges scheitern kann, wenn dieser, vom Vertrauen auf seine großen kriegerischen Talente erfüllt, die von der Natur gesteckten Grenzen überschreiten will, und gegen alle Vorschriften der Weisheit verstößt. Ein Trugbild des Ruhmes riß den Kaiser Napoleon tief in das russische Reich hinein, und verleitete ihn zu dem Glauben, daß er in Moskau den Frieden dictiren, die russische Macht für ein halbes Jahrhundert lähmen, und dann siegreich zurückkehren werde. Als die erhabene Standhaftigkeit des Kaisers von Rußland, die ruhmvollen Heldenthaten seiner Krieger und die unerschütterliche Treue seiner Völker diese Täuschungen zerstreut hatten, war es zu spät sie straflos zu bereuen. Das ganze französische Heer wurde zerstreut und vernichtet. In weniger, als vier Monaten sah man den Schauplatz des Krieges vom Dniepr und der Dwina an die Oder und Elbe versetzt. Dieser so schnelle, so außerordentliche Wechsel war das Vorspiel einer wichtigen Umwälzung in allen politischen Verhältnissen Europas. Das Bündniß, welches zwischen Rußland, Großbritannien und Schweden bestand, bot allen Nachbarstaaten einen neuen Punkt der Vereinigung. Preußen, seit langer Zeit auf den Entschluß vorbereitet das Aeußerste zu wagen, und selbst den sofortigen staatlichen Tod einem langen Todeskampfe vorzuziehen, ergriff den günstigen Augenblick, um sich in die Arme der Verbündeten zu werfen. Viele von den Fürsten Deutschlands ahmten diese Handlungsweise nach. Ueberall eilten die ungeduldigen Wünsche der Völker dem regelmäßigen Gange der Regierungen voran. Von allen Seiten gab sich das Bedürfniß der Unabhängigkeit, das Gefühl der beleidigten Nationalehre, die Erklärung gegen den Gewaltmißbrauch der Fremden mit Ungestüm kund. Zu klar blickend, um nicht die Wendung, welche die Dinge nahmen, als eine natürliche, nothwendige Folge einer außerordentlichen Abspannung zu betrachten, zu gerecht zugleich, um sie mit Unzufriedenheit zu sehen, hatte Se. Majestät, der Kaiser, seine Absicht nur auf einen Punkt gerichtet, den nämlich: durch weise und wohlberechnete Maßregeln diese Stimmung der Gemüther für das wahre und dauerhafte Interesse der europäischen Politik verwenden zu können. Seit dem Anfange des Decembers hatte das österreichische Cabinet bedeutende Schritte gethan, um den Kaiser Napoleon zu einer gerechten friedlichen Politik aus Gründen zu bewegen, welche ebenso nahe sein eigenes Wohl, als dasjenige der ganzen Welt angingen. Von Zeit zu Zeit wurden diese Schritte mit dringenden Vorstellungen erneuert. Man schmeichelte sich mit der Hoffnung, daß der durch die Unglücksfälle des letzten Feldzugs hervorgebrachte Eindruck, daß der Gedanke

an die fruchtlose Aufopferung eines ungeheueren Heeres, die infolge dieses Verlustes nothwendig gewordene Maßregeln der Strenge, der tiefe Widerwille des französischen Volks und der in sein Schicksal verflochtenen Länder gegen einen Krieg, welcher sie alle ohne Aussicht auf Entschädigung erschöpfte und entkräftete, endlich die Erwägungen über den ungewissen Ausgang dieser neuen gefahrvollen Krise den Kaiser Napoleon veranlassen könnten, den Vorstellungen Oesterreichs Gehör zu geben. Der Ton, in welchem man sie an ihn richtete, wurde so sorgfältig den Umständen angepaßt, und war ebenso ernst, als es die Wichtigkeit des Gegenstandes erforderte, und doch schonend, als der Wunsch des Gelingens und die freundschaftlichen Verhältnisse ihn einflößten.

Sicherlich erwartete man nicht, daß Eröffnungen, deren Quelle so rein war, unbedingt zurückgewiesen werden würden, doch erschütterten die Art mit der man sie aufnahm, und noch mehr der entschiedene Gegensatz, welcher zwischen den Gesinnungen Oesterreichs und dem ganzen Benehmen Napoleon's bei dem Versuche der Friedensstiftung hervortrat, gleich vom Anfange an die gegründetsten Hoffnungen. Anstatt durch eine gemäßigte Sprache eine glückliche Zukunft in Aussicht zu stellen und der allgemeinen Verzweiflung Trost zu gewähren, ließ man keine Gelegenheit vorüber, es in Frankreich vor den höheren Behörden auszusprechen, daß der Kaiser keinen Friedensvorschlägen Gehör schenken werde, welche mit der Unverletzlichkeit des französischen Reichs, im französischen Sinne des Worts, unvereinbar wären, oder Ansprüche auf einige diesem Reiche willkürlich einverleibte Provinzen enthielten. Man sprach zu gleicher Zeit bald mit Zorn und Drohungen, bald mit Verachtung und Unwillen von den Bedingungen, die gestellt werden könnten, und welche durch diesen willkürlich vorangestellten Grundsatz nicht ausgeschlossen waren, als wenn man nicht deutlich genug verkünden könnte, daß der Kaiser Napoleon fest entschlossen sei, für den Frieden der Welt nicht das geringste Opfer zu bringen, welches diesen Namen verdiente. Diese feindseligen Erklärungen zogen Oesterreich noch persönliche Unannehmlichkeiten zu, indem dadurch die Empfehlungen des Friedens, welche Oesterreich mit Wissen, und wie es schien, auch mit Genehmigung Frankreichs an andere Höfe richtete, in ein falsches und ungünstiges Licht gestellt wurden. Den von Oesterreich in Bezug auf Unterhandlung und Vermittelung gemachten Anerbietungen hielten die gegen Frankreich verbündeten Souveräne statt aller Antwort die öffentlichen Erklärungen des französischen Kaisers entgegen. Als Se. Majestät im Monate März einen Gesandten nach London schickte, um England einzuladen an einer Unterhandlung theilzunehmen, antwortete das englische Ministerium: es könne nicht glauben, daß Oesterreich noch Friedenshoffnungen hege, weil in der Zwischenzeit der Kaiser Napoleon Absichten kund gegeben habe, welche nur dazu geeignet wären den Krieg fortdauern zu lassen. Sr. Majestät war diese Antwort um so empfindlicher, als sie richtig und gegründet war.

Oesterreich fuhr nichtsdestoweniger fort, dem Kaiser Napoleon mehr und mehr die dringende Nothwendigkeit des Friedens fühlbar zu machen. In allen seinen Schritten wurde es durch die Ueberzeugung geleitet, daß, da das Gleichgewicht und die Ruhe Europas durch die maßlose Gewalt Frankreichs gestört worden seien, man an einen wahren Frieden nicht denken könne, ohne dessen Ueberlegenheit Schranken zu setzen. Se. Majestät traf zu gleicher Zeit alle nothwendigen Maßregeln, um ihr Heer zu stärken und zusammenzuziehen. Der Kaiser fühlte, daß Oesterreich für den Krieg vorbereitet sein müßte, wenn seine Friedensvorschläge nicht ohne Erfolg bleiben sollten. Uebrigens hatte Se. Majestät es sich seit langer Zeit nicht verhehlen können, daß der Fall einer unmittelbaren Theilnahme am Kriege in ihre Berechnungen aufzunehmen sei.

Dieser Stand der Dinge konnte nicht lange dauern. Die Ueberzeugung hiervon, welche die Triebfeder aller Forderungen des Kaisers war, verstärkte sich noch, als das Unternehmen, den Frieden zu erlangen, gleich beim ersten Versuche scheiterte. Das Ergebniß war augenscheinlich. Man mußte aus der Ungewißheit herauskommen, sei es durch Unterhandlungen, sei es durch Waffengewalt.

Der Kaiser Napoleon hatte nicht allein Kenntniß von den Rüstungen Oesterreichs, er hatte sogar deren Nothwendigkeit anerkannt, er hatte sie bei mehr, als einer Gelegenheit gebilligt. Er hatte hinreichende Gründe zu glauben, daß Se. Majestät, der Kaiser, in einem für das Schicksal Europas so entscheidenden Augenblicke jede persönliche und vorübergehende Rücksicht bei Seite setzen, und nur das dauernde Wohl der österreichischen Monarchie und der Nachbarstaaten zu Rathe ziehen, daß er keinen anderen Entschluß, als den durch diese Beweggründe vorgeschriebenen fassen werde. Das wiener Cabinet hatte sich nicht nur nie auf eine anders deutbare Art ausgesprochen, als daß die österreichische Vermittelung nothwendig eine bewaffnete sein müsse, sondern es hatte auch mehr, als ein Mal erklärt, daß die Verhältnisse Oesterreich nicht mehr erlaubten eine untergeordnete Rolle zu spielen, daß es mit achtunggebietenden Streitkräften auf dem Schauplatze erscheinen, und indem es als eine Hauptpartei handle, dazu beitragen müßte, eine endliche Entscheidung herbeizuführen. Welches auch die Hoffnungen und Besorgnisse sein mochten, welche Oesterreich der französischen Regierung einflößte, so rechtfertigte dieses Geständniß im voraus den, von Sr. Majestät, dem Kaiser, verfolgten Weg.

So standen die Sachen, als der Kaiser Napoleon Paris verließ, um die Fortschritte der verbündeten Heere zu hemmen. Der Muth, welchen die russischen und preußischen Truppen in den blutigen Kämpfen des Monats Mai entwickelten, ist selbst von ihren Feinden anerkannt worden. Wenn jedoch der Erfolg dieses ersten Zeitraumes des Feldzugs ihnen nicht günstig war, so muß man die Ursache hiervon entweder in der Ueberlegenheit der französischen Streitkräfte und in dem allgemein anerkannten Genie ihres Anführers, oder in den politischen Berechnungen suchen, welche die Unternehmungen der verbündeten Souveräne leiteten. Sie handelten in der wohlgegründeten Voraussetzung, daß eine Sache, wie diejenige, für welche sie kämpften, nicht lange ausschließlich die Ihrige bleiben könne, daß vielmehr früher oder später nach Erfolgen, oder Unfällen jeder Staat, welcher seiner Souveränetät nicht vollständig beraubt worden sei, jedes unabhängige Heer sich auf ihre Seite stellen müsse. Deshalb ließen sie der Tapferkeit ihrer Truppen nicht mehr Spielraum, als der Augenblick gebot, und sparten einen großen Theil ihrer Streitkräfte für eine Zeit auf, wo sie mit größeren Mitteln größere Ergebnisse würden erzielen können. Aus denselben Gründen, und um die fernere Entwickelung der Ereignisse abzuwarten willigten sie in einen Waffenstillstand. Doch hatte der Rückzug der Verbündeten dem Kriege für den Augenblick eine Wendung gegeben, welche dem Kaiser täglich einen stärkeren Beweis davon lieferte, daß es ihm unmöglich sein werde müßiger Zuschauer zu bleiben, wenn die Feindseligkeiten wieder begännen. Vor allem fesselte das Loos der preußischen Monarchie stark die Aufmerksamkeit Sr. Majestät. Der Kaiser betrachtete die Wiederherstellung der preußischen Macht als den ersten Schritt zur Wiederherstellung eines europäischen Staatensystems, er betrachtete die Gefahr, in welcher sich Preußen befand, als eine ihn persönlich betreffende. Seit Anfang Aprils hatte der Kaiser Napoleon dem österreichischen Hofe angedeutet, daß er die Auflösung der preußischen Monarchie als eine natürliche Folge des Abfalls von Frankreich und der Fortsetzung des Krieges betrachte, und es deshalb nur von Oesterreich abhänge, die wichtigste

und schönste Provinz dieser Monarchie mit seinen Staaten wieder zu vereinigen. Diese Eröffnung gab nun den Beweis, daß man alle Mittel versuchen müsse, um Preußen zu retten. Wenn es nicht möglich war diesen großen Zweck durch einen billigen Frieden zu erreichen, so müßte man Rußland und Preußen durch eine kräftige Mitwirkung unterstützen. Von diesem natürlichen Gesichtspunkte ausgehend, über welchen Frankreich selbst einer Täuschung sich durchaus nicht hingeben konnte, setzte Se. Majestät mit großer Thätigkeit ihre Vorbereitungen fort. Sie verließ ihre Hauptstadt in den ersten Tagen des Monats Juni, und begab sich in die Nähe des Kriegsschauplatzes, um entweder mit desto größerem Erfolge für die Unterhandlung des Friedens thätig zu sein, welcher immer noch das Ziel ihrer Wünsche war, wenn sich nur irgend die mindeste Wahrscheinlichkeit zeigte ihn anzubahnen, oder um mit desto größerer Kraft an den Vorbereitungen des Krieges zu arbeiten, wenn Oesterreich keine andere Wahl bliebe. Kurz zuvor hatte der Kaiser Napoleon ankündigen lassen, daß er einen Friedenscongreß vorgeschlagen habe, welcher in Prag abgehalten werden solle, und wo einerseits Minister Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Dänemarks, des Königs von Spanien und aller verbündeten Fürsten; andererseits Abgeordnete Rußlands, Englands, Preußens, der spanischen Aufständischen und anderer Verbündeten dieser kriegführenden Masse erscheinen würden, um den Grund zu einem langen Frieden zu legen. Aber an wen wurden diese Vorschläge gerichtet? Das österreichische Cabinet, welches nur durch die öffentlichen Blätter Kenntniß davon erhielt, war hierüber in völliger Unkenntniß. Uebrigens war es so schwer zu begreifen, wie es möglich sein werde nur einen Anfang mit der Ausführung eines solchen Planes zu machen, und wie aus der Vereinigung so verschiedenartiger Elemente, ohne vorherige einstimmig angenommene Grundlage, ohne vorbereitende Arbeit, eine Friedensunterhandlung hervorgehen könne, daß es wol gestattet war, den Vorschlag selbst mehr, als ein Spiel der Einbildungskraft, als für eine ernstliche Einladung zu einer großen politischen Maßregel zu betrachten.

Oesterreich, welches vollkommen die Schwierigkeiten eines allgemeinen Friedens kannte, hatte seit langer Zeit die Möglichkeit geprüft, sich nach und nach einem so schwer erreichbaren Ziele zu nähern. In diesem Sinne hatte es ebenso wol gegen Frankreich, als gegen Rußland und Preußen den Gedanken eines Continentalfriedens geäußert. Demungeachtet hatte der wiener Hof nicht einen Augenblick die Nothwendigkeit und den unermeßlichen Vortheil eines unter allen versammelten Großmächten vereinbarten allgemeinen Friedens verkannt, eines Friedens, ohne welchen Europa weder Ruhe, noch Glück hoffen kann, hatte er nie dem Gedanken Raum gegeben, daß das Festland bestehen könne, wenn man aufhörte die Trennung von England als ein großes Uebel zu betrachten. Die Unterhandlungen, welche Oesterreich vorschlug, als die entmuthigenden Erklärungen Frankreichs die Hoffnung, es zur Theilnahme an einem Versuche für den allgemeinen Frieden zu bewegen, fast vernichtet hatten, mußten einfach als wesentlicher Theil einer umfassenden Unterhandlung — eines allgemeinen Congresses — betrachtet werden. Sie mußten die vorläufigen Artikel eines endgültigen Friedens vorbereiten, feststellen, und zur Anbahnung einer langen, friedlichen und durch einen Waffenstillstand auf dem Festlande beschützten Unterhandlung dienen. Wenn Oesterreich sich etwas anderes vorgesetzt hätte, so würden sicherlich Rußland und Preußen, welche mit England durch die bündigsten Verträge verbunden waren, sich niemals entschlossen haben, den Vorschlägen des österreichischen Cabinets Gehör zu schenken.

Nachdem der russische und preußische Hof, durch ihr Vertrauen in Se. Majestät, den Kaiser, bewogen, sich bereit erklärt hatten unter Oesterreichs

Vermittelung die Hand zu einem Friedenscongresse zu bieten, so handelte es sich nur darum sich der förmlichen Einwilligung des Kaisers Napoleon zu versichern, und mit ihm über die übrigen Maßregeln, welche die Unterhandlungen herbeiführen sollten, sich zu verständigen. In dieser Absicht entschloß sich Se. Majestät gegen Ende Juni ihren Minister der auswärtigen Angelegenheiten nach Dresden zu senden. Das Ergebniß dieser Sendung war eine am 30. Juni unterzeichnete Uebereinkunft, durch welche der Kaiser Napoleon die von Sr. Majestät, dem Kaiser, angebotene Vermittelung für den Abschluß eines allgemeinen Friedens, oder wenn es nicht möglich sein sollte dahin zu gelangen, eines diesen vorbereitenden Continentalfriedens annahm. Die Stadt Prag wurde als Ort des Congresses bezeichnet, dessen Eröffnung man auf den 5. Juli festsetzte. Um die nöthige Zeit für die Unterhandlung zu gewinnen, hatte man durch dieselbe Uebereinkunft ausbedungen, daß der Kaiser Napoleon nicht vor dem 20. Juli eine Kündigung des Waffenstillstandes, der am 10. Aug. zu Ende ging, an Rußland und Preußen abgehen lassen werde, und Se. Majestät, der Kaiser, übernahm es, diese beiden Mächte zu einer ähnlichen Erklärung zu bewegen.

Von demselben Augenblicke an theilte man diesen beiden Höfen die Punkte mit, welche in Dresden verhandelt worden waren. Obgleich derselben die Verlängerung des Waffenstillstandes ihren Interessen zuwider und größere Uebelstände mit sich zu bringen schien, so gebot doch der Wunsch: Sr. Majestät dem Kaiser einen neuen Beweis ihres Zutrauens zu geben, und der ganzen Welt darzuthun, daß sie keinen, auch noch so schwachen und theilweisen Versuch zur Erlangung des Friedens zurückwiesen, allen diesen Einwürfen Stillschweigen. Die Uebereinkunft vom 30. Juni wurde nicht abgeändert, nur der Zeitpunkt der Eröffnung des Congresses wurde auf den 12. Juli verschoben, weil die letzten Besprechungen nicht so schnell, als man geglaubt, hatten beendigt werden können. Doch da Se. Majestät nicht der Hoffnung entsagen konnte, den Uebeln der Menschheit und dem Umsturze der politischen Welt durch einen allgemeinen Frieden ein Ziel zu setzen, so beschloß sie, vorher noch einen Schritt bei der britischen Regierung zu versuchen. Der Kaiser Napoleon hatte nicht nur diesem Plane seinen Beifall zu geben geschienen, er hatte sogar, um die Sache zu beschleunigen, für die Personen, welche man nach England senden wollte, den Weg dahin durch Frankreich angeboten. Aber als es zur Vermittelung kam, zeigten sich unerwartete Schwierigkeiten. Unter nichtigen Vorwänden wurde die Auslieferung der Pässe von einem Zeitpunkte zum andern verzögert und schließlich verweigert. Dieses Benehmen lieferte einen neuen und wichtigen Beweggrund, an der Aufrichtigkeit der friedlichen Erklärungen, welche der Kaiser mehr, als einmal öffentlich wiederholt hatte, und zwar mit um so mehr Grund zu zweifeln, als damals gerade mehrere seiner Aeußerungen den Glauben erregten, als ob er den größten Werth auf einen Frieden zur See lege.

In der Zwischenzeit hatten Ihre Majestäten, der Kaiser von Rußland und der König von Preußen, ihre Bevollmächtigten für den Friedenscongreß ernannt, und ihnen sehr bündige Verhaltungsbefehle gegeben. Diese Bevollmächtigten, sowie der von Sr. Majestät mit der Vermittelung beauftragte Minister kamen am 12. Juni in Prag an. Wenn die Unterhandlungen nicht gleich vom Anfange an eine Wendung nahmen, welche mit großer Wahrscheinlichkeit einen glücklichen Erfolg voraussehen ließ, so konnten sie unmöglich über den 10. Aug. hinaus verlängert werden. Die Vermittelung Oesterreichs hatte die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zu diesem Tage erlangt. Die politische und militärische Stellung der Mächte, die Stellung und die Bedürfnisse der Heere, der Zustand der Landstriche, welche sie besetzt hielten, der glühende Wunsch der verbündeten Souveräne, der peinlichen Ungewißheit ein Ziel zu setzen, gestatteten keine weitere

Verlängerung. Der Kaiser Napoleon war davon ausdrücklich benachrichtigt worden. Er wußte, daß die Dauer der Unterhandlungen nothwendig auf diejenige des Waffenstillstandes beschränkt war. Auch konnte er nicht im Zweifel darüber sein, daß es von seinen Entschließungen abhing die Unterhandlungen abzukürzen und zu einem glücklichen Ergebnisse zu führen. Se. Majestät, der Kaiser, nahm bald mit lebhaftem Schmerze wahr, daß man von Seiten Frankreichs nicht nur keinen Schritt that, um das große Werk des Friedens zu beschleunigen, sondern daß diese Macht sich sogar benahm, als wenn sie keine andere Absicht habe, als die Unterhandlungen in die Länge zu ziehen und deren Erfolg zu verhindern. Es fand sich zwar ein französischer Minister am Orte des Congresses ein, aber er hatte Befehl erhalten, vor der Ankunft des ersten Bevollmächtigten, auf die man von einem Tage zum andern warten ließ, nichts zu unternehmen. Erst am 21. Juli ward, um diese Erstaunen erregende Verzögerung zu erklären und zu rechtfertigen, eine Schwierigkeit angeführt, welche sich bei dem Abschlusse des Waffenstillstandes zwischen den französischen Commissarien und denen Rußlands und Preußens ergeben hätte, eine Schwierigkeit von geringer Bedeutung, die gar keinen Einfluß auf den Friedenscongreß hatte und sofort durch Oesterreichs Vermittelung gehoben werden konnte. Als endlich dieser Vorwand beseitigt war, kam der französische Bevollmächtigte am 28. Juli in Prag an, sechzehn Tage nach dem für die Eröffnung des Congresses festgesetzten Zeitpunkte.

Nach den ersten Tagen seit der Ankunft desselben konnte der Ausgang des Congresses niemandem mehr zweifelhaft bleiben. Die Form, in welcher die Vollmachten überreicht, die gegenseitigen Erklärungen ihren Anfang nehmen sollten, Dinge, über welche man schon von allen Seiten sich besprochen hatte, wurden zum Gegenstande von Erörterungen gemacht, die alle Anstrengungen des vermittelnden Ministers scheitern ließen. Die augenscheinliche Unzulänglichkeit der, den französischen Bevollmächtigten gegebenen Verhaltungsbefehle veranlaßte einen Aufschub von mehreren Tagen. Erst am 6. Aug. überreichten diese Bevollmächtigten eine neue Erklärung, welche keinesweges die Schwierigkeiten der Form aufhob, somit die Unterhandlung um keinen Schritt weiter förderte. Mit diesem unfruchtbaren Notenwechsel brachte man den 10. Aug. heran. Die russischen und preußischen Bevollmächtigten durften diese Frist nicht überschreiten. Der Congreß wurde abgebrochen, und der Entschluß Oesterreichs war schon vorher bestimmt durch den Gang der Unterhandlungen, durch die gewonnene Ueberzeugung von der Unmöglichkeit des Friedens, durch den Gesichtspunkt, unter welchem Se. Majestät seit langer Zeit die wichtige Frage betrachtete, durch die Grundsätze und die Absichten der Verbündeten, in denen der Kaiser die seinigen erkannte, endlich durch die früheren, äußerst bündigen Erklärungen, welche jede Möglichkeit eines Misverständnisses ausschlossen. Nicht ohne tiefen Schmerz, der nur durch das Bewußtsein gemildert wird, alle möglichen Mittel, wodurch die Erneuerung des Krieges zu hindern war, erschöpft zu haben, sieht sich der Kaiser zu dem Schritte genöthigt, welchen er jetzt thut. Während dreier Jahre hat Se. Majestät nicht aufgehört dafür thätig zu sein, auf dem Wege der Milde und Versöhnung solche Grundlagen zu erhalten, welche einen langen und dauerhaften Frieden für Oesterreich und Europa möglich machten. Alle diese Versuche sind fruchtlos gewesen. Kein Rettungsmittel, keine Zukunft giebt es mehr, als die Waffen. Der Kaiser ergreift sie ohne persönliche Empfindlichkeit, genöthigt dazu durch peinliche Nothwendigkeit, durch eine gebieterische Pflicht, durch Beweggründe, welche jeder treue Bürger seiner Staaten, welche die Welt, welche der Kaiser Napoleon selbst in Augenblicken, wo er ruhig und gerecht urtheilt, anerkennen wird. Die Rechtfertigung dieses Krieges ist mit großen lesbaren Zügen, welche alle Kunstgriffe

unnöthig machen, in das Herz jedes Oesterreichers, jedes Europäers eingeschrieben, unter welcher Herrschaft er auch lebe. Das Volk und das Heer werden ihre Pflicht thun. Ein mit allen für ihre Unabhängigkeit bewaffneten Mächten geschlossenes Bündniß, welches durch das Bedürfniß und durch das Interesse aller geboten ist, wird den von uns anzuwendenden Mitteln neue Stärke verleihen. Mit dem Beistande des Allerhöchsten wird der Erfolg die gerechten Erwartungen der Freunde der Ordnung und des Friedens erfüllen." [1])

Trotz seiner großen Länge erfüllte dieses Schriftstück ebenso wenig seinen Zweck: die Berechtigung der österreichischen Kriegserklärung darzuthun, als die an den Grafen von Narbonne gerichtete Note, welcher es deshalb beigelegt worden war. Die mangelhafte Bestimmtheit der Erzählung der das Verhältniß Oesterreichs zu Frankreich bildenden Thatsachen konnte durch das, den Parteistandpunkt bezeichnende, oft ganz ungerechtfertigte Lob des Kaisers Franz nicht ersetzt werden. Dasselbe war nur geeignet, den Eindruck der versuchten Beweisführung zu schwächen. Nur dem Kenner der thatsächlichen Verhältnisse vollkommen verständlich, gewährt das Schriftstück dem, mit jenen nicht bekannten Leser keine hinreichenden Unterlagen, um ein Urtheil auf ihnen zu gründen, ja sie enthält in Bezug auf den im J. 1812 bevorstehenden Krieg Napoleon's gegen Rußland die merkwürdig kopflose Behauptung: „Vorbereitungen zum Kriege gegen Frankreich wären unter den damaligen Verhältnissen ebenso sehr der Gerechtigkeit als der Staatsklugheit zuwider gewesen."

Waren nämlich im J. 1812 für Oesterreich keine gerechten Ursachen zum Kriege gegen Frankreich vorhanden, so war auch der, im folgenden Jahre von ihm gegen letztere Macht begonnene Krieg ein ungerechter, ja er war es um so mehr durch den, am 14. März 1812 erst abgeschlossenen Bundesvertrag mit Frankreich, dessen Bruch eben dann nur sich rechtfertigen ließ, wenn dieser Bundesvertrag blos der gerechten Besorgniß um das außerdem gefährdete eigene Wohl sein Dasein verdankte. Der, für jene seltsame und zweckwidrige Behauptung angeführte Grund: „der Kaiser Napoleon hatte Sr. Majestät gegenüber keinen persönlichen Grund zu Feindseligkeiten" macht einen sonderbaren Eindruck. Denn bei der Frage: ob Oesterreich gerechte Veranlassung zum Kriege gegen Frankreich gehabt habe, handelte es sich ja nicht um Napoleon's, sondern des Kaisers Franz' etwaige Beschwerden. Es ist eine völlige Verwechselung der Begriffe. Mochte aber die

---

[1]) Schöll, a. a. O., I, 78 fg. Nr. 26.

Sache sich verhalten wie sie wollte, so konnte damals, wo Napoleon noch auf dem Gipfel seiner Macht stand, von dessen Bekriegung durch Oesterreich bei Frankreichs unendlicher Uebermacht vernünftigerweise nicht die Rede sein. Endlich ist hervorzuheben, daß bei der Erörterung, ob Ursache zum Kriege zwischen zwei Staaten vorhanden gewesen sei, hier nur die Persönlichkeit des einen Staatsoberhaupts in Betracht gezogen wird, als ob die verletzte Person des Fürsten, nicht das verletzte Staatsinteresse den Grund zum Kriege zu bilden pflege. Es beweiset dies, daß man in Wien die Ansicht Ludwig's XIV. theilte, welcher den berüchtigten Ausspruch that: „Der Staat bin ich!"

Das österreichische Cabinet verfiel bei Begründung seiner Kriegserklärung in dieselben Fehler, in welche einige Monate früher das preußische verfallen war. Indem es seine Handlungsweise in jeder Beziehung als vorwurfsfrei darstellen wollte, setzte es eben dadurch Napoleon in den Stand, ihm die Widersprüche derselben darzuthun. Statt das wahre Sachverhältniß ungeschminkt darzustellen, und aus ihm sein Verfahren gegen Frankreich zu rechtfertigen, ein Unternehmen, welches bei dem Eingeständnisse einiger unangenehmen, aber allgemein bekannten Thatsachen nicht mißlingen konnte, sprach es unvorsichtigerweise davon: Treue gegen übernommene Verpflichtungen und Liebe zum Frieden hätten sein Benehmen, dessen Uneigennützigkeit es rühmte, bestimmt. Das österreichische Cabinet bereitete dadurch dem Kaiser der Franzosen den Triumph, so unhaltbare Behauptungen schlagend zu widerlegen. Aus den, von Napoleon deshalb veröffentlichten diplomatischen Actenstücken ging in zweifelloser Weise hervor, mit welchen schlangengleichen Windungen diplomatischer Schlauheit Metternich seinen Kaiser von den Banden des, erst unlängst abgeschlossenen Bundesvertrags mit Frankreich zu befreien gewußt hatte.

Als Napoleon zu Anfange Octobers wieder eine Verstärkung seiner Heere um 280000 Mann von Frankreich forderte, und die öffentliche Meinung durch jenes Mittel gegen Oesterreich aufzuregen versuchte, hob er in seinen Anmerkungen zu der, die österreichische Kriegserklärung enthaltenden Note vom 11. Aug. den Bundesvertrag, welchen er mit dem Kaiser Franz am 14. März 1812 abgeschlossen hatte, hauptsächlich hervor. Er führte darin an:

„Oesterreich vergißt, daß es die Unverletztheit des gegenwärtigen französischen Reichs verbürgt, und für verheißene Vergrößerung seines eigenen Gebietes freiwillig Partei gegen Rußland ergriffen hat. Weshalb hat es anstatt

einer Sache sich anzuschließen, welche es heute als ungerecht darstellt, nicht wenigstens die Parteilosigkeit gewählt, wie es dies im J. 1806 und 1807 unter gleichen Umständen that. Seine Behauptung, Partei ergreifen zu müssen, ist daher ungegründet.

Preußen schloß im J. 1812 mit Frankreich ebenfalls ein Bündniß, welches es seitdem verletzt hat; aber seine Festungen, sein Gebiet waren besetzt. Zwischen zwei bewaffneten Großmächten gestellt, war Parteilosigkeit ihm unmöglich. Es stellte sich auf die Seite des Stärkeren. Als hierauf Rußland sein Gebiet besetzte, nahm es Rußlands Gesetz und Bündniß an.

Keiner der Umstände, welche die Entschließung Preußens bestimmten, hat für Oesterreich im J. 1812 bestanden, oder besteht im J. 1813.

Welches Urtheil ist über eine Regierung zu fällen, die heute angreift, was sie gestern vertheidigte, und damit darthut, daß weder Gerechtigkeit, noch Politik die Entschließungen ihres Cabinets bestimmen?"

So fügte es das Schicksal, daß Napoleon selbst nachträglich die, erst von ihm geschmähte Politik Preußens als durch die Umstände gerechtfertigt anerkannte.

Das wiener Cabinet — bemerkte er ferner — behaupte: seine Rüstungen seien nur zur Wiederherstellung des Friedens geschehen, und doch habe es die Cabinete von Petersburg und Berlin, welche sonst genöthigt gewesen wären Frieden zu schließen, durch Verheißung seines Beistandes zur Fortsetzung des Krieges ermuthigt. Einen Frieden, wie ihn die verbündeten Mächte und Oesterreich wollten, könne Frankreich freilich nicht annehmen, und Oesterreichs Geständniß, daß es dem Grundsatze nach mit Frankreichs Feinden bereits einig gewesen sei, als es die Vermittlerrolle übernommen habe, erspare alle weitere Bemerkungen.

Von dem Standpunkte aus, welchen das österreichische Cabinet bei Beurtheilung seiner Beziehungen zu Frankreich und den verbündeten Mächten eingenommen hatte, waren diese Vorwürfe Napoleon's unwiderleglich. Nur durch wahre und umfassende Darstellung des Sachverhalts, durch das Eingeständniß der, durch Frankreichs Uebermacht in der That verlorenen Unabhängigkeit, und unter Bezugnahme auf das unveräußerliche Recht selbige wiederzuerlangen, wäre Oesterreichs Berechtigung zum Kriege gegen Frankreich darzuthun gewesen.

Da seit der französischen Revolution jeder von Oesterreich gegen Frankreich geführte Krieg immer in dem vorigen erzwungenen Frieden wurzelte, so hätte man hervorheben sollen, daß, obschon der Kaiser von Oesterreich als Träger der deutschen Kaiserkrone befugt gewesen wäre, die von der französischen Nationalversammlung beschlossene Einverleibung der vom Elsaße umschlossenen Gebiete deutscher Reichsstände mit Waffengewalt rückgängig zu machen, damals nicht von

ihm, sondern von Frankreich der Krieg erklärt worden sei, aus dem die gegenwärtigen Zustände hervorgegangen wären.

War auch diese Kriegserklärung durch das Bündniß hervorgerufen worden, welches Oesterreich und Preußen zur Vertheidigung der, durch die Einkerkerung der französischen Königsfamilie überhaupt bedrohten monarchischen Regierungsform abgeschlossen hatten, stellte dasselbe auch eine Bekämpfung der damaligen 'Gewalthaber Frankreichs in Aussicht, und konnte dagegen eingewendet werden, daß das französische Volk mit jener Kriegserklärung nur die Einmischung Fremder in seine inneren Angelegenheiten zurückwies, so würde doch gerade Napoleon die Berechtigung Oesterreichs zur Bekriegung jener Blutmenschen, welche die auf Frankreichs Throne sitzende Tochter des österreichischen Kaiserhauses beschimpft und ermordet hatten, und erklärte Feinde des monarchischen Princips waren, schwerlich zu bestreiten vermocht haben, da er selbst ja deren Sturz sich zum Ruhme anrechnete.

Oesterreich konnte sodann geltend machen, daß es nach unglücklich geführtem Kampfe gegen die französische Republik nur deshalb in den Jahren 1805 und 1809 wiederholt zu den Waffen gegriffen habe, um seine bedrohte Unabhängigkeit — die Lebensbedingung eines jeden selbständigen Staates — zu vertheidigen. Allein die Friedensschlüsse, welche jene Kriege beendigten, hätten ihm reiche Provinzen entrissen, und seine Abhängigkeit von Frankreich nur noch drückender gemacht. Auch die Hoffnung, daß der Kaiser der Franzosen, nachdem er sich mit dem österreichischen Kaiserhause verschwägert hatte, dessen politische Stellung verbessern und erträglich machen werde, sei fehlgeschlagen. Durch alle seine Opfer habe Oesterreich nur die Vergünstigung erkauft, als besonderer Staat zwar fortzubestehen, jedoch unter der stillschweigenden, dem Völkerrechte Hohn sprechenden Bedingung, einer selbständigen Politik zu entsagen, seinem Sieger zur Vervollständigung von dessen Oberherrschaft in Europa dienstbar zu sein, und so seine eigenen Fesseln noch fester zu schmieden. Nur um sich selbst nicht feindlicher Behandlung, oder der Schmach der Entwaffnung auszusetzen, habe es, wie die übrigen bereits unterjochten Staaten, sich genöthigt gesehen an dem ihm verhaßten Kriege gegen Rußland theilzunehmen. Dem Kaiser Franz sei unter diesen Umständen nichts anderes übrig geblieben, als der Versuch, für Oesterreichs Theilnahme die günstigst möglichen Bedingungen zu erhalten. Endlich habe den übermüthigen Völkerbedränger die Vergeltung ereilt. Maßlosigkeit und Verblendung in Verfolgung seiner Siege und

frevelhafte Sorglosigkeit in Bezug auf das eigene Heer hätten zu dessen Vernichtung geführt, und die Hoffnung auf Europas Befreiung erweckt. Mit der Macht die Dienstbarkeit anderer Staaten zu erzwingen falle die einzige Begründung derselben hinweg, denn das Recht eines Staates, seine Selbständigkeit geltend zu machen, höre nur mit dessen Dasein auf. Oesterreich habe, bevor es zum Schwerte gegriffen, die Wiederherstellung solcher politischer Verhältnisse gefordert, welche Bürgschaft zu gewähren vermöchten, daß nicht ganz Europa dem französischen Joche verfalle. Da der Kaiser der Franzosen sich weigere für einen auf diesen Grundlagen abzuschließenden Frieden die erforderlichen geringen Opfer zu bringen, obschon Frankreich eines solchen Friedens nicht weniger bedürfe, als die Völker, welche es auf das Gebot seines Kaisers bekriegen müsse, so bleibe nichts übrig, als die Entscheidung der Waffen.

Auf solche Weise hätte das österreichische Cabinet seine Handlungsweise gerechtfertigt, und es Napoleon unmöglich gemacht ihm mit dem Scheine der Berechtigung Treulosigkeit und Habsucht vorzuwerfen. Dem Wesen der Verhältnisse nach war Oesterreich im Rechte, der Form nach Frankreich, und es wäre in der That wunderbar gewesen, wenn die, von Napoleon aufgenöthigten Verträge die französischen Forderungen nicht vollständig verbrieft hätten. Um so unbedingter gebot die Klugheit, den Ursprung und die Natur dieser Verträge in das wahre Licht zu setzen, und selbst demüthigende Geständnisse nicht zu scheuen, welche einerseits doch nur allgemein bekannte Thatsachen betrafen, andererseits aber zu einer wahren und überzeugenden Sachdarstellung unerläßlich waren. Allein eine solche offene und entschiedene Sprache zu führen lag nicht in Metternich's Natur, welcher statt staatsmännischer Weisheit nur diplomatische Schlauheit besaß.

Auf Caulaincourt's Vorstellungen: noch einen Versuch zu gütlicher Verständigung bei den Verbündeten zu machen, war Metternich eingegangen, obschon er an der Vergeblichkeit desselben um so weniger zweifelte, als Napoleon nicht einmal zu vollständiger Erfüllung des österreichischen Ultimatums sich bereit erklärt hatte, die Verbündeten aber froh waren durch die erfolgte Auflösung des Friedenscongresses zu Prag ihrer bedingungsweisen Genehmigung desselben überhoben zu sein. Der von ihnen erstrebte Bruch Oesterreichs mit Frankreich war jetzt vorhanden, und ersteres hatte sich verpflichtet nur einen, seinen nunmehrigen Bundesgenossen genehmen Frieden einzugehen. Allein Metternich wollte sich die Gelegenheit offen halten, neue

Unterhandlungen für den Fall anzuknüpfen, daß die Ereignisse sie wünschenswerth machten, und ihnen Aussicht auf Erfolg verliehen.

Die Schlacht bei Vittoria hatte Spanien aus französischer Gewalt befreit, und Wellington drohte mit seinem siegreichen Heere in Frankreich einzufallen, ein Umstand, welcher wol dazu beitrug das österreichische Cabinet endlich zu entschiedenem Auftreten zu veranlassen. Hierzu kam, daß während vor dem Waffenstillstande Napoleon den Verbündeten an Streitkräften überlegen war, jetzt das Verhältniß sich zu seinem Nachtheile umgekehrt hatte, und zwar befand er sich den Streitkräften der Verbündeten gegenüber in einem weit größeren Mißverhältnisse, als diese bis dahin den seinigen gegenüber sich befunden hatten. Denn das französische Heer in Deutschland und Italien betrug einschließlich der Festungsbesatzungen gegen 500000 Mann, dasjenige der Verbündeten aber über 800000 Mann. [1])

Wie hätten sich die Verbündeten bei einer ihnen so günstigen Lage noch mit Bedingungen begnügt, zu denen Oesterreich, als sie sich in weit ungünstigeren Verhältnissen befanden, ihre Einwilligung nur deshalb erlangt hatte, weil es versprach auf ihre Seite zu treten, wenn sie verworfen würden.

Kaiser Alexander, überall als Befreier vom französischen Joche mit Jubel begrüßt, dachte jetzt bereits an die Möglichkeit, Napoleon zu stürzen und Haupterbe seines Einflusses zu werden.

Seitdem er sich überzeugt hatte, daß es dem Kaiser der Franzosen mit dem Versprechen ihm die Herrschaft über die östliche Hälfte Europas zu überlassen nicht Ernst gewesen sei, seitdem Napoleon es versucht hatte in dem eroberten Moskau ihm Gesetze vorzuschreiben, war Haß und Rachsucht an die Stelle seiner früheren Bewunderung getreten. Doch hütete er sich noch seinen diesfallsigen Plan zu offenbaren, am wenigsten dem Kaiser Franz, welchen seine Verschwägerung mit Napoleon und Eifersucht gegen Rußland zur Annahme eines erträglichen Friedens geneigt machte.

Alexander beschränkte sich hinsichtlich der französischen Vorschläge darauf hervorzuheben, daß es unmöglich sei, Englands Zustimmung zu

---

[1]) Die gegen Napoleon in Deutschland und Italien stehenden Heere der Verbündeten bestanden aus

1) Preußen	277000
2) Russen	249000
3) Oesterreicher	264000
4) Schweden	18000
	808000 Mann.

einem Frieden zu erlangen, welcher die nordwestliche Küste Deutschlands mit den Hansestädten in Napoleon's Händen lasse. Dabei suchte er Oesterreichs Kriegslust zu erregen, indem er ihm Oberitalien als Siegespreis zeigte. Des Königs von Preußen Genehmigung dessen, was er in dieser Beziehung beschließen würde, war ihm so sicher, daß er schon vor dessen Ankunft in Prag zugleich im Namen desselben gegen Metternich erklärte, die verbündeten Souveräne hielten nach diesfallsiger Berathung dafür, daß ein wahrer Friede auch ein allgemeiner sein müsse. Die jetzt von Frankreich vorgeschlagenen Bedingungen seien deshalb unannehmbar, weil sie die Erreichung des großen Zweckes: Europa von französischer Oberherrschaft zu befreien, verhinderten.

Ehe Caulaincourt, welchem diese Antwort schriftlich zugestellt wurde, das Schloß Königssaal verließ, hatte er noch eine Unterredung mit Metternich. Beide tauschten miteinander Ausdrücke des Bedauerns über die Vergeblichkeit ihrer Bemühungen für den Frieden aus, und waren darüber einverstanden, daß man, wie Napoleon es noch in Maret's letzter Note hatte vorschlagen lassen, auch während des Kampfes Friedensunterhandlungen eröffnen könne. Metternich wiederholte diese Erklärung auch in seiner, unter dem 21. Aug. gegebenen Antwort auf jene Note, indem er schrieb:

„Nachdem der Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich ausgebrochen ist, glaubt das österreichische Cabinet nicht nöthig zu haben die leeren Beschuldigungen zu rügen, welche die Note des Herrn von Bassano enthält. Der öffentlichen Meinung sicher, erwartet Oesterreich ruhig das Urtheil Europas und der Nachwelt.

Da der Vorschlag Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen dem Kaiser noch einen Hoffnungsschimmer bietet zu einer allgemeinen Friedensstiftung zu gelangen, so hat Se. kaiserl. Majestät geglaubt ihn ergreifen zu müssen. Sie hat demnach dem Unterzeichneten befohlen, das Verlangen, einen Congreß zu eröffnen, welcher selbst während des Krieges sich mit den Mitteln für einen allgemeinen Frieden beschäftige, zur Kenntniß des russischen und preußischen Cabinets zu bringen. Ihre Majestäten, der Kaiser Alexander und der König von Preußen, von denselben Gesinnungen, wie ihr erlauchter Verbündeter beseelt, haben den Unterzeichneten ermächtigt, Sr. Excellenz dem Herrn Herzoge zu erklären, daß die drei Höfe, da sie über einen Gegenstand von völlig gemeinschaftlichem Interesse sich nicht entscheiden könnten, ohne vorher sich mit den andern Verbündeten darüber vernommen zu haben, den Vorschlag Frankreichs ohne Verzug zu deren Kenntniß bringen werden. Der Unterzeichnete ist beauftragt, dem französischen Cabinete in der kürzest möglichen Frist die Eröffnungen aller verbündeten Höfe als Antwort auf obgedachten Vorschlag zu melden.“

Vierzehnter Abschnitt.

Napoleon's Feldzugsplan ist eine nothwendige Folge des von ihm gefaßten Entschlusses: seine erschütterte Oberherrschaft über das europäische Festland wiederherzustellen, und deshalb die ihm gemachten Friedensvorschläge zu verwerfen. Allgemeiner Kriegsplan der Verbündeten. Ursachen, weshalb ein österreichischer Heerführer, und zwar Fürst Schwarzenberg von den Verbündeten zum Oberfeldherrn ernannt wurde. Vertrag zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich zu Teplitz. Napoleon's Sieg bei Dresden wird durch verschiedene Siege der Verbündeten mehr, als aufgewogen. Vertrag zu Ried zwischen Oesterreich und Baiern; sein wichtiger Einfluß auf Deutschlands spätere Gestaltung. Napoleon's Versuch, durch den Grafen Meerveldt während der Schlacht bei Leipzig einen Waffenstillstand und freien Abzug zu erhalten, mißlingt. Der Sieg der Verbündeten bei Leipzig hat die Gefangenschaft des Königs von Sachsen zur Folge, nachdem ein Versuch des Kaisers von Oesterreich, ihn vor derselben zu bewahren, mißlungen ist.

Von Napoleon's Generalen und Ministern, welche die Lage der Dinge nach eigener Anschauung beurtheilten, wurde freilich dessen Zuversicht in eine ihm günstige Entscheidung der Waffen und seine hieraus entspringende Kriegslust nicht getheilt. Nur der Herzog von Bassano, obschon ihm seine amtliche Stellung mehr, als jedem andern eine vollkommene Kenntniß der politischen Lage gestattete, machte hiervon eine Ausnahme. Doch hatte er freilich seinem kaiserlichen Herrn gegenüber noch nie eine von dessen Meinung verschiedene Ansicht ausgesprochen, weshalb dieser auch keinen Rath von ihm erwartete, und sich nur seiner geschickten Feder bediente. Schon während des Waffenstillstandes hatte der immer wahrscheinlicher werdende Uebertritt Oesterreichs zu den, gegen Frankreich verbündeten Mächten, ferner die muthmaßliche Wirkung dieses Ereignisses auf die Fürsten des Rheinbundes, und die Aussicht, daß die französischen Heere in feindlich gesinnten Ländern bald ganz Europa zu

bekämpfen haben würden, die Unzufriedenheit von Napoleon's Umgebung erregt, welche sich in mannichfachem Tadel des, von demselben gefaßten Kriegsplanes aussprach. Der ganze Lauf der Elbe, von den Grenzen Böhmens bis zu ihrer Mündung, sollte die französische Vertheidigungslinie bilden. Alle an ihr liegenden Festungen waren in Napoleon's Gewalt. Dresden, das französische Hauptquartier, wurde stark befestigt, und die dortige Brücke, sowie zwei Schiffbrücken, welche von der Bergfestung Königstein und dem ihr gegenüberliegenden, ebenfalls mit Batterien versehenen Liliensteine geschützt waren, ermöglichten es dem Kaiser der Franzosen seine Streitkräfte auf beiden Ufern der Elbe schnell zu entfalten. Eine äußere Vertheidigungslinie lief von Stolpen bis Gießhübel. Unermüdlich hatte Napoleon persönlich die ganze weitere Umgegend Dresdens erforscht, war er bemüht gewesen, durch Herstellung guter Straßen und Befestigungswerke sich in den Stand zu setzen, alle Vortheile des schon von Natur für die Vertheidigung sehr geeigneten Bodens zu benutzen. Der größte Feldherr seines Jahrhunderts, ja vielleicht aller Zeiten, hatte also alle Mittel der Kriegskunst erschöpft, um den feindlichen Angriff zu erschweren und die eigene Vertheidigung zu erleichtern. Allein die, in der falschen Auffassung der politischen Lage Europas liegende Mißlichkeit der Kriegsführung überhaupt konnte hierdurch nicht gehoben werden. Von Ehrgeiz verblendet hoffte er, daß ein entscheidender Sieg über die Verbündeten hinreichen würde, sein früheres Uebergewicht wiederherzustellen und die Folgen des Feldzugs von 1812 zu beseitigen. Deshalb konnte er sich zu Räumung der Festungen an der Weichsel und Oder nicht entschließen, deren Besatzungen sein Heer um 80000 wohlversuchter Krieger vermehrt und den Verbündeten einen harten Stand bereitet haben würden. Die aus seinem unersättlichen Ehrgeize entspringende Maßlosigkeit seiner kriegerischen Entwürfe fand bei seinen Marschällen und Generalen keinen Anklang. Bestrebt dem Kriege den Charakter eines reinen Vertheidigungskampfes zu verleihen, setzten sie den Werth der von Napoleon als Kriegsschauplatz gewählten Elblinie herab, und empfahlen die schwächere Linie der Saale.

Die Oesterreicher — sagten sie — aus Böhmen hervorbrechend, würden im Stande sein die französische Stellung zu umgehen und das Heer von Frankreich abzuschneiden. Deshalb sei es besser alle auf dem rechten Elbufer vertheilten Streitkräfte zu sammeln, und mit ganzer Heeresmacht auf die Saale, und von da nöthigenfalls auf den Rhein zurückzugehen. Marschall Oudinot, offener, als die

übrigen, ging sogar so weit, in einem an Napoleon gerichteten Schreiben ihm zu rathen, alle Besatzungen aus den Festungen jenseits der Elbe mit dem Heere zu vereinigen, und dasselbe sofort an den Rhein zurückzuführen. Dann würden die Verbündeten nie vermögen denselben zu überschreiten, sondern genöthigt sein einen für Frankreich ehrenvollen Frieden zu schließen. Allein Napoleon wollte nicht einen für Frankreich vortheilhaften Frieden als Europas mächtigster Fürst schließen, sondern dieser Friede sollte seine Oberherrschaft über das ganze europäische Festland von neuem besiegeln!

Die Leichtigkeit, mit welcher er aus kriegswissenschaftlichen Gründen bewies, wie unvergleichlich besser es sei, die Elbe statt der Saale zu vertheidigen, versöhnte ihn damit, daß man anderer Meinung, als er, zu sein wagte. Im befriedigenden Bewußtsein seines überlegenen Feldherrnblicks widerlegte er die ihm gemachten Vorschläge und rief:

„Guter Gott! Mit allen diesen Opfern, welche ihr vorschlagt, würde ich Frieden schließen können, und ich sollte sie bringen nur um vortheilhafter Krieg zu führen? Worin besteht denn eure Klugheit? Zehn verlorene Schlachten könnten mich kaum in die Lage bringen, welche ihr mir sogleich anzunehmen rathet. Ohne Zweifel soll man nicht leichtsinnig seine Operationslinie gefährden, es ist dies das Gebot des gesunden Menschenverstandes und das ABC des Handwerks! . . . Aber wenn große Interessen auf dem Spiele stehen, gibt es Augenblicke, wo man dem Siege Opfer bringen und sich nicht scheuen muß seine Schiffe zu verbrennen. Wenn die Kriegskunst in nichts anderem bestände, als nichts zu gefährden, so würde der Ruhm die Beute mittelmäßiger Geister sein. Wir bedürfen eines vollständigen Triumphes! . . . Nicht das Aufgeben dieser, oder jener Provinz ist die Frage, es handelt sich um unsere politische Ueberlegenheit; diese will man zu Boden werfen, und doch hängt unser Dasein von ihr ab. Ihr fürchtet, daß ich im Herzen Deutschlands zu sehr in der Luft stehe. War ich nicht auf den Schlachtfeldern von Marengo, Austerlitz und Wagram in einer noch gewagteren Stellung? Seit Arcole bis heute sind alle Schritte, die ich gethan, nur kühne Streiche dieser Art gewesen, und ich bin hierin den berühmtesten Beispielen gefolgt.

„Wenn der Feind es unternehmen sollte von Böhmen aus mich zu überflügeln, so würde dies gerade in der Hoffnung geschehen, mich zu den, von euch angerathenen, rückgängigen Bewegungen zu veranlassen. Das allein würde hinreichen, um mir einen entgegengesetzten Entschluß

einzuflößen. Gestützt auf alle festen Plätze der Elbe und auf Erfurt, stehe ich nicht in der Luft. Dresden ist der Angelpunkt, auf welchen ich meine Bewegungen stütze, um allen Angriffen die Stirne zu bieten. Von Berlin bis Prag entwickelt sich der Feind auf einer Kreislinie, deren Mittelpunkt ich inne habe. Die geringste Bewegung verlängert sich für ihn auf den weiten Linien, welchen er folgen muß; für mich reichen einige Märsche hin, um mich überall hinzuführen, wo meine Gegenwart und meine Rückhaltstruppen nothwendig sind. Aber freilich müssen auf den Punkten, wo ich nicht anwesend bin, meine Stellvertreter mich zu erwarten wissen, sie dürfen nichts auf den Zufall ankommen lassen. Können die Verbündeten bei so weit reichenden Bewegungen lange eine Einheit bewahren? Muß ich nicht vernünftigerweise hoffen, sie früher, oder später bei einer falschen Bewegung zu überraschen?

„Der Feind wird zwischen die Elbe und den Rhein Parteigänger werfen. Ich erwarte es, und habe Vorkehrungen getroffen. Unabhängig von den starken Besatzungen in Mainz, Wesel, Erfurt und Würzburg sammelt Augereau ein Beobachtungsheer am Main. Werden aber die Verbündeten wagen zwischen meine befestigten Linien der Elbe und des Rheins weit hinein zu gehen? Wenn sie diese Kühnheit haben, dringe ich in Böhmen ein, und packe sie im Rücken. Kosacken können dann unseren Rheinbezirken einigen Schaden zufügen, das ist möglich, aber falls der Krieg mit aller seiner Zügellosigkeit bei Mainz anlangte, würde er weit ernstere Unglücksfälle mit sich bringen. Den Sachsen muß man ihr unvernünftiges Absprechen über Pläne verzeihen, welche den Krieg auf sächsischem Gebiete verlängern können. Was aber diejenigen der Unsern, welche sich zu deren Echo machen, auch hierüber sagen mögen, — die Ebenen Sachsens sind es, in denen sich das Schicksal Deutschlands entscheiden muß. Ich wiederhole euch, die Stellung, welche ich nehmen will, bietet mir solche Vortheile, daß der Feind als Sieger in zehn Schlachten mich kaum an den Rhein zurückdrängen könnte, während eine einzige gewonnene Schlacht uns wieder vor die Hauptstädte der Feinde führen, unsere Besatzungen an der Oder und Weichsel befreien, und die Verbündeten zum Frieden zwingen würde.

„Uebrigens habe ich alles berechnet. Das Glück wird das Fehlende ergänzen. Wie gut auch meine Gründe sein mögen, ich weiß sehr wohl, daß man mich nach dem Erfolge beurtheilen wird. Man muß sich dem unterwerfen, weil dies das harte Gesetz der Geschichte ist. Wohlan, meine Herren vom Genie, geht ans Werk,

schaufelt Erde, fällt Bäume, schafft Gräben und Sturmpfähle, und laßt euere Kunst die Thätigkeit unserer Märsche unterstützen, indem sie unter unseren Schritten die Mittel des Widerstandes und Angriffes vermehrt.“ [1])

So leichtes Spiel Napoleon bei Widerlegung der ihm gegen seinen Kriegsplan gemachten kriegswissenschaftlichen Einwürfe hatte, so sehr kam er in Verlegenheit, wenn von einem höheren Standpunkte aus in seiner Gegenwart die Möglichkeit erörtert wurde, einen ehrenvollen Frieden abzuschließen, für welchen man sich zuweilen sogar ihm gegenüber mit größter Freimüthigkeit aussprach. Da galt es das wahre Sachverhältniß zu verbergen, denn wie hätte er, ohne einen allgemeinen Schrei des Unwillens zu erregen, bekennen mögen, daß die Aufrechthaltung seiner Schutzherrlichkeit über die Fürsten des Rheinbundes und die verweigerte Abtretung der 32. Militärdivision mit den Hansestädten die Gründe seien, weshalb er sich anschicke das verbündete Europa zu bekriegen, weshalb Frankreichs Jugend, kaum fähig die Waffen zu tragen, dem heimischen Herde entrissen wurde, um auf fernen Schlachtfeldern zu verbluten.

Ohne bestimmte Angaben zu machen sprach er dann davon, daß man für den Frieden Opfer von ihm verlange, welche entehrend für ihn und Frankreich seien. Diesem wolle man Provinzen entreißen, ihn persönlich herabwürdigen. Er kenne seine Feinde nur zu gut, selbst wenn er sich dazu verstände diese Opfer zu bringen, so würde dies nur dazu dienen, sie zu neuen, noch stärkeren Forderungen zu ermuthigen. So wage Oesterreich, gab er zu verstehen, bereits Italien von ihm zurückzufordern. Man sieht: er nahm keinen Anstand zu Erdichtungen seine Zuflucht zu nehmen, da es ihm an triftigen Gründen fehlte, den Wunsch der Franzosen nach Frieden zurückzuweisen.

Bei einer dieser Besprechungen, welcher außer dem Könige von Sachsen, Daru, Caulaincourt und Maret beiwohnten, stellte Fouché, Herzog von Otranto, in ungewöhnlich heftiger Weise dem Kaiser die Nothwendigkeit des Friedens vor. Die fortwährenden ungeheueren Opfer, welche Frankreich für den Krieg bringen müsse, würden ihn dort bald so verhaßt machen, daß nicht blos für ihn, sondern sogar für seinen Sohn daraus Gefahren entstehen dürften, denn überall fingen im Innern des Reichs die Gegner seiner Regierung an sich zu regen. Frankreich habe seine letzten Kräfte aufgeboten, um nach

---

[1]) Fain, II. 26—31.

dem unglücklichen Feldzuge nach Rußland die Ehre der französischen Waffen wiederherzustellen. Durch die Siege von Lützen und Bautzen sei dies geschehen, und seine Lage von der Art geworden, daß alle kriegführenden Mächte — England nicht ausgeschlossen — im Frieden den Rhein und die Alpen als Frankreichs Grenzen anzuerkennen bereit sein würden. Wenn er bei der augenscheinlichen Möglichkeit solche, ja vielleicht noch bessere Bedingungen zu erlangen, dennoch darauf beharre einen Krieg fortzusetzen, in welchem ihm bald ganz Europa entgegenstehen werde, so würde Frankreich dadurch die Ueberzeugung gewinnen, daß seine Wünsche, sein Wohl bei ihm keine Berücksichtigung finden, wenn er deshalb für seine Person Opfer bringen solle. Eine solche Politik verabscheue Frankreich aber nicht weniger, als das übrige Europa, denn die aus ihm entspringenden Leiden träfen beide Theile in gleichem Maße.

Diese Mahnung blieb indeß nicht weniger erfolglos, als die Vorstellungen, welche andere, vor allen Coulaincourt, in milderen Formen an ihn richteten. Nur seinen Zorn erregten sie in höherem Grade, und in leidenschaftlichen Ausdrücken sprach er allen, welche den ihm allein bekannten Gang der Verhandlungen über den Frieden nicht kannten, die Fähigkeit ab hierüber ein Urtheil zu fällen. Um das Nothwendige zu erhalten, müsse man selbst Entbehrliches vertheidigen. Unerschütterlich müsse er sich zeigen, weil Nachgiebigkeit als Schwäche ausgelegt werden würde. Jetzt gelte es ein, oder zwei Mal noch über die Feinde zu siegen, um die während eines zwanzigjährigen Zeitraumes mit so vielem Blute erkaufte Größe Frankreichs zu befestigen. Dann sei ein ehrenvoller und dauerhafter Friede gesichert!

Die ungünstigen Berichte, welche der Polizeiminister Savary, Herzog von Rovigo, über die Stimmung Frankreichs, über republikanische sowol, als royalistische Umtriebe abstattete, und womit wiederholt der Wunsch verbunden war: der Kaiser möge den inneren und äußeren Gefahren durch Abschließung eines, ja in seiner Hand liegenden ehrenvollen Friedens begegnen, hatten nur zur Folge, daß er ihm durch den Reichskanzler Cambacérès die ungnädige Weisung zugehen ließ: ihn mit seinen Empfehlungen des Friedens nicht mehr zu behelligen. Er, der Kaiser, wisse allein, wann es Zeit sei, Frieden zu schließen. Wenn seine Diener so viel Neigung für den Frieden kund thäten, schadeten sie ihm nur, denn hierdurch würde der Wahn verbreitet: Frankreich vermöge nicht den Krieg fortzusetzen, was dessen Feinde nur ermuthige ihre Forderungen zu steigern.

Während Napoleon so den Gedanken: mit geringen Opfern den Frieden zu erkaufen, unwillig zurückwies, und alles aufbot, durch Vermehrung seiner Streitkräfte und Befestigung seiner Stellung sich den Sieg über seine Gegner zu sichern, waren diese mit gleichem Eifer bemüht dafür zu sorgen, daß die Entscheidung der Waffen, zu welcher es allem Anscheine nach kommen mußte, günstig für sie ausfalle. Von Reichenbach aus hatten der Kaiser von Rußland und der König von Preußen, begleitet von den vornehmsten ihrer Heerführer und den Bevollmächtigten Oesterreichs und Englands, sich nach dem Städtchen Trachenberg begeben, um dort den Plan für den bevorstehenden Feldzug zu entwerfen. Die Gegenwart des Bevollmächtigten Oesterreichs, welches dem Bunde gegen Frankreich noch nicht förmlich beigetreten war, zeugte für die Unwiderruflichkeit seines Versprechens: Napoleon nach Ablauf des Waffenstillstandes zu bekämpfen, wenn er die mit den Verbündeten vereinbarten Friedensgrundlagen zurückgewiesen haben würde. Oesterreichs Wohlfahrt forderte dies so gebieterisch, daß niemand an der Erfüllung dieses Versprechens zweifelte, und dasselbe, wie es scheint, nicht förmlich verbrieft wurde. Auch der Kronprinz von Schweden traf in Trachenberg ein, und wurde mit größeren Ehren empfangen, als sein Feldherrntalent und sein geringer Eifer für die gemeinschaftliche Sache verdienten. Ihn begleitete der General Moreau, jener berühmte Heerführer der Republik, welchen des Kaisers Alexander Einladung: ihn mit seinem Rathe zu unterstützen, aus seinem amerikanischen Verbannungsorte über den atlantischen Ocean hierher geführt hatte.

Das Ergebniß der gepflogenen Berathungen wurde am 12. Juli in folgendem Protokolle niedergelegt:

„Man ist übereingekommen als allgemeinen Grundsatz aufzustellen, daß alle Streitkräfte der Verbündeten sich stets dahin wenden, wo die Hauptmacht des Feindes sich befindet, woraus folgt:

daß die Truppenkörper, welche auf den Flanken und im Rücken des Feindes wirken sollen, stets die Linie zu wählen haben, welche auf dem kürzesten Wege auf die Operationslinie des Feindes führt;

daß die Hauptmacht der Verbündeten eine Stellung zu wählen hat, welche sie in den Stand setzt, überall, wohin der Feind sich auch wende, ihm die Stirne zu bieten. Böhmens hervorspringendes Bollwerk scheint diesen Vortheil zu gewähren."

Hierauf wurde bestimmt, daß die Feldtruppen der Verbündeten drei Heere bilden sollten: das Hauptheer in Böhmen, das schlesische Heer und das unter dem Befehle des Kronprinzen von Schweden nördlich vom französischen Hauptquartiere stehende Heer. Das

Hauptheer, dessen Stamm die Oesterreicher bilden würden, sollte einige Tage vor Ablauf des Waffenstillstandes durch 100000 Mann russischer und preußischer Truppen von Schlesien aus verstärkt werden. Wäre dieser Umstand dem Kaiser der Franzosen bekannt gewesen, so würde er sich die Mühe erspart haben mit Oesterreich jene geheime Unterhandlung anzuknüpfen, welche blos darauf berechnet war, dessen Auftreten auf dem Kampfplatze durch seine in Anspruch genommene Eigenschaft eines Vermittlers zu verzögern, damit er selbst indessen mit aller Macht auf das preußisch-russische Heer sich werfen könne. Aus den ferneren Bestimmungen des Kriegsplanes ging hervor, daß man, die feste Stellung Napoleon's und seine überwiegende Feldherrngröße richtig würdigend, dessen Angriff abwarten, und ihn durch Hin- und Hermarschiren aufreiben wollte. Man wußte aus Erfahrung, daß Napoleon vermöge der genialen Ordnung seiner Streitkräfte auf dem Punkte des Entscheidungskampfes den Gegnern stets an Zahl der Truppen überlegen war, obgleich diese im allgemeinen über größere Streitmassen zu verfügen hatten. Wendete er sich zum Angriffe auf das schlesische Heer, oder auch auf das Nordheer, so sollte das böhmische Heer mit demjenigen von jenen beiden, auf welches der Angriff nicht gerichtet war, ihn im Rücken und in der Flanke bedrohen, und ebenso jene, wenn er auf letzteres losging. Das bedrohte Heer dagegen sollte sich zurückziehen und nur dann die angebotene Schlacht annehmen, wenn unter den obwaltenden Umständen der Sieg unzweifelhaft erschiene.

Das schlesische Heer wurde bei Eröffnung der Feindseligkeiten unter Blücher's Befehl gestellt. Zum Oberbefehlshaber des Hauptheeres und obersten Lenker der Kriegsunternehmungen ward Fürst Schwarzenberg erkoren. In seinem Hauptquartiere befanden sich auch die verbündeten Monarchen. Diese Ernennung erregte gerechtes Erstaunen, denn Schwarzenberg hatte im J. 1812 zum ersten Male einen Oberbefehl — den über den rechten Flügel des französischen Heeres — geführt, und war mehr als Diplomat, als durch seine Erfolge auf dem Schlachtfelde bekannt. Dagegen hatte unter den Brüdern des Kaisers Franz der Erzherzog Karl durch zahlreiche Siege glänzenden Feldherrnruhm, sowie die Liebe und das Vertrauen des Heeres sich erworben. Kein österreichischer General konnte auch nur einigermaßen einen Vergleich mit ihm aushalten, selbst Napoleon hatte dies anerkannt. Noch in seiner Verbannung auf St.-Helena sagte er mehrmals zu O'Meara und Montholon: „Der Erzherzog Karl bleibt doch der größte Feldherr, den die

Oesterreicher gehabt, trotz der großen Fehler, die er gegen mich begangen hat. Schwarzenberg ist nicht im Stande 8000 Mann zu commandiren!"

Auch der Erzherzog Johann war schon als glücklicher Feldherr aufgetreten. Aber Kaiser Franz verschmähte die Dienste seiner kriegserfahrenen Brüder für den bevorstehenden Kampf, obschon derselbe das Schicksal seines Reichs endgültig entscheiden sollte. Die Ursache davon war das unvertilgbare Mistrauen, welches man ihm gegen die Brüder einzuflößen wußte. Als vom Erzherzoge Karl im J. 1809 nach den ersten Erfolgen der französischen Waffen Unterhandlungen mit Napoleon angeknüpft worden waren, ohne daß er hierzu vom Kaiser Franz beauftragt gewesen, hatte man diesen glauben gemacht: sein Bruder habe dabei beabsichtigt, gegen sein Versprechen dem Rheinbunde beizutreten, von Napoleon die böhmische Königskrone zu erlangen. Diese ebenso unglaubliche, als unerwiesene Beschuldigung hatte nichtsdestoweniger zur Folge gehabt, daß Erzherzog Karl seitdem von allen Staatsgeschäften ausgeschlossen wurde. Die hierdurch zwischen dem Kaiser und dem Erzherzoge entstandene Spannung war dann durch neue Zuträgereien aufs äußerste gebracht worden. Letzterer sollte unter anderem gesagt haben: wenn der Kaiser deshalb, weil er Napoleon's Schwiegervater sei, sich dazu bestimmen lasse mehr dem Familieninteresse, als dem wahren Vortheile des Staates gemäß zu handeln, so möge er die Krone einem Gliede der kaiserlichen Familie abtreten, bei welchem solche Rücksichten nicht obwalteten.

Der Kaiser Franz traute seinem Bruder um so mehr zu, sich in dieser Weise ausgesprochen zu haben, als er von ihm wußte, wie eifrig er für den Krieg gegen Frankreich sei, und daß er gern jede Gelegenheit ergreife, die Politik des kaiserlichen Cabinets, in welchem er keine Stimme hatte, zu tadeln. Er beneidete dessen Beliebtheit beim Heere, und fürchtete dieselbe um so mehr, als er selbst sich einer solchen nicht rühmen konnte.

Was den Erzherzog Johann betraf, so hatte dieser mit Vorwissen seines kaiserlichen Bruders schon seit dem November 1812, hauptsächlich durch seine Vertrauten von Hormayr und Schneider, Pläne entworfen, um die ehemaligen österreichischen Provinzen Tirol, Vorarlberg, Kärnthen, Krain, Dalmatien und Kroatien zum Aufstande vorzubereiten. Der Ausbruch desselben sollte die französischen Streitkräfte in Deutschland von denen in Italien trennen, und Oesterreich auch wider

den Willen der zu Napoleon sich hinneigenden Friedenspartei in den Kampf gegen Frankreich verwickeln, den Rußland bereits glücklich begonnen hatte, und von dem man sich die Befreiung Europas vom französischen Joche versprach. Geld und Waffen waren bereit und Rußland, sowie England durch die Generale Walmoden und Nugent von dem beabsichtigten Unternehmen in Kenntniß gesetzt, als es der, von Metternich geführten Partei gelang, in dem Kreishauptmanne Roschmann, welchen Hormayr als Agenten benutzte, einen falschen Ankläger zu dingen. Durch dessen Aussagen wurde in Kaiser Franz der Verdacht erregt: der Hauptzweck des von seinem Bruder Johann vorbereiteten Aufstandes sei für sich selbst aus Tirol, Vorarlberg, Salzburg und dem villacher Kreise ein Königreich Rhätien zu bilden. Durch ähnliche Beschuldigungen hatte man auch den Erzherzog Joseph, Palatin von Ungarn, bei dem Kaiser verdächtigt.

General Montholon, in seiner Beschreibung der Gefangenschaft Napoleon's auf St.-Helena, theilt eine ihm dictirte Aeußerung Napoleon's mit, worin derselbe bedauert, Oesterreich nach der Schlacht bei Wagram im J. 1809 nicht zerstückelt zu haben.

„Ich konnte dies um so leichter", lauten die Worte, „da einer der Erzherzöge, Bruder des Kaisers, von mir begehrte, ich möge die Kronen Ungarns und Böhmens von der Oesterreichs trennen, indem er zu mir sagte: «Setzen Sie mich auf den Thron, ich will Ihnen alle Bürgschaften geben, die Sie verlangen, und dann haben Sie von der österreichischen Macht, deren Politik die Schwächung Frankreichs bezweckt, nichts mehr zu besorgen. Metternich ist Ihr persönlicher Feind, mein Bruder läßt sich blind von ihm leiten, und was man immer sagen mag, er wird so lange mein Neffe regiert Herr bleiben.»

„Ich glaubte aber den Betheuerungen des Kaisers Franz, und ließ die drei Kronen auf seinem Haupte, und ich that unrecht."

Vergleicht man diese Angaben mit dem von Bignon (VIII, 363) geschilderten Benehmen Napoleon's während der Verhandlungen, welche dem Frieden von Schönbrunn vorhergingen, so erhellt, daß unter jenem Bruder des Kaisers der Großherzog von Würzburg zu verstehen war, welchen Napoleon bei letzterer Gelegenheit ausdrücklich nannte. Die ganze Erzählung ist aber, abgesehen von der übel berüchtigten Wahrheitsliebe Napoleon's und seinem Interesse: den Kaiser Franz als ihm zur größten Dankbarkeit verpflichtet darzustellen, auch wegen des Umstandes verdächtig, daß darin von

Metternich bereits im J. 1809 behauptet wird: Kaiser Franz lasse sich blind von ihm leiten. Es ist bekannt genug, daß dies nie der Fall gewesen. Da überdies Metternich zu der angegebenen Zeit Gesandter in Paris war, von da zwar während der Schlacht bei Wagram zurückkehrte, aber erst nach dem Frieden von Schönbrunn zum Minister des Auswärtigen ernannt wurde und in die Umgebung des Kaisers Franz kam, so stellt sich das Ganze um so mehr als eine ungeschickte Erfindung heraus, als die Geschichte der diplomatischen Unterhandlungen vielmehr zahlreiche Belege darbietet, daß Metternich fortwährend eifrig bemüht gewesen ist, durch annehmliche Friedensvorschläge dahin zu wirken, daß Napoleon sich auf dem französischen Throne behaupte.

Napoleon's Aeußerung während jener Friedensverhandlungen, daß einer der Brüder des Kaisers Franz nach dessen Kronen strebe, war offenbar darauf berechnet, den letzteren hierdurch zu erschrecken und ihn geneigt zu machen, ohne weiteres den harten Friedensbedingungen sich zu fügen. Die Gegner der Erzherzöge benutzten nun derartige Verdächtigungen, um dem Kaiser Franz seine Brüder zu entfremden. Namentlich kam dies dem Grafen Metternich, dem Haupte der Friedenspartei, gegen die Erzherzöge, welche an der Spitze der Kriegspartei standen, wohl zu statten. Er erinnerte den Kaiser Franz an die Mishelligkeiten unter den kaiserlichen Prinzen im J. 1809, welche aus der Verschiedenheit ihrer Ansichten über die Art der Kriegführung entsprungen seien. Diesem Umstande schrieb er den unglücklichen Ausgang des Feldzugs zu, und behauptete: es könne nur durch die Ausschließung aller Erzherzöge von Befehlshaberstellen im Heere diejenige Einheit in dessen Leitung erzielt werden, welche zum Gelingen der Kriegsunternehmungen unerläßlich sei. Einer solchen Ausschließung sei es aber um so angemessener, daß der Erzherzog Karl nicht den Oberbefehl führe.

Die Art, wie in Rußland, und in noch höherem Grade in Preußen das Volk zum Kampfe für die Befreiung des Vaterlandes aufgerufen worden war, fand weder die Billigung des Kaisers Franz, noch die seines Ministers. Die aufgeregte Volkskraft, meinten sie, sei zwar die schärfste Waffe gegen den Feind, aber zugleich eine so gefährliche, daß sie leicht den eigenen Träger verwunden könne. Nicht begeisterte Freiheitskämpfer, sondern blind gehorchende Soldaten sollten die Ziffern der österreichischen Heerhaufen zu jener Gesammtzahl bringen, welche diplomatische Rechenkunst als genügend für einen glücklichen Erfolg ansah. Auch die Erzherzöge hatten wie im J. 1809 das

19*

österreichische Volk durch begeisternde Reden zum Befreiungskampfe gegen Frankreich aufrufen wollen. Weder solcher Reden, noch der Redner selbst wollte man sich jedoch bedienen, sondern regelmäßige Truppenaushebungen füllten die Reihen des österreichischen Heeres, welches sich dann allerdings bei weitem nicht mit jener heldenmüthigen Hingebung und Todesverachtung schlug, wodurch es in den Schlachten bei Aspern und Wagram geglänzt hatte.

Seit dem Beitritte Oesterreichs zum Bunde gegen Napoleon führten auch die Verbündeten eine andere Sprache in ihren Erklärungen. Diese athmeten nicht mehr den Geist der Freiheit und Volksthümlichkeit. Von der verheißenen Wiederherstellung des deutschen Reichs war nicht mehr die Rede. Das Höchste, was in Bezug auf Deutschland die Cabinetspolitik Metternich's damals im Auge hatte, war die Auflösung des Rheinbundes. Doch sollten die Napoleonischen Schöpfungen: das Königreich Westfalen und die Großherzogthümer Berg und Frankfurt fortbestehen. Die von Napoleon den deutschen Fürsten zur Verewigung der Zerrissenheit Deutschlands verliehene Souveränetät bezeichnete er als eine Errungenschaft, welche nicht angetastet werden dürfe, wenn man nicht wolle, daß jene stets in Frankreich den natürlichen Beschützer ihrer Kronen erblickten und sich mit demselben gegen die beiden deutschen Großmächte verbänden. An die Stelle der ehemaligen, Deutschlands Stämme vereinigenden Verfassung sollten völkerrechtliche Bündnisse treten, kurz eine politische Ordnung der Dinge wurde beabsichtigt, welche der nächste Feldzug Napoleon's wieder umgestürzt hätte, wäre dieser besonnen genug gewesen den ihm angebotenen Frieden auf so lange, als er zu seinen neuen Rüstungen Zeit gebrauchte zu schließen. Zum Glück für Deutschlands Unabhängigkeit scheiterte Metternich's Plan an Napoleon's Starrsinn, und die einmal erregte Begeisterung des deutschen Volkes reichte trotz der immer mehr sich geltend machenden österreichischen Cabinetspolitik aus, um den Thron des Imperators, welchen diese schonen wollte, zu zertrümmern.

Den Fürsten Schwarzenberg, der bis dahin große persönliche Tapferkeit und diplomatische Verwendbarkeit, aber keine Feldherrntalente gezeigt hatte, hielt Metternich für den passendsten Mann an die Spitze der verbündeten Heere gestellt zu werden. Ihm traute er genug Fügsamkeit gegen die Befehle des kaiserlichen Cabinets zu, gelte es das Schwert zu ziehen, oder in der Scheide zu lassen, um ihn zum Ritter und Vollstrecker seiner staatsmännischen Pläne zu wählen. Der verspätete Einfall der Verbündeten in Frankreich, sowie die

befremdlichen Leistungen des unter Schwarzenberg's Oberbefehl stehenden Hauptheeres daselbst haben denn auch den Beweis geliefert, daß Metternich für seine Zwecke keine geeignetere Wahl treffen konnte. Der Erzherzog Karl, welcher bei einer derartigen Heeresführung seinen Feldherrnruhm eingebüßt hätte, würde sich nie zu der, vom Fürsten Schwarzenberg gespielten Rolle hergegeben haben. Letzterer jedoch hatte in dieser Beziehung nichts zu verlieren.

Andererseits war es ein glücklicher Umstand, daß die Verbündeten Oesterreichs Beistand zur Fortführung des Krieges gegen Napoleon nicht entbehren konnten. Dies ermöglichte dem Grafen Metternich die Durchführung seiner Forderung, daß der österreichische Oberfeldherr auch an die Spitze der verbündeten Heere gestellt würde, und bewog den Kaiser Alexander, welcher ungeachtet der ihm mangelnden Feldherrntalente gern mit Hülfe eines fügsamen Kriegskundigen die Rolle des Agamemnon gespielt hätte, den zwingenden Verhältnissen diesen Wunsch zum Opfer zu bringen. Da er selbst den Feldherrnstab nicht führen sollte, zog auch er Schwarzenberg, von dem er ein folgsameres Eingehen auf seine eigenen Ansichten von der Heerführung erwarten durfte, dem Erzherzoge Karl vor, zumal da er es letzterem noch nicht verziehen hatte, daß durch ihn im J. 1807 Oesterreichs Anschluß an Rußland und Preußen verhindert worden war.

Durch geschickte Benutzung der Verhältnisse wußte Metternich zudem die Uebertragung des Oberbefehls über die verbündeten Heere an einen österreichischen Feldherrn für die verbündeten Herrscher weniger empfindlich zu machen. Nachdem nämlich die gleiche Berechtigung aller Verbündeten in Bezug auf den Heeresbefehl grundsätzlich anerkannt war, wurde die Regel aufgestellt, daß diejenige Macht unter ihnen, welche die vertragsmäßige Hülfe beanspruche, den Oberbefehl auch über die ihr Beistand leistenden Truppen der Bundesgenossen führen solle. Dem entworfenen Kriegsplane zufolge sollte nun das verbündete Hauptheer in Böhmen den Feldzug eröffnen. Damit war aber dem österreichischen Oberfeldherrn von selbst die Oberleitung der Kriegsunternehmungen gesichert.

Der Vertrag, welcher am 9. Sept. zu Teplitz auf Grund der deshalb getroffenen Verabredungen abgeschlossen, und von Metternich für Oesterreich, von Nesselrode für Rußland, von Hardenberg für Preußen unterzeichnet wurde, war folgenden Inhalts:

Es sollte ein aufrichtiges und dauerhaftes Freundschaftsbündniß

zwischen den vertragschließenden Mächten stattfinden, welche sich ihre Staaten gegenseitig gewährleisteten. (Art. I und II.)

Gemeinsame Maßregeln zu Stiftung und Aufrechthaltung des Friedens in Europa, sowie für den Fall, daß die eine Macht angegriffen würde, wirksamste Hülfsleistungen der beiden anderen Mächte waren verheißen. (Art. III.)

Das von jeder Macht zu stellende Hülfsheer sollte 60000 Mann betragen, aus 50000 Mann Fußvolk, 10000 Mann Reiterei und Feldartillerie bestehen, auch spätestens zwei Monate nach deshalb geschehener Aufforderung an der Grenze der angegriffenen Macht eintreffen. (Art. IV.)

Das Hülfsheer und dessen Befehlshaber würden unter dem unmittelbaren Befehle des Oberbefehlshabers der Hülfe beantragenden Macht stehen, letztere habe auch für den Unterhalt der Truppen zu sorgen. (Art. VI.)

Die Truppen dieser Heere dürften nicht wieder voneinander getrennt werden. (Art. VII.)

Erwiesen sich die Hülfsleistungen ungenügend, so werde man sich über deren Vermehrung einigen. (Art. VIII.)

Keiner der vertragschließenden Theile werde für sich besonders einen Frieden oder Waffenstillstand abschließen (Art. IX); ihre Gesandten an fremden Höfen sollten in vollkommenem Einverständnisse handeln. (Art. X.)

Die vertragschließenden Mächte behielten sich dabei die Befugniß vor, künftig andere Verträge mit solchen Mächten abzuschließen, welche, weit entfernt durch ihr Bündniß dem gegenwärtigen Bundesvertrage Abbruch zu thun, denselben vielmehr kräftigen würden. Sie versprachen jedoch, keine diesem Bundesvertrage entgegenstehende Verpflichtung zu übernehmen, und wegen der Einladung gleichgesinnter Höfe zur Mitwirkung sich gemeinsam zu verständigen. (Art. XI.)

Der Zeitpunkt der zu erfolgenden Genehmigung war im Art. XII festgesetzt.[1])

Es wurden drei Vertragsurkunden völlig gleichen Inhalts abgefaßt', eine zwischen Rußland und Oesterreich, eine zweite zwischen Oesterreich und Preußen, eine dritte zwischen Preußen und Rußland. Den vorstehenden veröffentlichten Artikeln waren **geheime und besondere Artikel** beigefügt, deren Wortlaut nicht bekannt geworden ist.

---

[1]) De Martens, I, 596; III, 293.

Die Note vom 30. Oct. 1814, welche Lord Castlereagh an das Herzogthum Warschau zur Bekämpfung von dessen übermäßigen Ansprüchen richtete, spricht es ausdrücklich aus, daß der Vertrag von Teplitz eine Bestätigung der zu Reichenbach getroffenen Uebereinkunft gewesen sei. Die Bestimmungen der letzteren wurden jedoch für den Fall, daß es zum Kriege käme, in besonderen Artikeln dahin ergänzt, daß Oesterreich und Preußen, wo möglich, dasselbe Machtverhältniß, welches sie im J. 1805 gehabt, wiedererlangen sollten, auch das Haus Braunschweig-Lüneburg in den Besitz der ihm entrissenen deutschen Länder wieder einzusetzen sei. Endlich soll in den Zusatzartikeln das der angegriffenen Macht zu stellende Hülfsheer bereits auf je 150000 Mann erhöht worden sein.

Eine natürliche Folge des von Oesterreich mit Rußland und Preußen abgeschlossenen Bündnisses war es, daß ersteres sich am 3. Oct. mit England ebenfalls zu kräftiger Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich verband. Auch über diesen Vertrag ist nichts Näheres bekannt geworden. Doch ist anzunehmen, daß er außer der endgültigen Festsetzung der an Oesterreich zu zahlenden Hülfsgelder gleichfalls das Versprechen enthielt: es solle dessen Machtverhältniß wie es im J. 1805 bestanden habe wiederhergestellt werden. Sicher ist, daß man die Wiederherstellung gegenseitiger Handelsbeziehungen verabredete, und sich die Befugniß zugestand, in den beiderseitigen Hauptquartieren militärische Bevollmächtigte zur Berichterstattung zu haben. [1])

So standen demnach bei Eröffnung der Feindseligkeiten England, Rußland, Schweden, Preußen und Oesterreich dem Kaiser der Franzosen gegenüber, während auf dessen Seite Italien, der Rheinbund und Dänemark kämpften.

Noch vor Ablauf des Waffenstillstandes traf König Murat von Neapel in Dresden ein. Aus Besorgniß für seine Krone, welche er durch die Vernichtung des französischen Heeres in Rußland gefährdet hielt, und aus Unmuth über die demüthigende Art, wie Napoleon den Oberbefehl über die Trümmer des aus Rußland zurückkehrenden Heeres dem Vicekönig von Italien übertragen hatte, waren von ihm Schritte gethan worden, um mit dem englischen Bevollmächtigten Lord Bentinck Unterhandlungen anzuknüpfen und Oesterreichs vermittelnder Politik beizutreten. Napoleon's Siege bei

---

[1]) De Martens, I, 607.

Lützen und Bautzen änderten jedoch Murat's Entschluß und bestimmten ihn auf dessen Seite zu bleiben. Wie Napoleon's Brüder Joseph, Jérome und sogar Louis, der entthronte König von Holland, war auch er auf den sonderbaren Einfall gekommen, bei dem Congresse zu Prag seine Interessen durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen, hatte aber wie jene die Erfahrung gemacht, daß sein Verlangen unbeachtet blieb. Napoleon würdigte es keiner Antwort, sondern befahl ihm, sich im französischen Hauptquartiere einzufinden. Er gehorchte, und wurde vom Kaiser, welcher von seinem Benehmen unterrichtet war, nach einigen ihm gemachten Vorwürfen zu Gnaden angenommen. Derselbe schonte in ihm den Gemahl seiner Schwester Karoline und den trefflichen Reitergeneral, von dem er neue Dienste erwartete. Er übertrug ihm daher den Oberbefehl über die französische Reiterei.

Da Napoleon's Plan, die Verbündeten vor ihrer Vereinigung mit dem österreichischen Heere zu schlagen, sich unausführbar erwies, beschloß er dem schlesischen Heere unter Blücher eine Niederlage beizubringen, durch den Marschall Oudinot aber Berlins sich zu bemächtigen und sodann über das Hauptheer der Verbündeten in Böhmen herzufallen. Blücher zog sich jedoch zurück, und die Nachricht von der Bedrohung Dresdens durch das Hauptheer der Verbündeten bewog Napoleon zur Unterstützung des Marschalls Gouvion St.-Cyr zurückzueilen, welcher mit Vertheidigung der Stadt beauftragt war. Indessen wurde Marschall Macdonald, den der Kaiser der Franzosen zur Verfolgung des schlesischen Heeres zurückließ, von Blücher am 26. Aug. und dem folgenden Tage an der Katzbach in mehreren Gefechten dergestalt geschlagen, daß er dem preußischen Heere außer anderen Siegeszeichen gegen 18000 Gefangene und 103 Kanonen überlassen mußte.

Auch Marschall Oudinot wurde am 23. Aug. bei Großbeeren von den zum Nordheere gehörenden preußischen Abtheilungen unter Bülow mit einem Verluste von 26 Kanonen und 1500 Gefangenen zurückgeworfen, und am 27. desselben Monats vernichtete der preußische General von Hirschfeld die französische 12000 Mann zählende Heeresabtheilung unter Girard bei Hagelberg dergestalt, daß nur 1700 Mann durch die Flucht sich retteten.

Nur Napoleon selbst war siegreich. Der Angriff Schwarzenberg's, welcher am 25. Aug. die günstige Gelegenheit Dresden in des Kaisers Abwesenheit zu erobern versäumt hatte, wurde am folgenden Tage von ihm zurückgeschlagen. Tags darauf erlitt der österreichische Feldherr in

der, unter ungünstigen Umständen und dem verabredeten Kriegsplane zuwider angenommenen Hauptschlacht die empfindlichste Niederlage des ganzes Krieges. Sein nur zum Theil auf dem Schlachtfelde angekommener linker Flügel, durch das Felsenthal des plauenschen Grundes vom Hauptheere getrennt und der Unterstützung desselben beraubt, wurde durch die von Murat geführte französische Reiterei großen Theils umzingelt, 13000 Oesterreicher wurden gefangen. An Todten und Verwundeten, unter diesen den tödtlich getroffenen General Moreau, verloren die Verbündeten beinahe doppelt so viel, als die Franzosen, und außerdem 30 Kanonen. Die Folgen dieser unglücklichen Schlacht würden für die Verbündeten, welchen die übel geleitete Unternehmung gegen 40000 Mann kostete, noch nachtheiliger gewesen sein, wenn Napoleon selbst die Verfolgung übernommen hätte. Die Berichte über die Niederlagen der Franzosen bei Großbeeren und an der Katzbach bewogen ihn jedoch zu Unterstützung seiner geschlagenen Unterfeldherren mit dem Kerne des Heeres nach Dresden zurückzukehren, um daselbst die nöthigen Anordnungen zu treffen, und einen neuen Angriff auf Berlin vorzubereiten, wovon er vorzugsweise eine für ihn günstige Wendung des Kampfes erwartete. Dem General Vandamme, welchen er auf der Straße nach Peterswalde entsendet hatte, damit er den Verbündeten den Rückzug abschneide, sowie den Marschällen Gouvion St.-Cyr und Mortier, sowie dem Könige von Neapel überließ er es sie zu verfolgen. Von den letztgenannten französischen Heerführern ward General Vandamme ohne Unterstützung gelassen, weil sie hierzu keinen Befehl hatten. In fortwährendem, hartnäckigem Kampfe mit den russischen Heeresabtheilungen unter dem Prinzen Eugen von Würtemberg und dem Grafen Ostermann war derselbe bis nach Kulm vorgedrungen. Hier von einem Theile des böhmischen Heeres unter dem Grafen Colloredo angegriffen, entschied das Erscheinen der preußischen Heeresabtheilung unter General von Kleist im Rücken des französischen Heeres dessen völlige Niederlage. Es verlor 5000 Todte und 10000 Gefangene, unter ihnen die Generale Vandamme und Haxo, nebst 81 Kanonen.

Diese Erfolge bewirkten, daß Metternich, welcher, durch den Verlust der Schlacht bei Dresden erschreckt, bereits einen Unterhändler an Napoleon abgesendet hatte, diesen heimlich betretenen Weg nicht weiter verfolgte. Der Verlust an Menschen und Heergeräth in diesen, für die Verbündten siegreichen Schlachten war so überwiegend auf der Seite der Franzosen, daß die schon beim Wiederbeginn der Feindseligkeiten vorhandene Uebermacht ihrer Feinde bedeutend

vermehrt und Napoleon's baldige Besiegung immer wahrscheinlicher wurde. Der eherne Kreis, den die Verbündeten um ihn geschlossen hatten, zog sich immer enger zusammen und ein Gelingen seines Strebens, ihn mit kraftvollen Stößen zu durchbrechen, war nicht zu erwarten. Ein abermaliger Versuch zur Eroberung Berlins, welchen er durch den Marschall Ney machen ließ, schlug fehl, denn derselbe verlor in der Schlacht bei Dennewitz am 6. Sept. 18000 Mann und 80 Kanonen, während die Preußen unter Bülow und Tauenzien nur gegen 8000 Mann einbüßten. Das französische Heer würde vernichtet worden sein, wenn nicht der Kronprinz von Schweden durch Zurückhaltung der unter seinem unmittelbaren Befehle stehenden Truppen des Nordheeres die Franzosen so sehr, als möglich zu schonen bemüht gewesen wäre. Marschall Davoust, welcher von Hamburg aus Ney's Angriff hatte unterstützen sollen, zog sich auf die Nachricht von dessen Niederlage wieder zurück. Außerdem wurde am 16. Sept. die französische Division Pecheux von der russisch-deutschen Heeresabtheilung unter Walmoden in der Göhrde völlig aufgerieben.

Durch den vom General von York am 3. Oct. glänzend erzwungenen Uebergang über die Elbe bei Wartenburg hatte das schlesische Heer sich mit dem Nordheere in Verbindung gesetzt, während das böhmische Heer sich ebenfalls wieder nach Sachsen wendete, sodaß alle Vorbereitungen getroffen waren, um Napoleon zu einer entscheidenden Hauptschlacht zu nöthigen. Dieser, durch die fortwährenden Niederlagen seiner Unterfeldherren aufs Aeußerste gebracht, hatte seinerseits vergeblich versucht eines der ihn umgebenden Heere zur Schlacht zu nöthigen und dem Kriegsglücke wieder ein Lächeln abzugewinnen. Ununterbrochene, vergebliche Märsche, sowie ungenügende Verpflegung lichteten die Reihen der Franzosen in so erschreckender Weise, daß ihr Rückzug über den Rhein nahe bevorzustehen schien. Hierzu kam, daß die Verbindungen derselben mit Frankreich häufig durch Parteigänger der Verbündeten unterbrochen und Transporte aufgehoben wurden. General Czernitschew, einer dieser Parteigänger, vertrieb sogar den König von Westfalen aus seiner Residenz Kassel, und kehrte derselbe auch auf kurze Zeit dahin zurück, so machte seine Flucht doch einen großen Eindruck, weil sie ein untrügliches Vorzeichen der zusammenbrechenden Gewaltherrschaft Napoleon's zu sein schien.

Napoleon hatte inzwischen den Marschall Augereau mit seinem Truppenkörper zur Verstärkung des französischen Hauptheeres aus Franken

nach Sachsen gerufen, und es den Baiern überlassen, dem ihren Grenzen sich nahenden österreichischen Heere unter dem Prinzen Reuß das Ueberschreiten derselben zu wehren. Der baierische Oberfeldherr, Graf Wrede, stand seit der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten den Oesterreichern unthätig gegenüber, denn das Gelingen der zu gegenseitiger Verständigung angeknüpften Unterhandlungen schien unzweifelhaft. Auf die Kunde, daß Napoleon durch die Niederlage seiner Marschälle auf die Vertheidigung der Mittelelbe beschränkt, der Vicekönig von Italien aber von dem österreichischen Feldzeugmeister von Hiller zurückgedrängt worden sei, rieth der Minister von Montgelas, welcher Baierns Politik leitete, seinem Könige, den Uebertritt zu den Verbündeten nicht länger zu verzögern. Entscheidende Vortheile derselben über Napoleon, welche aller Wahrscheinlichkeit nach bald errungen werden müßten, würden diesen bald zum Rückzuge über den Rhein nöthigen, Baiern aber der Möglichkeit berauben, ein vortheilhaftes Abkommen mit den Verbündeten zu treffen. Jetzt würden für Baierns Bundesgenossenschaft noch Zugeständnisse gemacht werden, welche es später nicht mehr würde erlangen können.

So geschah es, daß der österreichische und der baierische General am 8. Oct. im Schlosse zu Ried zusammenkamen und den nach demselben benannten, für die nachherige Gestaltung der deutschen Verhältnisse zunächst maßgebenden Vertrag abschlossen.

In den öffentlichen Artikeln desselben erklärte Baiern seinen Rücktritt vom Rheinbunde, sowie daß es seine Streitkräfte mit denen der Verbündeten vereinigen werde, um eine Ordnung der Dinge in Europa herzustellen, welche dessen künftige Ruhe sichere. Der Kaiser von Oesterreich verbürgte für sich und im Namen seiner Bundesgenossen dem Könige von Baiern „den freien, ungestörten Genuß und die völlige Souveränetät der Länder, in deren Besitz er sich vor dem Beginne der Feindseligkeiten befand.“ Das baierische Heer sollte zum österreichischen stoßen, und des ersteren Anführer unter dem Befehle des österreichischen Oberfeldherrn stehen; unmittelbar nach der Genehmigung des Vertrags durch die beiderseitigen Regierungen sollten die gemeinschaftlichen Kriegsoperationen ihren Anfang nehmen. Beide verpflichteten sich nur mit gegenseitiger Uebereinstimmung Frieden zu schließen und den vorliegenden, vorläufigen Bundesvertrag unverzüglich zu einem förmlichen zu erheben. Die geheimen Artikel enthielten, abgesehen von mancherlei Wiederholungen, folgende Bestimmungen:

„Art. I. Die beiden vertragschließenden Mächte betrachten als einen Hauptzweck ihrer Anstrengungen in dem gegenwärtigen Kriege die Auflösung des Rheinbundes und die völlige und unbedingte Unabhängigkeit Baierns, sodaß es frei von jedem fremden Einflusse seine Souveränetät vollständig genieße.

Art. II. Se. Majestät, der König von Baiern, wird sich zu allen Abtretungen verstehen, welche man für nöthig erachtet, um den beiderseitigen Staaten eine angemessene militärische Grenze zu sichern.

Diese mündlich genau bezeichneten Abtretungen betrafen das Inn- und Hausrucks-Viertel, Salzburg und Tirol, auf deren Wiedererwerbung Oesterreich bestand.

Art. III. Se. Majestät, der Kaiser von Oesterreich, verpflichtet sich für sich und im Namen seiner Verbündeten seine wirksamste Vermittelung und, wenn es nöthig ist, seine ganze Macht anzuwenden, um Sr. Majestät, dem Könige von Baiern, für die abzutretenden Provinzen die vollständigste und auf die geographischen, statistischen und finanziellen Verhältnisse berechnete Entschädigung zu verschaffen. Besagte Entschädigung muß für das Königreich Baiern passen, und mit ihm ein vollkommen zusammenhängendes, nicht unterbrochenes Ganze bilden.

Art. IV. Da die geographische Lage der beiden Staaten eine neue Grenzbestimmung zwischen ihnen erfordert, so verspricht Se. k. k. apostol. Majestät im Einverständnisse mit den verbündeten Mächten, und unter ihrer Bürgschaft Sr. baierschen Majestät eine volle und gänzliche Entschädigung für die Abtretungen, welche sie infolge dieses Grundsatzes in den Fall kommen wird an Oesterreich zu machen. Jede Veränderung des jetzigen Besitzstandes Baierns wird für die Zeit des künftigen Friedens vorbehalten, und kann nur mit Einwilligung beider Theile stattfinden.

Art. V—XI. Der Kaiser von Oesterreich wird während des jetzigen Krieges stets 150000 Mann im Felde haben, der König von Baiern 36000 Mann. Tirol wird den österreichischen Truppen geöffnet sein, und wenn man vom Angriffe zur Vertheidigung übergeht, wird der König von Baiern, falls seine Truppen nicht im Stande sind dies Land zu vertheidigen, dessen Vertheidigung den Oesterreichern überlassen. Oesterreich wird für sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und den Austausch der Gefangenen besorgt sein, und zur Erleichterung eines Abkommens zwischen Baiern und England seine Mitwirkung eintreten lassen. Oesterreich wird die Genehmigung Rußlands und Preußens für die öffentlichen und geheimen Artikel des Vertrags bewirken.“ [1])

Die Verhältnisse, unter denen der Vertrag zu Ried abgeschlossen wurde, waren von der Art, daß sie das österreichische Cabinet durchaus nicht bewegen konnten dem baierischen Zugeständnisse zu machen, welche es für sich irgendwie für nachtheilig gehalten hätte. Zwar war die Entscheidungsschlacht gegen Napoleon noch nicht geschlagen, und einem so furchtbaren Feinde gegenüber jede Vermehrung der ihn bekämpfenden Streitkräfte willkommen. Aber theils waren die Heere der Verbündeten den französischen an Zahl bereits so über-

---

[1]) Neumann, Recueil de traités et conventions conclus par l'Autriche, II, 381.

legen, daß eine zweckmäßige Verwendung derselben zur Sicherung eines entscheidenden Sieges vollkommen hinreichte, theils waren das baierische und das demselben gegenüberstehende österreichische Heer vom Brennpunkte des Krieges so weit entfernt, daß sie schwerlich an diesem täglich zu erwartenden Entscheidungskampfe gegen Napoleon theilnehmen konnten. Jeder Zweifel daran aber, daß Baiern die Anerkennung seiner Selbstherrlichkeit von Seiten der Verbündeten nicht den günstigen Umständen, sondern dem wohlüberlegten Entschlusse jener verdanke, wird durch den betreffenden Inhalt der Verträge von Reichenbach und Teplitz, sowie dadurch ausgeschlossen, daß anderen Rheinbundstaaten ebenfalls ihre völlige und unbedingte Unabhängigkeit gewährleistet wurde, obschon diese erst nach der Niederlage Napoleon's bei Leipzig, wo sie noch unter dessen Fahnen kämpften, dem Bündnisse gegen ihn sich anschlossen. Oesterreich ergriff hier mit Befriedigung die Gelegenheit, seinen Plan hinsichtlich der künftigen staatlichen Gestaltung Deutschlands zu verwirklichen.

Schon seit dem westfälischen Frieden war die Abhängigkeit der Reichsstände vom deutschen Staatsoberhaupte mehr eine scheinbare, als wirkliche gewesen. Seitdem aber Friedrich der Große über Oesterreich triumphirt und an der Spitze des deutschen Fürstenbundes die Vermehrung der kaiserlichen Hausmacht in Deutschland verhindert hatte, gewährte die deutsche Kaiserkrone zwar ihrem Träger noch den Vorrang vor den übrigen deutschen Fürsten, aber deren Beistand konnte er nicht von der Reichsverfassung, sondern nur infolge besonderer Bündnisse, oder einer günstigen Lage der politischen Verhältnisse erwarten. Nach der Stiftung des Rheinbundes, welcher fast alle deutschen Fürsten unter Erklärung ihrer angeblichen Unabhängigkeit in Vasallen des Kaisers der Franzosen verwandelte, legte Franz II. den deutschen Kaisertitel freiwillig ab, weil dessen Fortführung dem Spotte nur zu reichliche Nahrung geboten hätte. Die Siege der Verbündeten über Napoleon schienen nun zwar mit der Auflösung des Rheinbundes die Wiederkehr der früheren staatlichen Verhältnisse in Deutschland zu bedingen, zumal da der im Namen Rußlands und Preußens von Kalisch aus erlassene Aufruf an das deutsche Volk dies ausdrücklich verhieß. Allein Kaiser Franz hatte, als er für den Fall, daß seine Friedensvorschläge von Napoleon verworfen würden, dem Bunde dieser Mächte gegen denselben beitrat, erklärt: die deutsche Kaiserkrone n i c h t wieder annehmen zu wollen; vielmehr sollten künftig die deutschen Staaten, deren völlige Unabhängigkeit er zur Bedingung seines Beitritts machte, nur durch ein System völkerrechtlicher Ver-

träge miteinander verbunden sein. Bei reiflicher Erwägung der Verhältnisse hatte er gefunden, daß die Wiederherstellung des deutschen Kaiserthums, weit entfernt für Oesterreich vortheilhaft zu sein, demselben später sogar Nachtheil bringen könne. Als die, vom Kaiser abhängigen geistlichen Kurfürsten noch bestanden, war es einem baierischen Fürsten durch Unterstützung der Gegner Oesterreichs gelungen, unter dem Namen Karl VII. den deutschen Kaiserthron zu besteigen, und so die dreihundertjährige Reihe deutscher Kaiser aus österreichischem Hause zu unterbrechen. Mit dem neu zu bildenden deutschen Reiche konnten die geistlichen Kurfürsten und anderen geistlichen Reichsstände nicht wiederhergestellt werden, denn ihre Länder waren weltlichen Fürsten zu Theil geworden. Nur die baierische und sächsische Kurstimme waren in katholischen Händen, das Königreich Sachsen aber in Gefahr mit Preußen völlig vereinigt zu werden. Bei der überwiegenden Mehrzahl der protestantischen Kurstimmen und der großen Steigerung der preußischen Macht konnte daher — wurde Franz auch wieder auf den deutschen Kaiserthron gesetzt — die nächste Kaiserwahl leicht auf einen nicht österreichischen, vielleicht sogar auf einen preußischen Fürsten fallen. Um sich aber nicht der Gefahr auszusetzen in Deutschland die zweite Stelle einzunehmen, verständigte sich Oesterreich mit Preußen dahin, daß das deutsche Kaiserthum unter den Trümmern der Vergangenheit begraben bleiben solle.

Graf Münster, einer von denjenigen deutschen Staatsmännern, welche den größten Eifer für die Wiederherstellung der alten Reichsverfassung zeigten, hatte von dieser Uebereinkunft Oesterreichs und Preußens vernommen, und wandte sich an den preußischen Staatskanzler mit einer Bitte um Auskunft, weshalb das deutsche Kaiserthum, welches seiner Ansicht nach rechtlich noch bestand, nicht wieder ins Leben gerufen werden solle?

Hardenberg beantwortete unter dem 12. Oct. 1813, von Prag aus, diese Anfrage. Nachdem er äußerst ausführlich alle Gründe auseinander gesetzt hatte, weshalb der Kaiser von Oesterreich die deutsche Kaiserkrone, welche auch Preußen ihm zuzugestehen bereit gewesen sei, nicht wieder annehmen wolle, fuhr er fort:

„Graf Metternich's Ansicht ist kurz zusammengefaßt diese:

Die Einführung einer, auf positiven Gesetzen begründeten Verfassung in Deutschland, die Wiedereinsetzung eines, zur Ausübung seiner Befugnisse mit hinreichender Macht versehenen Kaisers würde bei mehreren vorwiegenden Fürsten Deutschlands auf einen mehr, oder minder großen Widerstand stoßen wegen der größeren, oder geringeren Beschränkung, die in der Ausübung der

Rechte eintreten würde, die sie jetzt genießen. Wollte man nun auch mit Waffengewalt diese neue Constitution einführen, so würde man die Oppositionspartei entweder offen Frankreich in die Arme treiben, oder sie würde sich zum mindesten heimlich mit ihm verbünden.

Die Wiederherstellung der Kaiserwürde in einem der vorwiegenden Häuser Deutschlands werde wieder alle die alten Eifersüchteleien ins Leben zurückrufen, die vormals Deutschland veruneinigt haben. Die Trennung Süd- und Norddeutschlands unter zwei verschiedenen Oberhäuptern müsse noch weit eher dies Ergebniß herbeiführen und eine gänzliche Spaltung erzeugen.

Durch die Wiedereinführung einer Verfassung, sollte sie auch stattfinden können, würde man nicht die Uebelstände vermeiden, denen man dadurch begegnen wolle, da man zu Ausübung der Gesetze stets als letztes Mittel zu den Waffen seine Zuflucht nehmen müßte gegen die Ueberschreiter, die ihrerseits gerade wie vormals Unterstützung bei einem ihrer Mitstände, oder sogar bei einer auswärtigen Macht suchen würden.

Wenn daher nach der Meinung des Grafen Metternich jede, eine Wiederherstellung Deutschlands erstrebende Verfassung nicht die Uebelstände, die man vermieden wissen wolle, beseitige, und nicht die Einigkeit bewirke, welche für seine innere Ruhe und für seine Unabhängigkeit den fremden Mächten gegenüber nothwendig sei — und Graf Metternich ist von dieser Wahrheit so überzeugt, daß er sich zu beweisen anheischig macht, wie jedes Verfassungsproject, welches man vorlegen könne, an den nämlichen Gebrechen leide — und da andererseits Graf Metternich vollkommen den Nachtheil einsieht, den Deutschland erfahren müßte, wenn es in diesem schwankenden Zustande belassen würde, und wenn man die Fürsten dritten und vierten Ranges all den kleinlichen, diplomatischen Intriguen zum Verderben der allgemeinen Sache Deutschlands aussetzen, oder sie dazu veranlassen wollte, so glaubt Graf Metternich das einzige Mittel dem letzteren Nachtheile zu begegnen und gleichzeitig die großen Ergebnisse zu erlangen, welche man vergebens von einer Verfassung erwarte, wolle man sich nicht Gefahren aussetzen, die für die Folge unausbleiblich seien, dies einzige, oder doch zum wenigsten das beste Mittel gegen alles das bestände nur in einem sehr ausgedehnten Systeme von Verträgen und Bündnissen zwischen den deutschen Fürsten, durch welche jeder souveräne Fürst jedem andern Fürsten einzeln, und dadurch allgemein allen gegenüber, die nöthigen Verpflichtungen übernähme, mit fremden Mächten keine gegen Deutschland gerichteten Verbindungen einzugehen, sich gegenseitig ihre Staaten und ihre Souveränetät zu gewährleisten, und gemeinsame Sache gegen jeden, von außen herkommenden Angriff, und selbst gegen jeden feindlichen Angriff eines deutschen Fürsten im Innern von Deutschland zu machen.

Graf Metternich sieht wol ein, daß solche Bündnisse nicht unauflöslich sein würden, aber er glaubt, wann erst die vorwiegenden Fürsten mit einer solchen Verpflichtung die Initiative ergriffen hätten, würden die minder mächtigen Fürsten sich beeilen, zu ihrer eigenen Sicherheit diesem Bunde beizutreten; und da dann alle insgesammt durch ihre Verträge verpflichtet wären, sich gegen denjenigen, oder diejenigen, welche sie verletzen wollten, zu vereinigen, so würde jener Bund die äußere und innere Ruhe Deutschlands wenigstens ebenso fest sichern, als positive Gesetze, die ja ebenfalls, wie die Erfahrung früherer Zeiten lehre, überschritten oder umgangen werden können, und in diesem Falle zuletzt auch kein anderes Zwangsmittel, als die Gewalt darbieten, nur mit dem Unterschiede, daß die Anwendung der Gewalt durch das Gesetz vorgesehen und angeordnet, in den Verträgen dagegen durch den casus foederis bestimmt werde. Verträge wie Gesetze hätten übrigens in gleicher Weise verbindliche Kraft für diejenigen, die sich ihnen unterwerfen wollen, können sonst aber auch in gleicher Weise

von denen übertreten werden, welche sich dagegen auflehnen, und die Macht zum Widerstande zu haben glauben.

Wie ich bereits bemerkt, hat man in allem diesen keine Rücksicht auf die innere Verwaltung der Länder genommen, welche künftig dem freien und selbstherrlichen Willen des zu ihrer Regierung berufenen Fürsten unterworfen sind, und ebenso wenig auf das mehr, oder minder glückliche Loos der Unterthanen, denn Oesterreich hält weder sich selbst, noch seine früheren Mitstände für verpflichtet eine solche Einmischung (die es ohnehin nur bei den kleinen Staaten mit Erfolg ausüben könnte) auf die Gefahr hin zu übernehmen, sich den weit größeren Nachtheilen auszusetzen, welche aus der Einführung einer neuen deutschen Verfassung entspringen dürften. Ich weiß übrigens, daß der wiener Hof zu Verhütung des Nachtheils, der stets in einem, aus zu vielen kleinen Staaten bestehenden Bunde, welche ihre Mittel nicht für das allgemeine Beste nützlich machen können, vorhanden ist, nichts gegen eine Mediatisirung der, zu dieser Kategorie gehörigen Fürsten einwenden wird.

Nachdem ich auf diese Weise einen so genauen Bericht erstatte habe, als es mir nach den zwei Conferenzen, welche ich mit Graf Metternich wegen dieses Gegenstandes gehabt, über dessen Ansichten bezüglich des künftigen Arrangements der deutschen Angelegenheiten möglich ist, und ohne mir dabei ein Urtheil über diesen Plan des Grafen Metternich, den er übrigens selbst für noch nicht ganz reif hält, zu erlauben, muß ich noch einige allgemeine Bemerkungen hinzufügen, welche wol insofern einige Aufmerksamkeit verdienen, als es sich darum handelt, unter den verschiedenen Formen der Deutschland zu verleihenden künftigen Organisation eine Wahl zu treffen.

Die Entwürfe des Freiherrn vom Stein und seine Lieblingsidee, Nord- und Süddeutschland zu trennen, sind Ew. Excellenz bekannt, ebenso die Tendenz, welche der berliner Hof zu allen Zeiten gehabt hat, wenigstens thatsächlich diese Trennung herbeizuführen. Bisher hat die entschiedene Abneigung, welche der Kaiser von Oesterreich kund gegeben, die deutsche Krone wieder anzunehmen, und die noch größere in eine solche Theilung der Autorität einzuwilligen, verhindert, daß der Freiherr vom Stein und die Verfechter seines Systems diese Ideen zur öffentlichen Kenntniß brachten; aber seitdem die preußischen Heere in dem Kriege zur Befreiung Europas eine so ruhmreiche und glänzende Rolle gespielt haben, welche ihnen gewiß zur größten Ehre gereicht, beginnt man mit weniger Rückhalt gewisse Rechte hervorzuheben, welche Preußen dadurch auf eine Theilung der deutschen Reichsgewalt mit Oesterreich, und sogar darauf erlangt habe, dessen Platz einzunehmen, falls dieses eine solche ferner noch verweigern sollte. Niemals wird Oesterreich weder dem einen, noch dem andern dieser Pläne seine Zustimmung geben, aber da es sieht, daß es ohne mit Preußen in Zwist zu gerathen ihm nicht offen wird entgegentreten können, wenn einmal die Frage wegen einer Verfassung und eines Reichsoberhaupts in Deutschland zur Entscheidung kommen müßte, so ist es vielleicht nicht ganz unpolitisch, gleich im Anfange dieser Frage auszuweichen, um nicht später gezwungen zu sein mit der zweiten, über die Deutschland zu verleihende Regierungsform in Berührung zu kommen, Fragen, die unbedingt wieder alle die Leidenschaften erwecken würden, welche dadurch, daß sie die Mächte des Reichs veruneinigten, vielleicht zu dessen Zerstörung am meisten beigetragen haben." [1])

Die Wiederherstellung der alten deutschen Reichsverfassung mit einem Wahlkaiser an der Spitze, womit Preußen nach Harden-

---

[1]) Lord Castlereagh's Denkschriften, IV, 33—38.

berg's ausdrücklicher Versicherung und dem hiermit übereinstimmenden, von Kalisch aus an das deutsche Volk erlassenen Aufrufe sich einverstanden erklärt hatte, konnte Oesterreich deshalb nicht wünschenswerth erscheinen, weil nach dem Tode des Kaisers Franz Preußen, wie oben schon gezeigt wurde, fortan kaum weniger Aussicht hatte einen Fürsten seines Hauses zum Kaiser erwählt zu sehen als Oesterreich. Die Errichtung eines erblichen deutschen Kaiserthrones dagegen war, abgesehen davon, daß mindestens die größeren deutschen Fürsten nur gezwungen demselben sich untergeordnet hätten, schon deshalb unausführbar, weil Oesterreich und Preußen, welche dabei doch allein in Betracht kommen konnten, einander eine solche Auszeichnung und Machtvermehrung nicht gönnten, während im glücklichsten Falle ihr vollkommenes Einverständniß unerläßlich gewesen wäre, um bei der Eifersucht der anderen Großmächte eine solche neue staatliche Schöpfung ins Leben zu rufen. Metternich sah dies vollkommen ein. Er verzichtete daher freiwillig darauf, daß der Kaiser Franz den deutschen Wahlthron wieder besteige, und erklärte sich gegen das deutsche Kaiserthum überhaupt, ohne auf die denkbare doppelte Natur desselben näher einzugehen, weil er dies für ebenso nutzlos hielt, als es ihm unbequem war so zarte Gegenstände näher zu erörtern. Was aber Metternich als unausführbar für den österreichischen Kaiserstaat betrachtete, welcher damals, ungeachtet seiner großen Verluste, eine vierfach so starke Bevölkerung hatte, als das von Napoleon noch weit härter behandelte Preußen, das erschien dem Freiherrn von Hardenberg in Bezug auf letzteres in einem anderen Lichte, obgleich er einräumte, Oesterreich werde weder der Errichtung eines deutschen Kaiserthums, noch der Trennung Deutschlands in eine nördliche und südliche Hälfte, deren erstere unter Preußens Botmäßigkeit stehen, während die südliche von Oesterreich gelenkt werden solle, je seine Zustimmung ertheilen. Statt mit solchen Hirngespinnsten sich zu beschäftigen, welche von seiner staatsmännischen Einsicht keinen vortheilhaften Begriff gewähren, hätte Hardenberg besser gethan, die für Preußen erreichbaren Vortheile demselben durch kluge, rechtzeitige Benutzung der Umstände zu sichern. Je weniger der von ihm unterzeichnete Vertrag von Kalisch dem preußischen Staate die im allgemeinen versprochene Wiederherstellung seines Machtverhältnisses von 1806 sicherte, je unbegreiflicher die Bereitwilligkeit ist, mit der er zu Reichenbach für eine karge, von England zugesicherte Geldunterstützung im Namen Preußens auf wichtige Landstriche verzichtete und

dadurch die Schwierigkeit einer genügenden Entschädigung noch erhöhte, desto beharrlicher hätte er bei Gelegenheit des Vertrags von Ried darauf bestehen sollen, daß Preußen von seinen Verbündeten endlich Zusicherungen erhielt, welche die Gegenstände seiner Entschädigung so genau bestimmten, als dies unter den obwaltenden Umständen irgend möglich war. Hierzu kommt, daß Hardenberg schon geraume Zeit vor dem Abschlusse des letztern Vertrags von der Absicht Baierns einen solchen abzuschließen unterrichtet gewesen ist.

Bereits am 10. Sept. hatte der König von Baiern dem Kaiser von Rußland, seinem Schwager [1]), seine Bereitwilligkeit erklärt: dem Bunde gegen Napoleon sich anzuschließen, da die Umstände ihm nun erlaubten dessen Partei zu verlassen. Er schätze sich glücklich Verhältnisse wiederherzustellen, welche er nur ungern abgebrochen habe, er strebe nur danach einen dauerhaften Frieden herbeizuführen und sich im ungestörten Besitze seiner Länder zu erhalten.

Nachdem der Kaiser Alexander sich mit dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preußen über die zu gebende Antwort verständigt hatte, erwiderte er, daß zwar zur militärischen Sicherstellung der österreichischen Grenzen Abtretungen von Seiten Baierns nöthig seien, allein es werde für dieselben völlige Entschädigung geleistet werden. Doch erwarte man eine sofortige thätige Mitwirkung, denn die Augenblicke seien kostbar, und würde der gegenwärtige versäumt, so dürfte er später nicht im Stande sein den freundschaftlichen Absichten zu folgen, die er gegen Baiern hege. Da die Großmächte miteinander übereingekommen seien, daß Oesterreich die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten übernehme, so möge Baiern sich deshalb an die österreichische Regierung wenden.

Metternich hatte bei Zeiten für eine solche Uebereinkunft gesorgt, weil Baiern österreichische Länder besaß, deren Zurückerstattung eine Bedingung der Aufnahme Baierns in den Bund gegen Frankreich werden sollte. Obschon nun Baiern auch Anspach und Baireuth, die von Napoleon an dasselbe verschenkten Stammländer des preußischen Königshauses, inne hatte, so war Hardenberg doch nicht darauf bedacht gewesen, diesen Umstand geltend zu machen und zu erklären, daß Preußen ein wesentliches Interesse habe bei dem Vertrage mit Baiern mitzuwirken und nur dann darein willigen könne, daß besagte Länder im Besitze Baierns verblieben, wenn für dieses Zugeständniß und für die Opfer, zu welchen sich Preußen auf

---

[1]) Dieser hatte, wie er, eine Schwester des Großherzogs von Baden zur Gemahlin.

Rußlands und Englands Verlangen bereits verstanden hätte, ihm genau bestimmte Entschädigungen von allen seinen Verbündeten in bündigster Form gewährleistet würden. Rußland und England würden nicht umhin gekonnt haben die Gerechtigkeit einer solchen Forderung anzuerkennen und zu unterstützen. Auch Oesterreich und Baiern hätten um ihres eigenen Vortheils willen ihre Zustimmung hierzu ertheilt; denn ohne daß Baiern in dem Besitze von Anspach und Baireuth verblieb, war die Erfüllung des österreichischen Versprechens einer vollständigen, mit dem baierischen Gebiete zusammenhängenden Entschädigung für die zurückerstatteten österreichischen Provinzen gleich von Anfang an undenkbar.

Nur daß Oesterreich und Baiern, um sich selbst, und England, um dem mit ihm verbundenen Hannover die betreffenden Vortheile zu sichern, nicht angehalten worden waren, die Gewährleistung der, von Preußen verlangten bestimmten Entschädigung in bindender Form auszusprechen, machte es ihnen möglich beim wiener Congresse sich Preußen zu widersetzen, als es zu seiner Entschädigung das ganze Königreich Sachsen forderte. Die Erwerbung dieses Landes sich gewährleisten zu lassen, welches wie kein anderes das preußische Gebiet abrundete und ihm gegen Süden eine natürliche Grenze gab, wäre schon unter gewöhnlichen Verhältnissen ein Gebot der Vorsicht gewesen. Rußland, England und Oesterreich, bei weitem mächtigere Staaten als Preußen, waren demselben mit dem Beispiele vorangegangen, daß sie in ihren eigenen Angelegenheiten diese Vorsicht für nöthig hielten. Im vorliegenden Falle kamen aber noch andere wichtige Gründe hinzu, welche eine solche Gewährleistung für den von Preußen beabsichtigten Erfolg unerläßlich machten. Schon an sich war die Entthronung des sächsischen Königshauses eine That, welche voraussichtlich in Deutschland vielen Widerspruch finden mußte, da nicht der König von Sachsen allein, sondern alle deutschen Fürsten auf Napoleon's Seite gestanden hatten, und sein Schicksal von übler Vorbedeutung für alle minder mächtigen Staaten erschien. Mit Oesterreich und Baiern war außerdem die sächsische Herrscherfamilie durch Bande der Verwandtschaft, Religion und politischen Vortheils verknüpft, und beiden war Sachsen jedenfalls ein erwünschterer Nachbar, als das kriegerische Preußen. Oesterreich war übrigens von jeher aus Eifersucht auf Preußens wachsende Macht bestrebt gewesen derselben, wo es konnte, Abbruch zu thun, während die übrigen deutschen Fürsten, für ihre eigene Erhaltung besorgt, wenigstens keine Sympathien für Preußen hegten. Dies war alles so

offenbar, daß die Nichtbenutzung einer so günstigen Gelegenheit Preußens Entschädigungsansprüche zu sichern, für seinen Staatskanzler unverantwortlich bleibt.

Was Preußen, als besonderer Staat, infolge dessen verlor, hat glücklicherweise jedoch Deutschland in doppelter Beziehung gewonnen; denn sonst würde Preußen das linke Rheinufer, womit der seiner Erblande beraubte König von Sachsen versorgt werden sollte, jetzt nicht als sein Eigenthum gegen Frankreichs Eroberungsgelüste zu vertheidigen haben; auch würde bei besser abgerundeten Grenzen Preußens Interesse weniger mit demjenigen Deutschlands verschmolzen sein, dessen Beistand es zur Behauptung seines zerstückelten Gebiets gegen Frankreich nicht entbehren kann.

Infolge des Vertrags von Ried erließ Baiern am 14. Oct. folgende Erklärung:

„Jedermann kennt die Verhältnisse, welche seit acht Jahren Baiern an Frankreich knüpften, sowie die Beweggründe, welche sie herbeiführten, und die gewissenhafte Treue, mit welcher der König deren Bedingungen erfüllt hat. Andere Staaten verbanden sich nach und nach mit den ersten Bundesgenossen des französischen Reichs. Diese Vereinigung von Souveränen nahm die Form eines Bündnisses an, von welcher die deutsche Geschichte mehr, als ein Beispiel darbietet. [1])

Die zu Paris am 12. Juli 1806 unterzeichnete Bundesacte setzte, obwol unvollständig, die gegenseitigen Verhältnisse fest, welche zwischen den verbündeten Staaten und Sr. Majestät, dem Kaiser der Franzosen, als Beschützer dieses Bundes, bestehen sollten. Die Grundlage war das wechselseitige Interesse beider Theile. Es konnte keine andere vorhanden sein, sonst wäre die Bundesacte nichts gewesen, als eine Acte unbedingter Unterwerfung. Die französische Regierung scheint sie in der That als eine solche betrachtet zu haben. Denn bei allen Verhandlungen, welche auf jenen feierlichen Vertrag folgten, berücksichtigte sie nur die Anwendung des Grundsatzes, daß die Kriege des Festlandes für die verschiedenen vertragschließenden Parteien gemeinsam wären, nicht aber den Geist, noch den Zweck, welche bei der Abfassung vorgewaltet hatten. Sie gab ihm willkürlich die ausgedehnteste Auslegung und verlangte deshalb nach Belieben die Streitkräfte der Bundesglieder für Kriege, die ihrem Vortheile durchaus fremd waren und deren Gründe man ihnen vorher nie mittheilte. Baiern, welches Frankreich als eine Hauptstütze seiner Erhaltung betrachtete und daher Unregelmäßigkeiten, deren Princip die ernsthaftesten Besorgnisse erregte, übersah, erfüllte mit Eifer und einer Redlichkeit ohne Grenzen alle seine Verpflichtungen gegen Frankreich. Kein Opfer war ihm zu theuer, um den Absichten seines Bundesgenossen zu entsprechen und zu Herstellung des Friedens auf dem Fest-

---

[1]) Am 14. Aug. 1658 schlossen die drei geistlichen Kurfürsten, der Bischof von Münster, der König von Schweden, der Herzog von Lüneburg, Hessen-Kassel, Pfalz-Neuburg und einige andere kleinere deutsche Fürsten zu Frankfurt einen Bund, angeblich um sich gegen Einquartierung fremder Kriegsvölker zu schützen, in der That aber um sich mit Ludwig XIV., welchen sie am 15. Aug. durch besonderen Receß in den Bund aufnahmen, gegen den Kaiser Leopold I. zu verbinden. Der im folgenden Jahre abgeschlossene pyrenäische Friede führte glücklicherweise seine Auflösung herbei.

lande beizutragen, welcher der angekündigte Zweck von dessen erneuerten Unternehmungen war. Seine den Handel betreffenden Maßregeln, seine politischen Beziehungen waren das treue Abbild der französischen, so viele Opfer dies auch dem Wohlstande des Landes und den persönlichen Neigungen des Souveräns kostete.

Als der Kaiser Napoleon im J. 1812 Krieg gegen Rußland beschlossen hatte, forderte er von Baiern die Stellung eines Hülfsheeres nach der höchsten Ziffer. Unstreitig war dieser Krieg Baierns Interessen durchaus fremd. Es berührte dieselben in jeder Hinsicht schmerzlich gegen einen Staat, der von jeher sein Freund, schon lange der Bürge seiner Unabhängigkeit war, und gegen einen Souverän, welchen die Bande einer doppelten Verwandtschaft an die kaiserliche Familie knüpften, von seinen Streitkräften Gebrauch zu machen.

Schon hatte das französische Ministerium höchst beunruhigende Aeußerungen gethan, und sie im Angesichte von Europa in diplomatischen Actenstücken ausgesprochen. Diese Aeußerungen bezweckten nichts Geringeres, als die verbündeten Staaten so darzustellen, als wären sie die Vasallen Frankreichs, ihre Fürsten bei Strafe der Felonie gehalten, alles, was Se. Majestät dem Kaiser Napoleon von ihnen zu fordern belieben würde, und alle die Veränderungen vorzunehmen, denen nach dem kaiserlichen Willen ein verbündeter Staat sich unterziehen könnte, gerade als ob es innere Angelegenheiten des Kaiserreichs, gewissermaßen Familienangelegenheiten beträfe, in welche keine Macht sich zu mischen das Recht hätte.

So große Besorgniß auch die Aeußerung von dergleichen Grundsätzen erregen mußte, so entschloß Baiern sich doch, da sie auf keinem Rechtsgrunde beruhten, und man sie nur als Mißbrauch, nicht als Regel betrachten konnte, 30000 Mann von seinen Truppen zum französischen Heere zu senden. Die unerhörten Unglücksfälle, wodurch sich dieser Feldzug auszeichnete, sind zu bekannt, als daß es nöthig wäre deren betrübendes Gemälde nochmals zu entwerfen. Das ganze baierische Hülfsheer nebst 8000 Mann Verstärkungstruppen, welche im Laufe des Octobers zu demselben gestoßen waren, wurde vernichtet. Es gibt wenig Familien, denen dieses gräßliche Ereigniß nicht Thränen gekostet hätte. Es war dies für das väterliche Herz Sr. Majestät um so schmerzlicher, als so vieles Blut für eine, seinem Volke fremde Sache geflossen ist. Indessen traf man Anstalten zu einem neuen Feldzuge, und Baiern, seinem Bundesgenossen um so treuer, je unglücklicher er war, nahm keinen Anstand die schwachen Ueberreste von 38000 Mann, welche unter französischen Fahnen gefochten hatten, wieder vollzählig zu machen.

Glänzende Fortschritte krönten zu Anfange des Feldzugs die so oft siegreichen Waffen des Kaisers Napoleon. Deutschland und ganz Europa glaubten, der Kaiser würde, weil er sich wieder in einer Lage befand, wo er Mäßigung zeigen konnte, ohne sich dem Verdachte der Schwäche auszusetzen, die Vermittelung benutzen, welche ihm Oesterreich in der edelmüthigsten, weisesten Absicht anbot, um der Welt, oder doch wenigstens dem Festlande den Frieden zu schenken. Diese angenehme Hoffnung schlug fehl. Frankreich sah vielmehr durch den besorgnißerregenden Beitritt Oesterreichs zu dem bereits gegen den Kaiser Napoleon gebildeten Bunde die Zahl seiner Feinde wachsen.

Von diesem Augenblicke an wurde Baierns Lage äußerst bedenklich. Allerdings hatte die Thatkraft der baierischen Regierung und die Anhänglichkeit eines Volkes, dem keine Opfer zu schwer scheinen, wenn es sich darum handelt seine Liebe für einen angebeteten Souverän zu beweisen, gleichsam durch einen Zauberschlag ein neues Heer geschaffen, das gegen Oesterreichs Grenze vorrückte. Aber das französische Heer, welchem der Kaiser Napoleon den Namen Beobachtungsheer von Baiern gegeben, und das sich bei

Würzburg und in der umliegenden Gegend versammelt hatte, erhielt, statt das baierische Heer zu unterstützen und seine Unternehmungen mit demselben zu vereinigen, plötzlich eine andere Bestimmung, sodaß die baierischen Truppen in einer Entfernung von mehr als fünfzig Stunden von den französischen Heeren in Italien und Deutschland sich allein überlassen, von aller Verbindung mit diesen abgeschnitten und sowol den Angriffen weit zahlreicherer Heere, welche Oesterreich gegen dasselbe ausschicken konnte, als Streifereien ausgesetzt waren, die das Verderben des Landes vollendet hätten.

Bei einer so bedenklichen Lage hielt es der Kaiser nicht der Mühe werth, nur ein einziges Mal über Mittel zur Rettung und Beschützung seines getreuesten Bundesgenossen nachzudenken. Man vernahm von ihm kein Wort, keine Maßregel, kein mutheinflößendes Versprechen, wodurch die Besorgnisse der Regierung hätten beseitigt werden können. Noch mehr, das zweite Beobachtungsheer, welches sich unter Anführung des Marschalls Augereau versammeln sollte, wurde nicht gebildet, und sein schwacher, zu Würzburg befindlicher Kern verschwand endlich ganz.

Auf diese Weise gänzlich verlassen, hätte Se. Majestät seine heiligsten Pflichten verletzt, wenn sie die laut ausgesprochenen Wünsche ihrer getreuen Unterthanen nicht gehört und nicht gesucht hätte sie von einem gewissen Untergange zu retten, sowie Baiern Unglücksfälle zu ersparen, welche auf keine Weise der Sache Frankreichs nutzen konnten. Die gegen diese Macht verbündeten Souveräne ermangelten nicht der baierischen Regierung die gemäßigten Grundsätze, von denen sie beseelt waren, bekannt zu machen, und ihr die förmliche Bürgschaft der Unverletztheit des Königreichs Baiern in seinen dermaligen Grenzen unter der Bedingung zuzusichern, daß der König seine Truppen mit den ihrigen vereine, nicht etwa um gegen Frankreich einen von Ehrgeiz und Eroberungssucht eingegebenen Krieg zu führen, sondern um die Unabhängigkeit des deutschen Volks und der Staaten, aus denen es besteht, zu sichern, sowie den Kaiser Napoleon zu Unterzeichnung eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens zu vermögen, welcher einem jeden das Bestehen seiner kostbarsten Rechte und Europa eine dauernde Ruhe verbürge.

Se. Majestät hätten dergleichen Vorschläge nicht zurückweisen können, ohne sich gegen ihre eigenen Unterthanen mit Schuld zu belasten, ohne die geheiligten Grundsätze zu verkennen, auf welchen allein deren Wohlfahrt ruhen kann. Voll Vertrauen auf so offene und edle Anerbietungen hat sie sich daher entschlossen, dieselben in ihrem ganzen Umfange anzunehmen und mit den drei Mächten, welche gegen die bekannten ehrgeizigen Pläne der französischen Regierung verbündet sind, ein Bündniß zu schließen, dessen guten Erfolg zu sichern die hohen vertragschließenden Theile alle ihre Kräfte aufbieten würden. Se. Majestät wünscht, daß ein schneller Friede freundschaftliche, auf annehmbare Grundlagen gestützte Beziehungen bald wiederherstelle, denen sie erst dann entsagt hat, als die unberechtigte Ausdehnung einer Gewalt, die mit jedem Tage niederdrückender wurde, und die gänzliche Hülfslosigkeit, in welcher man Baiern mitten in der ernstlichsten Krise ließ, ihr die ergriffene Partei zur Pflicht und zum Bedürfnisse machten. In Interessen und Gesinnungen mit ihren erlauchten und mächtigen Bundesgenossen von nun an vereint, wird Se. Majestät nichts versäumen, was dazu beitragen kann, die Bande, durch welche sie an selbige geknüpft wird, enger zu ziehen und die edelste und schönste Sache triumphiren zu lassen." [1])

Wol konnte es keinen edleren Kampf geben, als denjenigen, welchen das deutsche Volk zu Zerbrechung des französischen Joches

---

[1]) Schöll, III, 230 – 237.

unternahm, allein in ihren Kriegserklärungen gelang es seinen Fürsten leider nicht, ihre Berechtigung zu diesem edeln Kampfe klar darzuthun. In noch höherem Grade, als die preußische und österreichische, erscheint die baierische Erklärung in dieser Beziehung verfehlt. Von Anfang bis zu Ende macht sie den Eindruck der Unaufrichtigkeit, und die für die Eingehung, Festhaltung und das Verlassen des Rheinbundes angeführten Gründe sind so hohl, daß sie dem boshaften Spotte Napoleon's Stoff genug gegeben hätten, wenn derselbe sie einer besonderen Erwiderung gewürdigt hätte.

Nur der Beweis, daß Baiern, um sein staatliches Dasein zu retten, vom deutschen Reiche, welches seine Angehörigen nicht mehr zu vertheidigen vermochte [1]), sich lossagte und zum Rheinbunde trat, konnte diesen Schritt als einen erzwungenen rechtfertigen, nicht der von Baiern zu dessen Beschönigung angeführte Grund, daß die deutsche Geschichte schon mehr, als ein Beispiel solcher Bündnisse kenne. Jener Beweis lag aber in den Bestimmungen des Rheinbundes, welcher seinen Mitgliedern nur Pflichten gegen ihren französischen Schirmherrn auferlegte, ohne ihnen entsprechende Rechte zu gewähren. Man konnte keinen anderen Zweck aus ihm ableiten, als dem französischen Kaiserreiche die eroberte Rheingrenze und ein starkes Hülfsheer für die von ihm zu führenden Kriege zu sichern, denn die Kleinheit der Rheinbundstaaten schloß die Möglichkeit eigener Kriege und einer selbständigen Politik aus. Mit dem Augenblicke, wo Napoleon die Gewalt verlor Baiern in diesem unnatürlichen, mit dem Staatszwecke unvereinbaren Verhältnisse festzuhalten, war dasselbe auch berechtigt, die Fessel dieses, seine Knechtschaft besiegelnden Bundes zu brechen, und vereint mit den für ihre Freiheit kämpfenden Völkern die französischen Unterdrücker in deren eigene Grenzen zurückzuwerfen. Statt dies offen auszusprechen, wurde aus falscher

---

später bis auf 84000 Mann verstärkt wurde, da Fürst Schwarzenberg einen großen Theil seiner Truppen dort verwendete, wo ihnen der Feind wegen der ihm günstigen Bodenbeschaffenheit mit weit geringeren Streitkräften einen erfolgreichen Widerstand leisten konnte. Die Mitte des verbündeten Heeres wäre durch einen furchtbaren, von 150 Kanonen unterstützten Angriff der Franzosen zersprengt worden, wenn nicht noch im letzten Augenblicke eintreffende Verstärkungen, welche Kaiser Alexander auf den Rath des Generals von Wolzogen herbeirief, dies glücklich verhütet hätten. Die französische

Scham der unglückliche Versuch gemacht, den Rheinbund als einen Verein unabhängiger Staaten zu bezeichnen, welcher des wechselseitigen Vortheils halber an Frankreich sich angeschlossen habe. Nichtsdestoweniger mußte man eingestehen, daß Napoleon die Rheinbundfürsten als Vasallen behandelt, und im Falle des Ungehorsams wie ungetreue Lehnsleute mit dem Verluste ihrer Länder bedroht habe. Da jedoch eine solche Auslegung der Rheinbundsacte eine mißbräuchliche gewesen sei, welche kein diesfallsiges Recht des Schirmherrn zu begründen vermocht habe, so hätte man die unrechtmäßigen Forderungen ohne Rechtsnachtheil erfüllen dürfen. Kann es eine jämmerlichere Beschönigung eines an sich schon schmachvollen Verhältnisses geben?

Uebrigens war die Beschuldigung einer ungebührlichen Auslegung der Rheinbundsacte in Bezug auf die von Napoleon zu seinen Kriegen geforderten Hülfstruppen nicht gegründet, denn der 35. Artikel derselben lautete:

„Es wird zwischen dem französischen Kaiserreiche und den Staaten des Rheinbundes sowol in ihrer Gesammtheit, als was jeden einzelnen betrifft, ein Bündniß bestehen, kraft dessen jeder Krieg auf dem Festlande, welchen einer der vertragschließenden Theile zu führen hat, unmittelbar für alle anderen gemeinschaftlich wird.“

Im 36. Artikel aber war bestimmt, daß die Bewaffnung der Hülfstruppen auf Antrag des Schutzherrn geschehen solle, und der 38. Artikel setzte die Zahl derselben fest. [1])

Es lag also nicht in einer unrichtigen Auslegung dieser vollkommen klaren Vertragsartikel, sondern in dem Vertrage selbst, daß die Rheinbundsfürsten als Frankreichs Bundesgenossen an allen Kriegen desselben auf dem europäischen Festlande theilnehmen mußten. Es beliebte zwar Napoleon die Rheinbundfürsten Souveräne zu nennen, allein er hatte sie von der mehr scheinbaren, als wirklichen Abhängigkeit vom deutschen Kaiser nur deshalb befreit, um sie unter

einer Gewalt, die mit jedem Tage niederdrückender wurde, und die gänzliche Hülfslosigkeit, in welcher man Baiern mitten in der ernstlichsten Krise ließ, ihr die ergriffene Partei zur Pflicht und zum Bedürfnisse machten. In Interessen und Gesinnungen mit ihren erlauchten und mächtigen Bundesgenossen von nun an vereint, wird Se. Majestät nichts versäumen, was dazu beitragen kann, die Bande, durch welche sie an selbige geknüpft wird, enger zu ziehen und die edelste und schönste Sache triumphiren zu lassen.“ [1])

Wol konnte es keinen edleren Kampf geben, als denjenigen, welchen das deutsche Volk zu Zerbrechung des französischen Joches

---

[1]) Schöll, III, 230–237.

Aremberg, das Fürstenthum Salm und einen Theil des Königreichs Westfalen willkürlich mit Frankreich, obgleich ihre Beherrscher zum Rheinbunde gehörten, und er dieselben also in ihren Rechten zu schützen hatte.

Da Baiern die Rechtsgültigkeit des Rheinbundes, als eines erzwungenen, nicht schon an sich in Abrede stellte, so hätte es mindestens nicht versäumen sollen in seiner Erklärung anzuführen, daß Napoleon seine Verbindlichkeit als Schutzherr unerfüllt gelassen habe, indem er Baiern die verlangte Unterstützung gegen den, von Oesterreich drohenden Angriff nicht leiste, und es deshalb nöthige, selbst für seine Sicherheit bedacht zu sein. Allein auch in dieser Beziehung war die baierische Erklärung mangelhaft, und erfüllte um so weniger ihren Zweck: die von Baiern angekündigte Aenderung seiner Politik zu rechtfertigen, als das den Baiern gegenüberstehende österreichische Heer denselben keinesweges überlegen war und Baiern daher recht wohl sich selbst zu schützen vermochte.

Der Vertrag von Ried war kaum unterzeichnet, als der Entschluß der Verbündeten: den Kaiser der Franzosen zu der erstrebten Hauptschlacht zu nöthigen zur Ausführung kam, und zwar unter um so ungünstigeren Umständen für letzteren, als sein Wunsch, sich einen schnellen Uebergang über die Elbe für einen Angriff in Böhmen zu sichern, ihn zu dem Fehler verleitet hatte, den Marschall Gouvion St.-Cyr mit 30000 Mann in Dresden zu lassen. Dennoch wäre es Napoleon am 16. Oct., dem ersten Schlachttage, beinahe gelungen, das Hauptheer der Verbündeten unter Schwarzenberg zu schlagen. Obschon nämlich am letzten Tage der Schlacht die Gesammtzahl der Truppen, welche gekämpft hatten, auf Seiten der Franzosen über 170000 Mann, auf Seiten der Verbündeten gegen 300000 Mann betrug, so war doch Napoleon am ersten Schlachttage im Stande, mit 109000 Mann das anfänglich nur aus 65000 Mann bestehende Centrum der Verbündeten anzugreifen, welches erst später bis auf 84000 Mann verstärkt wurde, da Fürst Schwarzenberg einen großen Theil seiner Truppen dort verwendete, wo ihnen der Feind wegen der ihm günstigen Bodenbeschaffenheit mit weit geringeren Streitkräften einen erfolgreichen Widerstand leisten konnte. Die Mitte des verbündeten Heeres wäre durch einen furchtbaren, von 150 Kanonen unterstützten Angriff der Franzosen zersprengt worden, wenn nicht noch im letzten Augenblicke eintreffende Verstärkungen, welche Kaiser Alexander auf den Rath des Generals von Wolzogen herbeirief, dies glücklich verhütet hätten. Die französische

Reiterei, welche bis auf wenige hundert Schritte von der Anhöhe hinter dem Dorfe Gossa, wo der Kaiser von Rußland, sowie der König von Preußen hielten, vorgedrungen war und 26 Kanonen erobert hatte, wurde durch die den Monarchen zur Bedeckung dienenden Gardekosacken zurückgeworfen und an Wegführung jener Kanonen gehindert. Die in diesem Augenblicke eintreffende Nachricht aber, daß Blücher den Marschall Marmont bei dem im Norden von Leipzig liegenden Dorfe Möckern gänzlich geschlagen habe, nöthigte Napoleon, die Fortsetzung des Kampfes seinen Unterbefehlshabern zu überlassen und den gegen Schwarzenberg herangeführten Heerestheil des Marschalls Ney gegen das vordringende schlesische Heer zu führen, um die drohende Wegnahme Leipzigs zu verhüten. Im Westen griff der österreichische Feldzeugmeister Graf Gyulai das auf der einzigen Rückzugslinie der Franzosen liegende Dorf Lindenau an und nahm es, wurde aber durch den General Bertrand sofort wieder daraus vertrieben, ohne daß spätere Angriffe auf diesen Punkt Erfolg gehabt hätten. Man könnte erstaunt sein, daß die Verbündeten ihre am 18. Oct. erlangte große Ueberzahl nicht dazu benutzten, dieses Dorfes und der Brücke über die Luppa sich zu bemächtigen, da, gelang dies, dem französischen Heere jeder Rettungsweg versperrt war; allein die Unterlassung einer kräftigen Verfolgung des Sieges beweiset ja hinlänglich, daß ein mächtiger Einfluß sich geltend machte, um die völlige Vernichtung des französischen Heeres zu hindern, welche den manchem seiner Gegner unerwünschten Sturz Napoleon's sofort herbeigeführt hätte.

Am 17. Oct. kam es nur im Norden von Leipzig zu einigen Gefechten, in welchen die Franzosen hinter die Partha gedrängt wurden. Statt schon in der Nacht den Rückzug nun freiwillig anzutreten, welcher nach dem Eintreffen der, im Anmarsche befindlichen bedeutenden Streitkräfte der Verbündeten unvermeidlich erschien, machte Napoleon den fruchtlosen Versuch: durch den am 16. Oct. in französische Gefangenschaft gerathenen Grafen Meerveldt mit den Verbündeten Unterhandlungen anzuknüpfen, infolge deren er hoffte sich unangefochten zurückziehen zu können. Theils sträubte sich sein Stolz gegen einen nächtlichen Abmarsch, solange dieser noch nicht erfolgen mußte; theils sah er voraus, daß dann bald die Besatzungen aller Festungen an der Weichsel, Oder und Elbe, welche mit Einschluß Dresdens über 100000 Mann betrugen, in feindliche Gefangenschaft gerathen würden. Zu spät erkannte er jetzt, wie sehr er gefehlt habe, als er, um seine Rolle als Eroberer fortzuspielen,

den Besitz dieser Festungen behauptete, und dadurch die Sicherheit Frankreichs und seines Thrones gefährdete. Noch am Abend des 16. Oct. ließ er den österreichischen General zu sich kommen, dessen persönliche Bekanntschaft er im J. 1797 gemacht hatte, als der Erzherzog Karl denselben zu Anknüpfung von Friedensunterhandlungen zu ihm nach Leoben gesendet hatte. Durch lobende Anerkennung seiner verunglückten Anstrengungen dem französischen Heere in den Rücken zu fallen und durch die Erklärung, ihn zum Beweise seiner Achtung auf Ehrenwort in Freiheit zu setzen, suchte er ihn für sich zu gewinnen, und ließ sich hierauf mit ihm in eine lange Unterredung ein, über welche Meerveldt mit folgenden Worten dem Kaiser von Oesterreich schriftlichen Bericht erstattete:

„Nach einigen Fragen über die Stärke der verbündeten Heere, welche der Kaiser Napoleon für nicht so stark gehalten zu haben versicherte, fragte er mich ob seine Gegenwart beim Heere bekannt sei, was ich bejahte.

«Ihr hattet also den Plan mir eine Schlacht zu liefern?»

«Ja, Sire.»

«Ihr seid im Irrthume über die von mir hier versammelten Streitkräfte. Wie hoch schlagt Ihr sie an?»

«Auf höchstens 120000 Mann.»

«Ich habe mehr, als 200000 Mann. Ich glaube Euch zu niedrig abgeschätzt zu haben. Wie stark seid Ihr?»

«Ueber 350000 Mann, Sire.»

Napoleon erwiderte auf diese, ihn nicht beirrende Uebertreibung des österreichischen Generals nichs weiter als: «Werdet Ihr mich angreifen?»

«Ich zweifle nicht daran, Sire, die verbündeten Heere werden im Vertrauen auf ihre überlegenen Mittel Ew. Majestät täglich angreifen. Sie hoffen hierdurch eine entscheidende Schlacht und den Rückzug des französischen Heeres herbeizuführen, welchen Ihre erprobten Talente wol nur in den ersten Tagen zu hindern vermögen.»

«Wird denn dieser Krieg ewig dauern? Es wäre wol Zeit ihn einmal zu endigen.»

«Sire, dies ist der allgemeine Wunsch, und in den Händen Ew. Majestät liegt der Friede. Sie hätte denselben schon im prager Congreß schließen können.»

«Man war nicht aufrichtig, man wendete Listen an, stellte mir eine unüberschreitbare Frist. Eine so umfassende Angelegenheit kann man nicht in zehn Tagen beendigen. Oesterreich hat den Augenblick versäumt, sich an die Spitze der europäischen Angelegenheiten zu stellen. Ich würde alles, was es wollte gethan haben, und wir hätten das Gesetz dictirt.»

«Ich kann Ew. Majestät nicht bergen, daß man in Oesterreich denkt, diese Dictatur hätte nur zur Folge gehabt, daß Sie schließlich Oesterreich das Gesetz dictirt haben würden.»

«Aber jemand muß doch Wortführer sein, also mag es Oesterreich sein. Weshalb auf Rußland hören? Es steht unter Englands Einfluß und dieses will den Frieden nicht.»

«Ich bin von den Absichten meiner Regierung durchaus nicht unterrichtet, Sire. Alles, was ich die Ehre haben kann Ew. Majestät zu sagen, bitte ich nur als meine Ansicht zu betrachten; aber ich weiß bestimmt, daß der Kaiser, mein Herr, nur im innigsten Einverständnisse mit den

verbündeten Höfen zu unterhandeln entschlossen ist, und diesem Einverständnisse den glücklichen Stand seiner Sache und die begründete Hoffnung eines dauerhaften Friedens zu verdanken glaubt. Ew. Majestät weiß, wie sehr die verbündeten Höfe den Wunsch theilen, sobald als möglich Frieden schließen zu können.»

«Nun weshalb nimmt man meine Vorschläge zu unterhandeln nicht an? Sie sehen doch wol, daß England den Frieden nicht will?»

«Sire, ich weiß bestimmt, daß man täglich Englands Antwort erwartet, dem man die Vorschläge Ew. Majestät, Unterhandlungen anzuknüpfen, mitgetheilt hat, und man hält sich seiner Einwilligung für versichert.»

«Sie werden sehen, daß es nicht will.»

«England bedarf zu sehr des Friedens, Sire, um ihn nicht heiß zu wünschen; aber es wünscht einen Frieden, keinen Waffenstillstand, einen Frieden, dessen Bedingungen seine Dauer verbürgen.»

«Und in was besteht nach Ihrer Ansicht eine solche Bürgschaft?»

«In einem Gleichgewichte der europäischen Machtverhältnisse, welches Frankreichs Uebergewicht beschränkt.»

«Wohlan, England gebe mir meine Inseln zurück, so werde ich ihm Hannover zurückgeben, und die einverleibten Departements der Hansestädte zurückerstatten.»

«Ich glaube, es besteht auf Hollands Wiederherstellung.»

«O dieses würde nicht bestehen können; da England dessen Flagge nicht achten würde, so verfiele das alleinstehende Holland ganz dem englischen Einflusse.»

«Ich glaube, Sire, daß die von England aufgestellten Grundsätze des Seerechts nur eine gelegentliche Folge des Krieges sind, und mit ihm aufhören; damit werden die Gründe wegfallen, welche Ew. Majestät bestimmen Holland zu behalten.»

«Nun man müßte sich über diese Unabhängigkeit verständigen, aber bei den Grundsätzen Englands wird dies nicht leicht sein.»

«Es würde dies ein edler Entschluß und ein großer Schritt zum Frieden sein.»

«Der Friede ist mein heißer Wunsch, ich würde Opfer bringen, große Opfer sogar, aber es giebt Dinge, auf welchen ich Ehren halber bestehen muß, und denen ich besonders in meiner Lage nicht entsagen kann, z. B. der Schirmherrschaft über Deutschland.»

«Ew. Majestät weiß nur zu wohl, wie sehr Ihr Einfluß in Deutschland der Wiederherstellung der europäischen Machtverhältnisse entgegensteht, um anzunehmen, man werde ihn noch durch einen Frieden fester begründen. Unser Bündniß mit Baiern und mehreren anderen Mitgliedern des Rheinbundes, der von uns gehoffte Besitz Sachsens entzieht Ew. Majestät thatsächlich einen Theil Ihrer Verbündeten, und wir zählen darauf, daß dies auch hinsichtlich der übrigen infolge der Vortheile der Fall sein werde, welche unsere große Ueberlegenheit verheißt.»

«O diejenigen, welche meinen Schutz nicht wollen, gebe ich auf. Sie werden es bereuen, aber die Ehre erlaubt mir nicht der Eigenschaft des Beschützers für die übrigen zu entsagen.»

«Ich entsinne mich, daß Ew. Majestät selbst einst mir sagte, es sei für Europas Ruhe nothwendig, daß Frankreich durch einen Gürtel kleiner unabhängiger Staaten von den anderen Großmächten Europas getrennt sei. Möge doch Ew. Majestät zu den gerechten Grundsätzen zurückkehren, welche Sie in Ihrer Weisheit in ruhigen Augenblicken der Ueberlegung zu den Ihrigen machte, und Sie wird Europas Glück sichern.»

Der Kaiser gab hierauf keine verneinende Antwort. Ein Augenblick der Stille trat ein, welche er mit dem Ausrufe unterbrach: «Wohlan, wir wollen

sehen! Aber alles dies wird nicht zum Frieden führen. Wie sind Unterhandlungen mit England möglich, welches mir das Gesetz auflegen will in meinen Häfen nicht mehr, als 30 Linienschiffe zu haben! Die Engländer selbst fühlen, wie unzulässig diese Bedingung ist, welche sie bisher zwar nicht gewagt haben aufzustellen, von der ich aber weiß, daß sie in ihrer Absicht liegt.»

«Sire, vom Beginne dieser Unterredung an habe ich angenommen, daß die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts für die verbündeten Mächte der Zweck des Krieges sei. England kann sich nicht verhehlen, daß bei dem Umfange der Küsten, welche Ew. Majestät vom adriatischen Meere bis zur Nordsee besitzt, Sie eine der englischen zwiefach, ja dreifach überlegene Seemacht besitzen würde, und bei dem Talente und der Thätigkeit Ew. Majestät ist die Folge davon leicht zu berechnen. Wie wäre dieses bald wieder zu erlangende Uebergewicht auf eine andere Weise zu verhindern, als durch Beschränkung der in französischen Häfen zu haltenden Zahl der Linienschiffe, wenn nicht Ew. Majestät die Verabredungen wiederherstellt, welche Sie selbst traf, als Sie die Regierung des Königreichs Italien übernahm, nämlich bei einem allgemeinen Frieden diesem Lande seine Unabhängigkeit zurückgeben zu wollen. Soviel ich weiß, hat Ew. Majestät diese selbst getroffene Bestimmung nie öffentlich widerrufen. Schön wäre es für die Ruhe Europas, ein von demselben gewürdigtes großmüthiges Opfer an die Stelle einer Bedingung zu setzen, welche Ew. Majestät mit Recht für entehrend hält, nämlich die Zahl der französischen Schiffe zu beschränken. Ihr würde aller Ruhm dieses Friedens gehören, und nach Erreichung des höchsten Kriegsruhmes würde der Friede Ihr Zeit geben, die in Frankreich begonnenen herrlichen Einrichtungen zu vollenden und Ihr Reich zu beglücken, dem Ihr Ruhm doch ein wenig theuer zu stehen kommt.»

Der Kaiser gab zu, daß diese Bedingung zuläſsiger sei. «Jedenfalls», fügte er hinzu, «werde ich mich nicht zur Wiederherstellung der alten Ordnung der Dinge in Italien verstehen. Dieses Land, unter einem Souverän vereinigt, würde einem allgemeinen politischen System in Europa entsprechen.»

«Was das Herzogthum Warschau betrifft, so hat Ew. Majestät, wie ich annehme, darauf verzichtet.»

«Ja wohl, ich habe mich dazu erboten, doch man hat nicht für gut befunden dies anzunehmen.»

«Spanien könnte doch ein Apfel der Zwietracht sein.»

«Nein», antwortete der Kaiser, «Spanien veranlaßt dynastische Fragen.»

«Ja, Sire, aber ich denke, daß die kriegführenden Mächte nicht für eine und dieselbe Dynastie sich interessiren.»

«Ich habe mich genöthigt gesehen Spanien zu verlassen, damit ist diese Frage entschieden.»

«Es scheint also, daß der Friede möglich ist.»

«Nun so schickt mir jemanden, dem ich vertrauen kann, und wir werden uns verständigen. Man beschuldigt mich immer Waffenstillstände vorzuschlagen. Ich schlage deshalb keinen vor, aber Sie werden zugeben, daß er der Menschheit gar sehr zum Heile gereichen würde. Wenn man damit einverstanden ist, so wäre es an mir hinter die Saale, an den Russen und Preußen hinter die Elbe, an Euch nach Böhmen zurückzugehen, und das arme Sachsen, das so viel gelitten hat, würde parteilos bleiben.»

«Wir würden Sachsen für unseren Lebensunterhalt nicht entbehren können, selbst wenn wir uns bei unseren überlegenen Mitteln nicht der Hoffnung hingäben, Ew. Majestät noch diesen Herbst über den Rhein zurückgehen zu sehen. Es würde daher nach meiner Ansicht für die verbündeten Heere

durchaus nicht vortheilhaft sein, Ew. Majestät durch einen Waffenstillstand diesseits sich festsetzen zu lassen.»

«In diesem Falle müßte ich eine Schlacht verloren haben; dies ist möglich, hat aber noch nicht stattgefunden.»" [1])

In einem, dem Grafen Meerveldt mitgegebenen Briefe an den Kaiser Franz soll Napoleon außerdem die Uebergabe der Festungen an der Weichsel und Oder angeboten haben, und es ist dies um so wahrscheinlicher, als die Annahme dieses Anerbietens ihm die Dienste der zahlreichen Truppen, welche sie besetzt hielten, gesichert hätte. Napoleon's Vorschläge fanden bei den Verbündeten aber um so weniger Annahme, als diese dessen Charakter gut genug kannten, um überzeugt zu sein, er würde solche Vorschläge nicht thun, wenn er nicht an einer ihm günstigen Entscheidung der Waffen verzweifelte. Sie antworteten auf diese Vorschläge nur dadurch, daß sie am 18. Oct. den Kampf erneuerten.

Der Kronprinz von Schweden, welchem sein Zögern an der Entscheidungsschlacht theilzunehmen von allen Seiten zum Vorwurfe gemacht wurde, entschloß sich endlich nothgedrungen in die Schlachtlinie einzurücken, nachdem der englische Militärbevollmächtigte ihm mit Entziehung der englischen Hülfsgelder gedroht hatte. Auch die österreichische Heeresabtheilung unter Colloredo und die russische unter Bennigsen nahmen am 18. Oct. am Kampfe theil. Nichtsdestoweniger fanden die Verbündeten den heftigsten Widerstand. Dem schlesischen Heere, welches bei Möckern bereits gesiegt hatte, wurde es im Verein mit dem Nordheere zwar nicht schwer die Franzosen bis an die Thore von Leipzig zurückzudrängen, und der Uebertritt der ungefähr 6000 Mann betragenden sächsischen Truppen, sowie zweier würtembergischer Reiterregimenter zu den Verbündeten erleichterte noch diesen Erfolg. Allein südlich von Leipzig behaupteten die Franzosen nach Räumung der Dörfer Wachau und Liebertwolkwitz ihre Stellungen in Connewitz, Probstheida, Stötteritz und am Thonberge bis zum Einbruche der Nacht, wo sie sich unangefochten über Leipzig nach Weißenfels zurückzogen; dorthin hatte Napoleon schon am Vormittage die Division Bertrand zur Sicherung des Ueberganges über die Saale vorausgeschickt.

Als am Morgen des 19. Oct. die Verbündeten den erfolgten Rückzug des französischen Heeres bemerkten, griffen sie sofort Leipzig an, welches zu Deckung des Rückzugs von den Polen unter dem

---

[1]) Toll's Denkwürdigkeiten, III, 464—68, Beil. IX.

Fürsten Poniatowski und den Rheinbundstruppen unter dem Marschall Marmont vertheidigt wurde. Napoleon verließ die Stadt erst um zehn Uhr Morgens. Die nach halb ein Uhr in die Luft gesprengte Brücke am Ranstädter Thore erschwerte die Verfolgung, schnitt aber demjenigen Theile seines Heeres, welches Leipzig vertheidigte, den Rückzug ab. Der Verlust der Franzosen betrug an Todten, Verwundeten und Gefangenen über 60000 Mann, 300 Kanonen und 900 Munitionswagen. Der für seine tapferen Dienste gegen die Oesterreicher am 16. Oct. zum Marschall ernannte Fürst Poniatowski ertrank mit vielen seiner Leute in der Elster. Reynier, Lauriston und viele andere Generale, worunter neun von den Rheinbundstruppen, wurden gefangen. Doch auch die Verbündeten verloren 45000 Mann an Todten und Verwundeten, unter denen sich jedoch kaum 100 Schweden befanden, woraus hervorgeht, wie wenig Bernadotte, selbst wenn er den Kampf nicht vermeiden konnte, diesen ernstlich nahm, und Erfolge über die Franzosen davon zu tragen suchte.

Der König von Sachsen war von Napoleon bis zum letzten Augenblicke in dem Glauben erhalten worden: die französischen Waffen seien siegreich. Am Abende des 18. Oct., als längst der Rückzug der Franzosen begonnen hatte, sendete Maret einen Offizier an ihn ab, welcher versicherte, der Gewinn der Schlacht sei außer Zweifel und der Rückzug der Verbündeten zu erwarten. Daher ließ der König es nur mit Widerstreben zu, daß der Oberst von Ryssel in seinem Namen zu den Verbündeten sich begab, um Unterhandlungen anzuknüpfen. Der russische General Graf Toll und der preußische Oberstlieutenant von Natzmer wurden hierauf von ihren Souveränen mit der Erklärung an Friedrich August abgeschickt, daß von Unterhandlungen deshalb nicht mehr die Rede sein könne, weil er alle früheren Anträge der Verbündeten zurückgewiesen habe, doch wolle man die sächsischen Truppen, wenn sie binnen einer halben Stunde ihre Gewehre in Pyramiden zusammengestellt hätten, nicht feindlich behandeln. Der König gab hierauf die den Abgesandten der Verbündeten unerwartete Antwort: er könne seine Truppen nicht aus dem Gefechte zurückziehen, denn er habe sie dem Kaiser Napoleon, seinem hohen Alliirten, übergeben, von diesem und dessen Marschällen, nicht von ihm würden sie befehligt; hinsichtlich der die Stadt Leipzig betreffenden Maßregeln müßten sie sich an den Stadtcommandanten, den Herzog von Arrighi, wenden. Als Graf Toll nun darauf hinwies, wie diese Erklärung mit Ryssel's Sendung

in offenbarem Widerspruche stehe, stellte der König dies nicht in Abrede und äußerte: er habe geglaubt, Napoleon habe Ryssel's Sendung veranlaßt. Vor einer halben Stunde erst sei dieser, sein hoher Verbündeter, bei ihm gewesen und habe ihn versichert, daß er Leipzig nur verlasse, um im freien Felde zu manövriren, die Stadt aber in zwei oder drei Tagen entsetzen werde. Die beiden Offiziere verließen hierauf den König von Sachsen, welcher noch gar nicht an die bevorstehende Eroberung von Leipzig zu glauben schien. Sie suchten den Herzog von Arrighi auf, der jedoch schon die Stadt verlassen hatte, und trafen nun bereits auf preußische Füsiliere, welche unter Hörnerklang nach dem Markte vordrangen. Der Oberstlieutenant von Natzmer nahm eine Compagnie von ihnen und stellte sie als Schutzwache vor das, vom Könige von Sachsen bewohnte Haus am Markte, dagegen forderte er die sächsischen Truppen auf, nun für die gute Sache und gegen die Franzosen zu kämpfen, was sie auch sofort thaten, da sie schon lange mit Widerstreben Napoleon gedient hatten.

Der König von Sachsen, dem der wahre Stand der Dinge nun nicht länger verborgen blieb, suchte vergeblich um eine Unterredung mit dem Kaiser Alexander nach. Dieser ließ ihm sagen, daß er Kriegsgefangener sei. Das Schloß Friedrichsfelde bei Berlin wurde ihm als Aufenthaltsort angewiesen. Er verweilte daselbst, bis man ihn zur Zeit des wiener Congresses nach Presburg entbot, damit er auf die von ihm abzutretenden Länder verzichte. Dieser persönlichen Gefangenschaft, welche wol nicht ohne Einfluß auf das spätere Schicksal seines Königreichs war, hätte Friedrich August entgehen können; allein die Strenge, mit welcher er auf Beobachtung aller, durch die Hofsitte gebotenen Förmlichkeiten bestand, verhinderte ihn, die sich hierzu darbietende Gelegenheit zu benutzen. Durch seinen steten Begleiter, den Oberstkämmerer Grafen Wrbna, sendete nämlich Kaiser Franz den dem Könige von Sachsen wohl bekannten prager Bankier Lämel mit einem Briefe an ihn ab, dessen Adresse, um die Bestellung zu erleichtern, an den Grafen Nesselrode gerichtet war. In diesem Briefe wurde der König davon in Kenntniß gesetzt, daß der Kaiser von Oesterreich ihm einen seiner Wagen zur Verfügung stelle, mit dem er sich in dessen Staaten unter kaiserlichen Schutz begeben könne. Der König wies jedoch den Brief mit der Erklärung zurück, daß er denselben, da er nicht an ihn adressirt sei, auch nicht öffnen

werde. Vergebens stellte Lämel vor, daß die falsche Adresse eine, durch die Umstände gerechtfertigte Vorsichtsmaßregel sei. Friedrich August bestand auf seiner Weigerung von dem ihm gemachten Anerbieten Gebrauch zu machen, und bat den Bankier, statt seiner Person nur seine Chatoulle zu retten. Diese brachte derselbe auch im kaiserlichen Wagen in Sicherheit; er erhielt dafür später vom Könige von Sachsen einen Ring als Zeichen seiner Erkenntlichkeit.[1])

---

[1]) Vehse, Geschichte der Höfe des Hauses Sachsen, VII, 311.

Funfzehnter Abschnitt.

Schlacht bei Hanau. Der Rückzug der Franzosen über den Rhein wird ihnen von der Friedenspartei nach Möglichkeit erleichtert. Oesterreichisch-würtembergischer Vertrag von Fulda. Der König von Würtemberg erklärt seinen Uebertritt zu den Verbündeten. Auflösung des Rheinbundes. Centralcommission zur Verwaltung der von den Verbündeten eroberten Länder. Der Mehrzahl der Rheinbundfürsten wird der Anschluß an die Verbündeten gestattet. Diesfallsiger Vertrag mit dem Großherzoge von Baden. Die von Napoleon vertriebenen Fürsten kehren in ihre Länder zurück. Dänemark wird zum Frieden von Kiel genöthigt. Oesterreich verbürgt dem Könige von Neapel den Besitz seiner Staaten. Napoleon erkennt Ferdinand VII. als König von Spanien an, und entläßt ihn seiner Haft. Die Schweiz gibt sich eine neue Bundesverfassung, und wird von dem Hauptheere der Verbündeten durchzogen, da ihre Neutralitätserklärung nicht beachtet wird. Metternich knüpft durch St.-Aignan Unterhandlungen mit Napoleon an. Diesfallsiger Notenwechsel. Erklärung der Verbündeten zu Frankfurt. Der von Napoleon behufs neuer Unterhandlungen gewünschte Waffenstillstand wird durch Alexander's Bemühungen verhindert, der Congreß von Chatillon aber anberaumt.

Das französische Heer wurde nur bis Eisenach verfolgt, weil man im Rathe der Verbündeten geltend machte, daß das baierisch-österreichische Heer unter General Wrede hinreiche demselben den Rückzug abzuschneiden. Obschon gegen 100000 Mann der Verbündeten gar nicht im Gefecht gewesen waren, so wurde Ermüdung der Truppen und merkwürdig genug auch Mangel an Lebensmitteln als Grund, weshalb die Verfolgung unterbleibe, angegeben. Hätte nicht der für seinen Sieg zum Feldmarschall ernannte alte Blücher einen Theil des schlesischen Heeres, welches doch außerordentliche Anstrengungen bestanden hatte, zur Verfolgung der Franzosen verwendet, so wäre dieselbe ganz unterblieben. Sein Vorschlag, 20000 Mann von der weit mehr, als das Doppelte zählenden Reiterei ihm zu einer kräftigen Verfolgung zu überlassen, fand keine Annahme. Der

Oberbefehlshaber Fürst Schwarzenberg war ebenso wenig, wie der Kronprinz von Schweden geneigt die Franzosen zu drängen. Die Friedenspartei, an deren Spitze Metternich stand, fürchtete von der völligen Vernichtung des französischen Heeres eine Steigerung der Bedingungen seitens der Verbündeten und eine Verzögerunng des Friedensschlusses, auf welchen das österreichische Cabinet eifrig hinarbeitete. Sie wünschte keine andere, als die bisher vorgeschlagene Grundlage für den Frieden. Graf Wrede dagegen, welchem man Mangel an Kampflust nicht vorwerfen konnte, war unklug genug sein Heer durch Entsendungen dergestalt zu schwächen, daß er nur 36000 Mann behielt, mit welchen er das noch 80000 Mann starke französische Heer bei Hanau im offenen Felde angriff, statt unter Benutzung seiner gesammten Streitkräfte den weit günstiger liegenden werthheimer Engpaß zum Kampfplatze zu wählen und diesen durch zweckmäßig angelegte Verschanzungen noch vortheilhafter zu machen. Bei Würzburg hatte er, um Stadt und Citadelle zu nehmen, welche unter den obwaltenden Umständen befremdliche Aufgabe ihm vom Fürsten Schwarzenberg ertheilt worden war, drei kostbare Tage verloren und seinen Schießbedarf so geschwächt, daß er bei Hanau wegen Mangel an solchem sein Feuer einstellen mußte. Hätte er sich nicht mit Einnahme der Stadt begnügt und die verlorene Zeit durch Gewaltmärsche wieder einzubringen versucht, so würde er zu spät gekommen sein, um sich dem französischen Heere in den Weg zu stellen, und dies scheint in der That die Friedenspartei gewünscht zu haben. Denn die höchst auffallende Nichtbenutzung eines so entscheidenden Sieges, wie der bei Leipzig, unter nichtigen Vorwänden, und der unzeitige Befehl an Wrede Würzburg zu erobern, während man ihn wider besseres Wissen als bereits auf der Rückzugslinie des französischen Heeres aufgestellt bezeichnete, verstatten keine andere vernünftige Erklärung.

Nach dreitägigen blutigen Gefechten auf unzweckmäßig gewähltem Schlachtfelde wurde Wrede, welcher hier zum ersten Male als selbstständiger Anführer auftrat, unter Erleidung großen Verlustes gezwungen, den Franzosen den Weg über den Rhein frei zu lassen; doch geriethen demungeachtet noch gegen 10000 Mann Franzosen, die ihrem Heere in regellosen Haufen folgten, in Gefangenschaft.

So war endlich Deutschland von den Franzosen befreit. Die Rheinbundsfürsten beeilten sich nun an die Verbündeten sich anzuschließen. Der König von Würtemberg war der erste, welcher Baierns Beispiel folgte. Schon am 22. Oct. kam sein Minister, Graf von Zeppelin,

in Leipzig an, um wegen des Uebertritts zu unterhandeln. Metternich, welcher nach dem Siege bei Leipzig zur Belohnung seiner erfolgreichen Politik vom Kaiser Franz in den Fürstenstand erhoben worden war, entbot den würtembergischen Minister nach Fulda, wo am 2. Nov. zwischen Oesterreich und Würtemberg ein vorläufiger, die Verbündeten mitverpflichtender Friedens- und Bundesvertrag zu Stande kam, durch welchen dem Könige von Würtemberg für die versprochene Stellung von 12000 Mann Hülfstruppen zur Bekriegung des Kaisers der Franzosen die Anerkennung der von diesem erhaltenen Souveränetät und der freie und ruhige Besitz seiner Staaten zugesichert wurde. In drei besonderen geheimen Artikeln war aber außer der Bedingung, daß der König von Würtemberg sich jeden fremden Bündnisses zu enthalten habe, festgesetzt:

1) daß derselbe die beim künftigen Friedensschluß zur Sicherung der Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands zu treffenden politischen Einrichtungen zu genehmigen habe;
2) daß er zu Erreichung dieses Zweckes alle für nöthig erachtete Abtretungen mache, welche jedoch in keinem Falle auf altwürtembergische Besitzungen sich erstrecken dürften;
3) dagegen versprach Oesterreich für diese Abtretungen eine so vollständige und mit dem würtembergischen Gebiete zusammenhängende Entschädigung, als dies nach der Masse der zur Verfügung stehenden Länder möglich sein werde.

Die infolge dessen am 9. Nov. erlassene Erklärung des Königs von Würtemberg beschränkte sich auf die Hinweisung, daß er seine, ihm durch den Rheinbund auferlegten Verpflichtungen gegen Napoleon streng erfüllt, dieser ihm dagegen die, zur Vertheidigung des schutzlosen Landes verlangte Hülfe nicht geleistet habe. Er halte sich daher von jeder Bundespflicht gegen letzteren entbunden, und schließe sich den verbündeten Mächten an, um den für des Landes Heil nothwendigen Frieden zu erkämpfen.

Zu stolz, um sich über die von ihm als Mitglied des Rheinbundes gebrachten Opfer zu beklagen, weil er dadurch zugleich seine Abhängigkeit von dessen Schutzherrn anerkannt hätte, zu klug, um den Kampf gegen die Franzosen, seine bisherigen Bundesgenossen, plötzlich als den schönsten und edelsten zu bezeichnen, vermied er weise die Fehler und Widersprüche der baierischen Erklärung und

rechtfertigte seinen Entschluß durch Geltendmachung des Umstandes, daß Napoleon ihm die nachgesuchte vertragsmäßige Unterstützung nicht gewährt, dadurch aber ihn veranlaßt habe, für den dem Lande nothwendigen Frieden zu kämpfen. [1])

Da der von Napoleon zum ersten Könige Würtembergs erhobene Friedrich I. keinen Sinn für Deutschlands Befreiung vom französischen Joche besaß, sondern nur seine Herrschergewalt ihm am Herzen lag, so that er wohl daran einen solchen nicht zu heucheln. Es ist ihm dies aber nicht als Verdienst anzurechnen, denn die Fassung seiner Erklärung war auf einen möglichen Umschwung der Ereignisse berechnet. Es erhellt dies aus Briefen, welche er im Februar 1814 an Napoleon schrieb, nachdem dieser glücklich gegen die in Frankreich eingedrungenen Heere der Verbündeten gekämpft hatte. Er sprach in ihnen seine Hoffnung aus bald wieder dessen ruhmvollen Fahnen folgen zu können, und erregte dadurch den Unwillen der Verbündeten dergestalt, daß man eine Zeit lang geneigt war ihn zur Niederlegung seiner Krone zu Gunsten seines Sohnes zu nöthigen.

Der in Gefangenschaft gerathene König von Sachsen, der Großherzog von Frankfurt und die Fürsten von Ysenburg und von der Leyen waren die einzigen deutschen Mitglieder des Rheinbundes, denen man nicht gestattete dem Bunde gegen Frankreich beizutreten. Der Großherzog Ferdinand von Würzburg, Bruder des Kaisers von Oesterreich, beanspruchte den Beitritt nicht, weil er die Rückerstattung des ihm entrissenen Großherzogthums Toscana gegen Verzicht auf das, zu seiner Entschädigung von Napoleon geschaffene Großherzogthum zu hoffen hatte. Das Königreich Westfalen und das Großherzogthum Berg aber, welche ebenfalls zum Rheinbunde gehörten, und von denen Napoleon jenes seinem Bruder Hieronymus, dieses dem ältesten, noch minderjährigen Sohne seines Bruders Ludwig verliehen hatte, hörten nach dem Rückzuge der Franzosen zu bestehen auf, da es Schöpfungen waren, welche nur französische Waffengewalt ins Leben gerufen und bisher erhalten hatte.

Der frühere Kurfürst und Exkanzler von Mainz, nachmaliger Großherzog von Frankfurt und Fürst-Primas des Rheinbundes, als welcher er diesem die Befehle seines Schutzherrn übermittelte, war auch dessen Rathgeber in kirchlichen Angelegenheiten gewesen. Als das baierisch-österreichische Heer unter Wrede sich

---

[1]) Schöll, III, 424. Klüber, Acten des Wiener Congresses, Bd. I, Hft. 2, S. 94.

Frankfurt näherte, verließ er diese, seine Hauptstadt, und zog sich in sein Bisthum Constanz zurück, nachdem er in richtiger Würdigung der Verhältnisse in die Hände des bei ihm beglaubigten baierischen Gesandten die Erklärung niedergelegt hatte, daß er seine Mission für beendigt ansehe. Sein Großherzogthum wurde hierauf als erobertes Land einstweilen für die Verbündeten verwaltet.

Dasselbe Schicksal hatte bereits das Königreich Sachsen gehabt, und es sollten nun die schon früher in Breslau zwischen Rußland und Preußen verabredeten Grundsätze auf alle, von den Verbündeten in Deutschland gemachten Eroberungen angewendet werden. Es war deshalb am 21. Oct. von Oesterreich, Preußen, Rußland und England zu Leipzig ein Vertrag geschlossen worden, welchem auch Schweden beitrat. Durch denselben wurde für die Verwaltung aller eroberten deutschen Länder eine von den verbündeten Mächten beauftragte Centralcommission niedergesetzt, und der Freiherr vom Stein, der eigentliche Urheber dieser Maßregel, mit der Befugniß die Gouverneure der einzelnen Verwaltungskreise zu ernennen, an ihre Spitze gestellt. Nur diejenigen Provinzen, welche vor dem J. 1805 im Besitze von Oesterreich, Preußen, Hannover und Schweden gewesen waren, sowie das Großherzogthum Würzburg, wurden dieser Centralcommission nicht unterworfen. Die Aufgabe derselben bestand darin, in den betreffenden Ländern für den Unterhalt der verbündeten Heere durch Lieferungen, Zahlungen und sonstige Leistungen zu sorgen, sowie die Erfüllung derjenigen Verpflichtungen zu betreiben, welche in Bezug auf Lieferungen, Kriegssteuern und Stellung von Truppen durch die kleineren deutschen Staaten übernommen worden waren. [1])

Die Einrichtung der Verwaltung für das Königreich Sachsen hielt den Freiherrn vom Stein über drei Wochen fern vom Hauptquartiere der Verbündeten. Es war dies dem Fürsten Metternich um so erwünschter, als Stein, welcher den Sturz Napoleon's für Europas Ruhe als unerläßlich betrachtete, nun den Bemühungen des österreichischen Cabinets, Friedensunterhandlungen mit Napoleon zu eröffnen, nicht entgegenwirken konnte. Nachdem Metternich eine nachdrückliche Verfolgung des französischen Heeres verhindert hatte, bewirkte er durch seine Abmahnungen vom Ueberschreiten des Rheines, daß die Verbündeten an dessen Ufern Halt machten und Friedensunterhandlungen anknüpften.

---

[1]) De Martens, I, 615—42.

Als Stein am 13. Nov. in Frankfurt ankam, war er daher nicht nur darauf bedacht, daß der Krieg kraftvoll fortgesetzt werde, sondern er schlug auch Maßregeln vor, welche darauf berechnet waren, die souveränen deutschen Kleinstaaten so viel, als möglich zu beseitigen. Er beantragte bei den in Frankfurt versammelten Monarchen die Regierungsgewalt aller Rheinbundsfürsten, mit denen Verträge noch nicht abgeschlossen wären, einstweilen außer Wirksamkeit zu setzen. Wolle man aber diesen Fürsten, oder falls deren vaterländische Gesinnung verdächtig, ihren ältesten Söhnen die Regierungsgewalt nicht völlig entziehen, so möge man sie wenigstens von den Anordnungen der Centralcommission für abhängig erklären. Die Annahme seines Vorschlags würde, sagte er, nicht nur eine kräftigere und zweckmäßigere Benutzung der in den betreffenden Ländern sich darbietenden Hülfsmittel zur Fortsetzung des Krieges gewähren, sondern auch die Gestaltung der deutschen Bundesverfassung wesentlich erleichtern. Letzteres war der Hauptzweck der Maßregel, denn trat dieselbe ins Leben, so waren die betreffenden Fürsten nicht im Stande den Beschlüssen der verbündeten Mächte erheblichen Widerstand zu leisten, sondern mußten vielmehr dasjenige Maß der Gewalt, welches man ihnen nach Auflösung der Centralcommission über ihre Länder einräumte, als ein, ihre bisherige Lage verbesserndes Zugeständniß betrachten.

In einer Unterredung Stein's mit dem Kaiser Alexander, dessen schönen Verheißungen für Deutschlands Wiedergeburt er mehr Vertrauen schenkte, als sie verdienten, suchte er denselben vergeblich für diese Idee zu gewinnen. Anstatt auf die von den beiden deutschen Großmächten zu Reichenbach und Teplitz getroffene Verabredung, nach welcher alle regierende deutsche Fürsten souverän sein sollten, sich zu beziehen, äußerte der Kaiser endlich halb im Scherz, halb im Ernste: er müsse schon deshalb das politische Fortbestehen der kleinen deutschen Fürsten wünschen, um auch in Zukunft den russischen Großfürsten und Großfürstinnen passende Heirathsgelegenheiten zu sichern. Da erwiderte der über diese Abfertigung entrüstete Freiherr vom Stein mit gewohnter Freimüthigkeit: „Das habe ich nicht gewußt, daß Ew. Majestät aus Deutschland eine russische Stuterei zu machen beabsichtigen.“ [1])

Aber auch Oesterreich und Preußen, welche diese rein deutsche Frage zunächst anging, wollten die Centralcommission nur als eine

---

[1]) Wolzogen, Memoiren, S. 239.

Verwaltungsbehörde zu Förderung der Kriegsrüstungen benutzen. Der preußische Staatskanzler fügte sich, wie bisher stets, der Ansicht des österreichischen Ministers des Aeußeren, welcher ihn durch scheinbare Bereitwilligkeit in seine Pläne einzugehen nach seinem Willen lenkte. Ihm genügte dessen Erklärung, daß er gegen Mediatisirung einer Anzahl kleiner Fürsten nichts einwenden werde, und aus dem Umstande, daß Metternich auf eine Maßregel nicht einging, welche diese Mediatisirung am besten vorbereitet hätte, erwuchs ihm kein Zweifel an der Aufrichtigkeit jener Erklärung. So kam es, daß mit Ausnahme der Fürsten von Ysenburg und von der Leyen, die, damit in dieser Beziehung doch etwas geschehe, später mediatisirt wurden, ein Rheinbundfürst nach dem andern in den Bund gegen Frankreich Aufnahme fand, und zwar unter Bedingungen, welche sich von den Bestimmungen des Vertrags von Ried nur dadurch unterschieden, daß man ihnen für die etwa nothwendig scheinenden Gebietsabtretungen eine völlige Entschädigung nicht unbedingt zusagte.

Die in allen diesen Verträgen vorkommende Formel, durch welche der neu aufgenommene Bundesgenosse dasjenige im voraus genehmigte, was für die künftige Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands für nothwendig erachtet werden würde, war bei der gleichzeitig gewährleisteten Souveränetät in dieser Beziehung wirkungslos. Denn ohne Beeinträchtigung dieser Souveränetät war die Gründung eines deutschen Bundesstaats unmöglich, und doch konnte Deutschland ohne eine derartige Verfassung weder einen geachteten Platz im europäischen Staatensysteme einnehmen, noch sich eine, von fremdem Einflusse freie naturgemäße Entwickelung seiner Verhältnisse sichern. Es blieb nur übrig einen Staatenbund zu bilden, welcher Deutschland zu einem bloßen geographischen Begriffe machte. Die solchen politischen Schöpfungen, wegen der verschiedenen Interessen der verbündeten Staaten, nothwendig mangelnde Einigkeit schwächte Deutschlands Kraft voraussichtlich dergestalt, daß es Gefahr lief zerstückelt zu werden, wenn seine eroberungslustigen Nachbaren im Osten und Westen sich hierüber verständigten.

Während Hardenberg sich der Hoffnung hingab: Preußen werde mit Oesterreich die Obergewalt über Deutschland theilen, oder gar dieselbe allein ausüben, war Metternich bemüht, die Gründung eines Staatenbundes vorzubereiten, welchen er nach seinem Willen zu lenken gedachte. Freilich war ein deutscher Bundesstaat mit der Natur des aus so vielen Völkerschaften verschiedener Abkunft

zusammengesetzten österreichischen Kaiserstaats unvereinbar. Das deutsche Element bildete noch nicht den vierten Theil seiner Bevölkerung und war für das Kaiserhaus nur deshalb von besonderem Werthe, weil es vorzugsweise die Civil- und Militärbeamten lieferte, durch welche dieses die verschiedenen ihm unterworfenen nicht deutschen Völkerschaften beherrschte und zu einem geschlossenen Ganzen verband. Deutsche Sprache und Sitte vermittelten für die Nichtdeutschen, welche auf einer tieferen Bildungsstufe standen, den Fortschritt in der Civilisation. Die Einverleibung der deutschen Provinzen Oesterreichs in einen deutschen Bundesstaat hätte bei dem erwachten Nationalgefühle der Deutschen ähnliche Regungen auch bei der übrigen Bevölkerung des Kaiserstaats von so verschiedenartiger Abstammung hervorgerufen und die Einheit des Reichs um so mehr aufzulösen gedroht, als dem österreichischen Kaiserhause nicht mehr die früheren Mittel zu Gebote standen, Deutschland seinem Interesse dienstbar zu machen.

Die Verpflichtung, welche Oesterreich übernommen hatte, für die ihm von Baiern zu machenden Abtretungen dasselbe zu entschädigen, bewog es von der Uebereinkunft abzusehen, nach welcher die Unterhandlung mit den süddeutschen Staaten wegen ihrer Aufnahme in den Bund ihm allein zukam. Hatte die Uebereinkunft doch überhaupt nur den Zweck gehabt, Oesterreich die Führung der Unterhandlungen mit Baiern zusichern. Es veranlaßte daher Preußen, am 20. Nov. zu Frankfurt mit Baden den Vertrag abzuschließen, wodurch dieses dem Bunde gegen Frankreich beitrat. Die nördlichen Kreise Badens gehörten nämlich zu den Landstrichen, deren Besitz Oesterreich für Zurückerstattung seiner von Baiern besessenen Provinzen demselben zugesichert hatte, damit die am linken Rheinufer liegende Rheinpfalz mit dem baierischen Hauptlande ein nicht unterbrochenes Ganze bilde. Der Großherzog von Baden mußte sich deshalb nicht nur in den öffentlichen Artikeln des Vertrags verpflichten, allen Maßregeln, welche für die Unabhängigkeit Deutschlands als nothwendig erachtet werden würden, seine Zustimmung zu ertheilen, sondern auch zwei besondere geheime Artikel genehmigen, welche also lauteten:

„Art. I. Se. königl. Hoheit, der Großherzog von Baden, wird zu allen Abtretungen bereit sein, welche die künftigen Einrichtungen Deutschlands für die Aufrechthaltung der Kraft und Unabhängigkeit dieses Landes erheischen werden.

Art. II. Se. Majestät, der König von Preußen, verspricht dagegen sich dahin zu verwenden, sich Se. königl. Hoheit für diese Abtretungen, wenn sie nothwendig werden sollten, eine

Entschädigung erhalten, welche mit der zur Zeit des Friedensschlusses verfügbaren Ländermasse und mit dem obigen Zwecke vereinbar sein, und der gegenwärtigen Ausdehnung der Staaten Sr. königl. Hoheit am nächsten kommen wird."

Diese versprochene Verwendung würde dem Großherzoge von Baden freilich wenig genützt haben, wenn Kaiser Alexander nicht für gut befunden hätte, die seinem Schwager angesonnene Gebietsabtretung zu verhindern. Es geschah dies aber nicht etwa aus verwandtschaftlicher Rücksicht, sondern, wie später gezeigt werden wird, aus politischen Gründen, denn der König von Baiern stand zu ihm in demselben Verwandtschaftsverhältnisse.

Der Kurfürst von Hessen war weder dem Rheinbunde beigetreten, noch hatte er auf seine Staaten je verzichtet, deren er von Napoleon beraubt worden war, weil er, als dieser im J. 1806 Preußen bekriegte, eine bewaffnete Parteilosigkeit beobachtet hatte. Das im Frieden von Tilsit dem Kurfürsten als Entschädigung bestimmte Jahreseinkommen, welches der König von Westfalen als sein Besitznachfolger ihm auszahlen sollte, hatte er entrüstet zurückgewiesen.

Der Vertrag, welchen er über seinen Anschluß an die Verbündeten am 2. Dec. zu Frankfurt mit Oesterreich einging, unterscheidet sich daher von den diesfallsigen Verträgen der Rheinbundfürsten. Kraft desselben trat der Kurfürst wieder in den Besitz derjenigen Theile seiner Staaten, welche zum Königreiche Westfalen und Großherzogthume Frankfurt geschlagen worden waren. Dasselbe war hinsichtlich der Salzwerke von Nauheim und der Grafschaft Nieder-Katzenellnbogen der Fall. Außerdem wurden ihm seine Besitzungen und die souveräne Gewalt über dieselben verbürgt, doch versprach der Kurfürst den Einrichtungen sich zu fügen, welche für die Aufrechthaltung von Deutschlands Unabhängigkeit für nothwendig erachtet werden würden. Alle durch die Regierung des Großherzogthums Frankfurt vorgenommenen Verkäufe hessischen Staatseigenthums wurden für nichtig erklärt. Die von den Erwerbern in gutem Glauben gezahlten Abschlagssummen auf den Kaufpreis sollten ihnen nach stattgefundener Berechnung vom Kurfürsten zurückvergütet werden. Als Bundeshülfe versprach derselbe 12000 Mann, die Errichtung einer Landwehr und eines Landsturmes, Genehmigung der für die Armeelieferungen angeordneten Maßregeln und die unverzügliche Wiederherstellung der Festung Hanau.[1])

---

[1]) De Martens, I, 651.

Bereits am 4. Nov. hatte der König von England durch seinen Sohn, den Herzog von Cumberland, seine hannöverischen Erbstaaten wieder in Besitz genommen. Dasselbe that gleichzeitig der noch in England weilende Herzog von Braunschweig durch Bevollmächtigte, und am 27. Dec. traf auch der Herzog von Oldenburg aus Rußland, seinem bisherigen Zufluchtsorte, in seiner Hauptstadt wieder ein, sodaß alle von Napoleon vertriebenen deutschen Fürsten noch vor Ablauf des J. 1813 in den Besitz ihrer Staaten wieder eingesetzt waren.

Auch die durch den Heerestheil unter General von Bülow unterstützte Losreißung Hollands von Frankreich war eine Folge des Rückzugs der Franzosen über den Rhein. Der Prinz von Oranien, Sohn des letzten Erbstatthalters, von Abgeordneten Amsterdams zur Rückkehr eingeladen und am 1. Dec. zum souveränen Fürsten der Niederlande erklärt, übernahm die Regierung und rief das Volk gegen Frankreich zu den Waffen. Hierdurch war dem Marschall Davoust, welcher vereint mit den Dänen hinter der Stecknitz stand, der Rückzug nach Frankreich abgeschnitten. Als der Kronprinz von Schweden an der Spitze von 60000 Mann heranrückte, um Dänemark zum Frieden und zur Abtretung Norwegens zu zwingen, zog sich Davoust nach Hamburg zurück, welches er erst nach dem Frieden von Paris am 14. Mai 1814 übergab.

Das dänische, nur 12000 Mann starke Heer war nicht im Stande einer solchen Uebermacht Widerstand zu leisten. Der zu Kiel am 14. Jan. 1814 von Schweden und England mit Dänemark abgeschlossene Friede, welcher vorläufig auf Rußland und Preußen ausgedehnt wurde, beendigte den Krieg.

Dänemark trat dem Bunde gegen Frankreich bei, verzichtete zu Gunsten Schwedens auf Norwegen und erhielt dafür von ersterem die Zusicherung: durch Schwedisch-Pommern, die Insel Rügen und eine Summe von 600000 Thalern in schwedischen Reichsbankzeddeln entschädigt zu werden. England gab die genommenen dänischen Colonien zurück, behielt aber die Insel Helgoland und die weggeführte dänische Flotte. Außerdem versprach es sich dafür zu verwenden, daß der dänischen Krone für die Abtretung Norwegens noch eine anderweite Entschädigung gewährt werde. Dagegen verpflichtete sich der König von Dänemark, seinen Unterthanen den Negerhandel gänzlich zu verbieten.

Die Einführung von Negersklaven in die dänischen Colonien war schon seit dem J. 1794 untersagt.

So hart dieser Friede schon an sich war, so wurde derselbe dadurch noch härter, daß die, auf dem wiener Congresse wirklich gewährte Entschädigung für den Verlust Norwegens noch hinter den zu Kiel ausdrücklich versprochenen Ersatzleistungen zurückblieb, indem man den Aufstand der Norweger als eine, von Dänemark verschuldete Nichterfüllung der Friedensbedingungen bezeichnete. Am 8. Febr. 1814 wurde zu Hannover von Seiten Rußlands, am 25. Aug. desselben Jahres zu Berlin von Preußen der Friede mit Dänemark unter Wiederherstellung der früheren Beziehungen unterzeichnet.

Oberitalien wurde vom Vicekönige Eugen Beauharnais zwar tapfer vertheidigt, doch drängte das stärkere österreichische Heer denselben aus einer Stellung in die andere. Murat dagegen betrachtete nach der Schlacht bei Leipzig die Sache seines kaiserlichen Schwagers als verloren. Nach Neapel zurückgekehrt, war sein Streben sogleich darauf gerichtet, den durch Napoleon's Gunst bestiegenen Thron mittels Unterhandlungen, die er wieder mit den Verbündeten anknüpfte, sich zu erhalten. Die Aeußerung Napoleon's gegen Canova: Rom zur Hauptstadt von Italien machen und Neapel damit vereinigen zu wollen, diente ihm zur Beschönigung seines Abfalls. Indem Murat den Italienern die Bildung eines fast ganz Italien umfassenden Königreichs verhieß, glaubte er deren Vaterlandsliebe zur Rettung seiner Krone, ja zur Erhöhung ihres Glanzes benutzen zu können. Sein an Napoleon gestelltes Verlangen, derselbe möge darein willigen, daß er seine Grenzen bis zum Po ausdehne, und Eugen's Herrschaft erst auf dessen linkem Ufer beginne, würdigte dieser ebenso wenig einer Antwort, als die Anzeige, daß er auf den Wunsch seiner Unterthanen dem Continentalsysteme entsagen, und nachdem er mit den Verbündeten Frieden geschlossen habe, strenge Parteilosigkeit beobachten wolle.

Murat wartete auch eine Antwort Napoleon's gar nicht ab. Er hob bereits am 11. Nov. das Continentalsystem auf, und hoffte hierdurch den Friedensvorschlägen, welche er durch den Marquis von St.-Elie dem Lord Bentinck in Sicilien eröffnen ließ, die gewünschte Annahme zu bereiten; allein das englische Cabinet schenkte seinen diesfallsigen Anträgen wenig Beachtung.

Glücklicher war der neapolitanische Gesandte Fürst Cariarti bei dem österreichischen Cabinete, da die Königin Karoline Murat in

Metternich einen Verehrer besaß, welcher durch diplomatische Ritterdienste die ihm bewiesene Gunst zu vergelten bereit war.

Im Februar 1814 wurde von einer englischen Brigg ein neapolitanisches Fahrzeug genommen; man fand darin außer anderen wichtigen Papieren zwei zärtliche Briefe Metternich's an die Königin, in denen er ihr die gefährlichen Folgen vorstellte, welche das zweideutige Benehmen ihres Gemahls haben könne, und sie ermahnte demselben zur Sicherung seiner Krone ein zuverlässiges Verhalten anzuempfehlen. Er selbst verschaffte dem von Murat angebotenen Bündnisse dadurch die Annahme des Kaisers Franz, daß er diesem vorstellte, wie Murat's Uebertritt zum Bunde gegen Napoleon nicht nur die von Oesterreich beabsichtigte Eroberung Oberitaliens, sondern auch dessen Einfluß in Unteritalien sichere. Denn Murat würde nur an Oesterreich einen politischen Rückhalt haben, während die neapolitanischen Bourbonen in ihren Familienverbindungen und an England Stützpunkte besäßen.

Während der deshalb mit dem wiener Cabinete angeknüpften Unterhandlungen brachte Murat sein Heer auf 34000 Mann, und ließ dasselbe in verschiedenen Abtheilungen vorrücken. Da seine, an den Vicekönig von Italien gerichteten Briefe die Versicherung aussprachen, daß die neapolitanischen Truppen zu Unterstützung des französischen Heeres bestimmt seien, so wurde von diesem ihr Einmarsch in Rom nicht gehindert. Napoleon, um sich Gewißheit zu verschaffen, was er bei Murat's zweideutigem Benehmen zu erwarten habe, sendete im December Fouché an ihn ab, welcher durch den Aufstand Illyriens aus dieser, seiner Leitung anvertrauten Provinz vertrieben worden war. Fouché benutzte diese Gelegenheit nach Kräften Napoleon's Sturz dadurch zu befördern, daß er Murat in seinem Entschlusse dessen Partei zu verlassen, bestärkte; denn es war seine Lieblingsidee, für den König von Rom in Frankreich eine Regentschaft zu begründen, an deren Spitze er selbst stehe. Obwol Murat öffentlich noch für Napoleon's Bundesgenossen galt, so war Fouché doch von seinen Bemühungen, sich mit Oesterreich zu verständigen, wohl unterrichtet. Mit schlauem Doppelsinne rieth er ihm daher für die einmal ergriffene Partei, welche er nicht näher bezeichnete, kräftig und entschieden zu handeln, denn nur so vermöge er den Gefahren seiner Lage zu entgehen; auch bestärkte er Murat in dem Plane, sein Reich bis zum Po auszudehnen und diesfallsige Forderungen an Napoleon zu stellen, um einen Bruch zwischen beiden herbeizuführen. An Napoleon berichtete er, daß der König von Neapel von seiner Umgebung zu einem Bündnisse mit Oesterreich

gedrängt werde, doch war er vorsichtig genug nach Frankreich zurückzukehren, ehe Murat einen offenen entscheidenden Schritt that.

Endlich gediehen die Unterhandlungen zum Abschlusse. Am 11. Jan. 1814 wurde zu Neapel von Seiten des Kaisers Franz durch die Grafen Neipperg und Mier, von Seiten des Königs Joachim durch den Marquis de Gallo ein Bundesvertrag unterzeichnet, als dessen Zweck die Bekriegung des Kaisers der Franzosen zur Erkämpfung eines das Gleichgewicht der europäischen Mächte verbürgenden Friedens bezeichnet war. Der Kaiser von Oesterreich verbürgte dem Könige von Neapel den Besitz seiner Staaten und versprach, sich bei seinen Verbündeten dahin zu verwenden, daß sie ein Gleiches thäten. Er verpflichtete sich ferner ein Heer von 60000 Mann in Italien vollzählig zu erhalten, wogegen der König 30000 Mann zu stellen versprach.

In den geheimen Artikeln verhieß Oesterreich alle Mittel anzuwenden, um zu Gunsten des Königs Joachim und seiner Nachkommen eine förmliche Verzichtleistung des Königs von Sicilien auf Neapel zu erlangen, diese sodann zu verbürgen und seine guten Dienste aufzubieten, um zwischen England und Neapel so schnell als möglich den Frieden zu vermitteln, indem erst nach dessen Abschlusse das neapolitanische Heer mit dem österreichischen zu gemeinschaftlicher Kriegführung sich zu verbinden habe. Auch versprach es beim künftigen allgemeinen Frieden dem Könige von Neapel Gebietsvermehrung und eine militärische Grenze zu verschaffen. Dagegen entsagte letzterer allen Ansprüchen auf Sicilien, und erklärte seine Bereitwilligkeit dessen Besitz dem jetzigen Herrscherhause zu verbürgen und demselben eine Entschädigung für Neapel zu verschaffen. Nach Abschluß des allgemeinen Friedens sollte zwischen den vertragschließenden Theilen ein inniges Bündniß zu gegenseitiger Vertheidigung errichtet werden. In besonderen geheimen Zusatzartikeln wurde die Gebietsvermehrung näher bestimmt und dem Könige Joachim ein von den päpstlichen Staaten zu entnehmender Landstrich (die Marken) mit 400000 Einwohnern vom Kaiser von Oesterreich zugesichert, welcher die diesfallsige Einwilligung seiner Verbündeten und des Papstes zu bewirken bemüht sein wollte. Vor der schließlichen Genehmigung hatte Oesterreich diesen Vertrag am 22. Jan. 1814 dem englischen Minister Lord Castlereagh, welcher zu Basel sich aufhielt, mitgetheilt, um dessen Zustimmung zu demselben

zu erhalten. Dieser verhieß Englands Zustimmung für den Fall, daß Murat im Kriege sich loyal benehme, und daß für den König von Sicilien eine annehmliche, wenn auch nicht völlige Entschädigung gefunden würde, worauf am 3. Febr. ein Waffenstillstand zwischen England und Neapel abgeschlossen wurde. Oesterreich aber dehnte die dem Könige Joachim für seine Krone ertheilte Gewährleistung am 3. März zu Chaumont auch auf dessen Allodialbesitzungen zu Neapel und auf die Farnese'schen Güter in Rom aus. In der am 17. Jan. von Murat erlassenen Erklärung, daß er sich den verbündeten Mächten zu Bekriegung Napoleon's anschließe, wurde der Abtretung der im Angesichte Neapels liegenden Inseln und derjenigen der neapolitanischen Flotte gedacht, ohne daß davon im Bundesvertrage mit Oesterreich die Rede war. Vermuthlich war also diese Abtretung an England in einem geheim gebliebenen Artikel ausbedungen worden.

Die förmliche Kriegserklärung des Königs von Neapel gegen Frankreich erfolgte am 15. Febr. unter dem lächerlichen Vorwande, daß die französische Besatzung von Ancona, welches er doch mit seinen Truppen eingeschlossen hatte, diese bei einem Ausfalle angegriffen habe. Uebrigens ergab sich die Besatzung schon am 18. Febr. Der Krieg wurde aber von Seiten Murat's mit solcher Unentschlossenheit und Unzuverlässigkeit geführt, daß die Verbündeten ihn in den Verdacht eines geheimen Einverständnisses mit Napoleon hatten; und der vom Fürsten Talleyrand im J. 1815 dem wiener Cabinete mitgetheilte Briefwechsel Murat's mit Napoleon hat auch den Beweis geliefert, daß er beiden Parteien gleichzeitig seine Ergebenheit versicherte, um, wie sich Lord Bentinck treffend ausdrückte, die Wagschale seiner Gunst im schicklichen Augenblicke für diejenige Seite sinken zu lassen, von welcher er den größten Vortheil erwarten durfte. [1])

Der Feldzug des Jahres 1813, in welchem der Kaiser der Franzosen seine, durch die Niederlage in Rußland erschütterte Macht wieder befestigen wollte, hatte aller seiner Anstrengungen ungeachtet den entgegengesetzten Erfolg gehabt. Mehr durch die begeisterte Tapferkeit der verbündeten Heere, als durch die Kriegskunst ihrer Feldherren, welche aus der Ueberzahl ihrer Streitkräfte selten Vortheil zu ziehen verstanden, war der Sieg über Napoleon errungen worden. Bald nach dem Rückzuge der Franzosen über den Rhein fielen alle Festungen, welche an den Ufern der Weichsel, Oder und Elbe noch in ihrer Gewalt waren, mit Ausnahme auf Magdeburgs und

---

[1]) De Martens, I, 660. Koch=Schöll, X, 457.

Hamburgs, in die Hände der Verbündeten. Frankreichs Hauptstadt war von Vertheidigern entblößt, während fremde Städte nutzlos von französischen Streitkräften besetzt waren, die an Zahl das Heer übertrafen, welches Napoleon vor seinem Sturze unter seinen Befehlen hatte.

Die Trümmer des aus Deutschland zurückgekehrten Heeres und die in Frankreich angeordneten neuen Aushebungen reichten voraussichtlich nicht hin die Ostgrenze gegen den drohenden Einfall der Verbündeten zu beschützen. Die Westgrenze hatte Wellington mit seinem siegreichen Heere bereits überschritten, er erfocht am 12. Nov. an der Nivelle einen neuen Sieg auf französischem Boden welcher den Marschall Soult zum Rückzuge nach Bayonne zwang. Spanien war bis auf wenige feste Plätze den Franzosen entrissen, und König Joseph schon seit seiner Niederlage bei Vittoria als Flüchtling nach Frankreich zurückgekehrt. Da endlich entschloß sich Napoleon auf Talleyrand's Vorstellung den Versuch zu machen, durch eine Versöhnung mit Ferdinand VII., welchen er seit sechs Jahren im Schlosse Valencay festhielt, die Zahl seiner Feinde zu verringern und die Spanier von dem englisch-portugiesischen Heere zu trennen. Er würde hierdurch in den Stand gesetzt worden sein, einen großen Theil der dem Heere Wellington's gegenüberstehenden französischen Truppen zur Vertheidigung der Ostgrenze zu verwenden. Bei der Ungewißheit des Erfolgs hielt es Napoleon jedoch seiner Würde und seinem Vortheile gemäß, den Schleier des Geheimnisses über die anzuknüpfenden Friedensunterhandlungen zu breiten. Der Staatsrath Graf Laforest, welcher damit beauftragt war, erschien unter dem Namen eines Herrn Dubosque in Valencay, und überreichte dem gefangenen Könige einen Brief, welchen Napoleon von St.-Cloud aus am 12. Nov. an ihn gerichtet hatte.

„Mein Vetter — schrieb Napoleon, denn noch erkannte er ihn nicht als König an —, die Lage meines Reichs und meine Politik veranlassen mich, Spaniens Angelegenheiten rückhaltslos zu beendigen. England reizt dessen Volk zur Gesetzlosigkeit und zum Jakobinerthum auf. Den Thron und den Adel sucht es in den Staub zu werfen, um daselbst eine Republik zu schaffen. Ich kann nicht ohne Gemüthsbewegung an die Vernichtung eines Volkes denken, welches wegen seiner Nachbarschaft und unserer rücksichtlich des Seehandels gemeinschaftlichen Interessen mir Theilnahme einflößt. Ich wünsche die Beziehungen guter Nachbarschaft und Freundschaft, welche so lange zwischen Frankreich und Spanien bestanden haben, wiederherzustellen; ich wünsche England keinen Vorwand zu lassen. Herr Graf de Laforest wird sich Ew. königl. Hoheit unter einem angenommenen Namen vorstellen. Sie kann allem dem, was er sagt, Glauben beimessen, ebenso wie der Achtung und Zuneigung, welche ich Ew. königl. Hoheit gewidmet habe. Dieser Brief, mein Vetter, hat keinen

anderen Zweck, und ich bitte Gott, daß er Ew. königl. Hoheit noch lange Jahre gewähre."

Auf Ferdinand machte diese unerwartete Kundgebung freundschaftlicher Theilnahme von Seiten des Mannes, welcher ihn des Thrones und der Freiheit beraubt hatte, nicht den gewünschten Eindruck. Er weigerte sich zu unterhandeln, bevor er mit der jetzt an der Spitze des spanischen Volks stehenden Regierung sich ins Vernehmen gesetzt, und antwortete in diesem Sinne erst am 24. Nov.:

„Sire, ich habe durch den Grafen de Laforest den Brief erhalten, welchen Ew. kaiserl. Majestät mir die Ehre erzeigt hat, am 12. d. M. an mich zu richten. Ich bezeige Ihr meine Erkenntlichkeit dafür, daß Sie durch meine Vermittelung Spaniens Wirren enden zu lassen gedenkt. Ew. kaiserl. Majestät zeigt mir an, daß England dort zur Gesetzlosigkeit und zum Jakobinerthum aufreize, Thron und Adel zu stürzen suche, um eine Republik zu schaffen; daß Sie nicht ohne Gemüthsbewegung an die Vernichtung eines Volkes denken könne, welches durch seine Nachbarschaft und sein gemeinschaftliches Interesse rücksichtlich des Seehandels Ihr Theilnahme einflöße. Ich bleibe bei meinen, dem Herrn Grafen de Laforest gegebenen mündlichen Antworten stehen. Meine Zuneigung und meine Achtung für Ew. kaiserl. Majestät ist unverändert. Aber Sie hat mich nach Valencay führen lassen, und ich vermag nichts mehr über das spanische Volk. Ich beanspruche durch Ihre Vermittelung erst eine Regierungsdeputation zu hören, welche mich von dem Zustande des Königreichs unterrichte, mir Heilmittel für die Uebel bezeichne, an denen es leiden mag, und so unsere Verbindung in den Augen meiner Unterthanen fester knüpfe. Wenn die Lage des Reichs und die Politik Ew. Majestät Sie bewegen diese Bedingung zu verwerfen, so werde ich, wie bisher, in Valencay bleiben, wo ich seit fünf und einem halben Jahre bin, und ich werde daselbst, wenn es Gott will, sterben. Es ist mir peinlich mich so auszudrücken, aber mein Gewissen gebietet es mir. Engländer und Franzosen flößen mir gleiche Theilnahme ein, aber allen ziehe ich mein Volk vor, und ich gebe hier eine neue Probe meiner Aufrichtigkeit und meiner Zuneigung zu Ew. kaiserl. Majestät, welche mich der Unbeständigkeit anklagen würde, wenn ich verspräche was ich nicht halten könnte. Sie und Europa würden mich mit Recht der Leichtfertigkeit zeihen, ja ich verdiente sogar Verachtung. Ich bin mit dem Benehmen des Grafen de Laforest sehr zufrieden; denn er hat, ohne Ihrem Interesse zu schaden, alle mir schuldigen Rücksichten sorgfältig beobachtet. Meine Brüder und mein Oheim lassen Ew. kaiserl. Majestät ihre Ehrfurcht zu Füßen legen. Ich bitte Gott, Ihnen lange Jahre zu verleihen."

Diese abschlägige Antwort, aus welcher ungeachtet der höflichen Form die wohlbegründete Abneigung gegen Napoleon hervorleuchtet, überzeugte denselben, daß er, um Erfolg zu haben, eines Vermittlers sich bedienen müsse, der durch seinen Einfluß Ferdinand ihm willfährig mache. Deshalb erhielt der Herzog von San-Carlos, welcher in der Schweiz lebte, Befehl, sich nach Valencay zu begeben. Ferdinand ließ sich durch ihn zu Unterhandlungen bestimmen, welche am 8. Dec. zu Abschließung eines Vertrags führten. In diesem

erkannte Napoleon Ferdinand VII. zuerst als König von Spanien und Indien, sowie dessen Gebiet in demselben Umfange an, wie vor dem Kriege, ohne daß von seiner, oder seines Bruders Joseph Seite auf die Rechte ausdrücklich verzichtet worden wäre, welche sie aus dem Vertrage von Bayonne abgeleitet hatten. Ferdinand verpflichtete sich Spanien und namentlich Mahon und Ceuta von den Engländern räumen zu lassen, und die Anhänger des Königs Joseph in alle ihre Rechte wieder einzusetzen. Gegenseitig verfügte Confiscationen und Sequestrationen sollten aufgehoben und die Kriegsgefangenen entlassen werden. Die beiderseitige Unabhängigkeit ihres Seerechts sei aufrecht zu halten und die Handelsverbindungen sollten, wie sie vor dem Kriege im J. 1792 bestanden hatten, wiederhergestellt werden. Seinem Vater, dem abgedankten Könige Karl IV., verpflichtete sich Ferdinand eine Jahresrente von 30 Millionen Realen, nach dessen Tode aber der Königin ein Witthum von 2 Millionen Francs zu bezahlen.

Napoleon's Plan: durch diesen Vertrag Spanien mit England zu entzweien, mißlang jedoch. Die spanische Regentschaft, welcher der Herzog von San-Carlos denselben zur Genehmigung vorlegte, verweigerte diese, weil in Gemäßheit des Cortesbeschlusses vom 1. Jan. 1811 vor der Befreiung des Königs kein Vertrag irgendeiner Art mit Frankreich abgeschlossen werden dürfe, man auch nach der Uebereinkunft mit England vom 14. Jan. 1809 sich verbindlich gemacht habe, ohne dessen Einwilligung keinen Frieden mit Frankreich zu schließen. Noch ehe der Herzog von San-Carlos mit dieser Antwort zurückkehrte, hatte Napoleon sich endlich davon überzeugt, wie nutzlos es in seiner Lage sei, den König Ferdinand und die spanischen Prinzen länger in einer kostbaren Gefangenschaft zu halten. Er ließ ihnen ihre Freiheit ankündigen, und setzte ihrer am 13. März 1814 erfolgenden Abreise nach Spanien kein Hinderniß entgegen, obschon inzwischen die Nachricht von der Verwerfung des Friedensvertrags eingetroffen war. Er hatte demnach vergeblich Ränke und Gewaltthaten angewendet, um die Herrschaft über Spanien an sich zu reißen. Der seit sechs Jahren mit beispielloser Grausamkeit geführte Krieg hatte nutzlos seine Heere und Schätze verschlungen, und nach vorübergehenden Erfolgen nur dazu gedient, seine Macht zu erschüttern und den übrigen Völkern Europas das ermuthigende Beispiel zu gewähren, wie seine Zwingherrschaft zu vernichten sei.

Auch in der Schweiz erregten die Erfolge der Verbündeten den Wunsch das Band zu lösen, womit Napoleon's Einmischung in

ihre inneren Angelegenheiten sie an Frankreich gefesselt hatte. Zwar war durch die unter Napoleon's Vermittelung begründete Verfassung, welche den früheren 13 Cantonen 6 neue, aus den ehemaligen Unterthanenländern der ersteren gebildete Cantone hinzufügte, allen Schweizern die Wohlthat gleicher staatsbürgerlicher Rechte gewährt worden, zwar war an die Stelle der nach französischem Muster geschaffenen helvetischen Republik und ihrer unvolksthümlichen Centralregierung eine, der alten Eidgenossenschaft ähnliche Bundesverfassung getreten, welche vor dieser den Vorzug kräftigeren Zusammenwirkens hatte; allein das, mit dieser Verfassung gleichzeitig ins Leben gerufene Bündniß mit Frankreich, welches den Schweizern aufgedrungen wurde, zwang dieselben, wie die Deutschen des Rheinbundes, an allen Kriegen theilzunehmen, die Napoleon's unersättlicher Ehrgeiz entzündete, zwang sie Gut und Blut fremden Zwecken zu opfern.

Zum Kriege gegen Rußland hatte die Schweiz 16000 Mann stellen müssen, von denen der größte Theil umgekommen war. Der Feldzug von 1813 hatte Napoleon außer Stand gesetzt, die Stellung eines neuen Hülfsheeres zu erzwingen, jedoch waren die noch bestehenden Schweizerregimenter mit neuer Mannschaft ergänzt worden. Nichtsdestoweniger hatte die nach Frieden sich sehnende Schweiz in einer, am 18. Nov. zu Zürich abgehaltenen außerordentlichen Tagsatzung erklärt: ferner parteilos in einem Kriege sein zu wollen, welcher ihrem Interesse fremd war.

Sie zeigte diesen Beschluß sowol dem Kaiser der Franzosen, als den Verbündeten an, und ersterer beeilte sich auch die Parteilosigkeit der Schweiz anzuerkennen. Denn war infolge derselben den Streitkräften der Verbündeten der Durchzug durch schweizer Gebiete verwehrt, so konnte der verwundbarste Theil von Frankreichs Ostgrenze von ihnen nicht angegriffen werden.

Die Verbündeten dagegen waren weit entfernt, durch Anerkennung der erklärten Parteilosigkeit ihrem schlauen Feinde diesen Vortheil zuzugestehen. Sie waren auch in rechtlicher Beziehung hierzu nicht verpflichtet, weil die Schweiz bis dahin Frankreichs Bundesgenosse gewesen war. Von der aristokratischen Partei, welche früher die Regierungsgewalt in den einzelnen Cantonen wie ein Vermögensrecht ausgebeutet hatte und die Wiederkehr derartiger politischer Zustände wünschte, war Oesterreich sogar mit der Bitte bestürmt worden: in die Schweiz einzurücken und die alten, von ihr als legitim bezeichneten Cantonsregierungen wiederherzustellen. Die Ver-

bündeten ließen nun durch den beim Landamman der Schweiz beglaubigten österreichischen Gesandten am 8. Dec. eine Note überreichen, in welcher sie darauf hinwiesen, daß der Kaiser der Franzosen nicht nur ihr Feind, sondern auch derjenige der Schweizer sei, die er unterjocht habe, und daß man ihn nur bekriege, um Europas Unabhängigkeit gegen seine ferneren Eingriffe sicher zu stellen.

Als demungeachtet aber die Schweizer keine Lust bezeigten gegen Frankreich die Waffen zu ergreifen, vielmehr zur Aufrechthaltung der erklärten Parteilosigkeit Truppen an ihre Grenze sandten, so wurde von den Bevollmächtigten Oesterreichs und Rußlands, dem Ritter von Lebzeltern und dem Grafen Capodistrias, am 20. Dec. folgende Erklärung überreicht:

„Seit Jahrhunderten hatte die Schweiz eine Unabhängigkeit genossen, welche sie selbst beglückte, ihren Nachbaren nützlich, für die Aufrechthaltung des politischen Gleichgewichts von Europa nothwendig war. Die Geißel der französischen Revolution und der Krieg, welche seit zwanzig Jahren die Wohlfahrt der europäischen Staaten untergraben haben, verschonten ebenso wenig die Schweiz. Erschüttert in ihrem Inneren, geschwächt durch fruchtlose Versuche, der Gewalt zu widerstehen, welche wie ein zerstörender Strom hereinbrach, wurde sie von Frankreich, welches sich ihren Freund nannte, nach und nach aller Schutzwehren ihrer Unabhängigkeit beraubt. Endlich gründete der Kaiser Napoleon auf den Trümmern der schweizerischen Bundesverfassung eine wahrhafte, dauernde Herrschaft, verhüllt zwar unter einem neuen Titel, aber unverträglich mit der Unabhängigkeit des Bundes, mit dessen alter, von allen Mächten Europas geachteten Freiheit, mit diesem Pfande der Freundschaft, in welcher die Schweiz bis zum Augenblicke ihrer Unterdrückung mit allen anderen Staaten gelebt hat, und welche die Grundlage jeder wahrhaften Parteilosigkeit ist. Die Grundsätze, welche in dem gegenwärtigen Kriege die verbündeten Souveräne beseelen, sind bekannt. Jedes Volk, welches nicht den Begriff seiner Unabhängigkeit verloren hat, muß sie anerkennen.

Die Souveräne wünschen, daß die Schweiz gleichzeitig mit ganz Europa dieses erste volksthümliche Recht wiedererlange, und zugleich durch Herstellung seiner alten Grenzen das Mittel, diese Unabhängigkeit aufrecht zu halten. Aber sie können eine Parteilosigkeit nicht anerkennen, welche im Hinblicke auf die politischen Beziehungen der Schweiz nur dem Namen nach besteht. Die verbündeten Heere hoffen bei ihrem Eintritte in die Schweiz nur Freunde zu finden. Ihre kaiserl. Majestäten verpflichten sich förmlich nicht eher die Waffen niederzulegen, bis sie der Schweiz die Zurückerstattung der ihr von Frankreich entrissenen Länder gesichert haben. Ihre Majestäten werden durchaus nicht in die innere Regierung der Schweiz sich mischen, aber sie können ebenso wenig gestatten, daß dieselbe einem fremden Einflusse unterworfen bleibe. Von dem Tage an, wo sie frei und unabhängig sein wird, werden sie auch ihre Parteilosigkeit anerkennen. Sie erwarten von der Vaterlandsliebe eines achtbaren Volkes, daß es treu den Grundsätzen, welche in den vergangenen Jahrhunderten seinen Ruhm begründet haben, seine Mitwirkung den großen und edelmüthigen Unternehmungen nicht versagen werde, für welche alle Souveräne und alle Völker Europas sich verbunden haben. Die Unterzeichneten sind zugleich beauftragt Sr. Excellenz, dem Herrn Landamman, den Aufruf und den Tagesbefehl mitzutheilen, welche der Oberbefehlshaber

des großen verbündeten Heeres bei seinem Eintritte in die Schweiz veröffentlichen wird. Sie schmeicheln sich, daß man in diesen beiden Schriftstücken die wahren Gesinnungen Ihrer kaiserl. Majestäten für den helvetischen Bund ohne Mühe erkennen werde."

In einer Ansprache an die Truppen wurde denselben eine ihrer Tapferkeit würdige Mannszucht eingeschärft. Am 21. Dec. führte Fürst Schwarzenberg das verbündete Heer über die Grenze der Schweiz. Deren, von Watteville befehligte Streitkräfte, etwa 12000 Mann stark, zogen sich, da sie in einen hoffnungslosen Kampf sich nicht einlassen wollten, zurück. Eine an demselben Tage von Lörrach aus erlassene Denkschrift entwickelte in noch umständlicherer Weise, als die bereits übergebene Note die Gründe, aus welchen die Verbündeten die Parteilosigkeit der Schweiz nicht anerkannten und dieselbe mit ihren Heeren durchzogen. Es hieß unter anderem in dieser Erklärung:

„In den Augen der Welt ist dieser Schritt vielleicht hinreichend durch die Nothwendigkeit gerechtfertigt, welche ein Unternehmen auferlegt, dessen Gerechtigkeit allgemein anerkannt ist. Dennoch würde eine so wichtige Rücksicht den vereinigten Mächten nicht genügend erscheinen, wenn die Schweiz in einer Lage wäre, welche ihr erlaubte den Fortschritten ihrer Waffen eine rechtmäßige und wahrhafte Parteilosigkeit entgegenzusetzen; aber die Schweiz befindet sich so wenig in diesem Falle, daß man nach allen Grundsätzen des Völkerrechts berechtigt ist das, was sie heute ihre Parteilosigkeit nennt, als nichtig zu betrachten. Die verbündeten Mächte bestreiten so wenig das Recht jedes unabhängigen Staates nach Neigung und Einsicht seine Beziehungen zu den benachbarten Staaten festzustellen, daß sie vielmehr hauptsächlich zu Aufrechthaltung dieses Rechts die Waffen ergriffen haben. Kein noch so unbedeutender Staat ist in der Wahl der Maßregeln, welche er ergreifen will, zu beeinträchtigen, sobald er fähig ist sich frei und offen ohne fremden Einfluß zu bestimmen, und wenn er in einem Kampfe zwischen zwei mächtigeren Nachbaren sich parteilos erklärt, so würde jede Verletzung seines Landesgebiets eine Verletzung des Völkerrechts sein."

Die Verbündeten erkannten also, um die Berechtigung ihres Verfahrens gegen die Schweiz außer allen Zweifel zu stellen, sogar ideale, kaum je in der Wirklichkeit beobachtete Vorschriften des Völkerrechts an, und konnten dies um so eher thun, als diese schönen Worte sie nichts kosteten. Denn sie handelten als ob sie der entgegengesetzten Meinung wären und rechtfertigten dies durch die Andeutung, daß die Schweiz, unfähig den Verbündeten Widerstand zu leisten, nur so lange für parteilos gelten wolle, bis sie unter günstigen Umständen wieder als Frankreichs Bundesgenosse auftreten könne.

Hätte die Schweiz genügende Streitkräfte gehabt, um den Verbündeten den Durchzug zu verwehren, so würden diese ihre Parteilosigkeit trotz der bisherigen politischen Beziehungen der Schweiz zu

Frankreich anerkannt haben. Dies Anerkenntniß fiel aber weg, da ihr die Streitkräfte fehlten, und so mußte sie sich dem Verlangen der Verbündeten fügen.

Da deren Erklärung dies deutlich genug zu verstehen giebt, und man nur nach einem Grunde suchte, um die Nichtbeachtung der erklärten Parteilosigkeit zu rechtfertigen, so muß es Verwunderung erregen, daß die Verbündeten zu Rechtfertigung ihres Verfahrens sich nur auf die Verfassung beriefen, welche die Schweiz durch Napoleon's Vermittelung erhalten hatte, hieraus deren Abhängigkeit von Napoleon folgerten, und dies als Grund angaben, weshalb sie die Erklärung ihrer Parteilosigkeit nicht beachten könnten. Statt dieser weitläufigen und unzureichenden Erörterungen brauchten sie nur auf die Thatsache hinzuweisen, daß die Schweiz als Bundesgenosse Frankreichs an dessen Angriffskriege gegen Rußland mit einem Hülfsheere theilgenommen habe. Das von ihr bekriegte Rußland war jetzt nach Zurückschlagung jenes Angriffs im Begriff: durch einen Einfall in Frankreich dessen Kaiser zum Frieden zu zwingen, und deshalb auch berechtigt, Napoleon's Bundesgenossen diesem Zwecke gemäß zu behandeln. Mit einer solchen Erklärung hätte auch der sofortige Einmarsch des verbündeten Heeres in besserem Einklange gestanden; man wartete nämlich gar nicht ab, ob jene geschraubten diplomatischen Schriftstücke die schweizerische Bundesregierung zu der Ansicht der Verbündeten bekehren würden, oder nicht.

Der Grund, daß man sich auf den eigentlich bestehenden Kriegszustand nicht berief, lag darin, daß Kaiser Alexander denselben als bestehend nicht ansah, und von einem Einmarsche in die Schweiz nichts wissen wollte. Durch seinen ehemaligen Lehrer, den Waadtländer Laharpe, bewogen die Unabhängigkeit von dessen engerem Vaterlande gegen Bern zu beschützen, sah er voraus, daß die aristokratische, der Gunst Oesterreichs sich erfreuende Partei den Einmarsch der Verbündeten dazu ausbeuten werde, die Landeshoheit der alten Cantone über die ehemaligen Unterthanenländer der Schweiz wiederherzustellen, was er nicht wollte. Als er erfuhr, daß der dennoch wider den Willen der Tagsatzung erfolgte Einmarsch der Verbündeten in die Schweiz die von ihm befürchteten Umwälzungen hervorgerufen habe, sprach er gegen Oesterreich seine Unzufriedenheit hierüber aus, und erklärte zugleich die Unterdrückung der neuen Cantone nicht dulden zu wollen. Metternich hatte jedoch seinen Zweck erreicht. Die bisherige Verfassung der Schweiz wurde aufgehoben und der Angriff Frankreichs von Südosten ermöglicht, wodurch

dasselbe hauptsächlich verhindert werden sollte Hülfstruppen nach Oberitalien zu senden, welches Oesterreich sich unterwerfen wollte. Bei der geschilderten Gesinnung Alexander's ist es jedoch befremdend, daß sein Bevollmächtigter gemeinsam mit dem Oesterreichs handelte, und es kann dies nur darin seinen Grund haben, daß die Verhaltungsbefehle des Grafen Capodistrias entweder nicht mit der gehörigen Bestimmtheit abgefaßt waren, oder Alexander in Bezug auf die gegen die Schweiz zu befolgende Politik infolge der Bemühungen Laharpe's seine Meinung geändert hatte.

Die Abgeordneten der Cantone Uri, Schwyz, Luzern, Zürich, Glarus, Zug, Freiburg, Basel, Schaffhausen und Appenzell unterzeichneten schon am 29. Dec. zu Zürich eine Erklärung, in welcher sie aussprachen, die durch Napoleon's Vermittelungsurkunde eingeführte Bundesverfassung sei aufgehoben, doch der alte Bund nicht allein aufrecht zu erhalten, sondern vielmehr zu kräftigen. Die alten Cantone sowol, als die neuen, deren Eigenschaft als Bundesglieder man anerkannte, wurden zu Erneuerung des Bundesvertrags eingeladen. Ein den Rechten eines freien Volks widersprechendes Unterthanenverhältniß der Glieder zu einander solle im gemeinschaftlichen Vaterlande nicht ferner stattfinden, Zürich solle einstweilen die Leitung der Geschäfte übernehmen und über die Erklärung der Verbündeten sich mit denselben verständigen. Noch an demselben Tage wurde diese Erklärung auch durch die Abgeordneten von St.-Gallen, Thurgau, Aargau und Waadtland, am folgenden Tage durch diejenigen von Solothurn und Graubünden unterzeichnet. Tessin, Unterwalden und Bern, deren Abgeordnete noch nicht in Zürich angekommen waren, traten später dieser Uebereinkunft bei. Die Bevollmächtigten Oesterreichs und Rußlands forderten aber in einer Note vom 31. Dec. die Tagsatzung auf, der Schweiz eine neue, deren Unabhängigkeit sichernde Verfassung zu geben, welche von den Verbündeten sofort anerkannt werden würde. Sie wiederholten auch in deren Namen das Versprechen, die von der Schweiz abgerissenen Landestheile mit derselben wieder zu vereinigen.[1])

Trotz der ungenügenden Streitkräfte, welche Napoleon dem nun wider ihn verbündeten Europa zur Vertheidigung seiner Krone entgegenzusetzen hatte, wurde nicht von ihm, sondern von seinen Gegnern der Versuch gemacht, durch Anbieten billiger Bedingungen dem Welttheile den Frieden zurückzugeben. Das österreichische Cabinet,

---

[1]) Schöll, II, 1—17, 20—22; IV, 42—44, 81—83.

welches sich gern der Nothwendigkeit überhoben gesehen hätte, einen neuen Feldzug gegen ihn zu eröffnen, war es auch jetzt, welches die übrigen Mächte zu dem Versuche bestimmte, ob der Kaiser der Franzosen, nachdem man ihn zum Rückzuge über den Rhein gezwungen und sein Heer fast vernichtet hatte, geneigter sei unter annehmlichen Bedingungen Frieden zu schließen, als während jener Pause der leipziger Völkerschlacht, wo er den in seine Gewalt gefallenen Grafen Meerveldt an den Kaiser Franz absendete, um unter Vorspiegelung von Friedensunterhandlungen einen, seinen Rückzug sichernden Waffenstillstand zu erlangen.

Metternich, der Lenker der österreichischen Politik, der gewandteste und einflußreichste Staatsmann im Rathe der Verbündeten, wußte die vortheilhafte Stellung, welche Oesterreich der Gunst der Umstände dankte, gut zu benutzen und seine Ansicht geltend zu machen, daß man Friedensliebe zeigen und zu deren Bethätigung Unterhandlungen anknüpfen müsse. Die erreichten Erfolge erschienen ihm nämlich genügend, um für Oesterreich vortheilhafte Friedensbedingungen zu erhalten, ohne dasselbe weiteren Anstrengungen und Gefahren auszusetzen. Die verlorenen Provinzen, oder genügende Entschädigung für das nicht Zurückerstattete hoffte er für Oesterreich zu erlangen. Je weniger deutsches Land zur Entschädigung Preußens für dessen Gebietsverluste vorhanden war, desto schwieriger war es für Rußland seine Absichten auf die Erwerbung des Großherzogthums Warschau durchzuführen, und je weniger diese beiden jetzt mit Oesterreich verbündeten Nachbaren im Stande waren ihr Gebiet zu vergrößern, um so viel günstiger erschien des ersteren Lage. Napoleon zu entthronen lag Oesterreichs Absichten fern. War die Oberherrschaft desselben gebrochen, und gelang es ihn zu bewegen die Schranken anzuerkennen, welche Metternich zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, wie er es auffaßte, für nothwendig hielt, so schien ihm der dem österreichischen Hause verschwägerte Kaiser der Franzosen trefflich geeignet, als Gegengewicht für den Ehrgeiz des Kaisers aller Reußen verwendet zu werden.

Zum Glück für Europa wurde aber dem österreichischen Minister der Versuch erspart dies zu erproben und die Erfahrung zu machen, daß ein so außerordentlicher Mann wie Napoleon als unberechenbare Größe seiner diplomatischen Berechnungen gespottet hätte. Rußland und Preußen, vor allen aber England, zweifelten zwar mit Recht an der Dauerhaftigkeit eines jeden, mit Napoleon geschlossenen Friedens, gleichwol erschien ihnen der französische Kaiser trotz der großen

Schwächung seiner Macht noch zu furchtbar, um seine Thronentsagung als erste Bedingung eines Friedens mit Frankreich aufzustellen.

Der französische Gesandte in Weimar, Baron St.-Aignan, war am 24. Oct. den verbündeten Truppen in die Hände gefallen und hatte, um nicht mit den übrigen Gefangenen nach Böhmen geschickt zu werden, an Metternich sich gewendet, da er in seiner Eigenschaft als Gesandter nicht unter dem Kriegsgesetze stehe. Dieser, welcher in ihm, dem Schwager Caulaincourt's, einen Friedensboten erblickte, wie er ihn gar nicht besser wünschen konnte, hatte demselben unter den verbindlichsten Ausdrücken seine Freiheit zugesichert und ihn in einer Unterredung von den freundschaftlichen Gesinnungen des österreichischen Cabinets für den Kaiser der Franzosen zu überzeugen gesucht.

„Ihr Kaiser", sagte er zu St.-Aignan, „ist seit zwei Jahren in Täuschungen befangen. Er hat zuerst geglaubt den Frieden von Moskau aus schließen zu können, dann war er der festen Zuversicht ihn in Dresden zu schließen. Er hat nicht geglaubt, daß wir Krieg gegen ihn führen würden, und wenn wir ihn führten, daß er die Elblinie nicht werde halten können. Und jetzt, wer kann die Ergebnisse des Feldzugs berechnen? Caulaincourt weiß, daß ein Actenstück vorhanden ist, durch dessen Inhalt binnen sechzig Stunden der Frieden hergestellt werden konnte. Aber der Kaiser glaubte immer, wir würden keinen Krieg führen. In einer neunstündigen Unterredung habe ich ihn fünf Mal darauf vorbereitet, aber nichts konnte ihn davon überzeugen. Wir wollen aufrichtig den Frieden, wir wollen ihn noch, und werden ihn schließen. Es kommt nur darauf an, die Sache offen und ohne Umwege anzugreifen. Die Coalition wird einig bleiben. Indirecte Mittel können nichts mehr helfen."[1])

Nachdem Metternich den Umstand, daß sein Kaiser auf die ihm durch den Grafen Meerveldt von Napoleon gemachten Eröffnungen nicht geantwortet habe, mit dem von jenem seinen Bundesgenossen gegebenen Versprechen gerechtfertigt hatte, in keine besonderen Unterhandlungen sich einzulassen, ersuchte er St.-Aignan einstweilen in Teplitz so lange zu warten, bis er wegen der zu übernehmenden Friedensbotschaft an Napoleon weitere Mittheilungen erhielte. So eifrig nämlich Metternich seinen Friedensplan auch verfolgte, so sah er doch ein, daß er erst abwarten müsse, ob und mit welchem Erfolge Napoleon seinen Rückzug über den Rhein bewirkt habe, da

---

1) Bignon, XIII, 23.

Wrede beauftragt worden war ihm denselben zu verlegen. Früher konnte er keine Schritte thun, um die Vertreter der mit Oesterreich verbundenen Mächte für seine Absicht zu gewinnen. Seine Aeußerungen gegen St.-Aignan bewiesen jedoch, daß er keine neue Niederlage Napoleon's voraussetzte, und die dem General Wrede vom Oberbefehlshaber Fürsten Schwarzenberg gewordene, obgedachte Weisung Würzburg zu nehmen, hatte Metternich selbst veranlaßt.

Nur Wrede's Kampflust hatte die goldene Brücke, welche die österreichische Politik dem fliehenden Schwiegersohne des Kaisers Franz bauen wollte, in einen stählernen Schlagbaum verwandelt, der sich aber wegen der schon gerügten Umstände als ungenügend erwies.

Noch am 8. Nov., wo St.-Aignan auf Metternich's Einladung in Frankfurt eintraf, hatte er mit diesem eine Unterredung. Er machte ihn darauf aufmerksam, wie räthlich es sei, daß Napoleon bei den von den Verbündeten davongetragenen Erfolgen und der in Deutschland eingetretenen Umwälzung Frieden schließe. Die Mäßigung der Verbündeten würde ihm denselben erleichtern, und selbst England dem unabhängigen Holland Zugeständnisse machen, welche es demselben, bliebe es französische Provinz, verweigern würde.

Die Verbündeten hätten dem Kaiser Franz, noch bevor er sich ihnen angeschlossen, die deutsche Kaiserkrone angeboten, allein dieser habe einen so gehaltlosen Titel abgelehnt, denn er übe jetzt einen größeren Einfluß auf Deutschland aus, als zur Zeit, wo er jenen Titel noch geführt habe.

Durch Abschließung eines dauerhaften Friedens erspare Napoleon der Menschheit große Leiden, dem französischen Reiche große Gefahren. Möchte er doch einsehen, daß ein Gleichgewicht unter den europäischen Mächten nicht blos möglich, sondern nothwendig sei. Man habe ihm in Dresden vorgeschlagen, daß diejenigen Länder, welche er zu besitzen aufhören würde, wie z. B. das Großherzogthum Warschau, zu Gewährung von Entschädigungen benutzt werden sollten, derselbe Grundsatz solle auch jetzt maßgebend sein.

Bei der am Abende des folgenden Tages stattfindenden zweiten Unterredung ersuchte Fürst Metternich den Baron St.-Aignan, er möge dem Herzoge von Vicenza die Versicherung ertheilen, wie unverändert die Achtung sei, welche dessen edler Charakter ihm einflöße, und händigte ihm sodann einen Brief des Kaisers Franz an seine Tochter ein, worin das Versprechen enthalten war, daß

er, was auch geschehen möge, ihre und seines Enkels Sache nie von derjenigen Frankreichs trennen werde. Es lag in diesen Worten eine Gewährleistung des französischen Thrones für Napoleon's Familie, die aber durch die eintretenden Ereignisse sich als wirkungslos erweisen sollte.

Bald darauf erschien der mit Metternich stets einverstandene Graf Nesselrode, und bestätigte mit wenigen Worten des ersteren Mittheilungen wegen der beabsichtigten Friedensbotschaft, indem er hinzufügte: der Freiherr von Hardenberg sei zwar nicht gegenwärtig, genehmige jedoch ebenfalls alles Gesagte. Hardenberg war nach der Schlacht bei Leipzig mit seinem Könige nach Berlin gegangen. Wie der Kaiser von Rußland in Prag des Königs von Preußen völlige Uebereinstimmung mit ihm versichert hatte, so that dies jetzt sein Minister in Bezug auf den nicht erschienenen preußischen Collegen; es lag hierin ein neuer Beweis, daß in dem zwischen den beiden Mächten stattfindenden Verhältnisse keine vollständige Ebenbürtigkeit herrschte, weil Hardenberg von Anfang an Preußen mehr als Schützling Rußlands, statt als gleichberechtigten Bundesgenossen hatte auftreten lassen.

Der französische Gesandte wurde nun aufgefordert die ihm gemachten Mittheilungen zur Vermeidung von Irrthümern schriftlich aufzuzeichnen, was dieser auch sofort in einem ihm dazu eingeräumten Nebenzimmer that. Als er nach vollendeter Niederschrift wieder in das Versammlungszimmer trat, stellte ihm Metternich den inzwischen erschienenen Lord Aberdeen vor, und fügte hinzu: „Wir sind alle derselben Ansicht. Auch für den abwesenden Baron Hardenberg darf ich dasselbe versichern. Wir wollen daher in unseren Erörterungen fortfahren. Theilen Sie uns Ihre Notizen mit.“

Die verbündeten Mächte — las nun St.-Aignan — seien durch unauflösliche Bande vereinigt, welche ihre Stärke ausmachten, und die von ihnen daher stets beibehalten werden würden. Die gegenseitigen Verpflichtungen, welche sie eingegangen wären, bezögen sich nur auf die Stiftung eines allgemeinen Friedens. Zur Zeit des Congresses zu Prag habe man nur an einen Frieden für das Festland denken können, weil die Umstände nicht die Zeit gewährten, sich behufs anderer Untersuchungen zu verständigen. Jetzt wären aber die Absichten aller Mächte und auch diejenigen Englands bekannt. Es sei daher nutzlos jetzt noch einen Waffenstillstand, oder eine Unterhandlung zu wollen, welche nicht den allgemeinen Frieden

zum ersten Grundsatze habe. Die verbündeten Souveräne wären über die Macht und das Uebergewicht einverstanden, welche Frankreich in seiner Unverletztheit behalten solle, indem es sich auf seine natürlichen Grenzen beschränke, welche der Rhein, die Alpen und Pyrenäen bildeten. Der Grundsatz der Unabhängigkeit Deutschlands sei eine unerläßliche Bedingung; Frankreich brauche deswegen nicht auf den Einfluß zu verzichten, welchen jeder große Staat nothwendig auf einen Staat von geringerer Stärke ausübe, wohl aber auf jede Oberherrschaft über Deutschland. Uebrigens sei es der Kaiser Napoleon, der die Zweckmäßigkeit des Grundsatzes behauptet habe: Großmächte müßten durch schwächere Staaten von einander geschieden sein. Auf der Pyrenäenseite sei die Unabhängigkeit Spaniens und die Wiedereinsetzung der alten Herrscherfamilie ebenfalls eine unerläßliche Bedingung. In Italien müsse Oesterreich eine Grenze haben, welche Gegenstand der Unterhandlung sein werde. Piemont biete mehrere Linien, welche man erörtern könne, ebenso wie der italienische Staat, vorausgesetzt, daß er wie Deutschland unabhängig von Frankreich, oder jeder anderen Macht regiert werde. Selbst der holländische Staat bilde einen Gegenstand der Unterhandlung, jedoch müsse man dabei stets von dem Grundsatze seiner Unabhängigkeit ausgehen. England wäre bereit die größten Opfer für einen auf diesen Grundlagen beruhenden Frieden zu bringen, und die Freiheit des Handels und der Schiffahrt, auf welche Frankreich berechtigten Anspruch habe, anzuerkennen.

Wenn diese Grundsätze eines allgemeinen Friedens durch Se. Majestät genehmigt wären, so könne man auf dem rechten Ufer des Rheins einen passenden Ort für parteilos erklären, wo die Bevollmächtigten aller kriegführenden Mächte sich sofort hinbegäben, ohne daß jedoch die Unterhandlungen die kriegerischen Unternehmungen hemmten.

Man war mit dem Vorgelesenen einverstanden. Graf Nesselrode äußerte noch, in welcher Achtung der Herzog von Vicenza bei dem Kaiser Alexander stehe, und daß dieser glaube, man würde sich, wenn jener mit den Unterhandlungen beauftragt werde, bald verständigen. St.-Aignan aber reiste in der Nacht zum 11. Nov. ab, um eine schnelle und bestimmte Antwort seines Kaisers auszuwirken.

Wie wenig Zuversicht auf eine siegreiche Entscheidung die bereits errungenen Siege den im Rathe der Verbündeten sitzenden Diplomaten einflößten, geht aus dem Umstande hervor, daß diese Helden von der Feder kein Bedenken trugen, im Namen ihrer Souveräne,

d. h. fast sämmtlicher Fürsten Europas, dem vereinzelt dastehenden Napoleon nach seiner Niederlage bei Leipzig die Versicherung zu ertheilen, dieselben wären sämmtlich darüber einverstanden, daß Frankreich seine natürlichen Grenzen und damit das Uebergewicht seiner Macht bewahre. Das europäische Gleichgewicht, dessen Wiederherstellung sie so oft als den Zweck ihrer Bestrebungen aufstellten, verstanden sie daher damals noch in der Weise, daß Frankreich nicht mächtiger sei, als das ihm vereint gegenüberstehende Europa. Wie gerechtfertigt war daher die jener Zeit ausgesprochene Klage, daß die Feder verderbe, was das Schwert errungen habe!

Je demüthiger diese Diplomaten ihre bescheidenen Ansprüche vorbrachten, desto mehr besann sich Napoleon im Gefühle seiner persönlichen Ueberlegenheit das Geforderte zu bewilligen. Jenen vermochten zahlreiche und siegreiche Heere nicht den Muth einzuflößen, die Beseitigung des unverbesserlichen Störers des Weltfriedens als Aufgabe ihrer Anstrengungen zu betrachten. Dieser dagegen, auf den Trümmern seiner Macht, zögerte Anerbietungen anzunehmen, welche das, was er unter den obwaltenden Umständen vernünftigerweise erwarten konnte, so weit übertrafen, daß ein nur einigermaßen ebenbürtiger Gegner sie nie gemacht haben würde. Statt diesen unerwarteten Glücksfall zu benutzen und in die vorgeschlagene Begrenzung Frankreichs zu willigen, durch welche es noch immer der bei weitem mächtigste Staat Europas geblieben wäre, statt hierdurch seinen wankenden Thron zu befestigen, ließ er den Herzog von Bassano von Paris aus unter dem 16. Nov. Folgendes antworten:

„Der Herr Baron von St.-Aignan ist am gestrigen Montage angekommen und hat uns nach den Mittheilungen, welche ihm durch Ew. Excellenz gemacht worden sind, berichtet, daß England zu der vorgeschlagenen Eröffnung eines Congresses für den allgemeinen Frieden seine Zustimmung gegeben habe, sowie daß die Mächte geneigt seien, auf dem rechten Rheinufer eine Stadt für die Vereinigung der Bevollmächtigten als parteilos zu erklären. Se. Majestät wünscht, daß Manheim diese Stadt sei. Der Herr Herzog von Vicenza, welchen sie als ihren Bevollmächtigten bezeichnet hat, wird, sobald Ew. Excellenz mich von dem Tage in Kenntniß gesetzt haben werden, welchen die Mächte für die Eröffnung des Congresses bestimmt haben, sich dahin begeben. Es scheint uns zweckmäßig, mein Herr, und außerdem dem Gebrauche gemäß, daß keine Truppen in Manheim seien, sondern daß der Dienst von der Bürgerschaft gethan werde, während die Polizei einem von dem Großherzoge von Baden ernannten Beamten anvertraut würde. Wenn man Reiterpiquets für angemessen hielte, so müßte ihre Anzahl von beiden Seiten gleich sein. Was den Depeschenwechsel des englischen Bevollmächtigten mit seiner Regierung betreffe, so könnte derselbe durch Frankreich über Calais statthaben. Ein Friede, dem die Unabhängigkeit aller Nationen sowol auf dem festen Lande, als auf dem Meere zu Grunde liegt, ist stets der Gegenstand der Wünsche und der Politik des Kaisers gewesen.

Se. Majestät sieht den Bericht, welchen Herr von St.-Aignan über die Aeußerungen des englischen Ministers abgestattet hat, als eine glückliche Vorbedeutung an."

Die von den Verbündeten dem Kaiser der Franzosen vorgeschlagenen Friedensgrundlagen waren gewiß die günstigsten, welche derselbe zu einer Zeit erwarten durfte, wo er im Begriffe stand aus den Trümmern seines Hauptheeres und durch neue Aushebungen erst wieder ein Heer zur Vertheidigung Frankreichs zu schaffen. Nur infolge Metternich's eifriger Bemühungen hatten die Vertreter der Mächte eingewilligt, sie einstweilen zum Ausgangspunkte der Unterhandlungen zu machen. Dennoch beeilte Napoleon sich nicht, seine Zustimmung zu diesen Friedensgrundlagen zu geben und die Eröffnung des Congresses zu beschleunigen. Sein Minister verbreitete sich über geringfügige Nebendinge, während er auf die Hauptsache gar nicht einging, sondern mit einigen allgemeinen Worten seine Bereitwilligkeit zu unterhandeln versicherte. Metternich's Eifer, einen Friedenscongreß zu Stande zu bringen, erkaltete aber deshalb nicht. Er schrieb am 25. Nov. zurück:

„Ihre Majestäten haben mit Vergnügen gesehen, daß Se. Majestät, der Kaiser der Franzosen, die vertrauliche Unterhandlung mit Herrn von St.-Aignan als einen Beweis von den friedlichen Gesinnungen der hohen verbündeten Mächte angesehen hat. Beseelt von demselben Geiste, unveränderlich in ihrem Gesichtspunkte und unzertrennbar in ihrem Bündnisse, sind sie bereit in Unterhandlung zu treten, sobald sie die Gewißheit haben, daß Se. Majestät, der Kaiser der Franzosen, die allgemeinen und summarischen Grundlagen zugiebt, welche ich in meiner Unterhandlung mit dem Baron St.-Aignan angedeutet habe. In Ew. Excellenz Briefe werden indessen diese Grundlagen gar nicht erwähnt. Er beschränkt sich darauf einen Grundsatz auszudrücken, welchen alle Regierungen Europas haben, und den alle an die Spitze ihrer Wünsche setzen. Dieser Grundsatz kann jedoch in Betracht seiner Allgemeinheit nicht die Grundlagen ersetzen. Ihre Majestäten wünschen, daß Se. Majestät der Kaiser Napoleon sich über dieselben erklären wolle, als das einzige Mittel zu verhüten, daß bei Eröffnung der Unterhandlungen unübersteigliche Schwierigkeiten deren Fortgang hindern. Die Wahl der Stadt Manheim scheint den Verbündeten keine Schwierigkeit darzubieten. Die Erklärung ihrer Parteilosigkeit und die von Ew. Excellenz vorgeschlagenen polizeilichen Maßregeln, welche dem Herkommen ganz gemäß sind, können in keinem Falle dergleichen verursachen." [1])

Während der österreichische Minister so unverdrossen die fortwährende Bereitwilligkeit der verbündeten Mächte Friedensunterhandlungen anzuknüpfen hervorhob, wenn Napoleon nur erst zu erkennen gegeben haben würde, daß er auf den vorgeschlagenen Grundlagen unterhandeln wolle, war der Kronprinz von Schweden

---

[1]) Montholon, Mémoires, II, 281, 283, 289.

bemüht seinen Plan: an Napoleon's Stelle den französischen Thron zu besteigen, nach Kräften zu fördern.

Er ließ durch den General von Krusemark an den König von Preußen schreiben:

Für den Fall, daß man so glücklich sei Napoleon vom Throne zu stürzen, werde der König vielleicht seine (Bernadotte's) diesfallsigen Hoffnungen nicht zu kühn finden, auch wol nicht bezweifeln, daß seine Erhebung für die preußische Monarchie sehr vortheilhaft wäre. Hiermit sich nicht begnügend, sandte er den Major Grafen Kalkreuth an den König von Preußen ab, um mündlich jenes Schreiben zu unterstützen. Als er diesem Offizier die hierzu nöthige Anleitung gab und von seinen Verbindungen und seiner Beliebtheit in Frankreich sprach, ließ sich der schlaue Gascogner die naive Bemerkung entschlüpfen: sein ganzes Verfahren während des Krieges habe sicherlich seiner Beliebtheit in Frankreich keinen Abbruch gethan. Des Kaisers von Rußland — fügte er hinzu — glaube er sicher zu sein, auch ohne daß er denselben nochmals deshalb ersuche.

Den Einfall in Frankreich widerrieth er. Entweder werde dieses im Zorne hierüber seinen Unwillen gegen Napoleon vergessen, um unter dessen Führung die fremden Eindringlinge zu vertreiben, oder nach dem Sturze Napoleon's würde es an dessen Stelle einen beliebten Anführer setzen, der dieser Aufgabe genügen könne. Dieselbe würde auch gelöst werden, denn das französische Volk würde wie ein Mann sich dafür erheben. Man müsse deshalb am Rheine stehen bleiben und nicht etwa als Sieger den Frieden anbieten, sondern denselben vielmehr erbitten, um Frankreichs Nationalstolz nicht zu verletzen. Sollte aber der Friede nicht zu erlangen sein, so müsse man bei der Eröffnung des Kampfes im Frühjahre in einer Ansprache an das französische Volk erklären, daß nicht gegen dasselbe, sondern gegen Napoleon der Angriff gerichtet sei, weil er zu Frankreichs und Europas Schaden den Frieden verweigere. [1])

Erregt es Erstaunen, wie Bernadotte es wagen konnte solche Rathschläge den siegreichen Verbündeten zu ertheilen, so verdoppelt sich dasselbe, wenn man vernimmt, daß die Friedenspartei unter denselben sie wirklich sorgfältiger Erwägung würdigte. Nur die Gunst

---

[1]) v. Bernhardi, IV, 41.

des Kaisers Alexander und der, dem Ehrgeize desselben schmeichelhafte Gedanke: den Franzosen in Bernadotte einen Herrscher seiner Wahl zu geben, sowie Metternich's Besorgniß: Frankreichs Macht zu sehr zu schwächen, macht sowol dies, als den Umstand erklärlich, daß die Verbündeten gegen Bernadotte Rücksichten vorwalten ließen, welche nach seinem verdächtigen Benehmen sonst unbegreiflich wären.

In dem Freiherrn vom Stein, welcher erst am 13. Nov. in Frankfurt ankam, erhielt die Kriegspartei eine erwünschte Verstärkung. Er wendete seinen ganzen Einfluß auf den Kaiser Alexander an, diesen zur Fortsetzung des Krieges zu bestimmen, und zum Glücke für Deutschlands Unabhängigkeit nicht vergeblich. Die Art, wie Napoleon auf den Sühneversuch geantwortet hatte, mußte selbst von der Friedenspartei unter den Verbündeten als ungenügend anerkannt werden; auch theilte Castlereagh, der englische Minister des Aeußeren, die friedlichen Gesinnungen des mit Metternich einverstandenen Grafen Aberdeen durchaus nicht.

Auf dessen Bericht über die durch St.-Aignan gemachten Friedensvorschläge der Verbündeten antwortete er unter dem 13. Nov., daß die Feindseligkeiten fortgesetzt werden müßten, selbst wenn man infolge der eröffneten Unterhandlungen einer Grundlage für den Frieden zustimme. Bei einer solchen Fülle von Erfolgen würde man in England wahrscheinlich nur mit Mißfallen einen Frieden betrachten, welcher Frankreich nicht streng in seine alten Grenzen wieder einschließe, ja überhaupt jeden Frieden mit Buonaparte, da man demselben den Willen, ihn gewissenhaft zu halten, nicht zutraue. Freilich müßte man sich auf das Wagniß eines solchen Friedens einlassen, wenn die Verbündeten ihn auf den vorgeschlagenen Grundlagen durchaus abschließen wollten. Allein man dürfe sie hierzu nicht ermuthigen. Was Holland betreffe, so würde seine Begrenzung durch die Waal ihm alle Bedeutung rauben, denn seine besten Festungen und Antwerpen blieben dann in den Händen des Feindes. Castlereagh's Schreiben schließt folgendermaßen:

„Sie müssen, mein lieber Aberdeen, allen Ihren Einfluß in Verbindung mit Metternich aufbieten, um uns von dieser Plage zu befreien. Wir wollen Frankreich keine unehrenhaften Bedingungen auflegen, wie die Beschränkung der Zahl seiner Schiffe sein würde, aber es darf nicht im Besitze dieses Punkts bleiben. Betrachten Sie dies als einen wesentlichen, vor allen anderen zu erledigenden Gegenstand, soweit er britische Interessen betrifft."

Da von allen verbündeten Großmächten nur Oesterreich es seinem Vortheile gemäß fand, den Frieden mit Frankreich unter den

vorgeschlagenen Bedingungen zu Stande zu bringen, so sah es sich genöthigt nachzugeben, als Kaiser Alexander, von England und Preußen unterstützt, jene Bedingungen verwarf und die Fortsetzung des Krieges forderte.

Napoleon seinerseits bot alle Mittel der Staatsklugheit auf, um die auf seinen Befehl vom Senate beschlossenen beiden Aushebungen von 280000 und 300000 Mann als für Frankreichs Vertheidigung unerläßlich zu rechtfertigen. Die deshalb im Senate gehaltenen Reden, sowie die demselben überreichten Denkschriften wurden nebst diplomatischen Actenstücken, welche er geschickt auswählte und zum Theil mit kritischen Anmerkungen begleitete, im „Moniteur" veröffentlicht. Die Verbündeten wurden als dieselben Mächte bezeichnet, welche Polen zerrissen hätten und nun Frankreich mit gleichem Schicksale bedrohten. Dies abzuwenden, nicht aus ehrgeizigen Absichten, rufe der Kaiser die Franzosen zur Vertheidigung des Vaterlandes zu den Waffen!

Fanden solche Anschuldigungen Glauben, so waren sie geeignet einen Volkskrieg zu erregen, wie den zur Zeit der Revolution, durch welchen damals die freilich übel geleiteten Anstrengungen der Verbündeten vereitelt worden waren. Ungeachtet der großen Verschiedenheit zwischen den damaligen und den derzeitigen Umständen war die Erinnerung an jenen verunglückten Einfall in Frankreich das Hauptmittel, dessen Metternich sich bediente, um die Kriegslust der Verbündeten zu dämpfen und sie vom Ueberschreiten der französischen Grenzen abzuhalten. Zur Vermeidung der Gefahr eines solchen Volkskrieges empfahl er, den Franzosen einen ehrenvollen Frieden zu gewähren, und sie im ruhigen Genusse des von Deutschland abgerissenen linken Rheinufers zu lassen. Daß das deutsche Volk zu den Waffen gegriffen hatte, um sich und die gewaltsam von ihm getrennten Brüder vom französischen Joche zu befreien und den Rhein wieder zu einem deutschen Strome zu machen, daß man es in schwungvollen Ansprachen hierzu aufgefordert hatte, kam bei Metternich nicht in Betracht. Hatte er solchen Aufruf doch offen gemißbilligt und in den österreichischen Staaten verhindert. Ihm ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß die Früchte des Sieges bei Leipzig nur sehr unvollständig gepflückt wurden und die Monate November und December thatenlos verstrichen. Wären die Verbündeten, wie sie gekonnt, acht Wochen früher über den Rhein gegangen und in Frankreich eingefallen, so besaß Napoleon keine genügenden Streitkräfte, um ihren Marsch

nach Paris aufzuhalten. Marschall Ney, hierüber befragt, bestätigte dies zu seiner Zeit mit den Worten: „Die Herren Verbündeten hätten die Zahl ihrer Marschtage nach Paris dann bestimmen können.“ Napoleon selbst gestand in einem Briefe an Marmont vom 19. Nov.: „In diesem Augenblicke sind noch durchaus keine Vertheidigunsanstalten getroffen.“ [1])

Um der von Metternich in Aussicht gestellten Erregung eines Volkskrieges zu begegnen, beschlossen die Verbündeten eine Erklärung zu erlassen, welche geeignet sei, alle jene von Napoleon wider sie erhobenen Beschuldigungen zu widerlegen und die Franzosen davon zu überzeugen, daß man nur zur Wahrung eigener Rechte, nicht zur Kränkung der ihrigen die Waffen ergriffen habe. Diese Erklärung, unter dem 1. Dec. von Frankfurt aus erlassen, jedoch erst am 7. Dec. in der Frankfurter Zeitung veröffentlicht, lautete:

„Die französische Regierung hat soeben eine neue Aushebung von 300000 Mann zum Kriegsdienste beschlossen. Die Begründung dieses Senatsbeschlusses schließt eine Herausforderung der verbündeten Mächte in sich. Dieselben finden sich dadurch veranlaßt, von neuem im Angesichte der Welt die Absichten zu verkünden, von denen sie in dem gegenwärtigen Kriege geleitet sind, sowie die Grundsätze, welche die Beweggründe ihres Benehmens, ihrer Wünsche, ihrer Entschließungen bilden.

Die verbündeten Mächte bekriegen nicht Frankreich, sondern das laut beanspruchte Uebergewicht, welches der Kaiser Napoleon nur zu lange außerhalb der Grenzen seines Reichs zum Unglücke Europas und Frankreichs ausgeübt hat. Der erste Gebrauch, welchen Ihre kaiserl. und königl. Majestäten von dem Siege machten, bestand darin, Sr. Majestät, dem Kaiser der Franzosen, den Frieden anzubieten. Ihre durch den Beitritt aller Souveräne und Fürsten Deutschlands verstärkte Stellung hat keinen Einfluß auf die Bedingungen des Friedens gehabt. Diese Bedingungen haben die Unabhängigkeit der anderen Staaten Europas zum Zweck. Die Absichten der Mächte sind gerecht in Bezug auf ihren Gegenstand, großmüthig und freisinnig in ihrer Anwendung, zufriedenstellend, ehrenvoll für alle Theile.

Die verbündeten Mächte werden die Waffen nicht niederlegen, bevor sie dieses große und heilsame Ergebniß, dieses edle Ziel ihrer Anstrengungen erreicht haben. Sie werden ihre Waffen nicht niederlegen, bevor nicht der politische Zustand Europas von neuem befestigt ist, bevor unumstößliche Grundsätze nichtigen Verwahrungen gegenüber ihr Recht wieder eingenommen haben, bevor die Heiligkeit der Verträge Europa endlich einen wahrhaften Frieden gesichert hat.“ [2])

Bereits am 20. Nov. war Caulaincourt Minister des Aeußeren geworden. Hatte er schon zur Zeit des prager Congresses zum Frieden gerathen, so war dies um so mehr jetzt der Fall, wo Frankreich mit dem Einfalle zahlreicher feindlicher Heere bedroht war, denen nur ganz unzureichende Streitkräfte entgegengestellt wer-

[1]) Marmont, Mémoires, VI, 80.

[2]) Koch-Schöll, X, 366.

den konnten. Seinen Bemühungen war es gelungen Napoleon's vorläufige Einwilligung dafür zu erhalten, daß auf den von den Verbündeten vorgeschlagenen Grundlagen Friedensunterhandlungen angeknüpft würden. Nur unter dieser Bedingung hatte Caulaincourt den Auftrag übernommen, selbst als Unterhändler zu dem zu veranstaltenden Friedenscongresse abzugehen. Er schrieb deshalb an Metternich:

„Fürst! Ich habe den Brief, welchen Ew. Excellenz am 25. Nov. an den Herzog von Bassano richteten, unter die Augen Sr. Majestät gebracht. Indem Frankreich die Unabhängigkeit aller Völker sowol in ihren Verhältnissen zu Lande, als zur See ohne Einschränkung als Friedensgrundlage zuläßt, hat es das, was die Verbündeten zu wünschen scheinen, als Grundsatz anerkannt. Se. Majestät hat eben dadurch alle Folgerungen dieses Grundsatzes zugestanden, dessen Endergebniß ein Friede sein muß, welcher auf dem Gleichgewichte von Europa, auf Anerkennung der Unverletztheit aller Völker in ihren natürlichen Grenzen, und auf Anerkennung der unbedingten Unabhängigkeit aller Staaten [1]) gegründet ist, sodaß keiner über irgend einen anderen eine Oberlehnsherrlichkeit oder Obergewalt, unter welcher Form es auch sei, weder zu Lande, noch zur See sich anmaßen darf.

Mit großer Genugthuung aber kündige ich Ew. Excellenz an, daß ich durch den Kaiser, meinen erlauchten Herrn, ermächtigt bin zu erklären, daß Se. Majestät den allgemeinen kurzgefaßten Grundlagen beitritt, welche durch Herrn von St.-Aignan mitgetheilt worden sind. Es werden große Opfer von Seiten Frankreichs dadurch bedingt, aber Se. Majestät wird sie ohne Bedauern bringen, wenn England durch ähnliche Opfer die Mittel gewährt, zu einem allgemeinen und für alle Theile ehrenvollen Frieden zu gelangen, wie ihn nach Ew. Excellenz Versicherung, im Verein mit den Mächten des Festlandes auch England jetzt begehrt."

Von französischer Seite wurde behauptet, diese unter dem 2. Dec. ausgestellte Note sei schon am 6. Dec. in Metternich's Hände gelangt, während nach der Behauptung der Gegenpartei dies erst am 9. Dec. der Fall gewesen sein soll. Allerdings ist es ebenso auffällig, daß besagte Erklärung erst so spät veröffentlicht wurde, als daß der Eilbote, welcher Caulaincourt's Note überbrachte, mehr als vier Tage gebraucht haben sollte, um von Paris bis an den Rhein zu gelangen, wo die Vorposten der Verbündeten standen. Die Kriegspartei unter den Verbündeten hielt, zumal nach Hollands Befreiung, Metternich's Friedensvorschläge für unzuläßig. Deren endlich doch erfolgte Annahme von Seiten Napoleon's entsprach ihren Wünschen nicht, weil sie günstigere Bedingungen zu erkämpfen hofften. Der Einfall in Frankreich wurde vorbereitet, und die Ansprache,

---

[1]) Die Tragweite dieser Worte ging weiter, als es beim ersten Anblicke scheint. Napoleon hatte von der Absicht einen deutschen Bund zu gründen vernommen. Er war entschlossen die Bildung eines solchen nicht zu dulden, begnügte sich aber einstweilen mit diesem allgemeinen Ausdrucke.

welche Napoleon's falsche Anschuldigungen widerlegen und das französische Volk von der Friedensliebe der Verbündeten überzeugen sollte, würde in einem weniger günstigen Lichte erschienen sein, wenn man eingestanden hätte, die früher selbst vorgeschlagenen Friedensgrundlagen nach deren erfolgter Annahme von Seiten des französischen Cabinets nicht mehr gelten lassen zu wollen. Man that dies auch jetzt nicht ausdrücklich, aber aus der Antwort auf die französische Note ging deutlich genug hervor, daß man seine Ansichten geändert habe. Unter dem 10. Dec. beantwortete nämlich Metternich Caulaincourt's Note von Frankfurt aus in folgender Weise:

„Herr Herzog! Das amtliche Schreiben, welches Ew. Excellenz mir die Ehre erzeigt haben am 2. Dec. an mich zu richten, ist mir von Castel (Mainz gegenüber) durch unsere Vorposten zugekommen. Ich habe nicht gezögert es Ihren Majestäten vorzulegen. Sie haben daraus mit Genugthuung erkannt, daß Se. Majestät, der Kaiser der Franzosen, die Grundlagen angenommen hat, welche für einen Zustand des Gleichgewichts, für die künftige Ruhe Europas erforderlich sind. Sie haben verfügt, daß dieses Schriftstück unverzüglich zur Kenntniß ihrer Verbündeten gebracht werde. Ihre kaiserl. und königl. Majestäten zweifeln nicht, daß unmittelbar nach dem Empfange der Antworten die Unterhandlungen eröffnet werden können. Wir werden uns beeilen die Ehre zu haben Ew. Excellenz davon zu benachrichtigen, und die Einrichtungen zu vereinbaren, welche uns am geeignetsten erscheinen werden den Zweck, den wir uns gestellt haben, zu erreichen."

Die von dem österreichischen Minister des Aeußeren in Gegenwart und mit Genehmigung der Bevollmächtigten Rußlands und Englands vorgeschlagenen Friedensgrundlagen, welche, wie ausdrücklich versichert wurde, auch Preußen genehmige, sollten also nun erst von sämmtlichen Verbündeten genehmigt werden, bevor sie als Ausgangspunkt der Unterhandlungen zu betrachten wären. Aus dem unbedingten Vorschlage war ein bedingter geworden, was nicht geschehen wäre, wollte man denselben ferner gelten lassen. Napoleon bemerkte dies mit großem Mißvergnügen. Da er aber den Verbündeten, welche inzwischen die französische Grenze überschritten hatten, noch nicht an der Spitze eines ansehnlichen Heeres entgegentreten konnte, so sendete er den Herzog von Vicenza ab, welcher von Lüneville aus durch diplomatische Mittel die feindlichen Heere aufzuhalten versuchen sollte. Das Schreiben Napoleon's vom 4. Jan. 1814 an denselben lautete:

„Ich halte es für zweifelhaft, daß die Verbündeten aufrichtig sind und England den Frieden will. Ich will ihn, aber einen dauerhaften und ehrenvollen. Frankreich ohne seine natürlichen Grenzen, ohne Ostende, ohne Antwerpen, würde zu den übrigen Staaten Europas nicht mehr in angemessenem Verhältniß stehen. England und alle Mächte haben diese Grenzen in Frankfurt

anerkannt. Frankreichs Eroberungen diesseits des Rheins und der Alpen können das nicht aufwiegen, was Oesterreich, Rußland, Preußen in Polen, in Finnland erworben haben, was England in Asien an sich gerissen hat. Die Politik Englands und der Haß des Kaisers von Rußland werden Oesterreich mit sich fort reißen. Ich habe die frankfurter Grundlagen angenommen, aber es ist mehr, als wahrscheinlich, daß die Verbündeten andere Ideen haben. Ihre Vorschläge sind nur eine Maske gewesen. Stehen die Unterhandlungen einmal unter dem Einflusse der kriegerischen Ereignisse, so kann man nicht vorhersehen, wohin ein solches System führt."

Während des Feldzugs von 1813 hatte der Kaiser der Franzosen zwar selbst sich dafür ausgesprochen, daß die Feindseligkeiten während der Friedensunterhandlungen mit den Verbündeten fortdauern sollten, allein damals hoffte er Siege über dieselben davonzutragen. Jetzt war bei deren großer Uebermacht hierzu keine Aussicht vorhanden, jetzt bedurfte er für seine Rüstungen einer Waffenruhe, und deshalb sprach er dieses, freilich an sich gegründete Bedenken aus. Das kaiserliche Schreiben lautete ferner:

„Es ist ungewiß, ob man Sie im Hauptquartiere empfängt. Die Russen und Engländer werden im voraus alle Mittel der Versöhnung und Verständigung mit dem Kaiser von Oesterreich beseitigen wollen. Sie müssen der Verbündeten Absichten kennen zu lernen suchen, und mir täglich melden, was Sie erfahren, um mich in den Stand zu setzen Verhaltungsbefehle zu ertheilen, welche ich heute nicht zu begründen wüßte. Will man Frankreich auf seine alten Grenzen zurückführen? Dies wäre eine Erniedrigung. Man täuscht sich wenn man glaubt, das Kriegsunglück könne der Nation einen solchen Frieden wünschenswerth machen. Es giebt nicht ein französisches Herz, welches nicht nach sechs Monaten den Schimpf fühlen, und der Regierung, welche feig genug wäre ihn zu unterzeichnen, denselben zum Vorwurfe machen würde. Der Vicekönig hat ein schönes Heer. Ehe acht Tage vergehen, werde ich so viel gesammelt haben, um mehrere Schlachten liefern zu können, selbst vor Ankunft meiner Truppen aus Spanien. Die Verwüstungen der Kosacken werden die Einwohner zu den Waffen treiben und unsere Stärke verdoppeln. Wenn das Volk mich unterstützt, so geht der Feind seinem Verderben entgegen. Verräth mich das Glück, so ist mein Entschluß gefaßt. Ich klammere mich nicht an den Thron, ich werde weder mich, noch das Volk erniedrigen, indem ich schimpfliche Bedingungen unterschreibe. Man muß wissen, was Metternich will. Es liegt nicht in Oesterreichs Interesse die Dinge auf die Spitze zu treiben; noch ein Schritt, und die erste Rolle entgeht ihm. Bei dieser Sachlage kann ich Ihnen keine Vorschriften geben. Beschränken Sie sich für den Augenblick darauf alles zu hören, und mir darüber zu berichten. Ich gehe zum Heere ab. Wir werden einander so nahe sein, daß Ihre ersten Berichte die Geschäfte nicht verzögern werden. Senden Sie mir oft Eilboten."

Napoleon erklärte es also für eine unverantwortliche Feigheit, wenn infolge der Kriegsunfälle das eroberte linke Rheinufer von Frankreich zurückgegeben würde. Er sprach aber damit zugleich die Hoffnungslosigkeit der Friedensunterhandlungen vor der gänzlichen Besiegung des einen Theils der kriegführenden Mächte aus. Wie

wäre die Handlungsweise der Sieger demnach zu bezeichnen gewesen, wenn sie auf Zurückerstattung der ihnen entrissenen Länder freiwillig verzichtet hätten? —

In seinem Antwortschreiben vom 6. Jan. verfehlte Caulaincourt nicht der Unzufriedenheit des französischen Cabinets so vollen Ausdruck zu geben, als dies nur anging, ohne die Verbündeten geradezu der Doppelzüngigkeit zu beschuldigen. Er erwiderte dem Fürsten Metternich:

„Fürst! Der Brief, welchen Ew. Excellenz mir die Ehre erzeigten am 10. des letztvergangenen Monats an mich zu richten, ist an mich gelangt. Der Kaiser will kein vorgreifendes Urtheil über die Beweggründe aussprechen, welche Ursache zu dem Beschlusse gewesen sind: seine volle und unverkürzte Zustimmung zu den Grundlagen, die von Ew. Excellenz im Einverständnisse mit den Ministern Rußlands und Englands und mit Preußens Einwilligung vorgeschlagen wurden, den übrigen Verbündeten vor Eröffnung des Congresses mitzutheilen. Es ist kaum glaublich, äußerte er, daß Lord Aberdeen Vollmacht gehabt habe Grundlagen vorzuschlagen, nicht aber darüber zu unterhandeln. Se. Majestät thut den Verbündeten nicht die Beleidigung an zu glauben, daß sie unentschlossen gewesen seien, und noch beriethen. Sie wissen nur zu wohl, daß jedes bedingte Anerbieten für denjenigen, welcher es gemacht hat, ein unbedingtes wird, sobald die von ihm gestellte Bedingung erfüllt ist."

Das französische Cabinet nahm also plötzlich an, daß die Grundsätze des Privatrechts auch bei diplomatischen Verhandlungen maßgebend seien, obschon bei letzteren zur Verbindlichkeit einer zwischen den beauftragten Unterhändlern getroffenen förmlichen Uebereinkunft stets die Genehmigung derselben durch die betreffenden Souveräne unerläßlich ist, während im Privatrechte der Bevollmächtigte seinen Auftraggeber auch ohne Genehmigungsertheilung verbindlich macht. Im vorliegenden Falle sollten während der Unterhandlungen sogar die Feindseligkeiten fortdauern. Diese Bestimmung ließ aber keine andere Deutung zu, als daß etwa erkämpfte bedeutende Vortheile, wurden sie auch erst nach einer Uebereinkunft errungen, für die Friedensbedingungen maßgebend sein sollten, denn außerdem wäre ja ein fernerer Kampf zwecklos gewesen. Napoleon war aber gewohnt Verpflichtungen für seine Gegner aus Thatsachen abzuleiten, wo er im gleichen Falle weit entfernt war solche für sich anzuerkennen.

Metternich begnügte sich mit der Erwiderung: Lord Aberdeen habe die Friedensgrundlagen weder in Vorschlag gebracht, noch sei er hierzu mit Vollmacht versehen gewesen. Daß er ihnen mündlich zugestimmt habe, wurde nicht in Abrede gestellt, sondern mit Stillschweigen übergangen. Nach Ankunft des englischen Staatssecretärs, Lord Castlereagh's, welcher von einem Augenblicke zum anderen

erwartet werde, würde man auf das Anerbieten des Herzogs: sich in das Hauptquartier der Verbündeten zu begeben, antworten. Dies geschah auch. Caulaincourt begab sich auf Metternich's Veranlassung nach Chatillon an der Seine, und wartete dort auf die Bevollmächtigten der Verbündeten, wie diese im vorigen Jahre in Prag auf ihn gewartet hatten.

In dem Schreiben, welches er am 25. Jan. an Metternich richtete, beklagte er sich darüber, daß man seit zwei Monaten die Zusammenkunft der Unterhändler verzögere. Seit dem 6. Dec. 1813 sei die förmliche Annahme der Friedensgrundlagen von Seiten des Kaisers der Franzosen in Frankfurt eingetroffen, und obschon der englische Minister des Aeußeren seit dem 6. Jan. 1814 auf dem Festlande verweile, so harre er (Caulaincourt) doch noch vergeblich auf das Beginnen der Unterhandlungen, und zwar in einem Augenblicke, wo von einer Minute zur anderen das Blut aller Völker des Festlandes in Strömen fließen könne. Alles Unheil, welches der Krieg nach sich ziehe, habe keinen Zweck, sobald man den Frieden wolle, welchen zu wünschen man ja laut versichere. Die Verzögerung der Unterhandlungen rühre weder von Frankreich, noch von Oesterreich her, doch hätten diese beiden Mächte am meisten dabei zu fürchten. Die Folgen einer für die Verbündeten verlorenen Schlacht würden auf keinem von ihnen so lasten, wie auf Oesterreich, weil es die Hauptmacht unter denselben, und zugleich eine Centralmacht von Europa sei. Fahre aber das Glück fort die Verbündeten zu begünstigen, so habe Oesterreich zu erwägen, ob hierdurch nicht das europäische Gleichgewicht in Gefahr geriethe, was sowol der Politik, als den Familienneigungen des Kaisers Franz geradezu entgegenlaufen würde. Aus allen diesen Gründen empfehle sich ein Waffenstillstand, welcher von Oesterreich abzuhängen scheine, da ihm die Leitung der kriegerischen Unternehmungen anvertraut sei. Theile der Minister diese Ansicht nicht, so bitte man das Geheimniß über diese vertrauliche Mittheilung zu bewahren. [1])

Was dem Kaiser der Franzosen einen Waffenstillstand äußerst wünschenswerth machte — die dermalige Unzulänglichkeit seiner Streitkräfte — veranlaßte eben die Verbündeten einen solchen nicht einzugehen, nachdem ihre Heere zu Anfange des neuen Jahres die französischen Grenzen überschritten hatten.

Kaiser Alexander, durch die Rathschläge Stein's und Pozzo di Borgo's

---

[1]) Montholon, II, 292 – 310.

hierzu bestimmt, drang auf kräftige Fortsetzung des Krieges, und sprach sich deshalb in einer Denkschrift also aus:

„Den Kriegsoperationen aus irgend anderen, als militärischen Gründen ein Ende zu machen, würde heißen sich der einzigen entscheidenden Mittel zu berauben, von denen man politische Vortheile erwarten kann. Die Linie von Langres, auf welcher wir uns jetzt befinden, kann man nicht eine strategische Linie nennen. Langres liegt auf dem Wege, welchen wir verfolgen müssen, um auf den Feind zu stoßen und mit ihm zu kämpfen. Die gegenwärtigen Bewegungen der verbündeten Heere bilden nicht den Anfang eines neuen Feldzugs, sondern sind eine Folge früher festgestellter Maßregeln und unseres Einrückens in Frankreich selbst. Dieses Einrücken konnte sich nicht auf irgend einen vergeblichen Versuch beschränken, sondern macht ein großes militärisches Unternehmen aus, welches zum Zweck hat des Feindes Kriegsmittel zu untergraben, ihn der Möglichkeit zu berauben neue Heere auszurüsten, seine Macht zu schwächen, mit einem Worte, ihm jeden in Kriegszeiten möglichen Schaden zuzufügen. Ich habe immer darauf bestanden, daß unsere Kräfte auf diese Weise angewendet, und anderweite Beschlüsse von den militärischen Rücksichten abhängig gemacht würden. Jetzt bleibt nur übrig, diese Ideen mit Schnelligkeit und Umsicht ins Werk zu setzen. Während der Dauer des Krieges läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, ob der Zweck des Bundes erreicht sei, das kann nur der Sieg entscheiden. Ich bin standhaft diesem Grundsatze gefolgt, welcher auch allein unsere Unternehmungen krönen kann. So lange noch ein beträchtlicher Theil von Europa von französischen Truppen besetzt und die Hoffnung auf Erfolg zweifelhaft war, mußten wir unsere Forderungen unseren Kräften gemäß beschränken, und unseren Zweck in allgemeinen Ausdrücken bestimmen, wie z. B. Wiederherstellung Oesterreichs und Preußens und anderes der Art. Solche Ausdrücke bedingen aber nicht das gänzliche Aufgeben derjenigen Vortheile, auf welche die Vorsehung und unsere ungeheueren Opfer uns zu hoffen berechtigen. Diese Wahrheit hat sich durch das Beispiel aller Kriege und durch unsere eigenen Thaten als erwiesen gezeigt. Die Friedensbedingungen, von denen unter der Hand gesprochen wurde, sind schon nicht mehr dieselben, welche wir jetzt wünschen. In Freiburg dachten wir anders, als in Basel, in Langres wieder an andere, als beim Rheinübergange. Wenn es erlaubt ist seine Forderungen mit den Erfolgen zu steigern, so muß dieser Grundsatz seine volle Kraft behalten, so lange der Krieg dauert; die Ausführung desselben aber wird von der Klugheit und den allgemeinen politischen Regeln abhängen, denn eine frühere Uebereinkunft der Verbündeten unter sich kann ihnen keine Verpflichtung dem Feinde gegenüber auferlegen. Wir haben unsere Forderungen nach Maßgabe der Fortschritte gesteigert, und dies beweist, wie nothwendig es für uns ist die Zahl unserer Erfolge zu vermehren, um mit größerer Gewißheit das bestimmte Ziel zu erreichen. Wenige Tage sind hinreichend dies zu entscheiden, und deshalb muß man nicht den Feind durch einen voreiligen Frieden aus der gefährlichen Lage reißen, in welcher er sich befindet. Die Verbündeten stimmen alle darin überein, daß sie nicht das Recht haben einen Ausspruch darüber zu thun, welche Dynastie über Frankreich herrschen solle, und ebenso wenig einen Beschluß darüber herbeizuführen. Der Krieg wird nicht dieses Gegenstandes wegen geführt, und es unterliegt derselbe also keiner Beurtheilung. Die Verbündeten wollen nicht den Sieg dazu benutzen, um die Franzosen zu einer Erklärung ihrer Ansicht zu zwingen, und unser Ruhm wird erhöht, wenn wir mit der Macht in den Händen Unparteilichkeit zeigen. Jetzt muß man nur darin übereinkommen, unter welchen Bedingungen Frankreich der Frieden vorzuschlagen sei, jedoch mit dem Vorbehalte, daß wir das Recht haben unsere Forderungen zu erhöhen,

wenn im Laufe der Unterhandlungen Umstände eintreten, welche für uns günstig sind. Ich war der Erste, der da sagte, daß man mit Frankreich im Namen Europas unterhandeln müsse, und ich bin der Ansicht, daß dieses Reich bei den Grenzbestimmungen und Uebereinkünften anderer Art, welche die übrigen Mächte unter sich treffen, keine Stimme habe, sodaß diese Gegenstände blos zu dessen Kenntniß gebracht werden. Alle Verhandlungen mit Frankreich müssen einzig und allein auf seine künftigen Grenzen sich beziehen. Wenn die Unterhandlungen sich verzögern, oder nicht das gewünschte Ziel erreichen, so bin ich bereit Frankreich und Europa die Bedingungen kund zu thun, welche vorzuschlagen wären. Schließlich muß ich die Aufmerksamkeit der Verbündeten auf die Kräfte des Feindes lenken, und auf die Nothwendigkeit sie zu lähmen, sowol im Laufe der Unterhandlungen selbst, als in dem Falle, wenn jede Hoffnung auf den Frieden schwindet.

Napoleon's Schwäche besteht in der Desorganisation des größten Theils seiner Truppen und in der Unerfahrenheit der neugeworbenen, schlecht disciplinirten Soldaten; sie war die Ursache seiner erlittenen Niederlagen, nach welchen es ihm noch nicht gelungen ist neue Heere zu bilden. Doch diesen Mängeln wird täglich mehr und mehr abgeholfen, und wenn wir noch länger zögern, so erlangt der Feind die Möglichkeit sie gänzlich zu beseitigen.

Angenommen sogar, der Friede käme zu Stande, so erfordert doch die Ausführung der verschiedenen Artikel desselben geraume Zeit. Wie viele Länder von Mantua bis zum Texel wird der Feind aufgeben müssen, wie viele werden wir zu empfangen haben. Wenn Napoleon unterdessen seine Kräfte sammelt, und eine der unzähligen Zufälligkeiten benutzt, welche in einer so umfassenden Angelegenheit Veranlassung zu neuem Streite geben können, wer steht uns dafür, daß er nicht die Friedensunterhandlungen in demselben Augenblicke abbreche, wo sich ihm Hoffnung auf Erfolg darbietet?

Die einzige Vorsichtsmaßregel hiergegen besteht in der Vernichtung der Heere, welche er sammelt, und darin, ihn der Möglichkeit neuer Rüstungen zu berauben. Alles dies steht mit der Veränderung der Dynastie in keiner Verbindung. Falls jedoch die Vorsehung Napoleon's Lage so gestalten sollte, daß sie zu einer Waffe der Vernichtung seines politischen Daseins wird, so kann dies weder der Gerechtigkeit noch dem Vortheile Europas zuwider sein. [1])

Da man dieser sorgfältig begründeten Ansicht des Kaisers Alexander im Rathe der Verbündeten Beifall schenkte, so war Metternich außer Stande auf den von Caulaincourt vorgeschlagenen Waffenstillstand einzugehen. Er lehnte daher denselben unter der Versicherung ab, daß der deshalb gemachte Vorschlag ein Geheimniß bleiben solle. Gleichzeitig setzte er den französischen Minister davon in Kenntniß, daß die Bevollmächtigten für den Friedenscongreß am 3. Febr. in Chatillon zusammenkommen würden, und fügte die Versicherung hinzu, daß der Kaiser Franz von dem Tage an, wo er dem Kaiser der Franzosen seine Tochter gegeben, aufgehört habe in demselben einen persönlichen Feind zu erblicken. Höre der Kaiser Napoleon nur auf die Stimme der Vernunft, suche er seinen Ruhm in dem Glücke eines

---

[1]) Michailowski-Danielewski, Darstellung des Feldzugs in Frankreich vom J. 1814, I, 39—43.

großen Volks, indem er auf seine frühere Politik verzichte, so werde Kaiser Franz mit Vergnügen des Augenblicks gedenken, wo er ihm sein Lieblingskind anvertraut habe. Bliebe derselbe aber taub für den einstimmigen Wunsch des französischen Volkes und Europas, so würde der Kaiser das Loos seiner Tochter beweinen, ohne durch diese Rücksicht in seinen dann zu thuenden Schritten sich hemmen zu lassen.

Napoleon konnte jedoch den Gedanken nicht ertragen, daß seine Gegner ihm die Bedingungen des Friedens vorschreiben wollten. Weder die Mahnungen seines Schwiegervaters, noch die Vorstellungen Caulaincourt's und anderer Getreuen: durch Annahme der ihm gemachten Friedensvorschläge den Wunsch der Franzosen nach Ruhe zu erfüllen und seine Krone zu retten, fanden bei ihm Gehör. Von Leidenschaft verblendet, gab er die Hoffnung doch endlich zu siegen nicht eher auf, als bis er zu spät die Unvermeidlichkeit seines Sturzes erkannte.

Sechzehnter Abschnitt.

Napoleon sucht seine Rüstungen für den bevorstehenden Feldzug im Senate zu rechtfertigen. Seine Rede bei Eröffnung des gesetzgebenden Körpers, welcher wegen der mißliebigen Thätigkeit des Ausschusses zur Prüfung der Friedensvorschläge vom Kaiser aufgelöst wird. Dessen Rede am Neujahrstage an die Staatskörperschaften zur Rechtfertigung seiner Politik. Die Verbündeten stellen in Langres die Friedensgrundlagen für alle Fälle fest. Schlacht bei Brienne und Napoleon's Brief an Caulaincourt über dieselbe. Eröffnung des Friedenscongresses zu Chatillon. Caulaincourt's Verlegenheit infolge widersprechender Verhaltungsbefehle. Rußlands Zögerung, die Congreßverhandlungen fortzusetzen. Alexander's diesfallsige Denkschrift. Napoleon widerruft den, dem Herzoge von Vicenza gegebenen Befehl durch Abschluß des Friedens Paris zu retten.

Bei dem unglücklichen Ausgange des Feldzuges von 1813 hatte Napoleon, als er aus demselben zurückkehrte, keine Neigung verspürt sich eher, als dies unumgänglich nothwendig war, in seiner Hauptstadt zu zeigen, sondern es vorgezogen, fern von deren Geräusche in St.-Cloud Pläne für den bevorstehenden Feldzug zu entwerfen, welcher verhängnißvoll zu werden drohte. Er war jedoch kaum in St.-Cloud eingetroffen, als der Senat durch seinen Präsidenten Lacepède ihn daselbst mit folgender Rede bewillkommnete:

„Sire, die Gedanken des Senats haben Ew. Majestät fortwährend mitten unter die denkwürdigen Ereignisse dieses Feldzuges begleitet. Er hat bei den Gefahren geschaudert, welchen Ew. Majestät ausgesetzt war. Vergeblich wurden die Anstrengungen der Feinde Frankreichs unterstützt durch den Abfall von dessen Bundesgenossen, durch Verräthereien ohne Beispiel, durch außerordentliche Ereignisse und verderbliche Zufälle. Ew. Majestät hat sich über alles emporgeschwungen, sie hat für den Frieden gekämpft. Vor der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten hat Ew. Majestät die Vereinigung eines Congresses angeboten, wohin alle Mächte, selbst die kleinsten berufen würden, um alle Zerwürfnisse zu versöhnen und die Grundlagen zu einem für alle Völker ehrenvollen Frieden zu legen. Die Feinde haben sich

der Zusammenberufung dieses Congresses widersetzt. Sie allein muß der Vorwurf des fortgesetzten Krieges treffen.

Ew. Majestät kennt besser, als irgend jemand die Bedürfnisse und Gesinnungen ihrer Unterthanen, sie weiß, daß wir den Frieden wünschen. Doch alle Völker des Festlandes bedürfen desselben dringender, als wir, und wenn trotz des Wunsches und Vortheils von 150 Millionen Menschen unsere Feinde Unterhandlungen zurückwiesen, und uns durch Auflegung von Bedingungen eine Art von Unterwerfungsvertrag vorschreiben wollten, so werden ihre trügerischen Hoffnungen nicht erfüllt werden. Die Franzosen werden durch ihre Hingebung und ihre Opfer zeigen, daß niemals ein Volk seine Pflichten gegen das Vaterland, die Ehre und seinen Herrscher besser erkannt hat."

Der Redner hatte — ungeachtet aller Mühe die Zustände so darzustellen, wie er glaubte, daß sie der Kaiser aufgefaßt zu sehen wünschte — doch nicht den rechten Ton getroffen. Er hatte den Wunsch nach Frieden zu sehr durchblicken lassen. Mit gerunzelter Stirne gab Napoleon ziemlich ungnädig die kurze Antwort:

„Senatoren! Ich genehmige die mir ausgedrückten Gesinnungen. Ganz Europa war vor einem Jahre mit uns, heute ist ganz Europa gegen uns, weil die Meinung der Welt entweder durch Frankreich, oder durch England bestimmt wird. Ohne des Volkes Macht und Thatkraft würden wir daher alles zu fürchten haben. Die Nachwelt wird den Ausspruch thun, daß, wenn auch große und verhängnißvolle Umstände eintraten, Frankreich doch denselben gewachsen war."

Noch war St.-Aignan mit Metternich's Friedensvorschlägen nicht eingetroffen. Den Frieden wirklich zu suchen, daran dachte Napoleon nicht, trotz seiner äußerst bedenklichen Lage. Zu einem neuen Kriege galt es ihm vielmehr die Franzosen aufzustacheln, zu einem Kriege, der mit erbitterten Feinden auf dem Boden Frankreichs auszukämpfen war. Zwanzig Jahre lang hatte Frankreich das Kriegselend über Europa ausgegossen, jetzt brausten die blutigen Wogen des Kampfes zurück zu ihrer Quelle, und bei dem ungebeugten Trotze Napoleon's schien die Stunde der Wiedervergeltung gekommen, wenn es nicht gelang der Fluth einen stählernen Damm entgegen zu werfen. Einen solchen zu schaffen setzte Napoleon nun mit kraftvoller Hand den Staatsmechanismus in Bewegung, entschlossen die Räder, welche seiner Absicht nicht entsprachen, zu zerbrechen und durch andere zu ersetzen. Der Senat sollte von neuem Hunderttausende zu den kaiserlichen Fahnen rufen. Noch wär sein Gehorsam zwar nicht zu bezweifeln, allein damit seine Stimme bei dem kriegsmüden Volke williges Gehör fände, mußte die Nothwendigkeit neuer Opfer anschaulich gemacht werden. Der Graf Regnaud de St.-Jean d'Angely, ein eifriger und geschickter Diener seines kaiserlichen Herrn, erhielt den Auftrag, die geforderte Aushebung von 300000 Mann zu

begründen. In der am 12. Nov. stattfindenden Sitzung des Senats schilderte er beredt die Gefahren des drohenden Angriffs durch die verbündeten Heere.

„Was würden sie beginnen — rief er aus —, wenn sie den Rhein oder die Schelde, die Alpen oder die Pyrenäen überschritten hätten! Ich frage nicht, welche Gerechtigkeit, ich frage, welche Schonung hätte Frankreich von ihnen zu hoffen? Die Antwort, meine Herren, ist in den Urkunden der Geschichte enthalten. Gegen das Ende der Regierung Ludwig's XV. glaubte Europa ein Gleichgewicht zu besitzen, und in ihm die Kronen Sicherheit, die Gesittung einen Damm. Der polnische Thron war vorhanden. Da bildete sich ein gottloser Bund. Ein Triumvirat von Königen vertraute sich gegenseitig die ehrgeizigen Pläne, wagte deren Opfer zu nennen, jeden Theil der gemeinschaftlichen Beute zu bezeichnen, und das anfänglich verstümmelte Polen verschwand nach einigen Olympiaden aus der Zahl der europäischen Kronen. Welche bittere Reue hat Frankreich nicht gefühlt, welche schimpflichen Vorwürfe nicht erduldet, da seine Schwäche diese politische Frevelthat zuließ, die seitdem so merkwürdige Ergebnisse herbeigeführt hat! Nun, meine Frage ist durch diese Vorwürfe, diese Reue gelöst! Das erniedrigte, getheilte, verheerte, unterdrückte Polen ist eine schreckliche und lebende Lehre für Frankreich, das von denselben Mächten bedroht ist, welche sich die Fetzen der polnischen Monarchie streitig gemacht haben. Die Manen Poniatowski's, des letzten, so jammervoll vom Throne gestürzten Königs von Polen, die so ruhmvoll in Lorbern gehüllten Manen des letzten Heerführers der Polen sagen es uns, mit welchen Feinden wir zu thun haben, und welches das Mittel ist, um von ihnen den Frieden, den wir wollen, und die Ruhe, nach der Europa sich sehnt, zu erlangen. Es besteht darin, diesen uns bedrohenden Bund weit von den Grenzen des Reichs zurückzuwerfen.

Wenn die verbündeten Heere hereindrängen, und diesseits der Pyrenäen, der Alpen oder des Rheins festen Fuß faßten, könnte der Friedenstag für Frankreich nicht anbrechen. Er kann für uns nur dann erscheinen, wenn wir den Feind von unserem Gebiete entfernt, ihn weit von demselben zurückgeworfen haben. Um diesem Wunsche, diesem Bedürfnisse, dieser Pflicht des Herrschers und des Volkes zu genügen, sind neue Streitkräfte nöthig, und der Kaiser verlangt sie vertrauensvoll von dem Volke, das sie mit einem so edelmüthigen Eifer angeboten hat.“ [1])

Von einem solchen Eifer war zwar nur in Regnaud's Rede, nicht in der Wirklichkeit etwas zu entdecken, aber diese Rede ist deshalb merkwürdig, weil sie die wahren Absichten Napoleon's über Krieg und Frieden erkennen läßt, denn er selbst hatte sie ihm in den Mund gelegt. Die Zahl der auszuhebenden Mannschaft wurde zwar vom Redner nicht angegeben, aber der Senat wußte demungeachtet, daß er 300000 Mann zu den Waffen zu rufen habe, und er that es, indem er zur Begründung seines Beschlusses von der Unverletzlichkeit des Reiches sprach, und durch geschickte Erwähnung Turins und Utrechts zu erkennen gab, daß der Kaiser Piemont und Holland für untrennbare Theile Frankreichs betrachtete. Dreißig

---

[1]) Capefigue, XX, 5, 8.

schwarze Kugeln legten jedoch gegen eine solche Ausdehnung des volksthümlichen Begriffs „Frankreich" Verwahrung ein. Talleyrand, welcher seinen Haß gegen Napoleon klug verbarg, aber dessen Sturz als unvermeidlich betrachtete und nach Kräften zu beschleunigen suchte, war es, welcher sich mit seinen Freunden zu Einlegung dieser stummen Verwahrung vereinigt hatte. Lanjuinais, Gregoire, Garat, Destutt-de-Tracy, die Führer der republikanischen Partei, befanden sich unter ihnen. Der Abbé Gregoire hatte sogar schon längst die Begründung eines Senatsbeschlusses entworfen, welcher Napoleon's Thronentsetzung aussprechen sollte. Es kitzelte ihn, der mit Ludwig XVIII. (wie sich dieser französische Prinz bereits nannte) und der königlichen Partei in Verbindung stand, daß Republikaner, ja selbst Königsmörder, indem sie zur Verwirklichung seines Planes ihm Beistand leisteten, ohne es zu ahnen, für die Wiederherstellung der königlichen Gewalt thätig waren.

Auch der gesetzgebende Körper sollte für des Kaisers Politik sein Gewicht in die Wagschale der öffentlichen Meinung werfen. Da jedoch die Unzufriedenheit des Landes in ihm einen offeneren Widerhall fand, als im Senate, so suchte sich Napoleon die Willfährigkeit dieser Körperschaft dadurch zu sichern, daß er Reynier, Herzog von Massa, auf den er unbedingt zählen konnte, zu ihrem Präsidenten ernannte. Bisher hatte er aus fünf ihm vorgeschlagenen Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers den Präsidenten ausgewählt. Durch einen Senatsbeschluß ließ er diese Bestimmung aufheben, weil der Präsident stets freien Zutritt zum Kaiser haben müsse und deshalb nur eine demselben bekannte Persönlichkeit sein dürfe; die Hofsitte erfordere dies. Um aber den Zusammentritt des gesetzgebenden Körpers für diese ihm zugedachte Rolle zu ermöglichen, war ferner in derselben Weise den Abgeordneten, welche verfassungsmäßig hätten ausscheiden müssen, ihr Mandat bis zum Schlusse der Sitzungsperiode verlängert worden. Endlich wurde angeordnet, daß wenn der Kaiser in einer Sitzung des gesetzgebenden Körpers erscheine, der Senat und der Staatsrath zur Erhöhung der Feierlichkeit ebenfalls zugegen sein sollten. Durch den Glanz einer solchen Sitzung sollte auf die Zuschauer ein guter Eindruck hervorgebracht werden, welchen dann der „Moniteur" über Frankreich zu verbreiten hatte. Durch einträchtiges Zusammenwirken der Staatskörperschaften sollte das Volk dahin gebracht werden sich in Masse zu erheben, um die eingedrungenen Feinde vom französischen Boden zu verjagen.

Zur Eröffnung der Sitzungen des gesetzgebenden Körpers war

der 19. Dec., ein Sonntag, ausgewählt worden, damit die Menge desto leichter dem politischen Schauspiele beiwohnen könne. Napoleon erschien in vollem kaiserlichen Glanze und hielt vom Throne aus folgende Rede:

„Senatoren, Staatsräthe, Abgeordnete der Departements im gesetzgebenden Körper! Glänzende Siege haben die französischen Heere in diesem Feldzuge verherrlicht. Beispielloser Abfall hat diese Siege nutzlos gemacht. Alles hat sich wider uns gewendet. Ohne der Franzosen Thatkraft und Einigkeit würde Frankreich sogar in Gefahr sein. In dieser wichtigen Lage war mein erster Gedanke Euch um mich zu versammeln. Mein Herz bedarf der Gegenwart und Zuneigung meiner Unterthanen. Das Glück hat mich nicht verführt. Das Unglück würde mich seinen Angriffen überlegen finden. Mehrere Male habe ich den Völkern den Frieden gegeben, als sie alles verloren hatten. Aus einem Theile meiner Eroberungen habe ich Throne aufgerichtet für Könige, welche mich verlassen haben.

Große Pläne für das Gedeihen und Glück der Welt hatte ich gefaßt und ausgeführt. Herrscher und Vater, fühle ich wie viel der Friede zur Sicherheit der Throne und Familien beiträgt. Unterhandlungen sind mit den verbündeten Mächten angeknüpft worden. Ich habe den von ihnen angebotenen vorläufigen Grundlagen meine Zustimmung ertheilt, hatte also die Hoffnung, daß der Congreß zu Manheim vor Eröffnung dieser Sitzung versammelt sein würde; aber neue Verzögerungen, welche nicht Frankreich zuzurechnen sind, schoben diesen Augenblick hinaus, den die Sehnsucht der Welt herbeiruft. Nichts steht von meiner Seite der Wiederherstellung des Friedens entgegen. Ich kenne und theile alle Gefühle der Franzosen, ich sage der Franzosen, weil es keinen giebt, welcher den Frieden um den Preis der Ehre wünscht.

Senatoren, Staatsräthe, Abgeordnete der Departements im gesetzgebenden Körper! Ihr seid die natürlichen Organe dieses Throns. An Euch ist es das Beispiel einer Thatkraft zu geben, welche unser Geschlecht bei künftigen Geschlechtern verherrlicht. Die Nachwelt soll nicht von uns sagen: sie waren die Ersten, welche die Interessen des Landes geopfert haben, sie erkannten das Gesetz an, welches England seit vier Jahrhunderten vergeblich Frankreich aufzulegen versucht hat. Meine Völker können nicht fürchten, daß ihres Kaisers Politik jemals den Ruhm der Nation verrathe. Ich meinerseits habe das Vertrauen, daß die Franzosen ihrer und meiner stets würdig sein werden.“ [1])

Nur spärlicher Zuruf folgte dieser Rede, so geschickt sie auch auf den Charakter der Franzosen berechnet war. Sie sprach von nutzlosen Siegen, gedachte aber der furchtbaren Niederlagen nicht, welche den Abfall der widerwilligen Bundesgenossen veranlaßt, und die feindlichen Heere bis an Frankreichs Grenzen geführt hatten. Alle vom Volke gebrachten ungeheueren Opfer hatten keinen anderen Erfolg gehabt, als das Reich an den Rand des Abgrundes zu bringen. Neue unerschwingliche Opfer wurden gefordert, um dasselbe vor dem Hinabstürzen zu bewahren; allein wer bürgte, daß sie nicht vergeblich sein würden? Die Sehnsucht nach dem Frieden ließ krie-

[1]) Capefigue, XX, 22.

gerische Begeisterung nicht aufkommen. Nach der von Frankfurt aus erlassenen Erklärung der Verbündeten war ja ein ehrenvoller Friede ohne ferneren Krieg erreichbar. Weshalb theilte der Kaiser die ihm gemachten Friedensvorschläge nicht mit? Das unwillige Schweigen der bei weitem überwiegenden Mehrzahl machte die vereinzelten Rufe beifallspendender Höflinge nur desto auffälliger.

Unter diesen Umständen drang Talleyrand mit seinem Rathe durch: den Senat und den gesetzgebenden Körper durch Vorlegung aller Papiere von dem Stande der Unterhandlungen in Kenntniß zu setzen, um — gelinge es nicht einen annehmlichen Frieden zu schließen — diese Staatskörperschaften von der Nothwendigkeit des Krieges zu überzeugen. Ihre Ueberzeugung würde auf das Volk übergehen, und dasselbe bewegen in Masse aufzustehen, um sich der herandringenden Feindesscharen zu erwehren. Napoleon fühlte die Gefährlichkeit der Maßregel wohl, da er nur einen Theil der Papiere vorzulegen entschlossen war. Die eigentlichen Friedensvorschläge konnte er, ohne sich eine Blöße zu geben, nicht vorlegen, und bei aufmerksamer Prüfung konnte dieser Mangel nicht unbemerkt bleiben. Dennoch mußte er unter dem Drange der Umstände den Antrag genehmigen. Der Senat, welcher zur Zeit noch nicht anderer Meinung zu sein wagte, als der Kaiser, war durch die vorgelegten Papiere vollkommen befriedigt. In seinem Berichte sowol, wie in seiner auf diesen gestützten Ansprache an den Kaiser sprach er zwar seine Hoffnung auf das Gelingen der Friedensunterhandlungen aus, fügte aber für den Fall, daß sie nicht den erwünschten Erfolg hätten, die Versicherung hinzu: die Franzosen würden die Feinde zurückschlagen. Der Senat schloß seine schwungvolle Ansprache mit folgenden Worten:

„Wir werden zwischen den Gräbern unserer Väter und den Wiegen unserer Kinder für unser theueres Vaterland kämpfen. Sire, erlangen Sie den Frieden durch eine letzte, Ihrer und der Franzosen würdige Anstrengung, und dann lasse Ihre so oft siegreiche Hand, nachdem sie den Frieden der Welt unterzeichnet hat, die Waffen ruhen!“

Napoleon fand in der Erklärung des Senats genug kriegerischen Sinn, um die geäußerten Friedenswünsche nicht anstößig zu finden; vergaß er selbst doch nie, wo es darauf ankam, von seiner Bereitwilligkeit zum Frieden zu sprechen. Daß dieser jedoch nur ein solcher sein dürfe, dessen Bedingungen er vorschreibe, verschwieg er natürlich. Der Kaiser antwortete daher:

„Senatoren! Ich bin für die mir ausgedrückten Gefühle erkenntlich. Sie haben aus den Schriftstücken, welche ich Ihnen habe mittheilen lassen,

ersehen, was ich für den Frieden thun will, welche Opfer, die von den Feinden vorgeschlagenen und von mir angenommenen Friedensgrundlagen enthalten. Ich werde sie ohne Bedauern bringen. Mein Leben hat nur einen Zweck, das Glück der Franzosen. Doch Béarn, der Elsaß, die Franche Comté, Brabant sind angegriffen. Der Schmerzensschrei dieses Theils meiner Familie zerreißt mir das Herz. Ich rufe die Franzosen den Franzosen zu Hülfe. Ich rufe die Franzosen von Paris, von der Bretagne, der Normandie, der Champagne, der Bourgogne und anderer Departements auf, ihren Brüdern zu helfen. Wollen wir sie in ihrem Unglücke verlassen? Nein, Frieden und Befreiung unseres Gebietes soll unser Feldgeschrei sein. Bei dem Anblicke eines ganzen Volkes in Waffen wird der Fremde die Flucht ergreifen. Man wird den Frieden auf den von ihm selbst angebotenen Grundlagen unterzeichnen. Es ist nicht mehr die Rede davon die Eroberungen, die wir gemacht hatten, wieder zu gewinnen."

Freilich klang dies prächtiger und großmüthiger, als wenn er einfach gesagt hätte: wir müssen alle unsere Kräfte aufbieten, um Frankreich von seinen eingedrungenen Feinden zu befreien; ferner: wir wollen Frieden schließen unter jenen Bedingungen, welche die Gegner anboten, als sie noch nicht solche Fortschritte gemacht hatten. Denn damit hätte er ja zugestanden, daß er die Friedensbedingungen als unannehmbar verworfen habe, welche er nun, nachdem nutzlos Hunderttausende hingeopfert worden, im glücklichen Falle durch neue Opfer erst zu erringen hoffte. In dem Umstande aber, daß Napoleon selbst die ihm von Frankfurt aus angebotenen Friedensgrundlagen erst nach neuen Siegen für erreichbar hielt, lag der Beweis, wie sehr Metternich, als er die Verbündeten zu jenem Anerbieten überredete, deren Vortheil demjenigen Napoleon's, des Schwiegersohnes seines Kaisers, nachgesetzt hatte.

Der gesetzgebende Körper war nicht so willig, als der Senat, die politische Lage in der ihm vom Kaiser angedeuteten Weise aufzufassen. Der Ausschuß, welchen er gewählt hatte, um von den gemachten Friedensvorschlägen in Kenntniß gesetzt zu werden, beklagte sich durch seinen Berichterstatter Laisné, einen Anhänger der Bourbonen, daß man ihm nicht Schriftstücke, worin die kurzgefaßten Friedensgrundlagen enthalten seien, sondern nur die Noten vorgelegt habe, welche über die von St.-Aignan vermittelten Vorschläge und die frankfurter Erklärung gewechselt worden waren. Nichtsdestoweniger folgerte er aus dem Mitgetheilten, daß die verbündeten Mächte den Frieden wünschten. Da nun der Kaiser nach seiner Erklärung den ihm von jenen vorgeschlagenen Friedensgrundlagen seine Zustimmung ertheilt habe, und entschlossen sei die deshalb nöthigen Opfer zu bringen, so stehe es nun dem gesetzgebenden Körper nach dem 30. Artikel

des Senatsbeschlusses vom 25. des Reifmonats im J. 12 zu, seine Ansicht hierüber auszusprechen.

Nachdem er sich wegen der Mittheilungen bedankt, die ihm eine Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten ermöglichten, erklärte der gesetzgebende Körper in seiner Ansprache an den Kaiser, daß der, von den kriegführenden Mächten wiederholt ausgesprochene Wunsch nach Frieden von dem Lande, welches er vertrete, getheilt werde, wofern der Friede ehrenvoll sei und Dauer verspreche.

Die vornehmsten Bürgschaften für des Kaisers friedliche Absichten seien zwar das Mißgeschick, jener beste Lehrmeister der Könige, die Leiden des Volkes und das Bedürfniß der Krone, allein dennoch wäre es wol nützlich noch feierlichere Bürgschaften von Sr. Majestät zu erbitten. Wenn die Erklärung der Mächte trügerisch wäre, wenn sie uns knechten, Frankreichs heiligen Boden zerstückeln wollten, so müßten wir das ganze Volk zum Kampfe aufbieten. Dann würde sich die Macht des Reiches kräftiger entfalten, indem die Bande, welche das Volk mit seinem Fürsten vereinigen, sich noch fester knüpften. Fordere es aber nicht die Würde des Kaisers, mittels feierlicher Erklärung jeden Zweifel an seinen friedlichen Absichten zu beseitigen? Als jener Fürst, welchem von der Geschichte der Beiname des Großen gegeben worden (Ludwig XIV.), dem Volke neuen Kriegsmuth einflößen wollte, habe er ihm auseinandergesetzt, was von ihm alles für den Frieden gethan worden sei, und dieses offene Zutrauen sei erfolgreich gewesen. Würden nicht einige bestimmte Erklärungen es verhüten, daß die Verbündeten den Kaiser anklagten: er wolle durch Behauptung seiner Eroberungen sich ein beunruhigendes Uebergewicht sichern? Es komme dem gesetzgebenden Körper nicht zu, dem Fürsten die geeigneten Worte in den Mund zu legen, gewiß aber würde eine solche Erklärung auf die fremden Mächte sowol, als auf Frankreich selbst einen vortheilhaften Eindruck machen. Sollte man daher nicht im Angesichte Europas verkündigen, daß man ferner nur für die Unabhängigkeit und Unverletztheit Frankreichs kämpfen wolle, daß alle Anstrengungen nur den Frieden als Ziel hätten? Dieses Ziel würde man erreichen, sobald die Franzosen die Ueberzeugung gewännen, daß sie ihr Blut nur zur Vertheidigung des Vaterlandes und der Gesetze vergießen sollten. Allein die Worte Friede und Vaterland spendeten nur bei einer gesicherten Verfassung ihre Wohlthaten, außerdem seien sie ein leerer Schall. Man betrachte es daher als eine gebieterische Pflicht, jetzt, wo die Regierung alles für die Vertheidigung des

Staates aufbiete, den Kaiser zu bitten: daß er den Gesetzen ihre volle und unverkürzte Wirkung sichere.

Dieser Ausdruck wurde erst auf die dringende Vorstellung des Präsidenten Reynier statt der Worte gewählt: die Verletzung der Gesetze bestrafe.

Es seien, fuhr die Ansprache fort, jene Gesetze aufrecht zu halten, welche den Franzosen die Rechte der Freiheit, die Sicherheit der Person und des Eigenthums, sowie die freie Entwickelung ihrer politischen Befugnisse gewährleisten. Diese Gewährleistung sei das beste Mittel: den Franzosen die Kraft der Begeisterung für die Vertheidigung ihres Landes zu verleihen.

Erwägt man, daß das französische Volk unter dem Drucke der Abgaben fast erlag, daß allein im J. 1813 fünf Senatsbeschlüsse die Aushebung von 1,140000 Mann anordneten, daß der strengen Kaiserherrschaft die Republik, welche die Volksherrlichkeit erklärt hatte, vorangegangen war, so kann man sich nur darüber wundern, daß der gesetzgebende Körper, nachdem er am 30. Dec. den freimüthigen Bericht des Ausschusses, welcher dieser seiner Ansprache zu Grunde lag, mit 223 gegen 31 Stimmen gebilligt, seiner gerechten Unzufriedenheit keinen stärkeren Ausdruck gab, sondern dem Kaiser die Wünsche des Landes in so milder Form vortrug. Und vergleicht man diese Ansprache des gesetzgebenden Körpers an den Kaiser mit den bescheidensten Vorstellungen, welche das einstige Parlament von Paris bei Gelegenheit von Rechtsverwahrungen an die Könige von Frankreich richtete, so geht aus der weit kühneren Fassung der letzteren hervor, daß Napoleon's Herrschaft den Franzosen eine größere Unterwürfigkeit eingeflößt hatte, als selbst der despotische Ludwig XIV., der jenen berühmten Ausspruch that: „Der Staat bin ich!"

Freilich ließ die Ansprache des gesetzgebenden Körpers, so vorsichtig auch die Ausdrücke gewählt waren, deutlich genug merken, wie bereit man sei gegen Verzichtleistung auf die gemachten Eroberungen, und indem man sich mit den Grenzen des alten königlichen Frankreichs begnüge, den Frieden zu erkaufen, sowie daß man nicht den verbündeten Mächten, sondern dem Kaiser die Schuld gebe, wenn der Krieg fortdauere und die Leiden des Volkes verlängere.

Für die Unabhängigkeit und Unverletztheit des wirklichen Frankreichs wollte man die letzten Kräfte anstrengen, allein von der Behauptung seiner sogenannten

natürlichen Grenzen, welche Napoleon beabsichtigte, war nicht die Rede.

Was aber den Zorn des Kaisers aufs höchste steigerte, war, daß durch die Worte: „das Mißgeschick sei der beste Lehrmeister der Könige", die Erwartung ausgesprochen wurde, er werde infolge der erlittenen Unfälle seine Politik ändern; ferner daß man die Nothwendigkeit einer gesicherten Verfassung und der Aufrechthaltung der Gesetze betonte, und zwar zu einer Zeit, wo er wegen der bedrohten Lage des Landes sich für berechtigt hielt, ohne Beobachtung der gesetzlichen Formen, dictatorische Gewalt auszuüben, und wegen der Creditlosigkeit des Staats im Begriff war die für den Krieg nöthigen Geldmittel durch Auferlegung neuer Abgaben und durch andere willkürliche Verfügungen beizutreiben.

Er verbot den üblichen Druck der Ansprache, von welcher aber schon zahlreiche Abschriften in die Departements gesendet worden waren, löste den gesetzgebenden Körper auf, und ließ das für dessen Versammlungen bestimmte Gebäude durch Gensdarmen besetzen. Hingegen kam er von dem anfänglich gefaßten Vorsatz zurück, die Mitglieder des Ausschusses zu strenger Rechenschaft zu ziehen, weil er die durch jene Maßregeln bereits entstandene Aufregung noch zu steigern für gefährlich hielt.

Der Neujahrstag, an welchem die Staatskörper ihre Glückwünsche in den Tuilerien darbrachten, gab dem Kaiser Gelegenheit seinen Zorn gegen den gesetzgebenden Körper öffentlich und in Person auszusprechen. Nachdem der übliche Empfang vorüber war, erblickte er eine Gruppe von Mitgliedern des letzteren. Mit großer Gereiztheit trat er unter sie und rief:

„Ich habe den Druck Euerer Ansprache verhindert, weil sie eine brandstifterische ist. Ihr konntet viel Gutes wirken, aber Ihr habt nur Unheil angerichtet. Elf Zwölftel von Euch sind gute Bürger, die übrigen sind Aufrührer. Laisné ist ein an England verkaufter Verräther. Ihr seid nicht die Vertreter der Nation, sondern der Departements. Der gesetzgebende Körper ist nur ein Theil des Staats, er kann sich nicht auf gleiche Linie stellen mit dem Staatsrathe und dem Senate. Mich hat die Wahl von vier Millionen Franzosen auf den Thron gerufen, ich allein bin der Vertreter des Volks! Was würdet Ihr unter den gegenwärtigen Umständen, wo es sich darum handelt den Feind zurückzutreiben, gethan haben? Hättet Ihr die Heere befehligt, wäret Ihr stark genug gewesen, die Wucht der Parteien zu ertragen? Sie hätte Euch zermalmt. Ihr wäret durch die Vorstädte St.-Antoine und St.-Marceau vernichtet worden. Würdet Ihr Abgeordnete mehr vermocht haben, als die verfassunggebende Versammlung, als der Convent? Was ist aus den Guadet und Vergniaud geworden? Sie verfielen dem Tode, und Euer Loos würde bald dasselbe gewesen sein. Wie konntet Ihr eine solche Ansprache wie die

Eurige beschließen? In einem Augenblicke, wo die Feinde einen Theil Eures Landes besetzt haben, sucht Ihr die Nation mir abwendig zu machen! Wißt Ihr nicht, daß ich allein es bin, den man bekriegt? Wahrlich, ehrenvoll ist das Schauspiel, wie unsere Feinde ihre Anstrengungen gegen mich richten. Sie wissen wohl, daß sie mit meinem Sturze große Vortheile über die ihres Oberhauptes beraubte Nation erringen würden. Weit entfernt das zu sehen, was die Kurzsichtigsten wahrnehmen müßten, habt Ihr den Feinden gedient!"

Napoleon hielt hier einen Augenblick inne, als ob er erwarte, die Abgeordneten würden sich verantworten. Da sie aber stumm blieben, so fuhr er zornig fort:

„Ich weiß alles. Der Geist der Gironde und von Auteuil hat Euern Ausschuß geleitet. Laisné ist ein Verschwörer, ein Agent Englands, mit welchem er durch die Vermittelung des Advocaten Desèze in Briefwechsel steht, die übrigen sind Aufrührer. Ich werde Laisné nicht aus den Augen verlieren, er ist ein Bösewicht! Was hat Euch denn Frankreich gethan, daß Ihr ihm so viel Uebles zufügen wollt? Ihr verlangt von mir mehr, als selbst die Verbündeten. Ja, wenn diese die Champagne verlangten, so würdet Ihr mir rathen, daß ich ihnen noch Brie dazu gäbe. Euer Bericht ist mit einer Arglist und Treulosigkeit abgefaßt, von der Ihr keine Ahnung habt. Zwei in der Champagne verlorene Schlachten hätten weniger Schaden gethan. Ihr konntet so viel Gutes wirken, ich erwartete Trost von Euch. Obgleich ich von der Natur einen starken und stolzen Charakter empfangen habe, bedurfte ich doch des Trostes. Ich habe meine Leidenschaften, meinen Ehrgeiz, meinen Stolz dem Wohle Frankreichs geopfert. Ich glaubte Ihr würdet es mir Dank wissen, und da ich geneigt war noch mehr Opfer zu bringen, hoffte ich: Ihr würdet verlangen, daß ich nicht etwa solche brächte, welche mit der Ehre der Nation unverträglich wären. Ihr seid davon weit entfernt. In Euerem Berichte stellt Ihr den Vorwürfen die blutigste Ironie zur Seite. Ihr sagt, das Mißgeschick habe mir heilsamen Rath gegeben. Wie könnt Ihr mir meine Unglücksfälle vorwerfen? Ich habe sie mit Ehre ertragen, weil ich einen starken und stolzen Charakter besitze. Hätte ich nicht diese stolze Seele, so würde ich mich nicht auf den ersten Thron der Welt geschwungen haben."

Voll leidenschaftlicher Erregung ging er einige Schritte auf und ab, und rief dann aus:

„Ja ich bedurfte des Trostes und erwartete ihn von Euch. Ihr habt mich mit Koth bewerfen wollen, aber ich bin einer von jenen Menschen, die man tödten, doch nicht entehren kann. Wollt Ihr etwa mit derartigen Vorwürfen den Glanz des Thrones erhöhen? Was ist übrigens der Thron? Einige Stücke vergoldeten Holzes mit Sammet bedeckt. In der Nation ist der Thron zu erblicken, und ohne ihr zu schaden kann man mich von ihr nicht trennen, denn die Nation bedarf meiner mehr, als ich ihrer. Was würde sie ohne Führer, ohne Oberhaupt beginnen? Ich wiederhole es, Euer Bericht war in verrätherischer Absicht abgefaßt. Ich bewahre ihn, um ihn eines Tages drucken zu lassen, damit die Nachwelt vernehme, was Ihr gethan habt. Wenn er in den Departements zu Euerer Schande in Umlauf kommt, so werde ich ihn im Moniteur mit Anmerkungen abdrucken lassen, und den Leuten die Augen über die Absicht öffnen, in der er abgefaßt war. Jetzt wo es sich darum handelt den Feind zurückzutreiben, verlangt Ihr Institutionen, als wenn wir nicht Institutionen hätten! Seid

Ihr mit der Constitution nicht zufrieden? Nun dann hättet Ihr vor vier Jahren eine andere verlangen sollen. Ziemte es sich in einem Augenblicke, wie der gegenwärtige, eine solche Forderung zu stellen? Ihr wollt also die verfassunggebende Versammlung nachahmen und eine neue Revolution beginnen? Aber ich werde nicht Ludwig XVI. gleichen. Ich würde den Thron verlassen und es vorziehen einen Theil des gebietenden Volks auszumachen, statt ein sklavischer König zu sein."

Nachdem er so seinem Zorne Luft gemacht hatte, fühlte er das Bedürfniß durch einige entschuldigende Worte die ihm entfremdeten Herzen wiederzugewinnen, und fuhr daher in milderem Tone fort:

„Ihr seid durch Parteileidenschaft hingerissen worden, obschon elf Zwölftel Euerer Körperschaft gute Bürger sind, und mit meinem völligen Vertrauen in ihre Departements zurückkehren. Ich weiß wie es in großen Versammlungen zugeht. Ein Einzelner stellt sich auf die rechte, ein Zweiter auf die linke Seite, ein Dritter in die Mitte, und Parteien erregen und ziehen die Mehrheit mit sich fort. Auf diese Weise hat man Euch angeführt. Ihr habt fünf Mitglieder für den Finanzausschuß ernannt, als wenn es nur diese fünf Mitglieder im gesetzgebenden Körper gebe. Von denjenigen, welche es mit dem Hofe, mit der Regierung hielten, habt Ihr nichts wissen wollen, und weshalb? Diesen habt Ihr nicht gewollt, weil er Generalprocurator war, jenen weil er dem Rechnungshofe angehörte, und doch waren es gute Franzosen, denen Ihr Aufrührer vorgezogen habt. Man kam zu Euch und sagte, vor dem Kampfe müßte man erst wissen, ob man ein Vaterland habe. Man erblickte also nur da ein Vaterland, wo Anarchie herrscht! Auch ich bin aus dem Volke hervorgegangen, und ich kenne die Verpflichtungen, welche ich übernommen habe. Ihr sprecht von Misbräuchen und Quälereien. Ich weiß so gut, wie Ihr, daß solche vorgefallen sind. Dies ist eine Folge der Umstände und des Unglücks der Zeit. Aber war es nöthig ganz Europa in unsere geheimen Angelegenheiten einzuweihen? Meine Herren, das ist schmutzige Wäsche, welche man in der Familie, und nicht vor den Augen der Welt waschen muß. Von allem, was Ihr sagt, ist die eine Hälfte unwahr, und nur die andere wahr. Was mußtet Ihr thun? Mir alles, was zu Euerer Kenntniß gekommen war, Departement für Departement, Mann für Mann vertraulich mittheilen. Ich würde Euch mit meinen Ministern, mit meinen Staatsräthen in Verbindung gesetzt haben, wir hätten alles gleichsam im Familienkreise geprüft. Ich würde Euch für die mir gelieferten Nachweise dankbar gewesen sein. Ich würde die Vergeuder öffentlicher Gelder bestraft haben, ich liebe sie ebenso wenig, wie Ihr. Aber Euere Klagen sind übertrieben.

Herr Raynouard hat z. B. gesagt, der Marschall Massena habe das Landhaus eines Bürgers von Marseille geplündert. Herr Raynouard hat damit eine Lüge gesagt. Der Bürger, von dem er spricht, kam ins Ministerium des Innern, und beklagte sich, daß sein Haus, in welchem der Marschall Massena wohnte, über die vom Gesetze gestattete Zeit vom Hauptquartier eingenommen sei. Ueber etwas anderes hat er sich nicht beklagt, und da das Hauptquartier nicht anders wohin verlegt werden konnte, so habe ich ihm eine Entschädigung geben lassen. Ich sage Euch, Euere Klagen sind übertrieben. Elf Zwölftel Eurer Körperschaft kehren mit meinem völligen Vertrauen in ihre Departements zurück. Sie mögen es aussprechen, daß ich aufrichtig den Frieden will, daß ich mich ebenso sehr nach ihm sehne, als Ihr, daß ich alle Opfer bringen werde, um ihn Frankreich zu gewähren, welches ihn nöthig hat. In drei Monaten werden wir Frieden haben, die Feinde werden von unserm Boden verjagt, oder ich werde todt sein! Nie

haben uns die Feinde besiegt, nie werden sie uns besiegen, sie werden schneller verjagt werden, als sie gekommen sind. Die Einwohner des Elsasses und der Franche Comté sind bessern Geistes, als Ihr. Sie fordern Waffen. Ich sende ihnen Adjutanten, um Parteigänger aus ihnen zu machen. Kehrt in Eure Departements zurück! Ich werde die Wahlcollegien zusammenberufen und den gesetzgebenden Körper ergänzen." [1])

Diese Ergänzung benutzte Napoleon jetzt als Vorwand der Auflösung, obschon er kurz vorher durch den Senat hatte erklären lassen: die Umstände erforderten, daß man von der Ergänzung absehe, weil der gesetzgebende Körper in seiner dermaligen Gestalt bis zum Schlusse der Sitzungsperiode zusammen bleiben, und seine Dienste dem Lande widmen müsse. Er hatte trotz aller der Unfälle, durch welche seine Macht erschüttert worden war, nicht daran gezweifelt, daß der gesetzgebende Körper, wie bisher, ihm unbedingt gehorchen, und ganz in der gewünschten Weise sich erklären werde. Deshalb erfüllte es ihn mit so heftigem Zorne, als er sich hierin getäuscht fand. Er sah nun zu spät ein, daß er klüger gethan hätte seine unumschränkte Gewalt nicht mit Verfassungsspielereien zu umhüllen. Um den gesetzgebenden Körper mit seinen Scheinbefugnissen kümmerte sich niemand, so lange er den kaiserlichen Befehlen gehorchte. Erst in dem Augenblicke, wo er mit Ernst seine Stimme für den Frieden erhob, wovon alle die Beendigung ihrer Leiden hofften, lenkten sich wieder des Volkes Blicke auf ihn. Man tadelte jetzt laut, daß das im Sinne des Landes von seinen Vertretern geäußerte Verlangen nach Bürgschaften des Friedens keinen anderen Erfolg gehabt habe, als die sofortige Auflösung ihrer Versammlung, und erblickte hierin den Beweis, daß der Kaiser ungeachtet seiner Versicherungen des Gegentheils den ihm unter ehrenvollen Bedingungen angetragenen Frieden deshalb nicht wolle, weil es seinem Ehrgeize unerträglich sei auf Europas Oberherrschaft zu verzichten.

Napoleon nahm nun länger keinen Anstand alles aus eigener Machtvollkommenheit anzuordnen, was er zur Fortsetzung des Krieges für nöthig hielt. Da die Staatskasse leer war, und die dreißig Millionen Francs, welche er seinem Privatschatze entnahm, bei weitem nicht hinreichten auch nur die dringendsten Ausgaben zu decken, so schrieb der Kaiser selbst neue Auflagen aus, statt sich des gesetzgebenden Körpers hierzu zu bedienen. Der Versuch die nöthigen Summen durch eine Anleihe herbeizuschaffen wäre nutzlos

---

[1]) Capefigue, XX, 36.

gewesen. Die fünfprocentigen Schatzscheine waren von 100 auf 45 Francs hinabgesunken. Niemand hätte einer Regierung, welche den ihr drohenden Gefahren unterliegen zu müssen schien, Geld geliehen. Vergeblich hatte Frankreich seit zwanzig Jahren Europa gebrandschatzt; von den unermeßlichen Summen, die in den Staatsschatz geflossen waren, war keine andere Spur geblieben, als der erbitterte Haß der Beraubten. In allen Städten des Reichs wurden die Nationalgarden aufgeboten, theils um die gesetzliche Ordnung aufrecht zu halten, theils um dem Feinde entgegenzugehen. Die Aushebung der kriegspflichtigen Mannschaften wurde mit äußerster Strenge bewirkt, und die Haufen brotloser Arbeiter suchte man zu freiwilligem Kriegsdienste durch die Zusage zu bewegen, daß die Ernährung ihrer des Versorgers beraubten Familien auf Staatskosten geschehen werde. Auf den Bühnen der Theater wurden auf Anordnung der Polizei patriotische Lieder gesungen und Stücke gegeben, in welchen die Vertheidigung des Vaterlandes gepriesen wurde. Die Pariser sollten durch eine Oper, worin Karl Martel die Oriflamme gegen die Sarazenen erhob, zu Ergreifung der Waffen begeistert werden. Die Entfaltung der dreifarbigen Fahne jedoch, sowie das Absingen der Marseillaise und anderer republikanischer Lieder war nicht gestattet. Jene Lieder riefen das französische Volk zur Vertheidigung seiner Freiheit gegen die Tyrannei. Napoleon aber hatte dem Volke die Freiheit genommen, und dafür Kriegsruhm gegeben. Auch dieser war nun dahin, und nur das Kriegselend geblieben, über welches man murrte. Daher wagte er nicht durch Freiheitslieder Erinnerungen an Zustände wach zu rufen, deren Wiederherstellung die republikanische Partei beabsichtigte, um ihn zu stürzen. Die Erhebung des französischen Volks in Masse zu bewirken lag nicht in Napoleon's Plane; er wollte Soldaten, deren militärischer Gehorsam ihm dafür bürgte, daß sie stets nur brauchbare Werkzeuge für seine Absichten sein und bleiben würden. Undisciplinirte Haufen, welche heute ihre Waffen gegen den Feind und morgen vielleicht gegen ihn selbst gekehrt hätten, verabscheute er. Nur in den Landstrichen, wo die Anwesenheit der feindlichen Heere die Bevölkerung durch ungemessene Forderungen zur Verzweiflung treiben würde, hielt er es für vortheilhaft das Volk zu bewaffnen, doch sandte er seine Adjutanten als militärische Leiter dahin ab.

Die Stärke der verbündeten Heere, welche den Feldzug von 1814 gegen Frankreich eröffneten, betrug über 600000 Mann, die über-

haupt zu den Waffen gerufenen Streiter dagegen mehr, als eine Million. Wellington drang mit seinem aus Engländern, Deutschen, Spaniern und Portugiesen zusammengesetzten Heere von der südwestlichen Seite vor. Aus Oesterreichern, Preußen, Deutschen, Russen, Holländern und Schweden waren die drei übrigen Heere zusammengesetzt, welche die östlichen Grenzen Frankreichs überschritten. Der Kronprinz von Schweden mit dem bisherigen Nordheere griff im Nordosten Belgien an. Das Hauptheer fiel im Südosten von der Schweiz aus ins Land und das ehemalige schlesische Heer unter Blücher überschritt den Rhein in seinem mittlern Laufe auf mehreren Punkten. Zwischen der Seine und Marne bei Troyes, Arcis und Vitry sollten die Heere unter Schwarzenberg und Blücher sich vereinigen, um sodann nach Paris zu marschiren und durch Einnahme der Frankreich beherrschenden Hauptstadt den Krieg siegreich zu beenden. Die westlichen Grenzfestungen waren von den Franzosen so unzureichend besetzt, daß sie den Marsch der verbündeten Heere, welche zu ihrer Beobachtung oder Einschließung angemessene Streitkräfte zurückließen, nicht aufhalten konnten.

Am 24. Jan., an welchem Tage Napoleon von Paris zur Armee abging, standen beide verbündete Heere bereits zwischen der Seine und Marne. Nach einem, für die Franzosen günstigen Gefechte bei Brienne erfocht Blücher am 1. Febr. zwischen diesem Orte und La Rothière einen Sieg über das, von Napoleon in Person geführte, aber weit schwächere französische Heer. Letzteres verlor 73 Kanonen und 9000 Gefangene, während der Verlust an Todten und Verwundeten auf beiden Seiten ungefähr je 6000 Mann betrug. Dieser erste Sieg, den die Verbündeten auf französischem Boden davontrugen, erfüllte sie mit großem Selbstvertrauen, zumal da ihre Mittel des Angriffs diejenigen, welche Napoleon ihnen zu seiner Vertheidigung entgegensetzen konnte, so sehr überwogen, daß dessen baldiger Sturz unvermeidlich schien.

Wäre infolge von Metternich's Bemühungen die Eröffnung des Friedenscongresses von Chatillon nicht bereits bestimmt gewesen, so würde man schwerlich diesfallsige Unterhandlungen angeknüpft haben, denn alle Mächte außer Oesterreich hielten Napoleon's Entthronung für die Grundbedingung eines dauerhaften und heilsamen Friedens.

Am 29. Jan. war von den Verbündeten in ihrem Hauptquartiere zu Langres in gemeinschaftlicher Berathung festgestellt worden, wie man mit Napoleon unterhandeln wolle, und welche Grundlagen der abzuschließende Frieden haben müsse. Man kam überein:

Mit Napoleon im Namen Europas gemeinschaftlich zu unterhandeln;
Frankreich auf die Grenzen von 1792 zu beschränken;
dem Kaiser der Franzosen auf Verlangen zwar eine allgemeine Uebersicht über das neu zu errichtende europäische Staatengebäude zu geben, jedoch ohne in Einzelheiten mit ihm einzugehen;
den Bevollmächtigten gleichlautende Verhaltungsbefehle zu ertheilen; falls die Friedensunterhandlungen erfolglos blieben, dem französischen Volke die Ursache hiervon auseinanderzusetzen.

Mit der Führung der Unterhandlungen wurden beauftragt: Graf Stadion von Oesterreich, Freiherr von Humboldt von Preußen, Graf Rasumowski von Rußland, die Lords Cathcart und Aberdeen und der General Stuart von England.

Außer obigen Verhaltungsbefehlen ward den Bevollmächtigten eingeschärft, die Anerkennung der Unabhängigkeit Deutschlands, Spaniens, der Schweiz, Italiens und Hollands als Grundbedingung zu betrachten. Holland war mit einer Gebietsvergrößerung dem Hause Oranien zugedacht. Ferner sollten für die Uebergabe der von den Franzosen eroberten Festungen Fristen bestimmt, und vier Tage nach Abschluß des Friedens und bis zur Erfüllung von dessen Bedingungen die französischen Festungen Besançon, Befort und Hüningen den Verbündeten eingeräumt werden. Endlich war England bereit den größten Theil der von ihm eroberten französischen Colonien zurückzugeben.

Am 4. Febr. eröffnete man den Congreß zu Chatillon, allein nur um nach gegenseitiger Begrüßung wieder auseinanderzugehen und eine Zusammenkunft auf den folgenden Tag zu verabreden. Auch diese war nur von kurzer Dauer. Die Bevollmächtigten der Verbündeten erklärten, im Namen Europas mit Frankreich über den Frieden unterhandeln zu wollen, setzten fest, daß über die Sitzungen ein Protokoll zu führen sei, und bemerkten, daß jede Erörterung über das Seerecht, welches dem Völkerrecht unterliege, als der Natur der Verhandlungen fremd, zu unterbleiben habe. Nachdem Caulaincourt, als Bevollmächtigter Frankreichs, zu allen diesen Punkten seine Zustimmung ausgesprochen hatte, wurde die Sitzung auf Anführen des russischen Congreßgesandten Rasumowski: „er

sei noch nicht im Besitze von schriftlichen Verhaltungsbefehlen", aufgehoben. Kaiser Alexander hatte ihn nach der Schlacht bei La Rothière angewiesen, die Verhandlungen so sehr, als möglich zu verzögern, weil inzwischen der Friede, wie es den Anschein hatte, durch fernere Siege erzwungen werden konnte, und dies natürlich einem, von der Einwilligung Napoleon's abhängigen Vergleiche vorzuziehen war. Die von den Heerführern der Verbündeten begangenen groben Fehler führten aber einen Wechsel des Kriegsglücks herbei, welcher Napoleon's Sturz um einige Wochen verzögerte.

Sehr bezeichnend für den Charakter Napoleon's ist der Brief, welchen er am 4. Febr. aus Troyes an Caulaincourt, den Vertreter seiner Interessen in Chatillon, richtete. Er schrieb:

„Der Bericht des Fürsten Schwarzenberg ist eine Lächerlichkeit. Eine Schlacht hat gar nicht stattgefunden. Die alte Garde war nicht dabei, die junge Garde ist nicht zum Gefecht gekommen. Einige Stücke Geschütz sind uns durch Reiterangriffe genommen worden. Das Heer war auf dem Marsche, um die Brücke von Lesmont zu überschreiten, als dies geschah. Zwei Stunden später hätte uns der Feind gar nicht mehr gefunden. Es scheint, das ganze feindliche Heer war auf dem Platze, darum geben sie es für eine Schlacht aus. In diesem Falle waren sie außerordentlich ungeschickt. Sie hatten es nur mit 15000 Mann der Unserigen zu thun, und wir haben das Schlachtfeld den ganzen Tag behauptet.

Der Brief, den Ihnen Metternich geschrieben hat, ist ganz und gar lächerlich, allein ich entnehme daraus, was ich seit langer Zeit schon wahrgenommen habe, daß er Europa zu leiten wähnt, während alle Welt ihn leitet. Es war sehr natürlich, daß man in der Zeit, wo die Unterhandlung eröffnet wurde, einige Tage lang unthätig blieb, ohne deswegen gerade einen Waffenstillstand abzuschließen. Sie verlangen immer Vollmacht von mir, und doch ist es zweifelhaft, ob der Feind unterhandeln will. Die Bedingungen sind, wie es scheint, im voraus von den Verbündeten verabredet — es war gestern der Dritte — und Sie melden mir nicht, daß die Bevollmächtigten ihnen ein Wort davon gesagt hätten. Sobald dies geschehen sein wird, steht es bei Ihnen die Bedingungen anzunehmen, oder mir binnen 24 Stunden darüber Bericht zu erstatten . . ." [1])

Napoleon betrachtete also eine solche Annahme für sich als unverbindlich, und sorgte so durch seine eigenen diesfallsigen Aeußerungen dafür, daß die Klagen seines Bevollmächtigten über das Zurücktreten der Verbündeten von den zu Frankfurt gemachten Vorschlägen in ihrem richtigen Lichte erschienen.

Caulaincourt, welcher nur zu wohl einsah, daß ein schleuniger Friede allein Napoleon auf Frankreichs Throne erhalten könne, war unwillig über die Rolle, die er als Unterhändler spielen sollte,

---

[1]) Montholon, II, 321. F. A.

und hatte sich darüber beklagt. Noch bevor er bei Napoleon anfragte, ob der ihm von Metternich mitgetheilte Sieg der Verbündeten bei La Rothière auf Wahrheit beruhe, schrieb er unter dem 31. Januar an den Herzog von Bassano:

„Man darf sich darüber nicht täuschen. Der Feind hat große Streitkräfte entwickelt. Besitzt der Kaiser ein hinreichend zahlreiches Heer, um mit ihm den Sieg zu erringen, so darf man über die natürlichen Grenzen hinaus nichts abtreten. Hat aber das Glück uns dergestalt den Rücken gekehrt, daß wir in diesem Augenblicke nicht über genügende Streitkräfte verfügen, so wollen wir doch der Nothwendigkeit das hingeben, was wir nicht vertheidigen können. Bringen Sie Se. Majestät zu einem bestimmten Entschlusse! In einer Frage von dieser Wichtigkeit muß man klar sehen. Man darf in keiner Beziehung gebundene Hände haben. Hängt das Heil Frankreichs davon ab, daß binnen vier Tagen Frieden oder ein Waffenstillstand geschlossen sei? In diesem Falle verlange ich bestimmte Verhaltungsbefehle, die mich in den Stand setzen zu handeln.“

Napoleon kannte die Mislichkeit seiner Lage wohl, aber sein Stolz sträubte sich dagegen, diejenigen, welche er so oft besiegt, als seine Sieger anzuerkennen, von ihnen, denen er die Bedingungen des Friedens zu dictiren gewohnt war, jetzt solche zu empfangen. Als Maret diesen Brief Caulaincourt's ihm überreichte, und von seiner bisherigen Gewohnheit stets der Ansicht seines kaiserlichen Herrn zu sein abgehend, ihm die Räthlichkeit Frieden zu schließen vorstellte, wies er statt der Antwort auf folgende Stelle aus Montesquieu's „Größe und Verfall der Römer“, von welchem Werke er den betreffenden Band in der Hand hielt:

„Ich kenne nichts Großartigeres, als den Entschluß, welchen ein Monarch, der zu unserer Zeit regierte, gefaßt hat, sich eher unter den Trümmern des Thrones zu begraben, als Vorschläge anzunehmen, den ein König nicht Gehör schenken darf. Er hatte eine zu stolze Seele, um noch tiefer herabzusteigen, als das Unglück ihn gestellt hatte. Er wußte wohl, daß Muth eine Krone befestigen kann, daß aber Ehrlosigkeit dies nie vermag.“

Allein Ludwig XIV. hat nicht, wie Napoleon, das Ansinnen gemachte Eroberungen des Friedens wegen herauszugeben, sondern die allerdings entehrende Forderung verweigert, er solle sich mit den Feinden seines Enkels zu dem Zwecke verbinden, um diesem den spanischen Thron, auf den er selbst ihn gesetzt hatte, zu entreißen.

Seitdem es unzweifelhaft war, daß nur ein schleuniger Friedensschluß Napoleon's Krone sichern konnte, wünschte auch der Herzog von Bassano den Frieden, denn er wußte, daß mit dem Kaiserthume auch er fallen werde. Er ließ daher nicht ab seinem Herrn die Nothwendigkeit des Friedens darzustellen. Es ist nichts großartiger, sagte er, als selbst den Ruhm dem Heile des Staates aufzuopfern, wenn dadurch dessen Sturz vermieden werden kann. Napoleon rief endlich ungeduldig aus:

„Nun wohl, so schließt Frieden! Caulaincourt mag alles unterzeichnen was nothwendig ist, um ihn zu erhalten. Ich werde die Schande tragen, aber ich will nicht meine eigene Demüthigung dictiren."

Welche Dauer dieser Friede gehabt hätte, wenn er wirklich zu Stande gekommen wäre, darüber sprach sich Napoleon selbst in einem Briefe, den er im Februar an seinen Bruder Joseph richtete, in folgenden Worten aus:

„Hätte ich den Frieden mit den alten Grenzen unterzeichnet, so wäre ich zwei Jahre später zu den Waffen geeilt, und hätte der Nation erklärt: das sei kein Friede gewesen, was ich unterzeichnet, sondern eine Capitulation." [1])

Infolge der erhaltenen Ermächtigung schrieb nun Maret sofort an Caulaincourt von Troyes aus nachstehenden Brief vom 5. Febr.:

„Mein Herr Herzog! Ich habe einen Eilboten mit einem Briefe Sr. Majestät und der neuen Vollmacht, welche Sie verlangt haben, an Sie abgeschickt. Im Augenblicke, wo Se. Majestät diese Stadt zu verlassen im Begriffe ist, beauftragt sie mich Ihnen einen zweiten Eilboten zu senden und Sie in geeigneten Ausdrücken davon in Kenntniß zu setzen, daß Se. Majestät Ihnen unbeschränkte Vollmacht ertheile die Unterhandlungen zu einem glücklichen Ende zu führen, die Hauptstadt zu retten und eine Schlacht zu verhüten, auf der die letzten Hoffnungen der Nation beruhen würden. Die Berathungen müssen gestern begonnen haben. Se. Majestät hat nicht erst Ihre Nachricht über die ersten Eröffnungen abwarten wollen, aus Besorgniß die geringste Verzögerung zu veranlassen. Ich bin daher beauftragt, Herr Herzog, Ihnen zu wissen zu thun: es sei der Wille des Kaisers, daß Sie sich mit allen unter diesen wichtigen Umständen nothwendigen Vollmachten ausgerüstet betrachten, um das Mittel zu ergreifen, welches die Fortschritte des Feindes zu hemmen und die Hauptstadt zu retten geeignet ist. Se. Majestät wünscht, daß Sie so oft, als möglich schreiben, um danach die Leitung der kriegerischen Unternehmungen einrichten zu können." [1])

Obschon nach diesem Schreiben dem Herzoge von Vicenza kein Zweifel mehr darüber bleiben konnte, ob der österreichische Minister, oder sein eigener Kaiser ihm eine falsche Schilderung von der Schlacht bei La Rothière gegeben habe, so konnte er es sich doch nicht versagen sein allerdings gerechtes Befremden auszusprechen, daß man ihm den thatsächlichen Grund verschweige, weshalb er plötzlich Verhaltungsbefehle erhielt, die von den früheren so ganz verschieden waren. Auch kannte er Napoleon's Widerwillen gegen die fraglichen Friedensbedingungen zu gut, um nicht zu wünschen von ihm selbst die Bestätigung seiner neuen Verhaltungsbefehle zu empfangen. Er schrieb daher am 6. Febr. an den Kaiser:

---

[1]) **Mémoires du roi Joseph, X, 134.**

„Sire! Ein am 5. Febr. aus Troyes abgegangener Eilbote hat mir ein in Chiffren abgefaßtes Schreiben des Herrn Herzogs von Bassano überbracht, welches, obschon es mir im Namen Ew. Majestät die ausgedehnteste Vollmacht überträgt, mich doch in die verwirrendste Verlegenheit setzt, aus der ich keinen Ausweg erblicke. Ich befinde mich vier Unterhändlern gegenüber, wenn ich die drei englischen Bevollmächtigten nur für einen einzigen rechne. Diese vier Unterhändler haben von den Staatsministern der vier Höfe ein und denselben Verhaltungsbefehl. Ihre Sprache ist ihnen im voraus vorgeschrieben. Die Erklärungen, welche sie abgeben, sind ihnen fertig zuertheilt worden. Sie thun keinen Schritt, sie sagen kein Wort, ohne sich vorher darüber verständigt zu haben. Sie wollen über alles ein Protokoll; wenn ich selbst aber die einfachsten Bemerkungen über die bekanntesten Thatsachen darin aufnehmen lassen will, so erregen meine gemessensten Ausdrücke Schwierigkeiten, und ich muß nachgeben, um nicht die Zeit mit eiteln Zänkereien zu vergeuden. Ich fühle wie kostbar die Augenblicke sind, andererseits fühle ich aber auch, daß man durch Ueberstürzung alles verderben würde. Ich dränge, aber mit Mäßigung, wie es die Nothwendigkeit vorschreibt, um die großen mir anvertrauten Interessen nicht zu gefährden; ich dränge, so sehr ich es vermag, ohne diesen Leuten hier mich an den Kopf zu werfen, und ohne mich ihrer Willkür preiszugeben. In dieser Lage erhalte ich einen Brief voller Besorgnisse. Fast mit gebundenen Händen war ich abgereist, jetzt erhalte ich unbeschränkte Vollmacht. Man hielt mich zurück, jetzt spornt man mich an. Dennoch läßt man mich in Unkenntniß über die Gründe dieser Veränderung. Man zeigt mir Gefahren, aber ohne ihren Grad zu bezeichnen, und mir zu sagen ob sie von einer, oder von mehreren Seiten kommen. Vor allem Ew. Majestät und ihr Heer, sodann Paris, die Bretagne, Spanien, Italien, stellen sich abwechselnd und auf ein Mal meinem Geiste dar. Meine Einbildungskraft wendet sich von einem zum andern, ohne daß ich mir eine feste Meinung zu bilden vermag. In Unkenntniß über die wahre Sachlage kann ich nicht beurtheilen, was sie fordert, was sie gestattet, ob sie von der Art ist, daß ich blindlings, ohne Widerrede und ohne Verzug in alles willigen muß, oder ob ich mindestens, um die wesentlichsten Punkte zu erörtern, mehrere Tage vor mir habe, oder nur einen einzigen, oder ob mir hierzu nicht einmal ein Augenblick gegönnt ist. Dieser angstvolle Zustand hätte mir durch diesfallsige Aufschlüsse, welche der Brief des Herzogs von Bassano nicht enthält, erspart werden können. Bei der Unkenntniß, in welcher er mich läßt, werde ich behutsam vorschreiten, wie man dies zwischen zwei Klippen thun muß. Aber im äußersten Falle werde ich thun, was die Sicherheit Ew. Majestät und das Wohl meines Vaterlandes mir zu erfordern scheinen."

Der bald darauf eintretende Umschwung der Ereignisse und neue Verhaltungsbefehle ersparten ihm einen festen Entschluß zu fassen, obschon bereits in der am folgenden Tage, dem 7. Febr., stattfindenden Sitzung von den Bevollmächtigten der Verbündeten, auf welche Napoleon's misliche Lage natürlich ihren Einfluß zu äußern ebenfalls nicht verfehlte, folgende Erklärung abgegeben wurde:

„Da die verbündeten Mächte den Gesichtspunkt der Sicherheit und künftigen Unabhängigkeit Europas mit dem Wunsche vereinen Frankreich in einem Besitzstande zu sehen, welcher dem von ihm im Staatensysteme stets eingenommenen Range entspricht, und in Erwägung der Lage, in der sich Europa Frankreich gegenüber infolge der durch die Waffen erlangten Vortheile befindet, weisen sie ihre Bevollmächtigten an zu verlangen, daß Frankreich

in die Grenzen, welche es vor der Revolution hatte, zurückweiche, vorbehaltlich jedoch der durch gemeinsames Einverständniß zu treffenden Einrichtungen hinsichts der außerhalb der beiderseitigen Grenzen liegenden Gebietsstücke, und vorbehaltlich der Zurückerstattungen, welche England im allgemeinen Interesse von Europa gegen die von Frankreich verlangten Gebietsabtretungen zu gewähren bereit ist, Zurückerstattungen, welche sich auf die von England während des Krieges gemachten Eroberungen beziehen. Frankreich hat jeden unmittelbaren Einfluß außerhalb seiner künftigen Grenzen aufzugeben, und die Verzichtleistung auf alle Titel, welche seine bisherige Oberherrschaft und Schutzherrschaft über Italien, Deutschland und die Schweiz betreffen, ist eine unmittelbare Folge dieser Ausgleichung."

Nach einigen mündlichen Erörterungen wurde die Sitzung auf den Wunsch des französischen Bevollmächtigten bis auf 8 Uhr Abends verschoben, weil der Gegenstand von zu großer Wichtigkeit sei, als daß er auf die ihm gemachte Mittheilung sofort antworten könne. Caulaincourt hatte zwar unbeschränkte Vollmacht die ihm heilsam und nothwendig scheinenden Zugeständnisse zu machen, und war allerdings unter den obwaltenden Umständen berechtigt, diese Friedensgrundlagen ohne Weiteres anzunehmen; allein bei der Nähe des französischen Hauptquartiers hoffte er noch im Laufe des Tages eine entscheidende Antwort Napoleon's auf seine dringenden Vorstellungen zu erhalten. Da diese jedoch ausblieb, so erneuerte er nach Wiedereröffnung der Sitzung die Versicherung, daß sein Hof zu den größten Opfern für den Frieden bereit sei, wie sehr auch die jetzt gestellten Forderungen der verbündeten Mächte von den zu Frankfurt gethanen Friedensvorschlägen sich unterschieden, welche die natürlichen Grenzen Frankreichs zur Grundlage gehabt, und anerkannt hätten, daß demselben ein Besitzstand gebühre, der dem von ihm im Staatensysteme stets behaupteten Range entspräche. Obschon diese Vorschläge in Bezug auf Frankreich einen Grundsatz anwendeten, von dessen Anwendung auf die verbündeten Mächte selbst nicht die Rede sei, also nicht beiden Theilen gleiches Recht zubilligten, so würde er dennoch nicht anstehen sich hierüber sofort auf das Bündigste zu erklären, sobald er über alle, Frankreich angesonnenen Opfer, über die demselben dafür zu gewährenden Entschädigungen, sowie darüber zu wessen Gunsten jene Opfer gebracht werden sollten, in Kenntniß gesetzt worden sei.

Die Erklärung des französischen Ministers war um so geschickter, als sie die Annahme der vorgeschlagenen Friedensgrundlagen nach bestimmterer Angabe ihrer Einzelheiten in Aussicht stellte, und doch jede bindende Erklärung vermied. Daß eine Verständigung nicht sogleich erzielt wurde, schien ihr zufolge nur an der zu allgemeinen Fassung

der von Seiten der Verbündeten gemachten Vorschläge zu liegen, nicht an der mangelnden Bereitwilligkeit Frankreichs die deshalb nöthigen Opfer zu bringen.

Caulaincourt's Antwort wurde zur Berichterstattung an die verbündeten Souveraine zu Protokoll genommen. Er hatte mithin seinen Zweck erreicht. Er hatte Aufschub für eine bestimmte verbindende Erklärung erlangt, ohne daß ihm der Vorwurf gemacht werden konnte dieselbe verzögert zu haben. Allein der Umstand, daß die Bevollmächtigten der Verbündeten so wenig Eifer zeigten zu bestimmten Ergebnissen zu gelangen, indem sie über seine Antwort erst Bericht erstatten wollten, und der russische Minister sogar noch Verhaltungsbefehle erwartete, während von Seiten Frankreichs so ungewöhnliche Willfährigkeit für die Vorschläge der Gegner gezeigt worden war, überzeugte den Herzog von Vicenza, wie nothwendig ein ungesäumter Friedensschluß für die Rettung des französischen Kaiserthums sei. Fürst Metternich hatte, auch nachdem an die Stelle des von ihm gestifteten österreichisch-französischen Bündnisses der Kriegszustand zwischen die beiden Staaten getreten war, mehr als irgendein anderer Minister Sympathien für Frankreich gezeigt, und neben den amtlichen pflegte er noch vertrauliche Mittheilungen von Seiten Caulaincourt's zu empfangen und zu erwidern. Dieser wandte sich nun am 8. Febr. an ihn mit einem solchen vertraulichen Schreiben, welches einem amtlichen von geringer Bedeutung beigeschlossen war, und suchte ihn davon zu überzeugen: es läge ebenso sehr in Oesterreichs, als Frankreichs Interesse, daß die Verhandlungen zu Chatillon zu einem annehmlichen Frieden gediehen. Nachdem er beklagt hatte, daß nicht Fürst Metternich, sondern Graf Stadion Oesterreich im Congresse vertrete, fuhr er fort:

„Wären Sie mit der Unterhandlung beauftragt, so würden Sie, wie ich gern glaube, das Einschlagen eines Weges verhindert haben, welcher offenbar darauf berechnet ist die Zeit mit unendlichen Verzögerungen hinzubringen. Wozu können diese Verzögerungen dienen, wenn man wirklich den Frieden im Auge hat? Bin ich nicht hier um ihn abzuschließen, und verlange ich denn etwas anderes, als die Bedingungen kennen zu lernen, unter denen man ihn schließen will? Wollen die Verbündeten Zeit gewinnen nach Paris zu kommen? Ich will Sie nicht auffordern, Fürst, an die Folgen zu denken, welche ein solches Ereigniß in Bezug auf die Kaiserin haben müßte. Würde sie nicht genöthigt sein vor den Truppen ihres Vaters in einem Augenblicke sich zu entfernen, wo ihr Gemahl bereit ist den Frieden zu unterzeichnen? Ich will Ihnen blos sagen, daß Frankreich nicht in Paris ist, daß, nachdem die Hauptstadt besetzt worden, die Franzosen auf den Gedanken kommen könnten, es sei die Zeit der Opfer vorüber, daß Gefühle, welche aus verschiedenen Ursachen eingeschlummert sind, wiedererwachen könnten, und daß die Ankunft der Verbündeten in Paris eine Reihe von Begebenheiten

eröffnen kann, deren Verhütung unterlassen zu haben Oesterreich nicht am wenigsten bereuen dürfte. Angenommen, auch wir werden schließlich überwältigt, würde dies wol dem Interesse Oesterreichs entsprechen? Welchen Nutzen für sich, oder welchen Ruhm kann es davon erwarten, wenn wir den Anstrengungen von ganz Europa erliegen?

Sie, mein Fürst, können hingegen unermeßlichen Ruhm ernten, indem Sie Herr der Ereignisse zu bleiben suchen; und das einzige jetzt gebotene Mittel die Ereignisse zu beherrschen besteht darin, ihren Lauf durch einen schnellen Frieden zu hemmen. Wir verweigern kein vernünftiges Opfer, wir wünschen nur genau zu wissen, welche Opfer man uns abverlangt, ferner zu wessen Nutzen wir sie bringen sollen, und ob wir, indem wir sie bringen, die Gewißheit haben dem Kriegsunglücke sofort ein Ende zu machen. Bewirken Sie es, mein Fürst, daß alle diese Fragen ernstlich und in ihrer Gesammtheit gestellt werden. Man soll auf meine Antwort nicht zu warten haben. Sie sind zu einsichtsvoll, um nicht zu fühlen, daß unser Verlangen ebenso gerecht, als unsere Gesinnung gemäßigt ist. Können Ew. Excellenz nicht mit Herrn von Nesselrode nur auf drei Stunden hierher zu Lord Castlereagh kommen? Dem Charakter des Kaisers von Oesterreich, wie dem Herzen des Vaters unserer Kaiserin, würde es in würdiger Weise entsprechen, wenn er diese Reise erlaubte, welche in drei Stunden einen jetzt zwecklosen, der Menschheit so viel Thränen kostenden Kampf beenden könnte."

Noch an demselben Tage, wo Caulaincourt diesen Brief an Metternich schrieb, erhielt er auf sein Schreiben an Napoleon nach dessen Anordnung von Maret die Nachricht: das vom Kaiser befehligte Heer sei in gutem schlagfertigen Stande. Dies bestimmte ihn letzterem anzuzeigen, daß er es unter diesen Umständen für angemessen halte, die Ankunft der erbetenen Verhaltungsbefehle abzuwarten.

Das von den Bevollmächtigten der Verbündeten beobachtete Verfahren brachte ihn auch gar nicht in Versuchung eine andere, als abwartende Stellung einzunehmen. Erst am 10. Febr., dem dritten Tage nach seiner zu Protokoll gegebenen Antwort auf die von den Verbündeten vorgeschlagenen allgemeinen Friedensgrundlagen, erhielt er von deren Bevollmächtigten die kurze Anzeige, daß die Sitzungen des Friedenscongresses auf Veranlassung des Kaisers von Rußland so lange ausgesetzt werden müßten, bis dieser sich über das in demselben zu verfolgende Ziel mit seinen Bundesgenossen geeinigt haben würde. Es war dies ein deutliches Zeichen, daß Kaiser Alexander nicht auf dem Wege der Unterhandlung, sondern nur durch völlige Besiegung des Feindes den Krieg zu beendigen gedachte.

Noch am Tage vorher hatte Caulaincourt, ohne eine Antwort Metternich's auf seine beiden Schreiben erhalten zu haben, in einem dritten ihn von seiner Absicht in Kenntniß gesetzt im Congresse die Anfrage zu thun, ob, wenn Frankreich in die Wiederherstellung

seiner alten Grenzen willige, dies sofort einen Waffenstillstand zur Folge haben werde?

„Wenn durch ein solches Opfer — schrieb er — ein sofortiger Waffenstillstand erlangt werden kann, so bin ich bereit es zu bringen. In dieser Voraussetzung würde ich außerdem die Uebergabe eines Theils der Festungen zugestehen, deren Verlust mit jenem Opfer nothwendig verbunden ist."

Das Schreiben schloß mit der Bitte: Metternich möge dasselbe dem Vater der Kaiserin vorlegen und seinen Einfluß anwenden, um eine solche Uebereinkunft zu Stande zu bringen.

Je mehr Caulaincourt sich der Hoffnung hingegeben hatte, seine Anträge würden infolge der Unterstützung des österreichischen Cabinets erfolgreich sein, desto unangenehmer war er von der Note der Verbündeten überrascht; denn durch sie wurden die Verhandlungen in einer Weise abgebrochen, welche deren Wiederanknüpfung nicht eben wahrscheinlich machte. Es blieb ihm nichts weiter übrig, als in seiner sofort abgefaßten Antwort sein äußerstes Befremden darüber auszusprechen, daß der Wunsch eines einzigen der vier Höfe als ein hinreichender Grund zur Vertagung der Unterhandlungen erachtet worden sei, und unter der Bemerkung, daß durch Beachtung des russischen Antrags nicht blos seine, sondern auch die Rechte der übrigen Bevollmächtigten beeinträchtigt würden, Widerspruch dagegen zu erheben.

Noch vor Abgang dieser Erklärung meldete er seinem Kaiser den unerwarteten Vorfall und fügte hinzu:

„Das Wenige, was ich über das, was gestern und selbst vorgestern Abend hier vorgegangen ist, erfuhr, würde beweisen, daß unter den Bevollmächtigten der Verbündeten nur geringe Einigkeit herrscht, daß man große Schwierigkeiten hatte, und daß erst heute Morgen alle eingewilligt haben diese Note zu übergeben, weil der Bevollmächtigte Rußlands erklärte die Unterhandlungen nicht fortsetzen zu können, die anderen aber nicht den Anschein haben wollten sich von ihm zu trennen. Wenn Oesterreich ein vernünftiges Ziel hat, so wird dieser Zwischenfall es nöthigen sich zu erklären, falls überhaupt noch Zeit dazu ist. Mein gestriger Brief an Herrn von Metternich läßt ihm keinen Vorwand es nicht zu thun. Die Reise des Lords Castlereagh vermag ihm selbst die Mittel zu einer offenen und unverzögerten Erklärung zu gewähren, denn es scheint mir, daß das, was seit achtundvierzig Stunden geschieht, eine Ursache habe, auf welche man nicht vorbereitet war. Uebrigens muß sich dies bald aufklären. Die Gewalt der Ereignisse macht ihre Herrschaft in einer Weise geltend, daß Weisheit und Vorsicht nichts mehr vermögen. Wenn wirklich nur noch in den Waffen Heil ist, so bitte ich Ew. Majestät mich unter die Zahl derer zu rechnen, welche der Ehre theilhaftig werden wollen für ihren Fürsten zu sterben." [1])

[1]) Montholon, II, 323—333.

Die Ursache, weshalb die Verbündeten sich nicht über die dem Frieden zu gebende Grundlage einigen konnten, lag nicht in einer verschiedenen Ansicht über die künftige Begrenzung Frankreichs, sondern in dem Widerstreben Alexander's überhaupt mit Napoleon zu unterhandeln, dessen Entthronung jetzt sein Ziel war. Bereits im J. 1812 hatte er gegen seine Räthe geäußert: seine eigene Unabhängigkeit sei mit der Herrschergewalt des Kaisers der Franzosen unvereinbar; dieser, oder er selbst müsse vom Throne steigen. In der ersten Hälfte des J. 1813 hatte er zwar wiederholt zum Abschlusse eines Friedens mit Frankreich sich bereit gezeigt, aber nur um durch dessen Bedingungen, an deren Annahme von Seiten Napoleon's er nicht glaubte, zuvörderst an Preußen, sodann an Oesterreich Bundesgenossen für den späteren Entscheidungskampf gegen Napoleon zu gewinnen, und seine Rüstungen hierzu zu vollenden. In dem Augenblicke nun, wo bereits fast ganz Europa gegen den Kaiser der Franzosen unter den Waffen stand, wo die siegreichen, und den französischen an Zahl weit überlegenen Heere der Verbündeten schon einen beträchtlichen Theil von Frankreich besetzt hatten, ja dessen nicht mehr ferne Hauptstadt bedrohten, in dem Augenblicke, wo sein Plan, Napoleon zu entthronen, dem Gelingen nahe war, konnte Alexander um so weniger ihn aufzugeben geneigt sein. Caulaincourt's Anerbietungen hatten Metternich in den Stand gesetzt im Rathe der Verbündeten auf Annahme derselben und auf Abschluß des Friedens zu dringen. Auch war es ihm gelungen Preußen und England zu der Erklärung zu bestimmen, daß sie gegen Einräumung einiger französischen Festungen bereit seien einen Waffenstillstand einzugehen, und während desselben über einen Frieden zu unterhandeln, durch den Frankreich auf seine Grenzen vom J. 1792 beschränkt wurde.

Die von Metternich, Hardenberg und Castlereagh hierüber abgefaßten und ihm überreichten Denkschriften beantwortete Kaiser Alexander am 15. Febr. in folgender Weise:

„Ich habe mit Aufmerksamkeit die Antworten der Minister von Oesterreich, England und Preußen auf die angeregten Fragen geprüft. Da die erste der Fragen zum Gegenstande hat den Zweck zu bestimmen, weshalb Krieg geführt wird, so halte ich es für nöthig, in dieser Hinsicht offen in einige geschichtliche Erörterungen einzugehen.

Den verbündeten Mächten ist es bekannt, unter welchen Umständen ich zu den Waffen gegriffen habe, um mich der Eroberung meines Reichs zu widersetzen, und auf welche Weise der Feind, nachdem er unzählige Verluste erlitten, aus demselben vertrieben wurde. Durch dieses Ereigniß erlangte Rußland seine unmittelbare Sicherheit wieder. Jedoch ohne der Ruhe, welche das Ergebniß eines zeitweiligen Friedens mit Frankreich sein konnte, den Vorzug zu geben, beschloß ich die Befreiung Europas zu unternehmen.

Weder die mit dem Kriege, der fern von den Grenzen meines Reichs geführt werden mußte, verbundenen Gefahren, noch die Hindernisse, welche dem Willen der übrigen Mächte, sich mit Rußland zu verbinden, entgegenstanden, noch selbstsüchtige und furchtsame Rathschläge, nichts war im Stande mich abzuhalten. Preußens Beitritt zum Bunde mit Rußland fing an meine Hoffnungen zu rechtfertigen. Von dem Augenblicke an, wo diese Macht den Entschluß faßte ihre Truppen mit den russischen zu vereinigen, mußte sich das unmittelbare Ziel des Krieges nur nach den Fortschritten und Mitteln richten, und daher war es nöthig den Bundesvertrag in diesem Sinne abzuschließen. Oesterreichs Beitritt sollte dem für Europas Wohl nothwendigen Bunde die Vollendung geben. Die Gründe, welche den wiener Hof bewogen seinen Entschluß zu verzögern, ließen dem Feinde Zeit mit großen Streitkräften im Mittelpunkte Deutschlands zu erscheinen, das unter dessen Drucke schmachtete. Zwischen zwei Dingen mußte nun die Wahl getroffen werden: zu kämpfen, oder sich zurückzuziehen. In letzterem Falle hätten wir dem Feinde wenigstens Sachsen und Schlesien ohne Kampf überlassen, und auf diese Weise, ohne die geringste Anstrengung gemacht zu haben, Deutschlands Hoffnungen getäuscht.

Der König von Preußen und ich beschlossen der Forderung der Ehre Folge zu leisten. Das Glück war uns nicht ganz günstig, doch die unerschütterliche Festigkeit, welche wir auch im Unglücke zeigten, wurde die Quelle neuer Combinationen, wodurch es Oesterreich möglich wurde sich mit den vorbereitenden Maßregeln für ein Bündniß mit Rußland und Preußen zu beschäftigen. Bei Entstehung dieses Bündnisses wurden Frankreich Friedensvorschläge gemacht. Den Verbündeten ist meine Ansicht bekannt. Ich war der Meinung, daß ein solcher Friede nicht zu einem unserer Opfer würdigen, und den Vortheilen unserer Lage angemessenen Ziele führen würde.

Man machte mir den Einwand, die Zufälligkeiten des Kriegs könnten unsere Forderungen, wenn deren Erfüllung einzig und allein von den Waffen abhinge, gänzlich vereiteln. Ich bestand darauf die Gefahren des Kampfes, welcher doch die Möglichkeit des Erfolgs darbot, einem Frieden vorzuziehen, der Europas Ketten nicht zerrissen hätte. Dies hatte den glücklichen Bund zur Folge, dem wir alle durch die Gnade der Vorsehung erreichten Vortheile verdanken. Allein als Oesterreich den Entschluß faßte sich mit Rußland und Preußen zu verbinden, war der Sieg noch zweifelhaft. Daher mußte das Ziel des Krieges auf die Lage beschränkt werden, in welcher sich damals die Angelegenheiten befanden, und auf Grund dessen wurden die damaligen Verpflichtungen bestimmt.

Durch ihren Sieg nach Frankfurt geführt, schlugen die Verbündeten Frankreich Friedensbedingungen vor, welche sie den bis dahin erlangten Erfolgen gemäß erachteten. Zu jener Zeit konnte man diese Bedingungen das Ziel des Krieges nennen. Es ist mir angenehm bei dieser Gelegenheit daran erinnern zu können, wie sehr ich mich der schnellen Eröffnung von Unterhandlungen widersetzte. Ich verweigerte zu wiederholten Malen derartigen Anträgen meine Zustimmung zu geben, nicht etwa, weil ich keinen Frieden gewünscht hätte, sondern weil ich voraussah, daß die Zeit uns günstigere Gelegenheit darbieten, und unser Uebergewicht über den Feind deutlich darthun werde. Die Verbündeten hatten Ursache damit zufrieden zu sein, denn wir verdanken diesem Umstande die unzähligen Vortheile, welche in dem Unterschiede der zu Frankfurt und der zu Chatillon vorgeschlagenen Bedingungen liegen, namentlich die Lostrennung derjenigen Besitzungen von Frankreich, ohne welche Holland, Deutschland und Italien bei der ersten angreifenden Bewegung verloren wären. Die Erörterung dieser Thatsachen liefert den deutlichsten Beweis, daß das Ziel des Krieges nie mit Be-

stimmtheit festgesetzt war, sondern sich immer den Umständen gemäß verändert hat.

Indem ich mich nun zu dem Punkte wende, welchen wir gegenwärtig erreicht haben, glaube ich, daß die Lage, in der sich die kämpfenden Heere befinden, keinen Gedanken an andere Folgen zuläßt, als an diejenigen, welche aus der Fortsetzung des Krieges sich ergeben werden. Verträge jeder Art, wirklich in Ausführung gebracht, würden so viel Aufschub erfordern, daß der Feind unterdessen sich von seinen Versprechungen lossagen könnte, besonders wenn er Zeit gewönne Kräfte zu sammeln und die schwankende Meinung über sein persönliches Schicksal zu befestigen. Die Zerstörung seiner politischen Macht ist nicht der Hauptzweck der Anstrengungen, welche uns bevorstehen, doch kann sie der Hauptzweck werden, wenn durch das Glück der Waffen, das Beispiel von Paris und die klar ausgesprochene Hinneigung der Bewohner von Frankreichs Provinzen die Verbündeten in die Möglichkeit gesetzt werden diese Absicht laut zu verkünden.

Ich theile nicht die Ansichten der Verbündeten hinsichtlich der größeren und geringeren Wichtigkeit, welche sie dem Sturze Napoleon's beilegen, insofern dieser Sturz durch Zweckmäßigkeitsgründe gerechtfertigt werden kann. Im Gegentheil betrachte ich diese Maßregel erst als die Vollendung der Befreiung Europas, als das glänzendste Beispiel von der Gerechtigkeit und Sittlichkeit, das man der Welt aufstellen kann, und endlich als das glücklichste Ereigniß für Frankreich selbst, dessen innerer Zustand der Ruhe seinen Nachbaren nie gleichgültig sein darf. Niemand ist mehr, als ich von der Unbeständigkeit des Kriegsglücks durchdrungen, aber ich halte ein mißlungenes Unternehmen, oder sogar eine verlorene Schlacht nicht für ein solches Unglück, das uns in einem Tage der Früchte unserer Siege berauben könnte. Ich habe lange über unsere Lage nachgedacht, und die Ueberzeugung gewonnen, daß die Geschicklichkeit der Generale, die Tapferkeit der Truppen, die Uebermacht an Reiterei, die Verstärkungen, welche wir zu erwarten haben, und die allgemeine Gesinnung, welche die Völker beseelt, eine wirkliche Niederlage, wie man sie noch immer befürchtet, undenkbar machen. Wenn uns in dieser Hinsicht eine Gefahr bevorsteht, so kann sie nur darin zu suchen sein, daß die, in den mir mitgetheilten Meinungen geäußerte Furcht auch auf die Truppen übergehe. Doch haben diese von so großer Festigkeit Beweise gegeben, daß ähnliche Eindrücke keine Wirkung auf sie ausüben können. Was die Schwierigkeiten betrifft, welche aus der Einnahme von Paris entstehen könnten, so glaube ich, daß sie übertrieben sind. Die Hauptstadt selbst wird für ihre Sicherheit und Erhaltung Sorge tragen. Zu diesem Zwecke müssen wir gewissenhaft über die zu ihrer Ruhe nothwendigen Maßregeln Bestimmungen treffen. Warum voraussetzen, daß wir Paris in vollkommener Anarchie vorfinden würden?

Ich widersetze mich keineswegs dem Fortgange der Unterhandlungen in Chatillon, und dem, daß Caulaincourt eine Antwort auf seine letzte Anfrage, betreffs der von ihm gewünschten Erklärungen über das zukünftige Schicksal Europa's, wenn Frankreich sich auf die alten Grenzen beschränkte, ertheilt werde. Hinsichtlich dieser Antwort könnten die Verbündeten der Bestimmung gemäß, die über diesen Gegenstand festgesetzt wurde, einen Beschluß fassen. Was den Waffenstillstand anlangt, der in dem Briefe des Fürsten Metternich vorgeschlagen wird, so halte ich diesen Schritt des französischen Bevollmächtigten der bei Unterhandlungen gebräuchlichen Ordnung zuwider. Die Absicht des Feindes bei dieser Verletzung der angenommenen Regeln ist nicht schwer zu errathen. Auf Unterhandlungen über einen so wichtigen Gegenstand eingehen, hieße dessen Absichten Vorschub leisten. Das Wesentliche seiner Anträge betreffend, meine ich, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein Waffenstillstand nur dem Feinde nützen könne, und daß man sich nicht länger

beim Anblicke der aufgestellten Netze verweilen sollte; denn die Gefahr wird nur größer, indem die Zeit Napoleon neue Mittel darbietet sich zu verstärken, und sich dann von seinen Verpflichtungen loszusagen. Das wichtigste von diesen Mitteln würde sein, daß er den Franzosen die Ueberzeugung einflößte, er, der bis jetzt ihr Monarch gewesen, könne sie auch in Zukunft, und zwar mit eiserner Hand beherrschen. Diese Ueberzeugung würde sie sicherlich anspornen sich eilig um ihn zu sammeln, und von Furcht und Hoffnung getrieben, ihre frühere Gleichgültigkeit und den bisher gezeigten Widerwillen gegen Bewaffnung und einen allgemeinen Aufstand zu verleugnen.

Ich bin überzeugt, daß jetzt, sowie früher alle Wahrscheinlichkeit für einen glücklichen Ausgang vorhanden ist, wenn die Verbündeten in denjenigen Absichten und Bedingungen einmüthig bleiben, welche ihnen bis jetzt bei ihrem Hauptzwecke, der Niederlage der feindlichen Heere, als Leitfaden gedient haben. Bei guter Eintracht wird der Erfolg vollkommen, und einzelne Unfälle werden leicht zu ertragen sein. Ich glaube nicht, daß es an der Zeit sei Halt zu machen, sondern hege, wie bei früheren Gelegenheiten, die Hoffnung, erst neue Ereignisse werden darthun, wann dieser Zeitpunkt gekommen ist."

Metternich, welcher fürchtete Napoleon's Entthronung würde dem Einflusse Rußlands auf die Politik des europäischen Festlandes ein zu großes Uebergewicht geben, wußte trotz aller vom Kaiser Alexander für die Fortsetzung des Krieges vorgebrachten Gründe der dem Frieden günstigen Stimmung im Rathe der Verbündeten die Oberhand zu verschaffen. Als Lord Castlereagh dem Kaiser von Rußland vorstellte: man müsse Frieden schließen, ehe man vielleicht gezwungen werde über den Rhein zurückzugehen, und die Worte hinzufügte: „Ich habe Befehl die Gelegenheit zum Abschlusse des Friedens zu benutzen, der um so nothwendiger ist, als ich sehe, daß das Bündniß seiner Auflösung entgegengeht"; so antwortete Alexander: „Mylord, dies wäre kein Frieden, sondern ein Waffenstillstand, der Ihnen allerdings eine augenblickliche Niederlegung der Waffen gestatten würde. Da ich aber mit meinem Heere vierhundert Stunden Weges zu machen habe, so könnte ich Ihnen später nicht wieder zu Hülfe eilen. Ich werde keinen Frieden schließen, so lange Napoleon auf dem Throne sitzt." [1])

Man fuhr jedoch fort dem Kaiser von Rußland vorzustellen: wie räthlich es sei Frieden zu schließen; und da an demselben Tage, wo er seinen Bundesgenossen jene Denkschrift mittheilte, in Troyes, dem Hauptquartiere der Verbündeten, die Nachricht von der Niederlage der Heeresabtheilung unter Olsufiew bei Champ-Aubert eintraf — Alexander mochte schon bei Abfassung seiner Denkschrift davon Kenntniß haben —, so ermächtigte er den Grafen Rasumowski, einen

---

[1]) Michailowski-Danilewski, I, 81—86, 160.

auf den bei Eröffnung des Congresses von Chatillon bereits vereinbarten Grundlagen etwa zu Stande kommenden Friedensvertrag ebenfalls zu unterzeichnen.

Während es aber den Bemühungen Metternich's gelang die Wiederanknüpfung der Friedensunterhandlungen zu Chatillon im Rathe der Verbündeten durchzusetzen, bewirkte der plötzliche Wechsel des Kriegsglücks, daß nun Napoleon mit ausschweifenden Hoffnungen auf eine siegreiche Beendigung des Krieges erfüllt, seinerseits die von den Verbündeten vorgeschlagenen Friedensgrundlagen verwarf, und auf die frankfurter Anerbietungen zurückkam.

In einem, an den Herzog von Vicenza aus Nangis gerichteten Briefe vom 17. Febr. widerrief er die demselben ertheilte Vollmacht zu Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit folgenden Worten:

„Ich hatte Ihnen volle Gewalt gegeben, um Paris zu retten und eine Schlacht zu verhüten, auf welcher die letzte Hoffnung der Nation beruhte. Die Schlacht ist geliefert worden, die Vorsehung hat unsere Waffen gesegnet. Ich habe 30—40000 Gefangene gemacht. Ich habe 200 Kanonen genommen, eine große Menge Generale gefangen und mehrere Heere vernichtet, beinahe ohne einen Schwertstreich zu thun. Ich habe gestern das Heer des Fürsten Schwarzenberg angegriffen und hoffe es zu vernichten, ehe es unsere Grenzen erreicht. Ihre Haltung muß dieselbe bleiben. Sie müssen alles für den Frieden thun, aber mein Wille ist, daß Sie nichts ohne meinen Befehl unterzeichnen, weil ich allein meine Lage übersehen kann. Ich verlange einen dauerhaften und ehrenvollen Frieden, und ein solcher ist nur auf den Grundlagen der frankfurter Verabredung möglich. Hätten die Verbündeten Ihre Vorschläge am 9. Febr. angenommen, so würde keine Schlacht geschlagen worden sein. Ich hätte nicht das Glück in einem Augenblicke auf die Probe gestellt, wo der geringste Unfall Frankreich zu Grunde richten konnte, ja ich würde das Geheimniß ihrer Schwäche nicht erfahren haben. Es ist billig, daß ich zur Vergeltung die Früchte meines Glücks ernte. Ich will den Frieden, aber keinen, der Frankreich demüthigendere Bedingungen auferlegt, als die frankfurter Grundlagen. Meine Lage ist weit günstiger, als zur Zeit, wo die Verbündeten in Frankfurt waren. Damals konnten sie mir trotzen, ich hatte keinen Vortheil über sie errungen und sie waren weit von meinem Gebiete. Jetzt ist alles anders. Ich habe ungeheuere Vortheile davongetragen, wie eine zwanzigjährige kriegerische Laufbahn, die nicht ohne Ruhm gewesen ist, sie kaum darbietet. Ich bin bereit die Feindseligkeiten einzustellen und die Feinde ruhig nach Hause ziehen zu lassen, wenn sie die auf die frankfurter Vorschläge gestützten vorläufigen Grundlagen unterzeichnen. Die Unzuverlässigkeit des Feindes und die Nichterfüllung seiner heiligsten Zusagen sind allein die Ursache der Verzögerungen. Wir sind einander so nahe, daß man in 24 Stunden Antwort auf die Depeschen haben kann, wenn der Feind Ihnen gestatten will mir auf geradem Wege zu schreiben. Uebrigens kann ich noch näher kommen" [1])

Dieses Schreiben gehört zu denjenigen, von welchen man schwer begreift, wie Napoleon es in solcher Weise abfassen konnte. In

[1]) Montholon, II, 273. D. A.

einer Ansprache an das französische Volk hätte sich die maßlose Uebertreibung der von ihm erfochtenen Siege damit erklären lassen, daß er dessen Selbstvertrauen und Kampflust habe erhöhen wollen. Durch dieses Schreiben aber suchte er den Mann zu hintergehen, dem er unbeschränkte Vollmacht zum Abschlusse des Friedens ertheilt hatte. Wie er früher den Verlust der Schlacht bei La Rothière gegen denselben in Abrede gestellt hatte, so täuschte er ihn nun durch Erdichtungen über den Umfang seiner Siege. Er setzte dadurch seinen mit den Verbündeten verhandelnden Bevollmächtigten in Gefahr, von falschen Voraussetzungen geleitet, zweckwidrig zu sprechen und zu handeln, ja sich lächerlich zu machen und den Abbruch der Unterhandlungen herbeizuführen, während doch diesem der wahre Verlauf der Dinge nicht lange verborgen bleiben konnte.

Napoleon's fabelhafte Schilderung seiner, im Februar erlangten Erfolge beweiset theils, daß der gewaltige Kaiser der Franzosen es nicht unter seiner Würde hielt in zweckloser Großsprecherei mit jedem gasconischen Abenteurer zu wetteifern, theils daß das unverhoffte Lächeln des Kriegsglücks ihn völlig berauschte, und zu einer richtigen Beurtheilung seiner Lage unfähig machte. Sonst hätte er einsehen müssen, daß die ungeheuere Uebermacht der Verbündeten, von denen künftig auch eine vorsichtigere Kriegsführung zu erwarten war, ihn mit unvermeidlicher Niederlage bedrohe, und daß nur ein schleuniger Friede seine Krone retten könne. Statt die errungenen Vortheile zu benutzen, um den durch sie erst möglich gewordenen ehrenvollen Frieden, den ihm die Verbündeten zu bewilligen bereit waren, abzuschließen, machte er wie ein verzweifelter Spieler seine Krone und Frankreichs Schicksal von dem Würfelspiele des Krieges, und zwar unter Umständen abhängig, welche einem glücklichen Erfolge jede Wahrscheinlichkeit nahmen. Er selbst hat später diese Handlungsweise mit der Behauptung zu rechtfertigen versucht, als kriegerischer Emporkömmling habe er es nicht wagen dürfen, um seine Krone zu sichern, Eroberungen der Republik Preis zu geben, denn nur als siegreicher Feldherr über seine äußeren Feinde hätte er seine inneren Feinde niederzuhalten hoffen können. Allein nicht solche Erwägungen, die mit den vielfach vom französischen Volke und erst neuerdings durch den gesetzgebenden Körper ausgesprochenen Gesinnungen in Widerspruch standen, sondern seine Leidenschaften waren für ihn maßgebend. Denn nach der Schlacht bei La Rothière, wo er wirklich einen Augenblick daran verzweifelte, daß es ihm ge-

lingen werde den Verbündeten erfolgreichen Widerstand zu leisten, hatte er ja bereits seinen Unterhändler Caulaincourt ermächtigt, alle Forderungen der Verbündeten zu bewilligen, um durch einen schleunigen Friedensschluß eine, seinen Sturz herbeiführende Niederlage zu verhüten; und nach seiner Rückkehr von Elba erklärte er sich ebenfalls wieder bereit die durch den ersten pariser Frieden festgestellten Grenzen Frankreichs anzuerkennen, um damit seine Wiederaufnahme unter Europa's Herrscher zu erkaufen. Nichtsdestoweniger haben jene schönen Redensarten mehr Glauben gefunden, als sie verdienen.

Siebzehnter Abschnitt.

Kriegsunfälle der Verbündeten im Februar 1814. Erfolglose Unterhandlungen wegen eines Waffenstillstandes zu Lusigny. Verabredungen der Verbündeten über die künftige Gestaltung Europa's. Wiederanknüpfung der unterbrochenen Congreßverhandlungen zu Chatillon. Bündniß von Chaumont wegen kräftiger Fortsetzung des Krieges. Caulaincourt sucht vergeblich Napoleon zur Annahme der vorgeschlagenen Friedensbedingungen zu bewegen. Caulaincourt's Friedensvorschläge werden verworfen und die Unterhandlungen abgebrochen. Denkschrift der Verbündeten über die Gründe, weshalb der Friedenscongreß erfolglos geblieben sei.

In dem nach der Schlacht bei La Rothière gehaltenen Kriegsrathe war beschlossen worden: Blücher solle sein Heer auf dem linken Ufer der Marne, Schwarzenberg das Hauptheer auf dem linken Ufer der Seine nach Paris führen.

Da jedes dieser beiden Heere dem von Napoleon selbst befehligten französischen Heere an Zahl bedeutend überlegen war, so trug man kein Bedenken jedes von ihnen — der besseren Verpflegung wegen — einen anderen Weg einschlagen zu lassen. Blücher's Heer trat den Marsch nach Paris in einer Weise an, als ob ein feindliches Heer unter Napoleon, dem bisher von seinen Feinden mit Recht so sehr gefürchteten Feldherrn, gar nicht vorhanden wäre.

Stolz auf den eben erfochtenen Sieg, und dessen Bedeutung viel zu hoch anschlagend, zog es in einzelnen, durch große Zwischenräume getrennten Abtheilungen dahin, ohne daß die Anführer sich gegenseitig im Auge behielten und mehr voneinander wußten, als daß sie auf demselben Wege Paris zu erreichen strebten. Noch weniger hatte man es für nöthig erachtet, eine Verbindung mit dem Heere unter Schwarzenberg zu unterhalten. Nachdem Napoleon Verstär=

kungen an sich gezogen und einen Theil seiner Truppen zur Beobachtung des feindlichen Hauptheeres zurückgelassen hatte, griff er mit Uebermacht die einzelnen Abtheilungen des schlesischen Heeres an, und schlug sie nacheinander aus dem Felde. Am 10. Febr. zersprengt er bei Champ-Aubert die russische Heeresabtheilung unter Olsufiew und nimmt diesen gefangen. Am folgenden Tage werden die russischen und preußischen Abtheilungen unter Sacken und York bei Montmirail und Chateau-Thierry geschlagen, und am 14. Febr. theilt Blücher selbst bei Vauchamps und Etoges das Schicksal seiner Unterfeldherren. Mit einem Gesammtverluste von 35 Kanonen und 16000 Mann wird das schlesische Heer über die Marne geworfen. Nur der unerschütterlichen Tapferkeit der Truppen ist es zu danken, daß das Heer nicht die Sorglosigkeit seiner Führer mit völliger Auflösung büßte.

Während Blücher durch blinden Eifer fehlte, sündigte Schwarzenberg durch Unthätigkeit. Untreu seinem am 2. Febr. jenem gegebenen Versprechen: angriffsweise verfahren und rasch nach Paris vorrücken zu wollen, steht er noch am 10. Febr. nur wenige Meilen von Brienne, zwischen Troyes und Mery, ohne das schwache französische Beobachtungsheer sonderlich zu belästigen, denn seines Kaisers geheimer Befehl, **nicht** angriffsweise zu verfahren und deshalb nicht über die Seine zu gehen, hemmt seine Schritte.[1])

Obgleich ihm der Kosackenoberst Wlassow am 9. Febr. Napoleon's Marsch von Nogent gegen Sezanne meldet, welcher Olsufiew's Niederlage zur Folge hat, olgleich er selbst am folgenden Tage, endlich bei Nogent angekommen, in jener Richtung Kanonendonner vernimmt, beachtet er doch dies alles nicht. Erst als Kaiser Alexander auf die Kunde von jener Niederlage ihm zornig vorwirft durch seine Unthätigkeit dieselbe verschuldet zu haben, beschleunigt er den inzwischen begonnenen Uebergang seines Heeres über die Seine, bleibt aber auf die Nachricht von den ferneren Unfällen des schlesischen Heeres, statt demselben zu Hülfe zu eilen, unentschlossen stehen, und befiehlt seinen vorausgesendeten Heeresabtheilungen ihre eingenommenen Stellungen zu behalten, obgleich sie bei solcher Vereinzelung nicht im Stande waren einen kräftigen Angriff zurückzuschlagen.

---

[1]) Kaiser Alexander machte in einer Denkschrift dem österreichischen Cabinete ausdrücklich den Vorwurf, daß Kaiser Franz dem Fürsten Schwarzenberg mittels Rescripts verboten habe, die Seine bei Nogent zu überschreiten, und erfuhr keinen Widerspruch.

Napoleon stürzt daher, von der Verfolgung des schlesischen Heeres ablassend, mit Uebermacht auf jene Heeresabtheilungen und wirft sie, indem er ihnen empfindliche Verluste beibringt, zurück. Am 17. Febr. werden die Russen unter General Pahlen zwischen Mormans und Nangis, die Baiern unter Wrede zwischen Donnemarie und Bray, und am folgenden Tage die Würtemberger unter ihrem Kronprinzen bei Montereau geschlagen. Nachdem Schwarzenberg die geschlagenen Heerestheile mit der Hauptmacht wieder vereinigt hatte, rief er Blücher, welcher von ihm selbst im Stiche gelassen worden war, zur Hülfe herbei, und dieser traf auch schon am 21. Febr. mit 50000 Mann bei Mery an der Seine ein, von wo aus er sich mit dem bei Troyes stehenden Hauptheere in Verbindung setzte. Obgleich nun die Verbündeten mit großer Uebermacht den Franzosen gegenüberstanden, so setzte Schwarzenberg es doch im Kriegsrathe durch, daß am 23. Febr. ein die Truppen entmuthigender Rückzug angetreten, und gleichzeitig Napoleon um Gewährung eines Waffenstillstandes ersucht wurde.

Der üble Eindruck, welchen die letzten selbstverschuldeten Unfälle auf die Verbündeten gemacht hatten, war nämlich durch ungünstige Nachrichten von dem Heere, welches unter Graf Bubna's Oberbefehl von der Schweiz aus gegen Lyon vorrückte, verstärkt worden. Chambery war am 19. Febr. von den Franzosen besetzt worden, und Bubna hatte sich vor einer anderen französischen Heeresabtheilung bis nach Genf zurückgezogen. Auch war Marschall Augereau mit einem, in Lyon gebildeten Heere im Felde erschienen. Unter diesen Umständen, behauptete Schwarzenberg, laufe das Hauptheer der Verbündeten Gefahr von der Schweiz, dem Hauptstützpunkte seiner Bewegungen, abgeschnitten zu werden; um dies zu verhindern, sowie den weiter rückwärts stehenden Truppen sich zu nähern, müsse man den Rückzug antreten.

Als wirklich, trotz Blücher's Widerspruch, der Rückzug beschlossen wurde, gerieth dieser in den höchsten Zorn. Er sprach von Verrätherei und erklärte, daß er unter keiner Bedingung sich ebenfalls zurückziehen, sondern allein nach Paris vorrücken, und dadurch Napoleon nöthigen werde, sich vom Hauptheere ab und gegen ihn zu wenden. Nachdem ihm Kaiser Alexander die erbetene Erlaubniß zum Vorrücken mündlich ertheilt, jedoch eine ausführlichere Auseinandersetzung seiner Pläne und Ansichten

verlangt hatte, schrieb Blücher, der Abfassung solcher Gutachten ungewohnt, auf einem Blatte Papier Folgendes nieder:

„Der Oberst Grolmann überbrachte mir die Nachricht, daß man mit der Hauptarmee eine retrograde Bewegung vorzunehmen beabsichtige. Ich halte es für meine Pflicht Ew. kaiserl. Majestät über die schädlichen Folgen, die daraus entstehen müßten, meine unterthänige Vorstellung zu machen.

1) Das ganze französische Volk wird zu den Waffen greifen und diejenigen Franzosen, welche sich für die gerechte Sache erklärt haben, werden dem Untergange geweiht sein.
2) Unser siegreiches Heer wird seinen guten Muth sinken lassen.
3) Wir ziehen uns in eine Gegend zurück, wo Mangel an Unterhalt vorauszusehen ist und die Einwohner, gezwungen ihre letzten Vorräthe herzugeben, zur Verzweiflung gebracht werden müssen.
4) Der Kaiser der Franzosen wird von dem Erstaunen, welches unsere Erfolge ihm eingeflößt, zurückkommen und das frühere Zutrauen seines Volks wieder erwerben.

Ganz ergebenst danke ich Ew. Majestät für die mir ertheilte Erlaubniß eine offensive Bewegung zu unternehmen. Ich schmeichle mir mit der Hoffnung auf einen glücklichen Erfolg, wenn Ew. Majestät an die Generale Winzingerode und Bülow die bestimmte Weisung zu ertheilen geruhen, sich unter meinen Oberbefehl zu stellen. Vereint mit ihnen werde ich auf Paris losgehen, ich fürchte weder Napoleon, noch seine Marschälle. Erlauben Ew. Majestät mit der Versicherung zu schließen, daß ich mich glücklich schätzen werde mit der mir anvertrauten Armee Ihre Befehle und Wünsche zu erfüllen.“ [1])

Alexander ertheilte infolge dieses Schreibens, welches von dem ungeschwächten Muthe des alten, kaum dem Verderben entronnenen Feldherrn zeugt, die erbetene Weisung an Winzingerode und Bülow, und überließ es Blüchern nach Gutdünken, jedoch mit Beobachtung der nöthigen Vorsicht zu verfahren.

Ohne diese Maßregel und den auf sie gestützten Widerspruch des Kaisers von Rußland würde muthmaßlich Schwarzenberg's, der österreichischen Politik entsprechender Rath über den Rhein zurückzugehen im Kriegsrathe angenommen worden sein. Da man jedoch das schlesische Heer nicht ohne Unterstützung lassen durfte, so mußte der österreichische Feldherr, dessen Bemühen um einen Waffenstillstand vergeblich gewesen war, sich entschließen wieder angriffsweise zu verfahren.

Die ersten Schritte, um einen Waffenstillstand zu erlangen, hatte Schwarzenberg in ziemlich demüthiger Weise durch den Grafen Paar gethan, und hierdurch Napoleon's schon übertriebene Siegeszuversicht noch mehr gesteigert. In einem Briefe an seinen Bruder Joseph vom 18. Febr. schrieb er:

---

[1]) Michailowski-Danielewski, I, 163.

„Der Fürst Schwarzenberg hat uns endlich ein Lebenszeichen gegeben. Er hat einen Parlamentär gesandt, um einen Waffenstillstand zu verlangen. Es ist schwer bis zu diesem Grade feig zu sein!"

Napoleon erwähnt sodann, daß er den Parlamentär gar nicht vorgelassen, sondern die Beantwortung des von demselben überbrachten Schreibens sich vorbehalten habe. Er werde keinen Waffenstillstand gewähren, so lange die Verbündeten sein Gebiet nicht geräumt hätten, Frieden aber im äußersten Falle nur unter den zu Frankfurt angebotenen Bedingungen schließen. [1])

Waren gleich seine bisherigen Versuche die Verbündeten zu trennen, erfolglos gewesen, so richtete Napoleon doch wieder, um diesen Zweck zu erreichen, am 21. Febr. ein Schreiben an den Kaiser Franz. Ungeachtet er die russischen und preußischen Heeresabtheilungen vernichtet habe, schrieb er, so wolle er doch die frankfurter Friedensbedingungen annehmen. Von Bedingungen, wie sie zu Chatillon ihm angesonnen worden wären, könne nicht die Rede sein; sie würden, wenn er sie bekannt machen wollte, Frankreichs Entrüstung auf den höchsten Grad steigern. Sie zu erzwingen liege aber außer der Macht der Verbündeten. Uebrigens sei ein solcher Friede auch gar nicht im Interesse Oesterreichs, denn wie könne dieses wünschen, Belgien unter das Joch eines protestantischen Fürsten zu beugen, dessen einer Sohn König von England sein werde! [2])

Ein ersprießlicher Friede könne nur dann zu Stande kommen, wenn Oesterreich von dem unnatürlichen Bunde, dessen Hauptmacht es bilde, zurücktrete. Nicht an England, welches seine Seemacht vernichten wolle, nicht an den von ungerechter Rachsucht beseelten Kaiser Alexander möge er sich des Friedens halber wenden, sondern an den Kaiser Franz, seinen früheren Verbündeten, in dessen Adern französisches Blut rolle.

Zwei Tage nach Absendung dieses Briefes überbrachte Fürst Wenzel Liechtenstein die Antwort des Kaisers von Oesterreich, in welcher dieser zwar seinen Wunsch nach Frieden zu erkennen gab, jedoch auf die ihm deshalb angesonnenen gesonderten Verhandlungen nicht einging. Außerdem war Liechtenstein von Schwarzenberg angewiesen nochmals einen Waffenstillstand zu beantragen. Napoleon gewährte ihm eine Unterredung und sprach bei derselben auch von dem

---

[1]) Mémoires de Joseph Bonaparte, X, 133.

[2]) Durch die beabsichtigte Vermählung des Erbprinzen von Oranien mit Charlotte, der Tochter des Prinz-Regenten von Großbritannien.

Gerüchte, daß die Verbündeten auf Anstiften Englands mit dem Plane umgingen ihn zu entthronen, und die Bourbons nach Frankreich zurückzurufen. Auf den lebhaften Widerspruch des Fürsten erwiderte er: verschiedene Thatsachen ließen auf einen solchen Plan schließen, obschon er gern dem Glauben sich hingeben möchte, daß sein Schwiegervater sich nicht daran betheilige. Der Herzog von Angoulème weile im englischen Hauptquartiere, der Herzog von Berry sei auf der Insel Jersey angekommen, um den westlichen Departements nahe zu sein, der Graf von Artois befinde sich in der Schweiz und, wie er selbst äußere, auf dem Wege ins Hauptquartier der Verbündeten.

Der österreichische Unterhändler versicherte hierauf, sein Kaiser sei diesen Vorgängen fremd, welche von anderen als ein Mittel betrachtet würden Napoleon's Ansehen in den Provinzen zu erschüttern. Der beste Beweis, daß man den Frieden wünsche, liege in seiner Sendung. [1])

Napoleon entließ ihn am folgenden Tage mit dem Versprechen, einen General zu den Vorposten der Verbündeten senden zu wollen, um über den Waffenstillstand zu unterhandeln, und empfing sodann den aus Paris angekommenen Baron St.-Aignan. Dieser stellte ihm vor, daß die Hauptstadt ungeachtet der jüngst erfochtenen Siege noch lebhafte Besorgnisse hege und nichts sehnlicher wünsche, als durch den Abschluß eines Friedens, koste er auch große Opfer, denselben entzogen zu werden. „Sire“, schloß er seine Vorstellung, „wird der Friede zeitig genug geschlossen, so ist er auch gut genug. Doch mit der unwilligen Antwort: „Ein schimpflicher Friede kommt immer noch zeitig genug!“ entläßt ihn Napoleon sofort und befiehlt den Marsch nach Troyes.

In dieser Stadt, welche achtzehn Tage lang von den verbündeten Truppen besetzt gewesen war, hatten die Herren von Vidranges und von Gouault, veranlaßt durch die Nachricht von der Ankunft des Grafen von Artois und des Herzogs von Angoulème auf dem Festlande, einen Versuch gemacht der königlichen Sache durch Sammlung von Anhängern zu nützen. Mit ihrem Ludwigskreuze geschmückt waren sie als Vertreter der königlichen Partei in Troyes vor dem Kaiser von Rußland erschienen, um ihm eine Bittschrift für die Wiederherstellung der Bourbons zu überreichen.

Alexander, welcher für diese Idee nicht eingenommen war, hatte

---

[1]) Toll's Denkwürdigkeiten, IV, 487.

jedoch geantwortet: Bei dem möglichen Wechsel des Kriegsglücks finde er diesen Schritt ein wenig voreilig. Er würde es bedauern, wenn sie die Opfer desselben werden sollten.

Wie gegründet diese Besorgniß war, zeigte sich bald. Denn als Napoleon am 25. Febr. in Troyes einrückte, entging zwar Herr von Vidranges, welcher sich zu dem Grafen von Artois begeben hatte, dem Verderben, Herr von Gouault aber wurde, um die Anhänger der Bourbons einzuschüchtern, erschossen.

Die Unterhandlungen wegen des Waffenstillstandes wurden in Lusigny eröffnet. Während die Verbündeten jedoch vorschlugen: jedes Heer solle in seiner Stellung bleiben, und erklärten: die Verhandlung müsse sich auf rein militärische Gegenstände beschränken, wollte Napoleon nur unter der Bedingung auf einen Waffenstillstand, daß die verbündeten Heere in den Niederlanden bis über Antwerpen hinaus, im Süden bis jenseits Chambery sich zurückzögen, und er dadurch einen Anhaltpunkt für die von ihm verlangten natürlichen Grenzen erhielte. Obschon nun unter den Bevollmächtigten der Verbündeten England, welchem Napoleon die Zurückweisung seines diesfallsigen Verlangens in Chatillon zuschrieb, diesmal nicht vertreten war, so gingen sie doch nicht auf diese Forderung ein, sondern brachen am 5. März die Unterhandlungen ab.

Die Kriegsunternehmungen hatten übrigens keine Unterbrechung erfahren. Durch Blücher's abermaliges Vorrücken auf Paris war Napoleon genöthigt worden sich gegen diesen zu wenden, so daß dem Hauptheere nur die Marschälle Oudinot und Macdonald mit einer ganz unzureichenden Macht, welche dessen Marsch nicht aufzuhalten vermochte, entgegenstanden.

Der König von Preußen forderte nun von Schwarzenberg, der immer noch zögerte, den Angriff auf die Franzosen so nachdrücklich, daß er sich endlich gezwungen sah denselben anzuordnen. Nach mehreren glücklichen Gefechten wurde das französische Beobachtungsheer über die Seine bis nach Provins zurückgedrängt. Statt jedoch mit seiner überlegenen Macht weiter vorzurücken, blieb Schwarzenberg zwischen der Yonne und Seine wieder stehen. Die ihm wegen seiner Unthätigkeit gemachten Vorwürfe suchte er mit der Behauptung zurückzuweisen, nur dem schlesischen Heere unter Blücher und den im Süden unter Bubna und dem Prinzen von Hessen-Homburg stehenden Truppenkörpern käme es als den beiden Flügeln zu, angriffsweise zu verfahren, das Hauptheer in der Mitte zwischen beiden müsse dagegen

seine Stellung behalten, weil es durch weiteres Vorrücken sich zu sehr von dem Südheere, dessen Hauptmacht bei Lyon stand, entferne. Unter solchen Vorwänden suchte der österreichische Feldherr den Weisungen Metternich's nachzukommen, der ihm begreiflich gemacht hatte, daß dem Kaiser Franz an großen militärischen Erfolgen, wie sie die Einnahme von Paris und mit ihr die Entthronung seines Schwiegersohnes herbeiführen könnten, nichts gelegen sei, daß derselbe vielmehr eine diplomatische Beendigung des Krieges auf dem deshalb veranstalteten Congresse zu Chatillon vorziehe.

Die Muße, welche die einstweilige Wiedereinstellung der kaum angeknüpften Friedensunterhandlungen den Verbündeten gewährte, benutzten sie zu Verabredungen über die künftige staatliche Gestaltung Europa's.

Man kam auf Pitt's Idee zurück, welche die im J. 1805 verbündeten Mächte nicht hatten verwirklichen können, und nahm demgemäß am 15. Febr. Castlereagh's Antrag an, beim Friedensschlusse solle Holland durch die österreichischen Niederlande und das Land östlich von der Maas bis in die Nähe von Köln vergrößert, über den Rest des linken Rheinufers aber in einer, die Vertheidigung Hollands und Deutschlands entsprechenden Weise vorzugsweise zu Gunsten Preußens verfügt werden.

Auch pflichtete man ihm darin bei, daß die Kriegsschiffe, welche in den von Frankreich abzutretenden Häfen sich befänden, demselben nicht herausgegeben werden sollten. Oesterreich dagegen wurde zugestanden, daß in Berücksichtigung des zwischen ihm und Murat abgeschlossenen Bündnisses der König von Sicilien für den dadurch bedingten Verlust Neapels Entschädigung erhalten solle.

Am 17. Febr. nahmen die vertagten Sitzungen des Congresses zu Chatillon wieder ihren Anfang. Man bezeichnete zuvörderst die dem Bevollmächtigten Frankreichs mitgetheilten Friedensgrundlagen als unabänderlich. Deshalb halte man es für zwecklos die von demselben erhobenen Einwände zu erörtern, so leicht auch deren Widerlegung sei. Auf die von dem französischen Minister in seinem Briefe vom 9. Febr. an den Fürsten Metternich gerichtete Frage: ob die Einwilligung Frankreichs, in seine alten Grenzen zurückzutreten, den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zur Folge haben würde? wurde ablehnend geantwortet, da man den Umfang der von Na-

poleon errungenen Vortheile und den diesfallsigen Wunsch Schwarzenberg's noch nicht kannte. Man erwiderte: ein auf den mitgetheilten unabänderlichen Grundlagen abgeschlossener vorläufiger Friedensvertrag, welcher die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande und zu Wasser zur Folge hätte, würde dem allgemeinen Wunsche nach schneller Beendigung des Kriegselends besser entsprechen, als ein bloßer Waffenstillstand; deshalb lege man den Entwurf zu einen solchen vorläufigen Friedensvertrage vor, und sehe der Erklärung Frankreichs darüber entgegen.

Dieser Entwurf entsprach genau den oben angeführten Grundsätzen, über welche die Verbündeten am 29. Jan. vor Eröffnung des Congresses sich geeinigt hatten. Er ging davon aus, das französische Kaiserreich auf die Grenzen, welche das königliche Frankreich im J. 1792 gehabt hatte, zu beschränken und es jeden verfassungsmäßigen Einflusses auf auswärtige Länder zu entkleiden. Napoleon habe daher auf die Titel: König von Italien, König von Rom, Beschützer des Rheinbundes und Vermittler des Schweizerbundes zu verzichten. Deutschland solle aus unabhängigen, miteinander verbündeten Staaten bestehen. Ebenso solle Oesterreich, abgesehen von seinen Besitzungen in Italien, aus unabhängigen Staaten bestehen. Holland würde mit einer Gebietsvermehrung dem Hause Oranien zugewiesen werden. Die Schweiz sei als unabhängiger Staat in ihren alten Grenzen unter den Schutz der Großmächte zu stellen. Spanien ebenfalls in seinen alten Grenzen solle Ferdinand VII. beherrschen. Die Ordnung des neuen europäischen Staatensystems habe durch die verbündeten Mächte ohne Mitwirkung des Kaisers der Franzosen zu geschehen.

Nach Verlesung des Friedensentwurfes hob Caulaincourt hervor, daß das Königreich Italien, dessen Krone Napoleon trage, ein von Frankreich unabhängiges Land sei, mithin die Beschränkung Frankreichs auf seine Grenzen von 1792 die persönliche Verzichtleistung Napoleon's auf die italienische Krone nicht bedinge. Es wurde ihm darauf entgegnet, daß diese Verzichtleistung dennoch gefordert werde, und es solle eine ausdrückliche Bestimmung darüber in den Vertragsentwurf aufgenommen werden.

Auf des französischen Ministers fernere Fragen: ob die Könige von Sachsen und Westfalen ihre Staaten wieder erhalten? und ob die Erbrechte des Vicekönigs Eugen auf Italien, für den Fall dessen jetziger König auf die Krone Verzicht leiste, anerkannt werden sollten?

wurde die kurze Antwort ertheilt, man verweise in dieser Beziehung blos auf den Entwurf.

Diese lakonische Erklärung, welche auf den Ausschluß Napoleon's von jeder Mitwirkung an der neuen Ordnung der Dinge sich bezog, sprach deutlich den Entschluß der Verbündeten aus: sich in Erörterungen hierüber nicht einzulassen, sondern dem französischen Bevollmächtigten nur die Wahl zu gestatten, den Entwurf im Ganzen anzunehmen, oder zu verwerfen.

Caulaincourt begnügte sich daher zu erwidern: das vorgelesene Actenstück sei von zu hoher Wichtigkeit, als daß er schon in dieser Sitzung dasselbe beantworten könne; er behalte sich daher vor die Bevollmächtigten der verbündeten Höfe zu einer neuen Zusammenkunft aufzufordern, sobald er im Stande sein werde die ihm gemachten Eröffnungen mit ihnen zu erörtern. Er beeilte sich jedoch nicht eine anderweite Sitzung zu diesem Zwecke zu beantragen, denn er hielt mit Recht eine solche unter den obwaltenden Umständen für zwecklos. Napoleon, durch seine jüngst erfochtenen Siege berauscht, hoffte die Verbündeten zum Rückzuge über den Rhein zu zwingen. Mit der verschwundenen Gefahr seine Feinde in Paris einziehen zu sehen, war auch seine Bereitwilligkeit verschwunden, den Frieden mit den ihm angesonnenen Opfern zu erkaufen; er entzog seinem Vertreter im Congresse die Vollmacht, irgend welche Zugeständnisse ohne seine ausdrückliche Genehmigung zu machen. Die Forderung, daß die Grenzen, welche Frankreich vor der Revolution gehabt, als Grundlage des Friedens betrachtet werden sollten, hatte er nun mit dem stolzen Ausrufe zurückgewiesen: „Mir liegt München näher, als den Verbündeten Paris!" Nur die in Frankfurt angebotenen Friedensgrundlagen waren von ihm als annehmbar bezeichnet worden. Bei dem Entschlusse beider Parteien, auf ihren unvereinbaren Forderungen zu beharren, konnten weitere Erörterungen nur zu einer Auflösung des Congresses führen; diese suchte Caulaincourt zu vermeiden, indem er jeder Erklärung zur Zeit auswich, und die Ereignisse abwarten wollte. Da er nun den von ihm angekündigten Antrag auf eine neue Sitzung nicht stellte, so verloren die Bevollmächtigten der Verbündeten endlich die Geduld einem solchen länger entgegen zu sehen, und veranstalteten nach zehntägiger Pause am 28. Febr. ihrerseits eine Sitzung. Unter Hinweisung darauf, daß auf den von ihnen der französischen Regierung vorgelegten Friedensentwurf noch immer keine Antwort erfolgt sei, fanden sie dies um so befremdlicher, als der fragliche Entwurf seinem Wesen nach

Friedensgrundlagen enthalte, welche der französische Bevollmächtigte in einem unter dem 9. Febr. an den Fürsten Metternich gerichteten Schreiben anzunehmen sich bereit erklärt habe. Die vorgeschlagenen Bedingungen seien für Europa's Sicherheit nothwendig, und daher aufrecht zu erhalten, doch wolle man über etwaige Anträge, welche keine wesentliche Abänderung derselben enthielten, sich zu verständigen suchen. Zögere die französische Regierung noch ferner sich über dieselben zu erklären, so werde man hieraus folgern, daß sie die vorgeschlagenen Friedensbedingungen zurückweise. Man wolle jetzt mit dem französischen Bevollmächtigten die Frist vereinbaren, binnen welcher er sich zu erklären habe. Unterbliebe diese Erklärung auch dann noch, so würden die Unterhandlungen abgebrochen werden.

Caulaincourt erwiderte: die Bevollmächtigten der verbündeten Heere hätten sich Zeit genommen den fraglichen Friedensentwurf zu machen, er bedürfe ebenfalls Zeit, um denselben, welcher so wichtige Fragen umfasse, zu erwägen. Abgesehen von den vielfach von ihm beklagten Hemmnissen, welche man seinen Eilboten in den Weg lege, hätten die Heere sich in beständiger Bewegung befunden. So lange dies dauere sei eine Antwort unmöglich. Ueber Verzögerung hätten die Bevollmächtigten der Verbündeten um so weniger Recht zu klagen, als sie den von ihnen selbst verursachten neuntägigen Verzug nicht zu entschuldigen vermocht hätten. Frankreich habe seinen Wunsch nach Frieden hinreichend bethätigt. Auf das ihm von dem Fürsten Metternich gemachte vertrauliche Anerbieten dürfe man sich nicht berufen, weil es nur unter der Bedingung eines sofortigen Waffenstillstandes, welchen man verworfen habe, gemacht worden sei.

Die Verpflichtung, in einer so wichtigen Angelegenheit an einem bestimmten Tage die verlangte Antwort zu ertheilen, lehnte Coulaincourt anfänglich ab; als die Bevollmächtigten der Verbündeten aber hierauf bestanden, erklärte er endlich: sie werde längstens am 10. März erfolgen.

Da Letztere nun aus Caulaincourt's Benehmen schlossen, daß Napoleon sich zur Annahme der ihm vorgeschlagenen Friedensbedingungen schwerlich bequemen werde, sie auch seinen kürzlich wiederholten Versuch kannten, mit Oesterreich allein sich zu verständigen, so erneuerten die Mächte Oesterreich, Preußen, Rußland und England am 1. März 1814 ihr Bündniß durch den Vertrag von Chaumont, worin als dessen Zweck bezeichnet wurde:

1) Die kräftige Fortführung des Krieges, welcher zu Herstellung eines richtigen politischen Gleichgewichts

gegen Frankreich unternommen worden sei; sowie im Falle des Gelingens

2) die Aufrechthaltung der deshalb aufgestellten Ordnung der Dinge.

Jede der vier Mächte verpflichtete sich: 150000 Mann fortwährend im Felde zu unterhalten, nur in Gemeinschaft mit den übrigen mit Frankreich in Unterhandlungen irgend einer Art zu treten, sowie vor Erreichung des Kriegszweckes die Waffen nicht niederzulegen. (Art. I, II.)

England verpflichtete sich als Beitrag zu den Kriegskosten des J. 1814 fünf Millionen Pfd. Sterl. in monatlichen und gleichmäßig zu vertheilenden Zahlungen zur Verfügung seiner Bundesgenossen zu stellen. Wie beharrlich man entschlossen war den ausgesprochenen Kriegszweck zu erreichen, erhellt aus der beigefügten Bestimmung, daß man sich am 1. Jan. jeden Jahres über fernere Hülfsgelder verständigen werde. Fände aber die Unterzeichnung des Friedens vor Ende des J. 1814 statt, so sollten diese Zahlungen bis zu Ende des Monats, in dem der Frieden unterzeichnet worden, geleistet werden, außerdem würde England an Oesterreich und Preußen zwei, und an Rußland vier Monatsbeträge für den Rückmarsch der Truppen zahlen. (Art. III.)

Jeder Macht sei erlaubt Bericht erstattende Offiziere bei den Truppenkörpern zu halten. Im Falle, daß eine der Mächte von Frankreich angegriffen würde, sollten die übrigen ihr mit 60000 Mann, worunter 10000 Mann Reiterei, und einer verhältnißmäßigen Anzahl Geschütze zu Hülfe kommen. (Art. IV—VIII.)

England dürfe die Streitkräfte in fremden Soldtruppen stellen, oder auch statt jedes Fußsoldaten 20, statt jedes Reiters 30 Pfd. Sterl. jährlich bezahlen. Die inneren militärischen Verhältnisse, das Beuterecht und etwa nothwendig werdende Verstärkungen der Hülfstruppen wurden vereinbart. Ferner wurde festgestellt, daß der Friede nur nach gemeinsamen Einverständnisse geschlossen werden dürfe. (Art. IX—XIII.)

Das Bündniß solle jedoch den Abschluß damit zu vereinbarender Verträge nicht hindern, und andere durch Frankreich gefährdete Mächte sollten eingeladen werden dem Bunde beizutreten. Derselbe sei auf 20 Jahre abgeschlossen; hinsichtlich seiner Erneuerung, wenn sie nothwendig erschiene, wolle man sich drei Jahre vor Ablauf dieser Frist verständigen. (Art. XIV—XVII.)

---

[1]) De Martens, I, 683.

Aus diesen Bestimmungen geht zwar nicht hervor, daß die Verbündeten glaubten, der Krieg gegen Napoleon könne noch zwanzig Jahre dauern, sondern nur die Absicht, nach geschlossenem Frieden mit jenem den Bund noch so lange fortdauern zu lassen; allein sie beweisen, daß man eine völlige Besiegung des Kaisers der Franzosen weder für sehr nahe, noch für leicht hielt; ja wie die Folge lehrte, war die Aufrechthaltung des Bundes nur für den Fall, daß Napoleon auf dem Throne Frankreichs bleibe, für nöthig erachtet worden, sonst hätte es später eines neuen Bündnisses nicht bedurft. Der Umstand aber, daß Napoleon's Sturz innerhalb Monatsfrist, und ohne daß derselbe große Niederlagen erlitten hätte, erfolgte, zeigt wie hoch die Verbündeten das Genie desselben anschlugen, und wie wenig Siegeszuversicht sogar ihre große Uebermacht ihnen einflößte.

Diesem auf eine so lange Reihe von Jahren abgeschlossenen Kriegsbündnisse waren noch geheime Artikel beigefügt.

Der erste Artikel betraf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Deutschlands, dessen Staaten einen fortwährenden Bund miteinander schließen sollten; ein fernerer Artikel: die Unabhängigkeit der Schweiz unter dem Schutze der europäischen Mächte, die Wiederherstellung Italiens in unabhängige Staaten, die Unabhängigkeit Spaniens unter Ferdinand VII. und die Erhebung des durch die österreichischen Niederlande vergrößerten Holland zu einem Königreiche, dessen Krone der Prinz von Oranien erhalten solle.

Der zweite Artikel sicherte Spanien, Portugal, Schweden und dem Prinzen von Oranien den Beitritt zu diesem Bündnisse zu.

Der dritte Artikel lautete aber:

„In Erwägung der nach dem Abschlusse eines endgültigen Friedensvertrags möglicherweise eintretenden Nothwendigkeit während einer gewissen Zeit hinreichende Streitkräfte zum Schutze der Bestimmungen, welche die Verbündeten für die Befestigung des Zustandes unter sich werden treffen müssen, im Felde zu halten, sind die hohen vertragschließenden Mächte entschlossen sich unter einander nicht allein über das Bedürfniß, sondern auch über die Beträchtlichkeit und Vertheilung der erforderlichenfalls mobil zu erhaltenden Streitkräfte zu vereinigen. Keine der hohen Mächte soll ohne ihre ausdrückliche, freiwillige Zustimmung länger, als drei Jahre gehalten sein, für den oberwähnten Zweck Streitkräfte zu stellen.“

Hinsichtlich der übrigen Artikel ist nichts bekannt geworden, doch scheint die Annahme gerechtfertigt, daß die, der französischen Regierung im Congresse von Chatillon vorgeschlagenen Grundlagen des

Friedens und die von den Verbündeten einander gemachten Zusicherungen deren Inhalt bildeten, soweit er nicht schon in dem ersten geheimen Artikel enthalten ist. Denn das Bündniß von Chaumont wurde geschlossen, um die zu Chatillon vereinbarte künftige Gestaltung Europa's mit Waffengewalt durchzusetzen, und der später wirklich abgeschlossene Friede ruht bekanntlich auf jenen Friedensgrundlagen.

Während der in den Congreßverhandlungen eingetretenen Pause bemühte sich Caulaincourt einerseits durch Hinweisung auf die Verschwägerung der französischen und österreichischen Kaiserfamilie und die daraus gezogene Folgerung eines beiden gemeinschaftlichen politischen Interesses Metternich zu bewegen, daß er seinen Einfluß verwende, um günstigere Friedensbedingungen, als di: zu Chatillon vorgeschlagenen für Frankreich auszuwirken; andererseits suchte er seinen Kaiser von der Nothwendigkeit des Friedens zu überzeugen und seine Einwilligung in die Opfer zu erbitten, ohne welche derselbe nicht zu erlangen sei. Des österreichischen Ministers Geneigtheit, dem Kaiser der Franzosen einen günstigen Frieden zu verschaffen, bedurfte jedoch keines Spornes. Nur s e i n e m Eifer war es zuzuschreiben, daß man Napoleon die fraglichen Friedensbedingungen angeboten hatte; alle anderen Mächte außer Oesterreich, wünschten Napoleon's Entthronung. Doch gelang es Metternich um so weniger die Verbündeten zu bestimmen auf die frankfurter Bedingungen zurückzukommen, als sie schon kurz darauf, und bevor noch der französische Boden von ihnen betreten worden war, besagte Bedingungen als den Umständen und dem verfolgten Ziele unangemessen erkannt und sie fallen gelassen hatten. Wie ungnädig Napoleon seines Bevollmächtigten Bitten, die zu Chatillon angebotenen Friedensbedingungen nicht zu verwerfen, aufnahm, erhellt aus Caulaincourt's Schreiben vom 5. März, in welchem er sich beklagt, daß der Kaiser seinen Diensteifer verkenne. Das Interesse Frankreichs und der Herrscherfamilie desselben geböten ihm vor allen Dingen wahr und vorsichtig zu sein. Er trage nicht die Schuld, wenn er in dieser Beziehung der Einzige sei, welcher demgemäß spreche, während die Furcht dem Kaiser zu mißfallen seiner Umgebung den Mund verschließe. Welchen Ruhm, welche Vortheile könne er davon haben diesen Frieden zu empfehlen, und zu unterzeichnen, falls er noch zu Stande komme? Die Opfer, welche derselbe erfordere, würden ihm immer vorgeworfen werden, ja selbst diejenigen, die jetzt deren Nothwendigkeit anerkennen, würden schon nach Monaten den damit ihnen erkauften Frieden tadeln, sobald

die durch ihn bewirkte Rettung des kaiserlichen Thrones eine vollendete Thatsache sein werde. Er täusche sich über seine eigene Lage ebenso wenig, wie über die des Kaisers, und verdiene Glauben. Die Furcht der Souveräne und die Unzufriedenheit der Deutschen habe dessen Feinde zu fest miteinander verbunden, als daß es gelingen könne ihren Bund zu lösen.

Während Caulaincourt in diesem Schreiben mehr darauf bedacht war sich persönlich zu rechtfertigen, ging ein zweites, das er schon am folgenden Tage an den Kaiser richtete, auf die politische Lage näher ein. Der 10. März, an welchem er spätestens seine Antwort auf den Friedensentwurf der Verbündeten abzugeben versprochen hatte, war nahe, und er bot alles auf, damit er zu Ertheilung einer nur einigermaßen befriedigenden Antwort ermächtigt werde.

„Sire — schrieb er —, die Frage, deren Entscheidung herannaht, ist so wichtig, sie kann in einem Augenblicke so viele verhängnißvolle Folgen haben, daß ich es für meine Pflicht halte, auf die Gefahr zu mißfallen, noch ein Mal auf das zurückzukommen, was ich Ew. Majestät schon so oft vorgestellt habe. Meine Meinung hat nicht in Schwäche ihren Ursprung, Sire! Aber ich sehe alle Gefahren, welche Frankreich und den Thron Ew. Majestät bedrohen, und ich beschwöre Sie ihnen zuvorzukommen. Es müssen Opfer gebracht werden und zwar zu rechter Zeit. Wenn wir uns nicht vorsehen, so wird uns die Gelegenheit entschlüpfen, wie zu Prag. Die gegenwärtigen Umstände haben mit den damaligen mehr Aehnlichkeit, als Ew. Majestät vielleicht glauben. Zu Prag kam der Friede nicht zu Stande, und Oesterreich erklärte sich gegen uns, weil wir nicht glauben wollten, daß der Termin unwiderruflich festgestellt sei. Hier werden die Unterhandlungen abgebrochen werden, weil man sich nicht überreden kann, daß die Entscheidung einer Frage von solcher Wichtigkeit von der, oder jener Antwort, welche wir ertheilen, und von dem, oder jenem Tage, an welchem sie erfolgt, abhängen dürfe. Je mehr ich indessen das betrachte, was vorgeht, je mehr bin ich überzeugt, daß alles aus ist, wenn wir nicht den verlangten Gegenentwurf überreichen, und zwar mit Abänderung der Verhandlungsgrundlagen von Frankfurt. Ich wage zu sprechen, wie ich denke, Sire. Weder die Macht Frankreichs, noch Ew. Majestät Ruhm hängen von dem Besitze Antwerpens, oder eines anderen Punktes der neuen Grenze ab. Diese Unterhandlung, ich kann es nicht oft genug wiederholen, gleicht keiner anderen, ja sie ist sogar das Gegentheil von allen denen, welche Ew. Majestät bisher geleitet haben. Wir sind weit davon entfernt die Herren spielen zu können, und nur indem wir mit Geduld und Mäßigung den eingeschlagenen Gang verfolgen, können wir hoffen das Ziel zu erreichen. Uns von diesem Wege entfernen hieße alles verlieren. Die Engländer wegen ihrer Verantwortlichkeit, und alle feindlich Gesinnte, um ihrer Leidenschaft zu genügen, werden eben deshalb sicherlich die Verhandlungen lieber abbrechen, als sie von jenem Punkte ausgehend weiter fortsetzen. Sind sie aber einmal abgebrochen, so glauben Ew. Majestät ja nicht sie wieder anknüpfen zu können, wie es bei anderen Gelegenheiten der Fall war. Man sucht nur einen Vorwand, und wenn wir nicht den von den Umständen gebotenen Entschluß fassen, so wird uns alles entgehen, ohne daß vorherzusehen ist, wann oder wie man zu versöhnlichen Gedanken zurückkehren wird. Ich flehe Ew. Majestät an, die Wirkung zu bedenken, welche das Abbrechen der Unterhandlungen in Frankreich

hervorbringen muß, und die daraus entstehenden Folgen zu erwägen. Ew. Majestät werden mir gewiß die Gerechtigkeit widerfahren lassen zu glauben, es habe nur der höchste Grad von Ueberzeugung, daß dieser Augenblick die theuersten Interessen Ew. Majestät und meines Vaterlandes entscheide, mich veranlaßt so, wie ich gethan, zu schreiben." [1])

Wie sehr rechtfertigten die Ereignisse den von Napoleon verschmähten Rath des treuen, unermüdlichen Warners! Auch der Staatsrath, welchem die Friedensvorschläge von Chatillon zur Begutachtung vorgelegt worden waren, hatte, mit Ausnahme des Grafen Lamé de Cessac, für deren Annahme sich ausgesprochen.

Der Kaiser — lautete das Gutachten — vermöge zwar allein die Lage der Dinge zu durchschauen. Zöge er es aber vor das Anerbieten der **alten Grenzen Frankreichs** anzunehmen statt neuen Gefahren entgegenzugehen, so könne er dies mit Ehren thun, denn seine wahre Ehre beruhe in der Wohlfahrt Frankreichs, und diese fordere **sofortigen Frieden.** [2])

Napoleon hatte erst jetzt dem Staatsrathe die ihm gemachten Friedensanerbietungen vollständig mitgetheilt, weil er nach den von ihm errungenen, aber mit fabelhafter Uebertreibung geschilderten Vortheilen es für undenkbar hielt, daß man ihm rathen werde in die alten Grenzen Frankreichs zu willigen. Er schäumte vor Zorn, als er sich nun in der Erwartung getäuscht fand, zur Begründung der Nothwendigkeit, daß der Krieg fortgesetzt werden müsse, auf das Gutachten des Staatsrathes hinweisen zu können. Nur insofern hätte die Meinung dieser Körperschaft einen Werth für ihn gehabt. Jetzt berücksichtigte er sie ebenso wenig, als die Vorstellungen anderer, durch ihre Stellung mit der Sachlage vertrauter Männer, wie diejenigen Clarke's, Herzogs von Feltre, St.-Aignan's und sogar Maret's, dessen Mund bisher nur das Echo der von seinem kaiserlichen Herrn ausgesprochenen Meinungen gewesen war. Dem Herzoge von Feltre hatte Napoleon auf dessen Vorstellungen schon unter dem 22. Febr. geantwortet:

„Was aber den von Ihnen gegebenen Rath Frieden zu schließen betrifft, so ist derselbe gar zu lächerlich. Indem man sich solchen Ideen hingiebt, verdirbt man den öffentlichen Geist. Uebrigens heißt es mich für sehr thöricht und dumm halten, wenn man glaubt, ich könne Frieden schließen und thäte es nicht. Dieser verbreiteten Meinung, daß ich seit 4 Monaten Frieden schließen könne und nicht wolle, sind Frankreichs Unfälle zu danken.

---

[1]) Montholon, II, 279 d. A.
[2]) Thiers, XIV, 498.

Ich glaubte, daß man mir wenigstens die Kundgebung solcher Gesinnungen ersparen würde.“

Freilich hing die Möglichkeit des Friedens von dessen Inhalte ab. Ein Friede, welcher Frankreich das ganze linke Rheinufer überließ, war jetzt, trotz Metternich's Bereitwilligkeit auf einen solchen einzugehen, bei der entschlossenen Weigerung aller übrigen Mächte unmöglich. Von einem anderen wollte aber Napoleon in seiner neu erlangten Siegeszuversicht nichts hören, obschon er nach der Schlacht bei La Rothière dem Herzoge von Vicenza unbeschränkte Vollmacht, den Frieden abzuschließen, ertheilt hatte. „Lieber die Hand lasse ich mir abhauen“, rief er jetzt denen, welche zum Frieden riethen, unwillig zu, „als daß ich die Friedensbedingungen von Chatillon unterzeichne.“

Unter diesen Umständen blieb seinem dort verweilenden Bevollmächtigten nichts übrig, als den voraussichtlich vergeblichen Versuch zu machen, das politische System seines kaiserlichen Herrn als unerläßlich für das europäische Gleichgewicht zu befürworten. In der am 10. März stattfindenden Sitzung verlas Caulaincourt folgende von ihm verfaßte Denkschrift:

„Es haben die verbündeten Souveräne in ihrer Erklärung von Frankfurt aus, welche ganz Europa kennt, sowie Ihre Excellenzen, die Herren Bevollmächtigten, in ihrem Vorschlage vom 7. Febr. grundsätzlich festgestellt, daß Frankreich im Frieden beziehendlich dieselbe Macht behalten solle, welche es vor dem durch diesen Frieden zu beendigenden Kriege hatte. Denn das, was die Herren Bevollmächtigten in der Einleitung ihres Vorschlags über den Wunsch der verbündeten Mächte gesagt haben, nämlich Frankreich in einem Besitzstande zu sehen, welcher dem von ihm in dem politischen Systeme stets behaupteten Range entspreche, hat keinen anderen Sinn und kann keinen anderen haben. Die verbündeten Souveraine hatten deshalb verlangt, daß Frankreich sich auf die durch die Pyrenäen, die Alpen und den Rhein gebildeten Grenzen beschränke, und Frankreich hatte sich dem gefügt. Ihre Herren Bevollmächtigten haben dagegen sowol durch ihre Note vom 7., als durch den Entwurf, welchen sie am 17. Febr. überreicht haben, verlangt, daß es in seine alten Grenzen zurückweiche. Wie hat man, ohne eben jenen Grundsatz wieder fallen zu lassen, so schnell von einer Forderung zur anderen übergehen können? Was ist seit der ersteren geschehen, das die zweite begründen könnte?

Am siebenten ebenso wenig, wie am siebzehnten, und mit noch geringerem Rechte heute kann man sich auf das vertrauliche Anerbieten berufen, welches Frankreichs Bevollmächtigter dem Minister eines der verbündeten Höfe gemacht hat, denn der dasselbe enthaltende Brief ward erst am neunten geschrieben und hätte unverzüglich beantwortet werden müssen, weil das Anerbieten unter der unerläßlichen Bedingung eines sofortigen Waffenstillstandes zu dem Zwecke gemacht war, um das Blutvergießen zu hemmen und eine Schlacht zu verhüten, welche die Verbündeten dennoch haben liefern wollen. Statt dessen wurden die Verhandlungen ohne Grund, nur weil die Verbündeten es eben wollten, vom 10. bis zum 17. Febr. vertagt, an

diesem Tage aber wurde die vorgeschlagene Bedingung sogar verworfen. Man konnte und kann also in keiner Weise auf ein von ihr abhängig gemachtes Anerbieten sich berufen. Wollten die verbündeten Souveräne nicht vor drei Monaten ein gerechtes Gleichgewicht von Europa begründen? Geben sie nicht noch heute ihren Willen dahin kund? Nun, die von ihm stets besessene Macht zu wahren, ist auch Frankreichs einziger Wunsch.

Aber Europa gleicht nicht mehr dem, was es vor zwanzig Jahren war. Seitdem verschwand das schon früher zerstückelte Königreich Polen vollständig. Das unermeßliche Gebiet Rußlands erhielt dadurch einen Zuwachs von großen und reichen Provinzen. Sechs Millionen Menschen wurden einer Bevölkerung einverleibt, welche schon größer war, als diejenige irgend eines europäischen Staates. Neun Millionen wurden Oesterreich und Preußen zu Theil. [1]) Darauf änderte Deutschland seine Gestalt. Die geistlichen Staaten und der größte Theil der freien Städte wurden unter die weltlichen Fürsten vertheilt. Preußen und Oesterreich erhielten den besten Theil davon. Der alte Freistaat Venedig wurde eine österreichische Provinz. An Rußland kamen ferner durch die Verträge von Wien, Jassy und Abo zwei Millionen Unterthanen mit neuen Gebieten und neuen Hülfsmitteln. England hat seinerseits in demselben Zeitraume durch den Vertrag von Amiens nicht allein die holländischen Besitzungen von Ceylon und der Dreifaltigkeitsinsel erworben, sondern seine indischen Besitzungen verdoppelt und daraus ein Reich gebildet, welches zwei der größten europäischen Monarchien kaum aufwiegen. Kann die Bevölkerung dieses Reichs auch nicht als ein Zuwachs der britischen Bevölkerung betrachtet werden, so gewinnt doch England durch seine Oberherrschaft über sie und seinen Handel einen unermeßlichen Zuwachs an Reichthum, diesem anderen Grundbestandtheile der Macht. Rußland und England haben alles das, was sie erwarben, behalten. Oesterreich und Preußen haben zwar Verluste erlitten; aber verzichten sie denn darauf sie zu ersetzen, und sind sie etwa heute mit ihrem Besitzstande zufrieden, in welchem sie der gegenwärtige Krieg gefunden hat, und der sich wenig von demjenigen, welchen sie vor zwanzig Jahren hatten (?!) unterscheidet.

Nicht für sein Interesse allein muß Frankreich beziehendlich dieselbe Macht, welche es hatte, zu behalten suchen, man lese nur die frankfurter Erklärung, und man wird sehen, wie die verbündeten Souveräne selbst die Ueberzeugung gehabt haben, daß dies auch im Interesse Europas nothwendig sei. Wenn aber alles um Frankreich herum sich geändert hat, wie kann es beziehendlich dieselbe Macht bewahren, indem es in seinen vorigen Zustand zurückversetzt wird? Seine überseeischen Besitzungen waren unbestreitbar Grundbestandtheile seiner Macht, und die wichtigste dieser Besitzungen, diejenige, welche durch ihren Werth alle anderen aufwog, ja übertraf, ist ihm geraubt worden. Es kommt wenig auf die Ursache an, es hat sie verloren. Es genügt, daß es sie nicht mehr hat, und daß es nicht in der Macht der Verbündeten steht sie ihm zurückzugeben.

Um die beziehendliche Macht der Staaten zu schätzen genügt es nicht ihre Kräfte an sich zu vergleichen, in die Berechnung muß auch der Gebrauch aufgenommen werden, welchen ihre geographische Lage ihnen aufnöthigt, oder davon zu machen erlaubt. England ist wesentlich eine Seemacht, es kann alles auf seine Macht zu Wasser verwenden. Oesterreich hat zu wenig Küste, um eine solche zu werden; Rußland und Preußen haben nicht nöthig See-

[1])

Rußland erhielt	8558	Q.-M. mit	6,000000	Einw.
Oesterreich . . .	2114	= =	3,537000	=
Preußen	2688	= =	2,676000	=
	13360	= =	12,213000	=

mächte zu sein, weil sie keine Besitzungen jenseits des Meeres haben. Sie sind ihrem Wesen nach Mächte des Festlandes. England kann nur durch Flotten angegriffen werden. Rußland, welches den Pol im Rücken hat, und fast von allen Seiten durch Meere und weite Einöden begrenzt ist, kann, seitdem es Finnland erworben, nur von einer Seite angegriffen werden. Frankreich dagegen ist auf allen Punkten seines Umfanges, und zwar zugleich von der Landseite, wo es überall an tapfere Völker grenzt, wie von der Seeseite und in seinen fernliegenden Besitzungen angreifbar.

Um ein wahres Gleichgewicht wieder herzustellen, muß also seine Macht beziehendlich unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden. Um es richtig abzuschätzen, muß man seine Kräfte an sich mit denen anderer Staaten des Festlandes nur nach Abzug des von ihm nothwendig auf die See zu verwendenden Theiles derselben, mit denen der Seestaaten aber nur dann vergleichen, nachdem derjenige Theil, welchen es für das Festland verwenden muß, abgezogen worden ist. Der Bevollmächtigte Frankreichs bittet Ihre Excellenzen, die Herren Bevollmächtigten der verbündeten Höfe, diese so auffallend wahren Betrachtungen zu erwägen, und zu beurtheilen, ob die Erwerbungen, welche Frankreich diesseits der Alpen und des Rheins gemacht hat, und die ihm durch die Verträge von Lüneville und Amiens gesichert worden sind, hinreichen würden, um zwischen ihm und den großen Mächten Europa's das Gleichgewicht herzustellen, welches die in dem Besitzstande dieser Mächte eingetretenen Veränderungen gestört haben.

Die einfachste Berechnung zeigt augenscheinlich, daß diese Erwerbungen, auch wenn man mit ihnen alles vereinigt, was Frankreich im J. 1792 besaß, noch weit davon entfernt wären, ihm beziehendlich denselben Grad von Macht zu geben, welchen es damals, sowie in früherer Zeit stets hatte, und doch fordert man von ihm, daß es nicht blos einen Theil davon, sondern alles aufgeben soll, obgleich die verbündeten Souveräne in ihrer Erklärung von Frankfurt Europa verkündigt haben, daß sie Frankreich ein größeres Gebiet zugeständen, als es unter seinen Königen gehabt habe.

Die eigenen Kräfte eines Staates sind nicht das einzige Element seiner beziehendlichen Macht. Zu ihr gehören noch die Bande, welche ihn mit anderen Staaten verknüpfen, Bande, welche gewöhnlich stärker und dauerhafter zwischen denjenigen Staaten sind, die von Fürsten desselben Bluts regiert werden. Der Kaiser der Franzosen besitzt außer seinem Kaiserreiche ein Königreich, dessen Erbe bekanntlich sein Adoptivsohn ist. Andere Fürsten der französischen Herrscherfamilie waren Besitzer von fremden Kronen und Souveränetäten. Verträge hatten ihre Rechte geheiligt und das Festland hatte sie anerkannt. Der Entwurf der verbündeten Höfe beobachtet hinsichtlich ihrer ein Stillschweigen, welches die natürlichen und gerechten Fragen des französischen Bevollmächtigten nicht zu brechen vermocht haben. Wenn Frankreich aber auf die Rechte dieser Fürsten und auf den Antheil der daraus für dasselbe entspringenden beziehendlichen Macht, sowie auf seine Erwerbungen diesseits der Alpen und des Rheins verzichtete, so würde es an seiner ehemaligen beziehendlichen See- und Landmacht genau in demselben Verhältnisse einbüßen, als diejenige der anderen großen Staaten sich vermehrt hat, oder beim Frieden durch die sie betreffenden Erwerbungen sich vermehren wird. Die Zurückerstattung seiner Colonien, wodurch es nur seinen ehemaligen Zustand von absoluter Größe wiedererlangte (was die Verhältnisse von St.-Domingo nicht einmal vollständig bewirken lassen), würde und könnte seine Verluste nicht aufheben, sondern nur vermindern, und dies würde ohne Zweifel das Geringste sein, was zu erwarten es das Recht hätte. Aber was bietet ihm in dieser Beziehung der Entwurf der verbündeten Höfe?

Von den in die Gewalt des Feindes gefallenen französischen Colonien

(und durch die Kriege des Festlandes fielen alle in dieselbe) sind es drei, deren aus verschiedenen Ursachen entspringende Wichtigkeit sie außer Vergleich mit allen anderen stellt. Es sind dies Guadeloupe, Guyana und Isle de France.

Statt der Zurückerstattung der beiden ersten enthält der Entwurf nur das Anerbieten sich dafür zu verwenden, und danach würde es scheinen, als ob diese beiden Colonien in den Händen von Mächten wären, welche der gegenwärtigen Unterhandlung fremd und in den künftigen Frieden nicht einbegriffen sind. Ganz im Gegentheil gehören die Mächte, welche dieselben besitzen, zur Zahl derer, in deren Namen und für welche die verbündeten Höfe erklärt haben, daß sie zu unterhandeln befugt seien. Haben sie denn diese Befugniß nur zum Nachtheile Frankreichs? Fällt dieselbe weg, sobald es sich um dessen Vortheil handelt? Verhielte sich dies so, dann würde es unerläßlich sein, daß alle bei dem gegenwärtigen Kriege betheiligten Staaten an der Unterhandlung unmittelbar theilnähmen, und jeder von ihnen Bevollmächtigte zum Congreß sendete. Außerdem ist zu bemerken, daß, da England sie nur durch eine nach dem Völkerrechte ungültigen Urkunde aus den Händen gab, England Frankreich gegenüber noch immer als Besitzer anzusehen, und die Rückgabe von ihm allein zu verlangen ist.

England will Isle de France und Reunion für sich behalten, ohne welche die anderen Besitzungen Frankreichs östlich vom Vorgebirge der guten Hoffnung allen Werth verlieren, ferner die Saintes, ohne welche der Besitz von Guadeloupe unsicher sein würde, und die Insel Tabago; letztere unter dem Vorwande, daß Frankreich sie im J. 1792 nicht besaß, die anderen aber, ungeachtet sie Frankreich seit undenklicher Zeit besaß. So stellt es eine Regel auf, welche, indem man sie nur auf Frankreich streng anwendet, und Ausnahmen auch nur gegen dasselbe zuläßt, ein zweischneidiges Schwert wird. Eine Insel von mäßigem Umfange, die aber ihre alte Fruchtbarkeit verloren hat, zwei oder drei unendlich kleinere und einige Niederlassungen, die man wegen des Verlustes von Isle de France aufgeben müßte, hierauf beschränken sich also die großen Zurückerstattungen, welche England zu machen versprach! Sind es diejenigen, welche es zu Amiens machte, wo es doch Malta zurückgab, das es heute behalten will, und das man ihm nicht mehr bestreitet? Was hätte es weniger anzubieten gehabt, wenn Frankreich nur ihm Abtretungen zu machen gehalten wäre? Die Zurückerstattungen, welche es versprach, waren als ein Ersatz für die auf dem Festlande zu bringenden Opfer angekündigt worden. Unter diesen Bedingungen hatte Frankreich sich bereit erklärt in große Opfer zu willigen. Ihr Maß muß sich nach jenen richten. Konnte man einen Entwurf erwarten, in welchem das Festland alles erlangt, England fast nichts zurückgiebt, und dessen wesentlicher Inhalt darin besteht, daß alle Großmächte Europas alles, was sie erworben haben behalten, ihre gemachten Verluste ersetzen, und noch mehr dazu erwerben sollen, während Frankreich allein von allen seinen Erwerbungen nichts zurückerlangen soll, als den kleinsten und am wenigsten werthvollen Theil von dem, was es verloren hat?

Nach so vielen Frankreich abgeforderten Opfern fehlte nur noch, daß man ihm auch das seiner Ehre abverlangte!

Der Entwurf zielt darauf ab, Frankreich das Recht zu nehmen zu Gunsten seiner ehemaligen unglücklichen Bundesgenossen zu vermitteln. Als der Bevollmächtigte Frankreichs fragte, ob der König von Sachsen wieder in den Besitz seiner Staaten gesetzt werden solle, hat er nicht einmal eine Antwort erhalten können! Man verlangt von Frankreich Abtretungen und Verzichtleistungen und will, daß es bei seinen Abtretungen nicht einmal wisse: wem, unter welchen Titeln und in welchem Verhältnisse das, was es abgetreten hat, gehören werde. Man will: es soll nicht wissen, was für nächste Nach-

baren es haben wird. Ohne seine Zuziehung will man das Loos der Länder, auf die es verzichten soll, und das Schicksal derer entscheiden, mit denen sein Souverän durch besondere Verhältnisse verbunden war. Ohne seine Zuziehung will man Abkommen treffen, welche das allgemeine System des Besitzthums und Gleichgewichts von Europa ordnen sollen. Fremd soll es der Ordnung eines Ganzen bleiben, von dem es einen beträchtlichen und nothwendigen Theil bildet. Kurz man will, daß es durch Unterzeichnung solcher Bedingungen sich gewissermaßen selbst von der europäischen Gesellschaft ausschließe. Man giebt ihm seine Niederlassungen auf dem indischen Festlande zurück, aber unter der Bedingung, in Abhängigkeit und als Unterthan zu besitzen, was es unbeschränkt besaß. Ja man schreibt ihm sogar sein Benehmen in Bezug auf die fernere Verwaltung seiner Colonien und gegen Bevölkerungen vor, welche kein Unterthan- oder Abhängigkeitsverhältniß irgend einer Art mit den Regierungen Europa's verbindet, und hinsichtlich welcher man keiner von ihnen ein Schutzrecht zuerkennen kann.

Auf solche Vorschläge war man nach der Sprache der verbündeten Souveräne und des Prinz-Regenten von England nicht gefaßt, zumal dieser im britischen Parlamente erklärte, daß die Absicht von Frankreich ein mit dessen Vortheil, oder dessen Ehre als Nation unverträgliches Opfer zu fordern, seinerseits den Frieden verhindern werde. Von allen deshalb vereinigten Mächten gleichzeitig angegriffen, erkennt die französische Nation mehr, als irgendeine das Bedürfniß des Friedens an, aber jedes Volk, wie jeder edle Mensch stellt die Ehre noch über das Dasein.

Es ist gewiß nicht die Absicht der verbündeten Souveräne Frankreich zu erniedrigen, und obschon dessen Bevollmächtigter sich nicht erklären kann, weshalb der ihm übergebene Entwurf der Friedensartikel so wenig mit den ihm so oft und klar ausgesprochenen Gesinnungen übereinstimmt, so legt er doch mit nicht geringerem Vertrauen den verbündeten Höfen selbst und den Herren Bevollmächtigten die Bemerkungen zur Beurtheilung vor, welche ihm ebenso sehr durch das allgemeine Interesse Europas, als durch das besondere Interesse Frankreichs dictirt worden sind, und welche in keinem Punkte von den Erklärungen der verbündeten Souveräne und der des Prinz-Regenten im englischen Parlamente abweichen." [1])

Die in der Denkschrift erwähnten Urkunden waren derselben beigefügt.

So geschickt Caulaincourt auch in dieser Denkschrift verfuhr, um Frankreichs Anspruch auf günstigere Friedensbedingungen aus den eigenen Erklärungen der Verbündeten nachzuweisen, besonders aus dem von ihnen als Kriegszweck ausgesprochenen Grundsatze, daß sie nicht Frankreichs Demüthigung, sondern nur die Befreiung des europäischen Festlandes von dem Joche, welches es demselben auferlegt hätte, beabsichtigten, so erhellt doch aus seinen Vorstellungen an Napoleon, daß er selbst von dergleichen diplomatischen Spitzfindigkeiten nichts erwartete. Trotz dem Scheine des Gegentheils fand er es ganz natürlich, daß die Verbündeten jetzt, wo sie mit überlegener Heeresmacht in Frankreich standen, von Napoleon größere Zu-

---

[1]) Montholon, II, 373—382 f. A.

geständnisse verlangten, als in Frankfurt, zumal da sie schon ehe sie den französischen Boden betraten, erkannt hatten, wie wenig die von Metternich dort vorgeschlagenen Friedensbedingungen ihrer Lage und ihrer künftigen Sicherheit entsprächen. Wußte er doch nur zu gut, daß die Ueberschätzung seiner Lage infolge der jüngst erfochtenen Siege Napoleon bewogen hatte, seine Einwilligung in den ihm von den Verbündeten angesonnenen Frieden zu widerrufen, während letztere eben nur durch den Wechsel des Kriegsglücks hatten bestimmt werden können, die nach Napoleon's Niederlage bei La Rothière abgebrochenen Friedensunterhandlungen wieder anzuknüpfen. Hierzu kam, daß die von den Verbündeten zu Chatillon vorgeschlagene Friedensgrundlage, weit entfernt Frankreichs Macht zu brechen, oder auch nur die Unabhängigkeit seiner Nachbaren zu sichern, diese vielmehr dem Angriffe desselben immer noch ausgesetzt ließ, zumal solange Napoleon auf dem französischen Throne blieb. Ganz eigenthümlich erscheint Caulaincourt's Versuch: Frankreich den Mächten des Festlandes gegenüber, welche nichts, oder nur wenig von ihren Kräften auf eine Flotte zu verwenden brauchten, als benachtheiligt darzustellen, da es wegen seiner geographischen Lage einer Flotte benöthigt sei, und derselben Kräfte zuwenden müsse, welche eben dadurch seiner Landmacht entgingen.

Seine Gegner hätten ihm erwidern können, eben dadurch, daß Frankreich nicht blos ein zahlreiches Landheer, sondern auch eine bedeutende Flotte besitze, entspreche es mehr, als irgend eine der übrigen europäischen Mächte den Grundbedingungen einer wahrhaften Großmacht, denn eine solche müsse im Stande sein zu Lande und zur See ihre Interessen zu vertheidigen. Besitze sie keine Seeküste, so könne sie schon deshalb keine Macht ersten Ranges sein, weil sie der unermeßlichen Vortheile des Seehandels entbehre; besitze sie aber Küstenländer und entbehre angemessener Streitkräfte zur See, so seien jene schutzlos jedem feindlichen Angriffe preisgegeben, und ihre Handelsschiffe eine leichte Beute ihres seemächtigen Feindes. England mit einer weit stärkeren Flotte, aber einem Landheere, welches nicht wagen durfte dem französischen gegenüber allein im Felde zu erscheinen, konnte eben deshalb zwar Frankreichs Küsten und Colonien, nie aber dessen innere Sicherheit gefährden. Was die Gebietsvergrößerungen Rußlands und Oesterreichs anbetraf (und bei letzterem Staate überschritten sie voraussichtlich nur unbedeutend den früheren Umfang seiner Grenzen), so konnten dieselben nichts Bedrohendes für Frankreich haben, da es von jenen Mächten durch

Deutschland geschieden war, d. h. durch größere und kleine Staaten, welche das sonderbare Loos hatten durch ihre Nachbarschaft, also durch ihre bloße geographische Lage Frankreich vor Eroberungskriegen der großen Mächte des Festlandes zu sichern, während sie selbst, wie die Geschichte lehrt, in jenen Großmächten keinen genügenden Schutz gegen französische Eroberungslust fanden. Preußen aber, der einzige größere Staat, an welchen Frankreich grenzte, auf die Hälfte seines früheren Umfanges verringert, hatte kaum eine völlige Wiederherstellung, keinesfalls eine Vergrößerung seiner früheren Macht zu erwarten.

Endlich war es eine hohle Redensart, die Zuziehung Frankreichs bei Vertheilung der von den Verbündeten gemachten Eroberungen als einen Ehrenpunkt zu verlangen. War Frankreich durch Waffengewalt gezwungen worden den Verbündeten diese Eroberungen zu überlassen, so verstand es sich von selbst, daß den Siegern nicht anzusinnen war des Besiegten Einwilligung in die Art, wie über die Eroberungen zu verfügen sei, nachzusuchen. Beide Theile konnte wegen dieses naturgemäßen Verfahrens kein vernünftiger Vorwurf treffen.

Die Bevollmächtigten der Verbündeten nahmen sich auch gar nicht die Mühe des französischen Ministers Behauptungen zu widerlegen, sondern begnügten sich hinsichtlich dessen verlesener Denkschrift, welche auf seinen Antrag dem Protokolle einverleibt wurde, zu bemerken, daß dieselbe nur allgemeine Bemerkungen enthalte, nicht aber die verlangte Beantwortung des von ihnen in der Sitzung vom 17. Febr. übergebenen Friedensentwurfs binnen der hierzu eingeräumt gewesenen zehntägigen Frist. Sie schickten sich deshalb an die Sitzung ohne weiteres aufzuheben, da sie in derjenigen vom 28. Febr. erklärt hätten die Unterhandlungen abbrechen zu wollen, wenn die Antwort des französischen Bevollmächtigten auf den Friedensentwurf nicht im wesentlichen dessen Annahme enthalte. Hierdurch sah der Herzog von Vicenza sich bewogen noch die mündliche Erklärung sofort hinzuzufügen:

Der Kaiser der Franzosen sei bereit in dem abzuschließenden Friedensvertrage zu entsagen: jedem Rechtstitel auf Souveränetät, Oberherrschaft, Schutzherrlichkeit oder verfassungsmäßigen Einfluß hinsichtlich der außerhalb der Grenzen Frankreichs liegenden Länder, und anzuerkennen: die Unabhängigkeit Spaniens in seinen alten Grenzen unter der Souveränetät Ferdinand's VII., die Unabhängigkeit Italiens, die Unabhängigkeit der Schweiz unter der Gewähr der

Großmächte, die Unabhängigkeit Deutschlands, die Unabhängigkeit Hollands unter der Souverainetät des Prinzen von Oranien.

Außerdem erklärte er: Frankreich sei bereit die zur Befestigung des mit England abzuschließenden Friedens etwa nothwendig erscheinenden Abtretungen jenseit des Meeres gegen billige Entschädigung zu bewirken.

In der hierauf am 13. März stattfindenden Sitzung erwiderten jedoch die Bevollmächtigten der Verbündeten, daß über die von Caulaincourt in der Sitzung vom 10. März überreichte Denkschrift wegen des damit verbundenen nutzlosen Zeitverlustes nicht verhandelt werden solle. Was ferner die mündliche Erklärung des Herrn Bevollmächtigten beträfe, so enthielte sie nur die Annahme einiger Punkte des am 17. Febr. übergebenen Friedensentwurfs, und könne auch nicht als ein Gegenentwurf, der auf die von den verbündeten Mächten gemachten Vorschläge im Wesentlichen eingehe, angesehen werden. Man fordere daher den Herzog von Vicenza auf zu erklären, ob er den ihm übergebenen Friedensentwurf annehme, oder verwerfe, oder ob er den verbündeten Höfen einen Gegenentwurf zustellen wolle?

Caulaincourt bemerkte hierauf: das von ihm am 10. März überreichte Schriftstück beleuchte ja die, eine Abänderung nicht ausschließenden Artikel des Friedensentwurfs, könne also die Unterhandlung nicht hemmen, sondern im Gegentheil nur fördern, weil darin alle Fragen unter dem doppelten Gesichtspunkte der Interessen Europas und Frankreichs erörtert seien. In seiner gleichzeitigen mündlichen Erklärung habe er übrigens Frankreichs Bereitwilligkeit zugesagt, jenseit der Alpen und des Rheins auf die Souverainetät über ein Gebiet von mehr als sieben Millionen und auf seinen Einfluß über zwanzig Millionen Einwohner zu verzichten, was mindestens sechs Siebentel der im Friedensentwurfe verlangten Opfer ausmache. Man dürfe ihm daher den Vorwurf nicht machen, daß seine Antwort nicht bestimmt und deutlich gewesen sei. In seiner mündlichen Erklärung sei der ihm abverlangte Gegenentwurf dem Wesen nach enthalten, so weit derselbe Gegenstände betreffe, hinsichtlich deren Frankreich ohne Weiteres seine Zustimmung geben könne; was die übrigen, einer Abänderung fähigen Punkte anlange, so enthielten seine Bemerkungen eine Antwort, über die er sofort zu unterhandeln bereit sei.

Die Bevollmächtigten der verbündeten Mächte blieben aber bei ihrer Weigerung stehen, und bemerkten, um ihren der fraglichen Ant-

wort gemachten Vorwurf der Unbestimmtheit zu rechtfertigen, daß darin die Grenzen Frankreichs nicht näher bezeichnet seien, auch von der Unabhängigkeit Italiens nur im allgemeinen gesprochen worden wäre. Als nun der französische Bevollmächtigte erklärte, einen Gegenentwurf einreichen zu wollen, wurde ihm eröffnet, daß man denselben binnen vierundzwanzig Stunden erwarte, und nur im äußersten Falle noch am Morgen des 15. März annehmen werde.

Letztere Frist hielt auch Caulaincourt ein. Doch bildete die Grundlage eines Gegenentwurfs nicht der Friedensentwurf von Chatillon, sondern das zurückgenommene Anerbieten von Frankfurt, nach welchem Frankreich auf seine sogenannten natürlichen Grenzen, die Alpen und den Rhein, beschränkt werden sollte. Napoleon erklärte in demselben nur seine Bereitwilligkeit auf die illyrischen Provinzen und die französischen Departements jenseit des Rheins und der Alpen, doch mit Ausnahme der Insel Elba, zu verzichten. Er entsagte ferner der italienischen Krone zu Gunsten seines Stiefsohnes, des Vicekönigs Eugen.

Er erkannte die Unabhängigkeit Hollands an unter der Landeshoheit des oranischen Hauses. Holland sollte auch einen nicht näher bestimmten Gebietszuwachs erhalten. Er erkannte ferner an: die Unabhängigkeit Deutschlands, die Unabhängigkeit der Schweiz unter Gewährleistung der Großmächte; die Unabhängigkeit Italiens und eines jeden seiner Fürsten; die Unabhängigkeit Spaniens unter der Herrschaft Ferdinand's VII.

Der Kirchenstaat, jedoch mit Ausschluß des Herzogthums Benevent, sollte wieder hergestellt werden. Napoleon's Schwester, die Prinzessin Elisa, sollte Lucca und Piombino, sein Major-General Berthier das Fürstenthum Neufchatel behalten. An seinen Neffen Ludwig sei das Großherzogthum Berg, an den König von Sachsen das Großherzogthum Warschau zurückzugeben. Die Städte Hamburg, Bremen, Lübeck, Danzig und Ragusa sollten freie Städte sein. Die ionischen Inseln sollten unter der Landeshoheit des Königreichs Italien, die Insel Malta und ihr Zubehör unter Großbritanniens Oberherrschaft stehen.

Außerdem wurden noch Entschädigungen für diejenigen Fürsten gefordert, welche durch den Friedensschluß Besitzungen verlören, und eine Menge anderer Anordnungen von geringerer Wichtigkeit gemacht,

die in einer Friedensurkunde, nicht aber in dem, dieselbe vorbereitenden Entwurfe am Platze gewesen wären.

Nach Vorlesung dieses Gegenentwurfs erklärte der französische Bevollmächtigte, denselben mit den Vertretern der Verbündeten in einem versöhnlichen Geiste erörtern zu wollen. Dieses lehnten Letztere jedoch unter dem Anführen ab, die gemachte Mittheilung sei von zu hoher Wichtigkeit, als daß sie in dieser Sitzung irgend eine Antwort ertheilen könnten, sie behielten sich diese für die nächste Sitzung vor. Sie beabsichtigten hierdurch nur sich über den Wortlaut des Beschlusses, welcher die Unterhandlungen für abgebrochen erklären sollte, zu vereinigen. Denn abgesehen davon, daß dieser Friedensentwurf der Hauptbedingung, nach welcher Frankreich auf die Grenzen von 1792 zu beschränken war, nicht entsprach, verletzte er auch jede Großmacht in ihren besonderen Interessen.

England verletzte derselbe durch Vorenthaltung der ionischen Inseln und Nichtberücksichtigung seines Lieblingsplans, Holland mit Belgien zu vergrößern und die Häfen dieser zu einem Staate zu vereinigenden Länder zu Stapelplätzen seines Handels zu machen.

Rußland wies den Entwurf zurück, weil durch die in demselben verlangte Zurückerstattung des Großherzogthums Warschau an den König von Sachsen der von ihm begehrte Siegespreis ihm entzogen worden wäre. Dieser Punkt war um so auffälliger, als Napoleon schon vor Auflösung des Congresses von Prag in die Vernichtung dieser, seiner Schöpfung gewilligt hatte.

Oesterreich verwarf den Entwurf, weil das Fortbestehen des Königreichs Italien mit seinem Anspruche auf Oberitalien unvereinbar war, und ihm großen Theils die Mittel entzog Baiern für die verabredete Zurückerstattung ehemaliger österreichischer Provinzen zu entschädigen.

Preußen endlich würde durch Genehmigung des französischen Friedensentwurfs auf die ihm von seinen Verbündeten feierlich verheißene Wiederherstellung seiner früheren politischen Bedeutung, für welche es mit beispielloser Anstrengung gekämpft hatte, geradezu verzichtet haben. Denn wenn der König von Sachsen in dem ungeschmälerten Besitze seiner deutschen und polnischen Länder, der Kaiser der Franzosen in demjenigen des linken Rheinufers blieb, wenn dessen Neffe das Großherzogthum Berg, und Berthier das Fürstenthum Neufchatel behielten, so war Preußens Wiederherstellung unmöglich.

Uebrigens machte die beanspruchte Fortdauer der französischen Herrschaft über die deutschen Länder am linken Rheinufer Napo-

leon's Anerkennung der Unabhängigkeit Deutschlands zu einem Hohne, so wie das Fortbestehen der von ihm außerhalb Frankreichs geschaffenen Vasallenstaaten seine Verzichtleistung auf jede Schutzherrlichkeit und Beeinflussung fremder Staaten zu einem leeren Schalle.

Erhellt aus dem Inhalte des französischen Gegenentwurfs schon hinreichend, daß Napoleon einen, den Verhältnissen angemessenen und für die Verbündeten annehmbaren Frieden gar nicht wollte, so wird dieser Umstand durch die in seinem Briefe vom 17. Febr. an Caulaincourt gegebenen Verhaltungsbefehle noch ausdrücklich bestätigt.

„Ich ermächtige Sie — schrieb er — alles zuzugestehen, was Ihnen nöthig scheint, um die Unterhandlungen im Gange zu erhalten, und das Ultimatum der Verbündeten zu erfahren, wohl verstanden jedoch unter der Voraussetzung, daß die Räumung unseres Gebiets und die gegenseitige Rückgabe aller Kriegsgefangenen das Ergebniß der Verhandlungen ist."

Die Fortdauer, nicht den Abschluß der Unterhandlungen hatte Napoleon im Auge. Er setzte dieselben nur zu dem Zwecke fort, um den Vorwurf der des Krieges müden Franzosen, daß sein Ehrgeiz den Frieden verhindere, von sich abzuwälzen. Deshalb gab er auch seinem Bevollmächtigten durch den Herzog von Bassano, welcher dem kaiserlichen Briefe eine ausführliche Erläuterung der Verhaltungsbefehle beifügte, die Weisung: „Wenn die Unterhandlung abgebrochen werden muß, so ist es räthlich, daß dies wegen der verweigerten Räumung des französischen Gebiets und Uebergabe der Festungen geschehe."

Er hielt seine Feinde durch die ihnen jüngst beigebrachten Verluste für zu eingeschüchtert, als daß er ihnen den Entschluß zutraute auf ihren, zu Chatillon gestellten Forderungen zu beharren, und nach Ablauf der ihm für deren Annahme gestellten Frist die Unterhandlungen abzubrechen. Wie sehr er sich aber hierin täuschte, und wie richtig Caulaincourt diesen Ausgang vorhergesehen hatte, bestätigte schon die nächste am 18. März stattfindende Congreßsitzung.

Nach einer Uebersicht der Verhandlungen, welche stattgefunden hatten, seit dem französischen Bevollmächtigten der Friedensentwurf eingehändigt worden war, gaben die Verbündeten folgende Erklärung ab:

„Das gegen die französische Regierung verbündete Europa bezweckt nur die Wiederherstellung eines allgemeinen Friedens zu Lande und zur See. Ein solcher allgemeiner Friede allein kann der Welt die Ruhe sichern, deren sie sich seit einer so langen Reihe von Jahren beraubt sieht, und er kann nur bei einer richtigen Machtvertheilung unter den Staaten von Dauer

sein. Nicht ehrgeizige, oder auf Eroberung gerichtete Absichten liegen der Fassung des Vertragsentwurfs, der in der Sitzung vom 17. des letztvergangenen Februar im Namen der verbündeten Mächte übergeben wurde, zu Grunde; und wie könnte man auch solche Absichten voraussetzen bei Verhältnissen, die ganz Europa feststellt, bei dem Entwurfe einer Uebereinkunft, welche Frankreich von der Gesammtheit der europäischen Mächte angeboten wird. Indem Frankreich zu der Ausdehnung zurückkehrt, welche es im J. 1792 hatte, bleibt es durch seine Lage in der Mitte Europas, seine Bevölkerung, die Reichthümer seines Bodens, die Natur seiner Grenzen, die Zahl und Vertheilung seiner Kriegsplätze den stärksten Mächten des Festlandes gleich. Dadurch, daß die großen politischen Körper ihre Wiederherstellung in einer, der Begründung eines richtigen Gleichgewichts entsprechenden Weise beabsichtigen, und allen dazwischen liegenden Staaten ihre Unabhängigkeit zusichern, beweisen sie durch die That, welches die Grundsätze sind, die sie beseelen. Es blieb jedoch ein für die Wohlfahrt Frankreichs wesentlicher Punkt zu regeln übrig. Der Umfang seiner Küsten berechtigt dieses Land alle Vortheile des Seehandels zu genießen. England giebt ihm seine Colonien zurück, und mit ihnen Handel und Flotte. England thut noch mehr. Weit entfernt die ausschließliche Herrschaft auf dem Meere zu beanspruchen, die mit einem Systeme politischen Gleichgewichts unverträglich wäre, entäußert sich dasselbe fast aller der Eroberungen, welche die seit so vielen Jahren von der französischen Regierung befolgte Politik ihm ermöglicht hat. Belebt von dem, eines großen Volkes würdigen Geiste der Gerechtigkeit und Freisinnigkeit legt England in Europa's Wagschale Besitzungen, die, wenn es sie behielte, ihm seine ausschließliche Herrschaft noch auf lange Zeit sichern würden. Indem es Frankreich seine Colonien zurückgiebt, indem es große Opfer der Wiederherstellung Hollands bringt, welches der Aufschwung seines Volkes würdig macht seinen Platz unter den Mächten Europas wieder einzunehmen, macht es diese Opfer nur von einer Bedingung abhängig. Es will so viele Unterpfänder nur gegen die Wiederherstellung eines wahren politischen Gleichgewichts herausgeben, es will sich ihrer erst dann entäußern, sobald Europa wirklich des Friedens genießt, sobald der politische Zustand des Festlandes die Gewähr bietet, daß es so bedeutende Abtretungen nicht ganz vergeblich mache, und daß seine Opfer nicht Europa und ihm selbst zum Nachtheile ausschlagen.

Solche Grundsätze haben in dem Rathe der Verbündeten zu der Zeit obgewaltet, wo sie die Möglichkeit wahrnahmen das große Werk des politischen Wiederaufbaues von Europa zu unternehmen. Diese Grundsätze haben ihre volle Ausbildung erhalten und sind an dem Tage ausgesprochen worden, wo der Erfolg ihrer Waffen den Mächten des Festlandes gestattete deren Anwendung zu sichern, und England die Opfer zu bezeichnen, welche es in die Wagschale des Friedens legen möge.

Der durch den französischen Herrn Bevollmächtigten überreichte Gegenvorschlag geht von einem ganz verschiedenen Gesichtspunkte aus. Nach seinen Friedensbedingungen würde Frankreich ein weit größeres Landesgebiet behalten, als es das Gleichgewicht Europas zuläßt. Es würde Stellungen und Punkte des Angriffs besitzen, vermittelst deren seine Regierung schon so viele Umwälzungen bewirkt hat; die von ihr gemachten Abtretungen würden nur scheinbare sein. Die im Angesichte Europas von dem jetzigen Beherrscher Frankreichs verkündeten Grundsätze und mehrjährige Erfahrungen haben bewiesen, daß die zwischen den beiderseitigen Grenzen liegenden Staaten, welche unter der Herrschaft von Gliedern der in Frankreich regierenden Familie stehen, nur dem Namen nach unabhängig sind. Wenn die Mächte von dem Geiste, der die Grundlagen des Vertrags vom

17. Febr. bildet, abgewichen wären, so würden sie nichts für das Heil Europa's gethan haben. Die Anstrengungen so vieler, für dieselbe Sache vereinigten Völker würden verloren sein, die Schwäche der Cabinete würde sich gegen sie und ihre Völker kehren. Europa und Frankreich selbst würden bald Opfer neuer Zerreißungen werden, Europa würde nicht Frieden schließen, sondern nur die Waffen niederlegen.

In Erwägung, daß der von dem Herrn Bevollmächtigten Frankreichs überreichte Gegenentwurf sich nicht allein von den vorgeschlagenen Friedensgrundlagen entfernt, sondern ihrem Geiste gerade entgegengesetzt ist, und so keine der Bedingungen erfüllt, von denen die Verlängerung der Unterhandlungen zu Chatillon abhängig gemacht wurde, können die verbündeten Höfe in dem, von der französischen Regierung befolgten Gange nur den Wunsch erblicken die Unterhandlungen in die Länge zu ziehen. Die Verlängerung derselben würde aber ebenso unnütz, als bloßstellend sein: unnütz, weil die Erklärungen Frankreichs den Bedingungen widersprechen, welche die Mächte als nothwendig für den Wiederaufbau des gesellschaftlichen Gebäudes betrachten, dem sie alle ihnen von der Vorsehung anvertrauten Kräfte widmen; bloßstellend, weil sie nur dazu dienen würde die Völker Europa's irre zu leiten, und leere Hoffnungen auf einen Frieden, der ihr dringendstes Bedürfniß ist, in ihnen entstehen zu lassen.

Die Bevollmächtigten der verbündeten Höfe sind deshalb zu eröffnen beauftragt, daß diese, treu ihren Grundsätzen, und in Gemäßheit ihrer früheren Erklärungen die zu Chatillon angeknüpften Unterhandlungen als durch die französische Regierung beendigt ansehen. Sie haben ferner den Befehl dieser Eröffnung noch hinzuzufügen, daß die verbündeten Mächte in ihrer unauflöslichen Vereinigung nur für jenen großen Zweck, welchen sie mit Gottes Hülfe zu erreichen hoffen, Frankreich bekriegen, daß sie die richtigen Maßverhältnisse dieses Reichs als eine der ersten Bedingungen des politischen Gleichgewichts betrachten, aber nicht eher die Waffen niederlegen werden, bevor ihre Grundsätze nicht durch dessen Regierung anerkannt und angenommen worden sind."

Nachdem diese Erklärung, von welcher Caulaincourt eine Abschrift erhielt, verlesen war, wurde die Fortsetzung der Sitzung zuerst bis auf den Abend und sodann auf den folgenden Tag verschoben. An diesem Tage, dem 19. März um 1 Uhr Nachmittags, fand die Sitzung statt, welche den Congreß von Chatillon beendigte.

Der Herzog von Vicenza suchte bei seiner Beantwortung der von den Bevollmächtigten der Verbündeten gegebenen Erklärung die darin aufgestellten Behauptungen in derselben Weise, wie er dies früher gethan, zu widerlegen, und sprach besonders dagegen seine Verwahrung aus, daß Frankreich den Abbruch der Unterhandlungen veranlaßt habe. Die einzige seiner Bemerkungen, welche nicht ungegründet war, bestand darin, daß er hervorhob: man beschuldige Frankreich, es wolle einen größeren Gebietsumfang behalten, als sich mit dem europäischen Gleichgewichte vertrage, sei aber den Beweis dieser Behauptung schuldig geblieben.[1])

---

[1]) Montholon, II, 351—411.

Caulaincourt hatte mit weit größerer Geschicklichkeit die schlechte Sache Napoleon's vertheidigt, als dies rücksichtlich der guten Sache der Verbündeten von Seiten ihrer Bevollmächtigten geschehen war. In weitschweifiger und schwülstiger Rede stellten sie jene Behauptung auf, ohne Gründe für dieselbe anzuführen, und doch waren solche im Ueberflusse vorhanden.

Zum Beweise, daß die Macht Frankreichs nicht erst beim Ausbruche der französischen Revolution, sondern schon seit länger, als zwei Jahrhunderten die seiner Nachbarn, namentlich des durch die Uneinigkeit und Selbstsucht seiner Fürsten geschwächten Deutschlands überwogen habe, brauchten sie sich nur auf die Geschichte der französischen Eroberungen zu beziehen. Frankreich hatte die spanischen Nebenländer an seiner Ostgrenze sich nach und nach sämmtlich einverleibt. Das deutsche Kaiserthum war in den letzten beiden Jahrhunderten nicht im Stande gewesen Deutschland vor den französischen Eroberungsgelüsten zu beschützen. Es hatte den Elsaß und Lothringen verloren, und damit die deutschen Grenzen nach und nach aller natürlichen und künstlichen Schutzwehren berauben lassen, welche in französischen Händen ebenso viele den Angriff sichernde Punkte bildeten. Die an Frankreich grenzenden deutschen Staaten waren machtlos, und das sie mit dem übrigen Deutschland vereinigende Band hatte sich ungenügend für erfolgreiche Vertheidigung erwiesen. Das bloße völkerrechtliche Bündniß, welches die deutschen Staaten künftig umfassen sollte, war daher schwerlich geeignet ihnen wirksameren Schutz zu gewähren. Da nun aber Frankreich durch Verfassung und Gebietsumfang schon unter seinen letzten Königen ein übermächtiger und verderblicher Nachbar Deutschlands gewesen war, in wie viel höherem Grade mußte es dies sein, wenn es im Besitze des linken Rheinufers blieb! Die kleinen deutschen Staaten an Frankreichs Grenze konnten selbstverständlich nie demselben gefährlich werden, ja ihr politisches Dasein war durch den Schutz bedingt, welchen Oesterreich und Preußen ihnen gegen französische Angriffe nach dem zwischen ihnen aufzurichtenden Bündnisse gewähren würden. Ein genügender Schutz war nur durch Herstellung veränderter von Natur und Kunst gegen Frankreich geschützter Grenzen, und eine solche nur dann möglich, wenn letzteres gezwungen wurde einen hierzu ausreichenden Theil der von Deutschland abgerissenen Landstriche, nicht blos seine nach der französischen Revolution gemachten Eroberungen, wieder herauszugeben. Frankreich selbst wurde durch eine derartige Wiederherstellung früherer Zustände nicht gefährdet,

denn der von den deutschen Fürsten zu bildende Staatenbund, gelang es auch ihn so ins Leben zu rufen, daß er den Zweck gegenseitigen Schutzes gegen äußere Feinde erfüllte, konnte seiner Natur nach nie auf Eroberungen ausgehen. Die an Frankreich grenzenden deutschen Staaten hatten von ihren deutschen Bundesgenossen nur in Vertheidigungskriegen Beistand zu erwarten, da letztere kein Interesse besaßen sie in einem Eroberungskriege, welcher übrigens der Natur des Bündnisses widersprach, zu unterstützen.

Den Bevollmächtigten der Verbündeten war alles dies natürlich wohl bekannt, aber nur Preußen, als rein deutscher Staat, theilte Deutschlands Wünsche für eine besser zu vertheidigende Grenze gegen Frankreich, weil eine solche seinem eigenen Vortheile entsprach. Es war aber allein zu schwach seine Ansicht gegen die seiner Bundesgenossen geltend zu machen. Napoleon, welcher nicht einmal Frankreich auf die Grenzen vom J. 1792 beschränkt wissen wollte, hätte nie in die Abtretung des Elsasses und anderer Deutschland schützender Grenzpunkte eingewilligt. Metternich aber bot alles auf ihn zum Frieden zu bewegen, um in ihm und seiner mit dem österreichischen Kaiserhause verwandten Dynastie ein Gegengewicht wider das benachbarte Rußland zu haben, auf dessen wachsende Größe er mit Besorgniß schaute. Kaiser Alexander, welcher, bevor er erkannte, daß Napoleon nach der alleinigen Oberherrschaft in Europa strebte, ein Bündniß mit Frankreich für ersprießlich gehalten hatte, war auch noch dieser Ansicht, vorausgesetzt, daß Napoleon aufhörte dessen Beherrscher zu sein, und war daher geneigt Frankreich so sehr, als möglich zu schonen. Uebrigens ward sein Verhalten durch die Erwägung bestimmt, daß je gefährdeter Deutschland durch seinen westlichen Nachbar wäre, desto größer der Einfluß des östlichen sein müsse, wenn dieser seinen Schutz gegen etwaige Angriffe verhieß. England war nur darauf bedacht durch Gründung eines starken niederländischen Königreichs seinen eigenen vermeintlichen Interessen Rechnung zu tragen, und ließ seinen Bundesgenossen gegen Bewilligung seiner diesfallsigen Forderungen um so eher freie Hand, als es selbstverständlich gegen den Willen von Rußland und Oesterreich eine andere Ordnung der Verhältnisse des Festlandes nicht durchsetzen konnte, zur Vollendung des Sieges über einen so gewaltigen Gegner wie Napoleon aber vollkommenes Einverständniß der Verbündeten unerläßlich war.

Die Meinung der Verbündeten endlich, daß, auch nach Frankreichs Einschränkung auf die Grenzen von 1792, Deutschland allein nicht

im Stande sein werde dessen Angriffe von sich, und damit zugleich von dem hinter ihm liegenden Europa erfolgreich abzuwehren, erhellt aus dem Bundesvertrage von Chaumont; denn wozu hätten sonst die Verbündeten noch auf zwanzig Jahre die gemeinschaftliche Verpflichtung übernommen die unter ihnen vereinbarten Friedensbedingungen, wenn sie deren Annahme erzwungen haben würden, aufrecht zu halten? Sie verzichteten also lieber auf eine gründliche Widerlegung der Behauptungen Caulaincourt's, als daß sie durch Aufnahme der diesfallsigen Gründe in das Protokoll des Congresses die Gerechtigkeit der ihnen bekannten, unwillkommenen Forderung Deutschlands: seine Grenzen durch Wiedererlangung des Elsasses und eines Theiles von Lothringen, durch Gebirge und Festungen in guten Vertheidigungsstand zu setzen, wenn auch nur unmittelbar anerkannt hätten.

Auf das Anerbieten Caulaincourt's über den Gegenentwurf mit den Bevollmächtigten der Verbündeten zu unterhandeln, gingen dieselben nicht ein, sondern erklärten, daß ihre Aufträge erloschen seien, und sie den Befehl hätten ins Hauptquartier ihrer Souveraine zurückzukehren. In einer dem französischen Minister überreichten Note aber sprachen sie den Wunsch aus, die französische Regierung, da sie in ihrem Gegenentwurfe die Absicht geäußert habe dem Papste seine Staaten zurückzugeben, möge ihn auch seiner Gefangenschaft entlassen, damit er im Stande sei den Bedürfnissen der katholischen Kirche abzuhelfen, zu welcher ein großer Theil der im Kriege befindlichen Völker sich bekenne.

Caulaincourt gab hierauf, indem er versicherte, daß der Kaiser der Franzosen stets bewiesen habe, wie sehr er sich für den Papst interessire, eine unbestimmte Antwort. Schon am 23. Jan. jedoch hatte Napoleon sich entschlossen den Papst nach Italien zurückkehren zu lassen, doch sorgte er dafür, daß die Reise, deren Ziel Pius VII. nicht kannte, nur sehr langsam von statten ging. Am Tage, wo die Bevollmächtigten der Verbündeten sich für den Papst verwendeten, befand er sich erst zu Savona, dem Orte seiner ersten Gefangenschaft, obschon er bereits beinahe acht Wochen unterweges war. In Imola, seinem ehemaligen Bischofssitze, eröffnete ihm endlich am 2. April Murat, welcher den Verbündeten sich angeschlossen hatte, daß er in alle seine Rechte wieder eingesetzt werden solle.

Wie unerwünscht dem Fürsten Metternich der Abbruch der Friedensunterhandlungen war, erhellt aus dem Eifer, mit welchem

er Caulaincourt kurz vorher zur Annahme der von den Verbündeten festgestellten Friedensgrundlagen zu bewegen suchte. Mit Recht erblickte er hierin das einzige Mittel dem Kaiser der Franzosen seine Krone zu erhalten. Er sandte den Fürsten Esterhazy nach Chatillon, um dem Herzoge von Vicenza dringend zur Annahme, der von den Verbündeten gestellten Bedingungen zu rathen, da er sonst die Auflösung des Friedenscongresses länger zu verhindern nicht im Stande sei.

„Giebt es denn", fragte Esterhazy, „kein Mittel den Kaiser über seine wahre Lage aufzuklären? Will er durchaus sein Schicksal und das seines Sohnes auf die Laffette seiner letzten Kanone stellen?"

Metternich begnügte sich aber nicht damit durch den beredten Mund dieses Gesandten zur Nachgiebigkeit zu rathen, sondern that dies auch schriftlich. Am 18. März schrieb er sogar zwei Briefe an den Vertreter Frankreichs.

In dem ersten Briefe äußert er, daß er unmöglich glauben könne, der von Caulaincourt am 15. März eingereichte Friedensentwurf sei das Ultimatum des französischen Hofes. Wäre dies aber der Fall, dann müßten die Waffen das Schicksal Europa's entscheiden, was dem Kaiser Franz, welcher seine Tochter liebe und für ihre Zukunft fürchte, sehr schmerzlich sei. Der zweite vertrauliche Brief, welcher seinen letzten Warnungsruf enthielt, lautete:

„Die Dinge nehmen eine sehr schlimme Wendung, Herr Herzog. An dem Tage, wo man ganz und gar für den Frieden mit seinen unerläßlichen Opfern entschlossen ist, mögen Sie kommen, um ihn abzuschließen, nicht aber, um der Dolmetscher unzulässiger Entwürfe zu sein. Die Fragen stehen zu fest, als daß ohne große Gefahr für den Kaiser Napoleon noch romanhafte Dinge niedergeschrieben werden könnten. Was wagen die Verbündeten? Als letztes Ergebniß großer Unglücksfälle könnten sie genöthigt sein den Boden Alt-Frankreichs zu verlassen. Was hätte dann der Kaiser Napoleon gewonnen? Die Bevölkerung Belgiens macht in diesem Augenblicke außerordentliche Anstrengungen. Man ist im Begriffe das ganze linke Rheinufer zu bewaffnen. Savoyen, bis zu dieser Stunde verschont, um es ganz zur Verfügung zu lassen, soll nun in Aufstand versetzt werden, und sehr persönliche Angriffe gegen den Kaiser Napoleon werden geschehen, denen Einhalt zu thun man nicht mehr im Stande ist. Sie sehen, daß ich zu Ihnen, dem Manne des Friedens, offen spreche. Ich werde immer denselben Standpunkt behaupten. Sie müssen unsere Absichten, unsere Grundsätze, unsere Wünsche kennen. Die ersten sind ganz europäisch und folglich auch französisch, die zweiten betrachten das Wohl Frankreichs als im Interesse Oesterreichs liegend, die dritten begünstigen eine mit der österreichischen so innig verbundene Herrscherfamilie.

Ich widme Ihnen, mein lieber Herzog, das vollständigste Vertrauen, um den Frankreich bedrohenden Gefahren ein Ziel zu setzen. Noch hängt es von Ihrem Herrn ab Frieden zu schließen. In kurzem wird dies vielleicht nicht mehr der Fall sein. Der Thron Ludwig XIV. mit dem, was

Ludwig XV. hinzugefügt hat, ist zu schön, als daß er auf eine Karte gesetzt werden sollte. Ich werde alles thun, was ich vermag, um Lord Castlereagh noch einige Tage zurückzuhalten. Ist dieser Minister abgereist, so ist an keinen Frieden mehr zu denken." [1])

Caulaincourt theilte zwar vollkommen des österreichischen Ministers Ansicht, wie räthlich es für Napoleon sei durch Annahme der ihm gestellten Friedensbedingungen seine Krone zu sichern, allein ohne Ermächtigung hierzu, mußte er in seiner Antwort vom 20. März sich mit der Versicherung begnügen: alles aufbieten zu wollen, um in Frankreichs und Oesterreichs Interesse den Frieden zu Stande zu bringen. Er eilte nach Doulevent, Napoleon's Hauptquartier, um dafür zu wirken, konnte aber in den beiden Schreiben vom 25. März seinem Gesinnungsgenossen nicht melden, daß er ermächtigt sei die von den Verbündeten vorgeschlagenen Friedensgrundlagen ohne Weiteres zu genehmigen, sondern nur, daß er Vollmacht erhalten habe die abgebrochenen Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, und seinen erhaltenen Aufträgen gemäß den Frieden zu unterzeichnen. Doch suchte er durch die Worte: „von französischer Seite werde nichts den Abschluß des heilsamen Werkes, welches die Ruhe der Welt sichern solle, hindern" Napoleon's Annahme der verlangten Friedensbedingungen in Aussicht zu stellen.

Die Verbündeten verweigerten jedoch die Wiederanknüpfung der Friedensunterhandlungen, da der Congreß aufgelöst und Lord Castlereagh abgereist wäre. Es sei zu spät zu einer friedlichen Verständigung, die Waffen müßten entscheiden.

Die Verbündeten kamen hierdurch nur ihrer diesfalls wiederholt abgegebenen Erklärung nach, allein ein Zufall hatte sie inzwischen auch von der Zweckmäßigkeit ihrer Handlungsweise überzeugt. Ein Brief, welchen Napoleon am 19. März an Caulaincourt hatte abgehen lassen, war in ihre Hände gefallen. Letzterer wurde in demselben ermächtigt alles anzunehmen, und hinsichtlich der Uebergabe der Festungen Mainz, Antwerpen und Alessandria allgemeine Zusicherungen zu geben. Das Schreiben lautete ferner:

„Se. Majestät beabsichtigt, selbst wenn sie den Friedensvertag genehmigt hätte, sich nur nach dem Stande des Krieges zu richten. Die Treulosigkeit der Verbündeten giebt uns das Recht uns nicht von ihnen hintergehen zu lassen." [2])

Der Inhalt dieses Briefes zeigte die Nutzlosigkeit von Friedensunterhandlungen mit Napoleon zu deutlich, als daß selbst diejenigen,

---

[1]) Montholon, II, 345.
[2]) Mémoires d'un homme d'état, X, 378.

welche sie im Rathe der Verbündeten am eifrigsten befürwortet hatten, dies noch zu bestreiten gewagt hätten. Es wurde daher am 25. März von Vitry aus eine Denkschrift erlassen, in welcher man es unternahm den Franzosen mittelst einer geschichtlichen Uebersicht der Ereignisse zu beweisen, daß nur ihre Regierung an der Fortdauer des Krieges mit allen seinen Uebeln schuld sei. Nur unter dieser Bezeichnung wurde Napoleon's, seiner Staaten aber nur als des politischen Gebäudes gedacht, welches man das französische Kaiserthum nenne, um hierdurch anzudeuten, daß Kaiser und Kaiserthum in ihren Augen bereits Dinge seien, deren Berechtigung man nicht mehr anerkenne. Die Denkschrift lautete:

„Die verbündeten Mächte sind es sich, ihren Völkern und Frankreich schuldig, daß sie in dem Augenblicke des Abbruchs der Verhandlungen von Chatillon, die Beweggründe öffentlich bekannt machen, welche sie bewogen haben mit der französischen Regierung Unterhandlungen anzuknüpfen und sie wieder abzubrechen.

Kriegsereignisse, wie sie die Geschichte anderer Zeiten kaum aufzuweisen haben dürfte, stürzten im letztverflossenen October das ungeheuere Gebäude um, welches man das französische Kaiserreich nannte, dieses politische Gebäude, welches auf den Trümmern einst unabhängiger und glücklicher Staaten gegründet, durch Provinzen, welche alten Monarchien entrissen wurden, vergrößert und mit dem Blute, der Habe und dem Wohlstande einer ganzen Geschlechtsfolge aufrecht erhalten worden war. Durch ihren Sieg an den Rhein geführt, hielten es die verbündeten Herrscher für ihre Pflicht Europa von neuem die Grundsätze darzulegen, welche die Grundlage ihres Bündnisses bilden, sowie ihre Wünsche und Entschlüsse auszusprechen. Ohne ehrgeizige und eroberungssüchtige Absichten, nur von dem Wunsche beseelt in Europa ein richtiges Gleichgewicht der Macht wiederhergestellt zu sehen, entschlossen die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis das edle Ziel ihrer Anstrengungen erreicht sei, gaben sie die Stetigkeit ihres Strebens durch eine öffentliche Urkunde zu erkennen, indem sie nicht zögerten sich gegen die feindliche Regierung in einem, ihrem unerschütterlichen Entschlusse gemäßen Sinne zu erklären. Die französische Regierung benutzte die offene Erklärung der verbündeten Höfe, um friedliche Gesinnungen an den Tag zu legen. Sie war ohne Zweifel in die Nothwendigkeit versetzt friedliebend zu scheinen, um in den Augen ihrer Völker es zu rechtfertigen, daß sie unaufhörlich neue Anstrengungen von ihnen forderte. Alles jedoch bewies den verbündeten Cabineten, daß die französische Regierung Unterhandlungen nur in der Absicht vorgespiegelt habe, um die öffentliche Meinung zu gewinnen, und daß der Friede Europa's ihren Gedanken fern sei.

Diese geheimen Absichten durchschauend, faßten die Mächte den Entschluß den ersehnten Frieden in Frankreich selbst zu erkämpfen. Zahlreiche Heere überschritten den Rhein. Kaum hatten sie die ersten Schranken hinter sich, als der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten sich bei den Vorposten einfand. Alle Schritte der französischen Regierung hatten von nun an keinen anderen Zweck, als die öffentliche Meinung irre zu führen, die Augen des französischen Volkes zu blenden, und zu versuchen das Gehässige des mit einem feindlichen Einfalle unzertrennlich verbundenen Elends auf die Verbündeten zu werfen.

Zu dieser Zeit hatte der Gang der Ereignisse den verbündeten Höfen

die ganze Stärke des europäischen Bundes zum Bewußtsein gebracht. Die Grundsätze, welche im Rathe der Souveraine von dem ersten Tage an, wo er zum allgemeinen Besten zusammentrat, vorwalteten, waren zur vollständigen Entwickelung gediehen. Nichts hinderte sie mehr die für den Umbau des gesellschaftlichen Gebäudes nothwendigen Bedingungen auszusprechen. Diese Bedingungen boten nach einer so langen Reihe von Siegen kein Hinderniß mehr für den Frieden dar. Die einzige Macht, welche den Beruf hatte Vergütungen für Frankreich in die Wagschale zu legen, England, konnte die Opfer näher angeben, welche sie bereit war für den allgemeinen Frieden zu bringen. Die verbündeten Souveraine durften endlich hoffen: die Erfahrung der letzten Zeit werde ihren Einfluß auf den Eroberer geübt haben, welcher, den Vorwürfen einer großen Nation preisgegeben, zum ersten Male in seiner Hauptstadt Zeuge der Uebel war, die er Frankreich zugezogen hat, diese Erfahrung werde ihn zur Einsicht gebracht haben, daß die Erhaltung der Throne vor allem an Mäßigung und Gerechtigkeit geknüpft ist. Da jedoch die verbündeten Souveraine überzeugt waren, daß der von ihnen gemachte Versuch den Lauf ihrer kriegerischen Unternehmungen nicht hindern dürfe, so verständigten sie sich darüber, dieselben während der Unterhandlung fortzusetzen. Die Geschichte der Vergangenheit und traurige Erinnerungen hatten ihnen die Nothwendigkeit einer solchen Handlungsweise gezeigt. Ihre Bevollmächtigten kamen mit denjenigen der französischen Regierung zusammen.

Bald schritten die siegreichen Heere bis zu den Thoren der Hauptstadt vor. Die Regierung dachte in diesem Augenblicke nur daran Paris vor feindlicher Besetzung zu retten. Der Bevollmächtigte Frankreichs erhielt den Befehl einen Waffenstillstand vorzuschlagen, dessen Grundlagen dem entsprachen, was die verbündeten Höfe selbst als nothwendig für die Wiederherstellung des allgemeinen Friedens erachtet hatten. Er bot die unverzügliche Uebergabe der Festungen in denjenigen Ländern an, welche Frankreich abzutreten habe, alles unter der Bedingung, daß die kriegerischen Unternehmungen eingestellt würden.

Da die verbündeten Höfe durch zwanzigjährige Erfahrung belehrt waren, daß bei Unterhandlungen mit dem französischen Cabinete der Schein von der wirklichen Absicht sorgfältig zu unterscheiden sei, so machten sie statt dieses Vorschlags den: sofort vorläufige Friedensbedingungen zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung hätte Frankreich alle Vortheile eines Waffenstillstandes gewährt, ohne die Verbündeten den Gefahren eines solchen auszusetzen. Kaum hatten jedoch einige unvollständige Erfolge die ersten Schritte jenes Heeres bezeichnet, das man unter den Mauern von Paris gebildet hat, aus dem Kerne der jetzigen Bevölkerung, der letzten Hoffnung der Nation und den Trümmern einer Million von Tapfern, welche auf Schlachtfeldern umgekommen, oder auf den Heerstraßen von Lissabon bis Moskau hingesunken und für Frankreich fremde Interessen hingeopfert waren, so nahmen die Unterhandlungen von Chatillon sofort einen anderen Charakter an. Der Bevollmächtigte Frankreichs blieb ohne Verhaltungsbefehle, und war außer Stande auf die Vorschläge der verbündeten Höfe eine Antwort zu geben. Diese beauftragten ihre Bevollmächtigten den Entwurf einer Friedensgrundlage zu überreichen, welche alles enthielt, was sie für die Wiederherstellung des politischen Gleichgewichts für nothwendig erachteten, einer Friedensgrundlage, welche wenige Tage vorher von der französischen Regierung selbst angeboten worden war, freilich in einem Augenblicke, wo sie ohne Zweifel ihr Bestehen gefährdet glaubte. Dieser Entwurf enthielt die für die Neugestaltung Europa's nothwendigen Grundsätze.

Frankreich, auf Gebietsverhältnisse zurückgeführt, welche ihm unter der

Herrschaft seiner Könige Jahrhunderte des Ruhmes und Glückes gesichert hatten, sollte mit Europa die Wohlthaten seiner Freiheit, der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens theilen. Von seiner Regierung hing es ab durch ein einziges Wort den Leiden der Nation ein Ziel zu setzen, ihr mit dem Frieden ihre Colonien, ihren Handel und freie Ausübung ihres Gewerbfleißes wiederzugeben. Wollte sie dies noch? Die Mächte waren erbötig über ihre Wünsche hinsichtlich eines für beide Theile vortheilhaften Besitzstandes, der Frankreichs Gebietsgröße vor den Revolutionskriegen überschritten haben würde, in einem versöhnlichen Geiste zu verhandeln.

Vierzehn Tage verflossen, ohne daß die französische Regierung eine Antwort ertheilt hätte. Die Bevollmächtigten der Verbündeten stellten nun eine unabänderliche Frist für die Annahme oder Zurückweisung der Friedensbedingungen. Man verstattete dem französischen Bevollmächtigten einen Gegenvorschlag einzureichen, wofern dieser nur dem Geiste und Wesen der von den verbündeten Höfen vorgeschlagenen Bedingungen entspräche. In gemeinschaftlicher Uebereinkunft wurde der 10. März als Endfrist bestimmt. Der französische Bevollmächtigte überreichte nach Ablauf dieser Frist aber Schriftstücke, deren Erörterung, weit entfernt daß man dem Ziele dadurch näher gekommen wäre, die unfruchtbaren Unterhandlungen verlängert hätte. Eine neue Frist von wenigen Tagen ward auf Verlangen des französischen Bevollmächtigten bewilligt. Endlich am 15. März übergab derselbe einen Gegenvorschlag, welcher keinen Zweifel mehr darüber zuließ, daß Frankreichs Unglück die Ansichten seiner Regierung noch nicht verändert habe. Auf ihre früheren Vorschläge zurückkommend, verlangte die französische Regierung in einem neuen Entwurfe, daß dem französischen Wesen fremde Völker, Völker, welche Jahrhunderte der Oberherrschaft nicht mit der französischen Nation verschmelzen würden, in Zukunft mit ihr vereinigt bleiben sollten. Frankreich sollte eine Ausdehnung behalten, welche mit der Herstellung eines Systemes des Gleichgewichts unverträglich und außer allem Verhältnisse mit den anderen großen Staatskörpern Europa's wäre. Es sollte die Stellungen und Angriffspunkte behalten, vermittelst deren seine Regierung zum Unglücke Europas und Frankreichs den Sturz so vieler Throne herbeigeführt und so viele Umwälzungen bewirkt hat. Glieder der in Frankreich regierenden Familie sollten fremde Throne wieder einnehmen; die französische Regierung endlich, diese Regierung, welche seit so vielen Jahren ebenso sehr durch Zwietracht, als durch Waffengewalt in Europa zu herrschen bestrebt war, sollte Schiedsrichter bleiben über die inneren Angelegenheiten und über das Schicksal der europäischen Mächte.

Wenn die verbündeten Höfe unter solchen Aussichten die Unterhandlung fortgesetzt hätten, so würden sie gegen alles verstoßen haben, was sie sich selbst schuldig sind. Von diesem Augenblicke an würden sie dem ruhmvollen Ziele entsagt haben, welches sie sich stellten, ihre Anstrengungen würden nur zum Nachtheile ihrer Völker ausgeschlagen sein. Wenn sie einen Vertrag auf den Grundlagen des französischen Gegenentwurfs unterzeichnet hätten, so würden die Mächte ihrem gemeinsamen Feinde die Waffen in die Hand gegeben haben. Sie hätten die Erwartung der Nationen und das Zutrauen ihrer Verbündeten getäuscht.

In einem für das Heil der Welt so entscheidenden Augenblicke erneuern die verbündeten Souveraine die feierliche Versicherung, daß sie die Waffen nicht niederlegen werden bevor sie den großen Zweck ihres Bundes erreicht haben. Frankreich hat wegen der Uebel, an denen es leidet, sich nur an seine Regierung zu halten. Der Friede allein kann die Wunden schließen, welche eine in den Jahrbüchern der Welt beispiellose Sucht, alles beherrschen zu wollen, derselben geschlagen hat. Dieser Friede muß ein europäischer

sein, jeder andere ist unzulässig. Es ist endlich Zeit, daß die Fürsten frei von fremdem Einflusse über das Wohl ihrer Völker wachen können, daß die Nationen ihre gegenseitige Unabhängigkeit achten, daß die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr täglich Umwälzungen zu fürchten haben, daß der Handel frei und das Eigenthum sicher sei.

Ganz Europa hat nur einen Wunsch, nämlich an diesen Wohlthaten des Friedens auch Frankreich theilnehmen zu lassen, dessen Zerstückelung die verbündeten Mächte weder wünschen, noch wollen, noch dulden werden. Die Grundsätze, für welche sie kämpfen, verbürgen die Heiligkeit ihrer Versprechungen. Aber woraus können die Souveraine entnehmen, daß Frankreich diese, für das Glück der Welt nothwendigen Grundsätze ebenfalls befolgen wolle, so lange sie wahrnehmen, daß derselbe Ehrgeiz, welcher Europa mit so vielen Uebeln überschwemmt hat, noch immer die einzige Triebfeder der Regierung ist, daß sie französisches Blut verschwenderisch in Strömen vergießt und das allgemeine Beste stets ihrem persönlichen Vortheile opfert? Wo wäre unter solchen Umständen eine Bürgschaft für die Zukunft, wenn ein solches zerstörendes System keine Grenzen in dem allgemeinen Willen der Nation fände? Von dem Augenblicke an, wo dies stattfindet, ist Europa's Friede gesichert, und nichts vermag ihn künftig zu stören." [1]

Der Friede war näher, als die Verfasser dieser Denkschrift ahnten, denn sechs Tage nach Veröffentlichung derselben zogen die Verbündeten siegreich in Frankreichs Hauptstadt ein.

---

[1]) De Martens, I, 688.

Achtzehnter Abschnitt.

Napoleon kämpft unglücklich mit dem schlesischen Heere bei Laon und unentschieden mit dem Hauptheere bei Arcis sur Aube. Sein Versuch die Verbündeten durch Bedrohung ihrer Verbindungslinie vom Marsche nach Paris abzuhalten, mißlingt und führt zur Einnahme der Hauptstadt. Talleyrand bewirkt, daß die Staatskörperschaften sich gegen Napoleon erklären, und der Senat dessen Thronentsetzung ausspricht. Ein Theil des französischen Heeres erkennt diese an. Caulaincourt bemüht sich vergeblich für das Thronfolgerecht des Königs von Rom. Napoleon entsagt zu Gunsten seines Sohnes, will, da die Verbündeten hierauf nicht eingehen, wieder zu den Waffen greifen, wird aber hieran durch seine Marschälle gehindert, und entsagt unbedingt. Es wird ihm der Kaisertitel, die Souverainetät über die Insel Elba und anderes zugestanden.

Wie die von Napoleon im Februar über die Verbündeten davongetragenen Siege bewirkt hatten, daß er die dem Herzoge von Vicenza ertheilte Vollmacht zu Abschließung des Friedens widerrief und ihn anwies die Unterhandlungen, welche von den Verbündeten eben jener Siege wegen wieder angeknüpft worden waren, in die Länge zu ziehen: so bewirkte die vorsichtigere und glücklichere Kriegführung der Verbündeten im März, daß ihre Bevollmächtigten bei den aufgestellten Friedensbedingungen beharrten, und die Verhandlungen abbrachen, als sich zweifellos ergab, daß ein Friede, wie sie ihn wünschten, nur durch Waffengewalt zu erzwingen sei. Aus der Kriegsgeschichte des Monat März erhellt aber, wie tollkühn und verblendet Napoleon handelte, indem er Caulaincourt's Rath, die Friedensbedingungen der Verbündeten anzunehmen, nicht befolgte, sondern die Entscheidung der Waffen, obschon die Verbündeten ihm an Streitkräften so bedeutend überlegen waren, vorzog. Glänzend hatte er zwar im Februar seine Meisterschaft als Feldherr bewährt. Allein

in seiner Leidenschaftlichkeit übersah er, daß es durchaus unwahrscheinlich sei: die Verbündeten würden ungewarnt durch das selbst verschuldete Unglück, ihm wieder Gelegenheit geben ihre vereinzelten Heeresabtheilungen zu überfallen und zu schlagen. Er übersah, daß in den Heeren seiner Gegner, und besonders in dem preußischen, eine Hingebung und Begeisterung herrschte, wodurch sie ungeachtet mangelhafter Führung furchtbarere Gegner wurden, als in früheren Kriegen; daß sie ebendeshalb Unfälle standhaft ertrugen, welche sonst zu ihrem Verderben geführt haben würden, und daß Siegeszuversicht sie jetzt unternehmender machte, als er sie früher gekannt hatte.

Um den von Schwarzenberg beabsichtigten ferneren Rückzug zu verhindern, hatte Blücher von neuem, doch mit größerer Vorsicht seinen Marsch nach Paris angetreten. Da die Marschälle Mortier und Marmont ihm in der Besetzung von Meaux zuvorgekommen waren, und er die Nachricht erhielt, daß Napoleon, auf weitere Angriffe gegen das Hauptheer unter Schwarzenberg verzichtend, sich gegen ihn selbst wende, um ihn zwischen zwei Feuer zu bringen, so zog er sich in der Richtung nach Soissons zurück. Indessen wäre er dennoch wohl in eine bedenkliche Lage gerathen, weil einerseits die Marschälle Mortier und Marmont gegen sein zurückgehendes Heer wieder zum Angriffe übergingen, andererseits Napoleon selbst alles aufbot, um ihm den Rückzug über die Aisne abzuschneiden, wenn nicht die zu sehr gelegener Zeit erfolgende Einnahme von Soissons durch die zu seiner Verstärkung heranziehende Heeresabtheilung unter Bülow und Winzingerode ihm den Uebergang über jenen Fluß gesichert, und ihn in den Stand gesetzt hätte, sich auch mit den übrigen früher zum Nordheere gehörenden Streitkräften, welche Kaiser Alexander unter seinen Befehl gestellt hatte, zu vereinigen. Er war nun stark genug, um dem Kaiser der Franzosen die Spitze zu bieten. Dem blutigen Treffen von Craonne am 7. März, durch welches Napoleon den Heerestheil unter dem russischen Generale Woronzow nach heldenmüthigem Widerstande zum Rückzuge nöthigte, weil die demselben von Blücher zugesendeten Verstärkungen, den rechten Weg verfehlend, nicht zeitig genug auf dem Schlachtfelde erscheinen konnten, folgte am 9. und 10. März die Schlacht bei Laon, in welcher Blücher selbst mit seinem ganzen Heere dem Kaiser der Franzosen gegenüberstand. Wie sehr derselbe an Feldherrngröße seine Gegner überragte, und daß diese im Bewußtsein dessen gegen ihn nicht so zu verfahren wagten, wie sie es jedem anderen Feinde

gegenüber gethan haben würden, davon liefert auch die Schlacht von Laon einen schlagenden Beweis. Denn mit einem Heere, welches nicht nur um die Hälfte an Zahl schwächer war, als das der Verbündeten, sondern auch an kriegerischer Tüchtigkeit dem letzteren bedeutend nachstand, setzte Napoleon zwei Tage lang seine Angriffe auf dessen feste Stellung fort, und erst nachdem der Marschall Marmont, der den rechten Flügel des französischen Heeres befehligte, durch einen gelungenen Ueberfall 45 Kanonen und 2000 Gefangene verloren hatte, und er selbst durch wiederholte Angriffe auf Laon die Verbündeten von der Verfolgung Marmont's abgezogen hatte, trat er in der Nacht seinen Rückzug an, welcher von den Verbündeten gegen alle Kriegsregeln so wenig beunruhigt, oder auch nur beobachtet wurde, daß sie nicht einmal dessen Richtung kannten. In der Schlacht selbst hatten sie nur die größere Hälfte ihres Heeres ins Gefecht gebracht, während eine vollständige und zweckmäßige Benutzung des ganzen Heeres den abgeschlagenen Angriff in eine entscheidende Niederlage Napoleon's verwandelt haben würde. Nichtsdestoweniger hatte der Kaiser der Franzosen einen empfindlichen Verlust an Mannschaft und Kriegsmaterial erlitten, welcher die schon vorhandene Ueberlegenheit der Verbündeten noch bedeutend steigerte. Bei ihnen genügte zur Sicherung ihres schließlichen Triumphs ein erfolgreicher Widerstand, während Napoleon zur Rettung seiner verzweifelten Sache entscheidender Siege bedurfte. Die strategische Benutzung des Sieges bei Laon unterblieb, weil bei der plötzlichen Erkrankung Blücher's der Chef seines Generalstabes, Gneisenau, die Verantwortlichkeit für die Ausführung der vom Feldmarschall um Mitternacht nur im allgemeinen befohlenen Verfolgung nicht übernehmen wollte. Er bezweifelte nämlich, daß die Blücher untergeordneten russischen Generale auch seinen Befehlen gehorchen würden, wenn er aufhörte blos das Organ des Oberbefehlshabers zu sein, vielmehr wegen dessen Erkrankung selbständige Anordnungen träfe. Wie nach der Schlacht bei La Rothière entging Napoleon bei Laon dem bereits nahen Verderben durch die Unentschlossenheit seiner Gegner, ja er erhielt dadurch sogar Gelegenheit sich zu rächen, indem er am 13. März einen russischen Heerestheil unter dem Grafen St.-Priest, welcher Rheims besetzt hatte, zum verlustvollen Rückzuge zwang.

Fürst Schwarzenberg hatte auf die Nachricht von Blücher's Siege bei Laon sich kaum entschlossen die Unthätigkeit, in welcher er wieder beinahe vierzehn Tage lang geblieben war, mit einem angriffsweisen

Vorgehen zu vertauschen, als ihn die Kunde von St. Priest's Niederlage wieder mit Besorgniß und Unentschlossenheit erfüllte. Statt dem ihm gegenüberstehenden schwachen Heerestheile unter Macdonald eine Niederlage zu bereiten, wie sie bei dessen ungenügenden Streitkräften und einem entschlossenen Angriffe unvermeidlich gewesen wäre, blieb er zwischen Brienne, Lesmont und Arcis stehen, und wollte nicht eher etwas unternehmen, als bis er die Richtung, nach welcher Napoleon sich gewendet hatte, erfahren haben würde. Bei aller dieser Bedächtigkeit ließ er jedoch seine Truppen unvorsichtiger Weise in weit auseinanderliegenden Einlagerungen vertheilt, und es hätte dies abermals die übelsten Folgen nach sich ziehen können, wenn nicht der Kaiser von Rußland darauf gedrungen hätte, daß das Heer unverzüglich zusammengezogen, und in den Stand gesetzt wurde einem etwaigen Angriffe zu begegnen. Napoleon zögerte auch mit einem solchen nicht. Nachdem er drei Tage lang in der Gegend von Rheims verweilt hatte, um sein ermattetes Heer, zu welchem hier eine Verstärkung von 10,000 Mann stieß, etwas ausruhen zu lassen, und die Erhebung des Volks zu organisiren, die jetzt erst bei der von den Kriegsdrangsalen hart betroffenen Bevölkerung des Kriegsschauplatzes Anklang fand, trat er am 17. März seinen Marsch gegen das Hauptheer der Verbündeten an. Am 20. März stieß er bei Arcis sur Aube mit demselben zusammen. Der Kampf, welcher nur zwischen einzelnen Abtheilungen beider Heere entbrannte, war heiß und unentschieden. Napoleon setzte sich persönlich so großen Gefahren aus, daß man glaubte, er suche, an seinem Glücke verzweifelnd, den Tod auf dem Schlachtfelde.

Am folgenden Tage standen beide Heere, als ob jedes den Angriff des anderen erwarte, einander gegenüber. Als man aber französischerseits bei weiterem Vorrücken das durch die Bodenbeschaffenheit bisher größtentheils verborgene 90,000 Mann starke Heer der Verbündeten plötzlich in der Ebene vor sich erblickte, und damit die bisher gehegte Hoffnung verschwand einen abgesonderten Theil desselben zu schlagen, da befahl Napoleon seinen nur 50,000 Mann zählenden Truppen den Rückzug anzutreten.

Sein Abmarsch löste den Zwiespalt im Kriegsrathe der Verbündeten, wo Schwarzenberg und seine Anhänger statt für die Schlacht, für den Rückzug gestimmt hatten: ein Gutachten, welches der mit Widerstreben gefaßte, aber von der Klugheit gebotene Entschluß des kampflustigen Kaisers der Franzosen allerdings in einem sehr

ungünstigen Lichte erscheinen ließ. Da Letzterer sich durch die Schlachten bei Laon und Arcis überzeugt hatte, daß er nicht einmal stark genug sei Blücher's oder Schwarzenberg's Heer einzeln zu schlagen, so durfte er um so weniger daran denken, den vereint auf Paris losgehenden Heeren den Weg dahin mit Erfolg streitig zu machen. Hierzu kam noch die Kunde, daß Bordeaux am 12. März sich an das englische Heer unter Wellington ergeben und für die Bourbons erklärt habe. Es stand ihm also nur die Wahl frei: entweder mit allen seinen Truppen sofort nach Paris sich zurückzuziehen, um im äußersten Falle dort in den Straßen die Verbündeten zu bekämpfen, oder den Versuch zu machen, die Feinde dadurch, daß er ihre Verbindung mit Deutschland abzuschneiden drohe, von Paris ab und sich nachzuziehen. Im ersteren Falle konnte er seine verzweifelte Lage nicht länger vor dem französischen Volke verheimlichen, und mußte fürchten, daß die ihm feindlichen Parteien die Anstrengungen der Verbündeten unterstützen würden, um seinen sofortigen Sturz herbeizuführen. Im letzteren Falle war es möglich nicht nur einstweilen seine Lage noch zu verbergen, sondern sogar einen ihm günstigen Umschwung der Dinge abzuwarten, wenn es ihm gelang die Verbündeten in die Grenzprovinzen zu locken, wo der Aufstand des durch die Leiden des Krieges zur Verzweiflung gebrachten Volkes, von französischen Offizieren geleitet, einen sehr ernsten Charakter anzunehmen begann, und wo die Festungen ihm Stützpunkte, ihre Besatzungen Verstärkung zu gewähren vermochten.

Schwarzenberg's und seines Kriegsraths bisherige Unentschlossenheit und Scheu angriffsweise zu verfahren und nach Paris vorzudringen, sowie seine ängstliche Sorge für die Rückzugslinie schien ein Gelingen des letzteren Planes zu verbürgen. Daß derselbe dennoch mißlang, ist mehr einigen glücklichen Zufällen, als der Einsicht und Entschlossenheit seiner Gegner zuzuschreiben.

Auf die erste Kunde von Napoleon's Unternehmen forderte Kaiser Alexander den Fürsten Schwarzenberg auf: er möge den Bevollmächtigten in Chatillon den Befehl übersenden, die Friedensunterhandlungen wieder anzuknüpfen und den Frieden um jeden Preis zu unterzeichnen, denn er fürchtete die Gefahren eines Volkskrieges. Schwarzenberg aber wagte ohne Genehmigung seines Kaisers nicht einen so wichtigen Schritt zu thun, und dieser war glücklicher Weise nicht in der Nähe, weil er, erschreckt durch die Kunde von der Schlacht bei Bar sur Aube, bereits aufgebrochen war

und sich auf der Flucht nach Dijon befand. Während man im Hauptquartiere also nahe daran war in die von Napoleon gelegte Schlinge zu fallen, gaben einige aufgefangene französische Depeschen völligen Aufschluß über dessen Plan und Frankreichs Lage. Diese Depeschen bestanden zuvörderst in einem Briefe des Kaisers der Franzosen an seine Gemahlin, in welchem er dieser seinen Marsch auf St.-Dizier und seine Absicht sich von Paris zu entfernen und den französischen Grenzfestungen sich zu nähern, um den Verbündeten die Verbindung mit Deutschland abzuschneiden, mittheilte; ferner in einem Schreiben Berthier's an den Marschall Macdonald, welches Letzteren anwies mit seinen Truppen dieser Bewegung des französischen Hauptheeres zu folgen; endlich in einem Berichte des Polizeiministers Savary an Napoleon, worin derselbe die Meinung aussprach, daß, sobald die Verbündeten vor Paris erschienen, eine einflußreiche Partei den Abfall der Hauptstadt bewirken werde. Außerdem traf in dem Hauptquartiere der Verbündeten die Nachricht von der Einnahme Lyons durch das Südheer unter dem Prinzen von Hessen-Homburg ein. Man ermannte sich nun in dem am 23. März zu Pougy abgehaltenen Kriegsrathe zuvörderst zu dem Beschlusse: das Hauptheer solle nach Chalons marschiren und mit dem schlesischen Heere vereint des Feindes Rücken und Seiten bedrohen, sich aber die Verbindung mit den Niederlanden offen erhalten, weil der Marsch des Feindes von Vitry nach St.-Dizier die Verbindungslinie des Hauptheeres gefährde, sodaß man nicht ohne die größten Opfer an den Rhein zurückkommen könne, und weil die Truppen, durch den Rückzug entmuthigt, bei der Feindseligkeit der Landesbevölkerung verderblichem Mangel ausgesetzt sein würden. Der statt dieser halben Maßregel vom General Toll [1]) gemachte Vorschlag, daß die verbündeten Heere sich vereinigen und sofort auf Paris losgehen sollten, war vom Fürsten Schwarzenberg als zu gewagt zurückgewiesen worden. Als jedoch am 24. März gemeldet wurde, daß Blücher mit seinem Heere, auf dem Wege sich mit dem Hauptheere zu vereinigen, schon bei Rheims und Chateau Thierry angekommen sei und bereits Chalons besetzt habe, da erklärte sich Kaiser Alexander für Toll's Vorschlag und überzeugte in einer bei Vitry unter freiem Himmel stattfindenden Unterredung auch den König von Preußen von der Zweckmäßigkeit des Planes

---

[1]) Michailowski Danielewski, II, 87—91, sucht seinem Landsmanne dem Fürsten Wolkonski die Ehre des Vorschlags nach Paris zu marschiren zuzuwenden.

in Geschwindmärschen nach Paris zu eilen und durch Eroberung der Hauptstadt den Krieg zu beendigen. Um Napoleon hierüber zu täuschen und in den Glauben zu versetzen die Verbündeten seien auf seiner Verfolgung begriffen, wurde der General v. Winzingerode mit zahlreicher Reiterei und reitender Artillerie demselben nachgesendet.[1])

So gewagt dieser Entschluß der Verbündeten, ihre nächste Verbindung mit Deutschland aufzugeben und Paris anzugreifen, auch beim ersten Anblicke erschien, so war er doch der einzige, welcher Aussicht auf einen glücklichen Erfolg bot. Denn theils war es Napoleon, der zwei Tagemärsche vor den Verbündeten voraus hatte, bereits gelungen denselben ihre Verbindungen mit dem Rheine abzuschneiden, theils blieb ihnen im schlimmsten Falle der Rückzug nach Lyon, welches ihr Südheer am 21. März besetzt hatte, und also die Verbindung mit der Schweiz offen; endlich aber sprach die höchste Wahrscheinlichkeit dafür, daß Paris weder den Willen, noch die Kraft habe ihren vereinten Heeren einen langen und erfolgreichen Widerstand zu leisten.

Talleyrand, der durch seine politische Vergangenheit großen Einfluß auf die ehemaligen Republikaner im Senate ausübte, währen er durch den Abbé von Montesquiou mit den königlich Gesinnten in Verbindung stand, benutzte seinen vielseitigen Einfluß, um Napoleon's Sturz zu befördern. Seit Jahren verfolgte er geräuschlos dies Ziel mit dem unermüdlichen Eifer, welchen sein Haß gegen den Kaiser ihm einflößte. Schon in der Mitte des Februar war es seinem Boten, dem Baron von Vitrolles, gelungen nach Chatillon zu gelangen. Derselbe forderte die Verbündeten im Namen der inländischen Feinde Napoleon's auf vor den Thoren von Paris zu erscheinen, damit diese hierdurch in den Stand gesetzt würden die Anstrengungen der Verbündeten zu unterstützen. Das Volk, sagte er, sehne sich nach Frieden, an dem es aber verzweifle, so lange Napoleon auf dem Throne bleibe. Die Staatskörperschaften würden ihn dann des Thrones verlustig erklären und seien des Beifalls der Menge sicher. Zwar hatte Herr von Vitrolles die Verbündeten der Wiederherstellung der Bourbons, welche er als Royalist empfahl, abgeneigt gefunden; allein Erstere lernten durch ihn die nun auch von Savary bestätigte Lage der Dinge in Paris

---

[1]) Mémoires d'un homme d'état, XII, 379. Toll's Denkwürdigkeiten, IV, 537.

kennen und durften erwarten, daß mit dessen Einnahme auch Napoleon's Herrschaft zusammenbrechen werde.

Am 25. März traten die verbündeten Heere ihren Marsch nach Paris an. Bei La Fere-Champenoise hatten die Marschälle Mortier und Marmont, welche sich auf dem Wege zu Napoleon befanden, das Unglück auf sie zu stoßen und eine Niederlage zu erleiden. Ein noch schlimmeres Schicksal traf die Generale Pactod und Amey, welche dem Kaiser der Franzosen einen großen Wagenzug mit Kriegsvorräthen aller Art zuführen wollten. Ihre Heeresabtheilung wurde vernichtet. Dieser doppelte Sieg war deshalb so wichtig, weil er die Marschälle Mortier und Marmont, welche die Hälfte ihrer Truppen und 80 Kanonen verloren, außer Stand setzte ihre Stellung vor Paris so lange zu behaupten, bis es Napoleon möglich geworden wäre, wenn auch nur allein zur Vertheidigung seiner Hauptstadt einzutreffen. Seine im letzten Verzweiflungskampfe vor nichts zurückscheuende Thatkraft würde wahrscheinlich den Verbündeten noch in den Straßen von Paris einen harten Kampf bereitet haben.

Nach einigen siegreichen Gefechten kamen die Spitzen der verbündeten Heere am 29. März vor Paris an. Nur etwa 35,000 Mann Linientruppen und Nationalgarden standen den beiden Marschällen zu Gebote, um den Verbündeten den Einzug in Frankreichs Hauptstadt streitig zu machen. Die Kaiserin Marie Luise wartete den Kampf nicht ab, sondern reiste noch an demselben Tage mit ihrem Söhnlein, den Ministern und Großwürdenträgern nach Blois ab. In der vorher in den Tuilerien stattgefundenen Berathung, welcher die Kaiserin als Regentin vorsaß, hatten 19 Stimmen gegen 4 sich dahin erklärt, daß Paris Sitz der Regierung bleiben müsse. Verließe man die Pariser, so würden diese wiederum die Regierung verlassen und letztere verloren sein. Sogar Talleyrand stimmte dafür, weil, wie er später äußerte, die Errichtung einer Regentschaft für den König von Rom in diesem Falle möglich gewesen wäre. Sein eigentlicher Grund aber war wol der, daß er dann, ohne des Abfalls sich verdächtig zu machen, in Paris bleiben und an dem Umsturz der kaiserlichen Herrschaft arbeiten konnte, während wenn er der Kaiserin nicht folgte und Napoleon seine Krone rettete, nur Flucht ihn vor dessen Zorne hätte schützen können. Da Kaiser Franz den Zug nach Paris nicht mitmachte, und seinen Verbündeten freie Hand ließ die Napoleonische Dynastie zu entthronen, so würde übrigens Marie Luisens Gegenwart in Paris die Verbündeten schwerlich an Ausführung dieser Absicht gehindert haben.

Der Kriegsminister General Clarke dagegen behauptete, ein jeder andere Ort könne der kaiserlichen Gewalt als Mittelpunkt dienen, und man dürfe nicht so schnell an der Rettung des Staates verzweifeln; er spreche damit auch den Willen des Kaisers aus. Joseph Buonaparte machte hierauf der Meinungsverschiedenheit ein Ende, indem er einen Brief, welchen sein kaiserlicher Bruder ihm am 16. März aus Rheims geschrieben hatte, vorzeigte. Es hieß darin:

„Wenn der Feind mit solchen Streitkräften auf Paris losgeht, daß jeder Widerstand unmöglich wird, so sorgen Sie für die Entfernung der Regentin, meines Sohnes, der Großwürdenträger, Minister, Senatsbeamten, Präsidenten des Staatsrathes, Großoffiziere der Krone, des Barons de la Brullerie und des Schatzes in der Richtung der Loire. Verlassen Sie meinen Sohn nicht, und sein Sie eingedenk, daß ich es vorziehen würde ihn in der Seine, als in den Händen der Feinde Frankreichs zu wissen. Das Loos des Astyanax als Gefangener der Griechen ist mir stets das traurigste erschienen, welches die Geschichte kennt.“

Talleyrand selbst verließ Paris nicht. Er bestieg zwar den Reisewagen, ließ sich aber absichtlich am Thore wegen mangelnden Passes zurückweisen. Er äußerte salbungsvoll, man müsse den gesetzlichen Vorschriften gehorchen, und kehrte vergnügt in seine Wohnung zurück, welche der Herd für die den Thron Napoleon's verzehrende Flamme werden sollte.

Der entthronte König Joseph, von seinem kaiserlichen Bruder zum Befehlshaber der pariser Nationalgarde ernannt, suchte, indem er die verbündeten Heere für einen plünderungssüchtigen Parteigängerhaufen ausgab, die Bevölkerung von Paris zur Vertheidigung der Stadt anzufeuern. Der Aufruf lautete:

„Bürger von Paris! Eine feindliche Heersäule ist auf Meaux losgegangen und rückt auf der nach Deutschland führenden Straße gegen uns vor, aber der Kaiser, an der Spitze eines siegreichen Heeres, ist ihr auf den Fersen. Der Regentschaftsrath hat für die Sicherheit der Kaiserin und des Königs von Rom gesorgt. Ich bleibe bei euch. Bewaffnen wir uns zur Vertheidigung dieser Stadt, ihrer Denkmäler und Reichthümer, unserer Frauen und Kinder, und alles dessen, was uns theuer ist! Auf einige Augenblicke werde diese große Stadt ein Lager, und der Feind finde seine Schande unter ihren Mauern, welche er triumphirend zu übersteigen hofft. Der Kaiser ist auf dem Marsche zu unserer Hülfe. Laßt uns ihn durch einen kurzen und lebhaften Widerstand unterstützen, und die französische Ehre aufrechterhalten!“

Diesem Aufrufe setzte Fürst Schwarzenberg folgende Ansprache an die Pariser entgegen, welche er ihnen auf geheimen Wegen zukommen ließ:

„Einwohner von Paris! Die verbündeten Heere stehen vor Paris. Der Zweck ihres Marsches gegen Frankreichs Hauptstadt ist auf die Hoffnung einer aufrichtigen und dauerhaften Aussöhnung mit ihr gegründet. Seit zwanzig Jahren wird Europa mit Blut und Thränen überschwemmt. Unnütz blieben die Versuche so vielem Unheile ein Ziel zu setzen, weil eben in der Regierungsgewalt, welche euch unterdrückt, das unübersteigliche Hinderniß des Friedens liegt. Welcher Franzose ist nicht von dieser Wahrheit überzeugt? Die verbündeten Souveraine suchen aufrichtig in Frankreich eine wohlthätige Macht, welche mit ihnen die Vereinigung aller Völker und Regierungen sichern könne. Der Stadt Paris kommt es unter den gegenwärtigen Umständen zu den Frieden der Welt zu beschleunigen. Ihre Entscheidung wird mit der Theilnahme erwartet, welche ein Erfolg von so unermeßlicher Wichtigkeit einflößen muß. Sie möge sich aussprechen, und von diesem Augenblicke an wird das Heer vor ihren Mauern die Stütze ihrer Beschlüsse sein.

Pariser! Ihr kennt die Lage eueres Vaterlandes, das Benehmen von Bordeaux, unser freundschaftliches Verfahren mit Lyon, die auf Frankreich lastenden Uebel und die wahre Gesinnung euerer Mitbürger. Ihr werdet in diesen Beispielen das Ende des auswärtigen Krieges wie der bürgerlichen Zwietracht finden. In nichts anderem würdet ihr es zu suchen wissen. Die Erhaltung und Ruhe Euerer Stadt werden der Gegenstand der Sorgen und Maßregeln sein, welche die Verbündeten sich erbieten im Vereine mit den Behörden und solchen Bürgern zu ergreifen, die der größten öffentlichen Achtung genießen. Keine Kriegseinquartierung soll auf euerer Hauptstadt lasten. Mit solchen Gesinnungen wendet sich das bewaffnete Europa vor eueren Mauern an euch. Beeilet euch dem Vertrauen zu entsprechen, welches es in euere Vaterlandsliebe und euere Weisheit setzt." [1])

Doch nur der Sieg, nicht Ueberredung sollte den Verbündeten die Thore von Paris öffnen. Die Marschälle Marmont und Mortier vertheidigten tapfer in gutgewählter Stellung die Zugänge zu der Hauptstadt des Landes, und die Verbündeten waren am 30. März genöthigt sie mit einem Verluste, welcher den ihrer Gegner um mehr als die Hälfte überstieg, aus ihren festen Stellungen zu vertreiben. Marschall Marmont, einsehend, daß längerer Widerstand vergeblich sei, und nur großes Unglück für Paris herbeiführen würde, schloß behufs der Unterhandlung wegen der Uebergabe einen Waffenstillstand ab, und räumte die von ihm vertheidigte Anhöhe von Belleville. Während Marmont, dem sich auch Mortier anschloß, über die Bedingungen der Uebergabe unterhandelte, ließ Blücher durch einen Theil des schlesischen Heeres, da er von dem verabredeten Waffenstillstande noch nicht unterrichtet war, die Anhöhe des Montmartre erstürmen und mit 80 Kanonen besetzen. Ist auch das verursachte unnöthige Blutvergießen zu beklagen, so wird doch hierdurch die von Napoleon aufgestellte

---

[1]) Koch-Schöll, Histoire des traités de paix, X, 421.

Behauptung, die Uebergabe von Paris sei nicht erzwungen, sondern durch Verrath herbeigeführt worden, schlagend widerlegt: eine Behauptung, deren Ungrund er übrigens später selbst zugestand.

Auch in formeller Hinsicht trifft Marmont nicht der geringste Vorwurf. Denn als der zum Obercommandanten von Paris ernannte König Joseph des schlesischen Heeres ansichtig wurde, ermächtigte er Marmont den von Napoleon schon früher erhaltenen Verhaltungsbefehlen gemäß, wegen der Uebergabe von Paris zu unterhandeln, während er selbst sich beeilte der Kaiserin nach Blois zu folgen. Vergeblich holte der von Napoleon mit neuen Verhaltungsbefehlen nach Paris abgesendete General Dejean ihn noch im boulogner Gehölze ein, ihn beschwörend umzukehren und Paris auf das äußerste zu vertheidigen, weil der Kaiser zum Ersatz herbeieile.

„Er kommt zu spät", rief Joseph. „Die Marschälle haben bereits Vollmacht zu unterhandeln. Reden Sie mit Marmont und Mortier. Vielleicht wissen diese noch Zeit zu gewinnen." Mit diesen Worten springt er wieder in seinen Wagen und eilt davon.

Da dieses Benehmen mit seinem Aufrufe an die Pariser in gar zu lächerlichem Gegensatze stand, so konnten diese trotz ihrer bedenklichen Lage der Versuchung nicht widerstehen sich durch folgende Spottverse über ihn lustig zu machen:

«Le grand roi Josephe pâle et blême
Pour nous sauver reste avec nous.
Croyez, s'il nous sauve pas tous,
Qu'il sauvera bien lui-même.»

Am 31. März früh um 2 Uhr wurde der Vertrag wegen der Uebergabe von Paris unterzeichnet. In Folge dessen verließen die Marschälle Marmont und Mortier morgens um 7 Uhr mit ihren Truppen die Stadt. Sie nahmen alles ihnen Gehörige mit sich. Die Zeughäuser, Magazine und sonstigen öffentlichen Anstalten verblieben in ihrem damaligen Zustande. Die Entwaffnung der Nationalgarde, Gensdarmerie und Municipalgarde wurde dem Ermessen der Verbündeten anheimgestellt, Paris ihrer Großmuth empfohlen, und ausbedungen, daß vor 9 Uhr morgens die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen sollten.[1])

Um 11 Uhr Vormittags zogen der Kaiser von Rußland und der König von Preußen an der Spitze von 36000 Mann ihrer Truppen

---

[1]) De Martens, I, 693.

in Paris ein. Die nun von ihrer Angst befreite Bevölkerung jubelte ihnen zu, auch ließen sich Rufe für die Bourbons hören, doch betrug die Zahl derjenigen, welche auf diese Weise ihre Anhänglichkeit für sie kund thaten, nur etwa 12 — 1500 Menschen, obschon die bourbonische Partei, an deren Spitze Männer wie Rohan, Larochefoucauld, Montmorency, Chateaubriand und Noailles standen, alles aufbot ihre Anhänger zu vermehren. So erschienen z. B. auch vornehme Royalistinnen, unter anderen eine Prinzessin Leon, Gräfin Choiseul, Vicomtesse Chateaubriand, auf dem Platze Ludwig XV., vertheilten an demselben Platze, wo dessen Enkel und Nachfolger sein Leben unter der Guillotine geendet hatte, bourbonische Abzeichen und forderten die Menge auf ihre Wünsche für die Bourbonen laut und öffentlich auszusprechen. So verhältnißmäßig klein aber demungeachtet derjenige Theil der Bevölkerung war, welcher den Bourbonen ein Lebehoch ausbrachte, so übertäubte er doch völlig die hier und da zu Gunsten Napoleon's stattfindenden Kundgebungen. Die royalistischen Rufe erschienen als der Ausdruck der bei weitem vorherrschenden öffentlichen Meinung in Paris, und man trat demselben um so weniger entgegen, als man die, seit der Schlacht bei La Rothière von den verbündeten Truppen als gemeinschaftliches Erkennungszeichen am linken Arme getragene weiße Binde für ein bourbonisches Abzeichen hielt.

Talleyrand wußte es zu bewirken, daß sein Haus vom Kaiser von Rußland als Wohnung gewählt wurde, da die verbündeten Monarchen, um die Gefühle der Franzosen zu schonen, die Paläste ihrer Herrscher nicht als Aufenthaltsort benutzen wollten. Zu der sofort von jenen veranstalteten Berathung wurden Talleyrand, sein Vertrauter der Baron Louis, und der Abbé de Pradt hinzugezogen. Derselben wohnten außer den beiden verbündeten Monarchen die Fürsten Schwarzenberg und Liechtenstein und die Grafen Pozzo di Borgo und Nesselrode bei. Letzterer hatte bereits einige Stunden zuvor mit Talleyrand eine diese Berathung vorbereitende Besprechung gehabt. Kaiser Alexander, dessen schon früher mächtiger Einfluß nun, wo der von ihm durchgesetzte Zug nach Paris so glänzend gelungen war, die Versammlung beherrschte, stellte derselben vor, daß man einen dreifachen Weg einschlagen könne, indem man entweder:

1) mit Napoleon unter den erforderlichen Sicherheitsbestimmungen Frieden schließe, oder
2) eine Regentschaft für dessen Sohn einsetze, oder endlich

3) das Haus Bourbon wieder den französischen Thron besteigen lasse.

Als die diesfallsige Erörterung begann, bemühte sich Talleyrand, welcher sich zuvor überzeugt hatte, daß nur die zuletzt erwähnte Maßregel sichere Aussicht des Gelingens biete, ausführlich darzuthun, daß sie allein zweckmäßig sei und den Wünschen der Franzosen entspreche. Man gab jenes zu, bezweifelte aber dieses, und wies dabei hauptsächlich auf die Anhänglichkeit des französischen Heeres an Napoleon hin, welches sich jener Maßregel widersetzen würde. Talleyrand bestritt dies, und bezeichnete als bestes Mittel Napoleon's Entthronung zu bewirken: die zu fassenden Beschlüsse der höchsten Staatsbehörden und vorzüglich des Senats, welchen er zu einem solchen Ausspruche zu bewegen sich anheischig machte. Kaiser Alexander nahm nun das Wort und erklärte, daß er und seine Verbündeten nicht Frankreich, sondern nur Napoleon und jeden Feind der französischen Freiheit bekämpften. Den Franzosen stehe es völlig frei ihre Regierung zu bestimmen, und ihr in dieser Beziehung ausgesprochener Wunsch werde durch die verbündeten Mächte zur Geltung gebracht werden. Da aber Talleyrand und seine Freunde sämmtlich ihre Anhänglichkeit an das alte Königshaus betheuerten, und dabei beharrten, daß die Mehrzahl des französischen Volks ihre Gesinnung für dasselbe theile, so erließ Alexander im Namen seiner Verbündeten folgende Erklärung:

„Die Heere der verbündeten Mächte haben Paris, die Hauptstadt Frankreichs, besetzt. Die verbündeten Souveraine schenken der Stimme des französischen Volkes Gehör. Sie erklären, daß wenn die Friedensbedingungen bestimmt waren die stärksten Bürgschaften zu erhalten, als es sich darum handelte den Ehrgeiz Buonaparte's zu fesseln, sie nun günstiger sein sollen, da in der Rückkehr zu einer weisen Regierung Frankreich selbst die Gewähr dieser Ruhe darbietet. Die verbündeten Souveraine verkünden in Gemäßheit dessen, daß sie weder mit Napoleon Buonaparte, noch mit irgend einem Gliede seiner Familie unterhandeln werden, daß sie das alte Frankreich, wie es unter seinen alten Königen bestanden hat, für unverletzlich achten. Sie können sogar mehr thun, weil sie sich stets zu dem Grundsatze bekennen, daß Frankreich für Europa's Glück groß und stark sein müsse. Sie verkünden ferner, daß sie die Verfassung, welche das Volk sich geben wird, anerkennen und gewährleisten wollen. Sie veranlassen daher den Senat eine einstweilige Regierung einzusetzen, welche für die Bedürfnisse sorgen

und eine Verfassung, wie sie dem französischen Volke genehm ist, vorbereiten kann. Die Absichten, welche ich hiermit ausdrücke, theile ich mit allen verbündeten Mächten."[1])

Talleyrand bewährte auch bei dieser Gelegenheit, wie richtig sein staatsmännischer Charakter geschildert worden war, indem man ihn als denjenigen Mann bezeichnete, welcher vollendete Thatsachen am besten zu benutzen verstehe, und sie am wenigsten nach seinem Willen zu lenken strebe. Sobald er erkannt hatte, daß sein Lieblingsplan, an der Regentschaft für den unmündigen Sohn Napoleon's theilzunehmen, um so schwerer zu verwirklichen sei, als er des abwesenden vielvermögenden Fouché's und Metternich's Beistand hierzu entbehrte, die Wiederherstellung der Bourbonen aber von den Verbündeten, namentlich von England, als das beste Auskunftsmittel betrachtet werde den Franzosen eine neue Regierung zu geben, so machte er aus der Noth eine Tugend, und bot alles auf um durch seinen Eifer für das alte Königshaus sich demselben angenehm und nothwendig zu machen. Es schien auch als ob seine Landsleute in weit überwiegender Mehrheit seine Gesinnung theilten, denn kaum war Alexander's Erklärung bekannt geworden, als auch fast das ganze französische Volk die Wiederherstellung der Bourbons, an welche kurz zuvor niemand gedacht hatte, als eine erwünschte unbestreitbare Thatsache betrachtete. Die Adler und die dreifarbigen Fahnen des Kaiserreichs verschwanden, und des alten Königshauses Lilien und weiße Fahnen traten an ihre Stelle; ja ein Volkshaufe, das blinde Werkzeug unsichtbarer Lenker, hatte, nachdem von den verbündeten Herrschern kaum eine Heerschau über die sie begleitenden Truppen abgehalten worden war, es versucht das eherne Standbild Napoleon's von der auf dem Vendômeplatze seinen Siegen errichteten Gedächtnißsäule herabzustürzen. Da dies nicht gelang, so beschimpfte er das Bild des vor kurzem noch so gefürchteten und so oft mit begeisterten Zurufen begrüßten Kaisers.

Der berauschende Becher befriedigter Nationaleitelkeit, welchen Napoleon zu eigener Verherrlichung dem französischen Volke gereicht hatte, war von diesem geleert worden, und als Hefe nur das Nationalelend zurückgeblieben, wegen dessen nun die nüchtern gewordene Menge ihm fluchte. Wie gleichgültig den Behörden Napoleon's Dynastie sei, hatte schon Malet's abenteuerlicher, fast gelungener Plan bewiesen. Jeder beeilte sich den Trägern der Re-

---

[1]) Capefigue, XX, 227.

gierungsgewalt zu huldigen, um für seine Bereitwilligkeit goldene Früchte zu ernten. Es sollte kein Jahr verfließen, so bewiesen unwiderlegliche Thatsachen, wie erkünstelt die zur Schau getragene Anhänglichkeit an die Bourbonen gewesen war.

Der Grund davon, daß Bernadotte nicht als Bewerber um den französischen Thron aufzutreten wagen durfte, obschon Alexander es früher als seinem Vortheile entsprechend erachtet hatte den ehrgeizigen Plan zu begünstigen, lag in folgendem Umstande:

Bernadotte hatte sein bereits im J. 1813 oft hervortretendes verrätherisches Benehmen während des Feldzuges von 1814 dadurch gekrönt, daß er mit seinem ehemaligen Adjutanten, dem Generale Maison, Unterhandlungen wegen seines förmlichen Uebertritts anknüpfte. Er zeigte demselben schriftlich seine Absicht an: mit seinen Schweden unter die französischen Fahnen zu treten, nachdem er die übrigen Theile seines Heeres entwaffnet haben würde, und machte dies von der einzigen Bedingung abhängig, daß ihm, für den Fall er durch diesen Schritt sein Erbrecht auf den schwedischen Thron verlöre, Napoleon eine andere Krone unter seiner Namensunterschrift verheiße. Dieser jedoch, hiervon in Kenntniß gesetzt, wollte ein solches Versprechen nicht unterzeichnen, sondern nur gestatten, daß sein Bruder Joseph dies thue. Da nun hieraus deutlich genug seine Absicht hervorging besagtes Versprechen nicht zu halten, so brach Bernadotte die Verhandlungen ab und verzichtete auf das Wagniß, dadurch, daß er Frankreich von dem Einfalle der fremden Heere befreie, Napoleon zu stürzen und dessen Stelle einzunehmen.

Dieser durchschaute den Plan seines Gegners und rächte sich an ihm, indem er sein Schreiben den Verbündeten in die Hände spielte. Als nun Bernadotte kurz nach der Einnahme von Paris dahin eilte und bei seinem bisherigen Gönner Alexander erschien, um dessen Beförderung seines ehrgeizigen Strebens sich zu sichern, empfing ihn dieser mit eisiger Kälte, hielt ihm sein verrätherisches Schreiben vor, und äußerte dabei: er wolle für nichts Gedächtniß haben, als für seine Haltung im J. 1812, verlange aber, daß er unverzüglich Paris und Frankreich verlasse.[1])

Der außerordentliche Mann, von dem zahlreiche Siege und die Liebe und Tapferkeit seiner Soldaten die endliche entscheidende Niederlage, welche der Haß der von ihm in den Staub getretenen Völker ihm bereitete, nicht hatten abwenden können, wußte

---

[1]) Mémoires du marechal Marmont, VII, 26.

noch nicht, daß er seine Hauptstadt und mit ihr seine Krone verloren habe. Noch hoffte er das lecke Schiff seiner Herrschaft durch die von ihm versuchte kühne Wendung vom drohenden Untergange zu retten. Doch fühlte er das Gewagte seines nach der Schlacht bei Arcis gefaßten Planes, den verbündeten Heeren den Weg nach Paris in der Hoffnung offen zu lassen, daß sie, aus Besorgniß durch seinen Marsch von ihren Verbindungslinien mit Deutschland abgeschnitten zu werden, ihm in die aufgeregten französischen Grenzprovinzen folgen würden. Für den Fall, daß sie dies nicht thäten, sondern wider Erwarten nach Paris marschirten, hoffte er durch die angeordnete Vertheidigung desselben Zeit genug zu gewinnen, um im entscheidenden Augenblicke noch zur Rettung seiner Hauptstadt herbeizueilen. Nachdem er am 21. März sein Hauptquartier in Sommepuis aufgeschlagen hatte, verlegte er es am folgenden Tage auf das in der Nähe liegende Plessis o le Comte, und beschäftigte sich hier damit den Bericht der Schlacht bei Arcis sur Aube und einige amtliche Schreiben für Paris zu dictiren, welche man auf Nebenwegen dahin zu bringen hoffte, da die Verbündeten die Hauptstraßen inne hatten. Am 23. März ist das benachbarte St.-Dizier das Ziel seines Marsches. Hier trifft er mit Caulaincourt wieder zusammen, welcher nach Auflösung des Friedenscongresses zu Chatillon sich vergeblich im Hauptquartiere der Verbündeten eingefunden hatte, um durch mündliche Vorstellungen den Kaiser von Oesterreich für Napoleon's Ansichten zu gewinnen.

Napoleon beauftragte ihn sogleich die Friedensunterhandlungen wieder anzuknüpfen, nicht ahnend, daß die von diesem, seinem Vertreter zu Chatillon unlängst ausgesprochene Befürchtung: er wërde, wie im vergangenen Jahre zu Prag, die richtige Zeit zu Abschließung des Friedens versäumen, und diesen erst dann wünschen, wenn es zu spät sei, sich bereits verwirklicht habe.

Doulevent ist am 24. und 25. März sein Hauptquartier. Von hier aus richtete Caulaincourt, welcher das Gefährliche von Napoleon's Lage früher und besser erkannt hatte, als dessen von Leidenschaft geblendetes Auge, die beiden letzten Briefe an Metternich, in welchen er von dem dringenden Wunsche seines Herrn nach Frieden sprach, und ihn beschwor die Sorge und den Ruhm, der Welt den Frieden zu geben, nicht Anderen zu überlassen. Vier Tage würden hierzu hinreichen. Wären seine Schreiben nur kurze Zeit früher ins Hauptquartier der Verbündeten gelangt, als Alexander, erschreckt durch die Idee eines Volkskrieges, ebenfalls nichts dringender

wünschte, als Wiederanknüpfung der Unterhandlungen und schleunigen Frieden, so würde er vielleicht seinen Zweck erreicht haben, und die Geschichte und politische Gestaltung Europa's eine andere geworden sein. Als die Verbündeten von Napoleon's Bereitwilligkeit zum Frieden Kenntniß erhielten, war der demselben günstige Augenblick vorüber. Während sie sich auf dem Marsche nach Paris befanden, würde höchstens eine unbedingte Annahme der von ihnen zu Chatillon gestellten Friedensbedingungen, nicht aber der Antrag auf Erneuerung der Friedensunterhandlungen Berücksichtigung gefunden haben. Dem österreichischen Minister, welcher sich nicht beim Hauptheere befand, ersparte dieser Umstand die Mühe das Anliegen Caulaincourt's vorzutragen; die alsbald erfolgende Einnahme von Paris aber, welcher er allerdings einen Friedensschluß zu Chatillon vorgezogen haben würde, machte auch eine Antwort unnöthig.

Nachdem Napoleon während der seit der Schlacht bei Arcis sur Aube verflossenen fünf Tage nur einen Weg von 25 Lieues, und noch dazu im Halbcirkel zurückgelegt hatte, eilte er auf die Nachricht, daß der französische Nachtrab auf seinen Befehl die Verbündeten angegriffen habe, die Feinde jedoch seit drei Tagen nur Reiter, nicht aber auch Fußvolk zeigten, am 26. März nach St.-Dizier zurück, um sich von dem wahren Stande der Dinge zu überzeugen. Er vertreibt von dort den General von Winzingerode, welcher sich mit einem starken Verluste über Bar le Duc nach Chalons zurückzieht. Bei St.-Dizier, wo Napoleon den Feldzug persönlich eröffnet hatte, errang er auch seinen letzten Sieg.

Die Freude über denselben verbitterten ihm aber die Aussagen der Gefangenen, durch welche er den Marsch der Verbündeten nach Paris erfuhr. Noch sträubte er sich dieser Schreckensnachricht Glauben beizumessen. Am folgenden Morgen marschirt er nach Vitry, welches die Verbündeten noch besetzt hielten, und wo er die Hauptstärke derselben anzutreffen hoffte. Er fordert es zur Uebergabe auf, widrigenfalls er es durch die aufgefahrenen 120 Geschütze in einen Aschenhaufen verwandeln würde. Da bringen ihm einige Bauern der Umgegend von La Fere Champenoise die Kunde von der Niederlage seiner Truppen, und bestätigen ihm den Marsch der Verbündeten nach Paris.

„Nur ein Blitzstrahl kann uns retten!“ ruft Napoleon aus, seine verzweifelte Lage nun endlich klar erkennend. Kein Schuß wird auf Vitry abgefeuert, dessen Besatzung sich nicht hatte einschüchtern lassen, sondern das Heer erhält Befehl in Gewaltmärschen nach

Paris aufzubrechen. Sei es aber aus Bestürzung, oder aus anderen unbekannt gebliebenen Gründen, statt den nächsten Weg über Sezanne schlägt Napoleon den weitesten Weg nach Paris ein, indem er wieder nach St.-Dizier zurückkehrt. Hier brütet er während der Nacht über seinen Karten, und richtet erst am folgenden Morgen den Marsch seines Heeres über Troyes nach Paris, so die Kreislinie fast vollendend, in welcher er seit dem 21. März bald vor- bald rückwärts sich bewegt hat. Als er von St.-Dizier aufbrach, führten ihm bewaffnete Bauern die von ihnen angehaltenen Insassen einiger Reisewagen zu, welche sie bei Langres getroffen hatten. Der vom österreichischen Hofe nach England gesendete Freiherr von Wessenberg befand sich unter ihnen. Napoleon giebt diese Gefangenen sofort frei, und benutzt die Gelegenheit dazu eine letzte, vertrauliche Botschaft an seinen Schwiegervater zu befördern. Allein Wessenberg vermag den Kaiser Franz nicht aufzufinden, da derselbe, vor einer französischen Steifpartei fliehend, nur von einem Adjutanten und einem Diener begleitet, sich nach Dijon gerettet hatte. Wäre er mit seinen Verbündeten in Paris eingezogen, so würde Talleyrand muthmaßlich die Herstellung einer Regentschaft für dessen Enkel, den König von Rom versucht, und bei der Abneigung Alexander's gegen die Bourbonen auch vielleicht durchgesetzt haben, denn in der Gegenwart des Kaisers von Oesterreich hätte er eine Bürgschaft für das Gelingen seiner diesfallsigen Bemühungen erblickt.

Als Napoleon am Nachmittage des 28. März in Doulevent wieder ankam, empfing er ein in Chiffren geschriebenes Billet aus Paris, von wo er seit zehn Tagen ohne Nachricht war.

„Die Parteigänger des Auslandes — lautete es —, ermuthigt durch die Vorgänge in Bordeaux, erheben ihr Haupt. Heimliche Umtriebe unterstützen sie. Napoleon's Gegenwart ist nothwendig, wenn er die Ueberlieferung seiner Hauptstadt an den Feind verhindern will. Kein Augenblick ist zu verlieren."

Auf diese Nachricht wirft sich Napoleon, nur von Berthier und Caulaincourt begleitet, in einen schlechten Wagen und sucht in fliegender Eile Paris zu erreichen. In der zehnten Abendstunde des 30. März erreicht er La Cour de France, das letzte Posthaus vor Paris auf der Straße von da nach Fontainebleau. Abtheilungen des französischen Heeres, welches Paris vertheidigt hatte, begegnen ihm hier. Von ihnen erfährt er den Ausgang der dort gelieferten Schlacht, und daß Marmont und Mortier behufs der Uebergabe von Paris einen Waffenstillstand abgeschlossen haben.

„Diese Leute sind wahnsinnig!" ruft er mit ungläubigem Hohne; allein der in diesem Augenblicke erscheinende General Belliard bestätigt und ergänzt die Angaben, sodaß ihm jeder Zweifel genommen ist. Nachdem er sich von seiner Bestürzung über die Schreckenskunde erholt hatte, entschloß er sich dennoch sofort nach Paris zu eilen, und durch Aufbietung aller verfügbaren Streitkräfte den verbündeten Heeren den Einzug in seine Hauptstadt zu wehren, oder kämpfend zu fallen. Auf die Vorstellung, daß der abgeschlossene Vertrag den Truppen Marmont's und Mortier's die Erneuerung des Kampfes verbiete, bevor sie denselben erfüllt hätten, ruft Napoleon aus:

„Eilen Sie nichtsdestoweniger nach Paris Caulaincourt, sehen Sie, ob es noch möglich ist den Vertrag zu hintertreiben! Fort im Augenblicke! Ich gebe Ihnen unbeschränkte Vollmacht. Ich erwarte Sie hier, die Entfernung ist nur gering."

Caulaincourt gehorcht und eilt nach Bondy, dem Hauptquartiere der Verbündeten, kehrt aber schon um vier Uhr morgens mit der Nachricht zurück, daß der Vertrag der Uebergabe unterzeichnet sei. Napoleon geräth außer sich. Indem er in blindem Schmerze unverdiente Schmähungen gegen die tapferen Vertheidiger von Paris ausstößt, und die sie befehligenden Marschälle, sowie seinen Bruder Joseph des Verraths anklagt, ruft er unter strömenden Thränen:

„Diese Elenden haben capitulirt. Sie haben ihren Bruder, ihr Vaterland, ihren Souverain verrathen, Frankreich in den Augen Europa's erniedrigt. Ohne einen Schuß zu thun in eine Hauptstadt von 800000 Seelen einzuziehen. Ha!"

Dann sich gegen Caulaincourt wendend, dringt er in denselben nochmals den Versuch zu machen, ob er den Kaiser Alexander sprechen könne, und wiederholt, daß er ihm unbeschränkte Vollmacht ertheile. Alles komme darauf an, durch Unterhandlungen drei bis vier Tage zu gewinnen, binnen welcher Zeit er alle verfügbaren Truppen um sich versammelt haben, und dann im Stande sein werde, es auf die letzte Entscheidung der Waffen ankommen zu lassen.[1])

Caulaincourt eilt von Neuem nach Paris, und seinem unermüdlichen Eifer gelingt es mit Hülfe des Großfürsten Konstantin, dessen Zuneigung er als Gesandter in Petersburg ebenfalls gewonnen hatte, in der Nacht vom 31. März zum 1. April um 1 Uhr zu Alexander

---

[1]) Thiers, XVII, 627.

zu gelangen, welcher ihn zwar freundlich empfängt, aber erklärt mit Napoleon nicht ferner unterhandeln zu wollen. Die Franzosen würden sich darüber aussprechen, wer sie künftig beherrschen solle, denn man wolle ihnen keinen Herrscher aufzwingen. Nach der wenige Stunden vorher von ihm erlassenen Bekanntmachung konnte er keine andere Antwort geben.

Wie sehr Napoleon dagegen, trotz der Einnahme von Paris durch die Verbündeten, zur Fortsetzung des Krieges entschlossen war, erhellt aus seinem letzten Kriegsberichte vom 1. April. Er lautet, wie folgt:

„Nach Verlegung seines Hauptquartiers nach Troyes hat der Kaiser am 29. März in Gewaltmärschen über Sens die Richtung nach seiner Hauptstadt eingeschlagen. Se. Majestät war am 31. März zu Fontainebleau. Sie hat vernommen, daß der Feind, infolge seiner 24 Stunden vor dem französischen Heere erfolgten Ankunft, und nachdem er einen kräftigen, ihm viel Menschen kostenden Widerstand gefunden, Paris besetzt habe. Die Heerestheile der Herzöge von Treviso und Ragusa und derjenige des Generals Compans, welche zur Vertheidigung der Hauptstadt mitwirkten, haben sich zwischen Essonne und Paris vereinigt, wo Se. Majestät mit dem ganzen, von Troyes kommenden Heere Stellung genommen hat. Die Besetzung der Hauptstadt durch den Feind ist ein das Herz Sr. Majestät betrübendes Ereigniß, welches jedoch keine Besorgniß einflößen darf. Die Gegenwart des Kaisers mit seinem Heere vor den Thoren von Paris wird den Feind verhindern den gewohnten Ausschweifungen in einer so stark bevölkerten Stadt sich hinzugeben, welche er, ohne seine Lage zu sehr zu gefährden, nicht wird behaupten können."

Auch die Kaiserin Marie Luise erließ am 3. April einen Aufruf an die Franzosen, in welchem sie ihr Vertrauen auf die Treue des Volks aussprach, und Blois, ihren Aufenthaltsort, als gegenwärtigen Sitz der Regierung bezeichnete.[1]) Allein ihre Worte fanden kein Gehör, denn das französische Volk war des Krieges müde, und wollte zu Gunsten einer Regierung, welche sein Blut in zwanzigjährigen nutzlosen Kämpfen vergeudet hatte, um so weniger neue und offenbar vergebliche Opfer bringen, als ihm von den Verbündeten Frankreichs alte Grenzen und die seinem freien Willen über-

[1]) Schöll, II, 207.

lassene Ordnung der inneren Verhältnisse zugesagt war. Zu diesem Entschlusse trugen nicht wenig die Erklärungen der in Paris ihren Sitz habenden höchsten Behörden bei. Der Generalrath des Departements der Seine sagte sich zuerst von der kaiserlichen Herrschaft los, indem er sich am 2. April für die Zurückberufung des Hauses Bourbon auf den französischen Thron also aussprach:

„Einwohner von Paris! Die Mitglieder Eueres Magistrats wären Verräther an Euch und dem Vaterlande, wenn sie aus niedrigen, persönlichen Beweggründen länger die Stimme ihres Gewissens überhörten. Diese ruft ihnen zu, daß alle Uebel, welche Euch zu Boden drücken, von einem einzigen Manne herrühren. Er ist es, der jedes Jahr durch die Conscription unsere Familien zehntet. Wer von uns hat nicht einen Sohn, Bruder, Verwandte, Freunde verloren? Für wen sind alle diese Tapferen gestorben? Für ihn allein und nicht für das Vaterland. Für welche Sache? Sie sind lediglich dem Wahnsinn geopfert worden, um das Andenken des entsetzlichsten Unterdrückers, der je auf dem menschlichen Geschlechte gelastet hat, zu verewigen. Er ist es, welcher anstatt der 400 Millionen, die Frankreich unter unseren guten alten Königen bezahlte, um frei, glücklich und ruhig zu sein, uns mit mehr als 1500 Millionen Abgaben überbürdet hat, die er noch zu vermehren droht. Er ist es, welcher alle Quellen des nationalen Gewerbfleißes trocken gelegt, unseren Feldern die Besteller, unseren Manufacturen ihre Arbeiter entrissen hat. Ihm schulden wir den Haß aller Völker ohne ihn verdient zu haben, da wir, wie sie, mehr die unglücklichen Opfer, als die traurigen Werkzeuge seiner Wuth gewesen sind. Ist er es nicht, welcher unter Verletzung dessen, was den Menschen das Heiligste ist, das ehrwürdige Oberhaupt unserer Religion in Gefangenschaft hält, es seiner Staaten beraubt, der das spanische Volk, seit Alters her uns treu befreundet, durch eine abscheuliche Treulosigkeit der Verheerung Preis gegeben hat? Ist er es nicht wiederum, der Feind seiner eigenen, lange Zeit betrogenen Unterthanen, welcher einen ehrenvollen Frieden zurückwies, der unserem unglücklichen Vaterlande wieder aufzuathmen verstattet hätte? Ist er es nicht, der den mörderischen Befehl gegeben hat die Nationalgarde für die unmögliche Vertheidigung der Hauptstadt hinzuopfern, und der so des Feindes Rache gegen sie herbeirief? Ist er es nicht endlich, welcher, die Wahrheit über alles fürchtend, vor den Augen Europa's unsere Gesetzgeber schimpflich verjagt hat, weil sie ein Mal ihm dieselbe mit ebenso viel Schonung, als Würde zu sagen versuchten? Was bedeutet es, wenn er eine kleine Anzahl von Personen seinem Hasse und seiner persönlichen Rache nicht opferte, da er Frankreich, ja ganz Europa seinem maßlosen Ehrgeize geopfert hat? Ehrgeiz, oder Rache, auf die Ursache kommt nichts an. Was es auch für eine Ursache sei, betrachtet die Folgen! Seht dieses weite europäische Festland überall mit den vermischten Gebeinen der Franzosen und der andern Völker bedeckt, welche nichts voneinander forderten, sich nicht haßten, durch ihre Entlegenheit vor Zerwürfnissen sicher waren, und die er, nur um die Erde mit dem Schalle seines Namens zu erfüllen, in Kriege gestürzt hat!

Was spricht man uns von vormaligen Siegen? Welches Gute haben uns die so verderblichen Siege gebracht? Den Haß der Völker, die Thränen unserer Familien, die erzwungene Ehelosigkeit unserer Töchter, den Ruin unseres Vermögens, die vorzeitige Witwenschaft der Gatten, die Verzweiflung der Väter und Mütter, denen von einer zahlreichen Nachkommenschaft nicht die Hand eines Kindes übrig geblieben ist, um ihnen die Augen

zuzudrücken. Dies sind die Früchte seiner Siege! Sie sind es, welche heute in unsere, unter der väterlichen Regierung unserer Könige stets jungfräulich gebliebenen Mauern die Fremden führten, deren großmüthiger Schutz uns Dankbarkeit gebietet, während wir gern mit ihnen ein uneigennütziges Bündniß eingegangen wären! Nicht Einer ist unter uns, der ihn nicht in dem geheimen Winkel seines Herzens als einen Feind des öffentlichen Wohles verflucht, nicht Einer, der bei seinen vertrautesten Mittheilungen nicht den Wunsch geäußert hätte, so vielen nutzlosen Grausamkeiten ein Ziel gesetzt zu sehen. Wenn wir zögerten diesem Wunsche unserer Herzen Ausdruck zu geben, so würden wir die öffentlichen Angelegenheiten im Stich lassen. Das bewaffnete Europa fordert uns dazu auf, ja erfleht es als eine der Menschheit zu erzeigende Wohlthat, als die Bürgschaft eines allgemeinen und dauerhaften Friedens!

Pariser! Das bewaffnete Europa würde dies von Eueren Magistratspersonen nicht erlangen, wenn es nicht deren Pflichten entspräche. Aber es geschieht im Namen dieser Pflichten, der heiligsten von allen, daß wir jeden Gehorsam gegen den Thronräuber abschwören, um zu unserem rechtmäßigen Herrn zurückzukehren. Bringt es Gefahren diesem Zuge des Herzens und Gewissens zu folgen, so gehen wir ihnen entgegen. Die Geschichte und die Dankbarkeit der Franzosen werden unsere Namen bewahren, um sie der Achtung der Nachwelt als ein Vermächtniß zu überliefern.

In Gemäßheit dessen erklären der Generalrath des Departements der Seine und der Stadtrath von Paris, nachdem sie sich freiwillig versammelt haben, mit Einstimmigkeit aller erschienenen Mitglieder, daß sie jedem Gehorsam gegen Napoleon Buonaparte förmlich entsagen. Sie sprechen ihren glühendsten Wunsch dahin aus, daß die monarchische Regierung in der Person Ludwig XVIII. und seiner rechtmäßigen Nachfolger wiederhergestellt werde, und beschließen, daß gegenwärtige Erklärung und die sie verkündende Bekanntmachung gedruckt und in Paris und dessen Bezirken angeschlagen, sowie an alle Generalräthe der Departements gesendet werde."

An demselben Tage, an dem die Pariser von ihrem Magistrate in diesem schriftlichen Denkmale der unvernünftigsten Eitelkeit und Selbstüberschätzung aufgefordert wurden dem Wunsche ihrer Herzen, daß Napoleon's grausamer Herrschaft ein Ziel gesetzt werde, Ausdruck zu geben, da das bewaffnete Europa dies als eine der Menschheit zu erzeigende Wohlthat von ihnen erflehe, berief Talleyrand als Vice-Großwahlherr von Frankreich die in der Hauptstadt zurückgebliebenen Senatoren zu einer unter seinem Vorsitze stattfindenden Versammlung. In derselben wurde die Entfernung Napoleon's ausgesprochen, die Einsetzung einer einstweiligen Regierung beschlossen, welche die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten übernehmen und einen Verfassungsentwurf dem Senate zu seiner Zeit überreichen solle. Als Mitglieder dieser Regierung bezeichnete der Senat aus seiner Mitte seinen dermaligen Vorsitzenden Talleyrand, den Grafen Bournonville, den Marquis von Jaucourt, den Staatsrath Herzog von Dalberg und das ehemalige Mitglied der verfassunggebenden Versammlung, Montesquiou.

Die Entthronung Napoleon's wurde in folgender Weise begründet:

„In Erwägung, daß in einer constitutionellen Monarchie der Monarch nur der Verfassung und dem Gesellschaftsvertrage sein Dasein verdankt; daß Napoleon Buonaparte zwar durch eine zeitweilig feste und kluge Regierung dem Volke Veranlassung gegeben hatte auch fernerhin auf eine weise und gerechte Handlungsweise von seiner Seite zu rechnen, sodann aber den Vertrag, welcher ihn mit dem französischen Volke vereinte, zerrissen hat, namentlich indem er Abgaben erhob, Taxen in nicht gesetzmäßiger Weise feststellte, und zwar gegen den ausdrücklichen Wortlaut des Eides, welchen er bei seiner Gelangung zum Throne in Gemäßheit des Artikels 53 der Verordnungen vom 28. des Blütenmonats im J. 12 geleistet hatte; daß er diesen Eingriff in die Rechte des Volks damals begangen hat, als er ohne Noth den gesetzgebenden Körper vertagte, und einen Bericht dieser Körperschaft, der er ihren Titel und ihren Antheil an der Volksvertretung streitig machte, als verbrecherisch unterdrücken ließ; daß er eine Reihe von Kriegen unternommen und dadurch den Art. 50 der Verordnung vom 22. des Reifmonats im J. 8 verletzt hat, nach welchem die Kriegserklärung wie ein Gesetz beantragt, erörtert, beschlossen und bekannt gemacht werden soll; daß er verfassungswidrig mehrere, die Todesstrafe androhende Beschlüsse gefaßt hat, namentlich die Decrete vom 5. des letztvergangenen März, dahin zielend, daß ein Krieg, welcher nur für seinen maßlosen Ehrgeiz geführt wurde, als ein Nationalkrieg angesehen werden solle; daß er die verfassungsmäßige Gesetzgebung durch seine Decrete über die Staatsgefängnisse verletzt hat; daß er die Verantwortlichkeit aufgehoben, alle Gewalten und die Unabhängigkeit der gerichtlichen Körperschaften vernichtet hat; in Erwägung ferner, daß er die Freiheit der Presse, festgestellt und geheiligt als eines der Rechte des Volks, beständig der willkürlichen Censur der Polizei unterworfen, und zugleich der Presse sich bedient hat, um Frankreich und Europa mit erdichteten Thatsachen, mit falschen Grundsätzen und mit Lehren, welche die Willkürherrschaft begünstigen, sowie mit Beleidigungen der fremden Regierungen zu erfüllen; daß Protokolle und Berichte des Senats bei geschehener Bekanntmachung Veränderungen erlitten haben; in Erwägung ferner, daß er, anstatt nach dem Wortlaute seines Eides allein für das Interesse, das Glück und den Ruhm des französischen Volks zu regieren, durch seine Weigerung auf Bedingungen zu unterhandeln, welche das Nationalwohl anzunehmen erheischte, und welche die französische Ehre nicht bloßstellten, das Unglück des Vaterlandes auf die Spitze getrieben hat, und zwar indem er alle ihm in Menschen und Geld anvertrauten Mittel mißbrauchte, indem er die Verwundeten ohne Verband, ohne Hülfe, ohne Unterhalt ließ, indem er verschiedene Maßregeln ergriff, welche den Ruin der Städte, die Entvölkerung des platten Landes, Hungersnoth und ansteckende Krankheiten zur Folge hatten; in Erwägung, daß durch alle diese Ursachen, die durch den Senatsbeschluß vom 28. des Blütenmonats im J. 12 geschaffene kaiserl. Regierung zu bestehen aufgehört hat, und daß der offenkundige Wunsch aller Franzosen eine Ordnung der Dinge herbeiruft, deren erstes Ergebniß die Wiederherstellung des allgemeinen Friedens, und damit zugleich der Eintritt einer allgemeinen Aussöhnung zwischen allen Staaten der großen europäischen Familie ist, erklärt und beschließt der Senat Folgendes:

Art. I. Napoleon Buonaparte ist des Thrones verlustig, und das in seiner Familie begründete Erbrecht ist abgeschafft.

Art. II. Das französische Volk und Heer sind des Eides der Treue gegen Napoleon Buonaparte entbunden.

Art. III. Der gegenwärtige Beschluß soll durch eine Botschaft der einstweiligen Regierung von Frankreich, sodann aber allen Departements und Heeren mitgetheilt, und unverzüglich in allen Abtheilungen der Hauptstadt verkündet werden."

Der gesetzgebende Körper, welchem dieser Senatsbeschluß unverzüglich mitgetheilt wurde, begnügte sich mit richtigerem Takte zu erklären, daß Napoleon, weil er den Verfassungsvertrag verletzt habe, des Thrones entsetzt sei, und benachrichtigte hiervon die von ihm anerkannte einstweilige Regierung.[1])

Die übrigen geistlichen und weltlichen Behörden der französischen Hauptstadt beeilten sich für diese Beschlüsse ihren Dank auszusprechen, sowie die neue Ordnung der Dinge anzuerkennen, und die Kunde davon wurde durch Herrn von Bourienne, welcher deshalb der Post sich bemächtigt hatte, sofort über ganz Frankreich verbreitet. In Fontainebleau, dem Hauptquartiere Napoleon's, bildeten darauf bezügliche Gerüchte den Gegenstand der Betrachtung für das ganze Heer. In der Nacht vom 2. zum 3. April erschien Caulaincourt daselbst. Seine Bemühungen, Napoleon's Partei zu verstärken, waren vergeblich gewesen, doch hatte Kaiser Alexander, welcher ihn noch mehrere Male anhörte, die Hoffnung in ihm erregt: er werde in die Bestellung einer Regentschaft einwilligen. Er berichtete daher, daß die Verbündeten, wenn Napoleon dem Throne entsage, geneigt seien die Errichtung einer Regentschaft für dessen Sohn geschehen zu lassen, doch sei ein schneller Entschluß nöthig, weil sonst zu befürchten stehe, daß die Königlichgesinnten die verbündeten Monarchen zu einer, ihren Absichten günstigen Entscheidung bestimmen würden. Napoleon konnte sich jedoch nicht entschließen die verlangte Entsagung auszusprechen. Er war zu einem Angriffe auf die verbündeten Heere entschlossen, welche theils vor, theils in Paris auf beiden Ufern der Seine standen, und suchte seine Marschälle davon zu überzeugen, daß dieser Angriff, unterstützt von der Bevölkerung von Paris, die Niederlage des Feindes herbeiführen müsse. Seine Marschälle theilten diese Ansicht nicht, auch wollten sie nicht die Hauptstadt zum Schauplatze eines Kampfes machen, welcher dieselbe mit Zerstörung bedrohte, und die Einwohner der Rache eines erbitterten Feindes preisgab. Außerdem wußten sie, daß die Pariser weder kampflustig waren, noch Waffen besaßen. Die schnelle Einnahme der französischen Hauptstadt hatte dies bereits außer

---

[1]) Moniteur, vom 4. April 1814.

Zweifel gestellt. In der Nacht vom 3. zum 4. April brachte ein Eilbote des Herzogs von Ragusa die Nachricht nach Fontainebleau, daß der Senat Napoleon und sein Haus des Thrones verlustig erklärt habe. Dies machte den weiteren Erörterungen ein Ende, denn obschon Napoleon demungeachtet darauf bestand die Entscheidung der Waffen noch einmal zu versuchen, so sah er sich doch durch den einmüthigen, ernstlichen Widerstand der vornehmsten Offiziere des Heeres, unter denen sich Berthier, Ney, Lefebre, Oudinot und Macdonald befanden, endlich genöthigt der Forderung derselben nachzugeben und den Rath Caulaincourt's zu befolgen, indem er folgende Entsagungsurkunde ausstellte:

„Da die verbündeten Mächte verkündet haben, daß der Kaiser Napoleon das einzige Hinderniß für die Wiederherstellung des Friedens in Europa sei, so erklärt sich der Kaiser Napoleon, treu seinem Eide, bereit vom Throne zu steigen und Frankreich, ja selbst das Leben für des Vaterlandes Wohl zu verlassen, welches unzertrennlich ist von den Rechten seines Sohnes und der Kaiserin Regentin, sowie von der Aufrechthaltung der Gesetze des Kaiserreichs."

Caulaincourt, Ney und Macdonald wurden nun mit Ueberbringung dieser Entsagungsurkunde an die verbündeten Monarchen beauftragt. Ihnen sollte auch Marmont, welcher noch zu Essonne verweilte, nach dem Willen Napoleon's sich anschließen. Als aber die Abgesandten am 4. April bei ihm ankamen, theilte er ihnen mit, daß er am Tage vorher, auf Schwarzenberg's Aufforderung sich der einstweiligen, französischen Regierung anzuschließen, hierzu seine Bereitwilligkeit erklärt habe. Er hatte sich derselben unter der Bedingung unterworfen, daß seinen Truppen der Abzug in die Normandie mit Waffen, Gepäck und Kriegsbedarf und unter den nämlichen Rücksichten und militärischen Ehren, welche die verbündeten Truppen sich gegenseitig erwiesen, verstattet werde. Geriethe aber Napoleon in die Gewalt der verbündeten Mächte, so sei ihm das Leben und die Freiheit innerhalb eines bestimmten Bezirkes zu verbürgen, dessen Wahl den verbündeten Mächten und der französischen Regierung zustehe.

Fürst Schwarzenberg hatte sich beeilt diese Bedingungen der Unterwerfung zu genehmigen, denn der Entschluß Marmont's stellte ein sofortiges Aufhören der Feindseligkeiten in sichere Aussicht. Nichtsdestoweniger ließ Marmont durch die Vorstellungen der Gesandten Napoleon's sich bewegen ihnen sich anzuschließen, und für das Gelingen ihrer Sendung mitzuwirken. Bevor er mit ihnen

nach Paris abreiste, empfahl er dringend seinem Stellvertreter, dem General Souham, welcher wie die übrigen Anführer dieses, 12000 Mann zählenden Heerestheils sich gegen die Fortsetzung des Krieges erklärt hatte, den auf die Nacht zum 5. April bestimmten Abmarsch der Truppen bis zu seiner Rückkehr zu verschieben. Kaum war jedoch Marmont nach Paris abgegangen, als von Fontainebleau der Befehl Napoleon's im Lager von Essonne eintraf: der Marschall, oder in dessen Abwesenheit der älteste, den Oberbefehl führende General möge sich zu ihm verfügen. Souham besorgend, der Kaiser sei von Marmont's Abfalle unterrichtet, und werde ihn selbst wegen seiner Theilnahme daran zur Rechenschaft ziehen, berief sogleich sämmtliche Generale des Heerestheils zu einem Kriegsrathe zusammen. Alle theilten seine Furcht vor dem Zorne Napoleon's, und einer von ihnen brach sogar in die Worte aus: „Der Tiger könnte Lust bekommen Divisionsgenerale erschießen zu lassen; es ist Zeit ihm zu entrinnen!“

Infolge des hierauf einmüthig gefaßten Beschlusses brach daher Souham am 5. März zwischen 4 und 5 Uhr Morgens in der Richtung von Versailles nach der Normandie auf. Anfänglich widersetzten sich die entgegenstehenden Truppen der Verbündeten der Fortsetzung seines Marsches, weil sie von der deshalb abgeschlossenen Uebereinkunft noch keine Kunde erhalten hatten; allein bald beseitigte die eingeholte Genehmigung Schwarzenberg's jedes Hinderniß. Nach ihrer Ankunft in Versailles kündigten zwar die Truppen ihren Offizieren, weil sie von ihnen getäuscht worden wären, den Gehorsam auf, unterwarfen sich jedoch auf die Vorstellungen Marmont's, welcher von Paris herbeieilte, den Befehlen desselben. [1])

So war jene Aufforderung Napoleon's die nächste Veranlassung dazu, daß Marmont's Heerestheil in einem Augenblicke die kaiserliche Sache verließ, wo für deren Anhänger noch einige Hoffnung vorhanden war die Einsetzung einer Regentschaft für den König von Rom zu erlangen. Der Unterredung, welche Caulaincourt und die

[1]) Marmont selbst in seinen Memoiren, VI, 260, sucht die Unterwerfung seines Truppentheils so darzustellen, als ob dieselbe wider sein Wissen und Wollen während er mit den Abgesandten Napoleon's nach Paris eilte geschehen sei. Er gesteht aber gleichwol zu, wegen dieser Unterwerfung schon vorher mit Schwarzenberg in Unterhandlung getreten zu sein. Dies wußten sowol Napoleon, als Marmont's Untergenerale, und deshalb trug Souham, des Letztern Stellvertreter, Bedenken dem Rufe des erzürnten Kaisers nach Fontainebleau zu gehorchen. Die Unterwerfung des von Marmont befehligten Heerestheils war die nothwendige Folge des von ihm selbst bedingungsweise gemachten Anerbietens sich zu unterwerfen, nach dessen Annahme der Ausführung nichts weiter entgegenstand, als die Unterzeichnnng des Vertrags, welche Souham aus Furcht vor Napoleon nicht abwartete.

Marschälle Macdonald und Ney vor ihrem amtlichen Empfange von Seiten der Verbündeten mit dem Kaiser von Rußland hatten, wohnte Marmont nicht bei, weil er den Fürsten Schwarzenberg von dem Aufschube seines verheißenen Uebertritts in Kenntniß setzen wollte.

Als Ney und Macdonald mit Wärme für eine Regentschaft im Namen des Königs von Rom sprachen, und den Widerwillen der Franzosen gegen die Wiederherstellung des bourbonischen Königsthrones schilderten, suchte Alexander sie von diesem Plane abzubringen, indem er ihrem Ehrgeiz einen Köder vorhielt. Er wiederholte ihnen die Versicherung, die Verbündeten beabsichtigten sowenig dem französischen Volke einen Herrscher aufzudringen, daß sie vielmehr bereit wären die Verfassung und das Staatsoberhaupt seiner Wahl anzuerkennen, auch wenn dieses aus der Zahl der französischen Heerführer genommen sei. Er deutete dabei auf Bernadotte hin, erhielt aber hierauf die Antwort, daß keiner aus den Reihen des Heeres Ansprüche auf Frankreichs Krone mache, es sei denn jener Mann, welcher, mit französischem Blute befleckt, einem allgemeinen Schrei der Entrüstung begegnen würde, wenn er mit seinen diesfallsigen Wünschen hervorzutreten wage. Heer und Volk wünschten die Kaiserin als Regentin während der Minderjährigkeit ihres Sohnes. Der Senat stehe in allgemeiner Verachtung, weil er geschwiegen, als es seine Pflicht gewesen wäre seine Stimme zu erheben, und jetzt, wo er dies thue, eine neue Pflichtverletzung begehe. Man möge sie demselben gegenüberstellen, und es werde sich zeigen, daß er im Gefühle seiner Niederträchtigkeit verstummen müsse. Alexander äußerte nun gegen die Gesandten Napoleon's, er wolle sehen, ob er ihren Wünschen entsprechen könne. Nach seiner dem Herzoge von Vicenza bereits gegebenen Versicherung war diese Vertröstung das Mindeste, was jene zu erwarten berechtigt waren, da die Bedingung, unter welcher er die Regentschaft in Aussicht gestellt hatte, durch Napoleon's Entsagung erfüllt war. Allein es ist nicht wahrscheinlich, daß es dem Kaiser von Rußland Ernst mit seiner für die Regentschaft zugesagten Verwendung gewesen sei, denn hätte er für eine solche sich erklärt, so würde sein überwiegender Einfluß sie auch um so leichter durchgesetzt haben, als eigentlich nur England derselben abhold war, König Friedrich Wilhelm aber, wie in jeder Sache, so auch in dieser dem Wunsche seines kaiserlichen Freundes sich gefügt haben würde, und die Oesterreich zur Zeit allein vertretenden Fürsten Schwarzenberg und Liechtenstein, eingeweiht in

Metternich's, der Napoleonischen Dynastie günstige Politik, sicherlich ihre Zustimmung dazu gegeben hätten, daß dem Enkel ihres Kaisers der französische Thron erhalten werde. Bevor Talleyrand unter Verzichtleistung auf diesen, seinen Lieblingsplan, dessen Verwirklichung das Staatsruder muthmaßlich in seine Hand gegeben haben würde, für die Wiederherstellung des bourbonischen Königthums sich erklärte, dessen Anhänger ihn haßten, hatte er gewiß Alexander's deshalb gefaßten Entschluß zu erfahren gewußt. Auch ist kein Grund vorhanden daran zu zweifeln, daß die Bekanntmachung, welche Alexander unmittelbar nach dem Einzuge in Paris im Namen der verbündeten Souveräne erließ: er werde weder mit Napoleon, noch mit irgend einem Gliede von dessen Familie unterhandeln, der Ausdruck seines freien und reiflich überlegten Entschlusses gewesen sei. Hätte er je an eine Regentschaft für der König von Rom gedacht, so würde er die ehrgeizigen Pläne Bernadotte's in Bezug auf den französischen Thron nicht begünstigt haben. Er hörte erst dann auf dieselben zu berücksichtigen, als er sich überzeugt hatte, daß jener nur Gegner, aber keine Anhänger habe.

Es lag allerdings nicht in Alexander's Interesse seine, der Napoleonischen Dynastie feindliche Erklärung unwiderruflich erscheinen zu lassen, denn indem er gegen Caulaincourt sich für eine Regentschaft im Namen von Napoleon's Sohne geneigt zeigte, spornte er die eifrigsten von dessen Anhängern an Napoleon zu einer Verzichtserklärung unter dieser Bedingung zu bewegen. Bei einem solchen Streben derselben, bei dem allgemeinen Wunsche nach Frieden und den Erklärungen der ersten Staatskörperschaften gegen die kaiserliche Regierung drängte allen die Ueberzeugung sich auf, daß es mit Napoleon's Herrschaft zu Ende sei. Dies verhinderte eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und beförderte gleichzeitig die Anstrengungen derjenigen, welche für die Wiederherstellung des bourbonischen Königthums arbeiteten. Ueberhaupt wäre es eine mißliche Sache gewesen den entthronten Kaiser fern von Frankreich zu halten, wenn sein minderjähriger Sohn, obschon unter Vormundschaft, daselbst regierte. Napoleon's Anhänger wären im Besitze der Gewalt, das Heer ihm stets ergeben geblieben, und es war zu besorgen, daß er bei der ersten günstigen Gelegenheit zurückkehren, und die Zügel der Regierung selbst wieder ergreifen werde. Wie wenig seiner feierlichen Verzichtleistung zu trauen sei, bewiesen zahlreiche, von ihm gebrochene Verträge, bei welchen die Versuchung, sein Wort zu brechen, unendlich geringer gewesen war, als im vorliegenden Falle.

Selbst in dem Augenblicke, wo er die Verzichtleistung aussprach, betrachtete er sie nur als das geeignetste Mittel die nöthige Zeit zur Zusammenziehung aller seiner Streitkräfte zu gewinnen, mit denen er dann einen letzten Versuch, seiner Feinde sich zu entledigen, machen wollte.

General Dessole, Moreau's Freund, Talleyrand und einige andere durch Alexander's äußere Haltung mit Besorgniß erfüllte Royalisten würden daher sicherlich nicht nöthig gehabt haben den Kaiser Alexander zu beschwören, er möge seiner veröffentlichten Erklärung treu bleiben, weil so viele Personen im Vertrauen auf dieselbe gegen Napoleon Partei ergriffen hätten, und gefährdet sein würden, wenn er nun auf die Forderung von dessen Abgesandten eingehe. Alexander zögerte mit einer entschiedenen Erklärung, weil jede Zögerung ihm nützlich, der Sache Napoleon's aber verderblich war. Während nun Royalisten und Bonapartisten den Kaiser von Rußland, als den einflußreichsten der verbündeten Monarchen, für sich zu gewinnen suchten, meldete man demselben den erfolgten Abmarsch der Truppen Marmont's nach der Normandie, wenige Stunden, nachdem derselbe erfolgt war. Alexander's Unentschlossenheit verwandelte sich nun plötzlich in Entschiedenheit. Er zweifelte nicht daran, daß das von diesem Heerestheile gegebene Beispiel des Abfalls bei der Abneigung der Franzosen gegen die Fortführung eines hoffnungslosen Krieges auch die Handlungsweise des übrigen Heeres bestimmen werde, und betrachtete nun Napoleon's und seiner Dynastie Entthronung ohne ferneres Blutvergießen als gesichert. Die von Napoleon zu Gunsten seines Sohnes ausgestellte Entsagungsurkunde wurde von ihm als ungenügend bezeichnet. Nach kurzer geheimer Berathung überließ er es dem Könige von Preußen Napoleon's Bevollmächtigte abfällig zu bescheiden.

Die eingetretenen Umstände, sagte Friedrich Wilhelm, gestatten den Mächten nicht mehr mit dem Kaiser Napoleon zu unterhandeln. Frankreichs Wünsche für die Rückkehr seiner angestammten Fürsten gäben sich von allen Seiten kund. Der erste Staatskörper, der Senat, von der Zustimmung seiner Mitbürger unterstützt, habe Napoleon des Thrones verlustig erklärt. Es sei nicht Sache der verbündeten Souveräne sich in die Angelegenheiten der französischen Regierung zu mischen, und der Erklärung des Senats entgegen dem vom Throne gestoßenen Kaiser Napoleon das Recht zuzuerkennen, über Frankreichs Krone zu verfügen.[1])

---

[1]) Ch. de Sor, Souvenirs du duc de Vicence, II, 44—50. Histoire de la restauration par un homme d'état, I, 339—348. Thiers, XVII, 647—740.

Napoleon's Abgesandte versuchten vergeblich diese Auffassung der Sache zu widerlegen, denn fortwährend anlangende Erklärungen, durch welche Magistrate und Generale die neue Ordnung der Dinge anerkannten, bestätigten die ihnen ertheilte Antwort, und rechtfertigten das ihnen kundgegebene Verlangen der Verbündeten, daß Napoleon für sich und seine Familie unbedingt der Krone entsage. Auch Oesterreich gab seine Zustimmung durch den Fürsten Schwarzenberg, welcher, als er endlich in den Marsch der verbündeten Heere nach Paris einwilligte, bei dem muthmaßlichen Gelingen desselben schon damals den jetzt eingetretenen Fall als nothwendige Folge voraussehen mußte. Daß Kaiser Franz und Metternich, welche wegen ihrer Abwesenheit jenen Marsch nicht hindern konnten, wären sie im Rathe der Verbündeten zugegen gewesen, dennoch alles aufgeboten haben würden eine vormundschaftliche Regierung für den König von Rom einzusetzen, ist nach ihrer bisherigen Politik mehr, als wahrscheinlich. Als die Frage über Frankreichs künftigen Herrscher unabänderlich entschieden war, erheischte freilich die Klugheit, daß der Kaiser Franz die Entthronung seines Enkels als ein dem Frieden von Europa gebrachtes schmerzliches Opfer darstellte, für welches man ihm großen Dank schuldig sei, obschon die Umstände ihn verhindert hatten in dieser Beziehung, als es noch Zeit war, für seinen Enkel zu wirken.

Als Napoleon von den Schritten des Senats und Marmont's Kenntniß erhielt, sprach er seinen Unwillen hierüber in einem, an seine Truppen gerichteten Tagesbefehle mit folgenden Worten aus:

„Der Kaiser dankt dem Heere für die Anhänglichkeit, welche es ihm beweiset, und vorzüglich weil es anerkennt, daß er, und nicht die Bevölkerung der Hauptstadt Frankreich vertrete. Der Soldat theilt das Glück und das Unglück seines Generals. Hierin besteht seine Ehre, seine Religion. Der Herzog von Ragusa hat seinen Waffengefährten diese Gesinnung nicht eingeflößt. Er ist zu den Verbündeten übergegangen. Der Kaiser vermag nicht die Bedingungen zu billigen, unter welchen er diesen Schritt gethan hat. Von der Gnade eines Unterthanen kann er Leben und Freiheit nicht annehmen.

Der Senat hat sich erlaubt über die französische Regierung zu verfügen. Er hat vergessen, daß er dem Kaiser die Macht verdankt, welche er jetzt mißbraucht, daß es der Kaiser ist, welcher den einen Theil seiner Mitglieder aus den Stürmen der Revolution gerettet, oder aus der Dunkelheit gezogen, den anderen gegen den Haß des Volkes beschützt hat. Der Senat stützt sich auf Artikel der Constitution, um sie umzustürzen. Er erröthet nicht dem Kaiser Vorwürfe zu machen ohne zu bedenken, daß er als erste Staatskörperschaft an allem, was geschehen, theilgenommen hat. Er ist soweit gegangen, daß er gewagt hat dem Kaiser vorzuwerfen, die Staatsschriften bei ihrer Veröffentlichung abgeändert zu haben. Die ganze Welt weiß, daß der Kaiser solche Kunstgriffe nicht nöthig hatte. Ein Wink von ihm war Befehl für den Senat, welcher stets mehr that, als man von ihm verlangte.

Der Kaiser ist stets den Gegenvorstellungen seiner Minister zugänglich gewesen, und er erwartete in keinem Falle die unbegrenzte Billigung der von ihm ergriffenen Maßregeln. Wenn der Kaiser durch die in Ansprachen und öffentlichen Reden ausgedrückte schwärmerische Anhänglichkeit getäuscht worden ist, so haben diejenigen, welche einer solchen Sprache sich bedienten, die Folgen ihrer Schmeichelei sich selbst zuzuschreiben. Der Senat erröthet nicht von Schmähschriften, welche gegen fremde Regierungen veröffentlicht worden seien, zu sprechen. Er vergißt, daß sie in seiner Mitte ihre Abfassung erhielten. So lange das Glück ihrem Beherrscher sich treu gezeigt hat, sind diese Menschen treu geblieben, und es wurde nie Klage über Gewaltmißbräuche gehört. Wenn der Kaiser diese Menschen verachtet hätte, wie man es ihm vorgeworfen hat, so würde die Welt heute anerkennen, daß er Gründe gehabt habe, welche seine Verachtung rechtfertigten. Er besaß seine Würde von Gott und der Nation, sie allein konnte ihn derselben berauben. Er hat sie immer für eine Bürde angesehen, und als er sie annahm, geschah es in der Ueberzeugung, daß er allein im Stande sei sie würdig zu bekleiden. Frankreichs Glück schien mit dem Geschicke des Kaisers verbunden; heute, wo das Glück sich gegen ihn erklärt hat, könnte der Wille der Nation allein ihn überreden länger auf dem Throne zu bleiben. Wenn er sich als das einzige Hinderniß des Friedens betrachten soll, so bringt er gern Frankreich das letzte Opfer dar. Demzufolge hat er den Fürsten von der Moskwa und die Herzoge von Vicenza und Tarent nach Paris gesendet, um die Unterhandlungen zu eröffnen. Das Heer kann dessen sicher sein, daß die Ehre des Kaisers nie im Widerspruch mit Frankreichs Glücke stehen werde." [1])

So treffend auch das Urtheil war, welches Napoleon über das Benehmen des Senats und dessen Befugnisse aussprach, so richtig auch seine Behauptung, die ihm vom Volke übertragene Herrschergewalt könne ihm nur durch dieses rechtmäßig wieder entzogen werden, für den Fall gewesen wäre, wenn die Frage, ob er ferner über Frankreich herrschen solle, nur von dessen Volke mitten im Frieden aufgeworfen worden wäre: so war doch die Sachlage jetzt eine andere. Die siegreichen Heere des verbündeten Europa waren in Frankreichs Hauptstadt eingerückt. Die an ihrer Spitze stehenden Monarchen hatten erklärt, mit Napoleon nicht über den mit Frankreich zu schließenden Frieden unterhandeln zu wollen; sie seien jedoch bereit mit einer, von dem Senate einzusetzenden einstweiligen Regierung hierüber zu unterhandeln. Von dem Senate war diesem Verlangen entsprochen, von den im gesetzgebenden Körper vereinigten Vertretern des Volks und anderen Staatskörperschaften die Zustimmung erklärt worden. Die Entthronung Napoleon's hatte also nicht in dem hierüber anmaßlich gefaßten Beschlusse des Senats ihren Grund, sondern in dem ausgesprochenen Willen des in der französischen Hauptstadt gebietenden Siegers, welchem die Staatsbehörden als die

---

[1]) Fain, Manuscrit de 1814, S. 375.

Vertreter des Volks sich unterwarfen, ohne daß dieses Widerspruch erhoben hätte. Die Entthronung, welche Napoleon so oft gegen fremde Herrscher widerrechtlich ausgesprochen hatte, traf nun in gerechter Wiedervergeltung ihn selbst. Während aber die Völker jener fremden Herrscher stumm dem Zwange sich fügten, oder mit den Waffen in der Hand dem Machtspruche Napoleon's sich widersetzten, wurde seine Entthronung von den Staatskörperschaften Frankreichs freiwillig als gerecht anerkannt, und von einem Theile des Volks mit Jubel begrüßt, von dem anderen Theile aber stillschweigend anerkannt. Wie wohlthätig für das Land die unverfälschte öffentliche Meinung das Ende von Napoleon's Herrschaft betrachtete, bewies der Umstand, daß das Einrücken der Verbündeten in Paris, welches als Beendigung des unheilvollen Krieges angesehen wurde, ein bedeutendes Steigen der Staatspapiere zur Folge hatte. Die Ueberzeugung, der längst ersehnte Frieden sei nun endlich nahe, erfüllte alle mit Hoffnung, daß der daniederliegende Handel und die stockenden Gewerbe sich wieder beleben würden.

Die Mittheilung Caulaincourt's, daß die Verbündeten unbedingte Verzichtleistung auf die Krone von Napoleon verlangten und mit ihm nicht unterhandeln wollten, versetzte denselben in heftigen Zorn.

„Man muß so erniedrigende Unterhandlungen abbrechen“, rief er aus. „Der Krieg und seine Zufälle bieten nichts Schlimmeres, als solche Bedingungen. Ich werde sie nicht annehmen. Glauben denn diese übermüthigen Sieger, daß sie Frankreichs Herren sind, weil ihnen der Verrath die Thore von Paris geöffnet hat? Wenn auch eine Handvoll niederträchtiger Verschwörer mein Verderben ausgebrütet, die Nation hat diese Schandthat nicht gut geheißen. Ich werde das Volk aufrufen. Die Thoren! Sie begreifen nicht, daß ein Mann wie ich erst dann furchtbar zu sein aufhört, wenn er im Grabe liegt. Morgen, in einer Stunde kann ich die hemmenden Fesseln abschütteln und mich erheben, ebenso stark und furchtbarer, als je, an der Spitze von 130000 Streitern. Hören Sie meine Berechnung, Caulaincourt! Ich habe hier um mich 25000 Mann meiner Garde; diese Riesen, der Schrecken der feindlichen Legionen, werden der Kern sein, um welchen ich das 30000 Mann starke Heer von Lyon, die 18000 Mann Grenier's, welche aus Italien ankommen, die 15000 Mann Suchet's und die unter Soult's Befehlen zerstreuten 40000 Mann vereinigen werde. Das macht ein Heer von 130000 Mann. Ich bin Herr aller Festungen Frankreichs und

Italiens. Noch ist mir nicht bewußt, daß sie nur Eidbrüchige und Verräther umschließen. Noch stehe ich aufrecht, gestützt auf denselben Degen, welcher mir alle Hauptstädte Europa's geöffnet hat. Ich bin noch der Anführer der tapfersten Truppen der ganzen Welt, dieser französischen Schlachthaufen, die nirgends besiegt worden sind. Ich werde alle Männer von Herz zur Vertheidigung des Vaterlandes, seiner Grundsätze, seiner Freiheit aufrufen; ich werde über meine Adler «Unabhängigkeit und Vaterland» schreiben, und meine Adler werden wieder furchtbar werden. Wenn die Anführer des Heeres, welche ihren Ruhm meinen Eroberungen, meinen bewunderungswürdigen Soldaten verdanken, wenn diese verweichlichten Führer der Ruhe pflegen wollen, so mögen sie gehen, ich werde unter wollenen Achselbändern Generale und Marschälle finden. Diese mit Stickerei bedeckten Uniformen haben ihre einfachen grobtuchenen Kaputröcke vergessen, und mit ihnen war doch ihr schönster Ruhmestitel verknüpft!"

Als diese leidenschaftliche Beredsamkeit Caulaincourt's Meinung nicht änderte, dieser vielmehr unter Hinweisung auf die Lage der Dinge, welche ferneren Widerstand hoffnungslos mache, ihn bat sich doch besser zu bedenken, erwiderte Napoleon:

„Alles ist bedacht. Mir ist keine Wahl der Mittel mehr vergönnt. Ich entsage jeder Unterhandlung. Sie haben das persönliche Opfer zurückgestoßen, das ich mir auferlegte, um den Frieden und die Ruhe Frankreichs zu erkaufen. Sie haben unverschämt meine Entsagung anzunehmen verweigert, so nehme ich sie denn zurück. Ich gehe in den Kampf. Meine Stelle ist über, oder unter der Fläche eines Schlachtfeldes bezeichnet. Möge das französische Blut, das noch fließen wird, indem es sie mit Koth bedeckt, auf die Elenden fallen, welche den Untergang des Landes gewollt haben." [1])

Wie hoffnungslos der Kampf der zerstreuten Reste des französischen Heeres, wäre es auch wider alle Wahrscheinlichkeit gelungen sie zu vereinigen, gegen die zur Zeit schon fünf Mal stärkeren Kriegsmassen der Verbündeten gewesen sein würde, darüber waren Napoleon's Marschälle keinen Augenblick in Zweifel. Nur er selbst, von Leidenschaft verblendet, hätte, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, rachedürstend den Krieg fortgesetzt, und den Tod im Gemetzel des Vernichtungskampfes einer versöhnlichen Beendigung des von ihm

---

[1]) Ch. de Sor, II, 56—59.

entzündeten europäischen Völkerkrieges vorgezogen. Die obersten Führer seines Heeres verweigerten aber sämmtlich ihre Theilnahme an einem so hoffnungslosen Kampfe, der nur die Aufrechthaltung von Napoleon's Herrschaft bezweckt, und Frankreich in noch tieferes Unglück gestürzt haben würde. Ja es wurden Stimmen unter seinen vornehmsten Offfzieren laut, welche erklärten: im äußersten Falle sei es gerechtfertigt Napoleon aus dem Wege zu räumen. Bei einer solchen Stimmung seiner nächsten Umgebung trug er Bedenken seine Truppen zu Erneuerung des Kampfes aufzufordern, obschon wahrscheinlich die Mehrzahl und die meisten der jüngeren Offiziere dem Rufe gefolgt sein würden. Allein er scheute das Mißlingen des Versuchs, und begnügte sich über seine Truppen Musterung zu halten, während er das Ergebniß der wieder angeknüpften Unterhandlungen abwartete. Als man ihm die Meldung brachte, die Verbündeten hätten sein um Fontainebleau stehendes Heer vollkommen eingeschlossen, erwiderte er zuversichtlich: Ein für Eilboten verschlossener Weg öffnet sich bald vor 50000 Mann! Doch unterließ er es den Durchbruch zu versuchen. Die Kampflust seiner Truppen nahm unterdessen immer mehr ab. Vergebens bemühte er sich die des Krieges müden Marschälle und Generale, welche einwendeten, sein Entschluß den Kampf zu erneuern werde einen Bürgerkrieg herbeiführen, dadurch zu gewinnen, daß er ihnen vorstellte, wenn man auf die längere Vertheidigung Frankreichs verzichten müsse, so biete Italien ihm noch einen seiner würdigen Zufluchtsort. Man solle ihm noch ein Mal dahin folgen. Die Heerführer gaben keine zustimmende Antwort, sondern verharrten in düsterem Schweigen. Ebenso vergeblich erinnert er sie daran, wie er persönlich der Krone zu entsagen keinen Anstand genommen habe, doch die Rechte seines Sohnes zu vertheidigen sich für verpflichtet halte. Sie verweigern ihre Unterstützung. Durch die Verheißungen der Verbündeten darüber beruhigt, daß der Nationalunabhängigkeit keine Gefahr drohe, ziehen sie dem dynastischen Interesse Napoleon's ihr eigenes vor, welches durch Anerkennung der einstweiligen Regierung gesichert ist. Als er sich endlich von der Unmöglichkeit überzeugt sie für seine abenteuerlichen Kriegspläne zu gewinnen, ruft er erbittert aus:

„Ruhe wollt Ihr? Nun so habt sie denn! O, Ihr wißt nicht wie viel Kummer und Gefahren auf Euern Daunenbetten Euerer harren. Einige Jahre dieses Friedens, welchen Ihr so theuer zu erkaufen in Begriff seid, werden eine größere Anzahl von Euch niedermähen, als der Krieg, der verzweifeltste Krieg gethan haben würde."

Er ergreift hierauf die Feder und schreibt die geforderte unbedingte Verzichtleistung auf die Krone mit folgenden Worten nieder:

„Da die verbündeten Mächte behauptet haben, der Kaiser Napoleon sei das einzige Hinderniß für die Wiederherstellung des Friedens in Europa, so erklärt der Kaiser Napoleon, treu seinem Eide, daß er für sich und seine Kinder dem Throne Frankreichs und Italien's entsage, und daß es kein Opfer gebe, selbst das seines Lebens nicht, welches er nicht bereit sei für Frankreichs Wohl zu bringen."

Welche edle Aufopferung scheint aus dieser Erklärung hervorzugehen, während sie doch nichts ist, als ein ihm abgedrungenes Zugeständniß, das er, um Sympathie zu erregen, in die Worte freiwilliger edler Entsagung kleidet, schlau aus der Noth eine Tugend machend.

Der Herzog von Vicenza, wiederum von Ney und Macdonald begleitet, eilt noch an demselben Tage — es war der 10. April — mit dieser Entsagungsurkunde nach Paris, und findet die über die endliche unblutige Entscheidung erfreuten Souveräne bereit Napoleon's und seiner Familie persönliche Verhältnisse um so großmüthiger zu ordnen, als derselbe seinen Bevollmächtigten keine diesfallsigen Verhaltungsbefehle gegeben hatte. Bei ihrer Rückkehr betraf jedoch seine erste Frage die ihm selbst von den Verbündeten gemachten Zugeständnisse.

Nachdem man noch sofort über die Hauptpunkte sich vereinigt hatte, wurde die Vertragsurkunde am folgenden Tage unter nachstehenden Bedingungen ausgefertigt:

Napoleon entsagt für sich, seine Nachfolger und Nachkommen, sowie für alle Glieder seiner Familie jedem Rechte der Souveränetät und Herrschaft über das französische Kaiserreich und das Königreich Italien, sowie über jedes andere Land. Ihm und seiner Gemahlin verbleibt der kaiserliche, seinen Angehörigen der fürstliche Titel. (Art. I, II.)

Die Insel Elba, der künftige Aufenthaltsort Napoleon's, wird ihm unter dem Schutze der Mächte als ein unabhängiges Fürstenthum nebst einem Jahreseinkommen von zwei Millionen Francs verliehen, wovon die Hälfte seiner Gemahlin als Witthum zufällt. (Art. III, IV.)

Die Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla werden der Kaiserin Marie Luise verliehen und ihrem Sohne, welcher den fürstlichen Titel dieser Länder sofort annimmt, fallen dieselben nach ihrem Tode zu. (Art. V.)

Den Gliedern der Familie Buonaparte wird ein Jahreseinkommen

von $2\frac{1}{2}$ Millionen Francs in Domänen oder Renten, und außerdem der Besitz ihrer Güter zugesichert. Der ersten Gemahlin Napoleon's, Josephine, wird außer ihren Domänen und Gütern ein Einkommen von 1 Million Francs, sowie ihrem Sohne Eugen Beauharnais eine angemessene Versorgung außerhalb Frankreich zugesichert. Das Vermögen Napoleon's fällt der französischen Krone anheim, welche auch die von ihm hinterlassenen Schulden berichtigt, jedoch werden zwei Millionen zu seiner Verfügung gestellt, um damit seine Diener belohnen zu können. Die Kriegscorvette, welche Napoleon nach Elba bringt, bleibt sein Eigenthum, es wird ihm eine Leibwache von 400 Mann zugestanden. Zwölf bis fünfzehnhundert Mann der Garde aller Waffengattungen sollen ihn bis nach St.-Tropez, dem Einschiffungsorte, geleiten. Die Franzosen, welche Napoleon folgen und nicht innerhalb dreier Jahre zurückkehren, verlieren das französische Bürgerrecht. Den in französischen Diensten gestandenen Polen wird die Erlaubniß bewilligt mit der ihnen eigenthümlich verbleibenden Kriegsrüstung in ihre Heimat zurückzukehren und ihre Auszeichnungen und Pensionen zu behalten. (Art. VI — XIX.)

Obschon dieser Vertrag von Seiten Frankreichs sowol durch die einstweilige Regierung mittels Erklärung vom 11. April, als auch von Ludwig XVIII. durch den von ihm zum Minister ernannten Fürsten von Benevent mittels Erklärung vom 31. Mai genehmigt wurde, so unterblieben doch die bedungenen Zahlungen an Napoleon und seine Familie, was derselbe nach seiner Rückkehr von Elba als Grund benutzte, weshalb er seine Verzichtleistung auf die französische Krone als ungeschehen zu betrachten berechtigt sei.

Von Seiten der Verbündeten wurde der Vertrag nur von den Bevollmächtigten Rußlands, Oesterreichs und Preußens gleichzeitig mit denen Napoleon's unterzeichnet. Lord Castlereagh lehnte im Namen Englands die schriftliche Mitvollziehung ab, weil seine Regierung Napoleon den Kaisertitel nicht zugestehen wollte; dagegen erfolgte am 27. April die förmliche Einwilligung Englands in die Napoleon und seiner Gemahlin gemachten Landesbewilligungen. [1])

---

[1]) Fain, a. a. O., S. 408 — 423. De Martens, I, 695 — 703.

Neunzehnter Abschnitt.

Napoleon nimmt nach mißlungenem Selbstmordversuche die ihm von den Verbündeten gemachten Gegenbewilligungen an, nimmt von seiner Garde Abschied, und begiebt sich nach Elba. Ende des Napoleonischen Vicekönigreichs Italien. Die Ankunft des Grafen Artois in Paris macht der einstweiligen Regierung ein Ende. Er genehmigt die Uebergabe der Festungen und des Kriegsmaterials, sowie den die Räumung Frankreichs durch die verbündeten Heere betreffenden Vertrag. Rückkehr Ludwig's XVIII. und dessen Unterredung mit Kaiser Alexander wegen einer den Franzosen zu gebenden Verfassung. Seine Ansprache an dieselben in Betreff der von ihm zu befolgenden Regierungsgrundsätze. Versammlung der Notablen, Abfassung und Bekanntmachung der Charte.

Während der Vertrag, welcher seine Thronentsagung betraf, in Paris verhandelt wurde, erhielt Napoleon die unbegründete Nachricht, daß der Kaiser von Oesterreich, unzufrieden mit der seinem Schwiegersohne angesonnenen unbedingten Thronentsagung, sich derselben zu widersetzen und ihn zu diesem Behufe zu unterstützen entschlossen sei. Auf diese, seinen Wünschen entsprechende und deshalb gern geglaubte Kunde suchte er die Ueberreichung der soeben erst aus den Händen gegebenen unbedingten Entsagungsurkunde zu verhindern. Ungeduldig über das Ausbleiben jeder Antwort auf den deshalb an Caulaincourt abgeschickten Befehl, sendete er binnen vierundzwanzig Stunden nacheinander sieben Eilboten an jenen ab. Allein sein Widerruf kam zu spät, denn die Entsagungsurkunde war bereits den Verbündeten überreicht, und von diesen sofort durch die Zeitungen veröffentlicht worden. Zürnend empfing daher Napoleon seinen treuen Unterhändler und verweigerte die Unterzeichnung des auf Grund seiner unbedingten Entsagung von Caulaincourt in seinem Namen abgeschlossenen Vertrags, indem er behauptete, da man ihn

zwinge vom Throne zu steigen, so bedürfe es eines besonderen Entsagungsvertrags nicht. Er stimmte hierin merkwürdigerweise mit den Bourbonen überein, welche aus anderen Gründen mit dieser Entsagung nicht einverstanden waren. Sie leugneten nämlich, daß seit dem blutigen Ende Ludwig's XVI. eine gesetzmäßige Regierung in Frankreich bestanden habe, und wollten nicht, daß man die Wiederherstellung des Königthums als eine Folge der Entsagung Napoleon's auf den französischen Thron betrachte, da sie ihn nur als dessen unrechtmäßigen Besitzer, und ihr eigenes Recht auf den Thron als unzerstörbar ansahen.

Einer ihrer Anhänger, ein Herr von Maisonfort, tadelte die Verbündeten, daß sie mit Napoleon als gekröntem Haupte unterhandelt hätten, und warf dabei die Frage auf: „Warum ward er durch die Politik losgesprochen, da das Geschick ihn verdammt hat?" Allein die Verbündeten, mit Ausnahme Englands, hatten ja Napoleon als Kaiser anerkannt. Seine Sieger durften ihn entthronen, waren aber an die Gesetze des Völkerrechts gebunden, welche nur blinde Parteiwuth mißachtet. Die Verbündeten betrachteten auch die förmliche Thronentsagung Napoleon's als die hochwichtige Urkunde, welche der neuen Ordnung der Dinge in Frankreich als gesetzliche Grundlage dienen sollte, und folgten hierin den überlieferten Satzungen des neueren Staatsrechts. Allerdings ist eine erzwungene Einwilligung nach dem Vernunftrechte ungültig, aber aus der Annahme von Vortheilen, welche ihm für seine Entsagung geboten wurden, ging ja die freiwillige Zustimmung Napoleon's hervor. Hätte er sie aber auch nicht ertheilt, so durften die Verbündeten die Berechtigung zu seiner Thronentsetzung aus dem unbestrittenen Grundsatze des Völkerrechts ableiten, wonach der sie ungerechter Weise bekriegende Kaiser der Franzosen dem Gesetze des Siegers sowol thatsächlich, als rechtlich unterworfen war.

Vergeblich gab Caulaincourt Napoleon zu erwägen, daß die Umstände kein ferneres Abwarten von seiner Seite gestatteten, sondern die Fassung eines unwiderruflichen Entschlusses erheischten. Alles, was er erlangte war, daß Napoleon nach langem Stillschweigen erwiderte: „Man muß damit zu Ende kommen, ich fühle es. Mein Entschluß ist gefaßt. Auf Morgen, Caulaincourt!"

In der nächstfolgenden Nacht vom 12. zum 13. April kämpfte Napoleon mit dem Tode. Durch ein Gift, welches er seit seiner Flucht aus Moskau für verzweifelte Fälle bei sich trug, hatte er sein Leben enden wollen. Allein mochte die Kraft des Giftes

durch die Zeit geschwächt, oder die Gabe nicht stark genug, oder die Wirkung durch das ihm von Caulaincourt aufgenöthigte Getränk, welches der kaiserliche Leibarzt Yvan als einziges Rettungsmittel bezeichnet hatte, gebrochen worden sein, heftiges Erbrechen beseitigte mit dem Gifte die Gefahr. Napoleon's Lebensbahn war noch nicht geendet. Von Neuem sollte, ehe ein Jahr verrann, sein Name den Welttheil erschüttern. Von Neuem bedurfte es blutiger Schlachten, um ihm die französische Krone, welche er wieder auf sein Haupt gesetzt hatte, zu entreißen.

Am 13. April genehmigte endlich Napoleon den von Caulaincourt in seinem Namen unterzeichneten Entsagungsvertrag. Als er auf diese Weise mit seiner Vergangenheit abgeschlossen hatte, wurde er heiterer, und äußerte sich unverhohlen über Frankreichs Lage. Er stellte nicht in Abrede, daß, nachdem er die Krone niedergelegt habe, die Wiederherstellung der bourbonischen Herrschaft für Frankreich das Geeignetste sei, wenn sie es sich zur Aufgabe mache die inneren Parteien zu versöhnen. „Ludwig“, sagte er, „hat Talente und Mittel. Er ist zwar alt und kränklich, indessen wird er, denke ich, seinen Namen nicht zu einer schlechten Regierung hergeben. Wenn er weise ist, so wird er sich in mein Bett legen und sich damit begnügen die Ueberzüge zu wechseln. Aber er muß das Heer gut behandeln, und aller Rückblicke auf die Vergangenheit sich zu enthalten suchen, sonst wird seine Herrschaft von kurzer Dauer sein.“

So äußerte er auch, daß der Zustand Frankreichs die Gültigkeit der über die Nationalgüter abgeschlossenen Käufe bedinge, sie dürfe nicht zu Gunsten des alten, aus der Verbannung zurückkehrenden Adels aufgehoben werden. Diesem läge nur die Wiedererlangung seiner alten Vorrechte am Herzen. Nur um diesen Preis würde derselbe dem Könige seinen Beistand leihen.

„Wenn ich in Ludwig's Lage wäre“, äußerte Napoleon ferner, „so würde ich die kaiserliche Garde nicht beibehalten. Ich habe sie zu gut behandelt, um ihrer Anhänglichkeit nicht sicher zu sein, und er wird staatsklug handeln wenn er sie entläßt, und denjenigen Offizieren und Soldaten, welche zu bleiben vorziehen, Beförderungen in der Linie gewährt.“ Schließlich richtete er an die ihn umgebenden Offiziere noch folgende Worte: „Meine Herren, wenn ich nicht mehr bei Ihnen bin, und Sie eine andere Regierung haben, so wird es sich für Sie geziemen derselben aufrichtig sich anzuschließen, und ihr so treu zu dienen, wie Sie mir gedient haben. Ich ersuche Sie, ja ich befehle Ihnen sogar dies zu thun. Deshalb gebe ich

allen, welche ihre Entlassung wünschen, um nach Paris zu gehen, meine Erlaubniß dazu; diejenigen aber, welche hier bleiben, werden gut thun der bourbonischen Regierung ihre Ergebenheitserklärung zu übersenden."

Schwerlich entsprangen diese Aeußerungen der aufrichtigen Meinung Napoleon's, sondern wurden nur gethan, um die Welt glauben zu machen: er habe jeden Gedanken aufgegeben sich der Herrschaft über Frankreich wieder zu bemächtigen. Dies ist theils wegen seines doppelzüngigen, schlauen und herrschsüchtigen Charakters, theils wegen der Art anzunehmen, wie er sich gegen Caulaincourt aussprach, als er diesen treuen Diener, auf dessen Verschwiegenheit er zählen konnte, entließ. Er lehnte dessen Anerbieten ihn zu begleiten ab, weil er ihm und den Seinigen in Frankreich nützlicher sei, nannte die Wiederberufung der Bourbonen auf den französischen Thron ungereimt, und bezeichnete die Klippen, an welchen die neue Ordnung der Dinge scheitern müsse.

„Zwischen diesen alten Bourbons und den neuen Franzosen", rief er aus, „besteht eine Unverträglichkeit der Gemüthsart, die Zukunft geht mit Ereignissen schwanger! In einigen Tagen werde ich in dem mir unumschränkt zugehörenden Gebiete der Insel Elba mich niedergelassen haben. Ich kann es nicht erwarten dort Athem zu schöpfen, ich ersticke hier. Ich habe für Frankreich große und herrliche Dinge geträumt, doch hat mir die Zeit gefehlt sie zu verwirklichen. Die Mitwirkung aller war mir nothwendig, man hat sie mir verweigert. Ich habe es Ihnen zu Düben gesagt, Caulaincourt, das französische Volk weiß das Unglück nicht zu ertragen. Dieses Volk, das tapferste, einsichtsvollste der Erde, ist nur beharrlich in seiner Bereitwilligkeit in den Kampf zu eilen, Niederlagen aber entmuthigen es. Sechzehn Jahre sind die Franzosen mit mir von Eroberung zu Eroberung geschritten. Ein einziges unheilvolles Jahr hat alles der Vergessenheit überliefert, alles verschlungen! Die Art und Weise, wie man mich behandelt, ist niederträchtig. Was! man trennt mich gewaltsam von meiner Frau, von meinem Sohne? In welchem barbarischen Gesetzbuche findet man den Artikel, der einen Souverän seiner Eigenschaft eines Vaters und Gatten beraubt, in Kraft welchen grausamen Gesetzes maßt man sich das Recht an das zu trennen, was Gott vereinigt hat? — Die Geschichte wird mich rächen. Sie wird verkünden: Napoleon war als Krieger und Sieger milde und großmüthig, aber der besiegte Napoleon wurde von den alten Monarchien Europa's unwürdig behandelt."

Hätte Napoleon seit dem 18. Brumaire (9. Nov.) 1799, wo er sich zum Beherrscher der französischen Republik aufwarf, seine und seines Volkes Größe weniger auf den leichenbedeckten Schlachtfeldern seiner Siege und in der Knechtung des Welttheils gesucht, als nach siegreicher Vertheidigung Frankreichs, in Entwickelung der unzähligen Keime des Wohlstandes und der Bildung, womit dieses Land von der Natur so reich ausgestattet ist, so würde ihm die Zeit nicht gefehlt haben jene geträumten großen und herrlichen Dinge zu verwirklichen. Wäre es ihm aber auch vergönnt gewesen doppelt so lange, als es wirklich der Fall war, Frankreich zu beherrschen, so würde er zwar die Zahl seiner Siege und Eroberungen, zugleich aber auch die Erschöpfung und das Elend des von ihm beherrschten Welttheils verdoppelt, jedoch für die Wohlfahrt desselben zu sorgen immer noch keine Zeit gefunden haben.

Auch der Vorwurf, daß das französische Volk das Unglück nicht zu ertragen wisse, war ein ungerechtfertigter. Als der für seine Eroberungssucht endlich hart gezüchtigte Ludwig XIV. zuletzt wirklich nur für die Ehre und Unabhängigkeit Frankreichs kämpfte, bot sein erschöpftes Volk willig die letzten Kräfte für die Erkämpfung eines annehmlichen Friedens auf, und errang ihn auch. Wäre Napoleon geneigt gewesen die ihm zu Prag, zu Frankfurt, oder selbst noch zu Chatillon angebotenen ehrenvollen Friedensbedingungen anzunehmen, so würde er keine Veranlassung gehabt haben jene Anklage gegen das französische Volk zu erheben, welchem es wahrlich nicht zu verdenken war, daß es den langersehnten Frieden der blutigen Herrschaft seines Kaisers vorzog.

Ebenso ungerechtfertigt war die von Napoleon in Bezug auf die Trennung von seiner Familie gegen seine Sieger ausgestoßene Beschuldigung. Die Kaiserin Marie Luise, welche dem Ansinnen ihrer Schwäger Joseph und Jérome, sowie der ihr gefolgten Minister: Blois zu verlassen und nach Tours, Rennes oder Bercy zu gehen, sich beharrlich widersetzt hatte, war am 6. April durch den Grafen Schuwalow über die von ihr geahnten Ereignisse in Paris unterrichtet worden. Am folgenden Tage legte sie daher die Regentschaft nieder, und begab sich mit ihrem Sohne auf die Aufforderung ihres Vaters nach Rambouillet, wo sie mit demselben zusammentraf. Kaiser Franz eröffnete ihr, daß die Umstände ihre zeitweilige Trennung von Napoleon erheischten, mit welchem man sie später wieder vereinigen werde. Für jetzt möge sie sich mit ihrem Sohne nach Wien in den Schos ihrer Familie begeben. Marie Luise zog den Aufenthalt in

der glänzenden Hauptstadt ihres Vaters der Insel Elba vor, wohin ihr Gatte, der entthronte Imperator, sich zurückziehen mußte. Gegen sie hatte Napoleon nicht gefehlt, so groß auch seine sonstige Verschuldung war. Ihre kaiserliche Abkunft, nicht geistige Ebenbürtigkeit hatte sie dem ersten Manne des Jahrhunderts zugesellt, und er verlor sie als ein Zubehör seiner Krone mit dieser. Nur seiner Gemahlin, nicht seinen Siegern hätte er sein Unglück als Gatte und Vater zurechnen sollen.

Die Gemahlin seines unbedeutenden Bruders Jérome zeigte sich dagegen als eine pflichtgetreue, liebende Gattin; sie wollte, nachdem sie mit ihrem Gemahle, obwol er sich manches gegen sie hatte zu Schulden kommen lassen, den Thron getheilt hatte, nun auch sein Mißgeschick theilen. Sie zeigte ihrem Vater, dem despotischen Könige von Würtemberg, welcher anderer Ansicht war, eine so beharrliche Entschlossenheit, daß derselbe sich endlich dem edeln Verlangen seiner Tochter fügen mußte. Auch Marie Luisen, hätte sie mit gleicher Festigkeit darauf bestanden mit ihrem Gemahle vereint zu bleiben, würde man dies nicht verweigert haben.

Die Geschichte weiß endlich nichts von Napoleon's Milde und Großmuth gegen Ueberwundene. Entweder stieß er die von ihm besiegten Fürsten vom Throne, oder beraubte sie wol auch ohne Krieg durch Ränke, oder offene Gewaltthat ihres Landes, oder er ließ sie im besten Falle, nachdem er ihnen einen Theil ihres Gebiets entrissen hatte, nur unter der Bedingung blinden Gehorsams fortregieren, wenn er dies eben vortheilhafter fand, und rühmte sich dann bewunderungswürdiger Großmuth. Erinnert man sich, daß Napoleon dem bei Auerstädt tödtlich verwundeten Herzog von Braunschweig die Erfüllung der Bitte verweigerte, in seinem väterlichen Schlosse sterben zu dürfen, sodaß der unglückliche Greis sich nach Ottensee bei Altona schaffen lassen mußte, um ruhig seinen letzten Seufzer auszuhauchen; gedenkt man des verrätherisch seiner Freiheit beraubten Negergenerals Toussaint L'Ouverture, welchem er mit raffinirter Grausamkeit das im rauhen Juragebirge liegende Fort Joux zum Gefängniß anwies, wo dieser dem ungewohnten Klima erlag; gedenkt man der unzähligen anderen Opfer seiner Rachsucht, so erstaunt man über jenes unverschämte Selbstlob. Hätte man strenges Vergeltungsrecht an ihm üben wollen, sein Loos wäre ein anderes und schreckliches gewesen.

Erst am 20. April traf Napoleon Anstalten zur Abreise, nachdem bereits vier Tage vorher die von den verbündeten Mächten zu

seiner Begleitung bis zum Einschiffungsorte beauftragten vier Offiziere angekommen waren. Es waren dies der russische General Graf Schuwalow, der österreichische General von Koller, der preußische General Graf Truchseß-Waldburg und der englische Oberst Campbell. Letzterer hatte zugleich den Auftrag, Napoleon, ohne als Gesandter bei ihm beglaubigt zu sein, in dessen neuem Fürstenthume zu beobachten. Wie eifersüchtig Napoleon bis zum letzten Augenblicke darüber wachte, daß man ihm als Souverän begegne, davon gab er noch vor seiner Abreise eine Probe. Als ihm nämlich, während der Herzog von Bassano Abschied nahm, von Seiten Bertrand's gemeldet wurde, daß die für die Abreise bestimmte Stunde da sei, rief er unwillig aus: „Nun das ist etwas Neues! Seit wann werden unsere Bewegungen nach der Uhr des Großmarschalls geregelt? Wir wollen nicht eher abreisen, als bis es uns gefällig ist, vielleicht reisen wir gar nicht ab!“

Vierzehn Wagen bildeten seinen Reisezug. Ehe er den seinigen bestieg, richtete er noch folgende Abschiedsworte an die Krieger, die bis dahin bei ihm ausgeharrt hatten:

„Soldaten meiner alten Garde! Ich sage Euch Lebewohl. Seit zwanzig Jahren habe ich Euch stets auf dem Wege der Ehre und des Ruhmes gefunden. In diesen letzten Zeiten, wie in jenen unseres Glücks habt Ihr nicht aufgehört Muster der Tapferkeit und Treue zu sein. Mit Männern, wie Ihr seid, war unsere Sache noch nicht verloren, aber der Krieg hätte kein Ende genommen, es wäre ein Bürgerkrieg gewesen und Frankreich wäre durch denselben nur noch unglücklicher geworden. Ich habe daher unsere Interessen denjenigen des Vaterlandes zum Opfer gebracht. Ich gehe von dannen, doch Ihr, meine Freunde, fahrt fort Frankreich zu dienen. Sein Glück war mein einziger Gedanke, es wird immer der Gegenstand meiner Wünsche bleiben. Beklaget nicht mein Loos. Wenn ich eingewilligt habe mich selbst zu überleben, so geschieht es um noch für Euern Ruhm thätig zu sein. Ich will die Großthaten niederschreiben, welche wir zusammen verrichteten. Lebt wohl, meine Kinder! Ich möchte Euch alle an mein Herz drücken, so will ich denn wenigstens Euere Fahne umarmen!“

Bei diesen Worten ergreift der General Petit den Adler und nähert sich Napoleon, welcher ihn umarmt und die Fahne mit den Worten küßt:

„Noch ein Mal, lebt wohl, meine alten Gefährten! Möge dieser letzte Kuß in Eueren Herzen widerhallen!“

Nur das Schluchzen seiner ihn vergötternden Krieger unterbricht die feierliche Stille dieser ergreifenden Scene, bis Napoleon sich losreißt und unter ihren endlosen Zurufen sich in den Reisewagen wirft, welcher rasch davonrollt.[1])

Bis zu den Grenzen der Provence erhielt Napoleon Beweise der Ergebenheit von Seiten der Bevölkerung, und der Ruf: „Es lebe der Kaiser!" erfreute häufig sein Ohr. Als er aber jene südlichste Provinz Frankreichs betrat, deren Zuneigung er nie besessen hatte, erblickte er die weiße Cocarde an den Hüten, und vernahm den Ruf: „Es lebe der König!" Bald stießen auch Volkshaufen laute Drohungen wie: „Tod dem Tyrannen! Nieder mit dem Schlächter unserer Kinder!" bei seinem Erscheinen aus. In Avignon richtete der wachthabende Offizier, wegen der feindlichen Absichten des Pöbels gegen Napoleon sehr besorgt, an den vorausgeeilten Oberst Campbell die Frage: ob die Bedeckung des kaiserlichen Reisezuges stark genug sei, um einem Volksaufstande zu widerstehen? Campbell empfahl ihm darauf die Ergreifung aller möglichen Sicherheitsmaßregeln, denn die 12—1500 Mann Garde, welche nach dem 15. Artikel des am 11. April mit Napoleon abgeschlossenen Vertrags von Fontainebleau ihn geleiten sollten, begleiteten ihn nicht, und die auf Befehl der Verbündeten zu seinem Schutze bei Grenoble, Gap und Sisteron aufgestellten Truppen konnten ihm nichts nützen, weil er für gut befunden hatte von der, für seine Reise bestimmten Richtung abzuweichen. Ungeachtet nun der Pferdewechsel an anderen, als den ursprünglich bestimmten Orten stattfand, wurde der Pöbel dadurch doch nicht getäuscht, und Napoleon, auf welchen die Volkswuth einen so tiefen Eindruck machte, daß er Thränen vergoß, sah sich veranlaßt zu mehrfachen Verkleidungen und Vorsichtsmaßregeln aller Art seine Zuflucht zu nehmen, um sein Leben zu retten.

In Orgon schleppte der Pöbel das mit Blut besudelte Bild des Kaisers herbei, und durchsuchte fruchtlos den Wagen, in dem er ihn vermuthete. Ohne die ergriffenen Vorsichtsmaßregeln und die Bemühungen der Reisecommissare würde Napoleon auf dem Wege von Avignon bis La Calade ein Opfer der Volkswuth geworden sein, und es wird behauptet, daß ein hochstehender Revolutionsmann nach Barrère's Grundsatze: „Nur die Todten kommen nicht wieder", dieselbe geflissentlich aufgestachelt habe.

---

[1]) Ch. de Sor, II, 76—91, 112—115. Fain, S. 386—423. Walter Scott, The life of Napoleon Buonaparte, VIII, 245—249, 253—262.

In Frejus, wo Napoleon bei seiner Rückkehr aus Aegypten den französischen Boden betreten hatte, verließ er jetzt denselben. Die Fregatte Dryade und eine Brigg, „die Unbeständige" genannt, waren von Toulon gekommen, um ihn nach Elba zu bringen. Die ihm im Vertrage verheißene Corvette war nicht zu seiner Verfügung gestellt worden. Da nun Napoleon nicht unter bourbonischer Flagge in See gehen wollte, so bediente er sich eines englischen Kriegsschiffes, des „Unerschrockenen" zur Ueberfahrt in sein Inselfürstenthum. Am 4. Mai stieg er zu Porto Ferrajo unter den Ehrenbezeigungen seiner neuen Unterthanen ans Land. [1])

Die Nachricht von der durch die Einnahme von Paris auf dem Hauptschauplatze des Krieges herbeigeführten Entscheidung gelangte in Wellington's Lager zu spät, um die blutige Schlacht bei Toulouse am 12. April zu verhindern. Die Schuld dieser zwecklosen Metzelei trifft den Marschall Soult, welcher nach einem eigenthümlichen Begriffe von militärischer Ehre das Treffen deshalb nicht vermied, weil die ihm bereits seit dem 7. April zugegangene Kunde von jenen Vorfällen keine amtliche war. Ein Waffenstillstand zu Erlangung einer solchen wäre für beide Theile ein gleich vortheilhaftes Auskunftsmittel gewesen. So aber wurde die Vertreibung der Franzosen aus ihren festen Stellungen und aus Toulouse mit einem, den französischen weit übersteigenden Menschenverluste erkauft, und erst dann das zwecklos gewordene Blutvergießen auch hier beendigt.

Der Krieg in den Niederlanden, welcher die Einschließung der in französischen Händen befindlichen Festungen bezweckte, war als von geringer Bedeutung ohne große Anstrengung geführt worden, bis der am 12. April zwischen dem Herzoge von Weimar und dem Generale Maison abgeschlossene Waffenstillstand demselben ein Ende machte. Der Kronprinz von Schweden, welcher, nachdem er Dänemark zum Frieden gezwungen, ebenfalls in die Niederlande eingerückt war, hatte seine Thätigkeit nicht sowol kriegerischen Unternehmungen, als Unterhandlungen gewidmet, welche seine ehrgeizigen Absichten auf den französischen Thron befördern sollten; er überzeugte sich aber endlich von der Hoffnungslosigkeit seines Strebens.

In Oberitalien schließlich hatte der Vicekönig Eugen den Waffen der Oesterreicher zuvörderst unter dem Feldzeugmeister von Hiller, sodann unter dem Feldmarschalle Grafen Bellegarde, Widerstand geleistet. Durch die Volkserhebung in den illyrischen Provinzen und

---

[1]) Walter Scott, a. a. O., VIII, 264—278. Mémoires d'un homme d'état, XII, 402.

Murat's Abfall war er genöthigt worden bis an den Mincio zurückzuweichen. Auf Mantua gestützt, vertheidigte er sich tapfer gegen das ihm überlegene österreichische Heer, bis die Nachricht von der Abdankung Napoleon's ihn bewog am 16. April mit Bellegarde einen Waffenstillstand abzuschließen, nach welchem die französischen Truppen seines Heeres nach Frankreich zurückgingen, die italienischen aber in ihren Stellungen verblieben.

Von Seiten des Königreichs Italien wurden Abgeordnete in das Hauptquartier der Verbündeten gesandt; etwaige Feindseligkeiten sollten erst 14 Tage, nachdem deren Antwort zurückgebracht worden sei, wieder beginnen dürfen. Endlich sollten am 20. April die Festungen Osopo, Palma nuova, Venedig und Legnano den Oesterreichern übergeben werden. Ein Zusatzartikel bestimmte auch, daß denselben alles zu Venedig befindliche Material der französischen und italienischen Marine, sowie das dortige Zeughaus mit allem, was es enthielt, überliefert werden solle, weil der Befehlshaber der vor Venedig liegenden englischen Flotte Ansprüche hierauf erhoben hatte.

An die, in ihre Heimat zurückkehrenden Truppen erließ der Vicekönig folgende Ansprache: „Ihr seid im Begriffe an Euern Herd zurückzukehren. Mein inniger Wunsch wäre es gewesen Euch selbst dahin zu führen, und unter anderen Umständen würde ich niemandem die Sorge überlassen haben beim Wiedereintritt der Ruhe die Tapferen in die Heimat zu geleiten, welche mit einer so ausdauernden edeln Hingebung den Pfaden des Ruhmes und der Ehre gefolgt sind. Aber andere Pflichten gebieten mir mich von Euch zu trennen. Ein gutes, edelmüthiges, treues Volk, dem ich seit zehn Jahren mein Dasein gewidmet habe, hat auf den noch übrigen Rest desselben ein Recht. So lange es mir vergönnt sein wird mich mit seinem Glücke zu beschäftigen, was stets die liebste Aufgabe meines Lebens war, verlange ich für mich keine andere Bestimmung."

Hält man den Inhalt des Vertrags, welcher abgeschlossen wurde, nachdem man den Sturz Napoleon's bereits kannte, mit dieser Ansprache zusammen; erwägt man ferner, daß die Anführer der italienischen Truppen eine Aufforderung an den Prinzen Eugen richteten, die von Napoleon niedergelegte Krone von Italien fortan zu tragen, und daß der Erzkanzler Melzi auf Veranlassung des Prinzen Mejean den Senat aufforderte Abgeordnete an den Kaiser von Oesterreich zu senden, welche das Fortbestehen des Königreichs Italien unter Eugen's Herrschaft verlangen sollten: so ist es durchaus keinem

Zweifel unterworfen, daß Eugen die ihm von Napoleon in Aussicht gestellte eiserne Krone nun nach dessen Sturze mit Bewilligung der Verbündeten zu tragen hoffte. Frühere, von letzteren ihm durch seinen Schwiegervater, den König von Baiern, deshalb gemachte Anerbietungen, falls er Napoleon's Sache verlassen wolle, und Aeußerungen, welche vom Kaiser von Rußland gegen dessen Mutter, die Kaiserin Josephine, nach der Einnahme von Paris gemacht worden waren, hatten diese Hoffnung hervorgerufen. Allein was man ihm als Kaufpreis seines Beistandes gegen den damals noch gefürchteten Kaiser der Franzosen angeboten hatte, und was von ihm aus Dankbarkeit gegen Napoleon gewissenhaft zurückgewiesen worden war, hatte jetzt eine andere Bestimmung.

Oesterreich beanspruchte die Lombardei und Venedig für sich, und der Kaiser von Rußland unterstützte diese Forderung um so lieber, als er dadurch die österreichischen Ansprüche auf einen Theil des Großherzogthums Warschau zu beseitigen hoffte, von welchem er so wenig, als möglich herauszugeben entschlossen war.

Ein am 20. Mai in Mailand ausgebrochener Volksaufstand richtete sich zum Ueberflusse gegen Eugen's Anhänger. Der aufgestachelte wüthende Pöbel drang in den Versammlungssaal des Senats ein, stürzte Napoleon's Büste um, zerstörte den Saal und zwang den Senat den auf Melzi's Antrag zu Gunsten des Vicekönigs gefaßten Beschluß zu widerrufen und die Wahlen von Volksvertretern anzuordnen. Der schuldlose Finanzminister Graf Priona starb unter den Händen des wüthenden Pöbels, welcher endlich in Plünderungen den Lohn seiner Anstrengungen suchte. Am folgenden Tage ernannte der mailänder Stadtrath eine vorläufige Regierung von sieben Mitgliedern, die am 22. Mai von den zusammengetretenen Wählerschaften bestätigt wurde. Man übertrug den Oberbefehl über die italienischen Truppen dem General Pino, und veranlaßte am 23. Mai den Senat, die Unabhängigkeit des Königreichs Italien unter einem erblichen Könige und mit einer auf Volksvertretung beruhenden Verfassung zu erklären, eine Erklärung, die bei der Ohnmacht ihrer Urheber ohne Folgen blieb. An demselben Tage schloß Prinz Eugen, welcher inzwischen den Inhalt der Napoleon abverlangten unbedingten Entsagungsurkunde kennen gelernt hatte, und auch sonst die Hoffnung schwinden sah, der Nachfolger seines Stiefvaters im Königreiche Italien zu werden, mit dem Feldmarschalle Bellegarde den Vertrag von Mantua ab. In demselben wurde unter Bezugnahme darauf, daß Napoleon für sich, seine Erben und

Nachfolger jedem Rechte auf Italien entsagt habe, die Uebergabe aller festen Plätze dieses Landes an einem, durch die betreffenden Bevollmächtigten festzusetzenden Tage verabredet, und das vorläufige Verhältniß der italienischen Truppen geregelt. Eugen erließ hierauf am 26. April eine Bekanntmachung, in welcher er sagte, daß die jüngsten politischen Ereignisse die zwischen ihm und dem Königreiche Italien bestehende Verbindung gelöst hätten, und begab sich dann mit seiner Familie an den Hof seines königlichen Schwiegervaters nach München. [1])

In Paris suchten inzwischen dieselben Männer, welche Napoleon des französischen Thrones verlustig erklärt hatten, die neue Ordnung der Dinge ihren Ansichten und Interessen gemäß zu begründen. Der von ihrem Führer Talleyrand zusammenberufene Senat ernannte einen Ausschuß für die Entwerfung einer Verfassung, deren Entstehen Kaiser Alexander unterstützte, da sein ehemaliger Erzieher, der General Laharpe aus Genf, ihn davon zu überzeugen gewußt hatte, daß die Ruhe Frankreichs nur dadurch gesichert werden könne, wenn dem französischen Volke so viel Antheil an der Regierung verstattet würde, als mit dem Bestehen des wiederherzustellenden Königthums vereinbar sei.

Schon am Tage nach seinem Einzuge in Paris hatte Alexander deshalb den General Pozzo di Borgo an Ludwig XVIII. nach England gesendet, um diesen für seine Ansichten zu gewinnen. Der vom Senate schon am 6. April beendigte Verfassungsentwurf, welcher die Berufung Ludwig's auf den französischen Thron von der Annahme der in demselben enthaltenen Bestimmungen abhängig machte, erschien am folgenden Tage im „Moniteur". Er zeichnete sich besonders dadurch aus, daß er den Senatoren viele Vortheile gewährte. Aus letzterem Grunde, und weil man dem Senate, als dem bisherigen blinden Werkzeuge Napoleon's, eine derartige gesetzgeberische Befugniß bestritt, griff man diesen Verfassungsentwurf vielfach an. Spottend nannte man ihn die Constitution der Renten, und machte darauf aufmerksam, daß bei der Errichtung eines Staatsgrundgesetzes außer dem Senate, welcher übrigens nur ein Drittel seiner Mitglieder vereinigt hatte, auch die anderen Staatsgewalten, der König und der gesetzgebende Körper, mitwirken müßten. Indessen erkannten die bestehenden Behörden den diesfallsigen Beschluß des Senats an und die königliche Partei, beunruhigt durch die Anstrengungen von

---

[1]) Mémoires d'un homme d'état, XII, 403. Koch=Schöll, X, 473—482.

Napoleon's Anhängern für dessen Sohn eine Regentschaft zu errichten, trat ebenfalls auf die Seite des Senats, weil sie in ihm, nachdem er sich von Napoleon losgesagt hatte, das geeignetste Werkzeug erblickte die kaiserliche Dynastie zu beseitigen.

Chateaubriand durch seine glänzend geschriebene und beispiellosen Anklang findende Flugschrift: „Ueber Buonaparte und die Bourbons", von welcher er selbst zugestand, daß sie keinen historischen, sondern nur politischen Werth habe, trug mächtig zur Erreichung dieses Zweckes bei. Der Anerkennung der Senatsbeschlüsse durch die Civilbehörden reihten sich die Ergebenheitserklärungen der Anführer des Heeres an. Das Gelingen der von Talleyrand mit großer Umsicht geleiteten Anstrengungen für die Wiederherstellung der Bourbonen war gesichert.

Am 12. April hielt Graf Artois, begrüßt von den Ergebenheitsversicherungen der einstweiligen Regierung und unter dem Zujauchzen der schnell gewonnenen Bevölkerung, seinen Einzug in Paris. Da derselbe bei dieser Gelegenheit keine Aeußerungen gethan hatte, von denen man sich eine gute Wirkung auf das Volk versprechen konnte, so ermangelten Talleyrand und Beugnot nicht, nach eingeholter Genehmigung des Prinzen am folgenden Tage im „Moniteur" folgende, von ihnen zu diesem Behufe erfundene Aeußerung zu veröffentlichen:

„Meine Herren Mitglieder der einstweiligen Regierung, ich danke Ihnen für alles das Gute, welches Sie für unser Land gethan haben. Keine Uneinigkeit mehr! Friede und Frankreich! Jetzt, da ich es wiedersehe, hat sich nichts geändert, als daß ein Franzose mehr darin ist."

Der Zweck wurde erreicht, man war von der patriotischen Bescheidenheit dieses Wortes entzückt. Obschon Graf Artois von seinem königlichen Bruder durchaus nicht zu dessen Stellvertreter ernannt worden war, so maßte er sich doch den Titel eines Generallieutenants des Königreichs an, und unterließ nicht, die ihm nach dem Gebrauche des alten Hofes zukommende Bezeichnung „Monsieur" geltend zu machen, ein deutliches Zeichen seiner blinden Liebe für jene, mit dem neuen Frankreich in so schreiendem Gegensatze stehende Vergangenheit. Der Senat hielt beides seinem eigenen Interesse nicht angemessen, und wohnte deshalb dem zur Feier der Ankunft des Prinzen abgehaltenen Tedeum nicht bei. Talleyrand unternahm es den Prinzen auf die möglichen mißlichen Folgen aufmerksam zu machen, welche aus einem Zerwürfnisse desselben mit dem Senate entstehen könnten, und man verständigte sich nun auch dahin, daß der Senat den

Prinzen nicht „Monsieur" titulirte, wol aber aus eigener Machtvollkommenheit zum Generallieutenant des Königreichs ernannte. Bei dieser Gelegenheit wies der Senat wiederholt auf die Nothwendigkeit hin, daß die von ihm entworfene Verfassung durch den König angenommen werde.

Die einstweilige Regierung hatte hierauf zwar ihr Ende erreicht, allein der Graf Artois, welcher an ihre Stelle trat, versammelte am 16. April bis auf weiteres die gewesenen Mitglieder derselben zu einem Staatsrath, indem er ihnen noch die Marschälle Moncey, Herzog von Conegliano, Oudinot, Herzog von Reggio, und den General Dessolle beigesellte. Zum Staatssecretär wurde Herr von Vitrolles ernannt, die bisherigen Minister wurden ebenfalls beibehalten. So blieben unter anderem Titel dieselben Männer am Ruder des Staatsschiffes, nur durch einige andere vermehrt. Wie hätte auch der Prinz geschicktere und eifrigere Steuermänner finden können, als sie, welche so manche drohende Klippe zu umschiffen, und ein so günstiges Fahrwasser zu erreichen verstanden hatten.

Die erste vom Grafen Artois ergriffene Maßregel bestand darin, daß er außerordentliche Commissare in die Departements sandte, um die dortigen Behörden mit Königlichgesinnten zu besetzen. Die eifrigsten der also Beauftragten, wie die Herren von Polignac, von Boisjelin und von Champagne begnügten sich aber hiermit nicht, sondern riefen durch ihren blinden Eifer alles auf die Zustände vor der Revolution zurückzuführen, die ärgerlichsten Scenen hervor, ohne dadurch die Mißbilligung des Prinzen zu erregen. Ueberhaupt war die Gunst des Volks, welche ihm seine Anhänger auf so künstlichem Wege zu verschaffen gewußt hatten, bald wieder verschwunden. Sein Versprechen, die verhaßte Abgabe der droits réunis gänzlich abzuschaffen, blieb unerfüllt, indem er sich begnügte sie um ein Zehntel zu vermindern, dabei aber verordnete, daß alle gesetzlich, oder ungesetzlich auferlegte Leistungen nach wie vor erhoben werden sollten. Die Leere des Schatzes, welchen der sehr mangelhaft eingehende Ertrag der Steuern nicht zu füllen vermochte, nöthigte ihn für zehn Millionen Francs Schatzscheine auszugeben. Der ungünstige Eindruck dieser Maßregel wurde dadurch verstärkt, daß sie als alleiniger Ausfluß seines Willens erschien, indem er es verschmähte sich deshalb an den gesetzgebenden Körper zu wenden, welchen er nur so lange anerkannt hatte, als es sich darum handelte die neue Ordnung der Dinge zu begründen. Der Gunst des Heeres wurde er durch die Willfährigkeit verlustig, womit er den Vertrag

vom 23. April 1814 unterzeichnete, der 51 Festungen mit 1100 Kanonen und einer ungeheueren Masse Kriegsmaterial aller Art im Werthe von 300 Millionen Francs den Verbündeten übergab. War dies alles auch erobertes Gut, welches nicht länger behauptet werden konnte, so fühlte man sich doch durch die erzwungene Zurückerstattung gedemüthigt. Gleichwol war der Abschluß dieses Vertrags unerläßlich. Talleyrand selbst hatte ihn ohne Verzug in Anregung gebracht, weil er ihn als das geeignetste Mittel betrachtete die Entfernung der feindlichen Heere vom französischen Boden so schnell als möglich zu bewirken, und Frankreich noch vor dem förmlichen Abschlusse des Friedens dessen Wohlthaten zu verschaffen.

In Gemäßheit dieses Vertrags sollten die Feindseligkeiten zwischen den französischen und den verbündeten Truppen sofort aufhören, nachdem die Befehlshaber der ersteren den Grafen Artois als Generallieutenant des Königreichs würden anerkannt haben. Die Verbündeten versprachen alle Landstriche, welche am 1. Jan. 1792 zum französischen Gebiete gehört hatten, zu räumen. Zur Uebergabe der außerhalb dieser Grenzen von den Franzosen besetzten Festungen nebst ihrer Ausrüstung wurden geeignete Fristen bestimmt. Das in Italien noch befindliche Heer war sofort zurückzurufen. Den französischen Truppen war nur ihr Feldgeschütz und das Privateigenthum mitzunehmen gestattet. Hinsichtlich der Kriegsschiffe und Zeughäuser in jenen Festungen sollte im Friedensvertrage selbst endgültig entschieden werden. Außerdem wurde über die Schiffe, welche nach Unterzeichnung des Vertrags weggenommen würden, Bestimmung getroffen, sowie die Versorgung der verbündeten Truppen durch die königlichen Behörden bis zur Ueberschreitung der französischen Grenze, und die gegenseitige Freigebung aller Geiseln und Gefangenen angeordnet. In einem geheimen Artikel war übrigens die Unverletzlichkeit alles öffentlichen und Privateigenthums in besagten Plätzen gewährleistet.[1])

Schon seit dem 4. April war Ludwig XVIII. durch Sendboten der Königlichgesinnten und vertrauliche Schreiben Talleyrand's von dem, den Bourbons günstigen Umschwunge der Dinge in Kenntniß gesetzt worden. Infolge dessen hatte er den Haupturheber desselben mit der Vertretung seiner Rechte beauftragt und ihn angewiesen, sich mit den bestehenden Staatsgewalten zu verständigen. Die

[1]) Mémoires d'un homme d'état, XII, 414. De Martens, I, 706—713. Koch-Schöll, X, 438—447.

englische Regierung, nachdem sie Kunde davon erhalten, daß der Senat Ludwig XVIII. als König von Frankreich auf den französischen Thron gerufen habe, erkannte ihn am 12. April als solchen an. Sechs Tage später verließ er seinen bisherigen Zufluchtsort Hartwell, und zog am 20. April unter großem Gepränge, aber nur von einer kleinen Anzahl vornehmer, französischer Ausgewanderter begleitet, in London ein.

Auf den Glückwunsch des Prinz-Regenten zur bevorstehenden Rückkehr in sein Königreich antwortete er:

„Ich bitte Ew. königl. Hoheit die lebhaftesten und aufrichtigsten Dankbezeigungen für die soeben an mich gerichteten Glückwünsche anzunehmen. Ich sage noch besondern Dank für die fortwährenden Aufmerksamkeiten, deren Gegenstand ich sowol von Seiten Ew. königl. Hoheit, als eines jeden Gliedes ihres erlauchten Hauses gewesen bin. Den Rathschlägen Ew. königl. Hoheit, diesem ehrenwerthen Lande und dem Vertrauen seiner Bewohner werde ich stets, nächst der göttlichen Vorsehung, die Wiedererhebung meines Hauses auf den Thron seiner Vorfahren und den gegenwärtigen glücklichen Stand der Dinge zuschreiben, welcher die Wunden zu schließen, die Leidenschaften zu beruhigen und allen Völkern Frieden, Ruhe und Glück zurückzugeben verheißt.“

So wohlverdient dieser Dank auch war, einen so übeln Eindruck machten die Worte auf das reizbare französische Volk, welches sich dadurch verletzt fühlte, daß Ludwig nicht der Berufung des Senats, des gesetzlichen Organes des Landes, sondern den Anstrengungen einer fremden von den Franzosen als Erbfeind gehaßten Macht die Wiedererlangung der französischen Krone zuschrieb.

Am 24. April betrat Ludwig nach beinahe dreiundzwanzigjähriger Abwesenheit wieder den Boden Frankreichs. Bevor dies geschah hatte Talleyrand nicht verfehlt ihm die Art zu bezeichnen, wie er der ihm so unverhofft zugefallenen königlichen Gewalt in seinem und des Landes Interesse sich zu bedienen habe. Talleyrand rieth ihm die vom Senate entworfene Verfassung vorbehaltlich der Erörterung einiger Bestimmungen derselben anzunehmen, den Tag zu bestimmen, an welchem ihm der Eid der Treue zu leisten sei, um dem schwankenden öffentlichen Zustande ein Ende zu machen und das Heer an sich zu fesseln, endlich der Eitelkeit der Marschälle zwar zu schmeicheln, aber ihnen keine Gewalt zu verleihen. Das Volk zeige begeisterte Liebe für den König und seine Familie, im Heere aber herrsche noch ein übler Geist. Es sei daher heilsam, daß

die Prinzen die Zuneigung des Heeres zu gewinnen suchten. Er selber weihe sein Leben dem Dienste des Königs.

Als Ludwig in Compiègne angekommen war, beeilten sich die Großwürdenträger des Staats ihm ihre Ehrfurcht zu bezeigen. Berthier, Napoleon's Vertrauter und Waffengefährte zur Zeit von dessen Glücke, sprach sogar in seiner Bewillkommnungsrede, die er im Namen des Heeres hielt, von fünfundzwanzig Jahren des Unglücks und von dem weißen Federbusche Heinrich's IV., als dem Symbole des französischen Ruhmes. Nichtsdestoweniger hielt die constitutionelle Partei, welche die Thronentsetzung Napoleon's ausgesprochen hatte, sich für hintergangen, weil Ludwig, obgleich er infolge ihrer Aufforderung den französischen Thron bestiegen hatte, dennoch nicht seine Annahme der ihm gleichzeitig mitgetheilten Verfassung erklärte, und Talleyrand hatte Mühe ihren Glauben daran aufrecht zu halten, daß der König dem Lande die gewünschte Verfassung noch verleihen werde. Er stellte diesem die Nothwendigkeit vor: durch eine, den bezüglichen Erwartungen entsprechende öffentliche Verheißung sich die Liebe des Volks und einen, von derselben zeugenden Empfang in seine Hauptstadt zu sichern, in welche er am 3. Mai feierlich einziehen wollte.

Auch Kaiser Alexander begab sich zum Könige nach Compiègne und wiederholte in einer langen Unterredung die ihm schon durch Pozzo di Borgo in Betreff der künftigen Regierung Frankreichs gegebenen Rathschläge.

„Ich habe“, sagte er unter anderem, „im Namen Ew. Majestät eine freisinnige Verfassung versprochen, und ich glaube, daß eine solche für Ihre Regierung unerläßlich ist. Frankreich muß zwei Kammern und Preßfreiheit erhalten, ich habe mir vorgenommen dasselbe für Polen zu thun. Die Einsicht Ew. Majestät bürgt mir für diese Zugeständnisse.“

Demungeachtet vermochte Alexander nicht Ludwig XVIII. zu bestimmen die vom Senate ihm vorgelegte Verfassung ohne weiteres anzunehmen, obschon er auf Talleyrand's und Laharpe's Anrathen ihn davon zu überzeugen suchte, daß dieselbe eine sicherere Bürgschaft für die Zukunft gewähre, als eine aus königlicher Machtvollkommenheit verliehene Verfassung. Ludwig, in eigener Sache eifriger für Wahrung des monarchischen Princips besorgt, als der Kaiser von Rußland bei Ordnung der Verfassungsverhältnisse eines fremden Landes, erkannte vollkommen die Tragweite des vom Senate gefaßten Beschlusses, ihn nur unter der Bedingung auf den französischen Thron zu rufen, daß er nach der von demselben entwor-

fenen Verfassung zu regieren verspreche. Die diesem Beschlusse zu Grunde liegende Lehre der Volksherrlichkeit, kraft deren er nur durch den Willen des Volks und unter den, vom Volke gestellten Bedingungen zur Regierung befugt sein solle, war unvereinbar mit dem von ihm selbst behaupteten Grundsatze, daß er kraft des, ihm von Gottes Gnaden überkommenen Regierungsrechts schon seit dem Tode seines unmündigen Bruderssohnes, welchen er König Ludwig XVII. nannte, im rechtlichen Besitze der französischen Krone sich befinde. Hinsichtlich der, seinem Volke zu bewilligenden Rechte mit dem Kaiser von Rußland einverstanden, wollte er jedoch, daß es dieselben nur als ein freies Geschenk seiner königlichen Machtvollkommenheit erhalte und genieße. Dagegen war ihm der Gedanke unerträglich, daß er durch Gewährung des vom Senate gestellten Verlangens seine Krone der bedingten Wahl des Volks zu danken haben würde, welches — erfüllte er die gestellten Bedingungen nicht — alsdann schon der Form nach befugt wäre sein Recht auf die Krone ebendeshalb als rechtlich nicht mehr bestehend zu erklären. Als Talleyrand sich bemühte ihn zur Annahme der vom Senate vorgelegten Verfassung zu bestimmen, lehnte er daher dies Ansinnen entschieden ab, indem er die beißenden Worte hinzufügte:

„Wenn ich diese Verfassung annähme, so würden Sie, Herr von Talleyrand, sitzen, während ich stände."

Da er jedoch wohl wußte, daß eine öffentliche Erörterung dieser Frage geeignet gewesen wäre für die ganze Dauer seiner Herrschaft bedenkliches Mißvergnügen zu erregen, so begnügte er sich seinen Zweck auf andere Weise zu erreichen, indem er als Grund seiner Nichtannahme des Verfassungsentwurfs dessen äußere und innere Mangelhaftigkeit bezeichnete, ein Urtheil, welches schon vor ihm die öffentliche Meinung gefällt hatte. Ohne hervorzuheben, daß die von ihm verheißene Verfassung seiner königlichen Machtvollkommenheit allein ihren Ursprung verdanken solle, versprach er vielmehr sie unter Mitwirkung eines, aus dem Senate und dem gesetzgebenden Körper gewählten Ausschusses zu entwerfen, und den Entwurf diesen beiden Körperschaften vorzulegen. Dieser sehr umsichtige Beschluß that dem vom Könige aufrecht erhaltenen Grundsatze keinen Eintrag, und befriedigte zugleich die öffentliche Meinung, indem er dem Volke alles, was es wünschte, zu gewähren schien, während er in Wirklichkeit demselben die geforderte förmliche Anerkennung seiner Selbstherrlichkeit und des aus ihr fließenden Rechtes die ihm beliebige Regierungsform selbst zu bestimmen, vorenthielt. Nachdem

ein vom Senate vorgelegter Entwurf der Bekanntmachung, durch welche Ludwig dem französischen Volke eine Verfassung zu geben verhieß, vom Könige als die Rechte seiner Krone bloßstellend verworfen worden war, erschien die Bekanntmachung am 3. Mai im „Moniteur“ in folgender Gestalt:

„Ludwig, von Gottes Gnaden König von Frankreich und Navarra entbietet allen, welche Gegenwärtiges sehen werden, seinen Gruß. Zurückgerufen durch die Liebe unseres Volkes auf den Thron unserer Väter, belehrt durch das Unglück der Nation, welche wir zu regieren bestimmt sind, ist es unser erster Gedanke, das für unsere Ruhe und ihr Glück so nothwendige gegenseitige Vertrauen in Anspruch zu nehmen. Nachdem wir den, vom Senate in seiner Sitzung vom 6. des letztvergangenen Monats vorgeschlagenen Verfassungsentwurf aufmerksam gelesen, haben wir erkannt, daß dessen Grundlagen gut sind, daß jedoch eine große Anzahl von Artikeln die Spuren der Eile tragen, mit welcher sie abgefaßt wurden, und deshalb in ihrer jetzigen Form nicht Grundgesetze des Staates werden können. Entschlossen zur Annahme einer freisinnigen Verfassung, wollen wir, daß sie weise zusammengestellt sei, und da wir keine solche annehmen können, deren Berichtigung unerläßlich ist, so rufen wir für den 10. des Monats Juni d. J. den Senat und den gesetzgebenden Körper zusammen, indem wir uns verpflichten ihnen sowol die Arbeit vor Augen zu legen, welche wir unter Mitwirkung eines aus der Mitte dieser beiden Körperschaften gewählten Ausschusses vollendet haben werden, als auch dieser Verfassung die folgenden Bürgschaften zur Grundlage zu geben:

Die auf Volksvertretung sich stützende Regierung wird in der Form, wie sie heute besteht, nämlich: aus zwei Körperschaften, dem Senate und der aus den Abgeordneten der Departements gebildeten Kammer, aufrecht erhalten werden. Die Abgaben werden frei bewilligt, die öffentliche und persönliche Freiheit wird gesichert, die Freiheit der Gottesverehrung verbürgt werden. Das Eigenthum wird heilig und unverletzlich sein, und der Verkauf der Nationalgüter unwiderruflich bleiben. Die verantwortlichen Minister werden durch eine der gesetzgebenden Kammern in Anklagestand versetzt und durch die andere gerichtet werden können. Die Richter werden unabsetzbar, die richterliche Gewalt wird unabhängig sein. Die öffentliche Schuld wird gewährleistet, die Pensionen, Würden, kriegerischen Ehren, ebenso wie der alte und neue Adel werden beibehalten werden. Die Ehrenlegion, deren äußere Abzeichnungen wir bestimmen werden, wird fortbestehen. Endlich soll niemand wegen seiner Meinungen und Abstimmungen behelligt werden dürfen. Gegeben zu St.-Ouen am 2. Mai 1814.“ [1])

Diese Verheißungen, welche wohlbedachterweise nur wenige Stunden vor dem Einzuge des Königs in Paris verkündigt wurden, riefen großen Jubel hervor, doch theilte Ludwig die Huldigung des Volks mit der alten Garde Napoleon's, welche finster und schweigsam seinen Wagen geleitete, ein unheilverkündendes Zeichen für die Dauer der neuen Regierung.

Am 13. Mai kam endlich das erste Ministerium des wiederhergestellten Königthums zu Stande. Talleyrand besaß zwar weder

---

[1]) Histoire de la restauration par un homme d'état, I, 340—400.

das Vertrauen noch die Zuneigung Ludwig's, hatte aber zu große Dienste geleistet, und war zu brauchbar, als daß er nicht im Besitze des von ihm bereits verwalteten Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten hätte bleiben sollen. Der Abbé von Montesquiou wurde Minister des Innern, Baron Louis Finanzminister, General Dupont Kriegsminister, Baron Malouet Marineminister und der Herzog von Blacas Minister des königlichen Hauses, während Beugnot die Generaldirection der Polizei erhielt. In dem Ausschusse für die Berathung der Verfassung, welcher aus Senatoren und Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers gebildet wurde, fand jedoch kein Führer der republikanischen Partei eine Stelle, ungeachtet von dieser Seite kräftig zur Thronentsetzung Napoleon's mitgewirkt worden war. Ludwig, welcher deren Dienste nicht mehr bedurfte, fürchtete, daß Männer dieser Partei die verfassungsmäßigen Rechte der Krone auf sein möglichst geringes Maß zu beschränken suchen möchten, und hatte daher nur solche Mitglieder gewählt, von denen er annehmen konnte, daß sie der ihnen gegebenen Weisung unbedingt nachkommen würden.

Der Kanzler Dambray eröffnete die Sitzung mit den, für die Lage der Dinge sehr bezeichnenden Worten: Se. Majestät habe die Notablen seines Königreichs um sich versammeln und mit ihnen für den Augenblick die Zahl seiner Räthe vermehren wollen, um der Magna charta ihre Fassung zu geben. In dieser Eigenschaft von Notablen, nicht von Senatoren, oder Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers seien auch sie zur gegenwärtigen Berathung hinzugezogen worden, deshalb möchten sie ohne sich von einander abzusondern Platz nehmen. Dadurch sollte angedeutet werden, daß Ludwig den Senat und den gesetzgebenden Körper als politische Körperschaften einer unrechtmäßigen Regierung nicht als solche anerkenne.

Obschon man darüber einverstanden war, daß die zu berathenden Artikel der Charte durch Stimmenmehrheit angenommen, und sodann dem Könige zur Genehmigung vorgelegt werden sollten, so trugen doch Dambray und Montesquiou dafür Sorge die diesfallsigen Erörterungen auf das ihnen genügend erscheinende Maß zu beschränken, indem sie stets darauf hinwiesen, daß der König die Verfassung gebe, und daher allein befugt sei den Umfang dieses, seines Geschenks näher zu bestimmen. Eine Abänderung des Hauptinhalts der bereits entworfenen Artikel blieb außer Frage, und die Ausschußmitglieder konnten sich nur dann Gehör verschaffen, wenn es sich um den Vorschlag einer Ergänzung derselben handelte.

Auf die Bemerkung eines Mitgliedes, daß die Thronfolgeordnung

an die Spitze der Verfassung zu stellen sei, erwiderte der Kanzler: der König sei nicht gesonnen alle Staatsgesetze des Königreichs von neuem bekannt zu machen, da die alten Gesetze, wo sie durch die Charte nicht abgeändert wären, in Kraft blieben. Nie hätten die Franzosen bessere Gelegenheit gehabt den Werth des salischen Gesetzes kennen zu lernen, als jetzt, wo der König kraft der ihm verliehenen höchsten Gewalt die Interessen seiner Unterthanen als Gesetzgeber ordne. Daher solle weder über die Thronfolge, Regentschaft, noch über sonst dahin zielende Bestimmungen berathen werden.

Die drei ersten Artikel der Charte: die Gleichheit der Franzosen vor dem Gesetze, die verhältnißmäßige Hinzuziehung zu den, dem Staate zu gewährenden Leistungen und die Zulässigkeit eines jeden zu allen Staatsämtern, wurden ohne Einrede angenommen; auch der vierte, die Sicherung der persönlichen Freiheit betreffende Artikel erhielt den Beifall der Mehrheit, weil die diesfallsige kaiserliche Einrichtung wegen der Unbestimmtheit ihrer Vorschriften und der Theilnahmlosigkeit des Senats sich des öffentlichen Vertrauens nicht erfreute. Der fünfte Artikel lautete ursprünglich: „Die katholische, apostolische und römische Religion ist die Staatsreligion. Nichtsdestoweniger bekennt jeder seine Religion mit gleicher Freiheit, und erhält für seine Gottesverehrung gleichen Schutz." Nachdem aber Boissy d'Anglas ausgeführt hatte, daß demnach die Freiheit der Gottesverehrung nur die Ausnahme, die Bevorzugung des katholischen Gottesdienstes aber die Regel begründe, wurde die Reihenfolge dieser Anordnungen umgekehrt. Freilich bewies die später im Süden Frankreichs ausgebrochene blutige Verfolgung der Protestanten, daß diese Wahrung der Form, weit entfernt dem Religionsbekenntnisse derselben gleiche Freiheit zu gewähren, ihm nicht einmal den nöthigen Schutz sicherte. Erst späteren Zeiten blieb dies vorbehalten. Der achte Artikel, welcher im Entwurfe lautete: „Die Franzosen haben das Recht ihre Meinungen zu veröffentlichen und drucken zu lassen, vorausgesetzt daß sie die Gesetze beobachten, welche den Mißbrauch dieser Freiheit verhüten und ahnden sollen", veranlaßte eine lebhafte Erörterung. Herr von Fontanes, bisher ein Vertheidiger der kaiserlichen Willkür, bemühte sich vorzüglich die Nachtheile des Mißbrauches der Preßfreiheit und die Unmöglichkeit des Widerstandes zu schildern, in welcher sich eine Regierung der großen Macht eines von ihr unabhängigen Gedankens gegenüber befinde. „Was mich betrifft", rief er aus, „so erkläre ich, daß ich mich nicht als frei betrachten werde, wo die Presse frei ist."

Boissy d'Anglas entgegnete, daß ohne Freiheit der Presse das Volk der Regierung gegenüber nicht mehr wirksam vertreten werden könne. Mehr jedoch, als diese Behauptung machte die schlagende Bemerkung eines anderen Ausschußmitgliedes Eindruck. „Sie fürchten", sagte dasselbe, „die Zügellosigkeit der Presse, zu welcher die Preßfreiheit führe; allein sie ist es, welche die Pike in eine Feder verwandelt, und glauben Sie, daß dies für die Regierung nichts bedeute?"

Von der Wahrheit dieser Worte durchdrungen entschied die Mehrheit, daß das Wort „verhüten" gestrichen werden solle. Der 9., 10. und 11. Artikel: über die Unwiderruflichkeit der Käufe von Nationalgütern, über eine gerechte Entschädigung für nothwendig gewordene Aufopferung von Privateigenthum, und über die Unstatthaftigkeit wegen bisheriger politischer Handlungen verfolgt zu werden, fanden allgemeinen Beifall. In dem die Waffenpflichtigkeit betreffenden 12. Artikel wurden die Worte: „die Conscription ist aufgehoben", eingeschaltet. Diese zwölf ersten Artikel der Charte umfaßten das öffentliche Recht der Franzosen. Die Formen, unter welchen der König die Regierungsgewalt auszuüben habe, waren in dem 13. bis mit dem 23. Artikel enthalten. Sie bestimmten die Unverletzlichkeit des Königs und die Verantwortlichkeit der Minister, sowie daß dem Könige allein die ausübende Gewalt zustehe. Der 14. und 15. Artikel besagten: der König ist das Staatsoberhaupt, befehligt die Land- und Seemacht, erklärt den Krieg, schließt Friedens-, Bundes- und Handelsverträge ab, besetzt alle öffentlichen Aemter, erläßt die zur Ausübung der Gesetze und zur Sicherheit des Staats nothwendigen Verordnungen, und übt in Gemeinschaft mit der Kammer der Pairs und derjenigen der Abgeordneten die gesetzgebende Gewalt aus. Ueber den 16. Artikel, der dem Könige das alleinige Recht des Gesetzvorschlags beilegte, wurde lange verhandelt. Auf die Bemerkung eines Senators, daß es nützlich sein würde die Bestimmung der englischen Verfassung, nach welcher jedes Parlamentsmitglied einen Gesetzvorschlag einbringen dürfe, in die Charte aufzunehmen, erwiderte Montesquiou: „Das Recht des Gesetzvorschlags allen Abgeordneten zu verleihen, ist mit großen Gefahren verbunden. Man hat die Nachtheile davon in mehreren unserer gesetzgebenden Versammlungen, und besonders im J. 1789 gesehen. Der König ist entschlossen eines Rechts, welches für das Glück seines Volks nothwendig mit seiner Krone verbunden sein muß, sich nicht zu entäußern. Nicht ohne reifliches Nachdenken hat er diesen

Entschluß gefaßt. Er betrachtet dieses königliche Vorrecht als ein Kleinod seiner Krone."

Mit dieser Erklärung hörte natürlich jede weitere Erörterung von Seiten des Verfassungsausschusses auf. Das Recht irgend etwas für das Volk zu verlangen ward ihnen nicht zugestanden, und er mußte sich mit der durch die Charte gewährten Erlaubniß den König um einen Gesetzvorschlag zu bitten, begnügen. (Art. 19.) Ein solcher könnte nach dem Belieben des Königs in der Kammer der Pairs, oder der Abgeordneten zuerst eingebracht werden, wenn er nicht die Auferlegung einer Abgabe beträfe, in welchem Falle letztere zuerst anzugehen sei. (Art. 17.) Wenn aber ein Gesetzvorschlag auch die Stimmenmehrheit in beiden Kammern erlangt habe, sollte die Genehmigung und Verkündigung des Gesetzes dem Könige zustehen. (Art. 18—21.) Das dem Hofe jährlich zu gewährende Einkommen sollte für die ganze Regierungszeit bewilligt werden. (Art. 22, 23.) In den Artikeln 24—34 waren die Befugnisse der Pairs, in den Artikeln 35—53 diejenigen der Abgeordneten enthalten. Hinsichtlich der Minister ward verordnet, daß sie auch ohne Mitglied einer, oder der anderen Kammer zu sein, was unzulässig sei, den Sitzungen derselben beiwohnen dürften. (Art. 54.) Das Recht die Minister wegen Staatsverraths, oder Gewaltmißbrauchs anzuklagen wurde der Kammer der Abgeordneten, das Recht sie zu richten den Pairs zugetheilt. (Art. 55, 56.) Dem Richterstande, welcher als unabsetzbar im Verwaltungswege erklärt wurde, waren die Artikel 57—68 gewidmet; die Artikel 69—76 endlich betrafen die übrigen in der Bekanntmachung von St.-Ouen gegebenen Verheißungen. Alle diese Bestimmungen wurden ohne Erörterung angenommen. Bezüglich des zu erlassenden Wahlgesetzes wurde festgesetzt, daß nur diejenigen Franzosen, welche mindestens 300 Francs directe Steuern entrichteten, wahlfähig und wählbar sein sollten.

In dem fünftägigen Zeitraume vom 22. bis zum 27. Mai wurden auf diese Weise die Bestimmungen einer Verfassung berathen, welche, wie König Ludwig äußerte, die gegenseitigen Verhältnisse des Volks und seines Beherrschers für immer regeln sollten, als wenn irgend eine menschliche Einrichtung, wäre sie auch reiflicher erwogen, als die französische Charte, unberührt von dem Wechsel der Ereignisse in gleicher Wirksamkeit fortbestehen könnte. Die befremdliche Hast, mit welcher das französische Staatsgrundgesetz abgefaßt wurde, hatte in dem merkwürdigen, den damaligen Einfluß des Kaisers Alexander kennzeichnenden Umstande seinen Grund, daß derselbe während jenes Zeit-

raums eine Zuschrift an Talleyrand sandte, worin er sagte: seine Abreise erfolge in zwei Tagen, zuvor aber müsse die Verfassung endgültig festgestellt und vom Könige angenommen sein. Alexander betrachtete nämlich die den Franzosen zu gebende Verfassung als das einzige Mittel die Ruhe Frankreichs, und mit ihr diejenige Europa's zu sichern. Da er nun die Abneigung des Hofes und seiner Anhänger gegen eine Verfassung kannte, so wollte er Paris nicht früher verlassen, als bis dieser Damm gegen die Fluten einer neuen, den Frieden Europa's störenden Staatsumwälzung vollendet sei. Bei dieser Ansicht war es nur wunderbar, daß er einem so wichtigen Werke nicht die nöthige Zeit gönnte. Sie war so knapp bemessen, daß Beugnot noch in der Nacht vor dem Tage, wo die französische Charte öffentlich verkündigt wurde, verschiedene Mängel derselben zu verbessern sich genöthigt sah. Die Abfassung mehrerer wesentlichen, mit dem Staatsgrundgesetze verbundenen organischen Gesetze, wie z. B. des Wahlgesetzes, mußte vorbehalten bleiben, und doch leuchtet es jedem Sachverständigen ein, daß von der Güte des Wahlgesetzes die Wirksamkeit jeder Verfassung bedingt sei. Am 4. Juni, dem zur Verkündigung der Verfassung festgesetzten Tage, versammelten sich zwar, um dem Acte beizuwohnen, der Senat und gesetzgebende Körper, allein diejenigen Mitglieder beider Staatskörper, welche durch ihre Anhänglichkeit an die Republik, oder das Kaiserthum sich ausgezeichnet, oder gar für den Tod Ludwig's XVI. gestimmt hatten, fehlten in ihrer Mitte. Ihnen hatte der König eine Einladung hierzu nicht zugehen lassen, und um sie am Erscheinen zu hindern, waren die beiden Staatskörper nicht als solche benachrichtigt worden, sondern man hatte ihre Mitglieder, insofern man deren Anwesenheit wünschte, einzeln hiervon in Kenntniß gesetzt. Den also gesichteten Vertretern des französischen Volks übergab Ludwig XVIII. die Charte mit folgender Rede:

„Meine Herren! Jetzt, wo ich zum ersten Male in diesem Raume mich mit den großen Staatskörpern umgebe, den Vertretern einer Nation, welche nicht aufhört mich mit den rührendsten Zeichen ihrer Liebe zu überhäufen, wünsche ich mir Glück Spender der Wohlthaten zu sein, mit deren Gewährung die göttliche Vorsehung mein Volk würdigt. Ich habe mit Oesterreich, Rußland, England und Preußen Frieden geschlossen, und in diesen Frieden sind ihre Verbündeten mit einbegriffen, das heißt alle Fürsten der Christenheit. Der Krieg war ein sie alle umfassender, die Aussöhnung ist es gleichfalls. Der Rang, welchen Frankreich stets unter den Nationen eingenommen hat, ist keiner anderen übertragen worden, er bleibt ihm ungeschmälert. Der Ruhm der französischen Heere ist unverletzt. Die Denkmäler ihrer Tapferkeit bestehen fort, und die Meisterwerke der Kunst gehören uns fortan durch dauerhaftere und geheiligtere Rechte, als diejenigen des Sieges.

Die so lange verschlossenen Handelswege sind im Begriffe sich zu öffnen, unsere Manufacturen wieder aufzublühen, unsere Seestädte neu emporzustreben. Ein schmerzliches Andenken stört jedoch meine Freude. Ich war, wie ich mir schmeichelte, als der treueste Unterthan des besten der Könige geboren, und ich nehme heute seine Stelle ein. Aber er lebt in dem Testamente wieder auf, welches er zur Belehrung des erlauchten, unglücklichen Kindes bestimmt hatte, dem ich folgen sollte. Die Augen auf dies unsterbliche Werk gerichtet, durchdrungen von den Gesinnungen, welche es dictirten, geleitet durch die Erfahrung, und unterstützt durch die Rathschläge einiger unter Ihnen, habe ich die constitutionelle Charte abgefaßt, welche Sie sogleich werden verlesen hören, und welche das Glück des Staates auf dauerhafte Grundlagen stellt. Mein Kanzler wird Sie von meinen väterlichen Absichten in allen ihren Einzelnheiten in Kenntniß setzen."

Was des Königs Rede nur angedeutet hatte, sprach nun der Kanzler Dambray ausführlich und bestimmter aus. Während die Mitglieder des Senats und des gesetzgebenden Körpers sich als die Vertreter des französischen Volks betrachteten, welches den König Ludwig durch sie auf den Thron gerufen, damit er nach einem vereinbarten Staatsgrundgesetze regiere, bezeichnete der Kanzler die Verfassung als eine blos reformirende Verordnung, durch welche der im vollen Besitze seiner ererbten Gewalt sich befindende König die den Franzosen gewährte Wohlthat eines ehrenvollen Friedens kröne, und freiwillig die Grenzen seiner, ihm von Gott und seinen Vorfahren übertragenen Macht bestimme. Den Senat bezeichnete er als eine Körperschaft, die nach Wiederaufrichtung des Königthums aufgehört habe vorhanden zu sein, den gesetzgebenden Körper als eine solche, deren Auftrag unter den obwaltenden Umständen als erloschen zu betrachten sei. Jedoch sehe man beide als die gesetzlichen Vertreter der Notablen des Königreichs an, von denen einige gewürdigt worden seien bei Abfassung der Charte zu Rathe gezogen zu werden.

Obschon solche Erklärungen ein Murren der Unzufriedenheit hervorriefen, so hielt dies den Kanzler doch nicht ab die übernommene Aufgabe in demselben Geiste zu Ende zu führen, und hierbei Aeußerungen zu thun, welche das höchste Erstaunen erregten. Er bemerkte, als spräche er von einer bekannten Thatsache, daß Ludwig XVIII. schon seit dem Tode seines Neffen, den er Ludwig XVII. König von Frankreich nannte, vermöge seines Erbrechts den französischen Thron bestiegen habe. Die Welt hörte zum ersten Male, daß ein solcher König von Frankreich vorhanden gewesen sei. Sie hatte bisher geglaubt: es sei dem empörten französischen Volke gelungen das französische Königthum abzuschaffen, und eine Republik an dessen Stelle zu setzen, bis der gewaltige Imperator der Neuzeit auf deren Trümmern einen seit zehn Jahren anerkannten

und gefürchteten Kaiserthron errichtete, welchen zu stürzen den vereinten Anstrengungen aller christlichen Fürsten Europa's jetzt endlich geglückt war. Man vernahm staunend, daß die französische Republik und das französische Kaiserthum, die dem größeren Theile Europa's Gesetze vorgeschrieben hatten, gar kein Recht zu bestehen gehabt hätten, folglich auch als rechtlich vorhanden gewesen nicht zu betrachten seien; ebendeshalb habe es gleichzeitig ein französisches Königthum gegeben, ohne Land und Volk zwar, aber von so unzerstörbarem rechtlichen Bestande, daß jene ungesetzlichen, französischen Staatsformen dessen geheiligte Herrschergewalt nicht zu beeinträchtigen vermocht hätten. Davon, daß der Inhaber derselben sein Leben durch Unterstützung fremder Herrscher gefristet, daß fremde Herrscher Napoleon's Kaiserthron zertrümmert und dem französischen Volke ausdrücklich überlassen hatten seine Regierung selbst zu bestimmen, daß dessen Vertreter hierauf ihm, als dem Haupte der vertriebenen Königsfamilie, die Bedingungen mitgetheilt hatten, unter welchen der bourbonische Königsthron wieder aufgerichtet werden solle, davon war keine Rede, sondern es wurde die merkwürdige Behauptung aufgestellt: „Frankreich habe die unerschütterlichen Grundlagen der alten Monarchie wiedergefunden." Gleichwol war von dieser nichts mehr übrig, als eine kleine Anzahl abgelebter Männer, welche, aus der Verbannung zurückkehrend, die nicht wiedergefundenen staatlichen Einrichtungen der Vergangenheit wiederherzustellen vergeblich bemüht waren.

Auf die Rede des Kanzlers, welche den übelsten Eindruck hervorbrachte, folgte die Vorlesung der Verfassungsurkunde und des Namensverzeichnisses der vom Könige ernannten Pairs, worauf von diesen sowol, als von den Abgeordneten des plötzlich in die zweite Kammer verwandelten gesetzgebenden Körpers dem Könige der vorgeschriebene Eid geleistet wurde.

Das neue Staatsgebäude, welches Frankreichs inneren und äußeren Frieden verbürgen sollte, war also errichtet. Daß es seinem Zwecke so wenig entsprach hatte seinen Grund theils darin, daß bei seiner Errichtung nur der Wille des Erbauers, nicht die Wünsche und Bedürfnisse seiner Bewohner maßgebend gewesen waren, theils und hauptsächlich in dem Umstande, daß man bemüht war den Franzosen auch diejenigen Vortheile zu verkümmern, welche seine Einrichtungen ihnen hätten gewähren können.

Zwanzigster Abschnitt.

Der Friede von Paris und die Ursachen seiner nachtheiligen Bestimmungen.

Während so Frankreichs innere Verfassung vorbereitet wurde, bemühten sich die Verbündeten dessen äußere Verhältnisse durch Beschleunigung des Friedensabschlusses zu ordnen. Bei der großen Anzahl der Parteien und der Mannichfaltigkeit der Interessen waren acht verschiedene Ausschüsse beschäftigt die diesfallsigen Vereinbarungen herbeizuführen. Rußland wurde hierbei hauptsächlich durch die Grafen Rasumowski und Nesselrode; England durch die Lords Castlereagh, Aberdeen, Cathcart und General Stewart, in den Angelegenheiten des Festlandes, namentlich Deutschlands, durch den Grafen Münster; Oesterreich durch den Fürsten Metternich und den Grafen Stadion; Preußen durch die Freiherren von Hardenberg und Wilhelm von Humboldt; Frankreich endlich durch Talleyrand, Fürsten von Benevent, vertreten.

Ueber die Verhandlungen, auf Grund deren der Friede zu Stande kam, ist nur sehr wenig bekannt. Die Unterhändler der Verbündeten hatten eben keine Ursache auf den Erfolg ihrer Leistungen stolz zu sein, französischerseits aber, wo man große diplomatische Geschicklichkeit entwickelte, verhinderte der Nationalstolz von einem Frieden zu sprechen, den man als Besiegter abgeschlossen hatte.

Alle Geschicklichkeit der französischen Unterhändler würde jedoch nicht vermocht haben einen Frieden zu erlangen, welcher Frankreich ein größeres Gebiet einräumte, als es vor der Revolution besessen, wenn die mächtigsten seiner Gegner es nicht ihrem Vortheile ent-

sprechend gefunden hätten, daß, da sie selbst durch Abtretungen Frankreichs ihr Gebiet nicht vergrößern konnten, dessen Nachbarstaaten die ihnen von den Franzosen entrissenen Landstriche nicht wieder zurückerhielten.

Nach Feststellung der französischen Grenzen verhandelten die Verbündeten darüber, wie die eroberten Länder zu vertheilen seien. Oesterreich verlangte die Wiederherstellung seiner Nebenlinien in Toscana und Modena, für sich selbst die Lombardei, Venedig, ja sogar den östlich von den Apenninen liegenden Theil des Kirchenstaats, und mit Ausnahme Belgiens und des größten Theils der von ihm abgetretenen polnischen Provinzen, alle von Napoleon ihm entrissenen Länder zurück, besonders diejenigen, welche Letzterer an Baiern überlassen hatte. Dafür sollte dieses in Süddeutschland entschädigt werden.

England beanspruchte zwar für sich nichts auf dem Festlande, war aber bestrebt an der Südostgrenze Frankreichs Sardinien durch Genua, an der Nordostgrenze Holland durch einen Gebietszuwachs, welcher in Belgien, Lüttich, Luxemburg und Limburg bestehen sollte, zu vergrößern. Indem es beide Staaten dadurch wehrhafter gegen Frankreich machte, gedachte es sich deren Erkenntlichkeit und damit zugleich seinen Einfluß auf dem Festlande zu sichern.

Rußland begehrte fast das ganze Großherzogthum Warschau, obgleich den Verträgen nach dies Gebiet zwischen ihm, Oesterreich und Preußen getheilt werden sollte.

Preußen forderte für den größten Theil seiner ehemaligen polnischen Provinzen, welche hauptsächlich das von Napoleon geschaffene Großherzogthum Warschau bildeten, und für seine Abtretungen an Hannover und Baiern Entschädigung in Deutschland, besonders das ganze Königreich Sachsen und Mainz, als Vertheidigungspunkt seiner rheinisch-westfälischen Länder. Mit diesen Forderungen Preußens war jedoch Oesterreich nicht einverstanden, theils weil es dadurch auf seiner Nordgrenze einen starken gegen einen schwachen Nachbar eingetauscht haben würde, theils weil es Baiern außer dem Lande zwischen der Mosel und dem Rheine auch Frankfurt und Mainz zuwenden wollte, indem es behauptete, daß letzteres zur Deckung von Süddeutschland unentbehrlich sei. Preußen bestritt dies, und ließ durch den General von Knesebeck eine Denkschrift verfassen, in welcher dargethan wurde, daß Mainz zum Vertheidigungssysteme von Norddeutschland gehöre, und einen Angriff auf das Flußgebiet der Donau durchaus nicht abhalten könne; auch dürfe diese Festung wegen ihrer Wichtigkeit nicht einem kleineren Staate anvertraut

werden, der zu schwach sei es gegen französische Angriffe zu vertheidigen.

Der Freiherr vom Stein, dessen scharfer Blick die Gefahr erkannte, welche Preußen lief seine Entschädigungsansprüche nicht vollständig durchzusetzen, wenn ihm dies nicht schon in Paris gelang, machte den preußischen Staatskanzler hierauf aufmerksam, und drang in ihn die Sache sofort zu erledigen. Dieser brachte auch im Rathe der Verbündeten einen Vertheilungsplan zur Sprache, welcher den Beifall Stein's hatte, und von ihm in einer Denkschrift vom 12. Mai dem Kaiser Alexander zur Unterstützung empfohlen wurde. Stein sagte darin:

„Da dieser Plan die verschiedenen, bestimmten Bedingungen vereinigt, so ist es rathsam ihn als Grundlage der Unterhandlungen anzunehmen; denn es liegt besonders im Interesse der verbündeten Fürsten und ihrer Völker den Abschluß des Friedens zu beschleunigen, um entwaffnen zu können, die Leiden der Einwohner zu lindern, und einen stetigen Zustand der Staatsverhältnisse zu befestigen, welcher den traurigen Folgen einer verlängerten Schwankung vorbeuge. Insbesondere erheischt es Rußlands und Preußens Vortheil ein Ende zu machen; denn ersteres muß die Nähe seiner Heere benutzen, um die Unterhandlungen zu unterstützen, das zweite aber wünschen seine innere Verwaltung herzustellen, und sich vorbereiten, um die Stelle in Europa zu behaupten, welche es wieder eingenommen hat. Eine falsche und hinterlistige Politik könnte wünschen Zeit zu gewinnen in der Hoffnung, daß die Entfernung der russischen Heere und ihres Kaisers dessen Einfluß vermindern, daß Frankreich sich wieder aufrichten, und ihr eine Stütze gewähren werde, daß Oesterreich selbst in kurzem sein Heer wieder aufstellen, und damit bei der centralen Lage seines Staats auf alle wünschenswerthe Punkte wirken könne. Wenn diese Politik gelingt, so werden alle europäischen Verhältnisse fortwährend in einem Schwanken bleiben, welches den Frieden ungewiß, und das politische System von tausend Wechselfällen abhängig macht, welche die Ereignisse und die menschlichen Leidenschaften herbeiführen und entfalten werden. Alle diese Betrachtungen erheischen gebieterisch, daß man sich beeile die Grundlagen der Abrundungen in Deutschland und Belgien und die Elemente einer Bundesverfassung in Deutschland zu bestimmen, welche dessen Nationalunabhängigkeit und politische und bürgerliche Freiheit sichern.“ [1])

Hardenberg's Theilungsplan wurde vom Kaiser Alexander dem österreichischen Cabinete zur Annahme empfohlen; allein dieses ertheilte keine Antwort darauf, weil Metternich sich nicht beeilte unangenehme Zugeständnisse zu machen und versuchen wollte, ob Preußen nicht auch ohne jene Zugeständnisse empfangen zu haben, den pariser Frieden unterzeichnen werde. Wirklich war der preußische Staatskanzler leichtsinnig genug dies zu thun, und König Friedrich Wilhelm, welcher Stein's Plan gebilligt hatte, ließ es geschehen, theils wegen seiner ihm eigenthümlichen Unentschlossenheit, theils weil sein

---

[1]) Pertz, a. a. O., IV, 15.

Freund, der Kaiser Alexander, sich mit ihm in dieser Beziehung in gleicher Lage befand. Freilich waren alle übrigen Verhältnisse verschieden, und wenn Rußland klug daran that seine Entschädigungsforderung noch nicht geltend zu machen, so sollte Preußen zu spät erkennen, daß es dessen Beispiele hierin nicht hätte folgen sollen.

Dem Friedensvertrage ging eine, die militärischen Verhältnisse ordnende Uebereinkunft zwischen den Verbündeten und Frankreich voraus. Sie wurde am 28. Mai abgeschlossen. Durch sie wurden Bestimmungen über den Unterhalt der verbündeten Truppen, welche im Begriffe waren Frankreich zu verlassen, sowie über die Beförderung und Auslieferung der Kriegsgefangenen getroffen. Für die kostenfreie Beförderung der gefangenen Franzosen bis an die Grenze ihres Vaterlandes, und für die Zurückgabe der in den französischen Magazinen befindlich gewesenen Vorräthe wurde eine, den Verbündeten zu zahlende Entschädigungssumme von 25 Millionen Francs ausbedungen.

Der Friedensvertrag selbst ward am 10. Mai unterzeichnet. In den Einleitungsworten hieß es: der Zweck des Vertrags sei, die langen Unruhen in Europa und das Unglück der Völker durch einen Frieden zu beenden, welcher in seinen, auf eine richtige Vertheilung der Macht gestützten Bestimmungen die Bürgschaften seiner Dauer trage. Dieser Zweck wurde jedoch leider nicht erreicht, weil nicht die demselben entsprechenden Mittel gewählt wurden. Schon im nächsten Jahre entbrannte der Krieg aufs neue, und wenn nach dessen Beendigung der Friede von Europa lange Zeit nur unbedeutende Störungen erlitt, so lag der Grund hiervon nicht in den Bestimmungen des Friedensvertrags, sondern in der unkriegerischen Natur der französischen Könige, in den inneren Unruhen Frankreichs und in dem allgemeinen Bedürfnisse, nach so langem Kriegselende die Wohlthaten des Friedens zu genießen. Die Abneigung der Großmächte vor Erneuerung des Krieges war so groß, daß sie es nach dem Sturze der Bourbonen im J. 1830 vorzogen, lieber in die Abänderung des von ihnen gewährleisteten Friedens von Paris zu willigen, als durch Waffengewalt seine Unverletztheit aufrecht zu erhalten.

Wie wenig der Friede von Paris den wirklichen Machtverhältnissen der bisherigen Gegner entsprach, erhellt unwiderleglich daraus, daß er auf den zu Chatillon von den Verbündeten angebotenen Grundlagen beruhte, ja sogar in verschiedener Beziehung noch günstiger für Frankreich war. Als Sieger in Paris eingezogen, stellten

die Verbündeten keine schärferen Bedingungen als die, welche Napoleon selbst nach der Schlacht bei La Rothière einen Augenblick genehmigt, und deren Annahme der französische Staatsrath gegen eine einzige ablehnende Stimme empfohlen hatte. Das besiegte und zu fernerem Widerstande unfähige Frankreich behielt vielmehr einen Theil der seit der Revolution von ihm gemachten Eroberungen. Natürlich waren es nicht Länder, welche den im Rathe der Verbündeten vorherrschenden Mächten abgenommen worden waren, denn deren Gebiet grenzte nirgends an Frankreich, sondern ehemalige Theile von Deutschland, den Niederlanden und Savoyen.

Frankreichs Umfang im J. 1792 wurde als Maßstab seiner neuen Begrenzung angenommen, und Ausnahmen hiervon fanden nur zum Nachtheil der genannten Nachbarländer statt. Die Zurückerstattung der unter Ludwig XIV. und Ludwig XV. von Deutschland abgerissenen Länder wurde von dessen falschen Freunden und bisherigen Kampfgenossen als unverträglich mit dem Gleichgewichte von Europa bezeichnet. Diese ihre Behauptung zu begründen, daran dachten sie natürlich nicht. Wie hätten sie auch diesen Beweis zu liefern vermocht, da thatsächlich eben die von jenen beiden französischen Königen gemachten Eroberungen die Uebermacht Frankreichs über seine Nachbaren außer Zweifel gesetzt hatten. Preußen widersprach zwar einer solchen Auffassung; da es aber die kleinste unter den Großmächten, und Deutschland im Rathe der Verbündeten gar nicht vertreten war, so kann man sich um so weniger über die Erfolglosigkeit dieses Widerspruchs wundern, als ja nicht viel daran gefehlt hatte, daß die von Metternich zu Frankfurt empfohlenen Friedensgrundlagen, welche den Rhein und die Alpen als Frankreichs Grenzen bezeichneten, zur Annahme gelangten. Hätte Alexander nicht durch Napoleon's Entthronung sich an diesem rächen, und, so weit es die Verhältnisse und seine eigenen Fähigkeiten gestatteten, der Erbe von dessen Einflusse in Europa werden wollen, so würde auch er jene sogenannten natürlichen Grenzen Frankreichs denjenigen vom J. 1792 vorgezogen haben. Die Wiederherstellung der letzteren war unter der Voraussetzung, daß Napoleon Beherrscher von Frankreich bleibe, unter den Verbündeten vereinbart worden, indem man es für zu gefährlich hielt diesem furchtbaren Feinde eine größere Macht zu lassen. Deshalb gewährte man nach seiner Besiegung den Franzosen günstigere Bedingungen, konnte aber doch von den zu Chatillon vereinbarten Grundlagen sich nicht zu weit entfernen, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu gerathen.

Die Erwerbungen Frankreichs bestanden in einem Theile Savoyens, nämlich den Unterpräfecturen von Chambery und Annecy, mit Ausnahme einiger Ortschaften; ferner in sämmtlichen, innerhalb der altfranzösischen Grenzen eingeschlossenen fremden Gebieten, sollten dieselben auch erst nach 1792 französisch geworden sein, namentlich in den ehemals päpstlichen Besitzungen, dem Fürstenthume Avignon und der Grafschaft Venaissin, der Stadt Mühlhausen, der Grafschaft Mömpelgard und anderen Besitzungen deutscher Fürsten, Grafen, Herren und Geistlichen in Elsaß und Lothringen. Die französische Grenze gegen Belgien wurde abgerundet, und Frankreich blieb im Besitze der starken Doppelfestung Givet und Charlemont, welche in scharf einspringendem Winkel das benachbarte Belgien bedroht. Die in gleicher Weise die Rheinpfalz bedrohende Festung Landau, eine bereits von Ludwig XIV. gemachte Eroberung, blieb ebenfalls französisch; doch wurde, da sie zu dessen Zeit von deutschem Gebiete rings umschlossen war, der Landstrich, welcher sie von Frankreich trennte, demselben einverleibt, sodaß sie nun mit ihm ein geschlossenes Ganzes bildete. Die Belassung dieser beiden Festungen bei Frankreich machte es augenscheinlich, wie wenig denjenigen Großmächten, welche im Rathe der Verbündeten die entscheidende Stimme führten, an einer gesicherten Grenze Deutschlands und der Niederlande gelegen war, denn diese festen Plätze dienten nicht zum Schutze Frankreichs, sondern zu Bedrohung seiner Nachbarländer.

England gab an Frankreich die von letzterem am 1. Jan. 1792 besessenen Colonien und Fischereien zurück, mit Ausnahme der Inseln Tabago, St.-Lucie, Isle de France nebst Zubehörungen, namentlich Rodrigues und die Sechelles, sowie den ehemals spanischen Antheil von St.-Domingo, welcher erst im J. 1794 an Frankreich abgetreten worden war. Den übrigen Theil der Insel hatte es bekanntlich durch den Negeraufstand verloren. Schweden gab die Insel Guadeloupe, Portugal das französische Guyana zurück. Hinsichtlich der in Indien zurückerhaltenen Niederlassungen verpflichtete sich Frankreich dort weder Festungen anzulegen, noch mehr Truppen zu halten, als zu Aufrechthaltung der polizeilichen Ordnung erforderlich seien. Beide Mächte versprachen sich übrigens gegenseitigen Schutz ihrer Handelsbeziehungen. Die Schiffahrt auf dem Rheine ward freigegeben, die Regelung der unerläßlichen Zölle aber sowie die Ausdehnung dieser Grundsätze auf andere, mehreren Staaten gemeinschaftliche Flüsse dem zu veranstaltenden Congresse vorbehalten.

Frankreich entsagte seinem Rechte auf alles, was außerhalb seiner Grenzen von 1792 lag, doch kehrte das Fürstenthum Monaco unter seine Schutzherrschaft zurück. Die von demselben zurückerstatteten Eroberungen umfaßten eine Bevölkerung von 15,360000 Menschen.

In Betreff der Frankreich benachbarten Länder war bemerkt: Holland solle mit vergrößertem Gebiete unter die Herrschaft des oranischen Hauses gestellt werden, welches jedoch nicht gleichzeitig eine fremde Krone tragen dürfe. Durch diese Bestimmung sollte verhindert werden, daß die Niederlande und Großbritannien je denselben Herrscher hätten, wozu deshalb Aussicht vorhanden war, weil der Prinz von Oranien sich um die Hand der zur Thronfolge berechtigten Prinzessin Charlotte von Großbritannien bewarb. Fernere Bestimmung waren: die deutschen Staaten würden unabhängig und durch einen Bundesvertrag untereinander vereinigt sein; die Schweiz solle fortfahren sich selbst zu regieren; Italien, mit Ausnahme der an Oesterreich fallenden Landstriche, aus unabhängigen Staaten bestehen; endlich die Insel Malta an England abgetreten werden.

Die Kriegsschiffe und alle das Seewesen betreffenden Gegenstände in den von Frankreich abgetretenen Häfen sollten zwischen diesem und dem neuen Besitzer so getheilt werden, daß ersteres zwei Drittel, letzterer ein Drittel erhielte. Ausgenommen hiervon würden jedoch die Kriegsschiffe und Zeughäuser Hollands und derjenigen Häfen, welche vor dem 23. April in die Gewalt der Verbündeten gefallen waren. Antwerpen solle künftig nur Handelshafen sein. Damals befanden sich in dessen Hafen 38 Linienschiffe und 10 Fregatten.

Den Einwohnern der abgetretenen Länder wurde Amnestie und die Erlaubniß zugesichert binnen sechs Jahren auszuwandern. Ferner wurde gegenseitige Verzichtleistung auf diejenigen Forderungen ausgesprochen, welche den vertragschließenden Mächten seit dem J. 1792 aneinander etwa zuständen. Preußen war die einzige Macht, welche hierdurch ein bedeutendes Opfer brachte, denn es verzichtete damit auf ein Guthaben von 94,628574 Francs für Lieferungen aus dem J. 1812. Nur privatrechtliche Forderungen versprach Frankreich zu berichtigen. Hinsichtlich der wichtigsten derartigen Forderung, die hamburger Bank betreffend, wurde jedoch ein anderes Verfahren beobachtet. Es wurde nur Anordnung der strengsten Untersuchung zugesagt, um die Besitzer von Geldern zu entdecken, welche der hamburger Bank zwangsweise entnommen

worden waren. Hamburg, dessen Verluste bereits vor seiner Einverleibung in das französische Kaiserreich 126 Millionen Francs betrugen, hatte nämlich von der ihm durch den Marschall Davoust im J. 1813 auferlegten Kriegssteuer von 28 Millionen Francs nur $10^1/_2$ Millionen aufzubringen vermocht, was derselbe zum Vorwand benutzte, sich der, in der hamburger Bank von Privatleuten niedergelegten Gelder im Betrage von 15 Millionen zu bemächtigen, weil er die verlangte Summe zur Vertheidigung der Stadt gegen die Feinde Frankreichs brauche. Freilich wäre Frankreich deshalb zum Ersatze verpflichtet gewesen, man nahm jedoch an, daß es die im Auslande erpreßten Summen wegen ihres ungeheueren Betrags nicht zu ersetzen vermöge. Berechnete doch Preußen allein die Erpressungen, welche es von Frankreich überhaupt erduldet hatte, soweit dieselben nachweislich waren, auf 1181,228574 Francs. Indessen war Frankreich das, was es seit dem letzten Frieden einzelnen Mächten abgenommen hatte, recht wohl zu ersetzen im Stande; der Ersatz wurde ihm jedoch erlassen, weil die Mächte, welche das entscheidende Wort zu Paris führten, eigene Forderungen nicht hatten, durch Großmuth auf fremde Kosten aber einen ihnen nützlich scheinenden Einfluß auf das französische Cabinet zu gewinnen strebten. Die Untersuchung über die geraubten Gelder der hamburger Bank blieb, wie vorauszusehen war, erfolglos, allein der betreffende Friedensartikel sollte wenigstens die Absicht bezeugen, für Entschädigung der Forderungsberechtigten so viel als möglich zu thun.

Auf das Herzogthum Warschau, welches Rußland schon als sein Eigenthum betrachtete, wandte man bezeichnend genug andere Grundsätze an. In einem besonderen Zusatzartikel wurde ausbedungen, daß von russischer und französischer Seite sofort Commissarien zu ernennen seien, welche die gegenseitigen Forderungen prüfen und feststellen sollten.

Nicht einmal die Zurückerstattung der geraubten wissenschaftlichen und Kunstschätze verschaffte der pariser Friede dem von Frankreich geplünderten Europa. Nur die aus der kaiserlichen Bibliothek zu Wien mitgenommenen Bücher und Handschriften, ferner die vom Brandenburger Thore in Berlin entführte Victoria mit ihrem Viergespann, der Degen Friedrich's des Großen, sowie die Fahnen und Waffen, welche die Franzosen den Verbündeten abgenommen hatten, mußten zurückgegeben werden.

War der Inhalt des pariser Friedens in Berücksichtigung der hülflosen Lage Frankreichs ungewöhnlich günstig für dasselbe, so

erkannte dies Fürst Talleyrand auch in ebenfalls ganz ungewöhnlicher Weise an, denn die Vertreter der acht Mächte, welche die Friedensurkunde unterzeichneten, wurden dafür aus der französischen Staatskasse reichlich belohnt, indem die betreffenden Minister der vier Großmächte je eine Million Francs, die Minister von Spanien, Portugal und Schweden jeder halb soviel erhielten.

In den Zusatzartikeln, welche England seinem Friedensvertrage mit Frankreich beifügte, wurden alle Beschlagnahmen öffentlichen und privaten Eigenthums, welche beiderseits seit 1792 stattgefunden hatten, aufgehoben. Ferner wurden Commissarien ernannt, welche für Befriedigung aller, englischen Unterthanen an die französische Regierung zustehenden Forderungen sorgen sollten. Endlich verpflichtete sich Frankreich gegen England, zur Unterdrückung des Negerhandels mitzuwirken. Den französischen Unterthanen ward derselbe nur noch binnen einer fünfjährigen Frist, und zwar für Frankreichs Colonien zugestanden, von da an aber ganz verboten.

In ähnlichen Zusatzartikeln war der österreichischen und preußischen Regierung die Aufhebung von Beschlüssen zugesagt, welche gegen Franzosen erlassen worden waren, weil sie sich im Dienste dieser Mächte gegen Frankreich befunden hatten. Außerdem wurden rücksichtlich Preußens die Bestimmungen der Friedensschlüsse von Basel (1795) und Tilsit (1807), sowie der Uebereinkunft von Paris vom 20. Sept. 1808, rücksichtlich Oesterreichs die Bestimmungen der Friedensschlüsse von Presburg (1805) und von Schönbrunn (1809) für nichtig erklärt. [1])

Ferner waren dem Friedensvertrage auch noch folgende geheime Artikel über Gegenstände beigefügt, welche auf dem (nach Art. XXXII) zu Wien abzuhaltenden allgemeinen Congresse endgültig zu ordnen wären.

Art. I. „Die Verfügung über die Gebiete, denen Se. allerchristlichste Majestät durch den 3. Artikel des öffentlichen Vertrags entsagt, und die Beziehungen, aus denen ein wirkliches und dauerhaftes System des Gleichgewichts in Europa hervorgehen soll, werden von den verbündeten Mächten auf den unter sich festgestellten Grundlagen und nach den in den folgenden Artikeln enthaltenen allgemeinen Bestimmungen geregelt werden.

Art. II. Die Besitzungen Sr. k. k. apostol. Majestät in Italien werden durch den Po und den Ticino und den Lago-Maggiore begrenzt werden. [2])

---

[1]) De Martens, Nouveaux suppléments, VI, 1—18.

[2]) Noch am 26. Mai hatte Metternich einen kräftigen Versuch gemacht für die österreichischen Besitzungen in Italien den östlich der Apenninen liegenden Theil des Kirchenstaats zu erhalten, indem er sich auf das von England deshalb am 27. Juni 1813 zu Reichenbach erhaltene Versprechen bezog. Es wurde jedoch beschlossen die Grenzberichtigung des Kirchenstaats bis zum wiener Congreß zu verschieben.

Der König von Sardinien wird wieder in den Besitz seiner alten Staaten mit Ausnahme desjenigen Theils von Savoyen treten, welcher Frankreich im dritten Artikel des gegenwärtigen Vertrags zugesichert ist. Er wird eine Gebietsvergrößerung durch den Staat Genua erhalten. Genua wird ein Freihafen bleiben, und die Mächte behalten es sich vor mit dem Könige von Sardinien deshalb Verabredungen zu treffen. Frankreich wird im Vereine mit den verbündeten Mächten, und wie sie, die staatliche Einrichtung, welche die Schweiz unter diesfallsiger Veranstaltung besagter Mächte und nach den mit ihnen festgestellten Grundlagen sich geben wird, anerkennen und verbürgen.

Art. III. Da die Herstellung eines richtigen Gleichgewichts in Europa erfordert, daß Hollands Verhältnisse in einer Weise festgestellt werden, welche es in den Stand setzt seine Unabhängigkeit durch eigene Mittel aufrecht zu erhalten, so werden die Länder zwischen dem Meere, den Grenzen Frankreichs, wie sich solche durch den gegenwärtigen Vertrag bestimmt finden, und der Maas für immer mit Holland vereinigt werden. Die Grenzen auf dem rechten Ufer der Maas werden so, wie es in militärischer Beziehung für Holland und seine Nachbaren angemessen erscheint, bestimmt werden. Die freie Schiffahrt auf der Schelde wird nach denselben Grundsätzen, wie die Schiffahrt des Rheins in dem 5. Artikel des gegenwärtigen Vertrags, geregelt werden.

Art. IV. Die deutschen Länder auf dem linken Rheinufer, welche seit 1792 mit Frankreich vereinigt gewesen sind, werden zur Vergrößerung Hollands und zu Entschädigungen für Preußen und andere deutsche Staaten dienen.

Art. V. Die im 18. Artikel enthaltene Verzichtleistung der französischen Regierung erstreckt sich namentlich auf alle Ansprüche, welche es gegen die verbündeten Mächte auf Grund von Dotationen, Schenkungen von Einkünften der Ehrenlegion, von Senatorschaften, Pensionen und anderen Lasten dieser Art machen könnte.

Art. VI betraf das schon erwähnte Versprechen wegen der, aus der hamburger Bank entnommenen Gelder eine Untersuchung anzustellen." [1])

Am 31. Mai fand zwischen den Ministern der verbündeten Großmächte eine Besprechung statt, worin ausgemacht wurde, durch welche Truppen die von Frankreich abgetretenen und sonst zur Verfügung kommenden Länder besetzt werden sollten. Man berücksichtigte auf diese Weise die deshalb erhobenen Ansprüche, ohne jedoch ein endgültiges Abkommen zu treffen; ein solches sollte theils zu London, theils und hauptsächlich zu Wien vereinbart werden.

Würzburg und Aschaffenburg wurden demnach durch baierische Truppen besetzt, von diesen und österreichischen Truppen gemeinsam die Landstriche des rechten Moselufers, durch Preußen die Länder zwischen dem Rheine und der Mosel, durch Holländer und Engländer diejenigen am linken Ufer der Maas. Mainz erhielt eine österreichisch-preußische Besatzung unter der Verwahung, daß hieraus kein Schluß auf dessen künftigen Besitz gezogen werden dürfe.

---

[1]) Neumann a. a. O., II, 474.

Die deutschen Truppenkörper wurden einstweilen unter den Oberbefehl Oesterreichs gestellt, und letzterer Macht auch diejenigen untergeordnet, welche unter russischem Befehle gestanden hatten.[1]) Das ganze Gebiet des aus ehemals österreichischen und preußischen Provinzen gebildeten Herzogthums Warschau blieb jedoch von russischen Truppen besetzt, obschon Preußen und Oesterreich nach den Verträgen von Kalisch, Reichenbach und Teplitz berechtigt waren dasselbe mit ihm zu theilen.

Vorsichtiger, als Preußen, welches die nähere Bestimmung seiner Entschädigung, besonders für seine an Rußland zu überlassenden polnischen Provinzen, auf die deshalb in Wien zu treffende Verständigung verschob, war Oesterreich darauf bedacht sich von Baiern durch förmlichen Vertrag die zu Ried nur in allgemeiner und bedingter Weise zugesagte Zurückerstattung der an dasselbe abgetretenen Landstriche auch für den Fall zusichern zu lassen, daß Baiern dafür nicht vollkommen entschädigt werden könne. Fürst Metternich von Seiten Oesterreichs und der Feldmarschall Graf Wrede von Seiten Baierns unterzeichneten deshalb am 3. Juni zu Paris eine Uebereinkunft, in welcher „zu Vermeidung jedes Mißverständnisses" Folgendes festgestellt wurde:

Baiern verpflichtet sich Tirol, Vorarlberg, das Fürstenthum Salzburg mit Ausnahme des Amtes Laufen und der auf dem linken Ufer der Saale liegenden Dörfer, das Inn- und Hausruckviertel, vorbehältlich der in den Artikeln II und IV der Uebereinkunft erwähnten Ausnahmen, an Oesterreich abzutreten, wogegen dieses „nicht nur vollständige Entschädigung, sondern sogar mehr zu gewähren versprach, soweit es hierzu die Mittel habe und die Umstände es erlauben".

Diese Beschränkung hob streng genommen das Entschädigungsversprechen für den Fall wieder auf, wenn Entschädigungsmittel nicht vorhanden wären, während im rieder Vertrag Oesterreich „seine ganze Macht anzuwenden" versprochen hatte, um Baiern die unbedingt versprochene, volle Entschädigung zu verschaffen. Der im ersten Artikel der Uebereinkunft ausgesprochene Wunsch jedes Mißverständniß zu vermeiden, welches aus einer solchen Auslegung der geheimen Artikel des rieder Vertrags entstehen könnte, war daher nur eine beschönigende Form für die Zurücknahme des in demselben gegebenen unbedingten Entschädigungsversprechens. Eben-

---

[1]) De Martens, Nouveaux suppléments, VI, 309.

deshalb, weil das österreichische Cabinet es für wahrscheinlich hielt, daß Baiern die verheißene volle Entschädigung für die Zurückerstattung der betreffenden Landstriche nicht erhalten werde, war es in weiser Voraussicht darauf bedacht letztere für alle Fälle sich zu sichern, und wunderbar genug gelang ihm dies auch.

Tirol und Vorarlberg sollten schon innerhalb einer vierzehntägigen Frist nach Auswechselung der Vertragsurkunden an Oesterreich zurückgegeben werden, wogegen Baiern zu derselben Zeit in den Besitz des Großherzogthums Würzburg und des Fürstenthums Aschaffenburg zu setzen sei. Oesterreich hatte hierzu die Ermächtigung von seinen Verbündeten erlangt, weil jenes bisher im Besitze von des Kaisers Franz Bruder Ferdinand, dieses im Besitze des aus der Reihe der Landesherren jetzt ausscheidenden Großherzogs von Frankfurt gewesen war, und auf beide von anderer Seite keine Ansprüche erhoben wurden.[1]) Die anderen von Baiern zu bewirkenden Zurückerstattungen sollten, wo möglich, noch früher geschehen. Es wurde dabei auf die von österreichischen und baierischen Truppen (wo möglich) zu besetzende Festung Mainz mit der Versicherung hingewiesen, daß Oesterreich seine besten Dienste anwenden werde:

1) „um dem Antheile Baierns die Stadt und Festung Mainz zuzuwenden und den Staaten Sr. baierischen Majestät den größtmöglichen Umfang auf dem linken Rheinufer zu verschaffen;
2) um dem Antheile Baierns die alte Rheinpfalz zuzuwenden (wozu auch der badische Neckar- sowie der Main- und Tauberkreis gehörte), wogegen Se. Majestät der König von Baiern sich verpflichtet in die Grenzeinrichtungen zu willigen, welche für sie selbst und ihre Nachbaren beiderseits passend gefunden würden;
3) um die wegen Abtretungen, Auswechselungen und sonst erforderlichen Abkommen zu erleichtern, welche Se. baierische Majestät mit den benachbarten Staaten, dem Könige von Würtemberg, den Großherzogen von Baden und von Darmstadt und dem Fürsten von Nassau etwa zu treffen wünscht, damit zwischen denselben und ihren Staaten mehr unmittelbare Verbindungen hergestellt werden. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels beziehen sich auch auf die kleineren Fürstenthümer, die sich etwa auf den Verbindungslinien der baierischen Staaten befinden, vorausgesetzt, daß sie kraft endgültiger Ordnung der deutschen Gebietsverhältnisse mediatisirt würden."

Oesterreich verpflichtete sich ferner zu Abtretung des vom Fürstenthume Baireuth umschlossenen Amtes Redwitz an Baiern und zu Erneuerung des Vertrags, nach welchem Salzburg jährlich bis zu 200000 Centner Salz unter gewissen Bedingungen an Baiern zu liefern hatte.

---

[1]) De Martens, a. a. O., I, 331.

Baiern ließ sich also durch Metternich's Ueberredungskunst bestimmen auf die ihm von Oesterreich für sich und im Namen seiner Verbündeten unbedingt versprochene volle Entschädigung für seine Abtretungen zu verzichten, und dafür mit der unbestimmten Zusicherung sich zu begnügen, daß es nur insoweit entschädigt werden würde, als dies unter den obwaltenden Umständen möglich sei. Freilich mag es der österreichische Minister als ganz undenkbar dargestellt haben, daß die versprochene Entschädigung, sowol was ihren Betrag, als ihre Lage anbelange, nicht vollkommen zufriedenstellend ausfallen werde. Auch wußte Baiern, daß alle Rheinbundstaaten bei ihrer Aufnahme in den Bund gegen Frankreich sich zu den Abtretungen, welche die Ordnung der deutschen Gebietsverhältnisse etwa nöthig machen würden, hatten verstehen müssen, ohne dafür die Zusicherung genügender Entschädigung erhalten zu haben, daß mithin bei Festhaltung dieser Bestimmungen eine genügende, mit seinem Gebiete zusammenhängende Entschädigung für die abgetretenen Landstriche von Oesterreich ihm verschafft werden könne. Aber dennoch war es von dem baierischen Cabinete äußerst unklug, in die besagte Abänderung des erhaltenen Entschädigungsversprechens einzuwilligen. Die Gefahr einen Gebietsverlust dadurch zu erleiden war um so wahrscheinlicher für Baiern, als sonst nicht einzusehen gewesen wäre, weshalb sich der österreichische Minister so viele Mühe gegeben haben würde jenen Vorbehalt dem Entschädigungsversprechen beizufügen. Sollte, was allerdings auch denkbar ist, vom Vertreter Baierns der einschränkende Vorbehalt nur auf die in Aussicht gestellte Vergrößerung, nicht auf die versprochene volle Entschädigung bezogen worden sein, so wäre dies nur ein Beweis mangelnder Vorsicht von seiner Seite und der Schlauheit von Seiten Metternich's, denn die Zweideutigkeit der Abfassung verstattet es, den Vorbehalt sowol auf die Vergrößerung, als auf die Entschädigung zu beziehen. Eine Trennung beider Sätze hätte aber dieser verhängnißvollen Zweideutigkeit vollständig vorgebeugt.

England und Oesterreich hatten also schon in Paris dafür gesorgt, daß ihnen das, was sie verlangten, ausdrücklich zugesichert wurde. Sie konnten daher eine ihnen vortheilhafte endgültige Ordnung der staatlichen Verhältnisse Europa's durch den wiener Congreß zuversichtlich erwarten. Preußen dagegen, welches diesen Mächten an Volkszahl und Gebietsumfang so bedeutend nachstand, und für seine Verluste, welche die Hälfte seines Reichs betrugen, unter weit schwierigeren Verhältnissen Entschädigung beanspruchte, Preußen, um

dessen künftige politische Bedeutung und Sicherheit es sich handelte, während seine Verbündeten nur eine, für sie weit weniger wichtige Machtvermehrung im Auge hatten, versäumte es abermals durch ein diesfallsiges bestimmtes Versprechen seiner Verbündeten sich die passende und genügende Entschädigung zu sichern. Nachdem sein Staatskanzler in unverantwortlicher Weise sogar den Versuch unterlassen hatte, bei Aufnahme Baierns in den Bund gegen Frankreich mitzuwirken, und durch dessen und Oesterreichs Erklärung die beanspruchte Entschädigung dem Gegenstande nach sich verbürgen zu lassen, beging er beim Friedensschlusse zu Paris neue, und zwar nun nicht wieder gut zu machende Unterlassungssünden. Mit der Unterzeichnung des Friedens, der geheimen Artikel desselben, welche Oesterreichs Erwerbungen in Italien bestimmten, und der österreich-baierischen Uebereinkunft wegen Bestimmung ihrer neuen beiderseitigen Grenzen hörte für Preußen die Möglichkeit auf: die Einwilligung der betreffenden Mächte in seine Entschädigungsforderungen mit entsprechenden Zugeständnissen zu vergelten; mithin war für diese auch keine besondere Veranlassung vorhanden für Preußens Befriedigung besorgt zu sein.

Da die verbündeten Mächte sich gegenseitig verpflichtet hatten nur mit allseitiger Genehmigung Frieden zu schließen, so wäre Preußen dessen völligen Abschluß dadurch zu verhindern im Stande gewesen, daß es nur gegen genaue Bestimmung der zu erhaltenden Gebietsentschädigung ihn unterzeichnet hätte. Eine gleichzeitige Einmischung in die zu Paris wieder zur Sprache kommende Gebietsausgleichung zwischen Oesterreich und Baiern, wozu Preußen wegen seines Anspruchs auf die fränkischen Herzogthümer genügende Veranlassung hatte, würde sicherlich nicht wenig dazu beigetragen haben den beabsichtigten Erfolg zu erreichen. Es war übrigens offenbar, daß die Ordnung seiner Entschädigungsansprüche durch Verschiebung nur schwieriger werden konnte. Noch war es in frischem Gedächtnisse, wie viel Preußen zur Erringung des Sieges beigetragen hatte. Als die vorläufige Regierung an die verbündeten Monarchen Worte des Dankes richtete, Frankreich von Napoleon's Zwingherrschaft befreit zu haben, erwiderte der Kaiser von Oesterreich, indem er auf den König von Preußen zeigte: „Diesem Fürsten habe ich und haben Sie die Rettung Europa's und Frankreichs zu danken.“ [1]) Die Ablehnung seiner wohlbegründeten Entschädigungsforderungen war deshalb in Paris weit weniger zu erwarten, als später in Wien, wo

[1]) Vehse, Geschichte des preußischen Hofes, VI, 210.

das Dankgefühl gegen Preußen nicht mehr so lebhaft war. Endlich schalteten die verbündeten Großmächte in Paris noch als Sieger. Weder Frankreich, noch die kleineren deutschen Staaten wurden hinsichtlich der Verfügungen, welche man wegen der eroberten Länder traf, gehört. Was aber jedenfalls den Ausschlag gegeben hätte, war, daß Oesterreich wegen Oberitaliens, England wegen der den Niederlanden zugedachten Vergrößerung die Zustimmung Preußens zu den betreffenden Artikeln bedurften. Diese Zustimmung konnte Preußen von der Genehmigung seiner Entschädigungsforderung in Deutschland abhängig machen, und hierbei der Unterstützung des dabei interessirten Kaisers von Rußland sicher sein. Hierzu kam noch, daß vor Abschluß des Friedens die verbündeten Heere nicht den Rückmarsch antreten konnten, und daß die Verzögerung desselben auch das Aufhören der von England während des Krieges zu zahlenden Hülfsgelder verhinderte, letzterem also daran lag den Friedensschluß zu beschleunigen. Daß Frankreich sehnlichst den Abmarsch der fremden Heere von seinem Boden erwartete, deren Anwesenheit sein Ehrgefühl verletzte und die seinen Einwohnern äußerst lästig fielen, versteht sich von selbst. Hardenberg's beispiellose Nachlässigkeit war die Ursache, daß alle diese den Ansprüchen Preußens günstigen Umstände unbenutzt blieben. Es war dies um so unverzeihlicher, als der Kaiser von Rußland, seitdem der preußische Staatskanzler es unkluger Weise versäumt hatte im Vertrage von Kalisch Preußens Rechte an seine ehemaligen polnischen Provinzen zu sichern, oder doch diejenige Grenze zu bestimmen, welche es mindestens von Rußland dort zugestanden erhalten müsse, vergeblich von letzterem ersucht worden war, hierüber nachträglich eine befriedigende Erklärung zu geben. Ebenso wenig war Metternich zu einer bestimmten bindenden Erklärung zu bewegen gewesen, mit welchen deutschen Ländern Preußen für das entschädigt werden solle, was es von seinen ehemaligen Besitzungen in Polen und Deutschland an Rußland, Hannover und Baiern überließ. Daß hieraus nur ungünstige Folgerungen für Rußlands und Oesterreichs Geneigtheit Preußen zufrieden zu stellen, gezogen werden konnten, war offenbar.

Alexander mochte es freilich ohne Nachtheil unterlassen von seinen Verbündeten feste Zusicherungen über die Vergrößerung seines Gebiets durch polnische Länder zu fordern, denn sein vorherrschender Einfluß hatte die Grundbedingungen des pariser Friedens gegen den Einspruch seiner Bundesgenossen durchgesetzt, und es unterlag keinem Zweifel, daß er fortan in Europa den eingenommenen Vorrang

behaupten werde. Seine Truppen hatten das Herzogthum Warschau besetzt, und seine Verbindungen mit den einflußreichsten polnischen Großen sicherten ihm die Unterstützung der dortigen Bevölkerung. Auch hatte die jüngste Vergangenheit bewiesen, daß die geographische Lage Rußlands feindliche Einfälle in sein Gebiet gefährlich mache. Es war daher nicht wahrscheinlich, daß die übrigen europäischen Mächte, nachdem sie durch den Frieden ihre Absichten erreicht hatten, Rußland bekriegen würden, um es zu zwingen an Preußen einen beträchtlicheren Theil von dessen ehemaligen polnischen Provinzen herauszugeben und ihm eine bessere militärische Grenze zu verschaffen. Nach dem übereilten Versprechen Preußens: Ostfriesland und Landstriche in Westfalen an Hannover abzutreten, und nach dem Vertrage zu Ried, in welchem Oesterreich dem baierischen Hofe den Besitz von Ansbach gewährleistet hatte, ohne daß preußischerseits dem widersprochen worden wäre, schien für Preußen eine genügende Entschädigung wegen dieser Verluste nur dann denkbar, wenn es das Königreich Sachsen vollständig sich einverleiben konnte. Gleichwol war es unzweifelhaft, daß eine so harte Behandlung des Königs von Sachsen um so größeren Widerspruch finden würde, als ein solches Verfahren mit dem gegen die übrigen Rheinbundfürsten befolgten Grundsätzen in schreiendem Widerspruche stand, und Oesterreich ein Interesse daran hatte, Preußens völlige Wiederherstellung, sowie dessen Vorschreiten bis an das böhmische Grenzgebirge zu verhindern.

Hardenberg sündigte, indem er unterließ die Feststellung der Preußen gebührenden Entschädigung mindestens in der Hauptsache und in Bezug auf Sachsen zu bewirken. Die Verträge von Kalisch, Ried und Paris hätten bei einer umsichtigen und pflichtgetreuen Thätigkeit des preußischen Staatskanzlers weit günstigere Bedingungen für Preußen enthalten müssen, als dies wirklich der Fall war. Er fehlte wiederholt, indem er Preußen nicht in die vortheilhafte Lage brachte, wozu dessen Leistungen und die Gunst der Umstände es berechtigten. Wrede dagegen beging nur einen, aber um so größeren und kaum begreiflichen Fehler, indem er die von Baiern bereits eingenommene außerordentlich günstige Stellung durch Eingehung der Uebereinkunft von Paris wieder aufgab. Nichtsdestoweniger glaubten die Könige von Preußen und Baiern das ihnen vom Kaiser von Oesterreich durch Metternich's Standeserhöhung gegebene Beispiel befolgen zu müssen, sie belohnten deshalb Hardenberg's und Wrede's Dienste ebenfalls durch Erhebung in den Fürstenstand und Schenkung reichen Landbesitzes (am 3. und 9. Juni). Hinsichtlich Wrede's

scheint sogar die für Baiern so nachtheilige Uebereinkunft von Paris, deren Tragweite man zu spät erkannte, die nächste Veranlassung dazu gewesen zu sein. Allein während Metternich's unbestreitbares Verdienst großentheils bewirkte hatte, daß Oesterreich mit vermehrter Macht und einem nun völlig geschlossenen Gebiete aus dem Kriege hervorging, verschuldeten im Gegentheil hauptsächlich Hardenberg und Wrede, daß die von ihnen vertretenen Staaten gleicher Vortheile sich nicht rühmen konnten, sondern engere und weniger geschlossene Grenzen erhielten, als sie früher gehabt hatten.

Der Friede zu Paris gehört zu den wol höchst selten vorkommenden Friedensverträgen, wo der Besiegte ungeachtet seiner Unfähigkeit zu fernerem erfolgreichen Widerstande ganz unverhältnißmäßig günstige Bedingungen erhält. Es wurden den Franzosen sogar solche frühere Eroberungen gelassen, welche offenbar die künftige Sicherheit eines Theils ihrer Sieger, nämlich Deutschlands und der Niederlande, gefährdeten. Diese auffallende Erscheinung findet ihre Erklärung in jenen, bei Gelegenheit des Congresses von Chatillon schon berührten Umständen, welche bei Betrachtung des zweiten pariser Friedens näher erörtert werden sollen. Hier genüge es des später nicht mehr brauchbaren Vorwandes zu gedenken, unter welchem Kaiser Alexander seinen deutschen Bundesgenossen das Versprechen brach, daß der Rhein wieder ein durchaus deutscher Strom werden solle und er nicht eher die Waffen niederlegen werde, bis Deutschlands Unabhängigkeit gesichert sei. Dieser Vorwand bestand darin, daß er die in der Politik unerhörte Behauptung aufzustellen nicht erröthete, je großmüthiger man gegen einen Gegner wie Frankreich verfahre, desto dauerhafter werde der mit demselben geschlossene Friede sein. Vergeblich machte man ihn darauf aufmerksam: es sei zu fürchten, daß Frankreich, weil es seit der Mitte des 16. Jahrhunderts seine Eroberungspolitik gegen Deutschland beharrlich verfolgt habe, dies bei guter Gelegenheit auch ferner thun werde. Alexander, welcher nicht überzeugt sein wollte, beharrte dabei, auf fremde Kosten großmüthig zu sein, und benahm sich so gegen Ludwig XVIII., daß dieser zu der ebenso unverschämten, als lächerlichen Forderung ermuthigt wurde, der Rhein solle fortan Frankreichs westliche Grenze bilden. Bei den zu Chatillon vereinbarten Friedensbedingungen, welche ausdrücklich als das Mindeste bezeichnet worden waren, was die Verbündeten forderten, mußte dies zwar erfolglos sein, allein Frankreich erhielt durch den Frieden von Paris ein umfangreicheres Gebiet, als es je unter seinen Königen

besessen hatte, und wurde mit jeder Kriegssteuer zum Besten der von ihm ausgesogenen Länder des Festlandes verschont.

War Rußlands Politik auch selbstsüchtig und treulos, so schien sie doch dessen Ehrgeize eine glänzende Zukunft zu verbürgen. Daß aber England diese Politik ebenfalls verfolgte, beweist die unbegreifliche Kurzsichtigkeit seines damaligen Cabinets. Diejenigen, welche eine Erklärung dafür suchten, erblickten sie darin, daß die englischen Minister ihren Einfluß auf Ludwig XVIII., welcher öffentlich anerkannt hatte, er verdanke dem Prinz-Regenten seine Krone, für geeignet hielten bei den nicht gehörig befestigten Zuständen Mitteleuropa's das entscheidende Wort zu sprechen.

Freilich schien es mit dieser Freundschaft gegen Frankreich nicht vereinbar, daß England das Königreich der Niederlande schuf und Piemont vergrößerte zu dem eingestandenen Zwecke, damit beide Staaten als Vormauer gegen Angriffe Frankreichs auf Mitteleuropa dienen sollten. Denn je stärker eine befreundete Macht ist, desto mehr vermag sie ja dem Freunde zu nützen, und dieser wird sich nicht veranlaßt sehen die Macht ihrer Gegner zu vermehren. Wollte man aber Frankreich in den jetzt ihm angewiesenen Grenzen erhalten, so hätte niemand besser als Wellington den englischen Staatsmännern sagen können, daß jene beiden Eckbollwerke nichts nützten, wenn das zwischen beiden liegende Deutschland den französischen Angriffen schutzlos preisgegeben und außer Stande blieb, dessen Eroberungslust Schranken zu setzen. Wie stand es endlich um das englisch-französische Bündniß, wenn Frankreich der seit Jahrhunderten gegen England bethätigten Feindschaft eingedenk, ein Bündniß mit Rußland vorzog, welches dem französischen Ehrgeize reichere Befriedigung bieten konnte, als England? Die damaligen englischen Staatsmänner waren unwürdige Nachfolger des großen Pitt, aber so blind waren sie doch nicht, um nicht einzusehen, daß Frankreich unter den obwaltenden Umständen sich schwerlich als Englands natürlichen Bundesgenossen betrachten werde. Der wahre Grund, welcher sie bestimmte so zu handeln, wie sie thaten, war, wie dies dem aufmerksamen Beobachter infolge ihres Benehmens auf dem wiener Congresse und beim zweiten pariser Frieden klar wird, ein ganz anderer. Er bestand, wie später ausgeführt werden wird, darin, daß Castlereagh und seine Collegen deshalb für die Wiederherstellung der französischen Grenzen von 1792 sprachen, weil Metternich dies unter den obwaltenden Umständen dem Interesse Oesterreichs entsprechend fand.

Am 7. Juni begaben sich der Kaiser von Rußland und der König

von Preußen mit ihren vorzüglichsten Heerführern und Staatsmännern nach London. Der Kaiser von Oesterreich, welcher sofort in seine Staaten zurückkehrte, ließ sich dabei vom Fürsten Metternich vertreten. In der dreiwöchentlichen Frist, welche die beiden Monarchen daselbst zubrachten, suchte man ihnen durch die zu ihrer Ehre getroffenen Veranstaltungen einen hohen Begriff von Englands Macht und seinem Reichthume beizubringen. Die bei Spithead stattfindende Musterung von 80 Kriegsschiffen war allerdings unter anderem ein hierzu geeignetes Mittel. Während aber der österreichische Minister durch sein klug berechnetes Benehmen in der Gunst der englischen Staatsmänner sich zu befestigen wußte, verletzte der Kaiser Alexander die Eitelkeit des Prinz-Regenten von England so empfindlich, daß dieser einen tiefen Widerwillen gegen ihn faßte, und deshalb einige Monate später um so mehr erfreut war, die russische Politik auf dem Congresse zu Wien bekämpfen zu können.

Da der pariser Friede nur die Grundlage für das neu zu errichtende Gebäude des europäischen Staatensystems bildete, so wollten die Verbündeten gegen jede Störung in dem Ausbaue desselben gerüstet sein. Sie hielten dies für um so nöthiger, als der in Frankreich aufgerichteten neuen Ordnung der Dinge jede Bürgschaft der Dauer fehlte. So kam zwischen England und Oesterreich, welches zugleich auch im Namen von Rußland und Preußen handelte, am 29. Juni ein Bundesvertrag zu Stande, den der Prinz-Regent am 11. Aug. genehmigte. Es wurde darin das Bündniß von Chaumont bestätigt und ergänzt, sowie festgesetzt, daß jede der vertragschließenden Mächte bis zu dem Augenblicke, wo die europäischen Verhältnisse durch den wiener Congreß endgültig würden geordnet sein, ein Heer von 60000 Mann Fußvolk und 15000 Reitern nebst verhältnißmäßiger Artillerie in Kriegsbereitschaft halten solle. Zwei Tage vor dem Abschluß, am 27. Juni, reisten der Kaiser von Rußland und der König von Preußen über Holland in ihre Staaten zurück, wo beide jubelnd empfangen wurden, und ersterer den ihm von der heiligen Synode zuerkannten Namen „des Gesegneten" sowie die Errichtung einer Bildsäule in weiser Bescheidenheit ablehnte.

Die Angelegenheiten, welche England näher angingen, war dessen Regierung bedacht noch vor dem Zusammentreten des wiener Congresses zu ordnen. Man verständigte sich schon zu London über die dem neuen niederländischen Staate zu gebenden Einrichtungen. Die Verfassung Hollands sollte demnach in zu vereinbarender Weise auch auf

Belgien ausgedehnt werden, und die nun von beiden Ländern zu wählende Versammlung der Generalstaaten abwechselnd in einer holländischen und belgischen Stadt ihre Sitzungen halten. Das Religionsbekenntniß dürfe auf die allen zugesicherte Rechtsgleichheit keinen Einfluß ausüben; auch sollten sich alle Einwohner des Gesammtstaates derselben Handelsvortheile zu erfreuen haben. Die Schulden aller Provinzen sollten gemeinschaftlich getragen werden; ebenso die Kosten für die Herstellung und Erhaltung der Festungen. Für die Unterhaltung der Dämme jedoch hätten die betreffenden Bezirke allein zu sorgen.

Nachdem diese Grundlagen der zu entwerfenden niederländischen Verfassung von dem Prinzen von Oranien, als künftigem Landesherrn, genehmigt worden waren, wurde demselben vom General Vincent, welcher die dort stehenden verbündeten Truppen befehligte, Belgien übergeben. Die Hauptbedingung besagter Uebereinkunft, daß die Verfassung des neugeschaffenen Königreichs der Niederlande auf Vereinbarung der Krone mit den Notablen beruhen solle, wurde aber nicht erfüllt, und dadurch der Keim zu jenen Zerwürfnissen gelegt, welche, durch andere spätere Mißgriffe gesteigert, endlich wieder zur Trennung Hollands von Belgien führten. Der von den holländischen Notablen einstimmig angenommene Verfassungsentwurf wurde nämlich in Belgien mit 796 gegen 527 Stimmen verworfen, vom Könige aber dennoch als Staatsgrundgesetz erklärt. Beschönigt wurde diese Willkürlichkeit damit, daß ein Sechstel der belgischen Notablen nicht mit abgestimmt habe und deshalb den Zustimmenden beizurechnen sei, 126 von den Gegnern des Verfassungsentwurfs aber denselben nur wegen seiner die Religion betreffenden Bestimmungen abgelehnt hätten. Unter die späteren Mißgriffe, welche den Abfall der belgischen Provinzen veranlaßten, gehört die Erklärung der holländischen Sprache zur Nationalsprache, die ungerechte Bevorzugung der Holländer bei Besetzung von Staatsämtern, die Abschaffung des öffentlichen Gerichtsverfahrens und der Geschworenengerichte. Alles dies erregte um so größere Unzufriedenheit, als die belgischen Provinzen, welche zur Zeit der Vereinigung 3,337000 Seelen umfaßten, während die holländischen nur 2,046000 zählten, doch nur die gleiche Anzahl von Abgeordneten stellten, auch genöthigt waren mehr, als die Hälfte der großen holländischen Staatsschuld zu verzinsen. Der auf Belgien fallende Antheil betrug nämlich zu Anfang zwischen 7 bis 8 Millionen Gulden jährlich, später noch mehr, während die Zinsen der eigentlichen belgischen Schuld nur auf 700000 Gulden sich beliefen.

Aber nicht allein die europäischen Verhältnisse der Niederlande wurden zu London geordnet, dies geschah auch hinsichtlich seiner Colonien durch den zwischen Lord Castlereagh und dem niederländischen Staatssecretär Baron Fagel am 13. Aug. abgeschlossenen Vertrag. Alle Colonien, welche am 1. Jan. 1803 in Hollands Besitze gewesen waren, jedoch mit Ausnahme des Vorgebirges der guten Hoffnung, ferner von Demerary, Essequibo und Berbice, wurden zurückgegeben. Gegen die an Holland abgetretene Insel Banka tauschte England Cochin ein, und versprach die Niederländer den begünstigtesten Nationen gleichzustellen. Die niederländische Regierung aber machte sich verbindlich in den ihr zurückgegebenen Colonien keine Befestigungen anzulegen und ihren Unterthanen den Negerhandel zu verbieten. Die Zusatzartikel des Vertrags enthielten für England die Verpflichtung eine Million Pfd. Sterl. an Schweden wegen der von demselben an Frankreich wieder überlassenen Insel Guadeloupe zu bezahlen, nachdem von Schweden beantragt worden war, daß die diesfallsige Entschädigung, welche ihm ursprünglich aus den von England abgetretenen holländischen Colonien hatte gewährt werden sollen, in einer Abfindungssumme erstattet werde. Ferner verpflichtete sich England für die Errichtung einer Festungsreihe gegen Frankreich der niederländischen Regierung zwei Millionen Pfd. Sterl. zu bezahlen, doch habe die letztere einen gleichen Betrag zu diesem Zwecke zu verwenden. Endlich wurde versprochen alle Kosten, welche nöthig würden, um die Vereinigung Belgiens mit Holland unter dem Hause Oranien zu befestigen, gemeinschaftlich mit Holland zu tragen, doch dürfe der auf England fallende Antheil die Summe von drei Millionen Pfd. Sterl. nicht übersteigen.

So bedeutende Opfer brachte England, um auf künstliche Weise einen Staat zu gründen, der als Vormauer gegen künftige Angriffe Frankreichs auf Mitteleuropa dienen sollte. Es schuf aber eine Macht dritten Ranges, welche dem beabsichtigten Zwecke nur im Bunde mit einem starken, wohlgeschützten Deutschland hätte genügen können, und dennoch ließ die englische Politik sich zu dem Fehler verleiten durch Deutschlands Schwächung mittels einer wehrlosen Grenze gegen Frankreich dieser, seiner Schöpfung Dauer und Erfolg zu entziehen. Außerdem hatte man nicht erwogen, daß zwei durch Religion, Sprache und Geschichte so getrennte Völker wie die Belgier und Holländer, welche einst nicht einmal ihr gemeinsamer Haß gegen die spanischen Unterdrücker dauernd hatte verbinden können, schwerlich einen lebensfähigen Gesammtstaat bilden würden, zumal

da die Holländer, obschon das minder zahlreiche Volk, den weit zahlreicheren Belgiern gegenüber eine vorherrschende Stellung einzunehmen in den Stand gesetzt wurden. Höchstens als zwei besondere, durch einen gemeinsamen Herrscher verbundene Staaten hätte vielleicht die neue politische Schöpfung den von ihr gehegten Erwartungen einigermaßen entsprechen können.

Da in dem zu Paris abgeschlossenen Friedensvertrage die Wiederherstellung freundschaftlicher Verhältnisse zwischen Frankreich und Spanien nicht ausdrücklich bedungen worden war, so unterzeichnete der spanische Bevollmächtigte Don Pedro Gomez Labrador am 20. Juli eine diesfallsige Beitrittsacte und zwei mit derselben verbundene Zusatzartikel, in denen die Rückgabe alles mit Beschlag belegten Eigenthums an die beiderseitigen betreffenden Unterthanen, die Entscheidung noch bestehender Besitzstreitigkeiten durch eine gemischte Commission, oder im gerichtlichen Wege, und die Herstellung der Handelsverhältnisse auf dem Fuße des J. 1792, sowie der Abschluß eines Handelsvertrags zugesichert wurde.

Von dem bereits am 5. Juli 1814 zu Madrid zwischen Spanien und Großbritannien abgeschlossenen Vertrage, welcher sich muthmaßlich auf eine förmliche Wiederherstellung der beiderseitigen Handelsverbindungen bezog, ist nur soviel bekannt, daß ein Artikel die Abschaffung des Negerhandels und ein anderer das an englische Unterthanen zu erlassende Verbot betraf, den Aufständischen im spanischen Amerika Waffen zuzuführen.

Die friedlichen Verhältnisse zwischen Spanien und Dänemark, die seit dem J. 1808 ebenfalls Störungen erlitten hatten, wurden durch einen am 14. Aug. 1814 zu London abgeschlossenen Friedensvertrag wiederhergestellt. Es wurden darin etwa verfügte Beschlagnahmen von Gütern aufgehoben, Entschädigungen für weggenommene dänische Schiffe verheißen, und alle früher zwischen beiden Staaten bestandenen Verträge wieder in Kraft gesetzt. [1])

Auf diese Weise erhielten die Kriege, welche, durch die französische Revolution hervorgerufen, seit fast einem Vierteljahrhundert mit kurzen Unterbrechungen Europa verwüstet hatten, im ersten pariser Frieden einen Abschluß, dessen Unzulänglichkeit sich nur zu bald zeigte.

---

[1]) De Martens, Nouveaux suppléments, I, 330; VII, 38—45, 57—61.

Druck von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Pappermann, Heinrich K.

Diplomatische Geschichte der Jahre 1813, 1814, 1815

Bd.: 1

Leipzig 1863